

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

10 Euro

Politische Stellungnahmen 2007–2008

Zu Themen und Fragen
des revolutionären Kampfes
und des wissenschaftlichen Kommunismus
in

*Flugblättern und Plakaten von
Gegen die Strömung*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:

J. Strütt, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin – ISSN: 1612-5967

www.gegendiestroemung.org *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen,
da jeder Zugriff staatlich registriert wird.*

Inhaltsverzeichnis

Editorial	5
------------------	----------

2007

Januar (1)	Der reaktionäre § 175 und der Nazi-Faschismus Gegen jegliche Hetze und Diskriminierung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen!	9
Februar–März (2–3)	Aufruf an die kommunistisch orientierten Kräfte, die Schriften Lenins „Renegat Kautsky“ und „Kinderkrankheit im Kommunismus“ zu studieren Die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter	17
April (4)	Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“ verschleiern der Verstärkung des bürgerlichen Staatsapparats und die verschärfte Faschisierung! Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“	23
Mai (5)	Das Schlagwort von der „Globalisierung“ verschleiern die Existenz und die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus: Das Geschwätz von der „Globalisierung“	25
Juni (6)	Ein Beitrag zur Debatte über die Vorgänge in Rostock und danach: Warum die militanten Kämpfe in Rostock vom 2. Juni einiges zur Klärung beitragen	27
Juli–August (7–8)	Eine notwendige Diskussion: Über die sogenannte „Gewaltfrage“	39
September– Oktober (9–10)	90 Jahre Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Russland: Der siegreiche Aufstand des Proletariats gegen die Bourgeoisie	35
Beilage	Die Tricks und Spekulationen der modernen Revisionisten mit einer angeblich möglichen „friedlichen Entwicklung“ zum Sozialismus in Russland 1917	43
November– Dezember (11–12)	Erfahrungen des Streiks der Lokführer und Lokführerinnen und des anderen Fahrpersonals der Bahn: Die Tricks und Drecksargumente gegen die berechtigten Kämpfe der Werktätigen bei der Bahn entlarven!	51

2008

Januar (1)	Klarheit über sozialistische Demokratie erkämpfen!	55
Februar (2)	Zu den Protesten gegen die Massenentlassungen bei Nokia: Gegen Abwiegelei und nationalistische Kampagnen Den Kampf verschärfen, den Betrieb besetzen!	61
März (3)	„Ein fremdenfeindlicher Hintergrund ist ausgeschlossen“??? Gleichgültigkeit und Resignation gegenüber dem Nazi-Terror bekämpfen!	63
April (4)	Ausbeutung und Unterdrückung verschärfen sich! – Keine Illusionen in die Gewerkschaftsführung! 1. Mai 2008: Gegen das Kapital und seinen Staat kämpfen!	67
Mai (5)	Gegen Nazis und Polizeigewalt Zu den Erfahrungen der militanten Kämpfe am 1. Mai 2008	69
Beilage	Hamburg-Altona 1932: Nazis und Polizei werden militant bekämpft	73
Juni (6)	Solidarität mit den vom Imperialismus verfolgten Flüchtlingen! Den Kampf gegen den mörderischen polizeistaatlichen Terror verstärken!	75

Juli–August (7–8)	Zur Antifa-Konferenz „Rechtspopulismus in Europa“ in Köln vom 5.–7.9.2008: Streit nicht aus dem Weg gehen!	77
Flugzettel	Zu den Protesten gegen die Nazi-„Islam-Konferenz“: Kampf den Nazis und der staatlichen Faschisierung!	81
September– Oktober (9–10)	Was wir aus Marx’ „Kritik des Gothaer Programms“ im Kampf für den Kommunismus lernen können Es geht um den ganzen Marx!	83
November– Dezember (11–12)	Krise des Kapitalismus – Staatsgläubigkeit und die üble Rolle von Pseudo-Linken	87

Roter Pressespiegel – Überblick zum Pressespiegel

2007

1/07	Januar–Februar 2007	92
2/07	März–April 2007	94
3/07	Mai–Juni 2007	96
4/07	Juli–August 2007	98
5/07	September–Oktober 2007	100
6/07	November–Dezember 2007	102

2008

1/08	Januar–Februar 2008	104
2/08	März–April 2008	106
3/08	Mai–Juni 2008	108
4/08	Juli–August 2008	110
5/08	September–Oktober 2008	112
6/08	November–Dezember 2008	114

Bulletins

zur Information der revolutionären,
marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

2007

1/07	Januar–März 2007	118
2/07	April–Juni 2007	122
3/07	Juli–August 2007	130
4/07	September–Dezember 2007	134

2008

1/08	Januar–Februar 2008	138
2/08	März–Mai 2008	146
3/08	Juli–August 2008	150
4/08	September–Dezember 2008	156

Anhang:

Inhaltsverzeichnisse der Politischen Stellungnahmen 1989–2006 von <i>Gegen die Strömung</i>	161
Bisher erschienene Ausgaben von „Rot Front“ Theoretisches Organ von <i>Gegen die Strömung</i>	187

Editorial

Die nun wie bisher im zweijährigen Rhythmus vorgelegte Flugblattsammlung enthält Stellungnahmen zu geschichtlichen, theoretischen und politischen Fragen.

1.

Während 1/07 geschichtlich und aktuell eine erste programmatische Position zur Frage der **Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Menschen** festhält, und die Beilage 5/08 an die **Anti-Nazi Kämpfe in Hamburg 1932** erinnert, enthält diese Sammlung auch klare Stellungnahmen zu aktuellen ökonomischen und politischen Kämpfen:

Der Kampf gegen **staatlichen Abschiebeterror** (6/08), der **Kampf gegen Nazis und Polizeiterror** (5/08 und 3/08), aber auch **gegen Massenentlassungen** am Beispiel Nokia (2/08) sowie die Unterstützung des **Streiks der Lokführer** (11–12/07) sind Positionen zu aktuellen Tageskämpfen, die in einer Stellungnahme zum 1. Mai über **die Rolle der Gewerkschaftsführung im Kampf gegen Kapital und Staat** (4/08) vertieft werden.

In diesem Zeitraum wurde auch bewusst als zentrale ideologisch-programmatische Stellungnahme im Kontext einer zunehmenden Orientierung antifaschistischer Kräfte an der Idee des Kommunismus die Notwendigkeit der **sozialistischen Demokratie** (1/08) als Kernfrage einer siegreichen sozialistischen Revolution und einer erfolgreichen Diktatur über Ausbeuter und Reaktionäre durch die siegreiche Arbeiterklasse behandelt. Dabei wurde die Erfahrung der siegreichen **Oktoberrevolution** in einer längeren Stellungnahme (9–10/07) mit konkreten Materialien als Vorbild für sozialistische Revolutionen ausgewertet.

Gleichzeitig wurde in zwei Stellungnahmen im Rahmen aktueller ideologischer Debatten auf Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus hingewiesen und Kernpunkte dieser Schriften vorgestellt: „**Es geht um den ganzen Marx!**“ behandelt die Aktualität der Marxschen „**Kritik am Gothaer Programm**“ (9–10/08) während die Stellungnahme „**Die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter**“ (2–3/07) zum Studium und zur Schulung der Leninschen Schriften „**Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky**“ und „**Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus**“ einen Beitrag leistet.

2.

Die weiteren Flugblatt-Beiträge gehen direkter auf aktuelle falsche Positionen, ja brennende Fragen in der sich links verstehenden Protestbewegung ein: Angesichts der erfolgreichen Protestaktion in Rostock erschienen die Stellungnahmen über die „**militanten Kämpfe in Rostock**“ (6/07) und „**Über die sogenannte Gewaltfrage**“ (7–8/07), die vertieft, warum „Gewalt“ ein genau zu hinterfragender Begriff ist, der seitens der herrschenden Klasse diffamiert wird, um seine gewaltsame Herrschaft zu festigen. Vorangegangen waren Flugblätter zu doch brennenden Fragen und weitverbreiteten Schlagwörtern wie „**Neoliberalismus**“ (4/07) und „**Globalisierung**“ (5/07) – Begriffe, mit denen aktuelle Erscheinungen des Kapitalismus weltweit und im Land als wesentlich „neu“ charakterisiert werden sollen, um mit reformistischen Phrasen über grundlegende theoretische Analysen des wissenschaftlichen Kommunismus über den Imperialismus hinweggehen zu können. Grundlegend wird auf die Gefahr verwiesen, dass Massenbewegungen gegen die sogenannte „Globalisierung“ reaktionäre, vom deutschen Imperialismus geführte Massenbewegungen gegen imperialistische Konkurrenz werden.

3.

Angesichts einer Konferenz zum „Rechtspopulismus in Europa“ wurde als Aufgabe des Zweitfrontenkampfes das Flugblatt **„Streit nicht aus dem Weg gehen!“** (7–8/08) verfasst, um sehr deutlich aufzuzeigen, dass – um es zu verkürzen – gilt: Weder „ Hamas“ noch „Bahamas“. Verschiedene Anhängsel imperialistischer Staaten können nicht ins Lager revolutionärer Kräfte einbezogen werden – die Geschichte des deutschen Imperialismus war auch eine Geschichte der Schaffung von Söldnertruppen und der faulen Flagge des Kampfes gegen andere imperialistische Konkurrenten.

Das Flugblatt über die **„Krise des Kapitalismus – Staatsgläubigkeit und die üble Rolle von Pseudo-Linken“** (11–12/08) schließlich konzentriert sich auf die Kritik der falschen Idee, angeblich mit Hilfe des Staates (des jetzigen Staates!!) den Kapitalismus „zurückdrängen“ zu können – die Paradelüge der Pseudo-Linken, um ihre Unterstützung des Staates zu begründen und zu rechtfertigen.

* * *

Eine interessante Debatte, die hier kurz angerissen werden soll, ergab sich im Kontext des Flugblattes 5/07 zur **„Globalisierung“**: In welcher Hinsicht verfault der Imperialismus immer weiter, wird er schwächer, in welcher Hinsicht hat er sich stärken können – und – noch wichtiger: Wie ist das **KRÄFTEVERHÄLTNIS** zwischen internationaler imperialistisch-reaktionärer Konterrevolution und der Front der proletarischen Weltrevolution. Diese Frage – im Kontext der Einschätzung der internationalen Lage seit Beginn des Imperialismus – wird uns auch weiterhin beschäftigen. Der Hinweis, nicht nur die Stärkung des Imperialismus zu betonen, sondern seine Fäulnis so konkret wie möglich aufzuzeigen, wird ernst genommen werden, wenn auch die realistische Einschätzung des weltweiten Stands der Klassenkämpfe als eigentlicher Schlüssel angesehen wird.

Flugblätter und Plakate

Rot Front Nr. 22, Juli 2006

Der Krieg des deutschen Nazi-Faschismus gegen die sozialistische Sowjetunion (Juni 1941–Mai 1945)

- A. Der Überfall des imperialistischen Nazi-Deutschland auf die damals sozialistische Sowjetunion am 22. Juni 1941
- B. Das Scheitern der „Blitzkriegsstrategie“: „Vor Moskau muss die Zerschlagung der faschistischen deutschen Eindringlinge beginnen!“ (Juni 1941–November 1942)
- C. Der Beginn der Zerschlagung der Nazi-Armee: „Es ist an der Zeit, mit dem Rückzug Schluss zu machen. Keinen Schritt zurück!“ (1942/43)
- D. Nazi-Verbrechen in der Sowjetunion 1941–1944
- E. Die „Zehn Schläge“ der Roten Armee zusammen mit den Partisaninnen und Partisanen zur Befreiung der Völker der Sowjetunion und Osteuropas von den Nazi-Mördern (1944)

F. Die Zerschlagung der nazi-faschistischen Machtzentren im Kampf um Berlin: „Ein rasender Hund ist auch noch im Verenden gefährlich!“ (1945)

G. Faktoren für den Sieg der Diktatur des Proletariats unter Führung Stalins

155 Seiten, Preis 8,- €

Zu beziehen über:

Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main

Fax: 069 / 73 09 20, E-mail: Info@buchladengeorgidimitroff.org

Öffnungszeiten: Jeden Donnerstag: 17.30–19.00 Uhr

Jeden ersten Samstag im Monat: 10.00–13.00 Uhr



Rot Front Nr. 23–25, 2007/2008

Mao Tse-tung – seine Verdienste – seine Fehler

- Teil 1 Grundlegende Positionen zu Fragen der proletarischen Weltrevolution und der internationalen Lage
- Teil 2 Grundlegende Positionen zu Fragen der chinesischen Revolution
- Teil 3 Über einige Positionen Mao Tse-tungs zur Kommunistischen Partei und zum innerparteilichen Kampf
- Teil 4 Der Klassenkampf für die Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats und der ideologische Kampf innerhalb und außerhalb der KP Chinas 1949–1965. Die Schriften Mao Tse-tungs 1950–1976 und der sogenannte „Band V“

608 Seiten, Preis 25,- €

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

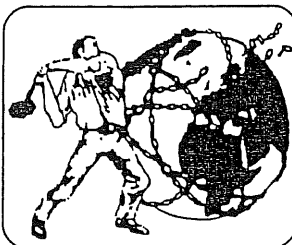
Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG Organisation für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 23–25
2007/2008

Rot Front

Mao Tse-tung
seine Verdienste – seine Fehler

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

01/07

Januar 2007

Der reaktionäre § 175 und der Nazi-Faschismus

Gegen jegliche Hetze und Diskriminierung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen!

Das Nazi-Regime hat eine solche Fülle von Verbrechen begangen, daß – forciert durch bürgerliche Vorurteile aller Art – die reale Gefahr besteht, eine nicht unerhebliche Facette der Nazi-Verbrechen zu übersehen und zu unterschätzen: Das nazistische „Männernbild“ und der Kampf der Nazis zur Liquidierung der „Homosexualität“. Schon im Kaiserreich und dann in der Weimarer Republik war männliche Homosexualität ein Straftatbestand. Die KPD führte in der Weimarer Republik einen Kampf zur Abschaffung des Schandparagraphen § 175, die Nazis aber siegten 1933. Sie sagten insbesondere homosexuellen Männern oder als solche eingestufte oder Denunzierte in einem bis dahin ungeahnten Ausmaß den Kampf an mittels juristischer Verfolgung (§ 175), Gefängnis, Zuchthaus und KZ. Kommunistisch orientierte Genossinnen und Genossen heute dürfen und können über diese Tatsache nicht hinweggehen.

Gleichzeitig ist die Aufklärung über die Nazi-Verbrechen an gleichgeschlechtlich orientierten Menschen auch heute eine Herausforderung, um sich kritisch und – in bezug auf die kommunistische Weltbewegung und die revolutionäre KPD – selbstkritisch mit wissenschaftlichem Ernst und revolutionärer Solidarität mit dem gesamten Thema auseinanderzusetzen.

Wenn wir als erstes die Verbrechen des Nazi-Faschismus gegen „Homosexuelle“, also gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen (Zielscheibe der Nazis waren in erster Linie Männer), darstellen, dann stellt sich zunächst die Frage, worin eigentlich die besondere Verfolgung dieser Minderheit während des Nazi-Faschismus bestand.

Denn auch nach 1945 war es ja nun nicht so, daß in Westdeutschland (auf die Situation gleichgeschlechtlich orientierter Menschen in der DDR werden wir in unserer geplanten Arbeit „Kommunistische Positionen gegen Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen“, siehe Kasten S. 8, näher eingehen) die Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Männer nach dem berüchtigten § 175 aufgehört hat. Vielmehr wurde über Jahrzehnte hinweg der § 175 in der Nazi-Fassung beibehalten. Rund 50.000 Männer wurden allein von 1953 bis 1965 wegen § 175 verurteilt. (Jellonnek, S. 11) Im vergleichbaren Zeitraum von 1919 bis 1932 waren in der Weimarer Republik rund 9.000 Männer wegen § 175 verurteilt worden. (Bulow, S. 2)

Erst 1969 wurde in Westdeutschland der § 175 in der Fassung von 1935 abgeschafft. Ab diesem Zeitpunkt wurden gleichgeschlechtliche Beziehungen zwischen erwachsenen Männern ab dem 21. Lebensjahr nicht mehr kriminalisiert. Erst 1994 wurde der § 175 in Westdeutschland endgültig abgeschafft.

Und es soll an dieser Stelle keinesfalls in Vergessenheit geraten, wie deutsche Behörden die gleichgeschlechtlich orientierten Nazi-Opfer behandelten. Nach § 1 des „Bundesentschädigungsgesetzes“ galt als Opfer des Nazi-Faschismus, wer „aus Gründen

politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung“ verfolgt worden ist. Damit waren u.a. Nazi-Opfer, die wegen ihrer gleichgeschlechtlichen Orientierung verfolgt worden waren, von Entschädigungen ausgeschlossen und wurden auf das „Allgemeine Kriegsfolgengesetz“ verwiesen. Laut diesem Gesetz konnten aber lediglich ehemalige KZ-Häftlinge Ansprüche geltend machen, alle anderen homosexuellen Nazi-Opfer blieben weiterhin ausgeschlossen.

Deutsche Regierungsbehörden behaupteten jahrzehntelang, die Nazi-Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Männer nach § 175 sei kein Nazi-Verbrechen gewesen. So erklärte die Bundesregierung in ihrem „Bericht zur Wiedergutmachung“ von 1987:

„Die Bestrafung homosexueller Betätigung in einem nach den strafrechtlichen Vorschriften durchgeführten Strafverfahren ist weder NS-Unrecht noch rechtsstaatswidrig...“

(Zitiert in: Hutter, Jörg, Zum Scheitern der Politik individueller Wiedergutmachung, in Jellonnek/Lautmann, S. 343)

1994 und 1996 wiederholte sie diese Lüge erneut. (ebenda, S. 245) Das Bundesfinanzministerium bezeichnete im Oktober 1996 ausdrücklich die „Bestrafung von Homosexuellen nach § 175“ während der Nazi-Zeit als kein „typisches NS-Unrecht“.

Zwar wurden im Mai 2002 die Urteile nach § 175 aus der Nazi-Zeit als „NS-Unrecht“ aufgehoben, jedoch keinesfalls die in die Zehntausende gehenden Urteile nach § 175 in Westdeutschland. Nach wie vor sind Menschen, die wegen ihrer Homosexualität während der Nazi-Zeit verfolgt wurden, nicht als Nazi-

Schlaglichter des antinazistischen Widerstands gleichgeschlechtlich orientierter Menschen

Über den Widerstand von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen während des Nazi-Faschismus ist nur wenig bekannt. In Deutschland mit Sicherheit auch deshalb, weil nach 1945 nur wenige der Verfolgten oder KZ-Häftlinge Bücher oder Artikel über ihre Verfolgung geschrieben haben, denn schließlich war der § 175 in Westdeutschland nach wie vor „Gesetz“.

Albert Christel, der selbstbewußt zu seiner Homosexualität stand, schloß sich nach 1933 einer Widerstandsgruppe von KPD-Genossinnen und -Genossen in Leipzig an. Sie verbreiteten Flugblätter, in denen das nazi-faschistische Regime angeprangert und dessen Lügen (z.B. über den „Reichstagsbrand“) entlarvt wurden. Er wurde aufgrund einer Anzeige verhaftet und nach § 175 verurteilt. Kurz nach seiner Freilassung wurde er 1939 erneut verhaftet, diesmal u.a. wegen „hetzerischer Äußerungen“. Er wurde ins KZ Sachsenhausen wegen „Untergrabung der Staatsautorität“ verschleppt, später nach Flossenbürg verlegt und die letzten zwei Jahre überlebte er das KZ Sachsenhausen als politischer Häftling. [1]



Albert Christel

Aus dem KZ Sachsenhausen ist weiterhin bekannt, daß eine Gruppe von „Rosa-Winkel“-Häftlingen Nachrichten von alliierten Radiosendern abgehört und die Informationen an die übrigen inhaftierten Antifaschisten weitergeleitet hat. [3]

Richard Grune gab in Berlin mit anderen sozialdemokratischen Antinazisten von 1933 bis 1934 zwei antifaschistische Zeitungen heraus. Im Dezember 1934 wurde er wegen seiner Homosexualität verhaftet.

Im KZ Sachsenhausen gelang es Grune, unter dem Schutz von anderen Häftlingen Lagerliederbücher zu schreiben und Zeichnungen anzufertigen. Dies war eine wichtige Maßnahme gegen die Demoralisierung. 1940 wurde Grune in das KZ Flossenbürg verlegt. Auf dem Todesmarsch ist ihm die Flucht gelungen. Zum Auftakt des Nürnberger Prozesses 1946 initiierte er eine Ausstellung mit eigenen Zeichnungen und Dokumenten ehemaliger Häftlinge über die grausamen Bedingungen in den Nazi-KZs als Beitrag zur Entnazifizierung, eine der wenigen künstlerischen Dokumentationen über die Nazi-Zeit, die unmittelbar nach der Befreiung vom Nazi-Faschismus entstanden. [2]



Richard Grune

Eine weitere großartige antifaschistische Aktion von Homosexuellen ist aus Amsterdam dokumentiert. Dort ging am Abend des 27. März 1943 das sogenannte „zentrale Bevölkerungsregister“ der Nazis in Flammen auf. Eine niederländische Widerstandsgruppe u.a. aus Künstlern, Studenten und zwei Ärzten hatte den Anschlag erfolgreich durchgeführt.



Willem Arondeus

Angeführt wurde die Gruppe vom Maler und Schriftsteller **Willem Arondeus**. Der Kostümschneider **Sjoerd Bakker** hatte für alle Polizeiuniformen geschneidert, mit deren Hilfe sie sich Zutritt zu der Behörde verschafften.

Sie überwältigten das Wachpersonal und die Ärzte verabreichten ihnen Betäubungsspritzen. Insgesamt wurden 5 Sprengsätze gelegt und anschließend ferngezündet. Das Gebäude brannte mehrere Stunden, bis es gelöscht werden konnte.

Die Widerstandsgruppe hatte vor der Aktion gefälschte Papiere für von den Nazi-Faschisten Verfolgte hergestellt, insbesondere für die seit Juli 1942 beginnenden Deportationen jüdischer Menschen in die Vernichtungslager. Dabei bestand immer, selbst wenn die Fälschung noch so gut war, die Gefahr, daß sie von den Nazis entdeckt wurde, denn im zentralen Bevölkerungsregister wurde ein Duplikat von jedem Ausweis aufbewahrt.

Zwar sind bei dem Brandanschlag nicht alle Karteikarten zerstört worden, aber es konnten dennoch viele vernichtet werden. 25.000 der insgesamt 140.000 Juden und Jüdinnen in den Niederlanden lebten zu diesem Zeitpunkt bereits versteckt, auch mit gefälschten Papieren. Darüber hinaus hatte der Anschlag Signalwirkung und ermunterte andere Widerstandsgruppen, ähnliche Aktionen durchzuführen.

Die Widerstandsgruppe konnte bei der Aktion unerkannt entkommen. Die drei homosexuellen Antifaschisten **Willem Arondeus**, **Sjoers Bakker** und **Johann Brouwer** wurden jedoch von einem bis heute Unbekannten verraten, verhaftet und zum Tode verurteilt. Kurz vor seiner Hinrichtung 1943 erteilte Willem Arondeus seiner Anwältin den Auftrag: „Sage den Menschen, daß Homosexuelle keine Schwächlinge sein müssen!“. [4]

Quellen: 1 Ruppel, Manfred, Albert Christel, in Müller/Sternweiler, S. 373, 2 Sternweiler, Andreas, Der Künstler Richard Grune, in: Müller/Sternweiler, S. 204, 3 Stümke, S. 310, 4 von Dijk, S. 15 f.

Opfer nach dem „Bundesentschädigungsgesetz“ anerkannt, sondern werden lediglich mit dem ein oder anderen meist lächerlich geringen „Sonderfond“ abgespeist.

☆☆☆

Der Blick auf Diskriminierung, Denunziation, Terror und Ermordung im KZ-System der Nazis macht deutlich, daß der qualitative Unterschied zur Weimarer Republik und zur Bundesrepublik nicht nur im Ausmaß der Verfolgung liegt, sondern auch in dem der Nazi-Diktatur entsprechenden Willkür- und Mord-System in den KZs. Kurz, es ist der Unterschied der Lage eines Häftlings im Gefängnis Berlin-Tegel oder im KZ Sachsenhausen. Wir werden zeigen, daß eine in dieser Hinsicht pointierte Darstellung der Verbrechen des Nazi-Faschismus keinesfalls zu einer Verharmlosung der Lage in Westdeutschland nach 1945 und insbesondere heute führen muß, sondern vielmehr den Blick schärft, mit größter Entschlossenheit und Radikalität, also an die Wurzeln gehend, jeglicher Diskriminierung und Verfolgung – von wem auch immer – gleichgeschlechtlich orientierter Menschen entgegenzutreten.

Nazi-faschistische Diskriminierung, Verfolgung, Ermordungen gleichgeschlechtlich orientierter Menschen

Was die Feindschaft gegen gleichgeschlechtlich orientierte Männer angeht, konnte die Nazi-Ideologie – wie auf vielen anderen Gebieten auch – auf ein reiches Arsenal reaktionärer Grundideen und staatlicher Praktiken zurückgreifen. Den Appell an die Spießermoral der Masse der deutschen Bevölkerung formulierten die Nazis zunächst ab und an auch in Haßtiraden im „Völkischen Beobachter“ vor 1933. So hieß es etwa in der Ausgabe vom 2.8.1930:

„...Alle boshaften Triebe der Judenseele, den göttlichen Schöpfungsgedanken durch körperliche Beziehungen zu Tieren, Geschwistern und Gleichgeschlechtlichen zu durchkreuzen, werden wir in Kürze als das gesetzlich kennzeichnen, was sie sind, als ganz gemeine Abirrungen von Syrriern, als allerschwerste, mit Strang oder Ausweisung zu ahndende Verbrechen.“

(Völkischer Beobachter, 2.8.1930. Zitiert in: Jellonnek, S. 56)

Lassen wir einen Moment beiseite, inwieweit in der HJ, der SA und anderen Nazi-Organisationen mehr oder minder offen (wie Röhm) Homosexualität praktiziert, geduldet und bekannt war (Tucholsky hat dazu das Entscheidende gesagt, siehe Kasten unten). Entscheidend war, daß mit der Übernahme der Staatsgeschäfte des deutschen Imperialismus durch die Nazi-Faschisten ab März 1933 in das neu eröffnete KZ Hamburg-Fuhlsbüttel die ersten „Rosa-Winkel“-Häftlinge verschleppt wurden. [Quelle LSVD]

Nazi-Gesetze, Erfassung und Verfolgung

■ Im Mai 1933 wurde im Zusammenhang mit der Bücherverbrennung von 100 nazistisch verhetzten Sportstudenten das vom jüdischen Wissenschaftler Magnus Hirschfeld gegründete Institut für Sexualwissenschaft in Berlin vor aller Augen verwüstet und zerstört. [Jellonnek, S. 82] Rund 10.000 Bücher der Bibliothek wurden bei der Bücherverbrennung vor

dem Opernhaus in Berlin am 10. Mai 1933 mit verbrannt. [Gru, S. 82] Das war die neue Art und Weise der Nazi-Verfolgung, das waren die Signale und Merkmale eines neuen Zeitabschnitts der Verfolgung.

■ Im Juni 1934 entledigte sich die Führung der Nazi-Partei mit Hilfe des sogenannten „Röhm-Putsches“ wild mordend einiger als unzuverlässig eingeschätzter „alter Mitkämpfer“ und eröffnete gleichzeitig eine neue Etappe einer öffentlichen Kampagne der Homosexuellenfeindlichkeit. Ab Oktober 1934 wurden die bisher lokal polizeilich erfaßten gleichgeschlechtlich orientierten Männer zentral erfaßt. Himmler ordnete an, daß alle Personen, die sich „irgendwie homosexuell betätigt haben“, dem Referat des Geheimen Staatspolizeiamts von allen Polizeistellen mit einer Namensliste mitgeteilt werden. Es ging auch darum zu erfassen, ob diese Männer Mitglieder von Nazi-Organisationen sind. [Jellonnek, S. 103]

■ Die nächste Etappe war die Verschärfung des § 175 im Juni 1935. Die Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Männer wurde erleichtert und ausgedehnt. [Bulow, S. 148] Außerdem wurde das Strafmaß erhöht auf bis zu 10 Jahre Gefängnis.

■ Am 10. Oktober 1936 wurde dann unter Himmlers Leitung die „Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung“ gebildet. Ihre Hauptaufgabe war die Registrierung und Erfassung von gleichgeschlechtlich orientierten Männern sowie die Sammlung von „belastendem Material“. Bis 1938 waren dort über 28.000, 1940 rund 41.000 Männer aufgrund von Denunziationen und Berichten namentlich erfaßt. [Bulow, S. 107] Insgesamt waren bei der „Reichszentrale“ und der Gestapo über 90.000 Männer und Jugendliche erfaßt. [Gru, S. 171]

Polizeistaatlicher Massenterror und Zwangskastrationen

■ Das im November 1933 erlassene nazistische „Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung“ legalisiert nach § 42k auch die **Zwangs-Kastration** „homosexueller Straftäter“. [Bulow, S. 181] Durch das Nazi-Gesetz „zur Verhütung erbkranken Nach-

„Wir dürfen auch nicht in den Chor jener miteinstimmen, die einen Mann deshalb ächten wollen, weil er homosexuell ist.“ (Tucholsky)

„(...) Röhm ist also homosexuell.

Das Treiben gegen ihn nimmt seinen Ausgang von Veröffentlichungen der „Münchener Post“, die diese Tatsache enthüllten.

Da ist ferner ein Brief veröffentlicht worden, den Röhm über seine Veranlagung an einen Freund geschrieben hat – das Dokument könnte grade so gut in jeder Psychopathia sexualis stehn...

Ich halte diese Angriffe gegen den Mann nicht für sauber. Gegen Hitler und seine Leute ist jedes Mittel gut genug.

Wer so schonungslos mit andern, umgeht, hat keinen Anspruch auf Schonung – immer gib ihm! Ich schreibe in diesem Fall auch nicht vor dem Privatleben der Beteiligten zurück – immer fest! Aber das da geht zu weit. Es geht unsretwegen zu weit.

Zunächst soll man seinen Gegner nicht im Bett aufsuchen.

Das einzige, was erlaubt wäre, ist: auf jene Auslassungen der Nazis hinzuweisen, in denen sie sich mit den „orientalischen Lastern“ der Nachkriegszeit befassen, als seien Homosexualität, Tribadie und ähnliches von den Russen erfunden worden, die es in das edle, unverdorbene, reine deutsche Volk eingeschleppt haben. Sagt ein Nazi so etwas, dann, aber nur dann, darf man sagen: Ihr habt in eurer Bewegung Homosexuelle, die ihre Veranlagung bekennen, sie sind sogar noch stolz darauf – also haltet den Mund.

Doch wollen mir die Witze über Röhm nicht gut schmecken. Seine Veranlagung widerlegt den Mann gar nicht. Er kann durchaus anständig sein, solange er nicht seine Stellung dazu mißbraucht, von ihm abhängige Menschen aufs Sofa zu ziehen, und dafür liegt auch nicht der kleinste Beweis vor. Wir bekämpfen den schändlichen Paragraphen Hundertfünfundsechzig, wo wir nur können; also dürfen wir auch nicht in den Chor jener miteinstimmen, die einen Mann deshalb ächten wollen, weil er homosexuell ist. Hat Röhm öffentliches Ärgernis erregt? Nein. Hat er sich an kleinen Jungen vergriffen? Nein. Hat er bewußt Geschlechtskrankheiten übertragen? Nein. Das und nur das unterliegt der Öffentlichen Kritik – alles andre ist seine Sache.

Man hat dann mit komischem Eifer die wichtige Tatsache diskutiert, ob dieser Angestellte bei Hitler bleiben wird oder nicht. Sind wir die Wächter dieser Privatarmee? Von uns aus kann Hitler Einbrecher anstellen.

Kreischt Goebbels oder donnert Hitler etwas über die Sittenverderbnis der neuen Zeit, so halte man ihnen vor, daß selbstverständlich unter den Nazitruppen Homosexuelle stecken. (...)“

(Auszug aus dem Artikel „Röhm“ von Kurt Tucholsky aus „Die Weltbühne“, erschienen am 26. April 1932. Abgedruckt in: Kurt Tucholsky, Gesammelte Werke, Band 10, Hamburg 1993, S. 69/70)

Der Kampf der KPD gegen den § 175 während der Weimarer Republik

Während der Weimarer Republik führte die KPD einen intensiven Kampf gegen die staatliche Unterdrückung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen. Ein Prüfstein dieses Kampfes war der § 175, der 1871 vom preußischen Recht in das Strafgesetzbuch des Deutschen Reiches übernommen worden war. Es hieß darin:

„Die widernatürliche Unzucht, welche zwischen Personen männlichen Geschlechts oder von Menschen mit Tieren begangen wird, ist mit Gefängnis zu bestrafen; auch kann der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

(Zitiert in: Eissler, S. 53)

Der KPD-Genosse Wilhelm Koenen brachte die Haltung der KPD in dieser Frage auf den Punkt. Er begann seine Reichstagsrede zur ersten Lesung über den Entwurf zur Neufassung des § 175 mit den Worten:

„Wir haben gegenüber diesem Gesetz die Verpflichtung, den Standpunkt der Verfolgten, der Unterdrückten, der Opfer des Strafrechts zu vertreten.“

(Rede des KPD-Abgeordneten Koenen. Abgedruckt in: Die Freundschaft 9, 1927, Nr. 9, S. 1 f., zitiert in: Eissler, S. 70)

Im Juni 1924 forderte die KPD in einem spektakulären Antrag die Außerkraftsetzung des § 175 und die Amnestierung der unter diesem Paragraphen Verurteilten. [Eissler, S. 70] In Parlamentsreden prangerten die KPD-Abgeordneten die staatliche Unterdrückung an. Doch die KPD beschränkte sich nicht auf den parlamentarischen Kampf für die Abschaffung des § 175. Auch in Artikeln des Zentralorgans der KPD, der Roten Fahne, wurde das Thema behandelt, vereinzelt wurden umfangreiche Abhandlungen wie die Schrift „Geschlechtsleben und Strafrecht“ (Berlin 1931) verfaßt. Halle, der die KPD in juristischen Fragen betrie, gibt darin grundlegend Positionen der KPD zur Gleichstellung von Homosexuellen wieder:

„Auch bezüglich der gleichgeschlechtlichen Neigung und Betätigung zwischen Erwachsenen lehnt das Proletariat das theologische Vorurteil ab. Es betrachtet diese Vorgänge

gemäß den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen der neueren Zeit als Sonderformen geschlechtlicher Befriedigung und verlangt gegenüber diesen Formen des Geschlechtslebens die gleiche Freiheit und Begrenzung wie im Verkehr der verschiedenen Geschlechter untereinander, d.h. Schutz für die Geschlechtsunreifen gegen Angriffe, Schutz der Bestimmung über den eigenen Körper und schließlich die Achtung vor dem Recht Außenstehender.“

(Halle, F., Geschlechtsleben und Strafrecht, Berlin 1931, S. 72 f., zitiert in Eissler, S. 62)

Einzelne Genossinnen und Genossen der KPD waren darüber hinaus führende Mitarbeiter des 1897 von Magnus Hirschfeld gegründeten Wissenschaftlich-Humanistischen Komitees, einer der größten Homosexuellen-Organisationen der Weimarer Republik, die auf wissenschaftlicher Grundlage einen Kampf für die Gleichstellung der gleichgeschlechtlich orientierten Minderheiten führte. Die KPD unterstützte das WHK in seinem demokratischen Kampf. Vor den Reichstagswahlen 1930 führte das WHK unter den politischen Parteien eine Umfrage zu deren Haltung zum § 175 durch. In der Zusammenfassung des Umfrage-Ergebnisses heißt es:

„.... Die einzige Partei, die den wissenschaftlich-humanitären Standpunkt ohne Einschränkung vertreten hat und, nach menschlichem Ermessen, auch im neuen Reichstag wieder vertreten wird, ist die Kommunistische Partei Deutschlands.“

(Zitiert in: Herzer, S. 13)

Mit dem Erstarken der Nazis verschärfte sich auch die Faschisierung und das gesamtgesellschaftliche Klima wurde homosexuellenfeindlicher. In der Auseinandersetzung mit den Nazis versuchte die SPD, diese Situation mit einem Trick zu ihren Gunsten auszunutzen. Im April 1931 startete die SPD-Presse eine Kampagne zur Demontierung Röhm's, der seit Januar 1931 SA-Chef war. Nicht als Organisator der mörderischen SA-Banden wurde er angegriffen, nein, der „Vorwurf“:

Röhm's Homosexualität. In Artikeln mit reißerischen Titeln wie „Warme Bruderschaft des braunen Hauses“ (Münchner Post vom 22.6.31) oder „Stammtisch 175“ (Münchner Post vom 14.4.31) versuchte sie, ihren politischen Gegner mit dem „Homosexuellen-Vorwurf“ moralisch zu disqualifizieren und beschwor die Bedrohung des „sittlichen Verfalls der deutschen Jugend“.

Gegen diese Methoden mußte Stellung bezogen werden. Denn es ging darum, daß ein ideologischer Kampf gegen die reaktionäre Ausgrenzung und Diskriminierung von Homosexuellen und ein wirklicher Kampf für ihre Gleichstellung nicht möglich ist, wenn aus Anbiederung an das reaktionäre „Volksempfinden“ – und sei es aus antinazistischen Motiven heraus – auf solche „Argumente“ zurückgegriffen wird. In diese Richtung formulierte die KPD-nahe „Welt am Montag“ – siehe auch die Position Kurt Tucholskys im Kasten „Wir dürfen auch nicht in den Chor jener miteinstimmen, die einen Mann deshalb ächten wollen, weil er homosexuell ist“ – richtig:

„Wir lehnen es entschieden ab, selbst einem Gegner gegenüber, von unserer grundsätzlichen Haltung im Kampf gegen den § 175 abzuweichen.“

(Welt am Montag. Zitiert nach Mitteilungen des WHK Nr. 34, Sep 1932/ Feb 1933, S. 423, zitiert in Herzer, S. 19)

Es besteht kein Zweifel, daß die KPD einen in vielerlei Hinsicht vorbildlichen Kampf gegen den § 175 und für die rechtliche Gleichstellung geführt hat. Es bleibt eine offene Aufgabe zu prüfen, ob und wie es der KPD gelungen ist, in ihren Publikationen einen prinzipienfesten ideologischen Kampf gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen und gegen das damit zusammenhängende reaktionäre Männerbild zu führen als Prüfstein im demokratischen Kampf. Dabei wird es auch darum gehen, zu analysieren, mit welchen richtigen oder möglicherweise falschen Argumenten sie diesen Kampf führte, inwieweit sie selbst noch mit Vorurteilen behaftet war oder sich hat in die Defensive drängen lassen.

wuchses“ vom 26. Juni 1935 konnten darüber hinaus Männer, die wiederholt nach § 175 verurteilt worden waren, kastriert werden. [Jellonnek/Lautmann, S. 213]

Die Zahl der Zwangs-Kastrierten nach §42k bis Mitte 1943 wird in manchen Quellen auf ca. 2.300 Männer geschätzt. Diese Zahl berücksichtigt jedoch nicht nach § 175 Verurteilte bzw. Männer, die unter Erpressung ihrer Kastration „zustimmen“ mußten (häufig wurde vorzeitige Haft- oder KZ-Entlassung von den Nazi-Schergen durch Zustimmung zur Kastration erpreßt und häufig wurden diese Männer nach ihrer Kastration in Strafbataillone verschleppt statt entlassen). [Jellonnek, S. 157]

- Der polizeistaatliche Massenterror der Nazi-Zeit, die Atmosphäre von Denunziation, Razzien und Massenverhaftungen charakterisierte in den folgenden Jahren auch die Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Männer. Bei der Verfolgungspraxis gab es große regionale Unterschiede. So nahm die Berliner Polizei 1937 insgesamt über 200 gleichgeschlechtlich orientierte Männer fest, während in Hamburg im gleichen Zeitraum 2.100 verhaftet wurden. Im Jahr darauf, 1939, sank die Zahl der wegen § 175 Verhafteten in Berlin auf unter 200, während sie in Hamburg auf rund 2.500 anstieg. [Centum Schwule Geschichte, S. 15] Von 1933 bis 1935 wurden ca. 3900 Männer wegen § 175 und § 175a verurteilt. Von 1936 bis 1938 gab es hingegen ca. 25.000 Verurteilungen. [Stümke, S. 118 f.]

Strafbataillone, sadistische Quälereien Ermordungen in den Nazi-KZs

In der Zeitspanne von 1940 bis 1945 steigerten die Nazis die Mordpraxis in ihren Zuchthäusern, psychiatrischen Anstalten und KZs. Auch in sogenannten „Himmelfahrtskommandos“, in den Strafbataillonen der Nazi-Wehrmacht wurden gleichgeschlechtlich orientierte Männer verstärkt eingesetzt und als „Kanonenfutter“ in den Tod gehetzt.

Am 12. Juli 1940 beauftragte Himmler die Nazi-Polizei, „alle Homosexuelle die mehr als einen Partner verführt haben, nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis in Vorbeugehaft zu nehmen.“ [Jellonnek, S. 139]

Im Mai 1943 wurde von Nazi-General Keitel gleichgeschlechtlich orientierten Männer der Nazi-Wehrmacht „in besonders schweren Fällen“ die Todesstrafe angeordnet [„Neue Richtlinien für die Wehrmacht“ vom 19.5.1943, zitiert in: Grau, S.225].

Die Bilanz des Terrors und Mordens in den Nazi-KZs gegen gleichgeschlechtlich orientierte Männer mit ihren trockenen Zahlen und zum Teil bis heute nicht wirklich zu rekonstruierenden Umständen gibt nur eine vage Vorstellung vom Ausmaß des erlittenen Unrechts, der Quälerei und des Sadismus, die in den KZs an der Tagesordnung waren. Aus dem KZ Sachsenhausen ist dokumentiert, daß nahezu alle „Rosa-Winkel“-Häftlinge von den Nazis ermordet wurden. Ein „Rosa-Winkel“-Häftling aus dem KZ Flossenbürg berichtet detailliert über die sadistische Quälerei:

„Eine bei der SS sehr beliebte Folterung von Juden und Homos im Granitsteinbruch war die

Herbeiführung von Irrsinnsanfällen bei diesen Arbeitshäftlingen, die körperlich meist sowieso schon am Ende ihrer Kräfte waren. Es wurde irgend einem Mann, der gar nichts angestellt zu haben brauchte, sondern willkürlich von einem aufsichtshabenden SS-Führer einfach dazu bestimmt wurde, ein Bleicheimer über den Kopf gestülpt. Zwei Mann mußten ihn festhalten und die SS-Männer und Capos trommelten mit ihren Stöcken auf den Blechkübel ein. Durch den dröhnenden Lärm, der unter dem Eimer gewaltig krachend anzuhören war, bekam der Delinquent schon nach kurzer Zeit solche Angstzustände, daß er vollkommen außer Rand und Band geriet und starke Gleichgewichtsstörungen bekam. Ganz plötzlich wurde ihm dann der Eimer vom Kopf gerissen und er wurde gegen den Zaun gestoßen. Da sein Orientierungssinn gestört war, konnte er selten ausweichen. Geriet er in die Fünf-Meter-Zone oder noch näher an den Zaun, fielen die üblichen Schüsse...“ [Herzer, S. 62 f.]

In einigen KZs wurden „Rosa-Winkel“-Häftlinge von anderen Gefangenen vollständig isoliert. Bekannt ist eine solche Isolierung aus Dachau 1939/40, Sachsenhausen 1939/40 und 1944/45, aus Flossenbürg 1940/41 sowie aus Auschwitz, wo KZ-Kommandant Höß die Isolierung zur besseren Kontrollierbarkeit anordnete. [Lautmann, S. 335] Kontakt mit anderen Häftlingen aufzunehmen war so nur sehr schwer möglich.

Dokumentiert ist in den KZs Flossenbürg, Buchenwald, Sachsenhausen, Mauthausen und Dora-Mittel-

Schlaglichter der mörderischen Bedingungen der „Rosa-Winkel-Häftlinge“ am Beispiel des KZ Sachsenhausen

Für Häftlinge mit dem „Rosa Winkel“ galt das KZ Sachsenhausen zumindest bis 1942/43 als der nahezu sichere Tod. Dort waren ihre Bedingungen noch mörderischer als in anderen KZs.

Schätzungen gehen davon aus, daß die Zahl der „Rosa-Winkel“-Häftlinge von November 1939 bis 1943 insgesamt 700 betrug (dabei muß jedoch bewußt sein, daß die genauen Zahlen auch heute noch kaum erforscht sind und hauptsächlich auf Schätzungen und Aufzeichnungen von Augenzeugen basieren) und nahezu alle von der SS ermordet wurden. Bislang konnten von den ermordeten Häftlingen mit „Rosa Winkel“ im KZ Sachsenhausen nur 269 namentlich identifiziert werden. [1] „Höhepunkt“ war die SS-Mordaktion im Klinkerwerk im Juli/August 1942, in der in sechs Wochen mindestens 89 Häftlinge zu Tode gequält wurden. [2]

Isolation und besondere Schikanen gegen „Rosa-Winkel“-Häftlinge

Ab Sommer 1939 wurden Häftlinge mit dem „Rosa Winkel“ sofort bei ihrer Einlieferung von den anderen Häftlingen isoliert und einer Strafkompagnie zugewiesen. Die Isolierung umfaßte einen besonderen Bereich, der durch Stacheldraht vom übrigen Lager getrennt war. Neben den „Rosa-Winkel“-Häftlingen waren dort Zeugen Jehovas sowie jüdische Häftlinge und die Häftlinge der Strafkompagnien. [3] Sie durften mit anderen Häftlingen keinen Kontakt aufnehmen. Wer sich dennoch mehr als 5 Meter anderen Häftlingsblocks näherte, mußte mit brutalen Strafen durch die SS rechnen.

Selbst im Winter durften „Rosa-Winkel“-Häftlinge nur mit unzureichender Schlafkleidung und den Händen über der Bettdecke schlafen. Wer die schikanösen Anweisungen nicht befolgte, wurde im Freien mit kaltem Wasser übergossen und mußte eine Stunde stehen, was zumeist den sicheren Tod bedeutete. [4]

Strafkompagnie Klinkerwerk und Tongrube

Das Klinkerwerk galt bei allen Häftlingen als das Mordgelände des KZ Sachsenhausens schlechthin. Es entstand 1939/40 und lag streng

bewacht mitten im Wald in einem Sumpfgebiet. Ab November 1943 wurden im Klinkerwerk neben Ziegeln auch Granaten hergestellt. Die Häftlinge mußten das Material für die Herstellung von Ziegeln mit Loren von der Tongrube zur Ziegelei schaffen. Die völlig entkräfteten Häftlinge brachen bei der schweren Arbeit, die im Laufschrift verrichtet werden mußte, regelmäßig zusammen. Die Loren sprangen aus den Schienen und kippten um. Die vier für eine Lore verantwortlichen Häftlinge mußten sie dann wieder aufrichten. Dabei wurden regelmäßig Häftlinge zu Tode geprügelt. Die SS hatte auch die Regel aufgestellt, daß sich niemand mehr als zwei Schritte von der Lore entfernen durfte. Wer dies dennoch tat, hatte die Postenkette durchbrochen und wurde „auf der Flucht erschossen“. Ein weiteres mörderisches Spiel der SS war, die Mützen der Häftlinge hinter die Postenkette zu werfen und diese zu zwingen, sie wieder zu holen. Auch diese Häftlinge wurden „auf der Flucht erschossen“.

In der Tongrube wurde der Lehm, der im Klinkerwerk benötigt wurde, in Loren geschauvelt. Dabei standen die Häftlinge bis über die Knöchel in Lehm und Wasser. Die Grube selbst war 20 Meter tief. Die Häftlinge trugen bei dieser Arbeit nur Holzschuhe, im Sommer wie im Winter.

In den Jahren 1940 bis 1942 wurden allein im Klinkerwerk insgesamt 395 Häftlinge mit „Rosa Winkel“ ermordet. [5]

Kastration und Todestransporte

Kastrationen wurden in Sachsenhausen von 1937 bis 1944 durchgeführt. [6] Der KZ-Häftling Emil Brüge ermittelte, daß bis Mai 1941 über 100 Zwangskastrationen durchgeführt wurden. Aus erhalten gebliebenen Operationsakten des KZs geht hervor, daß insgesamt 16 Männer kastriert wurden, davon sieben Homosexuelle, sterilisiert wurden 20 Männer. Ein Euthanasie-Todestransport nach Sonnenstein umfaßte im Juni 1940 und 270 Menschen, davon 18 Homosexuelle aus dem KZ Sachsenhausen. [7]

Quellen: 1 Müller/Sternweller, S. 45, 2 ebenda, S. 30 3 ebenda, S. 90, 4 ebenda, S. 90, 5 ebenda, S. 224, 6 ebenda, S. 46, 7 ebenda, S. 46

bau brutale Zwangsarbeit für Bauarbeiten, in Steinbrüchen oder beim Bau der V2-Raketen. [Plant, S. 155] Ein überlebender „Rosa-Winkel“-Häftling aus dem KZ Flossenbürg macht in einem Interview auf die Zwangsarbeit für die Steinbrucharbeiten, die zum Bau der Nazi-Autobahnen verwendet wurden, aufmerksam und weist auf die Mitschuld der deutschen Bevölkerung, auf das Profitieren vom Leid der geschundenen Zwangsarbeiter heute aufmerksam:

„Welcher Autofahrer, der heute auf den deutschen Autobahnen dahinfährt, weiß schon, daß an jedem Granitstein, der sie einsäumt, Blut von unschuldigen Menschen klebt? Blut von Menschen, die nichts verbochen hatten, sondern einzig auf Grund ihrer Religion, Herkunft, ihrer politischen Weltanschauung oder ihres Fühlens zum eigenen Geschlecht in den KZ schmachten und verrecken mußten. Welcher Autofahrer denkt schon daran, wenn er über eine Autobahnbrücke fährt, daß jeder Granitpfeiler, der sie stützt und hält, unzählige Menschenopfer gekostet hat? Ein Meer von Blut und einen Berg menschlicher Leiden hat jede dieser deutschen Autobahnbrücken gekostet.“

(Zitiert in: Heger, S. 60 f.)

Die SS entwickelte auch eine Reihe von speziellen bestialischen Foltermethoden gegen „Rosa-Winkel“-Häftlinge, eine davon war das Verbrühen der Hoden durch kochendes Wasser oder Vergewaltigungen [Heger, S. 116 f.]

Pseudomedizinische „Experimente“, d. h. bestialische Folterungen durch Nazi-Ärzte, wurden in großem Ausmaß – im KZ Buchenwald fast ausschließlich – an „Rosa-Winkel“-Häftlingen durchgeführt. [Plant, S. 156] Vor allem die „Einpflanzung von Hormonen“, um die für die Nazis „Entarteten“ wieder „normal“ zu machen, praktizierten die SS-Mörder im „weißen Kittel“, was schreckliche Torturen für die Häftlinge bedeutete und meist zu einem grausamen Tod führte. [Kogon, S. 285] Im KZ Buchenwald wurden „Rosa-Winkel“-Häftlinge auch für die bestialischen Fleckfieberversuche mißbraucht. [Gru, S. 329]

Kastrationen, an denen viele Häftlinge starben, wurden durchgeführt. Die Nazis versuchten, Häftlinge mit dem „Rosa Winkel“ in den KZs dazu zu bringen, sich „freiwillig“ kastrieren zu lassen. Die SS verkündete, daß der Häftling, der sich „freiwillig“ kastrieren ließe, bei „guter Führung“ entlassen werden würde. Das war natürlich gelogen. Zwar wurden diese Häftlinge zum Schein aus dem Lager transportiert, aber nicht entlassen, sondern in die SS-Einheit „Dirlewanger“ gesteckt und als Kanonenfutter im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion eingesetzt. [Heger, S. 141] Genaue Zahlen über die Kastrationen in den Nazi-KZs sind nicht bekannt. Durch Berichte von Walter Poller, einem Häftling im KZ Buchenwald, der dort im Krankenrevier arbeitete, wurde bekannt, daß von den 850 „Rosa-Winkel“-Häftlingen im KZ Buchenwald die Mehrheit kastriert wurde. [Gru, S. 329 bzw. 333]

Nach 1945 – Entnazifizierung?

„Vor 50 Jahren wurden wir von den alliierten Truppen aus den nationalsozialistischen Konzentrationslagern und Gefängnissen befreit. Aber die Welt, auf die wir gehofft hatten, wurde nicht wahr.“

Wir mußten uns wiederum verstecken und wurden erneuter Verfolgung ausgesetzt. Der seit 1935 bestehende anti-homosexuelle Paragraph 175 blieb bis 1969 gültig, Razzien waren keine Seltenheit. Einige von uns – gerade aus den Lagern befreit – wurden erneut zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.

Obwohl einige Überlebende trotz alledem versuchten, bis hin zum Bundesgerichtshof unsere Anerkennung als Verfolgte des Nazi-Regimes zu erstreiten, wurden wir als solche nie anerkannt und wurden deshalb von finanziellen Entschädigungen für ehemalige Verfolgte des Nazi-Regimes ausgeschlossen. Und nicht einmal die moralische Unterstützung und Solidarität der Öffentlichkeit existierte für uns.

Kein SS-Mann hat sich jemals für die Ermordung eines homosexuellen Mannes verantworten müssen ... Unsere Verfolgung wird heute an Schulen und Universitäten kaum erwähnt. Selbst in Holocaust Museen und Gedenkstätten werden wir als verfolgte Gruppe manchmal nicht einmal genannt ...

Lassen Sie uns das an Juden, Roma und Sinti, Zeugen Jehovas, Freimaurern, Behinderten, polnischen und russischen Kriegsgefangenen, Homosexuellen und vielen anderen begangene Unrecht nie vergessen! ...“

(„Erklärung homosexueller Überlebender zum 50. Jahrestag ihrer Befreiung“; zitiert in: Jellonnek/Lautmann, S. 417)

So schilderten im Mai 1995 in einer von den bürgerlichen Medien in Deutschland kaum beachteten Erklärung homosexueller überlebender Nazi-Opfer ihre fortgesetzte Diskriminierung nach 1945.

Die damals im Potsdamer Abkommen beschlossenen Grundsätze zur Entnazifizierung Nazi-Deutschlands betrafen aus gutem Grund auch die Auseinandersetzung mit der Ideologie, dem Geist des Nazismus. Das bedeutete, auf allen Gebieten nicht nur die extreme Zuspitzung der reaktionären Ideen in der Nazi-Ideologie aufzudecken und zu bekämpfen, sondern auch tiefer zu gehen, um die Wurzeln des Nazismus, wie es im Schwur der Häftlinge des befreiten KZ Buchenwald hieß, zu beseitigen. Diese Wurzeln waren nicht nur die ökonomischen kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die Wurzeln reichten tiefer in die Ideologie der Ausbeuterklassen, in ihre Geschichte und insbesondere in ihre deutsche Ausprägung.

Das bedeutete für den Themenkomplex gleichgeschlechtliche Sexualität eine Auseinandersetzung nicht nur mit der Geschichte des § 175, sondern auch mit der Gesamtgeschichte der Diskriminierung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen und ihren Stellenwert in der Geschichte der Klassenkämpfe. Hier sollen nur einige Gedanken, Kerngedanken der Demagogie und Verfälschung angeschnitten werden, die wir in unserer angekündigten umfangreicheren Arbeit genauer behandeln werden (siehe Kasten auf S. 8 zur Skizze der geplanten Arbeit „Kommunistische Positionen gegen Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen“):

1. Ein grundlegendes Manöver besteht in der Vermischung und Gleichsetzung von sexuellem Mißbrauch mit Kindern mit gleichgeschlechtlicher Sexualität überhaupt. Der sexuelle Mißbrauch von Frauen und Kindern durch Männer als Merkmal diktatorischer Verhältnisse im großen wie im kleinen wurde aus gutem Grund auch in der Geschichte der Arbeiterbewegung angeprangert und bekämpft. Der entscheidende Punkt insbesondere in Deutschland bei der staatlich organisierten Verfolgung der Homosexuellen bestand darin, die sogenannte „Unzucht“ mit Tieren, Kindern und Männern in einem Atemzug

Zum Stand der Erforschung der Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen in der Zeit des Nazi-Faschismus

Es ist ein Zeichen fortgesetzter Mißachtung der gleichgeschlechtlichen verfolgten Minderheit, dieser „vergessenen“ Nazi-Opfer, daß es jahrzehntelang nahezu keine Forschung zum Thema Homosexuellenverfolgung während des Nazi-Faschismus gab. Erst in den 70er Jahren befaßten sich in einzelnen Arbeiten oft selbst gleichgeschlechtlich orientierte Autorinnen und Autoren in wissenschaftlichen Abhandlungen mit dem Thema, erst dann fanden sich Verlage, die diese Arbeiten veröffentlichten.

Doch bis heute gibt es keine Forschungsarbeit, die sich die Aufgabe stellt, umfassend für Nazi-Deutschland eine Gesamtübersicht der Verfolgungspraxis zu liefern. So werden bei der Zahl der von der Nazi-Justiz verfolgten gleichgeschlechtlich orientierten Männer von 1933 bis 1945 rund 50.000

genannt, andere Quellen – etwa Jellonnek/Lautmann, S. 160 – sprechen von rund 100.000. Unklar ist ebenso die Zahl der „Rosa-Winkel“-Häftlinge. Die meisten heutigen Schätzungen gehen nach Auswertung der noch vorhandenen Nazi-Quellen von mindestens 5.000 bis 15.000 aus (siehe Lautmann, S. 333). Unbekannt ist die Gesamtzahl der ermordeten „Rosa-Winkel“-Häftlinge, hier liegen bisher nur Einzelstudien zu einzelnen KZs vor.

Andere Bereiche wie die Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Frauen, der Widerstand von Homosexuellen oder die Verfolgung von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen in den von Nazis besetzten Ländern sind weiterhin fast unerforscht.

zu nennen und in die Kategorie „unnatürlich“, „widernatürlich“ zu zwingen. Der Schutz der Kinder (lassen wir den Tierschutz mal beiseite) wird hier offenkundig demagogisch genutzt, um jegliche sexuelle Beziehung unter Männern zu diffamieren. Sagen wir es ganz deutlich: Eine Sache ist der Schutz der Kinder vor Übergriffen und Mißbrauch durch Erwachsene. Eine komplett andere Sache sind gleichgeschlechtliche Beziehungen zwischen Erwachsenen.

2. Daran anknüpfend besteht das zweite Manöver darin, daß **gleichgeschlechtliche Sexualität als Phänomen und Möglichkeit** aus dem Alltag der Masse der Werktätigen **ausgeklammert** wird bzw. der Hauptakzent bei der Darstellung der gleichgeschlechtlichen Sexualität entweder auf durch Geld erkaufte „Ausschweifungen“ innerhalb der herrschenden Klassen (sozusagen als Ausdruck ihrer Dekadenz) oder auf die staatlichen und institutionellen Repressionsorgane (Militär und Kirche) gelegt wird, in der traditionell Frauen nichts zu suchen hatten und Männer in Klöstern und Kasernen isoliert zum Einsatz gehalten wurden.

Gehen wir die Punkte einzeln durch: Seit Platon rund 350 Jahre vor unserer Zeitrechnung seine Schrift „Symposion“ verfaßt hatte, eine Beschreibung damaliger Freß- und Sauforgien, bei denen die von Arbeit befreiten Mitglieder der herrschenden Klassen die Vorzüge der „Knabenliebe“ propagierten, wird diese schriftlich überlieferte Form der gleichgeschlechtlichen männlichen Sexualität als Ausdruck von Dekadenz mit der Frage der gleichgeschlechtlichen Sexualität überhaupt gleichgesetzt oder sogar als Rechtfertigung für sexuelle Beziehungen mit Kindern herangezogen. Der springende Punkt bei diesem Manöver ist nicht nur, daß diese Formen der Prostitution oder Abhängigkeit, sei es von Kindern,

sei es von Jugendlichen, die Anprangerung der Prostitution der Frauen ausklammert, sondern vor allem, daß hier die Herrschaftsverhältnisse, die Abhängigkeitsverhältnisse nicht als der entscheidende Punkt angesehen werden, sondern die Frage, ob es sich um gleichgeschlechtliche Sexualität handelt oder nicht.

Genau in diese Richtung gilt es auch, die in den Repressionsorganen der kasernierten Soldaten und Polizei auftretenden gleichgeschlechtlichen Beziehungen zwischen Männern einzuschätzen. Das Hohelied auf die sogenannte „soldatische Kameradschaft“, auf die sogenannte wahre „Männerfreundschaft“ mit dem ideologischen Ballast eines Männlichkeitswahns und einer tiefen Frauenverachtung ist zudem oft genug nur die Verschleierungstaktik homosexueller Repression. Nicht um freiwillige Beziehungen oder gar Liebe, sondern um brutale Abhängigkeiten oder Hierarchien geht es in vielen Fällen in den Armeen der herrschenden Klassen, ähnlich wie in den zitausend dokumentierten Fällen gleichgeschlechtlicher repressiver Beziehungen von Kirchenfürsten, Bischöfen und Priestern.

Auch emanzipatorische Bewegungen durchschauten in vielen Fällen nicht, daß die gleichgeschlechtliche Beziehung als Ausdruck von Abhängigkeit und Repression bis hin zur Vergewaltigung eine Sache ist, die aber ganz und gar nichts mit der Frage zu tun hat, die sich aus freiwilliger Zuneigung, aus freiwilliger sexueller Beziehung zwischen Männern ergibt. Diese Überlagerung der eigentlichen Frage mit dem demagogischen Argument des „Schutzes“ Minderjähriger oder Abhängiger überhaupt ist der Schlüssel, um in emanzipatorisch-demokratischen, kommunistischen Positionen fixiert klarzustellen:

Insofern es um freiwillige Sexualität und freiwillige Beziehungen geht, handelt es sich um die Privatsache eines jeden Menschen; insofern es sich um unfreiwillige und durch Repression, Not und Geld erzwungene sexuelle Beziehungen handelt, müssen sie bekämpft werden. Dies ist die entscheidende Fragestellung. Und sie hat ganz und gar nichts mit Homosexualität oder Heterosexualität zu tun.

3. Dabei gilt es auch zu durchschauen, daß der Begriff „natürlich“ oder „normal“, der immer wieder angeführt wird, um gleichgeschlechtliche Beziehungen als „krank“ und „unnormale“ zu kennzeichnen, seine ganz eigenen demagogischen Wurzeln hat. Die Natur als Vorbild schließt (wie jeder Zoobesucher weiß) nun einmal Vergewaltigung und gleichgeschlechtliche Sexualität, Hierarchien und jeder Gleichberechtigung spottende Verhältnisse zwischen Tieren keinesfalls aus. Im Gegenteil. Die Natur als Vorbild menschlicher Sexualität ist offensichtlich eines der absurdesten Argumente überhaupt, reduziert auf Fortpflanzung und Samen-erguß.

Die Vorstellung von „natürlich“ und „normal“ schließt auch die Mobilisierung der Mediziner und Psychologen ein. Wenn angeblich männliche gleichgeschlechtliche Sexualität eine „Krankheit“ ist, dann wird geforscht, um diese „Kranken“ unter der Flagge der „Humanität und Hilfe“ wieder „gesund“ zu machen. Die Liste der Maßnahmen reicht von der Kastration über Hormonbehandlung bis hin zu an der sogenannten Familienidylle orientierten psychologischen Behandlungen.

Aus alldem ergibt sich ein schwer zu durchschauendes und schwierig auseinander zu nehmendes Gemisch, das sogenannte „gesunde Volksempfinden“, das von klein auf anezogene Ekelgefühl, Ablehnung und Haß, ohne jegliche Differenzierung, gegen alles, was mit gleichgeschlechtlicher Sexualität zu tun hat.

Es ist nicht unsere Aufgabe als Kommunistinnen und Kommunisten, ernsthafter wissenschaftlicher Forschung entgegenzutreten oder diese abzulehnen, wenn sie die Bedeutung der Sexualität in der Geschichte, in der Gesellschaft in den verschiedenen Lebensaltern in aufklärerischer Absicht untersucht. Die schon umfassend studierte, aber nicht endgültig geklärte Frage, worin die Ursachen für Homosexualität (und übrigens auch Heterosexualität) liegen, welchen Anteil Ererbtes, Angeborenes, familiäre Umstände, gesellschaftlich Erworbene oder individuelle Erfahrungen hat – all das ist für das, was unsere Aufgabe ist, völlig irrelevant.

Denn völlig unabhängig von der Frage, welche Ursachen die von der Mehrheit praktizierte Heterosexualität und die von einer Minderheit praktizierte Homosexualität – insbesondere männliche Homosexualität – im einzelnen hat, kann es uns als Kommunistinnen und Kommunisten nur darum gehen, die während der Zeit des Nazi-Faschismus lediglich auf die Spitze getriebene Verfolgung und Bedrohung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung zutiefst abzulehnen, zu bekämpfen und theoretisch und praktisch in Solidarität mit den Verfolgten den Krieg zu erklären.

Warum wir den Begriff „gleichgeschlechtlich orientiert“ bevorzugen

Welchen Begriff wählen wir, wenn wir über Homosexualität sprechen? Diese Frage wurde in unseren Reihen bei der Auseinandersetzung um die Diskriminierung gleichgeschlechtlich orientierter Männer und Frauen intensiv diskutiert.

Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß wir die Bezeichnung „Schwule“ bzw. „Lesben“ eher ablehnen, weil diese Begriffe eben bestenfalls ideologisch vorbelastet, schlimmstenfalls auch als Schimpfwort benutzt werden. Auch das Argument, daß manche Homosexuelle bzw. Homosexuellenorganisationen diese Bezeichnung für sich in Anspruch nehmen und unproblematisch finden, kann diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen.

Der Begriff „homosexuell“ erscheint uns insofern problematisch, weil er von nicht wenigen fortschrittlichen gleichgeschlechtlich orientierten Menschen als zu nüchtern und wissenschaftlich abgelehnt wird. Wir sind bei Bertolt Brecht auf die Formulierung „gleichgeschlechtlich“ gestoßen, die uns gefallen

hat, weil sie nicht negativ besetzt ist. Aber so oder so – wichtiger als die Begriffswahl sind Inhalt und Kontext.

☆☆☆

Brecht schrieb in „Über das Benehmen der Gleichgeschlechtlichen“ über eine der Formen der Diskriminierung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen:

„Man wirft den Gleichgeschlechtlichen oft vor, daß sie ein süßliches Gehabe zur Schau tragen und dem sich nüchtern Fühlenden lächerlich vorkommen, wenn sie mit ihren Freunden reden. Aber benehmen sich die Männer zu ihren Frauen anders? Man sollte entweder das süßliche Gehabe und das Zurschautragen der Berauschtigkeit, wo immer es auftritt, bekämpfen, oder es entschuldigen, wo immer es auftritt.“

(Me-ti/Buch der Wendungen, Prosa Band 2, Frankfurt 1967, S.473)

Zu den Schwierigkeiten der Einschätzung der Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen in Deutschland heute

Beginnen wir zunächst, uns die Argumente der sogenannten Schönfärber Punkt für Punkt anzuschauen, die behaupten, es habe sich doch so viel getan, es habe doch in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Deutschland so große Fortschritte in der Gleichstellung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen ge-

geben. Hier kommt es eben darauf an, die Argumente, die für sich genommen richtig sind, nicht zu leugnen oder zurückweisen, wohl aber müssen wir sie mit einer Einschätzung der Gesamtlage im heutigen Deutschland konfrontieren. Die Liste der von den Schönfärbern als positiv eingeschätzten Veränderungen in Deutschland nach 1945 läßt sich in etwa wie folgt zusammenfassen:

- Streichung von § 175 in seiner Nazi-Fassung 1969; endgültige Abschaffung 1994.
- Öffentliches Gedenken an die homosexuellen Nazi-Opfer teils in Gedenkstätten, teils an öffentlichen Plätzen in Großstädten. Bis 2007 soll in Berlin ein Mahnmahl für die vom Nazi-Faschismus verfolgten gleichgeschlechtlich orientierten Menschen im Auftrag des Bundestags entstehen.
- Einführung der eingetragenen Partnerschaften gleichgeschlechtlich orientierter Menschen, die in mancherlei Hinsicht der heterosexuellen Ehe gleichgestellt wurden.

■ Und schließlich kann auch nicht fehlen, daß es 2006/2007 möglich ist, daß Bürgermeister von Großstädten und dieser oder jene führende Politiker der reaktionären Berliner Parteien offen als Homosexuelle bekannt sind, ohne daß dies anscheinend der Karriere schadet.

Ohne Frage wären alle diese Veränderungen im Deutschland der 50er und 60er Jahre unmöglich gewesen. Doch was bedeutet das? Sicherlich unbestreitbar ist, daß keine dieser Veränderungen ein Zeichen für verschärfte Verfolgung und Diskriminierung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen ist. Im Gegenteil sind sie durchaus der Ausdruck einer gewissen gesellschaftlichen Veränderung, eines gewissen anti-

Anzeige

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 23, 60327 Frankfurt
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN
Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

religiösen und anti-reaktionären Drucks von unten gegen die zunehmend unhaltbar werdende Legitimation der Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen. Auch wenn wir mit sehr guten Gründen die Halbheiten und Unzulänglichkeiten dieser als positiv dargestellten Punkte auf-

ausführen könnten, geht es uns doch im Kern um eine ganz andere Frage.

Diese teilweisen Fortschritte im Vergleich mit dem Deutschland der 50er Jahre werden begleitet von einer gleichzeitig sich vollziehenden zunehmenden Verschärfung des Klimas, die mehr als nur eine „Gegenreaktion“ gegen diese Veränderungen darstellt. Hier geht es nicht (oder fast nicht) um gesetzliche und staatliche Anordnungen im großen, hier geht es um Medien, Institutionen und die Mobilisierung des sogenannten „gesunden Volksempfindens.“ Diese reaktionäre Grundstimmung wird keinesfalls zufällig, sondern systematisch ergänzt durch die Propaganda der Nazi-Bewegung, durch organisierte Nazi-Überfälle oder Überfälle nazistisch orientierter Jugendlicher insbesondere auf gleichgeschlechtlich orientierte Männer bis hin zu Nazi-Morden.

So ist insgesamt gesehen die Lage gleichgeschlechtlich orientierter Menschen in Deutschland in vielerlei Hinsicht gefährlicher, bedrohlicher und reaktionärer geworden.

Die besondere Infamie besteht in der großen Mehrheit der Medien in einer schwer zu beschreibenden „unverkrampften“ Diskriminierung und Lächerlichmachung aller Klischees und Aspekte der gleichgeschlechtlichen Sexualität. Es ist das geschickte Spiel unter der Maske des Humors und der „Volksbelustigung“, wenn TV-Moderatoren, Schauspieler oder Comedians in der Pose „Ich habe nichts gegen Homosexuelle“ oder „Ich habe nichts gegen Homosexuelle, ich bin schließlich selbst einer“ nun über die nie vergangenen, immer präsenten Klischees von der „weibischen“ Männerhomosexualität herziehen oder wenn in der Musik-Szene jugendliche Hip-Hopper und Rapper sich besonders männlich aufspielen möchten mit Ausfällen gegen „unmännliche Schwuchtel“.

So werden in einem bisher ungekannten Umfang tagtäglich Millionen von Menschen daran gewöhnt, sich so nicht zu benehmen, um nicht ebenfalls der Lächerlichkeit preisgegeben zu werden und dafür lieber andere (ohne daß dies als moralisch verwerflich verurteilt würde) ins Lächerliche zu ziehen, zu diskriminieren und zu entwürdigen. (Nebenbei sei angemerkt, daß es in großen Teilen dem sogenannten deutschem Humor entspricht, nicht die Absurditäten der Mächtigen dieser Welt aufs Korn zu nehmen, sondern sich auf Kosten von Minderheiten, von Schwachen oder vermeintlich schwachen zu erhöhen. Eine Methode, um sich selbst wichtig zu machen und sich überlegen zu fühlen.)

Auf dem Boden dieser massenhaft geschürten, häufig unterschätzten Homosexuellenfeindlichkeit wirkt nun das „gesunde Volksempfinden“ und widerspiegelt sich beispielsweise darin, daß auf die Aussage „Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen“ im Juni 2004 ca. 38 % der Befragten einer Umfrage mit „Stimmt eher zu“ bzw. „Stimmt voll und ganz zu“ antworteten (Zum Vergleich: 2002 waren es noch 33,5%). [Heitmeyer, S. 22]



Unser Kampf gegen den deutschen Imperialismus, unser Kampf gegen den Kapitalismus und Imperialismus überhaupt schließt ein, daß wir in der großen Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen einen richtigen Kampf, eine wirkliche Auseinandersetzung mit allen reaktionären Ansichten führen. Das Ziel dieses Kampfes ist klar:

Deutsche Zustände: Schlaglichter von nazistisch motiviertem Terror und Mord gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen

Es ist bezeichnend, daß das ganze Ausmaß des Nazi-Terrors gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen in Deutschland heute selbst innerhalb der sich als fortschrittlich bezeichnenden Bewegung nicht bekannt ist, keine eigenständigen Recherchen durchgeführt werden gegen die Vertuschungspraxis von Polizei und bürgerlichen Medien, die den real existierenden Nazi-Terror bis hin zu Nazi-Morden verharmlosen oder frech als „Raubüberfälle“ deklarieren, obwohl es sich in Wirklichkeit oftmals um gezielte Angriffe von organisierten Nazis oder nazistisch orientierten Jugendlichen handelt.

Eine eigenständige Recherche wird momentan in erster Linie von den Betroffenen selbst geleistet, die immer wieder Überfälle und Angriffe auf gleichgeschlechtlich orientierte Menschen öffentlich machen, gerade auch durch die Arbeit sogenannter „Überfall-Telefone“. Durch ihre Arbeit wurde öffentlich, was so gar nicht in das vom deutschen Imperialismus geschürte Bild von den steti- gen Verbesserung der Gleichstellung homosexueller Menschen, vom angeblich „liberalen Klima“ paßt:

Allein in Berlin wurden 2005 über 200 reaktionär-nazistisch motivierte Angriffe auf gleichgeschlechtlich orientierte Männer von den Opfern selbst gemeldet. Und dies ist sicherlich nur die Spitze des Eisberges. Schätzungen gehen davon aus, daß die „Dunkelziffer“ über 90 % beträgt.

2003 wurden vier nazistisch-motivierte Morde an gleichgeschlechtlich orientierten Männern in Berlin bekannt, die einen reaktionär-nazistischen Hintergrund hatten.

2004 wurden drei nazistisch-motivierte Morde bekannt, ein Doppelmord in Bückow bei Berlin und ein Mord in Berlin-Köpenick.

Drei Beispiele aus den Jahren 2005 und 2006 aus Köln und Berlin zeigen, mit welcher Brutalität gleichgeschlechtlich orientierte Männer und Frauen von nazistisch orientierten Jugendlichen oder organisierten Nazis in Deutschland verfolgt und überfallen werden:

- Eine **gleichgeschlechtlich orientierte Frau** wurde **2005** in Köln zusammen mit ihrer Freundin in der Straßenbahn von mehreren nazistisch orientierten Schlägern als „Lesbensau“ beschimpft. Zunächst konnten sich die Frauen erfolgreich wehren, doch schließlich wurde eine der beiden Frauen von einem der nazistischen Schläger angegriffen und schwer verletzt.

- In der Nacht vom **24.06.06** wurde ein **40 Jahre alter gleichgeschlechtlich orientierter Mann, gemeinsam mit seinen beiden 26- und 53jährigen Bekannten** auf einer Parkbank unmittelbar in der Nähe des Märchenbrunnens im Volkspark Friedrichshain in Berlin überfallen. Die nazistischen verhetzten Angreifer - sechs junge Männer und eine junge Frau - blendeten den drei Männern mit kleinen Lampen ins Gesicht und beleidigten sie. Sie riefen „Ihr seid schwul“ und „Ihr seht aus wie schwul“. Im nächsten Moment schlugen sie auf die drei Männer ein. Der 53jährige wurde mit einem Fußtritt gegen den Kopf getroffen. Der 40jährige und der 26jährige wurden mit Faustschlägen ins Gesicht malträtiert. Als eines der Opfer laut um Hilfe schrie, flüchteten die Schläger. Die Opfer erlitten schmerzhaft Prellungen im Gesicht.

- In der Nacht vom **26.05.05** verließen **zwei gleichgeschlechtlich orientierte Männer**, 38 und ein 41 Jahre alt, das Lokal Triebwerk in der Kreuzberger Urbanstraße in Berlin. Auf ihrem Heimweg kamen sie an einem benachbarten Internet-Café vorbei, vor dessen Tür sich ein Dutzend junge Männer und Frauen aufhielten. Als sie an der Gruppe von Jugendlichen vorbeigingen, wurden sie beschimpft mit reaktionären Sprüchen wie „Schwuchtel“, „schwule Säue“ etc. Als sich der 38jährige umdrehte und sich diese Beschimpfungen verbat, wurden die beiden unvermittelt von drei nazistisch verhetzten Schlägern angegriffen. Diese schlugen ihnen mehrfach ins Gesicht und malträtierten sie mit Fußtritten. Der 41jährige fiel dabei zu Boden und konnte wegen einer Gehbehinderung nicht schnell genug aufstehen, um weitere Schläge der nazistisch verhetzten Schläger abzuwehren, die mehrfach auf ihn eintraten. Schließlich gelang es auch ihm aufzustehen und die beiden Männer konnten sich dann zurück in das Lokal retten. Die Opfer erlitten aufgrund des Angriffs Hämatome im Gesicht und am Körper. Dem 38jährigen wurden zudem Rippen angebrochen. Der 41jährige hatte sich aufgrund des Sturzes am Knie verletzt, was seine bereits existierende Gehbehinderung wochenlang verstärkte. Die Opfer litten wochenlang unter den Verletzungen und dem Schock. (Quelle: www.maneo.de)

Solidarität mit allen vom Nazi-Terror Verfolgten!

Flugblätter von „Gegen die Strömung“

Flugblatt 11-12/2006

60 Jahre „Urteil von Nürnberg“: Die weltgeschichtliche Bedeutung des Nürnberger Prozesses verteidigen!

Flugblatt 11-12/2004

Die Nazi-Ideologie vom „lebensunwerten Leben“: Von der Diskriminierung zum Massenmord

Aus dem Inhalt:

- Massenhafte Zwangssterilisierung und Nazi-Massenmord
- Diskriminierung und Unterdrückung bis 1933
- Nach 1945 in Westdeutschland: „... so als wäre nichts gewesen!“
- Zur Nazi-Ideologie vom „unwerten Leben“
- Zur Ermordung bestimmte Kranke und Behinderte wehren sich
- Der Nürnberger Ärzteprozess 1946 und Prozesse gegen Nazi-Mörder bis 1947

Flugblatt 8-9/2004

Kampf gegen den Antiziganismus Solidarität mit den Sinti und Roma

Aus dem Inhalt:

- Vor 60 Jahren: Der Kampf der Sinti und Roma gegen die „Liquidierung“ des „Zigeunerlagers“ in Auschwitz-Birkenau
- Entwicklung und Einschnitte des mörderischen Nazi-Terrors gegen Sinti und Roma von 1933 bis 1945
- Der Nazi-Völkermord an den Sinti und Roma im besetzten Europa
- Ungebrochene Tradition des Antiziganismus nach 1945
- Antiziganismus in Deutschland heute
- Schlaglichter des Widerstands von Sinti und Roma gegen den Nazi-Faschismus
- Antiziganismus als Teil der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie
- Vorgeschichte der Verfolgung der Sinti und Roma in Deutschland

Flugblatt 1-2/2004

Die mörderische deutsche Herrenmenschen-Ideologie bekämpfen: Gegen Nazi-Terror und Diskriminierung von Menschen mit dunkler Hautfarbe in Deutschland!

Aus dem Inhalt:

- Stationen der Diskriminierung und des Nazi-Terrors gegen Menschen mit dunkler Hautfarbe in Deutschland

- Kommunisten mit dunkler Hautfarbe, die von den Nazis ermordet wurden
- Nazi-Terror heute
- Rassistisch-nationalistische Hetze in den bürgerlichen Medien und staatliche Diskriminierung

Flugblatt 2/2003

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt:

Der Klassenkampf unter Führung der KPD 1929 bis zum Sieg des Nazi-Faschismus 1933

Aus dem Inhalt:

- Das Programm des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus
- Die Sozialdemokratie bereitet die Faschisierung vor
- Weitere Schritte zur Errichtung und Konsolidierung der nazifaschistischen Diktatur
- Zwei notwendige Korrekturen: Ernst Thälmanns an Positionen der KPD zur Frage des militanten bewaffneten Abwehrkampfes gegen die Nazis

Flugblatt 12/2001

22. Juni 1941 – 8. Mai 1945: Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion

1418 Tage!

Aus dem Inhalt:

- Der Überfall des imperialistischen Nazi-Deutschlands auf die damals sozialistische Sowjetunion
- Das Scheitern der „Blitzkriegstrategie“: „Vor Moskau muss die Vernichtung der faschistischen deutschen Eindringlinge beginnen!“ (Juni 1941 – November 1942)
- Beginn der Zerschlagung der Nazi-Armee: „Es ist an der Zeit, mit dem Rückzug Schluß zu machen. Keinen Schritt zurück!“
- Die „Zehn Schläge“ der Roten Armee zusammen mit den Partisaninnen und Partisanen zur Befreiung der Völker der Sowjetunion und Osteuropas von den Nazi-Mördern (1944)
- Zerschlagung der nazifaschistischen Machtzentren im Kampf um Berlin: „Ein rasender Hund ist auch noch im Verenden gefährlich.“

Flugblatt 2-3/2000

Zum Thema Zwangsarbeit:

Die Forderungen der Verfolgten des Nazifaschismus sind berechtigt!

Aus dem Inhalt:

- Das abgestufte System des Nazifaschismus zur Auspressung menschlicher Arbeitskraft bis hin zur Vernichtung durch Arbeit
- Ablauf und Einschnitte bei der Umsetzung des nazifaschistischen Sklavenarbeitsprogramms
- Sklavenarbeit als Teil des nazifaschistischen Vernichtungsprogramms
- Die Mitschuld der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter und der übrigen werktätigen Massen am nazistischen Sklavenarbeitssystem
- Widerstand von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen

Flugblatt 11-12/1998

Das Novemberpogrom 1938: Vor aller Augen!

Aus dem Inhalt:

- Die Massendeportationen von 17.000 Juden und Jüdinnen mit polnischem Paß aus Deutschland im Oktober 1938
- Die historische Bedeutung der bewaffneten Aktion Herschel Grynszpan für den Kampf gegen Nazi-Deutschland
- Die Nazi-Massaker am 9./10. November 1938
- Der Novemberpogrom und der Masseneinfluß der Nazis
- Zur kommunistischen Linie des Kampfes gegen den Nazifaschismus angesichts nazistisch verseuchter Volksmassen in Deutschland

Beilage:

- Die Erklärung des ZK der KPD „Gegen die Schmach der Judenpogrome!“ vom November 1938 – mit kritischer Einschätzung
- Die 1893 verabschiedete Resolution der revolutionären deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus – mit kritischer Einschätzung
- Kritische Einschätzung der Rede August Bebel gegen den Antisemitismus von 1893

Flugblatt 2/1993

Zur Wannsee-Konferenz 1942:

Nichts vergessen!

Aus dem Inhalt:

- Der „normale Terror“ der Nazifaschisten
- Eine neue Stufe des Terrors – die „industrielle“ Ermordung ganzer Völker
- Der Völkermord der Nazis – auch eine Drohung des deutschen Imperialismus für die Zukunft

Nur wenn die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter, die Mehrheit der Werktätigen die demagogischen Tricks und Schliche der herrschenden Klasse, insbesondere die weiterlebenden nazifaschistischen Lügen und Manöver punkt für Punkt durchschauen und widerlegen lernt, werden sie siegreich den Kampf gegen das ganze Ausbeuter- und Unterdrückungssystem durchführen können.

Der richtige Weg dabei ist es, im gemeinsamen Kampf gegen die Nazis, gegen die Reaktion, gegen die Verschlechterung der sozialen Lage, gegen den Kapitalismus, – mitten in diesen Kämpfen – die Auseinandersetzung über die Notwendigkeit von Argumenten und der Widerlegung der reaktionären Ideologie so umfangreich wie möglich zu führen, um die Solidarität zwischen allen Ausgebeuteten und Unterdrückten zu stärken, um die verfluchten Mechanismen der herrschenden Klasse von „Teile und Herrsche“ zu durchbrechen und im gemeinsamen Kampf wirklich voranzukommen.

Der Kommunismus, „das Einfache, was schwer zu machen ist“, erledigt in seiner ersten, der sozialistischen Phase mit der Enteignung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Zerschlagung des alten Staatsapparats im Bürgerkrieg keinesfalls automatisch die Fülle von reaktionären Ideen, die aus der alten Ausbeutergesellschaft als „Macht der Gewohnheit“ (Lenin) weiterexistieren.

Die bewußte Auseinandersetzung mit dem „Alb der reaktionären Traditionen“ ist unerlässlich und unverzichtbar. Aber nur die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Genossinnen und Genossen können diesen Kampf umfassend, wissenschaftlich begründet und gut organisiert durchführen. Unsere grundlegende Position ist:

„Im engen Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Unterdrückung der Frau und gegen den Herrenstandpunkt steht der Kampf gegen jegli-

che Hetze und Diskriminierung von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen. Eine Grundlage dieser Hetze und Diskriminierung ist vor allem auch die Ideologie und Politik des „Männlichkeitswahns“, der zur Zeit des Nazi-Faschismus auf der Basis des deutschen Rassismus bis zur Verfolgung, Einlieferung in KZs und Ermordung von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen gesteigert wurde. Reaktionäre Vorurteile gegen gleichgeschlechtlich orien-

Verwendete Literatur

- Bülow, Carola von, Der Umgang der nationalsozialistischen Justiz mit Homosexuellen, Carl v. Ossietzky Universität, 10.07.2000
- Centrum Schwule Geschichte (Hrsg.), „Das sind Volksfeinde!“, Publikation zur Ausstellung „Das sind Volksfeinde. Kölner „Sonderaktion“ gegen Homosexuelle im Sommer 1938, Köln 1998
- Dijk, von Lutz, „Ein erfülltes Leben – trotzdem...“, Erinnerungen Homosexueller 1933 – 1945, Hamburg 1992
- Essler, W. U., Arbeiterparteien und Homosexuellenfrage. Zur Sexualpolitik von SPD und KPD in der Weimarer Republik, Hamburg, 1980
- Grau, Günter (Hrsg.), Homosexualität in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2003
- Heger, Heinz, Die Männer mit dem Rosa Winkel, Hamburg 1972
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 3, Frankfurt 2005
- Herzer, Manfred, Sozialdemokraten und Schwulenbewegung der Weimarer Republik. In: CAPRI. Zeitschrift für schwule Geschichte, 4. Jahrgang Nr. 4, Juni 1992

Jellonnek, Burkhard, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich, Paderborn, 1990

Jellonnek, Burkhard/Lautmann, Rüdiger (Hrsg.), Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle – verdrängt und unge-sühnt, Paderborn 2002

Kogon, Eugen, Der SS-Staat, München 1974

Lautmann, Rüdiger (Hrsg.), Seminar: Gesellschaft und Homosexualität, Frankfurt/Main, 1977

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD), Chronik der Homosexuellenverfolgung, www.lsvd.de/gedenk-ort.chronik

Malwald, Stefan/Mischler, Gerd, Sexualität unter dem Hakenkreuz, Hamburg 1999

Müller, Joachim/Sternweiler Andreas, Homosexuelle Männer im KZ Sachsenhausen, Berlin 2000

Plant, Robert, Rosa Winkel. Der Krieg der Nazis gegen die Homosexuellen, New York 1986

Schoppmann, Claudia, Nationalsozialistische Sexualpolitik und weibliche Homosexualität, Pfaffenweiler 1991

Stümke, H.G./Finkler, R., Rosa Winkel, Rosa Listen, Hamburg 1981

Kommunistische Positionen gegen Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen (Skizze)

„Gegen die Strömung“ plant 2007/2008 die Veröffentlichung einer umfangreichen Arbeit zum Thema *Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Minderheiten. Um allen interessierten Genossinnen und Genossen die Möglichkeit zu geben, sich an dieser Diskussion zu beteiligen, drucken wir im folgenden die geplante Gliederung mit einer groben Skizze des Inhalts ab.*

Einleitung

1. Die Bedeutung des Themas in aktueller Hinsicht und als Beitrag zur selbstkritischen Analyse der Geschichte der KPD, der SED und der kommunistischen Weltbewegung.

2. Zur Problematik der Begrifflichkeiten: „schwul/„lesbisch“, „homosexuell“, „gleichgeschlechtlich“

3. Klare eigene Positionierung: Die Frage der gleichgeschlechtlichen Orientierung ist Privatsache eines jeden. Es ist Privatsache und darf weder als Gegenstand von Diskriminierungskampagnen noch als „Krankheit“ pseudomitleidig untersucht und zur Behandlung ausgeschrieben werden, noch viel weniger aber zur staatlichen Frage von Repression gemacht werden. Dies ist heute eine Kampffrage an vielen Fronten vor allem gegen Diskriminierung und Verfolgung.

Aktuell politischer Anlaß: Besonderheiten in Deutschland heute in der Gemengelage zwischen staatlicher Politik, Nazi-Politik und reaktionärer Ideologie in der Köpfen der Masse der Werktätigen

Aktuell ideologischer Anlaß: Kampf gegen antikomunistische/antistalinistische Hetze

I. Die Dramatik der Verfolgung und Ermordung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen in der Zeit des Nazi-Faschismus

1. Die Bilanz der Verbrechen und die „vergesenen“ Nazi-Opfer / Zur Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Frauen

2. Ermordung und sadistische Quälereien in den KZs

3. Die Rolle der Denunziation für den Nazi-Terror im allgemeinen und für den § 175

4. Zuspitzung aller reaktionären Traditionen in Form der Nazi-Ideologie

5. Nach 1945: § 175 und Fragen der Entschädigung in der BRD

II. Die Diskussion über den Kampf gegen die Diskriminierung von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen innerhalb der Arbeiterbewegung insbesondere in Deutschland

1. Zur Ausgangslage nach 1918: Kaiserreich und Weimarer Gesetzgebung

2. Verschiedene Strömungen in der KPD zum Thema „Sexualität und Klassenkampf“

3. Die klare Position der KPD-Fraktion im Reichstag: Abschaffung des § 175!

4. Theoretische Probleme und Schwierigkeiten und die Zuspitzung der Debatte im Zusammenhang mit dem „Röhm-Skandal“ 1932 und die richtige und vorbildliche Position von Kurt Tucholsky / Zur Liquidierung Röhrs und seiner Anhänger 1934

5. Der Stellenwert dieser Fragen vor und nach der Errichtung des Nazi-Faschismus

6. Nach 1945: Die Gründung des Bundes der „Opfer des Faschismus“ und der „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes in der SBZ bzw. der DDR: Richtige und falsche Positionen in der SED

7. Die unterschiedlichen Entwicklung der gesetzlichen Lage zur männlichen Homosexualität nach der sozialistische Oktoberrevolution in der Sowjetunion:

- Zentren und Randgebiete 1917,
- zur Situation 1934,

- die Kommunistische Partei und die Masse der Werktätigen,

- die Entwicklung der Positionen anhand der verschiedenen Auflagen der Sowjet-Enzyklopädie,

- ungeklärte Fragen nach Umfang der Anwendung von Repressionen und ihren Begründungen,

- die absurd-reaktionäre Position Gorkis 1934 nach dem „Röhm-Putsch“ sowie ein paar Worte zu Maxim Gorki zusätzlich.

III. Theoretische Grundfragen – wissenschaftliche Positionierung

Teil A

1. Spießbürger-Ideologie und kommunistische Moral: Engels über die Moral der zukünftigen Generationen im Kommunismus

2. Familie – Privateigentum – Staat: Ursprung und Entwicklung

3. Familienideologie als Männerideologie und Mütterideologie: Patriarchalisches Denken

4. Ideologie und Realität: Feudales und Kapitalistisches zur Familie: Der Mann als „Bourgeois“ in der Familie und die Rolle des Kampfes der Masse der Arbeiterinnen und der werktätigen Frauen

Teil B

1. Aufklärung über Sexualität gegen religiöse Repression und imperialistischer Sexismus

2. Die Bedeutung des Freudismus für die Debatte über Sexualität in Geschichte und Gesellschaft und für falsche Positionen innerhalb der KPD (Die Gruppierung „Sexpol“ Wilhem Reichs mit ihrer auf Freud gestützten Einschätzung der Homosexualität als „Fehlentwicklung und Krankheit“)

3. *Halbwahrheit und Klischees 1:* Platons „Symposion“ und die These von der Dekadenz der herrschenden Klasse anhand der „Knabenliebe“

4. *Halbwahrheit und Klischees 2:* Zur Geschichte der Gefängnisse, Militärformationen und der Kirche und erzwungene Homosexualität

5. *Halbwahrheit und Klischees 3:* Männerbünde, die Ideologie der „Männerfreundschaft“ und Frauendiskriminierung

6. *Halbwahrheiten und Klischees 4:* Angeboren? Gesellschaftlich bedingt? Frühkindliche Erfahrung? Emanzipatorischer Reflex gegen Frauenfeindlichkeit und Männerherrschaft?

7. Den angemessenen Stellenwert des Kampfes gegen Diskriminierung und Verfolgung im Zusammenhang der imperialistischen Manipulation der Massen und der realen Politik der herrschenden Klasse und ihrer Handlanger bestimmen.

8. Die kommunistischen Kräfte müssen in den berechtigten Kämpfen gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit vorangehen.

Zusammenfassung

Grundpositionen des wissenschaftlichen Kommunismus verteidigen und entwickeln — mit wachem Interesse den Stand der wissenschaftlichen Erforschung verfolgen, kritisch reaktionäre Tendenzen verwerfen.

Anhang

1. Einige selbstkritische Bemerkungen zu unseren Publikationen

2. Zur Diskussion über einige diskriminierende Passagen in Privatbriefen von Marx und Engels



tierte Menschen sind in Deutschland bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung tief verankert. Gleichgeschlechtlich orientierte Menschen sind heute in Deutschland von staatlicher und alltäglicher Diskriminierung, vom Nazi-Terror bedroht.

Die kommunistischen Kräfte kämpfen für maximale Entschädigung der Nazi-Opfer und bekämpfen jegliche Hetze und den Nazi-Terror gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen. Sie kämpfen gegen jegliche Diskriminierung

und die reaktionäre Ideologie des „Männlichkeitswahns“.

(Auszug aus Dokumente der 3. Parteikonferenz von Gegen die Strömung: Prüfsteine, Rot Front Nr. 19, Januar 2005, S. 121)

Und darüber hinaus? Wie wird das dann im Kommunismus sein? Diese Frage wurde Engels bereits 1884 gestellt. Er erklärte:

„Was wir also heutzutage vermuten können über die Ordnung der Geschlechtsverhältnisse nach der bevorstehenden Wegfegung der kapitalistischen Produktion ist vorwiegend negativ

ver Art, beschränkt sich meist auf das, was wegfällt. Was aber wird hinzukommen? Das wird sich entscheiden, wenn ein neues Geschlecht herangewachsen sein wird.“

(Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, 1884, Werke Band 21, S. 83)

Engels betonte, daß dann, in der kommunistischen Gesellschaft bei Männern wie bei Frauen Geld, soziale Machtmittel, Furcht vor ökonomischen und sozialen Folgen keine Rolle mehr spielen werden und führt aus:

„Wenn diese Leute da sind, werden sie sich den Teufel darum scheren, was man heute glaubt, daß sie tun sollten; sie werden sich ihre eigene Praxis und ihre danach abgemessene öffentliche Meinung über die Praxis jedes einzelnen selbst machen - Punktum.“

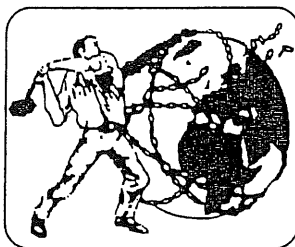
(Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, 1884, Werke Band 21, S. 83)

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u.a. erhältlich in:

Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; Berlin: M99, Manteuffelstr. 99; Bonn: Antiquariat, Breite Str. 52; Braunschweig: Antifaschistisches Cafe, Cyriaksring 55; Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; Hannover: Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; Karlsruhe: Der andere Buchladen, Marienstr. 15; Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43; Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

2-3/07

Februar-März 2007

Aufruf an die kommunistisch orientierten Kräfte, die Schriften Lenins „Renegat Kautsky“ und „Kinderkrankheit im Kommunismus“ zu studieren!

Die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter

In der Geschichte der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse seit 1848 spielt die Frage des Bewusstseinsstandes und der Grad der Organisiertheit der Arbeiterklasse immer eine überragende Rolle: Für welche Ziele kämpft sie wirklich, für welche Ziele müsste sie kämpfen?

Die unter den Kurztiteln „Renegat Kautsky“ und „Kinderkrankheit im Kommunismus“ bekannten Broschüren behandeln systematisch diese Probleme. Während als Hauptgefahr klar ist, dass unter dem Vorwand, die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter zu gewinnen, die Ziele der sozialistischen Revolution aufgegeben und durch reformistischen gewerkschaftlichen Kampf ersetzt werden, gibt es auch eine andere Form der Kapitulation vor Schwierigkeiten, indem ein Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution als in Deutschland für aussichtslos erklärt und im Grunde gar nicht mehr geführt wird – garniert mit revolutionären Phrasen.

I.

Von 1848 bis zum Ersten Weltkrieg: Zunehmender kommunistischer Einfluss und weitreichender Rückschlag

1848 vertraten in der revolutionären Bewegung nur kleine Gruppen von Arbeiterinnen und Arbeitern, nicht mehr als einige hundert, die Ideen des „Manifests der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels. In den folgenden ca. sechzig Jahren wuchsen die an den Zielen des Kommunismus orientierten, von der revolutionären Sozialdemokratie geführten Massen der Arbeiterklasse um das Tausendfache. Ein Barometer dafür waren die Wahlstimmen in den bürgerlich-parlamentarischen Wahlen. Unter der Losung „Die Mehrheit erobern“ begann aber schrittweise schon in der revolutionären Sozialdemokratie, vor allem in der Führung, die Stimmung umzuschlagen. Durch immer vorsichtigeren, wachweiche, letztlich die Ziele der sozialistischen Revolution aufgebende Formulierungen sollte die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterbewegung eher erschlichen als erkämpft werden.

Diese faule Methode bestand die zentrale Prüfung bei Ausbruch des imperialistischen Ersten Weltkriegs ganz und gar nicht. Die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter folgte nicht der Losung „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“, sondern der von Kaiser Wilhelm geschaffenen und von der Führung der Sozialdemokratie faktisch übernommenen Losung „Wir kennen keine Parteien mehr, wir kennen nur noch Deutsche“.

Das war eine gewaltige Herausforderung, die nur wenige in der SPD, wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, annahmen. Es galt, noch eine Ebene weit unterhalb des Kampfs für die sozialistische Revolution, zunächst einmal die Mehrheit

der Arbeiterklasse von der Unterstützung oder Duldung der imperialistischen Burgfrieden-Politik abzubringen. Auf dieser Ebene war der Kampf, allerdings auch im Kontext des verlorenen Weltkriegs, durchaus erfolgreich. Das zeigte sich in der Novemberrevolution von 1918. Doch sehr schnell wurde auch deutlich, dass die Mehrheit der Arbeiterklasse zwar gegen den Kaiser und den verlorenen Krieg eingestellt war, aber keinesfalls schon den Kapitalismus als Ganzes wirklich kämpferisch in Frage stellen wollte. Die verlockenden Versprechungen der Regierungs-Sozialdemokratie, mit Hilfe der Reichswehr und der angeblich vernünftigen Teile der Kapitalisten durch Reformen Stück für Stück diese oder jene angeblich „sozialistische Maßnahme“ zu erreichen, behielten weit über zehn Jahre lang die Oberhand.

Das Ringen zwischen den revolutionären und den konter- revolutionären Kräften um die Mehr- heit des Proletariats bis 1933

Die Jahre nach 1918 waren Zeiten des heftigen Kampfes. Die Arbeiterinnen und Arbeiter, die in Russland die sozialistische Revolution siegreich begonnen hatten, kämpften mit enormen Schwierigkeiten. Sie hofften sehr, dass es den kommunistischen Kräften in Deutschland gelingen würde, Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse in Russland, selbst eine sozialistische Revolution durchzuführen. Doch diese Hoffnung zerschlug sich, trotz der revolutionären bewaffneten Erhebungen und Kämpfe von Teilen des Proletariats (bewaffnete Abwehr des Kapp-Putsches 1920, März-Kämpfe 1921, Hamburger Aufstand 1923). Zu stark waren die reformistische Macht der Gewohnheit und die gut organisierten Betrugsmanöver der SPD und der Gewerkschaftsführung.

Die letzten fünf Jahre der Weimarer Republik waren gekennzeichnet von einem heftigen Kampf um Mehrheiten – um Mehrheiten in der Arbeiterklasse, aber auch um die Mehrheit in der arbeitenden Bevölkerung überhaupt. Es gelang der KPD, in Berlin die stärkste aller Parteien zu werden. Hier war die Mehrheit der Arbeiterklasse 1932 tatsächlich kommunistisch orientiert. In diesem Wettlauf zwischen Revolution und Konterrevolution spielte nicht nur die konterrevolutionäre Sozialdemokratie eine Rolle, die 1919 und zu Beginn der 1920er Jahre gemeinsam mit der Reichswehr an der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und an der Ermordung von mehreren tausend kommunistischen Arbeiterinnen und Arbeiter an führender Stelle beteiligt war. Zudem entwickelte sich immer bedrohlicher die konterrevolutionäre Massenbewegung der Nazis, die vom deutschen Finanzkapital vor allem ab dem Beginn der 1930er Jahre immer mehr favorisiert wurde.

Die Mehrheit gewinnen, das war nun, wiederum unterhalb der Frage der Durchführung der sozialistischen Revolution, die Frage, ob es gelingt, im und durch den Kampf gegen die Nazis eine Mehrheit der Arbeiterklasse nicht nur für eine Ablehnung der Nazis zu gewinnen, sondern vor allem für den aktiven und militanten Kampf gegen sie.

Wir können hier nicht ins Detail gehen. Geschichtlich unstrittig ist, dass in den Jahren von 1928 bis 1933 die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht für die sozialistische Revolution und die Unterstützung der Weiterführung der sozialistischen Revolution in der Sowjetunion gewonnen werden konnte. Aber nicht nur das: Der Großteil der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeiter konnte auch nicht für den nötigen Kampf gegen die Errichtung der Nazi-Diktatur mobilisiert werden. Das hatte ausgesprochen weitreichende Folgen.

Weitgehende Zerschlagung des kommunistischen Einflusses durch den Nazifaschismus

In den Jahren nach 1933 gelang es den Nazi-Faschisten durch massiven konterrevolutionären Terror, kombiniert mit Bestechung, chauvinistischer und antisemitischer Hetze und allen Arten konterrevolutionärer Demagogie auch in einer Stadt wie Berlin selbst starke kommunistische Mehrheiten der Arbeiterklasse in den Betrieben Berlins zu schleifen. So wurde in ganz Deutschland der kommunistische Widerstand zur Sache einer kleinen Minderheit von einigen zehntausend KPD-Aktivistinnen und KPD-Aktivistinnen herabgedrückt.

Entgegen mancher anders lautender Phrasen und Bestwörungen war es tatsächlich so, dass die Mehrheit der Arbeiterklasse, teils aus Angst, teils aus Anpassung, teils aus Überzeugung die Verbrechen der Nazi-Faschisten duldete, ja schlimmer noch: teils ohne Uniform, teils in Wehrmachtsuniform waren Teile der Arbeiterklasse auch auf verschiedene Weise und in unterschiedlichem Ausmaß selbst daran beteiligt. Das betrifft nach der weitgehenden Zerschlagung der KPD die von 1933 an organisierten antisemitischen Nazi-Pogrome, dann die Überfälle auf andere Länder, schließlich auf die sozialistische Sowjetunion, sowie den Völkermord an den Juden und an den Sinti und Roma.

Nicht unberechtigte Hoffnungen und Illusionen über einen anstehenden Stimmungswandel im Verlaufe des Krieges innerhalb der Arbeiterklasse in Deutschland zerschlugen sich von Jahr zu Jahr mehr. Die antinazistische Agitation und Propaganda musste auf das niedrigste Niveau überhaupt zurückgreifen: Es gelte doch einzusehen, dass der Krieg verloren sei und man sich endlich ergeben solle. Selbst im Mai 1945 blieb dieser niedrigste aller Ansprüche im Großen und Ganzen unerfüllt. Insbesondere in Berlin musste die Rote Armee bekanntlich, ohne jegliche nennenswerte Unterstützung von deutschen Gegnern der Nazis, Haus für Haus erkämpfen.

Chancen und Ansätze in der SBZ/DDR und der revisionistischen „Mehrheits“-Betrug

In anderen Ländern standen nach 1945 Kommunistische Parteien teilweise durchaus an der Spitze der Mehrheit der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Bevölkerung ihres Landes. Anders war die Lage in Deutschland.

Nach der notwendigen Besetzung Deutschlands, im Osten durch die Sowjetarmee, im Westen durch die Armeen der

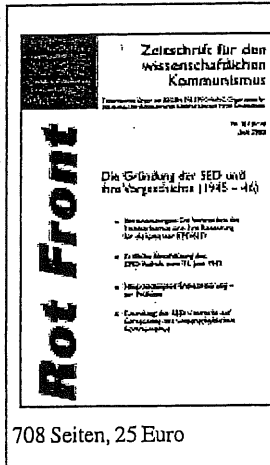
westlichen Alliierten musste eine nüchterne Bestandsaufnahme zeigen, wie weit entfernt das Bewusstsein und die Organisiertheit der Arbeiterklasse vom eigentlichen Ausgangspunkt des „Manifests der Kommunistischen Partei“ war. Ansätze zu einer realistischen Bestandsaufnahme gab es, so im KPD-Aufruf vom 11. Juni 1945 mit der Betonung der Mitschuld der breiten Massen der deutschen Werktätigen an den Nazi-Verbrechen, der Feststellung, dass „*Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazi-Demagogie verfielen*“ und dass „*breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gut gedeckten Mittag- und Abendbrotisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach*.“ Doch schon im „Aufruf“ selbst, danach aber noch massiv zunehmend, zeigte es sich, dass die Anerkennung der realen Lage des Bewusstseinsstands der breiten werktätigen Massen einher ging mit der nationalistischen Anbiederung an die Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen und *nicht* Ausgangspunkt für einen umfassenden Plan des Kampfs auf Leben und Tod gegen die unter breiten werktätigen Massen tief verankerte „deutsche Ideologie“ war. Und selbst die anfänglichen Ansätze einer realistischen Bestandsaufnahme wurden rasch beiseite geschoben.

Groß war nun die Verlockung, sich auf der Macht der Roten Armee auszuruhen, sich selbst und anderen einzureden, dass insbesondere in der sowjetisch besetzten Zone und ab 1949 in der DDR doch rasch ein grundlegender Umschwung zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Sozialismus und dann für den Kommunismus, zumindest aber für demokratische, antinazistische Maßnahmen, erreicht werden könne.

In Westdeutschland war völlig klar, dass die kommunistischen Kräfte innerhalb der Arbeiterklasse weniger als zehn

Prozent Anhängerschaft mobilisieren konnten. In der DDR aber behauptete die SED 1950, bei allgemeinen Wahlen bereits weit über neunzig Prozent der Bevölkerung der DDR für ein demokratisch-antinazistisches Programm gewonnen zu haben (bei den Wahlen 1950 stimmten angeblich bei einer Teilnahme von 98,5 Prozent 99,7 Prozent für dieses Programm). Und zwei Jahre später, 1952, wurde gar verkündet, dass bereits die Mehrheit der Arbeiterklasse für den „Aufbau des Sozialismus in der DDR“ (2. Parteikonferenz der SED) gewonnen sei.

Wie absurd und falsch solche Einschätzungen und offensichtlich manipulierte Wahlergebnisse waren, zeigte sich spätestens 1953, als es den westdeutschen Imperialisten unter Führung Adenauers gelang, in der DDR eine konterrevolutionäre Massenbewegung für die Einheit in einem imperialistischen Deutschland als Teil des Weltimperialismus zu mobilisieren. Da zeigte sich auch, wie absurd die hohe Zahl von 1,7 Millionen Parteimitgliedern der SED war (im zehnfach größeren revolutionären Russland betrug die Zahl der Parteimitglieder 1918 lediglich 600.000 Mitglieder!). Selbst mit der Mobilisierung von nur einem Zehntel dieser 1,7 Millionen Parteimitglieder hätte es möglich sein müssen, am 17. Juni 1953 auf der Straße den aufgehetzten werktätigen Massen mit überzeugenden Argumenten und wo nötig auch mit handfestem Eingreifen entgegenzutreten. Dies geschah offenbar aber nicht. Es war die Rote Armee, welche den konterrevolutionären Umtrieben gegen kom-



munistische Kräfte in der DDR mit Panzern Einhalt gebot. Das war ein Armutszeugnis für die SED.

In der Tat stellt sich hier nicht unberechtigt die Frage, ob es in der DDR jemals eine Mehrheit für sozialistische Ideen in der Arbeiterklasse gegeben hat. „Die Mehrheit ist für uns“ wurde zur Lebenslüge der schon bald völlig im revisionistischen Sumpf versunkenen SED (diese begrüßte bekanntlich den revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956). Nach den jahrzehntelangen SED-Bemühungen, nach dem völligen Verrat am wissenschaftlichen Kommunismus, durch Anschließerei an die BRD auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet die DDR-Bevölkerung hinter sich zu bringen oder zu halten, folgte 1989 das Ende der polizeistatlich organisierten DDR.

Diese grobe Skizze über einige Besonderheiten der geschichtlichen Entwicklung in Deutschland macht deutlich, wie schwer und umfassend die Aufgabe ist, die Mehrheit der Arbeiterklasse wirklich für die Ideen des Kommunismus zu gewinnen, welche Fülle von Fehlern es gibt, geben kann und gegeben hat, wenn es in Deutschland darum geht, die Mehrheit der Arbeiterklasse, sei es für antinazistische und demokratische, sei es für kommunistische Ziele zu gewinnen. Dies alles zeigt, welchen entscheidenden Stellenwert es hat, die Frage aufzuwerfen, für welche Ziele welche Teile der Arbeiterklasse bereits wirklich gewonnen wurden und für welche noch nicht.

II.

Probleme der Einschätzung des Bewusstseins der Mehrheit der Arbeiterklasse heute

Aktuell lässt sich feststellen, dass ziemlich sicher die Mehrheit der Arbeiterklasse die Rente mit 67 ablehnt, Hartz IV falsch findet und – wenn die Umfrageergebnisse stimmen – aus den verschiedensten Motiven heraus auch „Tornado“-Einsätze in Afghanistan ablehnt (nach Umfrage 77% der erwachsenen Bevölkerung).

Eine solche Positionierung in Tagesfragen ist keinesfalls wertlos, unwichtig oder zu vernachlässigen, ist aber eben nur ein Teilausschnitt.

Dabei muss zunächst bewusst sein, dass wir heute weitgehend darauf angewiesen sind, die uns als Umfrageergebnis vorgestellten Analysen des Bewusstseinsstands der Bevölkerung kritisch auszuwerten, möglicherweise schiefe Fragestellungen zu prüfen, also bewusst im Kopf zu haben, dass das Ziel der Meinungsumfragemaschinerie keinesfalls in erster Linie eine realistische Darstellung des Standes des Bewusstseins ist, sondern oft genug propagandistischen Zwecken des deutschen Imperialismus dient.

Jegliche Umfrageergebnisse sind also mit großer Vorsicht zu genießen, wenngleich wir sicherlich auch einige plausible Ergebnisse und Hinweise daraus entnehmen können.

Die „Stimmung der Bevölkerung“ wird auch in nicht veröffentlichten Befragungen erhoben, um mit entsprechend zugeschnittenen Propaganda-Programmen weitere „Fort-schritte“ bei der reaktionären Stimmungsmache zu erreichen.

Eins ist jedoch klar: Eine wirklich an der Durchführung der sozialistischen Revolution interessierte wissenschaftlich arbeitende Zentrale, eine Kommunistische Partei, wird einen Schwerpunkt ihrer Forschungsarbeit darauf legen müssen, *selbst* umfassend und systematisch möglichst flächendeckend in allen Groß- und Kleinbetrieben die Entwicklung der Stimmung und des Bewusstseins innerhalb der Arbeiterklasse festzustellen, zusammenzufassen und auszuwerten. Dies ist unbedingt nötig, da die Kommunistische Partei nur auf dieser Basis durch Widerlegung der relevanten Lügen der Bourgeoisie systematisch Aufklärung betreiben kann. Es geht darum, auf diese Weise im umfassenden Kampf gegen die bürgerliche Ideologie in ihrer konkreten Erscheinungsform, gestützt auf die eigene Erfahrung der Arbeiterklasse, wirklich sozialistisches Bewusstsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Es gilt, so genau wie möglich, nicht mit Phrasen und nicht bloß mit allgemeinen Begriffen, unter Ausnutzung der Teilfragen, der einzelnen Fragen, überzeugend nachzuweisen, dass innerhalb dieses kapitalistischen Systems die Probleme nicht wirklich zu lösen sind.

Trotz aller allgemeinen Skepsis unterstützt die Mehrheit der Arbeiterklasse heute unzweifelhaft noch die politischen Repräsentanten des kapitalistischen Systems. Bei aller Empörung über böse Erscheinungsformen des Kapitalismus im einzelnen stellt sie das kapitalistische System als Ganzes noch nicht in Frage. Nationale Phrasen erscheinen ihr noch realistischer als internationalistische Solidarität. All das muss bewusst sein und zeigt die Größe unserer Aufgaben. Das vielleicht größte Problem ist dabei der Aberglauben an diesen Staatsapparat überhaupt. Tief verankert ist die Vorstellung, dass bei all diesen Problemen die-

ser Staat es doch richten könnte, weil Vater Staat eben Vater Staat sei.

Die Frage der „Mehrheit“ und die Situation unter den sich als „links“ verstehenden Kräften

Wir stehen heute vor der Situation, dass selbst bei sich sozialistisch oder kommunistisch nennenden Kräften die programmatischen Ziele des „Manifests der Kommunistischen Partei“ im Grunde keine Rolle mehr spielen. Mit irgendwelchen Kombinationen, ob innerhalb und außerhalb der PDS und DKP, wird versucht, fernab grundlegender Fragen, Einfluss innerhalb der Bevölkerung in Deutschland zu erlangen.

In dieser Hinsicht ähnlich ist es aber auch bei ehrlich an der Revolution und am Kommunismus orientierten Kräften, die mit berechtigtem Ekel auf diese opportunistischen und zudem deutschtimelnden Projekte der Anpassung gerade an die schlechtesten, reaktionären und rückständigen Ansichten und Einstellungen in der Arbeiterklasse schauen. Sie haben ebenfalls nicht die großen Ziele und Pläne einer auf lange Sicht angelegten Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus vor Augen mit all den dafür erforderlichen Zwischenschritten und notwendigen Schwierigkeiten. Mehr oder minder beschränken sich diese Kräfte auf Zwischenrufe und diese oder jene teilweise auch sympathische Aktion, wobei nicht selten auch eine kapitalistenhafte Haltung gegenüber der Aufgabe zu verzeichnen ist, systematisch, langfristig und mit Geduld an die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus heranzugehen.

Das hinter der Frage der Mehrheit der Arbeiterklasse stehende Ziel der sozialistischen Demokratie

Im Grunde steht hinter all dem eine zutiefst grundsätzliche Frage: Die Notwendigkeit der diktatorischen Enteignung der Kapitalistenklasse und der politischen Unterdrückung der Konterrevolution muss auf einer festen Basis beruhen, auf einer wirklich sozialistischen Demokratie, die

„Die bittere Wahrheit sagen“

„Ihr seid verpflichtet, nicht auf das Niveau der Massen, nicht auf das Niveau der rückständigen Schichten der Klasse hinabzusinken. Das ist unbestreitbar. Ihr seid verpflichtet, ihnen die bittere Wahrheit zu sagen. Ihr seid verpflichtet, ihre bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteile beim richtigen Namen zu nennen. Aber zugleich seid ihr verpflichtet,

den tatsächlichen Bewusstseins- und Reifegrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde), eben der ganzen werktätigen Masse (und nicht nur ihrer fortgeschrittensten Vertreter) nüchtern zu prüfen.“ (Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Werke Band 31, S. 43/44, Hervorhebungen im Original)

keinesfalls Demokratie für alle ist, aber sehr wohl eine breite Mehrheit, vor allem der Arbeiterklasse, zur Grundlage hat und auf Sympathie, ja Unterstützung und auch wohlwollende Neutralität der anderen werktätigen Massen nicht verzichten kann.

Das Bewusstsein, das Selbstbewusstsein einer Mehrheit der Arbeiterklasse, sich selbst politisch zu organisie-

ren, einen eigenen Staat aufzubauen, eigene Formen der sozialistischen Demokratie zu erkämpfen, muss in den harten und militanten Kämpfen der Arbeiterklasse durch die Kommunistische Partei durch alle Windungen und Wendungen hindurch geschaffen werden. Dieses Bewusstsein und Selbstbewusstsein ist Voraussetzung, um auch die Schwankenden zu neutralisieren und zu gewinnen, um auf

dieser Basis, ausgestattet mit der moralischen Unterstützung der Mehrheit der eigenen Klasse, ja einer Mehrheit der Ausgebeuteten und Werktätigen überhaupt, gegen das ganze Geheule von „Demokratie für alle“, standfest und diktatorisch die Konterrevolution zu unterdrücken.

III.

Zu Lenins Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“

Beim Studium der Schriften Lenins „Renegat Kautsky“ und „Kinderkrankheit im Kommunismus“ heute kann es vorrangig nicht darum gehen, haargenau zu verstehen, welche Positionen Kautsky und all die opportunistischen Führer damals vertreten haben, deren Namen dort auftauchen. (Allerdings - es lohnt sich schon sich in diese Fragen einzuarbeiten. Das setzt jedoch voraus, die Originalschriften der Opportunisten durchzustudieren und dann die gekannten Widerlegungen Lenins auch im Detail zu verstehen, um daraus zu lernen und die ganze Größe dieser Schriften erfassen und genießen zu können - eine lohnende Aufgabe für alle vertiefenden kollektiven Schulungen dieser Schriften).

Damals wie heute: Der Rechtsopportunistismus ist und bleibt Hauptfeind im Kampf für die Revolutionierung der Mehrheit des Proletariats

Es wäre absolut oberflächlich, auf die primitive Formel einzusteigen, dass die Schrift „Renegat Kautsky“ sich „gegen rechts“, gegen Revisionismus und Rechtsopportunisten richtet und die Schrift „Kinderkrankheit im Kommunismus“ sich „gegen links“, vor allem gegen sektiererische oder anarchistische Abweichungen richtet. Beide Schriften haben einen einzigen Hauptfeind, den Rechtsopportunisten, und im Kampf gegen diesen Hauptfeind ein einziges vorrangiges Thema: Wie kann die Mehrheit der Arbeiterklasse gegen alle Illusionen in das kapitalistische System und den bürgerlichen Parlamentarismus wirklich bewusst und selbstbewusst mit hoher Moral und hoher Disziplin die revolutionäre sozialistische Demokratie durchführen und über die Konterrevolution ihre Diktatur ausüben, ohne sich von der Phrase der „reinen Demokratie für alle“ einlullen zu lassen.

In einer gewissen Weise ist die Schrift „Kinderkrankheit im Kommunismus“ die wichtigste Schrift für die kommunistische Weltbewegung nach der Oktoberrevolution 1917. Direkt für die Delegierten des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1920 geschrieben, ist dies ein unübertroffener historischer Abriss, wie die notwendige Mehrheit der Arbeiterklasse, ihre Bewusstheit und Organisiertheit, ihre Disziplin nicht durch moralische Appelle und Phrasen geschaffen werden kann, sondern Ergebnis eines langwierigen historischen Kampfprozesses ist. Diesen Prozess beschreibt Lenin in den ersten Kapiteln dieser Schrift sehr präzise, wobei er die entscheidenden Wendungen in der Vorgeschichte der Oktoberrevolution hervorhebt. Die Anklage Lenins gegen Phrasendrescher beruht auf der eigenen Erfahrung, wie notwendig es ist, auf allen Ebenen, an allen Fronten, durch alle Wendungen hindurch diesen Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution Schritt für Schritt zu führen. Und dieser Kampf wurde klar in dem Bewusstsein geführt, dass es nicht verschwommen darum geht, die Mehrheit der Arbeiterklasse für irgendetwas zu gewinnen, Hauptsache man hat die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich. Es geht um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus!

In seiner Schrift „Renegat Kautsky“ zeigt Lenin im Detail: Die Ablehnung jeder prinzipienlosen Art, die Mehrheit der Arbeiterklasse an sich zu binden, bedeutete zugleich, keine Angst davor zu haben, Positionen zu vertreten, die einen zeitweise in der Minderheit belassen. Die Bereitschaft und Fähigkeit gegen die Strömung anzukämpfen war Voraussetzung, um dem zeitweilig übermächtig erscheinenden chauvinistischen Druck zur Zeit des Ersten Weltkriegs entgegenzutreten zu können und all den reformistischen Verlockungen des angeblich möglichen „friedlichen Hineinwachsens“ in diese oder jene „teilsozialistische Reform“ widerstehen zu können.

Diese Schrift erschien zu einem Zeitpunkt (1918), als - anders als heute - die Frage der proletarischen Revolution in einer ganzen Reihe von Staaten im aktuellen Sinn auf der Tagesordnung stand. In Russland hatte 1917 die sozialistische Oktoberrevolution gesiegt. In Deutschland, Österreich, Finnland, Ungarn und anderswo führte die Empörung der Arbeiterinnen und Arbeiter zu mächtigen Streiks, Truppenrebellionen, ja Aufstände. Angesporn durch die Oktoberrevolution bahnten sich besonders in Ungarn (Räterepublik) und in Deutschland (Novemberrevolution, Münchner Räterepublik) bewaffnete Erhebungen revolutionärer Arbeiterinnen und Arbeiter an.

In seiner Schrift „Renegat Kautsky“ entlarvt Lenin den Verräter Kautsky nicht nur als Verfälscher des Marxismus, sondern beleuchtet auch dessen aktuelle politische konterrevolutionäre Rolle. Um die Arbeiterklasse in den aktuellen und kommenden heftigen Kämpfen an den bürgerlichen Staat und den Kapitalismus zu binden, lobte Kautsky die bürgerliche Demokratie in den höchsten Tönen und verteuflte die sozialistische Demokratie als angebliche „Verletzung der reinen Demokratie“.

Lenin, der bereits 1916/17 in der grundlegenden Schrift „Staat und Revolution“ sämtliche relevanten Äußerungen von Marx und Engels zur Frage der sozialistischen Demokratie und der Diktatur des Proletariats über die Konterrevolution gegen die Verfälschungen Kautskys zusammengestellt und analysiert hatte, nimmt nun die aktuelle Broschüre Kautskys mit dem Titel „Die Diktatur des Proletariats“, um entlang dieser Schrift Kernpunkte der theoretischen Debatte auch politisch zuzuspitzen.

Beim Studium dieser Schrift heute geht es vor allem um ein tieferes Verständnis des Konfliktfelds zwischen Marxismus und Revisionismus.

Gleich die erste entscheidende Frage zeigt (trotz der extrem unterschiedlichen Situationen damals und heute, was den Stand der Revolutionierung der Massen angeht), dass die Grundfrage damals wie heute dieselbe ist. Die ganze geballte Ladung des Antikommunismus, die sich von damals bis heute in Deutschland angesammelt hat und ausgebaut wurde, steckt in der demagogischen Kernlüge Kautskys, dass er im Gegensatz zu den Bolschewiki in der Revolution für die angeblich „demokratische Methode“ sei, während Lenin und die Bolschewiki Anhänger und Verfechter einer angeblich undemokratischen, „diktatorischen Methode“ seien.

Die kautskysche Formel „friedlich, also auf demokratischem Wege“ war natürlich in der Zeitspanne aktueller Bürgerkriege 1918 direkt Wasser auf die Mühlen der Diffamierung der Kommunistinnen und Kommunisten als undemokratisch.

Der teils ausgesprochene, teils verschleierte Ausgangspunkt Kautskys ist, dass das mehrheitlich sozialistisch bewusste und organisierte Proletariat auch der Bourgeoisie und der Konterrevolution gegenüber „demokratische“, „friedliche“ Methoden anwenden müsse und auf jeden Fall im Rahmen der Gesetzlichkeit einer parlamentarisch-demokratischen Republik bleiben müsse. Damit lässt Kautsky den klassenmäßig entscheidenden Punkt verschwinden: die Notwendigkeit, dass nach der Zerschlagung des alten bürgerlichen Staatsapparates ein neuer, sozialistisch-demokratischer Staatsapparat entsteht, der gleichzeitig ökonomisch diktatorisch durch Enteignung der herrschen-

den Klasse die Eigentumsfrage stellt und politisch mit diktatorischen Mitteln gegen die Bourgeoisie und alle Reaktionsäre, gegen die Aktivisten der Konterrevolution vorgeht.

Zur weiteren Verwirrung bringt Kautsky beim „demokratischen Weg“ auch noch die Frage von „Mehrheit und Minderheit“ ins Spiel, die er völlig auf den Rahmen parlamentarischer Mehrheiten und Minderheiten fixiert. „Friedlich, also auf demokratischem Weg“, so seine „Logik“, ließe sich so die Herrschaft der Minderheit der Ausbeuter abwählen und die Staatsgewalt übernehmen.

Der Begriff „demokratisch“ wird auf diese Weise von Kautsky in einigen Schritten Stück für Stück aus seiner ursprünglichen Bedeutung umgeformt, so dass vom „demokratisch“ nichts mehr bleibt als der Rahmen der Gesetze der Bourgeoisie, der Kapitalistenklasse, was wir heute unter der Phrase der „Rechtsstaatlichkeit“ nur zu gut kennen.

Zur Widerlegung dieser Demagogie zergliedert Lenin diese Frage gekonnt in zwei Teile. Zunächst stellt er klar, dass die Bolschewiki, die Kommunistische Partei, sich sehr wohl an der Frage messen lassen, ob sie die Mehrheit der Arbeiterklasse repräsentieren, ob im jeweiligen Land die Mehrheit der ausgebeuteten Massen die Arbeiterklasse unterstützt. Nur, so Lenin, muss das Messgerät nicht unbedingt

Hier ein paar zusammenfassende Daten über die Gesamtrussischen Sowjetkongresse in der Geschichte der russischen Revolution:

Gesamtrussische Sowjetkongresse	Zahl der Delegierten	Davon Bolschewiki	Bolschewiki in Prozenten
I. (3. VI. 1917)	790	103	13
II. (23. X. 1917)	675	343	51
III. (10. I. 1918)	710	434	61
IV. (14. III. 1918)	1232	795	64
V. (4. VII. 1918)	1164	773	66

Ein Blick auf diese Zahlen genügt, zu begreifen, warum die Verteidigung der konstituierenden Versammlung oder des Geredes (wie das Kautskys), die Bolschewiki hätten nicht die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich, bei uns nur mit Gelächter quittiert wird.

Aus: W. I. Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, Werke Band 28, S. 271

die Wahlen zu einem bürgerlichen Parlament sein. In Russland, so beweist Lenin anhand der Fakten, hatten die im Kampf entstandenen Räte, die Sowjets, mit ihren Wahlen klar gezeigt, dass die Kommunisten eben diese demokratische Mehrheit für die Durchführung des Programms der Bolschewiki gewonnen hatten. Der zweite Teil der Frage, nämlich wie gegenüber den Ausbeutern und Konterrevolutionären vorgegangen wird, durchaus mit nichtfriedlichen, diktatorischen Mitteln, beruht unzweifelhaft auf dieser im revolutionären Kampf geschaffenen sozialistischen Demokratie und Mehrheit.

Im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie, die ständig die Massen durch tausenderlei Kniffe und Tricks von der Nutzung demokratischer Rechte abhält, entwickelt Lenin, dass die im Kampf entstandenen Sowjets die unmittelbare Organisation, die wirkliche Machtausübung der werktätigen und ausgebeuteten Massen maximal erleichtern. Gerade die Sowjet-Demokratie in den Großbetrieben ermöglicht maximale Kontrolle der Gewählten und tatsächliche Leitung des neuen Staates durch die Arbeiterklasse. Die sozialistische Demokratie ist eine Demokratie für die ehemals Ausgebeuteten und Unterdrückten, die nicht gewillt sind, sich erneut ausbeuten und unterdrücken zu lassen.

Lenin entlarvt die großmäulige Argumentation Kautskys, der scheinheilig fragte: Wenn man doch die Mehrheit habe, wozu brauche man dann die Ausbeuter noch zu unterdrücken. Kautsky „übersieht“ dabei geflissentlich, dass die Minderheit der Ausbeuter in Vergangenheit und Gegenwart keineswegs ungefährlich ist, nur weil sie gering

Proletarische Demokratie contra bürgerliche Demokratie

„Die Sowjets sind die unmittelbare Organisation der werktätigen und ausgebeuteten Massen selbst, die es ihnen *erleichtert*, den Staat selbst einzurichten und in jeder nur möglichen Weise zu leiten. Gerade die Vorhut der Werktätigen und Ausgebeuteten, das städtische Proletariat, erhält hierbei den Vorzug, da es durch die Großbetriebe am besten vereinigt ist; es kann am leichtesten wählen und die gewählten Deputierten kontrollieren. Die Sowjetorganisation *erleichtert* automatisch den Zusammenschluss aller Werktätigen und Ausgebeuteten um ihre Vorhut, das Proletariat. Der alte bürgerliche Apparat – das Beamtentum, die Privilegien des Reichtums, der bürgerlichen Bildung, der Beziehungen usw. (diese tatsächlichen Privilegien sind um so mannigfaltiger, je entwickelter die bürgerliche Demokratie ist) – all das fällt bei der Sowjetorganisation fort. Die Pressefreiheit hört auf, Heuchelei zu sein, denn die Druckereien und das Papier werden der Bourgeoisie weggenommen. Das gleiche geschieht mit den besten Baulichkeiten, den Palästen, Vil-

len, Herrensitzen. Die Sowjetmacht hat den Ausbeutern kurzerhand Tausende und aber Tausende dieser besten Baulichkeiten weggenommen und dadurch das Versammlungsrecht für die Massen, jenes Versammlungsrecht, ohne das die Demokratie ein Schwindel ist, *millionenmal* ‚demokratischer‘ gemacht. Die indirekten Wahlen zu den nichtlokalen Sowjets erleichtern es, die Sowjetkongresse einzuberufen, machen den *gesamten* Apparat billiger, beweglicher und für die Arbeiter und Bauern zugänglich, und das in einer Zeit, wo das Leben brodelnd und die Möglichkeit bestehen muss, einen örtlichen Abgeordneten besonders rasch abzuberufen oder zum allgemeinen Sowjetkongress zu entsenden.

Die proletarische Demokratie ist *millionenfach* demokratischer als jede bürgerliche Demokratie; die Sowjetmacht ist *millionenfach* demokratischer als die demokratischste bürgerliche Republik.“

(Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, Werke Band 28, S. 246/247, Hervorhebungen im Original)

an der Zahl sind. Sie sind gefährlich durch ihre bisherige Erfahrung, durch ihre internationalen Verbindungen und finanziellen Mittel. Ihre Stärke und Gefährlichkeit beruht außerdem darauf, dass sie sich innerhalb der bisher Ausgebeuteten und Unterdrückten auf die Jahrhunderte lange Tradition der „Macht der Gewohnheit“ stützen können, von der sich das Proletariat nicht auf einen Schlag, nicht allein durch den siegreichen Aufstand frei machen kann, sondern nur in langwierigen Kämpfen, in denen es nicht nur die gesamten Verhältnisse, sondern auch sich selbst verändert. Lenin kannte sehr wohl, und die Jahrzehnte nach seinem Tod haben das bewiesen, mit welcher zehnfachen Energie und mit welchem hundertfachen Hass die gestürzten Ausbeuterklassen am Umsturz der sozialistischen Verhältnisse arbeiten werden – da wird es kein Erbarmen geben!

Für uns hochaktuell ist die Erinnerung Lenins daran, dass wohl in keinem Land der Welt ein solch großer „Aberglaube an den Staat“ existiert wie in Deutschland. Das ist eine Krankheit, die auch in den Köpfen vieler Arbeiterinnen und Arbeiter nicht ohne Wirkung ist. Diese Staatsgläubigkeit, so die auch auf die heutigen Zustände zutreffende Einschätzung, soll von vorne herein jegliche Revolution verhindern oder eben mögliche revolutionäre Ausbrüche rasch wieder in den Rahmen des „Rechtsstaates“, in den Rahmen des Kapitalismus zwingen.

Es sei noch erwähnt, dass diese Schrift sehr genau die damals vorherrschenden Lügen über die in Russland vor dem Oktober 1917 existierende konstituierende Versamm-

lung und die Hetze gegen die neue Sowjetverfassung widerlegt und insbesondere den ganzen Verrat der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, ihre sozialchauvinistische Politik der „Vaterlandsverteidigung“ entlarvt.

Wie demokratisch Lenin und wie undemokratisch Kautsky dachten und handelten, wird außerdem an einer zunächst zweitrangig wirkenden Frage plastisch deutlich. Kautsky, der sich als großer Demokrat auspielt, macht sich über die Mehrheit der Bevölkerung Russlands, die Masse der werktätigen Bauern, in arroganter Weise lustig. Mit diesen Leuten könne man doch nicht den Sozialismus aufbauen. Kautsky spielt sich als Kritiker am „Rechtsopportunisten“ Lenin auf – ein zynisches Spiel. Kautsky, der Apologet der Diktatur des Kapitals, warf Lenin vor, dass er Rücksicht nahm auf die Mehrheit der Bevölkerung in Russland, dass er gerade aus diesem Grund sehr vorsichtig und behutsam die Interessen der Masse der Bauern berücksichtigte. Lenin war eben gerade den Ausgebeuteten gegenüber nicht diktatorisch, auch wenn es bei der Masse der Bauern noch die Ideologie des „kleinen Besitzes“ gab. Diese falschen

„Ideen und Forderungen der Mehrheit der Werktätigen aber müssen von ihnen selbst überwunden werden; diese Forderungen kann man weder ‚aufheben‘ noch ‚überspringen‘. Wir Bolschewiki werden der Bauernschaft *helfen*, die kleinbürgerlichen Lösungen zu überwinden, von ihnen so schnell und so leicht wie möglich zu sozialistischen Lösungen *überzugehen*.“

(Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, Werke Band 28, S. 310)

Diktatur des Proletariats gegen die Wiederherstellung des Kapitalismus

„Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfasst eine ganze geschichtliche Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese *Hoffnung* verwandelt sich in *Versuche* der Restauration. Und nach der ersten ersten Niederlage werfen sich die gestürzten Ausbeuter, die ihren Sturz nicht erwartet, an ihn nicht geglaubt, keinen Gedanken an ihn zugelassen haben, mit verzehnfachter Energie, mit rasender Leidenschaft, mit hundertfachem Hass in den Kampf für die Wiedererlangung des ihnen weggenommenen ‚Paradieses‘, für ihre Familien, die ein so schönes Leben geführt haben und die jetzt von dem ‚gemeinen Pack‘ zu Ruin und Elend (oder zu ‚gewöhnlicher‘ Arbeit...) verurteilt werden. Und hinter den kapitalistischen Ausbeutern trotzt die breite Masse des Kleinbürgertums einher, von dem Jahrzehnte geschichtlicher Erfahrungen in allen Ländern bezeugen, dass es schwankt und wankt, dass es heute dem Proletariat folgt, morgen

vor den Schwierigkeiten der Umwälzung zurückschreckt, bei der ersten Niederlage oder halben Niederlage der Arbeiter in Panik gerät, die Nerven verliert, sich hin und her wirft, wehklagt, aus einem Lager in das andere überläuft... wie unsere Menschewiki und Sozialrevolutionäre.

Und bei einer solchen Lage der Dinge, in der Epoche des verzweifelten, verschärften Kampfes, da die Geschichte Fragen des Seins oder Nichtseins jahrhunderte- und jahrtausendealter Privilegien auf die Tagesordnung setzt, von Mehrheit und Minderheit, von reiner Demokratie, von Gleichheit des Ausbeuteten mit dem Ausgebeuteten zu reden, zu behaupten, die Diktatur sei nicht nötig – welch bodenlose Borniertheit, welcher Abgrund von Philistertum gehört dazu!“

(Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, Werke Band 28, S. 252/253)

„Die Diktatur des Proletariats ist der aufopferungsvollste und schonungsloseste

Das gründliche Studium dieser Schrift (nach Möglichkeit auch vertiefend unter Hinzuziehung der Broschüre Kautskys) sollte zwei besonders gewichtige Punkte herausstellen:

Erstens ist auf der Basis einer Mehrheit sozialistisch bewusster und organisierter Arbeiterinnen und Arbeiter die Frage der sozialistischen Demokratie ganz handfest die Frage, ob die Mehrheit der Arbeiterklasse bewaffnet und die Bourgeoisie entwaffnet ist. Das ist in gewisser Weise der entscheidende Prüfstein.

Zweitens geht es um das arrogante deutsch-chauvinistische Geschwätz von Kautsky, was die Revolution in Russland angeblich alles hätte feiner, besser, gesitteter und ordentlicher machen sollen. Das enthält eine ungeheure Provokation. In diesen weltgeschichtlich einschneidenden Jahren war es nämlich gerade wieder die Arbeiterklasse in Deutschland, der es nicht gelang, der revolutionären Bewegung in Russland zu Hilfe zu kommen, selbst die Revolution siegreich durchzuführen und Schulter an Schulter mit der Arbeiterklasse Russlands den lang andauernden Bürgerkrieg und militärische Interventionen abzukürzen oder zu verhindern. Dabei wußte Lenin sehr wohl, wie eine solche Anklage zu gewichten ist:

„Diese Anklage ist der Ausdruck des klaren Bewusstseins dessen, dass das deutsche Proletariat an der russischen (und internationalen) Revolution Verrat beging, als es Finnland, die Ukraine, Lettland und Estland würgte. Diese Anklage richtet sich vor allem und am stärksten nicht gegen die *Masse*, die stets geduckt und getreten ist, sondern gegen jene *Führer*, die, wie die Scheidemann und Kautsky, ihre Pflicht nicht erfüllt haben (...).“ (Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, Lenin Werke Band 28, S. 291/292, Hervorhebungen im Original)

Zu Lenins Schrift „Die Kinderkrankheit im Kommunismus“

Die zweite grundlegende Schrift Lenins, die wir zum Studium empfehlen, erschien 1920, zunächst mit dem Untertitel „Versuch einer populären Darstellung der marxistischen Strategie und Taktik“. Lenin schrieb diese Schrift in einer revolutionär brodelnden Situation. Damals gab es international eine riesige Welle der Sympathie für die Oktoberrevolution. Dies wurde von vielen Menschen getragen, die viel Enthusiasmus, aber sehr wenig praktische Erfahrung mit der Vorbereitung der Revolution hatten.

Lenin sah, dass die alten, erfahrenen, mit allen Wassern gewaschenen Revisionisten die jungen Revolutionäre in den Ländern Westeuropas zu Fehlern provozierten. Lenin warnte in seiner Schrift, in die Fallen der konterrevolutionären Revisionisten um Kautsky hineinzutappen. Um die kommunistischen Kräfte gegen diese Provokationen zu wappnen, erläutert Lenin, keinesfalls mit erhobenem Zei-

Krieg der neuen Klasse gegen einen *mächtigeren* Feind, gegen die Bourgeoisie, deren Widerstand sich durch ihren Sturz (sei es auch nur in *einem* Lande) *verzehnfacht* und deren Macht nicht nur in der Stärke des internationalen Kapitals, in der Stärke und Festigkeit der internationalen Verbindungen der Bourgeoisie besteht, sondern auch in der *Macht der Gewohnheit*, in der Stärke der *Kleinproduktion*. Denn Kleinproduktion gibt es auf der Welt leider noch sehr, sehr viel; die Kleinproduktion aber *erzeugt* unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie. Aus allen diesen Gründen ist die Diktatur des Proletariats notwendig, und der Sieg über die Bourgeoisie ist unmöglich ohne einen langen, hartnäckigen, erbitterten Krieg auf Leben und Tod, einen Krieg, der Ausdauer, Disziplin, Festigkeit, Unbeugsamkeit und einheitlichen Willen erfordert.“ (Lenin, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Werke Band 31, S. 8)

Gegen die Strömung, Nummer 45

Zum 1. Kongreß der Kommunistischen Internationale, März 1919

Die aktuelle Bedeutung der „Leitsätze über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur“

88 Seiten, 2,50 Euro

gefingert moralisierend, in seiner Schrift die gewichtigen Erfahrungen der Vorbereitung der Oktoberrevolution.

Zunächst gilt es klarzustellen, dass diese Schrift trotz ihres Titels „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ in Wirklichkeit eine hauptsächlich gegen den Rechtsopportunisten gerichtete Anleitung zum revolutionären Kampf darstellt. Das betonen wir gegen die zig Verfälschungen dieser Schrift. Diese lassen es im Wesentlichen so erscheinen, als wäre es Lenin darum gegangen, „Linksradikale“ zu bekämpfen, obwohl es ihm im Gegenteil gerade darum ging, den Linken zu helfen, die Rechtsopportunisten zu schlagen.

In den üblichen Darstellungen dieser Schrift wird mit großem Tamtam als entscheidend hervorgehoben, dass Lenin haarklein den damaligen oft noch zersplitterten kommunistischen Kräften bewies, warum Kompromisse manchmal nötig sind, warum die Mitarbeit in reaktionären Gewerkschaften (in England 1918 gar untrennbar mit der Labour Party verbunden) und anderen reaktionären Massenorganisationen und unter bestimmten Bedingungen in bürgerlichen Parlamenten nötig ist. Dabei wird, zumeist ganz bewusst ausgeblendet, worum es bei allem wirklich geht, worauf es Lenin tatsächlich ankommt: *Die Grundidee dieser Schrift ist von der ersten bis zur letzten Zeile, dass die*

„Revolutionär sein in nichtrevolutionären Zeiten“

„Es ist nicht schwer, dann ein Revolutionär zu sein, wenn die Revolution bereits ausgebrochen und entbrannt ist, wenn sich all und jeder der Revolution anschließt, aus einfacher Schwärmerlei, aus Mode, mitunter sogar aus Gründen der persönlichen Karriere. Das Proletariat hat nachher, nach seinem Sieg, die größte Mühe, man könnte sagen, seine liebe Not, sich von solchen Quasi-Revolutionären ‚zu befreien‘. Viel schwerer – und viel wertvoller – ist, dass man es versteht, ein Revolutionär zu sein, wenn die Bedingungen für einen direkten,

offenen, wirklich von den Massen getragenen, wirklich revolutionären Kampf *nicht* vorhanden sind, dass man es versteht, die Interessen der Revolution (propagandistisch, agitatorisch, organisatorisch) in nichtrevolutionären, oft sogar direkt reaktionären Institutionen, in einer nichtrevolutionären Situation, unter einer Masse zu verfechten, die unfähig ist, die Notwendigkeit revolutionärer Methoden des Handelns sofort zu begreifen.“

(Lenin, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Werke Band 31, S. 84)

Kommunisten aller Länder nicht einfach nur verstehen, sondern wirklich erlernen müssen, für welche Ziele, auf welchen Wegen und mit welchen Methoden die Mehrheit der Arbeiterklasse aus der Vorherrschaft des Kapitalismus und der reformistischen Demagogen für die sozialistische Demokratie, für die Diktatur des Proletariats über die Konterrevolution gewonnen werden kann.

In einem ersten Schritt widerlegt Lenin zunächst die handeltübliche Phrase, dass „das ganze russische Zeug“ doch für das „zivilisierte Westeuropa“ nichts taugt, dass ein Lernen von den Bolschewiki und der Oktoberrevolution angeblich gar nicht möglich sei. Lenin stellt zunächst im ersten Abschnitt klar, dass neben der unstrittigen internationalen Bedeutung, der internationalen Auswirkung der Revolution in Russland auch in einem ganz anderen Sinne von der internationalen Bedeutung der Oktoberrevolution gesprochen werden kann und muss:

Es geht um die allgemeine Notwendigkeit, die Mehrheit der Arbeiterklasse wirklich zu gewinnen und zwar für eine nicht bloß proklamierte Disziplin und ein nicht bloß behauptetes sozialistisches Bewusstsein – das ist sozusagen der rote Faden dieser Schrift Lenins als Hilfestellung für

die Delegierten des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale und die kommunistischen Kräfte weltweit.

Die von Lenin in dieser Schrift entwickelte Maxime einer „eisernen Disziplin“ im Kampf zur Eroberung und Erhaltung der Diktatur des Proletariats, so die zweite Beobachtung, wird zudem oft genug losgelöst von der alles entscheidenden Begründung, den Voraussetzungen und den Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung einer wirklich kommunistischen Disziplin. Die bloße Proklamation einer eisernen Disziplin ist aber, wie so manche zur Phrase erstarrte Schlussfolgerung, in der Tat schlimmer als nutzlos. Diese primitiven Beifallskundgebungen ahnte Lenin bereits. Er warnte massiv davor, die begründete und im Kampf gewachsene Disziplin, die „bewusste Disziplin“, loszulösen von der Kontrolle durch die Mehrheit der Arbeiterklasse, loszulösen vom Klassenbewusstsein und der eigenen Erfahrung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Ohne diese Bedingungen, so warnte er, werden bereits die Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unweigerlich zu einer Fiktion, zu einer Phrase, zu einer Farce.

Lenin verstand, dass es für die kommunistischen Kräfte in anderen Ländern überhaupt nicht so leicht zu verstehen war, wie diese zwei Seiten der Kampffähigkeit der revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter in Russland entstanden sind: Einerseits zutiefst diskussionsfreudig, demokratisch miteinander streitend und kämpfend, wirklich sozialistische Demokratie lebend, mitten im bewaffneten Kampf

„Die Kinderkrankheit der ‚Linksheit‘ im Kommunismus“

Der Titel der Broschüre Lenins über die „Kinderkrankheit“ (er hieß wörtlich: „Die Kinderkrankheit der ‚Linksheit‘ im Kommunismus“) hat eine eigene Geschichte. Der Begriff „Linksradikalismus“ oder „linker Radikalismus“ im Titel ist nicht von Lenin! Noch die in Deutschland 1932 erschienene Ausgabe (Vorwort von H. Duncker) und die 1946 erschienene Ausgabe hatten den Titel „Der ‚Radikalismus‘ – die Kinderkrankheit des (1946: im) Kommunismus“. Auch dieser Titel war im Grunde nur eine Notlösung. Im russischen sprach Lenin in einem Wort von „jewy“, wörtlich „Linksheit“.

Das Problem der Übersetzung liegt auf der Hand: „Linksheit“ war in Russland ein feststehender Begriff eben für jene Richtung unter Revolutionären, die Lenin auch in westeuropäischen Ländern beobachtete und kritisierte. Es macht angesichts der Macht der Gewohnheit wenig Sinn, aktuell einen neuen Ausdruck zu schaffen oder durchsetzen zu wollen. Klar ist, dass diese „Linksheit“, von der Lenin spricht nichts, aber auch gar nichts mit der imperialistischen und revisionistischen Hetze gegen „Linksradikale“ zu tun hat.

Kampf entstandene revolutionäre Bewusstsein und diese revolutionäre Disziplin die vielen internationalen Kontakte der Kommunistinnen und Kommunisten Russlands eine sehr große Rolle spielten und eine wesentliche Hilfe waren. Die leitenden Kader der Revolution in Russland verstanden zudem auch die Bedeutung des umfassenden Studiums und der Einschätzung aller Streitfragen des wissenschaftlichen Kommunismus und führten frühzeitig einen unversöhnlichen Kampf gegen den sich international immer stärker ausbreitenden Revisionismus. Durch das alles wurde das hohe theoretische Niveau in der revolutionären Arbeiterbewegung Russlands mit bedingt.

Das dritte Kapitel gibt auf wenigen Seiten in unübertroffener Weise einen konzentrierten Überblick, wie die Revolution in Russland vorbereitet wurde und wie sich die verschiedenen Streitfragen zur Klärung der Strategie und Taktik entwickelt haben. Die Logik der revolutionären Entwicklung schloss ein, mit großen Anstrengungen auch aus den Niederlagen theoretisch und praktisch zu lernen und am eigenen Leib zu spüren, wie sich die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung von Konterrevolution und Reformisten entwickelt haben.

Als eine entscheidende Erfahrung und Lehre stellt Lenin dabei heraus: Gerade im Kampf für die Entlarvung der Revisionisten ist es nötig, auch in reaktionären Institutionen revolutionäre Aufklärungsarbeit zu leisten, die Funktionen dieser Institutionen zu entlarven und genau zu erforschen, wie der wirkliche Bewusstseinsstand der Masse der Ausgebeuteten ist. Gerade die Niederlage 1905 und die Problematik der chauvinistischen Welle 1914 waren entscheidende Herausforderungen, um prinzipienfest und mit taktischem Geschick wieder an die Mehrheit der Arbeiterklasse heranzukommen.

Großmüdigkeit nach dem Motto „Arbeit in Gewerkschaften, Arbeit im Parlament haben wir nicht nötig“ war für Lenin der Tod jeder revolutionären Arbeit. Seine Kritik an dieser Art der Überheblichkeit ist eine Kritik der Unterschätzung der Gefährlichkeit der Reformisten und Rechtsopportunisten, die im entscheidenden Moment mit der Konterrevolution direkt zusammengehen. Unmissverständlich erklärt er, dass in der Arbeiterbewegung Russlands der Rechtsopportunisten der Hauptfeind war, und mehr noch, dass dieser Feind „auch der Hauptfeind im internationalen Maßstab“ bleibt (Lenin, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Werke Band 31, S. 16).

Wer an zentralen Problemen orientiert die Geschichte der Vorbereitung der Oktoberrevolution genauer studieren will, kann am vierten Kapitel dieser Schrift in einer kompakten Zusammenfassung der Kämpfe der Bolschewiki um die jeweils richtige Taktik aber auch lernen, wie in manchen Situationen eine Überschätzung der eigenen Kräfte (nach der Revolution 1905/06 sowie bei Brest-Litowsk) von größter Gefahr für die Sache der Revolution sein kann.

Die Schrift Lenins erklärt prinzipiell und zugleich auch sehr konkret und anschaulich, wie die Leitung der Partei

„Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf“

„Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, gewaltvoller und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft. Die Macht der Gewohnheit von Millionen und aber Millionen ist die fürchterlichste Macht. Ohne eine eiserne und kampfgestählte Partei, ohne

eine Partei, die das Vertrauen alles dessen genießt, was in der gegebenen Klasse ehrlich ist, ohne eine Partei, die es versteht, die Stimmung der Massen zu verfolgen und zu beeinflussen, ist es unmöglich, einen solchen Kampf erfolgreich zu führen.“ (Lenin, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Werke Band 31, S. 29)

mit der gesamten Kommunistischen Partei zusammenhängt, wie wiederum Kommunistische Partei, Klasse und Masse zusammenwirken müssen, um wirklich die Macht des Kapitalismus und der Konterrevolution zu stürzen und deren Restauration zu verhindern.

Die Grundlehre ist, an keiner Front nachzugeben, sowohl blutig als auch unblutig zu kämpfen, die einen (die Bourgeoisie, vor allem das Großkapital) zu enteignen, die anderen (die Kleinproduzenten in Stadt und Land) aber zu überzeugen, mal voranzugehen, mal sich zurückzuziehen, gerade wie es eben die genau analysierte und treffend charakterisierte Situation erfordert. Wie aber ist eine solche Situation einzuschätzen? Es ist ja keine Glaubensfrage festzustellen, wie stark die eigenen Kräfte und wie stark die feindlichen Kräfte sind. Lenin beschreibt präzise – vom Parteitag zum ZK über die Gliederungen der Kommunistischen Partei bis hinein in die damals vier Millionen Mitglieder zählenden Gewerkschaften und bis zur Rolle der Sowjets auf verschiedenen Ebenen, lokal wie zentral, – dass dies keinesfalls nur ein „Apparat“ zur Durchsetzung von Beschlüssen ist. In erster Linie ist dies eine demokratische Einrichtung, eine Struktur, die es ermöglicht, so realistisch wie möglich auch die konkrete Lage einzuschätzen – von unten bis oben.

Das Verhalten der Kommunistischen Partei zu ihren eigenen Fehlern

„Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse.“ (Lenin, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Werke Band 31, S. 42, Hervorhebungen im Original)

Im Grunde ist die ganze Schrift Lenins eine Voraussetzung um zu verstehen, wie die großen Ziele des Kommunismus, wie die theoretischen Erkenntnisse über den Gang der Geschichte und der proletarischen Revolution bis ins Detail in einer unendlich vielfältigen und mühseligen Kleinarbeit bis in jede einzelne Fabrik, bis in die Masse der kleinsten Dörfer hineingetragen wurden; und dies im Wissen darum, dass die „allseitig entwickelten und allseitig geschulten Menschen“ erst im Verlauf von Jahrzehnten die Realität ablösen werden, dass aktuell die Revolution von Menschen gemacht wird, die im Kapitalismus aufgewachsen und geprägt worden sind.

Das entscheidende an der Schrift Lenins ist die klare Zielsetzung, die Klarheit durch alle Windungen und Wendungen hindurch die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Sache des Kommunismus zu gewinnen, für die bewaffnete Zerschlagung des bürgerlichen Staats, für sozialistische Demokratie (für die ehemals Ausgebeuteten) und für die revolutionäre Diktatur des Proletariats (über die Konterrevolution).

Kampf gegen die Faschisten in Italien 1921 und gegen den Kapp-Putsch in Deutschland 1920 – Beispiele, was „Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse“ heißt

Bei der großen und umfassenden Frage der „Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter“ standen die Kommunistischen Parteien immer wieder vor der Notwendigkeit, sehr genau einzuschätzen und zu differenzieren, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Ziele, ob demokratische oder sozialistische, sondern auch in zeitlicher und geografischer Hinsicht. Ob die Arbeiterinnen und Arbeiter vielleicht nur in einem bestimmten Gebiet für die Politik der Kommunistischen Partei „gewonnen“ sind, oder ob die Gewinnung einer Mehrheit der Arbeiterklasse sich nur auf eine bestimmte Phase erstreckt, spielt ebenfalls eine Rolle. Dies muss genau und differenziert eingeschätzt werden, um sich einerseits keinen Illusionen hinzugeben, andererseits um daraus maximal zu lernen, sich noch sorgfältiger und solider auf neue Kämpfe vorzubereiten.

Lenin erläuterte das in seinem „Brief an die deutschen Kommunisten“ vom 14. August 1921 am Beispiel antifaschistischer Massenkämpfe in Italien:

„Als in Rom im Juli 1921 das gesamte Proletariat, sowohl das reformistische Proletariat aus den Gewerkschaften als auch das zentristische aus der Partei Serratis, mit den Kommunisten gegen die Faschisten ging, da war das die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch uns.“

Das war noch lange, lange nicht die entscheidende Eroberung, sondern nur eine teilweise, nur eine vorübergehende, nur eine lokale Eroberung, aber es war eine Eroberung der Mehrheit. Eine solche Eroberung ist möglich, sogar dann, wenn die Mehrheit des Proletariats formal Führern aus der Bourgeoisie oder Führern, die eine bürgerliche Politik treiben (wie es alle Führer der II. oder zweieinhalbten Internationale tun), folgt, oder wenn die Mehrheit des Proletariats schwankt. Eine solche Eroberung schreitet in der ganzen Welt, überall und auf die verschiedenste Weise, unaufhaltsam vorwärts. Bereiten wir sie gründlicher und sorgfältiger vor, lassen wir keine einzige ernste Gelegenheit außer acht, bei der die Bourgeoisie das Proletariat zwingt, sich zum Kampf zu erheben, lernen wir richtig die Zeitpunkte bestimmen, da die Massen des Proletariats nicht anders können, als sich gemeinsam mit uns zu erheben.

Dann ist uns der Sieg sicher, wie schwer auch noch einzelne Niederlagen und einzelne Etappen in unserem großen Feldzug sein mögen.“ (Lenin, „Brief an die deutschen Kommunisten“, 1921, Werke Band 32, S. 547, Hervorhebungen im Original)

In Deutschland konnte wohl am ehesten beim Kampf gegen den Kapp-Putsch 1920 in einem ähnlichen Sinn von der „Eroberung der Mehrheit“ gesprochen werden. Gegen die bewaffnet vorstoßende Konterrevolution unter Führung der Reichswehr-Generäle Kapp und Lüttwitz beteiligten sich im März 1920 nicht nur zwölf Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in ganz Deutschland am Generalstreik, sondern es gab auch die größte bewaffnete Aktion von Arbeiterinnen und Arbeitern, die es in Deutschland je gab. Im Ruhrgebiet bildete sich die „Rote Ruhrarmee“ mit zirka 100.000 bewaffneten Arbeiterinnen und Arbeitern. In den größeren Orten des Ruhrgebiets bildeten sich „Vollzugsräte“ und Aktionskomitees, in denen vor allem die KPD und die USPD, aber auch die anachosyndikalistische „Freie Arbeiter-Union Deutschlands“ und teilweise sogar örtliche SPD-Organisationen vertreten waren. Innerhalb weniger Tage kontrollierten die gegen die Konterrevolution bewaffnet kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter das gesamte Ruhrgebiet. An einem weiteren Generalstreik gegen die Manöver der Konterrevolution, zu dem die KPD und der Essener Zentralrat aufgerufen hatten, beteiligten sich im Ruhrgebiet mehr als 300.000 Bergarbeiter, d.h. 75 Prozent der Belegschaften.

Das war gewiss noch keine Mehrheit für die sozialistische Revolution, aber die Mehrheit der Arbeiterklasse des Ruhrgebiets führte oder unterstützte real über drei Wochen den militanten Kampf bis hin zur bewaffneten Erhebung gegen die vorstoßende Konterrevolution. Das war eine sehr wichtige Erfahrung, ein wichtiger Schritt nach vorne, auch wenn es den Herrschenden damals wiederum gelungen war, mit Hilfe der Ebert-Regierung und der Reichswehr, mittels Betrugsmanövern und äußerster militärischer Gewalt, die kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter und deren bewaffneten Formationen niederzuschlagen und zu entwaffnen.



Soldaten der Roten Ruhrarmee bringen Minenwerfer in Feuerstellung

Anzeige

Die beiden Schriften „Renegat Kautsky“ und „Kinderkrankheit im Kommunismus“ sind enthalten im Band II von:

W. I. Lenin Ausgewählte Werke in zwei Bänden

Diese Ausgabe entspricht in ihrer Zusammensetzung der 1946/47 erschienenen Ausgabe des Moskauer Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1884–1917

916 Seiten, 30 Euro, Offenbach 2004
ISBN 3-932636-93-7

Band II: 1917–1923

1037 Seiten, 30 Euro, Offenbach 2004
ISBN 3-932636-94-5



Anzeige

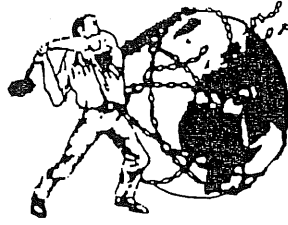
Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

GEÖFFNET

Samstags 10.00 – 13.00 Uhr

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

4/07

April 2007

Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“ verschleiert die Verstärkung des bürgerlichen Staatsapparats und die verschärfte Faschisierung!

Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“

Keiner weiß so genau, wer diesen merkwürdigen Begriff des „Neoliberalismus“ geschaffen hat und seit wann er so richtig in der sich als links verstehenden Bewegung an Boden gewonnen hat. Heute ist er in aller Munde, obwohl niemand genau sagen kann, was damit gemeint ist. Für die Lage in Deutschland geht es grob gesagt um den Abbau vor allem staatlich verankerter sozialer Rechte. Dagegen wird die apologetische Parole „Verteidigt den Sozialstaat“ gesetzt.

International geht es beim „Neoliberalismus“ (oft eng verbunden mit dem Begriff der „Globalisierung“) um die Vorstellung, dass ein „internationaler Kapitalismus“ die Rolle „nationaler Staaten“ angeblich immer mehr zurückdrängt.

Hinter dem Streit um Begriffe steckt mehr als nur Wortklauberei. Es geht um Ideologie, um die Verfälschung der Realität durch Halbwahrheiten, um letztlich sehr alte bürgerliche Theorien - mit neuen Schlagworten garniert. Nachfolgend soll zunächst in einem ersten Teil in Thesen dem Gerede vom „Neoliberalismus“ im Hinblick auf die Lage in Deutschland entgegengetreten werden. Im nächsten Flugblatt werden wir im Hinblick auf internationale Fragen dem Gerede von „Neoliberalismus und Globalisierung“ entgegenzutreten.

Unstrittig ist, dass aktuell die Kapitalistenklasse in Deutschland zu einer sich verschärfenden Offensive gegen die Arbeiterklasse angetreten ist, sich die Lage der Masse der Werktätigen Stück für Stück verschlechtert. Die Gründe dafür, dass die Kapitalistenklasse zumindest teilweise auf reformistisches Geschwätz vom „Sozialstaat“ verzichten kann, finden sich teilweise in der aktuellen Situation, sind aber tiefer gesehen nur im Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklung des Kapitalismus und der Geschichte der Klassenkämpfe zu verstehen.

I.

1. Seit Beginn des Kapitalismus werden die Verteidiger des kapitalistischen Systems nicht müde, den durch die Französische Revolution populär gewordenen Begriff der Freiheit als das herrlichste Merkmal des Kapitalismus zu verkaufen. Kapitalismus sei eben Liberalismus, so heißt es. Marx stellte gegen diese Formel die Gegenthese auf: Die Losung von Freiheit und Gleichheit ist verlogen, in Wirklichkeit dient diese Losung der Verschleierung der Ausbeutung, der Lohnsklaverei. Die Anfänge des Kapitalismus - seine Entstehung und sein Wachstum waren gekennzeichnet durch die blutige Unterdrückung vor allem der nicht-europäischen Völker, extreme Armut, Kinderarbeit und Elend der arbeitenden Klasse (was Marx die ursprüngliche Akkumulation nannte) - waren alles andere als liberal, versteht man darunter nicht die unbegrenzte Freiheit der Kapitalisten.

Es war der Kampf der Arbeiterklasse, der, ohne zunächst das System als Ganzes in Frage zu stellen, in

der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Staat der Kapitalisten zwang, gesetzlich einige besonders extreme und zugespitzte Formen der Ausbeutung einzuschränken. Das Verbot der Prügelstrafe, das Verbot der Kinderarbeit und der gigantische Kampf um den Achtstundentag waren Meilensteine in diesem Kampf. Der Staat der Kapitalisten musste teilweise zurückweichen, seine Ideologen erwießen sich in dieser geschichtlichen Situation als Meister des Betrugs: Ihrem guten Herzen sei es zu verdanken, ihrer Liebe zur Menschheit sei es geschuldet, dass diese oder jene Verbesserung nun vom Staat offiziell versprochen worden sei.

2. Das war eine gigantische Lüge, die bis heute wirkt. Das Märchen vom „Sozialstaat“ dient dazu, um innerhalb der Arbeiterbewegung vor allem die angeblich „gute Moral“ der herrschenden Klasse besser verkaufen zu können und den Kampf der Arbeiterklasse vom Kampf gegen das Lohnsystem, gegen den Kapitalismus abzulenken, auf Appelle und fromme Wünsche an die Kapitalistenklasse. Die Behauptung des Liberalismus, auch für die Zeitspanne des Beginns des Kapitalismus, war von Anfang an eine Verschleierung des tiefen Antagonismus zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse, mit dem Ziel, den Kampfwillen der Arbeiterklasse zu brechen und vom Kampf für die Vernichtung des Kapitalismus auf kleine Reformen abzulenken.

3. Das gigantische Anwachsen der Arbeiterbewegung in den gut hundert Jahren, seitdem das „Manifest der Kommunistischen Partei“ geschrieben wurde, das für den Kapitalismus bedrohliche Anwachsen der Kommunistischen Parteien seit dem Sieg der sozi-

alistischen Oktoberrevolution in Russland 1917 und dem Sieg einer Reihe von Revolutionen unter der Führung Kommunistischer Parteien in vielen Ländern nach 1945 ließ die Alarmglocken der Kapitalistenklasse schrillen. Die Parole der Verstaatlichung war so verbreitet, die Logik des Kapitalismus so diskreditiert, dass die Kapitalistenklasse, um nicht weggefegt zu werden, nun selbst die Parole der „Verstaatlichung“ ausgab und unter dem Druck des Kampfs der Arbeiterklasse eine ganze Reihe von Schutzbestimmungen für die Arbeiterklasse gesetzlich festschrieb.

Auch hier feierten die Kapitalisten diese Errungenschaften der Arbeiterklasse wieder als Ergebnis ihrer großen Moralität, ihres Verständnisses für die Nöte der arbeitenden Klasse usw. Die verstaatlichten Betriebe aber blieben Betriebe der Kapitalistenklasse, denn es waren kapitalistische Staaten. Die wage Vorstellung, dass das Privateigentum an den Produktionsmitteln historisch überlebt ist und vernichtet werden muss, wurde umgefälscht in die Ideologie, dass nun der „Sozialstaat“ existiere, der gegen einzelne, angeblich unvernünftige Vertreter der Kapitalistenklasse gehegt, gepflegt und verteidigt werden müsse.

4. Bekanntlich gelang den Kapitalistenklassen in den letzten Jahrzehnten, die Kommunistischen Parteien und die sozialistischen Staaten von innen heraus auszuhöhlen und in Karikaturen ihres Anspruchs zu verwandeln. Die gewaltigen Niederlagen der internationalen Arbeiterbewegung in den letzten fünfzig Jahren (Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und den meisten osteuropäischen Ländern nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956, der Farbwechsel des sozialistischen Chinas Mitte der 70er Jahre und kurze Zeit später des sozialistischen Albaniens, um nur die wichtigsten Niederlagen kurz zu benennen), der propagandistisch ausgenutzte Zusammenbruch der polizeistaatlichen und kapitalistisch agierenden Staaten der Sowjetunion und der Länder Osteuropas Anfang der 90er Jahre, die sich Jahrzehnte „sozialistisch“ nannten, schuf tatsächlich in gewisser Weise neue Aspekte, selbst die sozialistischen Hüllen wurden beseitigt.

Die Kapitalistenklassen aller Länder spürten noch weniger den Druck einer sie bedrohenden Arbeiterbewegung und zogen auf allen Gebieten die Schrauben an.

II.

5. So ist in der Tat die Lage heute in Deutschland davon gekennzeichnet, dass gewisse Errungenschaften der Kämpfe der Arbeiterklasse ohne eine wirkliche Bedrohung der Kapitalistenklasse durch eine massiv kämpfende Arbeiterbewegung heute Stück für Stück abgebaut werden. Der größte Einschnitt war vielleicht die Schaffung des Projekts „Hartz I-IV“, weitere Schritte wie die Verlängerung des Arbeitstages, die Aufhebung des Kündigungsschutzes usw. sind real in Angriff genommen worden. Dort, wo es keinen massiven Kampf gegen diese Entwicklung geben wird, werden all diese Pläne zur verschärften Ausbeutung auch realisiert werden. Aber was hat das mit dem Begriff des „Neoliberalismus“ zu tun? Wieso wird die-

**Zur Anti-G 8-Kampagne
erscheint im Mai/Juni 2007
von „Gegen die Strömung“:**

**Das Schlagwort von der „Globalisierung“
verschleiert die Kriegsvorbereitung
des deutschen Imperialismus!**

**Das Schlagwort von
der „Globalisierung“**

se Politik der verschärften Ausbeutung als „neoliberalistisch“ bezeichnet?

6. Unserer Meinung nach treffen beide Teile des Begriffs „Neoliberalismus“ nicht den Punkt. Was hier geschieht, ist weder „neo“, noch „liberal“. Es ist nichts Neues, dass die Kapitalistenklasse dort, wo sie keinen Widerstand spürt, die Ausbeutung verschärft. Das liegt im System des Kapitalismus begründet, es entspricht seinem Wesen, Profit zu maximieren, und das geht im Innern nur durch die Verschärfung der Ausbeutung. Betrachtet man die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland genauer, dann hat es immer ein Auf und Ab gegeben, je nach dem Stand der Stärke der Arbeiterklasse, wobei das Ausmaß der staatlichen Unterdrückung eine gewichtige Rolle gespielt hat. Der Begriff „neu“ stimmt also einerseits immer, (jeder Tag ist neu) andererseits stimmt er überhaupt nicht, weil die ständigen Aktionen zur Verschärfung der Ausbeutung nun wahrlich nichts Neues sind. Gravierender ist jedoch der Unsinn, die heutige Situation mit den Begriff „liberal“ zu kennzeichnen.

7. Der „Liberalismus“ als ideologisches System benutzt bewusst und planmäßig die Verwischung verschiedener Ebenen. Liberal sein, also freiheitlich, kann auch auf kulturellem Gebiet etwas ganz anderes bedeuten, als auf politischem Gebiet und als auf wirtschaftlichem Gebiet. Der klassische „Liberalismus“ wollte die Rolle des Staates auf ein Minimum reduzieren, den Staat aus religiösen, kulturellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten heraus halten und auf seine eigentliche Funktion konzentrieren: Armee, Polizei und Justiz.

Was aber geschieht heute, entgegen der idiotischen These vom „Neoliberalismus“? Auf allen Gebieten wird die Rolle des Staates ausgebaut. „Hartz I-IV“ ist ein gewaltiger staatlicher Eingriff, der Abbau sozialer Errungenschaften wird staatlich organisiert und durchgesetzt und auch auf kulturellem Gebiet direkt und indirekt, mal offen, mal versteckt, die zentralstaatliche Lenkung insbesondere von Fernsehen und Presse forciert. Vor allem aber wird die offen unterdrückerische Seite des Staates, der Polizei- und Armeeapparat, die zentralstaatliche Erfassung und Überwachung in gewaltigen Schritten ausgebaut. Es ist wirklich absurd, einen Zustand, der nur als zunehmende Faschisierung des Staates gekennzeichnet werden kann, mit dem Begriff des „Neoliberalismus“ zu charakterisieren.

8. Es ist wahr, wenn die Theoretiker des „Neoliberalismus“ darauf verweisen, dass bestimmte Bereiche des Staates „privatisiert“ werden, seien es Post und Telekommunikation, seien es Verkehrsmittel. Auch Bereiche der Bildung werden im Zuge der Verschär-

fung der Ausbeutung aus kapitalistischem Kalkül heraus verkauft, um Massenentlassungen und Sozialabbau reibungsloser durchsetzen zu können. Doch was besagt das? Entscheidend ist doch hier, daß erkämpfte Schutzfunktionen beseitigt werden und die **lohnabhängig Beschäftigten in den noch existierenden staatlich-kapitalistischen Großbetrieben mit der Androhung der Privatisierung eingeschüchtert werden sollen**. Es ist im Grunde der selbe Prozess, wie den Arbeiterinnen und Arbeitern einzelner Großbetriebe damit gedroht wird, den Betrieb zu schließen und den „Standort“ zu wechseln, wenn sie nicht auf Lohn verzichten und länger arbeiten. Was daran „liberal“ sein soll, bleibt das Geheimnis der Theoretiker des „Neoliberalismus“.

III.

9. Die Theoretiker des „Neoliberalismus“ haben Namen und Adressen. Abgesehen von jenen, die mehr oder minder unbedacht den Begriff des „Neoliberalismus“ übernehmen, weil er eben gerade modern ist, zu linkem Gerede dazu gehört, gibt es organisierte Abteilungen der Kapitalistenklasse, die mit einem ganzen System von Vorstellungen die notwendigen Kämpfe der Arbeiterklasse desorientieren wollen: das sind vor allem die mit der Gewerkschaftsführung verbundenen Teile der Sozialdemokratie, ein Großteil der Funktionäre der Gewerkschaften und nicht zuletzt Parteien, die Linkspartei-PDS, die WASG, die DKP, aber auch Organisationen wie Attac. Beim Kampf gegen diese Kräfte gilt es, präzise und treffend vorzugehen. Es geht nicht um jene Teilbereiche, in denen diese Ideologen diese oder jene Erscheinung der Ausbeutung zurecht anprangern, um Autorität in Kämpfen der von verschärfter Ausbeutung Betroffenen zu erwerben. Der springende Punkt ist das „positive Programm“ dieser Gruppierungen, die zusammengefasst werden kann unter der Überschrift „Illusionen in den Sozialstaat“, „Illusionen in die Reformierbarkeit des Kapitalismus“.

10. Im Grunde handelt es sich um eine ausgesprochen **reaktionäre Verklärung der Rolle des Staates in doppelter Hinsicht**. Zum einen im Hinblick auf die Vergangenheit, als wäre der bisherige Staat ein Produkt großer Vernunft der herrschenden Klasse, der nun aus ganz unvernünftigen Gründen verändert werden soll. Zum anderen wird suggeriert, dass dieser oder jener Erfolg gegen den Abbau sozialer Rechte das eigentliche Ziel der Kämpfe sein müsse. Die alte Losung der Arbeiterbewegung, dass die **Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, wird mit Füßen getreten**, wird mit Appellen an die Vernunft der herrschenden Klasse und mit der Parole der „Verteidigung des Sozialstaats“ ad absurdum geführt. **Die kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter und die kämpfenden Jugendlichen sollen emotional an diesen Staat gebunden werden**, sollen an ein System des regulierten Kapitalismus heran geführt, ihrem Kampf soll die Spitze genommen werden. Unter Überschriften der Art „Wie den Neoliberalismus überwinden?“ werden die uralten Rezepte einer angebliche Zähmung des Kapitalismus durch Aus-

Flugblatt von „Gegen die Strömung“ zur verstärkten staatlichen Faschisierung

Nazi-Aufmärsche unter Polizeischutz wie am 13.2.2005 in Dresden, NPD-Wahlerfolge unter dem Schutz des deutschen Staats und geplante Nazi-Aktion am 8. Mai in Berlin:

Kampf gegen die erstarkende Nazi-Bewegung! Kampf dem staatlichen Terror!

April 2005, 4 A3 Seiten

bau des Staates propagiert. Der „starke Staat“, „Vater Staat“, soll es richten.

☆☆☆

Was ganz im Gegensatz zu diesen prokapitalistischen Abteilungen nötig ist, kann wie folgt beschrieben werden: die Verteidigung sozialer Rechte, auch wenn sie staatlich festgeschrieben sind, muss als Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung voran getrieben werden. Vergangene Erfolge und auch gegenwärtige Erfolge in solchen Kämpfen sind Erfolge des Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter und keinesfalls Siege der Vernunft der herrschenden Klasse. Diese Erfolge ändern nichts an der entscheidenden Funktion dieses Staates, das kapitalistische System zu sichern.

In diesen Kämpfen geht es für die am Kommunismus orientierten Kräfte darum, Illusionen in den kapitalistischen Staat und das kapitalistische System zu bekämpfen, die Frage der notwendigen Vernichtung des Kapitalismus, die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln als Kampf gegen den politischen Feind, diesen Staat, immer und immer wieder aufzuwerfen. Dabei muss gleichzeitig die Faschisierung dieses Staatsapparates, der Einsatz von Polizei und Justiz bis hin zum geplanten Einsatz der Bundeswehr gegen die kämpfende Arbeiterklasse entlarvt werden, um bis in den letzten Winkel jegliche Illusionen in diesen Staat zu zerschlagen.

Der Kapitalismus kann jedoch nur wirklich vernichtet und eine Welt ohne Ausbeutung, Klassen, Staat und jeglicher Form von Unterdrückung - die Welt des Kommunismus - kann nur aufgebaut werden, wenn die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten in jedem Land zunächst „ihren“ bürgerlichen Staatsapparat im bewaffneten Kampf von oben bis unten zerschlägt und zunächst ihren eigenen, revolutionären Staat aufbaut, die Diktatur des Proletariats. Die Diktatur des Proletariats unterdrückt die gestürzten Ausbeuter und ihre Lakaien, die mit allen Mitteln versuchen werden ihr verlorenes „Ausbeuterparadies“ wiederzugewinnen und sichert die sozialistische Demokratie, also wirkliche Demokratie für die breiten Massen der ehemals ausgebeuteten Werktätigen, sie ist also Voraussetzung, um überhaupt den Aufbau des Sozialismus und dann des Kommunismus erkämpfen zu können!

Anzeige

Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

GEÖFFNET

Samstags 10.00 - 13.00 Uhr

ISSN 0948/5090

W. I. Lenin

Staat und Revolution

★ Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Anzeige

159 Seiten, 8 Euro
ISBN 3-932636-02-3

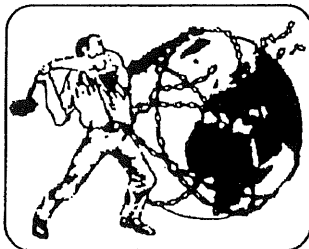
Verlag Olga Benario
und Herbert Baum

erhältlich beim
Buchladen Georgi Dimitroff

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u. a. erhältlich:

Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; Berlin: M99, Manteufelstr. 99; Bonn: Antiquariat, Breite Str. 52; Braunschweig: Antifaschistisches Cafe, Cyriakring 55; Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; Hannover: Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; Karlsruhe: Der ander Buchladen, Marienstr. 15; Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43; Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

5/07

Mai 2007

**Das Schlagwort von der „Globalisierung“
 verschleiert die Existenz und die
 Kriegsvorbereitungen des deutschen
 Imperialismus:**

Das Geschwätz von der „Globalisierung“

Es gibt Begriffe, die in einem derartigen Umfang und mit einer derartigen Häufigkeit benutzt werden und präsent sind, von allen Seiten ins Feld geführt, gebogen und verbogen werden, daß sie nachher schließlich nichts mehr bzw. alles oder nichts bedeuten. Manager des Kapitals wie Gewerkschaftsfunktionäre, Nazis und sich als „links“ verstehende Organisationen — sie alle reden über die Gefahren der „Globalisierung“ und schlagen ihrer Position entsprechend Maßnahmen dagegen vor.

Der nichtssagende Begriff „Globalisierung“ bedeutet eigentlich zunächst nur „weltweit“, „international“ — also wahrlich nichts Neues. Aber hinter dem mit wichtiger Miene vorgetragenen Begriff der „Globalisierung“ stecken bestimmte grundfalsche Vorstellungen, die im einzelnen schwer zu greifen sind. Bei allen zu behandelnden Unterschieden — von der Benutzung durch die Nazis bis hinein in das Umfeld von „Attac“ — ist eins klar: Das Geschwätz von der „Globalisierung“ klammert den deutschen Imperialismus zunächst aus, ja benutzt im Grunde das Gerede vom „Kampf gegen die Globalisierung“, um Stück für Stück die Stärkung des eigenen Staates, die Stärkung der eigenen Armee, eben die Stärkung des deutschen Imperialismus zunächst vor allem ideologisch und politisch zu betreiben, um Stück für Stück nicht nur vom deutschen Imperialismus und seinen Kriegsvorbereitungen abzulenken, sondern selbst daran mitzuarbeiten.

1. Die Nazis werden an diesem 2. Juni in Schwerin „gegen Globalisierung“, ja sogar „gegen den Kapitalismus“ demonstrieren. Es macht keinen Sinn, andere Gegner der „Globalisierung“ wegen der Ähnlichkeit der Parolen mit den Nazis moralisch auf eine Stufe zu stellen. Nichtsdestotrotz sind wir der Meinung, daß die zunehmende Übereinstimmung von Nazi-Parolen mit den Parolen der primitiven Globalisierungsgegner von „links“ kein Zufall ist. Denn die gemeinsame ideologische Basis ist Nationalismus in verschiedenen Ausprägungen. Um in Diskussionen mit den Gegnerinnen und Gegnern des G8-Gipfels fundiert mit

Argumenten eingreifen, um den ehrlich über den Weltimperialismus empörten Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Anti-G8-Demonstrationen wenigstens Denkansätze geben zu können, reicht es nicht aus, nur auf diese Übereinstimmungen mit den Nazis zu verweisen. Hier muß tiefergehender der dahinter stehende Fragenkomplex aufgezeigt werden.

2. Daß der Kapitalismus sich weltweit ausdehnt, ist nun wahrlich keine Neuheit. Die Entstehung des Kapitalismus war wesentlich geprägt durch die gigantische Ausbeutung der Völker der damaligen Kolonien und ihre Niedermetzlung in brutalen Kolonialkriegen. Seit 1848 haben die Kommunistinnen und Kommunisten auch programmatisch festgehalten, daß der Kapitalismus als Wirtschaftssystem mit seinem Überbau und seiner Ideologie die ganze Welt unterwerfen wird. Niemand, auch nicht der reaktionärste Ökonom oder Politiker kann bestreiten, daß Marx und Engels in dieser Hinsicht völlig Recht hatten: Spätestens seit 1900 und dem Ersten Weltkrieg ist die ganze Welt in Einflußsphären der großen imperialistischen Mächte aufgeteilt. Der kapitalistische Markt, die Großkonzerne, der Imperialismus hat auch auf die entlegens-

„Neoliberale“ Maßnahmen? — Faschisierung!

Am 9.5.2007 wurden bundesweit 40 Wohnungen und Büros von Gegnerinnen und Gegnern des G8-Gipfels durch ca. 900 Polizisten durchsucht. Es wurden Bücher, Dokumente und Computer beschlagnahmt und abtransportiert. Die offizielle „Begründung“ der Polizei-Razzien lautete: „Verdacht auf Bildung einer terroristischen Vereinigung“.

Diese von der Bundesstaatsanwaltschaft und den Innenministerien angeordneten massenhaften Hausdurchsuchungen und die forcierte Propaganda für Vorbeugehaft sind ganz offensichtlich für jeden erkennbare Einschüchterungsmaßnahmen zur Schwächung der militanten Bewegung gegen den G8-Gipfel. Das ungenierte Operieren mit Jahrzehnte alten geheimpolizeilichen Ermittlungsergebnissen wird notwendig eine Diskussion hervorrufen, wie die Vernetzung revolutionärer Kräfte gegen den Überwachungsstaat, gegen den sich faschisierenden Staat erfolgen kann.

Dabei ist es durchaus bemerkenswert, daß die staatlichen Behörden keinerlei nennenswerte Ergebnisse nach den Razzien vorweisen konnten. So sehr hat das Geschwätz über den „Neoliberalismus“ nun doch noch nicht alle Aktivistinnen und Aktivisten gegen den G8-Gipfel eingelullt, daß sie nicht wüßten, daß dieser Staat der Staat der herrschenden Klasse ist, der immer wenn es ihm nötig erscheint, auf seine eigenen formaljuristischen Regeln pfeift und mehr als genug von Göring und seinen Spießgesellen gelernt hat.

**Solidarität mit den von
 Hausdurchsuchungen und
 Repression betroffenen
 Gegnerinnen und Gegnern
 des G8-Gipfels!**

ten Teile der Welt, in denen vielleicht noch mit mittelalterlich-feudalen Mitteln produziert wird, seinen Zugriff und Herrschaftsbereich ausgedehnt. „Globalisierung“ wortwörtlich genommen beschreibt insofern nur die zunehmende weltweite Verstärkung des Kapitalismus.

3. Die technischen Neuerungen der letzten Jahrzehnte, die Beschleunigung des Transports, des Verkehrs und der Kommunikation erleichtern und begünstigen das Tempo und die Ausdehnung der Aktionen auf dem kapitalistischen Weltmarkt. All das ist unstrittig. Aber es ist nicht der springende Punkt. Die Frage ist: Was folgt daraus? Ähnlich wie die Verfechter der These vom „Neoliberalismus“ von einer Schwächung des Staatsapparats ausgehen — entgegen der Realität, wie nicht zuletzt die Polizeiaktionen gegen die G8-Gegnerinnen und Gegner in den letzten Wochen gezeigt haben —, behaupten sich theoretisch gebende „globalisierungskritische“ Schwätzer, daß durch die immer größere Macht der Monopole, die über Staatsgrenzen hinweg fusionieren, kaufen und verkaufen, angeblich die Rolle der großen Nationalstaaten immer geringer würde und somit auch, und darauf

Im April 2007 haben wir den Themenkomplex „Neoliberalismus und Globalisierung“ bereits im Hinblick auf die Lage in Deutschland behandelt und gegen das Schlagwort vom „Neoliberalismus“ thesenartig Stellung genommen:

Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“ verschleiert die Verstärkung des bürgerlichen Staatsapparats und die verschärfte Faschisierung!

**Das Schlagwort
 vom „Neoliberalismus“**

(Flugblatt, DIN A3, 2 Seiten)

☆☆☆

**Beteiligt Euch
 an der Anti-Nazi Demonstration
 am 2. Juni um 10.00 Uhr
 in Schwerin und
 an der Anti-G8-Demonstration um
 13.00 Uhr in Rostock!**

☆☆☆

läuft es ja dann hinaus, **angeblich Kriege zwischen den imperialistischen Großmächten unmöglich und hinfällig würden.**

4. Wer ist der größte Gegner Deutschlands? Ohne Frage die USA. Diese Sichtweise haben nicht nur die Nazis in Schwerin und anderswo, diese Sichtweise ist Kern der Ideologie des deutschen Imperialismus. Die verschiedenen Abteilungen der Ideologen des deutschen Imperialismus arbeiten auch gekonnt in der linken Szene: Unter der Hand wird „Globalisierung“ mit **Ausdehnung des US-Imperialismus gleichgesetzt** und damit die ganze Kampagne gegen G8 und „Globalisierung“ Stück für Stück in eine **Kampagne des deutschen Imperialismus gegen seinen größten und mächtigsten Konkurrenten, den US-Imperialismus**, umgedeutet. Es wird sich zeigen, wie weit es den Agenturen des deutschen Imperialismus gelingt, die massenhaften Proteste mehrerer zehntausend Menschen gegen G8 zunehmend in eine **reaktionäre Massenbewegung umzufunktionieren**. Wir meinen folgendes Szenario: Mit Figuren wie Oskar Lafontaine an der Spitze, mit DGB-Ordnertrupps werden die demokratisch-revolutionären Kräfte aus der Demonstration geprügelt. Sich pazifistisch gebende „Attac“-Schläger, die „Keine Gewalt!“ brüllen, unterstützen die deutsche Polizei, um jeglichen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und den deutschen Nationalismus zu verhindern. Wer es nicht glaubt, wird es sehen und spüren.

Die Gefahr, daß die vom Grundtenor her berechtigten Proteste gegen die politischen Vertreter der imperialistischen Großmächte umfunktioniert werden in eine Massenbewegung nur gegen den US-Imperialismus, ja letztlich für den deutschen Imperialismus, ist greifbar. Die geballte Erfahrung der Abwiegelei, der Einsatz der üblichen pseudolinken Schlagerstars — all dies dient dazu, Erfahrungen zu sammeln, zu erproben und zu üben, wie eine Massenbewegung in pro-deutsch-imperialistische Bahnen gelenkt werden kann.

5. Davon klar zu unterscheiden sind all jene, die mit berechtigter Wut und berechtigtem Hass gegen die politischen Repräsentanten des weltweiten Ausbeutersystems demonstrieren und kämpfen, ohne den deutschen Imperialismus, ohne die Bundeswehr aus der Schußlinie zu nehmen. Aber auch hier wirkt die falsche Vorstellung, daß „Globalisierung“ eine Art Nivellierung zwischen den imperialistischen Großmächten sei. So richtig es ist, alle imperialistischen Großmächte einschließlich des US-Imperialismus, also das ganze imperialistische Weltsystem anzugreifen, die Logik des Kapitalismus anzuprangern und seine Vernichtung zu fordern, steht auch hier die Frage: **Wird der Kampf in Deutschland gegen den deutschen Imperialismus in den Mittelpunkt gestellt oder nicht?**

6. „Globalisierung“ richtig verstanden bedeutet nichts weiter als eine Verschärfung aller imperialistischen Widersprüche in der Welt: Eine Verschärfung der Ausbeutung im „eigenen“ Land mit dem Hinweis auf die imperialistische Konkurrenz, eine Verschärfung der Ausbeutung der Masse der Werktätigen in den unterdrückten Ländern und vor allem auch

eine Verschärfung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Großmächten und eine zunehmende Vorbereitung auf Krieg zwischen den imperialistischen Großmächten und sich neu herausbildenden Kriegskoalitionen. Die nächsten Jahrzehnte stehen nicht so sehr im Zeichen friedlicher „feindlicher Übernahmen“ durch Überweisungen und Kompensationsgeschäfte. **Die nächsten Jahrzehnte stehen vor allem im Zeichen der fortgesetzten Verschärfung lokaler Kriege und der Mobilmachung des deutschen Imperialismus für große kriegerische Auseinandersetzungen im globalen Maßstab.** Das schließt ein, daß die Nationalstaaten aufrüsten, daß der deutsche Imperialismus seine **Bundeswehr aufrüstet, in Kampfeinsätzen erprobt und perfektioniert**, daß die Massen auf die zu erwartenden **kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem US-Imperialismus und seine Koalitionspartnern eingestimmt werden**. Unter diesem Gesichtspunkt wird deutlich, wie schädlich und reaktionär Vorstellungen sind, nach denen es bei der „Globalisierung“ lediglich um Massenerwerbslosigkeit und verschärfte Ausbeutung oder gar nur um Fragen der Geldzirkulation geht. Die lächerlichen Gegenkonzeptionen von irgendwelchen Zusatzsteuern für „Spekulationsgewinne“ sind nicht nur in ihrem Reformismus unerträglich, sondern dienen vor allem dazu, die demokratisch-revolutionären Kräfte in Deutschland von der großen politischen Aufgabe abzulenken, den deutschen Imperialismus mit seiner Kriegsvorbereitung zu entlarven und zu bekämpfen.

7. Seit der Kapitalismus sich auf alle Länder ausdehnt, steht als grundlegende Aufgabe, die Losung „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ zu verwirklichen. Wer das internationale Kapital, wie es durch den G8-Gipfel repräsentiert wird, bekämpfen will, wird in Richtung dieses internationalen Zusammenschlusses der Ausgebeuteten und Unterdrückten arbeiten und kämpfen müssen. Viele Gegnerinnen und Gegner des Weltimperialismus aus anderen Ländern werden nach Rostock kommen, meist aus europäischen Ländern. Auch hier ist eine Falle aufgestellt, eine **Pervertierung des Internationalismus zur Europäisierung**. Die Gefühle und die Ideen des Internationalismus sollen mißbraucht werden, um die europäischen G8-Gegnerinnen und -Gegner mit internationalistischen Phrasen in Wirklichkeit hinter eine Kriegskoalition der europäischen Staaten zu bringen, bei der Deutschland teils schon dominiert, teils dominieren will. Auch hier ist der **entscheidende Prüfstein, daß wirklicher Internationalismus sich keinesfalls nur gegen den US-Imperialismus richten kann**, sondern einen Zusammenschluß aller Kräfte darstellt, die wissen, daß der Weltimperialismus insgesamt vernichtet werden muß. Bei dieser gemeinsamen Aufgabe müssen die revolutionären Kräfte der imperialistischen Länder vor allem die vom „eigenen“ Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Völker unterstützen, vor allem ihren „eigenen“ Imperialismus, ihren „eigenen“ Staatsapparat, ihre „eigene“ Armee bekämpfen und letztlich zerschlagen.

8. Die **größte Schwäche** der ehrlichen Initiativen, Aktionen und Publikationen in Deutschland gegen den G8-Gipfel — das läßt sich klar dokumentieren — ist, daß in **keinem einzigen Aufruf wirklich vom Kampf gegen den deutschen Imperialismus die Rede ist**. Es geht uns dabei nicht nur um den Wortlaut. Es geht uns darum, daß das ganze Geschwätz von der „Globalisierung“ in jede Ritze dringt und eben den doch so deutlich sichtbaren Ausbau des deutschen Kriegs- und Staatsapparats ganz offensichtlich vernebelt. Es soll doch die Sprache gesprochen werden, die jeder spricht, die in der Szene üblich ist, die nicht so auffällt und mehr oder minder bewußt eben die Sache

nicht beim Namen nennt. Von „Globalisierung“ schwätzen, das darf jeder, aber wer vom deutschen Imperialismus spricht und ihn angreift... Hier mischt sich der gigantische Erfolg des Antikommunismus mit dem gigantischen Erfolg der PR-Kampagne, was für ein tolles Land Deutschland doch sei. Da passen treffende Begriffe wie „deutscher Imperialismus“ nun einmal ganz und gar nicht, und dieser Zensur unterwerfen sich im Grunde alle, die von „Globalisierung“ schwätzen, statt den deutschen Imperialismus anzugreifen.

9. Es ist gut und nicht schlecht, daß zunehmend in Gruppen, die sich antifaschistisch verstehen oder auch direkt gegen den G8-Gipfel agieren, prinzipiell die Position vertreten wird, daß der Kapitalismus abgeschafft und der Kommunismus errichtet werden muß. In diesen Diskussionen gilt es allerdings, auf zwei Punkte hinzuweisen:

Wenn diese Diskussionen allzusehr im Allgemeinen verbleiben, wird auch hier und in diesem Zusammenhang die Frage des deutschen Imperialismus ausgeklammert. Man ist radikal gegen den Kapitalismus, radikal für den Kommunismus, aber nicht so radikal, daß man dem „eigenen“ Imperialismus, dem deutschen Imperialismus den Krieg erklärt.

In diesen Debatten fehlt auffälligerweise auch die Frage, wie der Kapitalismus von wem abgeschafft werden soll, was bitte mit dieser „Kleinigkeit“ Bundeswehr geschehen soll, wie nach einer siegreichen Revolution mit den Zehntausenden von Konterrevolutionären umgegangen werden soll, wie die sozialistische Demokratie für die Masse der Werktätigen von den Kräften der Revolution gesichert und geschützt werden soll. **Der Kampf für den Kommunismus setzt voraus und erfordert Klarheit über die Frage der Zerschlagung des alten Staatsapparats, über die Frage einer auf sozialistischer Demokratie beruhenden revolutionären Diktatur des Proletariats, über die Frage der organisierten und planmäßigen Leitung der Kämpfe der Masse der Werktätigen in den nächsten Jahrzehnten.** Doch all diese zentralen Fragen werden nicht zufällig ausgeklammert. Es sind die Tabuthemen in einer Atmosphäre, die in dieser Hinsicht noch klar vom Antikommunismus und der Feindschaft gegen Marx und Verfälschung von Marx gekennzeichnet ist.

10. Die Protestbewegung gegen den G8-Gipfel in und um Rostock und Heiligendamm und vor allem die Widerstandshandlungen gegen den staatlichen Repressionsapparat und seinen Hilfstruppen bei DGB und „Attac“ werden von allen revolutionären und kommunistischen Kräften unterstützt. Das schließt ein, auf **allen Ebenen die Diskussion und die Debatte über Ziele und Wege der sozialistischen Revolution gegen den Kapitalismus auf den deutschen Imperialismus zu konkretisieren**, die mit Tabu belegten Themen anzupacken, um langfristig die revolutionären und kommunistischen Kräfte zu bündeln und zu festigen.

Tod dem deutschen Imperialismus!

Anzeige

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

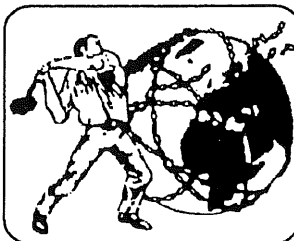
Speyerer Straße 23, 60327 Frankfurt

Fax 069/730920

GEÖFFNET:

Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

6/07

Juni 2007

Ein Beitrag zur Debatte über die Vorgänge in Rostock und danach:

Warum die militanten Kämpfe in Rostock vom 2. Juni einiges zur Klärung beitragen

Die militanten Kämpfe in Rostock und die Ereignisse danach haben einiges geklärt:

1. Das bisher größte Polizeiaufgebot (17.000 Polizisten und Spezialeinheiten) in der Geschichte der BRD mit Unterstützung der Bundeswehr (über 2000 Soldaten, Tornados, Schnellboote, Panzerspähwagen usw.) in Rostock/Heiligendamm markiert eine weitere Etappe der Politik der Fasisierung und war eine unübersehbare polizeistaatliche Demonstration der herrschenden Klasse in Deutschland. Die gewaltige Übermacht prügelnder Polizisten, das Heer von filmenden und fotografierenden Agenten des Überwachungsstaates sollte der ganzen Welt und der Protestbewegung in Deutschland zeigen: Der deutsche Staat hat alles im Griff.

Dabei sollte die Protestbewegung gegen den G8-Gipfel selbst, so der Plan, zu einer Massenbewegung für die aktuelle Politik des deutschen Imperialismus gegenüber seinen Konkurrenten, vor allem dem US-Imperialismus, umfunktioniert werden. Die auf vielfältigen Wegen bestochenen und gekauften, vor Eitelkeit platzenden, in den Medien gut platzierten Drecksfiguren von attac, Die Linke und Konsorten hatten in den Wochen vor dem Gipfel Oberwasser, fühlten sich wichtig und „dazugehörig“. Mit der Staatsmacht im Rücken erfüllten sie ihre ganz besondere Aufgabe, um zu verhindern, daß sich radikale Kritik am Imperialismus im allgemeinen und an ihren Herren, den deutschen Imperialisten, im besonderen entwickeln.

2. Soweit der Plan. Und doch gelang es durch gute Vorbereitung und bewundernswerte Einmütigkeit einem mehrere tausend umfassenden „roten Kern“ der Protestbewegung, diesen Plan zu durchkreuzen. Bei allen Unklarheiten, Unterschieden und Differenzen war eines klar: Angesichts der Polizeibremse, der Bürgerkriegsmanöver und des Terrors der bürgerlichen Medien galt es, zumindest an einem Punkt der Mentalität der Ohnmacht und dem Gejammer „Man kann doch nichts ausrichten, wenn man sich nicht mit Polizei und Medien arrangiert“ klar und deutlich entgegenzutreten.

3. Und dieser Plan hat funktioniert: Genau die Situation ausnutzend, die einen Angriff ermöglichte, wurden das staatsterroristische Polizei-Kordon in Rostock am 2. Juni durchbrochen und offensiv zumindest an einem Punkt Polizeikräfte zurückgeschlagen. Es war der Beweis: Im Kampf gegen den deutschen Imperialismus kann nicht nur Protest, sondern auch Widerstand möglich und erfolgreich sein.

4. Wesentlich war auch folgende Erfahrung: Zehntausende erlebten hautnah die Realität der faschisierten Horden des Staatsapparats und die Lügenmaschinerie der bürgerlichen Medien:

- Repression im Vorfeld, Schikanen, Kontrollen, Mißhandlungen, Prügeleien, weit über 1000 Festnahmen, Inhaftierung in videoüberwachten Käfigen, mehrmonatige Haftstrafen in Schnellgerichtsverfahren usw.,
- bei den bürgerlichen Medien gezielte Falschmeldungen direkt aus der Feder der Polizeileitung übernommen – wie etwa die Meldung von „433 verletzten Polizisten“, die nach dem 2. Juni in der gesamten bürgerlichen Presse lanciert wurde und am Ende stellte sich heraus, daß lediglich zwei im Krankenhaus behandelt wurden, oder die Meldung über angebliche „Säureattacken“ der Clowns Army oder die Meldung von „mit Rasierklingen gespickten Früchten als Wurfgeschosse“, die von BILD bis FR die Runde machte – bis hin zu offenen Drohungen wie etwa die BILD-Schlagzeile vom 4.6.07 „Wollt ihr Tote, ihr Chaoten?“.

5. Zehntausende erlebten auch, wie die großen und kleinen Fürsten verschiedenster „Protest“-Organisationen ihre Hüllen fallen ließen und nun auf einmal wimmerten und jammerten, daß ihr ganzer schöner Plan nicht funktioniert habe und ihr großer Auftritt verpatzt worden sei.

Wer noch Illusionen in diese Figuren hatte, mußte sich eines Besseren belehren lassen. Die Äußerungen dieser Figuren waren nicht mehr zu unterscheiden von der Polizeieinsatzleitung oder den Hetztiraden der BILD-Zeitung. Sie distanzieren sich nicht nur, sondern beschimpften die militanten Gegner des G8-Gipfels als Nazis, Hooligans, Polizeiprovokateure usw. Ja mehr noch: In ihrem

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären des offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern.“

(Marx/Engels. Manifest der Kommunistischen Partei)

Schrecken vergaßen sie ihre auswendig gelernten Drehbuchpassagen und zeigten, was sie wirklich wollen und was sie wirklich sind: **Schläger-Ordnertrupps** – nichts mehr vor vom Pseudopazifismus übrig geblieben – **gegen linke und militante Kräfte**, die zukünftig handfest (sozusagen als Vortrupp der Polizei) von Veranstaltungen und Demonstrationen ferngehalten und entfernt werden sollen. Dieser Punkt wurde also klargestellt. Er läßt sich dokumentieren, beweisen und ist einer der wirklichen Erfolge der militanten Aktionen in Rostock.

6. Daß die ganze behäbige, in einem gewissen Einheitsbrei versauernde Atmosphäre „Wir wollen doch eigentlich alle dasselbe“ durchbrochen wurde, zeigt sich vor allem daran, daß nun ernsthafte und umfangreiche wichtige Diskussionen über die Ziele des Kampfes gegen Kapitalismus und Imperialismus begonnen wurden und weitergeführt werden. In den Mittelpunkt dieser Diskussion wurde und wird auch die Palette der in diesem Kampf durch Zerschlagung zu überwindenden Hindernisse (Bundeswehr, Polizei, bürgerliche Massenmedien, gekaufte Pseudolinke) gerückt.

7. Gewiß wäre es falsch, diese positiven Seiten der Ereignisse in Rostock und danach in der Freude über die gelungene Aktion und in dem Gefühl, sich wenigstens für einige Augenblicke aus der eisernen Umklammerung des faschisierenden Staatsapparats befreit zu haben, zu überschätzen. Aber geradezu katastrophal wäre es, wenn nicht all die positiven Ansätze dokumentiert und damit festgehalten und weiter zur selbstkritischen Diskussion gestellt würden!

☆☆☆

Die Argumentationslinien gegen die Dicksarguments gegen den sogenannten „schwarzen Block“ sind in einer Reihe von Publikationen vorgezeichnet und müssen ausgebaut und gefestigt werden. Daher wollen wir – keinesfalls zufällig, aber doch exemplarisch – Positionen hervorheben, wie sie sich etwa in der Broschüre „protest.widerstand.perspektive – Texte zur Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007“ oder in der **Presseerklärung der antifa [f]** finden.

Unabhängig von unseren Differenzen zu manchen Positionen (wir haben unsere Haltung dazu in unseren Flug-

Leset und diskutiert unsere Stellungnahmen zum Themenkomplex „Neoliberalismus und Globalisierung“:

Flugblatt 1 vom April 2007:

Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“ verschleierte die Verstärkung des bürgerlichen Staatsapparats und die verschärfte Fasisierung!
Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“

Flugblatt 2 vom Mai 2007:

Das Schlagwort von der „Globalisierung“ verschleierte die Existenz und die Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus:
Das Geschwätz von der „Globalisierung“

Wie die großen und kleinen Fürsten verschiedenster „Protest“-Organisationen ihre Hüllen fallen ließen

Ramelow (Die Linke) auf dem Kirchentag in Köln: „Einerseits war auf dem Kirchentag **scharf getrennt zwischen eindeutig friedlichen und mit Gewalt unklar umgehenden Demonstranten**, denn es gab einfach niemand, der Gewalt als Mittel des Protestes toleriert oder gar gerechtfertigt hätte ... Die Konsequenz aus Rostock muss lauten: Ein anderer Protest ist nötig und möglich. **In Köln wurde gezeigt, wie er im positivsten Sinne schärfer sein kann.**“ (www.bodo-ramelow.de/modules/AMS/print.php?storyid=246)

Peter Wahl (attac) fordert: „daß man im Vorfeld a) politisch noch entschiedener klipp und klar sagt bestimmten Leuten, daß wir sie nicht haben wollen, daß wir sie nicht sehen wollen. Und wir werden zweitens in unseren Demostrukturen dafür sorgen, daß wir **die auch fernhalten können, materiell, nicht nur mit Worten** da etwas tun, ähnlich wie wir das bei anderen ungeladenen Gästen ja auch tun, von denen wir sagen, **die fliegen raus, wenn sie auftreten sollten, etwa Neonazis.**“ (Deutschlandfunk, 4.6.07)

Tim Laumeier (Pressesprecher der „Interventionistischen Linken“): „Generell sind wir gegen die **sinnlose und wahllose Ausübung von Gewalt**. Auch dagegen, daß Menschen verletzt werden – wie das zum Beispiel mit den Polizisten auf der Rostocker Demo geschehen ist.“ (<http://zeit.de/2007/23/g8-interview-interventionistische-linken>)

Jungle World, Artikel von Jochen Stay „Die Militanten verdienen keine Solidarität. Ein Plädoyer für den gewaltfreien Widerstand“ (Jungle World Nr. 24, 13.6.07)

Monty Schädel (DFGVK und ex-Landtagsmitglied der PDS): „Daß wir jetzt diese Bilder, die wir gerade auch als Rostocker Bündnis vermeiden wollten, die **Wiederholung von solchen Bildern, die wir 1992 schon in Rostock bei dem Überfall auf das Asylbewerberheim hatten**, wieder hier aus Rostock haben, das ist ein großer Mißerfolg, das ist das, was wir nicht wollten, was von uns nicht vorbereitet worden ist, was wir auf keinen Fall gutheißen.“ (ZDF 3.6.07)

Anzeige

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Straße 27, 60327 Frankfurt
Fax 069 / 730920
GEÖFFNET: Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

blättern von April und Mai dargelegt), zeigt sich insbesondere in der Broschüre „protest.widerstand.perspektive“, daß der Sache nach der deutsche Imperialismus aufs Korn genommen wird und Grundfragen einer revolutionären Perspektive wieder einen zentralen Platz innerhalb der Diskussionen einnehmen.

In einem Interview zu Perspektiven militanter politischer Praxis und ihrem Verhältnis zur revolutionären Organisation wird im Gegensatz zu der reaktionären Behauptung, daß man „keine schlechte Presse“ provozieren dürfe und sich also den bürgerlichen Medien quasi unterordnen müsse, deutlich klargemacht, daß die **bürgerlichen Medien ein wichtiger Feind sind, der entlarvt, bekämpft und zerschlagen werden muß**. Der Aktivist „Andreas“ führt aus:

„Die bürgerlichen Medien vertreten ein bestimmtes Interesse. Etwa dadurch, daß die Chefredakteure und Vorstände in der Regel selbst Mitglieder in einer Partei sind und auch ihren Posten in vielen Fällen nur durch ihre politische Opportunität bekommen haben. Oder noch konkreter, wenn etwa bedacht wird, daß so gut wie alle Zeitungen von großen Anzeigenkunden abhängig sind.“ (Broschüre „protest.widerstand.perspektive“, S. 39)

Erschlußfolgert:

„Daraus folgt, daß die Linke nicht gut daran tun würde, ihre Praxis danach auszurichten, was danach in den Medien darüber berichtet wird. Dies wäre eine hoffnungslose

Herangehensweise und würde den Medien ja noch mehr Macht in die Hand geben, als sie ohnehin schon haben.“ (Ebenda)

Die Frage der Gewalt und ihrer Rolle in der Geschichte wird nicht nur als aktuelle, sondern als grundlegende Frage aufgeworfen:

„Der Kapitalismus ist ein Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnis, er beruht darauf, daß die herrschende Klasse, diejenigen, die über die Produktionsmittel verfügen, samt ihren Anhängseln die große Mehrheit der Bevölkerung ausbeuten. Diese Ausbeutung kann hier offener und da versteckter ablaufen, sie kann sich verschärfen oder in gewissen Zeiten und an gewissen Stellen etwas zurückgenommen werden. Immer wenn ein großer Teil der Ausgebeuteten jedoch dieses System in Frage stellt oder auch nur in Teilen sein Interesse gegen das der Ausbeuter durchsetzen will, werden die Herrschenden die Gewalt anwenden, die sie für notwendig halten.“ (Ebenda, S. 42)

Ergänzend erklärte die Aktivistin „Laura“, daß die Frage der Militanz nicht losgelöst von den geschichtlichen Erfahrungen diskutiert werden könne:

„Es gab in der Geschichte schon mehr als genug Beispiele dafür, daß die Revolutionäre schlicht abgeschlachtet wurden, teilweise weil sie den viel besser bewaffneten Söldnern der Herrschenden ausgeliefert waren, teilweise weil sie auf den direkten Kampf nicht ausreichend vorbereitet waren oder falsche Konzeptionen verfolgten. Ob man bis zu den Bauernkriegen zurückgehen will, die Kämpfe in Deutschland zum Beispiel zur Bayerischen Räterepublik 1919 heranzieht, die Erfahrungen mit dem Faschismus in Spanien, Deutschland oder einem der anderen Länder, in Chile mit dem Militärputsch 1973 oder eines der unzähligen weiteren heran nimmt, die zu ziehenden Konsequenzen sind dieselben: Wenn das System der Herrschenden in Gefahr ist, richten sie jederzeit jedes erdenkliche Blutbad an, um sich an der Macht zu halten. Marx hat diese Konsequenz für die Kommunistinnen und Kommunisten einst so formuliert: **„Die Waffe der Kritik kann die Kritik der Waffen nicht ersetzen.“** Und Mao hat es so ausgedrückt: **„Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.“** Die quasi endgültigste Form politischer Militanz muß also immer entwickelt und vorbereitet werden, nicht erst, wenn der Zeitpunkt da ist, an dem diese Frage akut wird.“ (Ebenda, S. 35)

Diese Positionierungen vor dem G8-Gipfel zeigen, daß grundlegende Fragen diskutiert wurden und werden. Die Erklärung der Sprecherin der antifa [f] unmittelbar nach dem 2. Juni deuten an, in welche Richtung die Diskussion weitergeführt wird (www.gipfelsoli.org/Texte/2891.html). Es heißt darin einleitend:

„...Die TeilnehmerInnen am UmsGanze-Block machten einerseits ihre grundsätzliche Ablehnung des Kapitalismus, andererseits ihre Kritik an den übrigen Bündnissen gegen den G8-Gipfel deutlich. So wurde immer wieder Kritik an der weitverbreiteten Annahme geübt, die G8 seien als ‚Herrschende‘ persönlich für alle Übel dieser Welt verantwortlich - vom religiösen Fundamentalismus bis zum schlech-

ten Wetter. Diese Form der ‚reaktionären Kapitalismuskritik‘ äußere sich zum Beispiel in antisemitischen oder antiamerikanischen Stereotypen. Zudem wurde gegen die ‚reformistischen Illusionen‘ von attac und co. die Forderung nach einem radikalen Bruch mit den kapitalistischen Verhältnissen und für den Kommunismus geworben.“

Zu den militanten Aktionen in Rostock wird erklärt:

„Die Frage der Gewaltlosigkeit ist im Kapitalismus müßig. Bei der täglichen Gewalt des Kapitalismus, bei Abschiebungen und Ausbeutung, fehlen die Betroffenheitsbekundungen. Die Distanzierungen der Demoleitung und von attac seien in diesem Zusammenhang bezeichnend: **Wer so am Rockzipfel des staatlichen Gewaltmonopols hängt wie diese NGOs**, der kann es natürlich nicht gut finden, wenn Menschen ihre Ablehnung dieser unmenschlichen Verhältnisse so deutlich artikulieren wie gestern in Rostock. **Der Versuch, die Proteste durch Integration und Staatstreue mundtot zu machen, sind im Steinhagel vor die Wand gefahren.** Selbstverständlich distanzieren sich das UmsGanze-Bündnis nicht von den militanten Aktionen. Im Übrigen habe sich die Polizei keineswegs zurückgehalten, sondern immer wieder die Kundgebung brutal attackiert. Die Antifa-Sprecherin forderte die sofortige Freilassung aller Gefangenen. Die militanten Aktionen in Rostock seien ein unmißverständliches Zeichen vieler internationaler Aktivistinnen gewesen.“

In der Erklärung heißt es weiter: „Denn ein Ende der Gewalt werde es mit dem Kapitalismus nicht geben“ und es wird aufgerufen, sich jetzt von diesem Polizeistaat nicht einschüchtern zu lassen. Nach dem Hinweis, daß sich der Protest „eben nicht an die Straßenverkehrsordnung“ hält wird zu den zynischen Attac-Phrasen ironisierend vermerkt: „Liebe Polizeibeamten, behindern sie keine antikapitalistischen Aktionen, machen sie sich nicht mit den Gewalttätigen in ihren Reihen gemein und distanzieren sie sich vor allen Dingen auch räumlich von diesen Gewaltgeilen.“

Für die weitere Diskussion halten wir die abschließende Bemerkung für wichtig:

„Grundsätzlich gelte allerdings auch, daß jede symbolische Aktion nur so gut sei, wie die kommunistische Gesellschaftskritik, die dahinter organisiert aufscheine.“

Wege und Formen zu finden, wie eine solche kommunistische Gesellschaftskritik ausgearbeitet und diskutiert werden kann, ist eine der wichtigsten Konsequenzen nicht nur aus den Aktionen in Rostock, sondern auch aus den danach in vielfältiger Form geführten Debatten.

Unsere Position ist klar: Dabei dürfen die Fragen nicht ausgeklammert werden, wie der Sieg der Revolution erreicht werden kann, was nach einem Sieg der Revolution getan werden muß, um sie gegen die Konterrevolution zu verteidigen, was die wirklichen Merkmale des Sozialismus auf dem Boden einer sozialistischen Demokratie sind, was die wirklichen Merkmale des Kommunismus sind.

ANZEIGE

„Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft“

Teil 1: Studiert die Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus:

Überzeugende Argumente für den Kommunismus

- » Kurze Charakteristik der kommunistischen Gesellschaft
- » Argumente für das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln
- » Nach den Bedürfnissen der kommunistischen Gesellschaft geplante, wissenschaftlich organisierte und technisch hochstehende Wirtschaft
- » Die weltweiten Gegensätze zwischen Stadt und Land sterben im Kommunismus ab
- » Warum ist die Forderung „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ ein Kernpunkt des verwirklichten Kommunismus?
- » Das Aufblühen der Wissenschaften und der Kunst im Kommunismus (Aufhebung der grundlegenden Gegensätze zwischen Kopf- und Handarbeit)

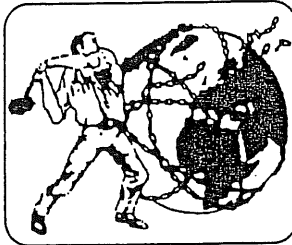
- » Warum im Kommunismus die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist
- » Warum Kämpfe und Widersprüche auch im Kommunismus existieren, aber produktiv gelöst werden können und gelöst werden
- » Der Kommunismus - ... was schwer zu machen ist!

Teil 2: Lenin über die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft

(Auszug aus der Schrift „Staat und Revolution“ von 1917)

Aus der Reihe „Rote Hefte“, Nr. 7
36 Seiten, 1 Euro
ISBN 3-86589-014-8
Erhältlich u.a. beim
Buchladen Georgi Dimitroff

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

7-8/07

Juli - August 2007

Eine notwendige Diskussion:

Über die sogenannte „Gewaltfrage“

Nach dem 2. Juni 2007 in Rostock ist eine heftige Debatte entbrannt, die sich auf die sogenannte „Gewaltfrage“ zuspitzt. Über die militanten demokratischen und revolutionären Kräfte wurde von den bürgerlichen Politikern und Medien sowie von den gekauften Pseudolinken und professionellen Abwiegern allerhand Schmutz und Dreck ausgeschüttet. Sie alle verfolgen schließlich ein und dasselbe Ziel: eine radikale Kritik am Imperialismus zu verhindern.

In dieser Debatte finden sich positive Ansatzpunkte, die es weiter zu verfolgen gilt mit dem Ziel einer tieferen und prinzipiellen Klärung der „Gewaltfrage“, um dem imperialistischen Druck standzuhalten und um ideologisch und propagandistisch in die Offensive zu kommen, in die Offensive vor allem für das grundlegende Ziel der Zerschlagung des deutschen Imperialismus auf dem Weg zur Errichtung des Kommunismus.

Die aktuellen Diskussionen über die sogenannten „Gewaltbereiten“ werfen unserer Meinung nach auch ein grundlegendes Problem auf: Die Phrase von den „Gewalttätigen“ zielt ab auf ausgesprochene und unausgesprochene feste Vorstellungen darüber, was Gewalt angeblich sei. Die nachfolgenden Argumente haben den Anspruch, möglichst umfassend dieser reaktionären Ideologie von „Gewalt“ entgegenzutreten.

Der Begriff der „Gewalt“

In der Alltagssprache verschwimmen Begriffe wie „Macht“, „Gewalt“ und „Zwang“ – Begriffe, die in der Regel eine negative Bedeutung haben. Dagegen werden Begriffe wie „Überzeugung“, „vernünftig sein“ bis hin zur Phrase „Der Klügere gibt nach“ gesetzt. Die geschichtliche und die aktuelle Realität spricht jedoch eine andere Sprache. Es ist das alte Lied: Die Massenmörder fordern „friedliche Unterwerfung“, ein „vernünftiges Sich-Einfügen“ als höchstes Ideal.

Die Entlarvung dieser Heuchelei ist die grundlegende Voraussetzung, um sich überhaupt den Schein-Diskussionen über „Gewalt“ und „Gewaltlosigkeit“ entziehen und theoretisch und praktisch die wirklich entscheidenden Fragen aufwerfen und beantworten zu können.

In der Alltagssprache versteht man unter „Gewalt“ in erster Linie physische Gewalt. Doch diese Auffassung greift zu kurz und schafft keine Klarheit darüber, auf welchen Ebenen Gewalt tagtäglich im Imperialismus, mal direkt, mal indirekt, mal offener, mal subtiler ausgeübt wird. „Der reißende Strom wird gewalttätig genannt, aber nicht das Flußbett, das ihn einengt“ – damit hat Bertolt Brecht gegen die Alltagsvorstellung von „Gewalt“ polemisiert und auf die Gewalt „des einengenden Flußbetts“ aufmerksam

gemacht, also die grundlegenden ökonomischen Gewaltverhältnisse und die politische und ideologische Gewalt der Herrschenden, die diese ökonomischen Gewaltverhältnisse durchsetzen und sichern:

- In der Ökonomie wirkt – wenn wir die mörderischen Ausbeutungsbedingungen vieler Arbeiterinnen und Arbeiter, die zu Arbeitsunfällen, Krankheit und Tod führen, einmal außen vor lassen – die tagtäglich reproduzierte indirekte Gewalt gegenüber den Ausgebeuteten vor allem in Form des „stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse“, in Form des Zwangs, arbeiten zu müssen, die eigene Arbeitskraft verkaufen zu müssen, um sich Lebensmittel kaufen zu können. Die großartige Freiheit, zwischen Bitburger und Binding-Bier wählen zu können, steht im Zusammenhang mit dem Zwang, eine bestimmte Palette von Konsumgütern kaufen zu können, kaufen zu müssen.
- Die politische Gewalt zeigt sich in verschiedenen Formen: von Gesetzen und Verordnungen (von Hartz IV, über den Abschiebeterror bis hin zur Verfolgung revolutionärer Kräfte), die vom Heer der Politiker eingebracht, von den „Staatsbediensteten“ als Schreibtischtäter umgesetzt, von den Richtern und Staatsanwälten verfolgt und von den staatlichen bewaffneten Formationen (Gefängnisse, Polizei, Armee, Geheimdienste) durch physische

Gewalt (Polizeiterror, Inhaftierung, Folter) vollzogen wird. Letztendlich kommt die politische Gewalt „aus den Gewehrläufen“.

- Damit nicht genug gibt es eine Macht, deren gewaltsamer Charakter und deren Zwang unsichtbarer ist, aber um so wirksamer greift: Das volle Programm der Gehirnwäsche, die Dauerbeeinflussung durch die bürgerlichen Medien, durch Fernsehen und Zeitungen, Bekanntmachungen in Betrieben, Einübung von Unterwerfung in Kindergärten und Schulen. Und in diesem Rahmen auch ein umfassendes Programm, in einer gewalttätigen Gesellschaft den Begriff der Gewalt zu erstellen, beliebig zu verdrehen, um „Ruhe und Ordnung“ zu festigen. Gerade weil die bürgerlichen Medien juristisch nicht Teil des Staatsapparats sind, ist Klarheit darüber wichtig, was sie sind: ein fester Bestandteil des reaktionären imperialistischen Systems, dem sie dienen und dessen Ausbeutersystem sie absichern sollen.

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: So massiv die ideologische oder politische Gewalt in bestimmten Phasen im Vordergrund steht, so sehr existiert sie nur auf der Basis der ökonomischen Gewalt. Andererseits ist das, was im Polizeijargon „körperliche Gewaltanwendung“ heißt, bis zur Waffengewalt in der Tat nicht immer sichtbar, aber dennoch immer anwesend. In Zeiten, in denen durch Klassenkämpfe ihr Ausbeutersystem nicht massiv in Frage gestellt wird, ist es für die Bourgeoisie vorteilhafter, in erster Linie auf die ideologische Gewalt, auf die ideologische Manipulation zu setzen. Die physische Gewalt, die Repression wird relativ selektiv angewandt, die juristische Verfolgung individuell. Doch gleichzeitig rüstet sie sich durch Überwachungsinstrumente und Datensammlung auf „härtere Zeiten“. Wenn sich Klassenkämpfe entwickeln, die vielleicht sogar das System in Frage stellen, wenn die Herrschaft der Bourgeoisie allgemein gesprochen unsicher ist, setzt sie mehr und mehr auf massenhaft angewandte physische Gewalt, Verhaftungen bis hin zu Erschießungen und Massakrierungen, also den massiven Einsatz ihres Staatsapparats, den Bürgerkrieg. In einer solchen Situation ist es sogar bis zu einem gewissen Grad gewollt, daß die Einschüchterung generalisiert wird, unberechenbar ist, jeden treffen kann.

☆☆☆

Ein Blick auf die Taten jener, die von „Gewaltlosigkeit“ faseln, würde eigentlich schon genügen, um klarzumachen, daß die Herrschenden, die herrschende Gewalt nicht nur über Bundeswehr und Gefängnisse als Gewaltapparat verfügen, den sie täglich anwenden – „eigentlich“. Aber so einfach ist es nicht, denn die Frage steht ja, wie all jene, die sich diesen Gewaltverhältnissen entgegenstellen und diese Heuchelei entlarven,

Lest und diskutiert unsere drei Stellungnahmen zum Themenkomplex „Neoliberalismus und Globalisierung“ und zu den militanten Kämpfen in Rostock vom 2. Juni:

Flugblatt 1 vom April 2007:

Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“ verschleierte die Verstärkung des bürgerlichen Staatsapparats und die verschärfte Faschisierung!
 Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“

Flugblatt 2 vom Mai 2007:

Das Schlagwort von der „Globalisierung“ verschleierte die Existenz und die Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus:
 Das Geschwätz von der „Globalisierung“

Flugblatt 3 vom Juni 2007:

Ein Beitrag zur Debatte über die Vorgänge in Rostock und danach:

Warum die militanten Kämpfe in Rostock vom 2. Juni einiges zur Klärung beitragen

Studiert den wissenschaftlichen Kommunismus zur Rolle der Gewalt in der Geschichte

Wer sich mit der Frage der Gewalt tiefgehend auseinandersetzen möchte, kommt nicht umhin, die Originalwerke des wissenschaftlichen Kommunismus zu studieren. Nachfolgend sollen Hinweise auf einige wichtige Schriften bzw. Aspekte daraus zu dieser Frage gegeben werden:

- Marx, „Das Kapital“ (1867): Im Kapitel über „Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ erklärt Marx, daß die Bourgeoisie „blut- und schmutztriefend zur Welt gekommen“ ist und meinte damit vor allem die Unterdrückung, den Raub und Mord an den Völkern außerhalb Europas sowie die Gewaltmaßnahmen zur Enteignung und Vertreibung der Bäuerinnen und Bauern in den eigenen Ländern, um die kapitalistische Produktion auszudehnen und abzusichern (Marx/Engels Werke Band 23, der Abschnitt darin S.741 - 802).

- Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ („Anti-Dühring“, 1878): Engels zeigt insbesondere, welche Rolle die Gewalt in der Geschichte gegenüber der ökonomischen Entwicklung spielt. Gegen Dührings „Jammerrede“ über die Gewalt als „das absolut Böse“ stellt Engels die befreiende Rolle der revolutionären Gewalt heraus (Marx/Engels Werke Band 20, S. 147 - 171).

- Engels, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ (1884): In diesem grundlegenden Werk zeigt Engels, daß der Staat „nicht von Ewigkeit her“ ist, sondern mit der Entstehung und Entwicklung des Privateigentums und der Klassen zusammenhängt. Engels weist zugleich nach, daß - auf der Grundlage der gewaltsamen Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeuterordnung in der proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats - die Entwicklung der kommunistischen, der klassenlosen Gesellschaft schließlich jegliche Staatsgewalt

absterben lässt (Marx/Engels Werke Band 21, S.25 - 173).

- Engels, „Die Rolle der Gewalt in der Geschichte“ (1887/1888): Engels führt vor allem aus, welche Rolle nach der Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 die Bismarcksche „Gewaltspraxis von Blut und Eisen“ spielte, die schließlich zur Bildung des deutschen Nationalstaats 1871 „von oben“ unter Führung des reaktionären Preußentums führte (Marx/Engels Werke Band 21, S.405 - 461).

- Lenin, „Über den Staat“ (1919): In dieser Vorlesung an der Swerdlow-Universität referiert Lenin prägnant und in einfachen Worten über den Staat. Diese Schrift ist eine hervorragende Einführung in das umfassende Werk Lenins „Staat und Revolution“. (Lenin, Werke Band 29, S.460 - 479).

- Lenin, „Staat und Revolution“ (1917): In diesem grundlegenden Werk leistete Lenin einen umfassenden Beitrag zur „Wiederherstellung der wahren Marxschen Lehre vom Staat“ gegen die revisionistischen Entstellungen und Verdrehungen, indem er die grundlegenden Äußerungen von Marx und Engels in ihrer wirklichen Bedeutung darstellt, verteidigt und propagiert. Lenin weist nach, daß es unter den Bedingungen des Imperialismus, die gerade auch die weitere Verstärkung der kapitalistisch-imperialistischen Staatsmacht bedeuten, nur um so dringlicher ist, die Arbeiterinnen und Arbeiter systematisch in den Auffassungen des wissenschaftlichen Kommunismus über die gewaltsame Revolution, über die Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, über die befreiende Rolle der revolutionären Gewalt zu erziehen (Lenin Werke Band 25, S.383 - 507, als Einzelschrift Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1997).

- Stalin, „Zu den Fragen des Leninismus“ (1926): Stalin geht unter anderem auch auf den Unterschied zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Revolution ein, der für die „Gewaltfrage“ von wesentlicher Bedeutung ist: Die bürgerliche Revolution hat gewöhnlich begonnen, wenn mehr oder weniger fertige Formen der kapitalistischen Ordnung vorhanden sind, die schon vorher im Schoß der feudalen Gesellschaft herangewachsen sind, während bei Beginn der proletarischen Revolution fertige Formen der sozialistischen Ordnung fehlen und erst nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats geschaffen werden können. Die bürgerliche Revolution beschränkt sich darauf, die Herrschaft einer Ausbeuterklasse durch die einer anderen zu ersetzen und bedarf deshalb nicht der Zertrümmerung der alten Staatsmaschine, während die proletarische Revolution, die jegliche Ausbeuterherrschaft liquidiert, nicht ohne die Zertrümmerung der alten Staatsmaschine und deren Ersetzung durch einen neuen, proletarischen Staat auskommen kann (Stalin Werke Band 8, S.19 - 28).

- Stalin, „Über dialektischen und historischen Materialismus“ (1936): In dem Teil „Der historische Materialismus“ dieser grundlegenden Schrift umreißt Stalin Gesetzmäßigkeiten der historischen gesellschaftlichen Entwicklung, insbesondere der bisherigen Entwicklung der Produktionsverhältnisse (Urgemeinschaft, Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus). Gegen Ende der Schrift betont Stalin, daß das Proletariat nach dem Sieg der Revolution seine revolutionäre Macht benutzt, um „gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse“ aufzuheben (in: „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrband“, Nachdruck Dortmund 1976, S.131 - 166, als Einzelschrift Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1997).

selbst zur Frage von Macht, Gewalt und Zwang stehen, ohne sich in den Fallstricken der Ideologie der Herrschenden zu verstricken.

Wie die Bourgeoisie „Gewaltlosigkeit“ heuchelt

Um die Autorität der Bourgeoisie zu brechen, ist es durchaus nötig, die Widersprüchlichkeit ihrer eigenen Argumentation zu enthüllen – allerdings ohne jeglichen Appell an die Herrschenden, sie mögen doch diese Widersprüche bitte lösen.

Die herrschende Klasse selbst, so wie sie heute in allen kapitalistischen Ländern, auch in Deutschland, an der Macht ist, hat diese Macht geschichtlich keinesfalls durch Überzeugung und gewaltfreies Vorgehen errungen. Waffengewalt war der Ausgangs- und Endpunkt, um durch Kriege gegen andere Staaten und in Ländern wie in England und Frankreich auch gegen die feudalen Kräfte die Macht zu erobern und zu festigen. Bewaffnete und gewaltsame Niederschlagung der Arbeiterbewegung sind fester Bestandteil der daraus entstandenen heutigen Machtverhältnisse. Es ist nichts als pure Heuchelei, wenn sich diese Leute nun Gewaltlosigkeit auf ihre Fahne schreiben.

Aktuell wird heute bei der Ausübung von Waffengewalt eine besondere Sprachregelung bevorzugt: Das sogenannte „Gewaltmonopol“. Weil sich ja nicht vermeintlich läßt, daß etwa die Bundeswehr in anderen Ländern mit Waffengewalt vorgeht, ergänzt die herrschende Klasse ihre Phrase von der Gewaltlosigkeit mit dem Argument, daß Gewalt doch dann

gerechtfertigt sei, wenn sie zur Verteidigung der kapitalistischen „Freiheit“ gegen „Gewalttäter“ nötig sei.

Daß diese beiden von der Bourgeoisie vorgebrachten Gesichtspunkte der angeblichen „Gewaltlosigkeit“ der Bourgeoisie widersprechen, kann und soll aufgezeigt und ausgenutzt werden, um deutlich zu machen, daß die herrschende Klasse selbst keinesfalls auf Gewaltverzicht aus ist. Im Gegenteil: sie hält Gewalt für legitim und praktiziert sie auch heute immer offener.

Insofern ist die prinzipiell aufgeworfene Frage „Gewalt oder keine Gewalt?“ vom Tisch. Es geht ganz offensichtlich – und darauf müssen wir den Akzent legen – um die Frage, wer Gewalt ausübt und mit welchen Zielen.

In Deutschland ganz besonders deutlich kann und wird von unserer Seite darauf verwiesen, daß der gewaltsame Kampf zum Sturz des Nazi-Regimes – sei es durch die westlichen Armeen der Anti-Hitler-Koalition oder aus den Reihen der Generalität der Nazi-Wehrmacht am 20. Juli 1944 (unabhängig von der hier nicht zu diskutierenden Frage, welches Programm hinter diesem Attentatsversuch stand) – von der herrschenden Klasse in Deutschland in ihrer Berechtigung zumindest heute noch nicht ganz offen abgestritten werden kann.

☆☆☆

Halten wir fest: Wir erwarten von der herrschenden Klasse nicht, daß sie diese widersprüchliche Argumentation aufhebt. Wir verweisen darauf lediglich, um zu beweisen, daß ihr Geschwätz von der Gewaltlosigkeit haltlose Heuchelei ist.

Zwei mögliche Einwände

Die am Kommunismus orientierten Kräfte argumentieren mit ihrem Programm: mit dem Programm der Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung, der Abschaffung von Herrschaft von Menschen über Menschen durch die revolutionäre Umwälzung aller Verhältnisse auf allen Ebenen, eine Gesellschaft von Menschen, die sich ohne Staat, ohne Gewalt, ohne Zwang ihrer Lage bewußt sind, die ihr gesamtes Leben durch Einsicht und Überzeugung selbst organisieren, selbst gestalten und genießen. Zwei Einwände liegen auf der Hand: erstens, daß dieses Ziel nie erreicht werden könne, und zweitens, daß die kommunistischen Kräfte auf dem Weg zur Erreichung des Ziels einer gewaltfreien Gesellschaft selbst Gewalt anwenden müssen.

Der erste Einwand, der den Kommunismus zu einer Utopie abstempelt, wird immer bröckeliger dadurch, daß die historisch durch Mangel und Not charakterisierte Gesellschaft sich immer offensichtlicher in eine Gesellschaft verwandelt, die immer noch durch verschärfte Not und Elend charakterisiert wird, obwohl der tausendfache Überfluß an allen materiellen Gütern eine entscheidende Verkürzung der Arbeitszeit, eine umfassende und rasche Kommunikation zwischen allen Menschen, eine allseitige Aufklärung und Bildung für alle in immer deutlicherer möglichkeit könnte. Es sind die herrschenden Klassenverhältnisse, die mit Macht, Gewalt und Zwang verteidigt werden, die all dies unmöglich machen. Das Problem liegt auf der Hand: Diejenigen, die „oben“ sind, können viel, aber eins nicht: freiwillig oder durch Überzeugung diesen materiellen Überfluß allen zur Verfügung stellen, ihre Privilegien aufgeben und sich friedlich einordnen.

Über die befreiende Rolle der revolutionären Gewalt

„Für Herrn Dühring ist die Gewalt das absolut Böse, der erste Gewaltsakt ist ihm der Sündenfall, seine ganze Darstellung ist eine Jammerpredigt über die hiermit vollzogene Ansteckung der ganzen bisherigen Geschichte mit der Erbsünde, über die schmachvolle Fälschung aller natürlichen und gesellschaftlichen Gesetze durch diese Teufelsmacht, die Gewalt. Daß die Gewalt aber noch eine andre Rolle in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrt, abgestorbene politische Formen zerbricht — davon kein Wort bei Herrn Dühring. Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, daß zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde — leider! denn jede Gewaltsanwendung

demoralisiere den, der sie anwendet. Und das angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen Revolution war!“

(Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, 1878, Marx/Engels Werke Band 20, S. 171)

„Die Lobrede, die Engels auf die gewaltsame Revolution hält und die den vielfachen Erklärungen von Marx durchaus entspricht [...] — diese Lobrede ist durchaus keine ‚Schwärmerei‘, durchaus keine Deklamation, kein polemischer Ausfall. Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in *diesen*, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der *gesamten* Lehre von Marx und Engels zugrunde.“

(Lenin, „Staat und Revolution“, 1918, Werke Band 25, S. 412)

„[...] daß sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewußtseins wie zur Durchsetzung der Sache selbst eine massenhafte Veränderung der Menschen nö-

tig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer *Revolution* vor sich gehen kann; daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die *herrschende Klasse* auf keine andre Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die *stürzende Klasse* nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden.“

(Marx/Engels, „Die deutsche Ideologie“, 1845/46, Marx/Engels Werke Band 3, S. 70)

„Ihr habt“, sagte Marx den Arbeitern, „15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen.“

(Karl Marx, „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“, 1853, Marx/Engels Werke Band 8, S. 412; siehe auch Stalin, „Grundlagen des Leninismus“, 1924, Werke Band 6, S. 99)

Genau damit sind wir beim zweiten Einwand: Wir sind für die Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung, von Krieg und Gewalt. Das Ziel unseres Kampfes ist der Kommunismus, genauer der Weltkommunismus, in dem es keine Kriege, keine Klassen, kein Staaten mehr gibt. Dabei scheint es auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein, den wir erklären müssen, daß auf dem Weg zu einer kommunistischen Gesellschaft ohne Waffen die Waffen des Klassenfeindes, insbesondere seine Armee und Polizei, im bewaffneten Kampf zerschlagen und vernichtet werden müssen. Daß auf dem Weg zu einer klassen- und staatenlosen Gesellschaft die Macht der Arbeiterinnen und Arbeiter in Form des Staates der Diktatur des Proletariats zur Unterdrückung der Konterrevolution errichtet und durch eine immer breitere Teilnahme der Massen an den Staatsaufgaben die Voraussetzung geschaffen werden dafür, daß dieser Staat dann absterben kann. Das heißt, die Bedingungen, die die kommunistischen Kräfte vorfinden für diesen Kampf und denen sie in ihrem Kampf Rechnung tragen müssen, unterscheiden sich grundlegend von den welthistorischen Zielen und Idealen des Kommunismus. Sie kämpfen dafür, daß diese Ziele Wirklichkeit werden, dies ist aber nicht unabhängig von den gegebenen Bedingungen.

☆☆☆

Die organisierten kommunistischen Kräfte sind ohne Frage eine Minderheit. Ob sie die Massen für eine gewaltsame Revolution gewinnen können oder nicht, hängt davon ab, ob die Mehrheit der Gesellschaft, ob die Mehrheit der Ausbeuteten und Unterdrückten, durch ihre eigene Erfahrung und die Bewußtmachung der kommunistischen Kräfte erkannt hat, daß das Ge-

lüber über die Gewaltfreiheit Heuchelei ist, daß es in Wirklichkeit eine Frage des eigenen Überlebens, der eigenen Würde darstellt, daß man sich gegen die gewaltsamen Aktionen der herrschenden Klasse und ihrer Helfer effektiv, also auch gewaltsam, zunächst verteidigt.

Diese in der Tat defensive Argumentation einer Verteidigung gegen die staatlichen bewaffneten Formationen, gegen Nazis, gegen Pazifismus heuchelnde DGB- oder attac-Fürsten mit ihren Schlägertrupps enthält aber den Keim der Erkenntnis, sich selbstbewußt von der verqueren Diskussion „Gewalt ja oder nein?“ zu lösen und einzig und allein aufgrund der geschichtlichen und konkreten Möglichkeiten zu entscheiden, was richtig und was falsch ist.

Das bedeutet, daß durch die Kombination aus eigenen Erfahrungen und der bewußten Aufklärung durch die kommunistischen Kräfte die scheinbar moralische Frage, ob Gewalt berechtigt oder unberechtigt sei, der entscheidenden Frage weicht, wie die eigenen Kräfte gestärkt und die Kräfte der Feinde, der herrschenden Klasse geschwächt und wirkungsvoll zerschlagen werden können.

Dafür ist es ebenfalls von Wichtigkeit, praktische Erfahrungen bei der Ausübung revolutionärer Gewalt zu sammeln. Systematisch die gewaltsame Revolution vorzubereiten, erfordert auch, lange Zeit vor dem Aufstand die Unterstützung spontaner gewaltsamer und bewaffneter Auseinandersetzungen. Dabei geht

es um die praktische Erziehung zur Bereitschaft, revolutionäre Gewalt auszuüben und den bewaffneten Kampf zu führen.

Die Realität der Klassenkämpfe kennt auch spontane militante Kämpfe, die noch nicht unter Führung der kommunistischen Kräfte erfolgen, aber deshalb von ihnen keinesfalls abgelehnt, sondern maximal unterstützt werden und um deren Leitung sie kämpfen. Es ist ihre Aufgabe, insbesondere in spontane militante Kämpfe das Element des bewußten und organisierten Vorgehens hineinzutragen — nicht im Sinne einer Abwiegerei, sondern im Sinne eines massieren, sichereren und die involvierten Kräfte noch besser beschützenden Eingreifens.

Die befreiende Rolle revolutionärer Gewalt

Dabei kann und soll nicht verschwiegen werden, daß aus kommunistischer Sicht die Anwendung von Gewalt, sei es organisierte Gewalt, sei es die spontane Gewalt in den Kämpfen der unterdrückten Mas-

Über die „Schule des Bürgerkriegs“

„Der Bürgerkrieg ist die schärfste Form des Klassenkampfes, und je schärfer dieser Kampf ist, desto schneller verbrennen in seinem Feuer alle kleinbürgerlichen Illusionen und Vorurteile [...]“

(Lenin, „Thesen zum Referat auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale über die Taktik der KPR (Ursprünglicher Entwurf)“, 1921, Werke Band 32, S. 479)

„Und die Schule des Bürgerkriegs macht das Volk nicht umsonst durch. Es ist eine harte Schule [...]; diese Schule lehrt die unterdrückten Klassen, den Bürgerkrieg zu führen und in der Revolution zu siegen. Sie speichert in den Massen der modernen Sklaven jenen Haß auf, den die verschüchterten, stumpfen und unweisenden Sklaven ewig hegen und der die Sklaven, die sich der Schmach ihres Sklaventums bewußt geworden sind, zu den größten geschichtlichen Heldentaten führt.“

(Lenin, „Zündstoff in der Weltpolitik“, 1908, Werke Band 15, S. 177)

Über diejenigen, die über „den Bürgerkrieg jammern“

„[...] über den Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter jammern, ihn verurteilen, fürchten — das heißt faktisch zum Reaktionsär werden. Das heißt den Sieg der Arbeiter fürchten, der vielleicht Zehntausende von Opfern kosten wird, und mit Sicherheit ein neues imperialistisches Gemetzel zulassen, ein Gemetzel, das gestern Millionen Opfer gefordert hat und morgen wieder Millionen Opfer fordern wird.“

(Lenin, „Entwurf (oder Thesen) für eine Antwort der KPR auf das Schreiben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, 1920, Werke Band 30, S. 332)

Über die Politik der Bolschewiki hinsichtlich der Frage der Gewalt

„Drittens hatten wir uns mit der prinzipiellen Anerkennung der Gewaltanwendung und der Propagierung des bewaffneten Aufstandes nicht begnügt. Wir unterstützten z. B. vier Jahre vor der Revolution die Anwendung der Gewalt der Masse gegen ihre Unterdrücker, besonders bei den Straßendemonstrationen. Wir bemühten uns, daß sich das ganze Land die Praxis einer jeden solchen Demonstration zu eigen machte. Wir trachteten immer mehr auf Organisation eines ausdauernden und systematischen Widerstandes der Massen gegenüber der Polizei und dem Militär [...]“

(Lenin, „Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz“, 1916, Werke Band 23, S. 121)

Gewalt allein ist kein Kriterium

Wenn wir die heutige internationale Lage betrachten, zeigt sich sehr deutlich, daß in der Debatte über Gewalt und Gewaltlosigkeit ein Aspekt ganz besonders hervorgehoben werden muß: Die Frage der Gewaltanwendung alleine und für sich genommen ist kein Kriterium. Mehr noch: Die Frage der Gewalt isoliert zu betrachten, ist in doppelter Hinsicht falsch:

Während der herrschenden Klasse allein die Frage, ob eine Organisation Gewalt anwendet oder nicht, dazu dient, diese Organisation moralisch zu verurteilen und politisch zu verfolgen, wenn es ihr in den Kram paßt, ist aus kommunistischer Sicht auch der Umkehrschluß (nämlich eine Organisation allein deshalb zu unterstützen, weil sie Gewalt anwendet) absurd.

Dies leuchtet unmittelbar ein, wenn wir uns die bewaffneten Nazi-Banden in Deutschland anschauen. Bei diesen Nazi-Mördern ist klar: ihre Gewalt ist nazistisch und nicht emanzipatorisch. Eine Einschätzung von Organisationen international ist dagegen oftmals oft kom-

plizierter. Wir wollen unseren Standpunkt anhand von Hamas und Taliban konkretisieren, zwei ähnliche, aber doch auch unterschiedliche Beispiele.

Das grundlegende Problem, das verstanden werden muß, besteht darin, daß es in unterdrückten Ländern zwei entgegengesetzte und sich ausschließende Formen des bewaffneten Kampfes gegen eine imperialistische Besatzungsmacht gibt. Zum einen auf Befreiung vom Imperialismus orientierte demokratisch-revolutionäre Organisationen und Bewegungen und zum anderen bewaffnete Organisationen, die trotz ihres teilweise nicht unerheblichen Anhangs eher den Charakter von Söldnerarmeen haben, mit deren Hilfe die einen Imperialisten ihre imperialistischen Rivalen in der Region bekämpfen.

Weil diese beiden grundlegenden, sich im Kern ausschließenden Erscheinungsformen sich in der Realität nicht so scharf voneinander abgrenzen, ja manchmal ineinander verwandeln können, ist es um so wichtiger, sehr genau die Ziele und Programme (und nicht einfach die Frage

der Gewalt) in die Analyse einzubeziehen. Ein weiteres miteinzubeziehendes Kriterium dieser Analyse muß sein, woher diese Organisationen ihre Kraft, ihr Geld, ihre Waffen beziehen und ob sie in der Praxis demokratisch-revolutionäre und kommunistische Kräfte aktiv bekämpfen oder nicht.

Wir lehnen Hamas nicht deshalb ab, weil sie gewaltsame Aktionen durchführen, sondern weil sie ein zutiefst reaktionäres, gegen die demokratischen Rechte der palästinensischen Bevölkerung gerichtetes antidemokratisches und antisemitisches Programm verfolgen. Ebenso ist Taliban aus unserer Sicht nicht deswegen eine reaktionäre Organisation, weil sie oder ihr Umfeld Gewalt gegen die imperialistischen Besatzungsarmeen, auch gegen die Bundeswehr, anwenden, sondern weil sie sich ein zutiefst reaktionäres Programm zur Errichtung einer feudalistischen Gesellschaftsordnung auf ihre Fahnen geschrieben hat und demokratisch-revolutionäre Kräfte in Afghanistan verfolgt, unterdrückt und ermordet.

sen, in der Tat auch ein Nachdenken, ein Analysieren, ein Überprüfen beinhalten muß.

Es ist unzweifelhaft, daß die Schwäche des scheinbar allmächtigen Imperialismus erst dadurch zum Vorschein kommt, daß die Ausgebeuteten und Unterdrückten ihm die Stirn bieten, seine verwundbaren Stellen bloßlegen. Erst durch die Anwendung revolutionärer Gewalt gegen ihre Unterdrücker werden sich die Arbeiterinnen und Arbeiter die Illusionen, aber auch die Bedientenhaftigkeit, das Abgestumpftsein und die Demütigung „vom Hals schaffen“. Die befreiende Wirkung der Anwendung revolutionärer Gewalt, sich eben nicht allein gefallen zu lassen, sich zu wehren, zunächst vielleicht nur kleine Erfolge, aber immerhin Erfolge zu erringen, wenn man sich wehrt – das ist die wesentliche Seite der Frage.

Der Versuch der herrschenden Klasse, die revolutionären Kräfte zu demoralisieren, die Problematik, daß reaktionäre Ansichten auch im revolutionären Kampf bei der Masse der Ausgebeuteten und Unter-

drückten nicht von selbst verschwinden, sich auch in Aktionsformen niederschlagen können, gehört zu der Gesamtproblematik dazu. Dieser zweite Aspekt ist möglicherweise schwieriger zu verstehen, wird oft genug benutzt, um die befreiende Rolle der Gewalt überhaupt zu diffamieren. Das darf die kommunistischen Kräfte jedoch nicht hindern, als Grundmerkmal einer revolutionären Bewegung ein selbstkritisches Überprüfen und Diskutieren bei der Anwendung revolutionärer Gewalt zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen.

Entscheidend ist, den Grundgedanken der revolutionären Gewalt zu propagieren, da eins unverrückbar ist: Ohne revolutionäre Gewalt, ohne bewaffnete Zerschlagung des alten Staatsapparats, getragen von den kommunistischen Zielen, ist kein geschichtlicher Fortschritt möglich. Das kapitalistisch-imperialistische System als Ganzes, jeder seiner Staatsapparate als Hauptquelle unterdrückerischer Gewalt, als Machtsystem des Zwangs und der Gehirnwäsche kann nicht reformiert werden. Appelle an die „Gewaltlosigkeit“ dienen der herrschenden Klasse, sind Appelle, sich Macht, Zwang und Gewalt der herrschenden Klasse nicht wirksam entgegenzustellen, sondern zu unterwerfen.

Ideologie zu beugen, letztlich das System von Ausbeutung und Unterdrückung zu restaurieren.

Das wurde am deutlichsten am Beispiel der sozialistischen Sowjetunion, die sich nach der Oktoberrevolution 1917 als Diktatur des Proletariats in Form des neu geschaffenen demokratisch-sozialistischen Sowjetstaats organisierte und über Jahrzehnte hinweg sehr erfolgreich nicht nur den Kapitalismus abschaffte, ausländische Interventionen zurückschlug, die Organisation der inneren Konterrevolution zerstörte und deren Reste niederhielt, dem Überfall der nazi-faschistischen Horden standhielt und besiegte, dann aber doch unter diesem gewaltigen Druck einerseits und durch die fehlende Entfaltung der selbstkritischen Klärung der Besonderheiten einer sozialistischen Demokratie in der Praxis andererseits in ihr Gegenteil umschlug. Die Folge war, daß nicht mehr die Mehrheit der ehemals Ausgebeuteten die Konterrevolutionäre unterdrückte, sondern eine neue privilegierte Schicht, eine neue herrschende Klasse entstand, die den ehemals sozialistischen Staatsapparat von innen her eroberte und in ein polizeistaatliches Instrument der Unterdrückung der arbeitenden Massen verwandelte und den Kapitalismus restaurierte.

Das entscheidende Kriterium für die zu entfaltende sozialistische Demokratie ist, ob in immer größerem Umfang die demokratisch organisierten Massen im sozialistischen Staat bewußt und selbstkritisch die notwendige Gewalt gegen die Konterrevolution kontrollieren und zunehmend selbst ausüben, so daß für alle sichtbar der Staatsapparat der Diktatur des Proletariats nicht losgelöst von der Masse der arbeitenden, vom Kapitalismus befreiten Menschen seine Funktion der gewaltsamen Unterdrückung ausübt.

☆☆☆

In diesem Sinne weist uns der Schlußsatz des „Manifests der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels von 1848 noch heute den Weg:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren, als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletariats aller Länder, vereinigt euch!“

(Marx/Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“, 1847-1848, Marx/Engels Werke Band 4, S. 493)

Rot Front

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretische Organ der SED in der DDR, Jg. 1980, Nr. 19, Januar 2006

Prüfsteine

Programatische Grundsatzklärung:
Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Programatische Dokumente (Thesen):

- I. Proletarischer Internationalismus und die proletarische Weltrevolution
- II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revisionismus!
- III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland
- IV. Der Kampf gegen den imperialistischen Revisionismus
- V. Die Notwendigkeit der kommunistischen Partei und prinzipieller Kampf aufzubauen

Gründungsorgan der am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt

200 Seiten, 7,50 Euro,
ISSN 1616-31. Erhältlich u.a. bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main

Die Frage revolutionärer Gewalt nach der proletarischen Revolution

Es ist aus der Geschichte aller siegreichen Revolutionen ersichtlich, daß die Frage, wie mit Macht, Gewalt und Zwang aus kommunistischer Sicht umgegangen werden muß, zugespitzt nach dem Sieg der Revolution aufgeworfen wird.

Die Geschichte hat bewiesen, daß die Revolutionäre an der Macht nach dem Aufbau eines neuen, revolutionären Staatsapparates zur gewaltsamen Enttöpfung des Kapitals, zur gewaltsamen Niederhaltung der inneren Reaktion und Konterrevolution und zur gewaltsamen Abwehr gegen die internationale Konterrevolution nicht davor geschützt sind, über Jahrzehnte hinweg doch der Macht der Gewohnheit zu erliegen, sich letztlich dem Druck der bürgerlichen

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u.a. erhältlich in:

Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; Berlin: M99, Manticulstr. 99; Bonn: Antiquariat, Breite Str. 52; Braunschweig: Antifaschistisches Cafe, Cyriaksring 55; Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; Hannover: Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; Karlsruhe: Der andere Buchladen, Marienstr. 15; Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43; Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

G8 und die militanten Kämpfe in Rostock im Juni 2007

- **Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“**
- **Das Geschwätz von der „Globalisierung“**
- **Warum die militanten Kämpfe in Rostock vom 2. Juni einiges zur Klärung beitragen**
- **Über die sogenannte „Gewaltfrage“**

44 Seiten, Preis 1,- €

Zu beziehen über:

Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main
Fax: 069 / 73 09 20, E-mail: Info@buchladengeorgidimitroff.org

Öffnungszeiten:

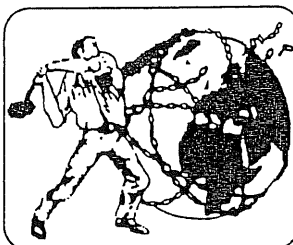
Jeden Donnerstag: 17.30–19.00 Uhr
Jeden ersten Samstag im Monat: 10.00–13.00 Uhr



Tod dem deutschen Imperialismus!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

9-10/07

September-Oktober 2007

90 Jahre Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland:

Der siegreiche bewaffnete Aufstand des Proletariats gegen die Bourgeoisie

Die sozialistische Oktoberrevolution, die am 24. Oktober 1917 in Rußland begann und in „zehn Tagen die Welt erschütterte“, wurde ohne Frage jahre-, ja jahrzehntelang vorbereitet. Die Oktoberrevolution hat gezeigt, daß ein siegreicher bewaffneter Aufstand in einem Land wie Rußland mit seinen 3 Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern und seinen 100 Millionen werktätigen Bäuerinnen und Bauern wirklich erfolgreich sein kann, auch wenn dieser Aufstand nur ein Schritt auf dem langen Weg der sozialistischen Revolution war. Deshalb ist es von großer Bedeutung, die konkreten Bedingungen, das dahinterstehende Programm, die Strategie und Taktik für diese „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ genau unter die Lupe zu nehmen.

In der Darstellung bürgerlicher Beobachter stürmten „bewaffnete Bolschewiken“ den Winterpalast. Wer jedoch genauer hinschaut, wird erkennen, daß dies nicht aus „heiterem Himmel“ geschah, sondern daß nicht nur eine Fülle von Vorbedingungen vorhanden waren, dass es eine mindestens 20jährige Vorbereitungszeit gab, nicht zuletzt die Erfahrungen der verlorenen Revolution von 1905 und die Februarrevolution von 1917 ausgewertet worden waren, sondern dass zu diesem Zeitpunkt auch ein ganz bestimmtes politisches Kräfteverhältnis gegeben war: Wie es zu diesem politischen Kräfteverhältnis kurz vor der Oktoberrevolution kam, ist nicht möglich zu verstehen, ohne zumindest die unmittelbare Vorgeschichte der Oktoberrevolution und die damalige Lage international und in Rußland kurz zu betrachten.

Vorbereitung des Oktoberaufstands I:

Von der Februarrevolution 1917 bis zum August 1917

Der imperialistische Erste Weltkrieg, der 1914 begann, war ein bis dahin in Ausmaß und Brutalität nicht dagewesenes imperialistisches Gemetzel, das von allen imperialistischen Großmächten verursacht worden war und in ganz Europa bis nach Rußland, in Teilen Asiens und Afrikas wütete mit insgesamt 10 Mio. toten Soldaten, 20 Mio. Verwundeten und 3,5

Mio. Invaliden. Allein aus Rußland wurden 1,7 Mio. Soldaten an der Front niedergemetzelt. In Rußland selbst herrschten als Folge des Krieges 1917 schon seit über drei Jahren Hunger, Epidemien und Krankheiten. Der Zarismus hatte ein brutales Unterdrückungs- und Hungeregime errichtet.

Dann kam die Februarrevolution. Im bewaffneten Kampf wurde der zaristische Staatsapparat – insbesondere Armee und Polizei – zwar nicht vollständig, aber in Teilen zerschlagen oder zum Teil lahmgelegt bzw. funktionsuntüchtig gemacht. So war die Polizei in Petrograd beispielsweise teils zerschlagen, teils aufgelöst worden, große Teile der Armee-Truppen waren demoralisiert und zerrütet, ja Teile der Soldaten gingen unter dem Einfluss der bewaffnet kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter im Verlauf der Februarrevolution auf die Seite der Aufständischen über. Gab es am 26. Februar gerade mal 600 Überläufer aus der zaristischen Armee, so waren es am 1. März schon 170.000 (Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Band I, S. 106). Der Zarismus wurde gestürzt, aber die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer blieben und führten den imperialistischen Krieg weiter.

Als Ergebnis der Februarrevolution entstanden Sowjets der Arbeiter- und Soldaten (die Soldaten waren in der Mehrheit Bauern). Große Massen der revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter waren bewaffnet und es bestanden umfangreiche Möglichkeiten, diese Bewaffnung weiter auszudehnen. Jedoch gelang es den bürgerlichen Parteien der Menschewi-

ki und Sozialrevolutionäre, in den Sowjets die Mehrheit gegen die Bolschewiki zu stellen. Gleichzeitig errichtete die konterrevolutionäre Bourgeoisie ihre eigene Regierung, die sogenannte „Provisorische Regierung“. So begann die Phase der sogenannten „Doppelherrschaft“. Diese war dadurch gekennzeichnet, daß es beides gleichzeitig und nebeneinander gab: die Sowjets der Arbeiter und Soldaten einerseits und die Diktatur der konterrevolutionären Bourgeoisie andererseits.

Die Bolschewistische Partei nahm ab April 1917 Kurs auf den Übergang zur proletarischen Revolution. Das Programm der proletarischen Revolution bestand im Kern aus folgenden Zielen: Sturz der Bourgeoisie, bewaffnete Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und Errichtung der Diktatur des Proletariats in Form von Sowjets, Enteignung der Banken und Großbetriebe, schrittweiser Aufbau des Sozialismus im ganzen Land. Außerdem mußten nicht gelöste demokratische Aufgaben der durch die Februarrevolution begonnenen bürgerlichen Revolution (wie etwa die Enteignung der Gutsbesitzer, die Nationalisierung des Grund und Bodens und die Beseitigung der nationalen Unterdrückung) vollendet werden. Schließlich war eine entscheidende demokratische Forderung die Beendigung des imperialistischen Krieges, insbesondere auch für die Gewinnung der Bündnispartner.

Im Mai 1917 gingen Menschewiki und Sozialrevolutionäre in das Lager der konterrevolutionären Bourgeoisie über, indem sie sich an der konterrevolutionären bürgerlichen Regierung beteiligten, die im Juni 1917 eine neue militärische Offensive im Rahmen des Ersten Weltkriegs startete. Diese Offensive scheiterte. Hunderttausende Soldaten Rußlands wurden niedergemetzelt. Dies verstärkte den Kampf für die Beendigung des imperialistischen Krieges.

Die Bolschewistische Partei kämpfte Seite an Seite mit den ausgebeuteten Massen gegen den imperialistischen Krieg, für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg sowie für den Sturz der „eigenen“ herrschenden Klassen. Die Bolschewiki trugen ihre Losungen in diese demokratischen Kämpfe, vereinigten sie zu einem einheitlichen revolutionären Kampf. Sie mobilisierten die Arbeiterklasse für den Kampf für die sozialistische Revolution, für sozialistische Ziele und machten klar, daß alle diese Ziele, demokratische oder sozialistische, nur durch den Sturz der Bourgeoisie im bewaffneten Aufstand zu erreichen sind. Sie organisierten Aktionen wie etwa die Juni-Demonstration mit 400.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Petrograd unter Losungen wie „Alle Macht den Sowjets!“, „Nieder mit dem Krieg!“ und „Nieder mit den kapitalistischen Ministern!“ und die Agitation und Propaganda unter den Arbeiterinnen und Arbeitern wurde weiter verstärkt.

Im Juli 1917 ließ die konterrevolutionäre bürgerliche Regierung, an der die menschewistisch-sozialrevolutionäre Führung beteiligt war, eine bewaffnete Demonstration der Arbeiterinnen und Arbeiter in Petrograd niederschießen. Sie verbot die „Prawda“ und andere bolschewistische Zeitungen und verhaftete Genossinnen und Genossen der Bolschewistischen Partei, die ebenfalls verboten wurde. Die „Doppelherrschaft“ war zu Ende.

Angesichts dieser Tatsachen beschloß der VI. Parteitag der Bolschewistischen Partei im Juli/August 1917, Kurs auf die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands zu nehmen. Anfang August 1917 wollte die Bourgeoisie – im Bündnis mit den Gutsbesitzern und

Beilage: „Die Tricks und Spekulationen der modernen Revisionisten mit einer angeblich möglichen ‚friedlichen Entwicklung‘ zum Sozialismus in Rußland 1917“ – Auszug aus „Rot Front“ Nr. 11/12/13/14 von 2001/2002 „Zur ‚Polemik‘. Die revisionistische Linie des 20. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)“

den englischen und französischen Imperialisten – zum großen Schlag gegen die bis dahin enorm angewachsenen revolutionären Kräfte ausholen. Eine offene konterrevolutionäre Militärdiktatur sollte die im ganzen Land entstandenen Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten liquidieren und die Bolschewistische Partei vernichten. Der General Kornilow bekam den Auftrag, mit seinen Truppen gegen Petrograd zu marschieren. Jedoch wurde der sogenannte „Kornilow-Putsch“ durch den Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen unter Führung der Bolschewiki niedergeschlagen. Das ZK der Bolschewistischen Partei rief die Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die Soldaten zum bewaffneten Kampf gegen den „Kornilow-Putsch“ auf. Die Niederlage der Kornilow-Konterrevolution führte zu einer weiteren Verstärkung der revolutionären Kräfte. Das Vertrauen in die Bolschewiki wuchs, während das Ansehen der „Provisorischen Regierung“ durch den consequenten Kampf und die geschickte Taktik der Bolschewiki sank.

Vorbereitung des Oktoberaufstands II:

Die direkte Vorbereitung des bewaffneten Aufstands im ganzen Land (Sept. 1917 – Okt. 1917)

a) Lenin zu den Bedingungen für einen erfolgreichen bewaffneten Aufstand des Proletariats

Im September 1917 ging Lenin davon aus, daß der bewaffnete Aufstand auf der Tagesordnung stand und siegen konnte. Aus der Illegalität in Finnland schrieb er zwischen dem 12. und 14. September 1917 richtungsweisende Briefe an das ZK der Bolschewistischen Partei in Petrograd. Er erklärte in seinem Brief „Marxismus und Aufstand“ u. a., unter welchen Bedingungen ein bewaffneter Aufstand des Proletariats erfolgreich sein kann:

- **Erstens:** Um erfolgreich zu sein, darf sich der Aufstand nicht auf eine Verschwörung, nicht nur auf eine Partei, sondern muß sich auf die große Mehrheit der Arbeiterklasse stützen.
- **Zweitens:** Der Aufstand muß sich auf den revolutionären Aufschwung der Ausgebeuteten in Stadt und Land stützen.
- **Drittens:** Der Aufstand muß sich auf einen solchen Wendepunkt in der Geschichte der anwachsenden Revolution stützen, wo die Aktivität der vordersten Reihen der Ausgebeuteten am größten, wo die Schwankungen in den Reihen der Feinde und in den Reihen der schwachen, hal-

ben, unentschlossenen Freunde der Revolution am stärksten sind.

Lenin betont bewußt „**erfolgreich sein kann**“. Denn der siegreiche Ausgang des bewaffneten Aufstands war keine 100% sichere Sache. Erstens, weil ja die „Prüfung“ der eigenen und feindlichen Kräfte mit Hilfe von Gradmessern durchgeführt werden mußte, die eben nicht 100% genau sein konnten. Eine Fehleinschätzung der eigenen sowie der feindlichen Kräfte war also nicht völlig auszuschließen. Zweitens konnte erst die konkrete Praxis des bewaffneten Aufstands selbst wirklich exakt zeigen, welche Kräfte der Revolution wie fest auf der Seite der Bolschewiki kämpfen würden, welche Kräfte der Konterrevolution schwankten und überliefen, ob das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution ausreichen würde für den Sieg des bewaffneten Aufstands.

b) Die Kräfte der Revolution und die Kräfte der Konterrevolution im Oktober 1917

Die Bolschewistische Partei ging davon aus, daß im Oktober 1917 zwar die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter für sozialistische Ziele gewonnen war. Aber die Mehrheit der ausgebeuteten und werktätigen Bauern hatte zunächst demokratische, nicht sozialistische Ziele.

Die Mehrheit der ausgebeuteten und werktätigen Bauern kämpfte faktisch unter Führung der Bolschewistischen Partei für Brot, Frieden und Land. Doch dafür mußte die Bourgeoisie gestürzt werden. Diese Ziele, davon hatte sich die Mehrheit der werktätigen und ausgebeuteten Bauern anhand ihrer eigenen Erfahrungen von Februar 1917 bis Oktober 1917 überzeugt, waren nicht unter der Diktatur der Bourgeoisie mit ihrer „Provisorischen Regierung“ zu erreichen.

Die Mehrheit der Arbeiterklasse kämpfte auch für diese demokratischen Ziele, aber vor allem für sozialistische und kommunistische Ziele. Sie kämpfte für die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und die Errichtung der Diktatur des Proletariats als Instrument zur Niederhaltung der gestürzten Ausbeuterklassen als Voraussetzung, um überhaupt sozialistische und kommunistische Ziele wie die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Abschaffung aller Formen der Unterdrückung durchsetzen zu können.

Ein Gradmesser für den Stand der revolutionären Kräfte war die **Zusammensetzung der Sowjets** der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Die Mitglieder dieser Sowjets waren die gewählten Vertreter der Arbeiterklasse aller wichtigen Bezirke und Gebiete sowie aller wichtigen Truppenteile der Armee. Die Bolschewiki erkämpften sich gegen die bürgerlichen Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre bis zum September 1917 die Mehrheit in den Arbeiter- und Soldaten-Sowjets von Petrograd und Moskau, d.h. in den Industriezentren Rußlands, in denen fast das gesamte Proletariat Rußlands konzentriert war.

Bis Mitte Oktober fanden Gebietskongresse der Sowjets statt, die fast das gesamte Land umfaßten. Auf diesen Kongressen waren die Sowjets Finnlands, Estlands, des Wolgagebiets, des Urals, Sibiriens und des Fernen Ostens, der Ukraine und Mit-

telasiens vertreten. Auf fast allen dieser Kongressen wurden Resolutionen der Bolschewistischen Partei angenommen. Diese Kongresse standen im Zeichen des Kampfs zum Sturz der konterrevolutionären bürgerlichen Regierung. (Band II, S. 58)

Ein entscheidender Gradmesser für die Einschätzung der Kräfte der Revolution und Konterrevolution waren die **sich entwickelnden Kämpfe auf dem Land**, in den national unterdrückten Gebieten und innerhalb der Armee der reaktionären „Provisorischen Regierung“.

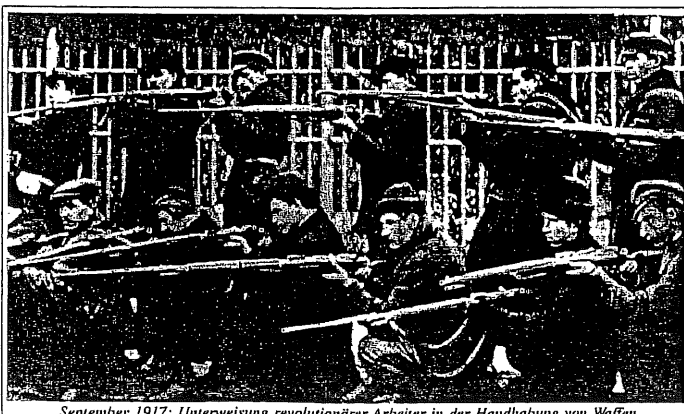
■ **Auf dem Land** gingen die werktätigen und ausgebeuteten Bauern von Methoden wie etwa der Verweigerung der Pachtzahlung über zur Aneignung der Gutsbesitzerländereien. Die örtlichen Sowjets der Bauerndeputierten machten sich immer mehr vom Einfluß der Sozialrevolutionäre frei. Sie legten in ihren Beschlüssen fest, daß der gesamte Boden und das gesamte Inventar der Gutsbesitzer an die Bauern übergehen sollte. Die werktätigen und ausgebeuteten Bauern nahmen Klöster- und Kirchenländereien in Besitz. Die Bauernbewegung schlug in einen Bauernaufstand um, der die Gutsbesitzer von ihren Ländereien vertrieb. Das enteignete Land wurde dann selbst von den Bauern bewirtschaftet.

■ Auch die **unterdrückten Völker Rußlands** erhoben sich zum Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie. Besonders anschaulich trat dies in Mittelasien in Erscheinung. Im September flammte eine spontane Massenaktion der Arbeiter in Taschkent auf. Zwei Wochen lang gehörte die Macht in der Stadt dem Sowjet. Die konterrevolutionäre „Provisorische Regierung“ sandte nach Taschkent eine „Strafexpedition“, die die Bewegung der werktätigen Bevölkerung grausam niederschlug. In Lettland befanden sich die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten in der Hand der Bolschewiki. In Estland hatten die Bolschewiki auf dem Sowjetkongreß im Oktober die Mehrheit. In Finnland wurden auf dem Anfang September einberufenen Gebietskongreß der Sowjets die bolschewistischen Resolutionen angenommen.

■ Die genaue Einschätzung der Lage **innerhalb der Armee** der reaktionären „Provisorischen Regierung“ war von großer Bedeutung dafür, zu welchem Zeitpunkt der bewaffnete Aufstand begonnen werden mußte, um siegreich sein zu können. Denn die Armee war das entscheidende bewaffnete Instrument der konterrevolutionären Bourgeoisie.

Die Bolschewistische Partei hatte einen jahrelangen Kampf zur Zerrüttung und Zersetzung der Armee sowie zur Gewinnung möglichst großer Teile von Soldaten für die Revolution geführt. Klar war dabei, daß die konterrevolutionären Spezialtruppen der Bourgeoisie nicht gewonnen werden konnten. Diese mußten im bewaffneten Kampf zerschlagen werden. Zu Beginn des „Kornilow-Putsches“ gab es bereits 33 Bataillone solcher Spezialtruppen (Band I, S. 438), Ende Oktober 1917 bereits 40 und eine Artillerieabteilung mit insgesamt mehr als 50.000 ausgezeichnet bewaffneten und verpflegten Kräften. (Band I, S. 441) Dazu kamen noch ca. 50.000 Offizierschüler und Fähnrichschüler (Band I, S. 448) sowie sogenannte „Kosaken-Einheiten“, deren Zahl allerdings unklar ist.

Die zaristische Armee hatte aus rund 10 Mio. Soldaten, davon 5 Mio. im Hinterland, bestanden, die aber nur zum Teil unter Waffen standen.



September 1917: Unterweisung revolutionärer Arbeiter in der Handhabung von Waffen

Der bewaffnete Aufstand in Moskau

Neben der Hauptstadt Petrograd, dem politischen Zentrum, war Moskau das zweite große industrielle und städtische Zentrum Rußlands. In Moskau hatten die Bolschewiki klar die Mehrheit im Sowjet. Das kampferprobte Moskauer Proletariat verfügte über die Erfahrung des bewaffneten Aufstands von 1905. In Moskau waren aber auch die Kräfte der Konterrevolution stark mit einem starken Offizierskorps und zahlreichen gut ausgebildeten Offiziersschüler-Einheiten. Nach ihrer Niederlage in Petrograd in der Nacht vom 25. zum 26. Oktober wollte die Konterrevolution Moskau um jeden Preis halten. Der wechselvolle, besonders erbitterte und zähe Charakter der sechs Tage andauernden bewaffneten Straßenkämpfe in Moskau hing aber auch mit ersten Fehlern im Moskauer Führungsstab des Aufstands zusammen. Diese Fehler waren vor allem eine Folge davon, daß „die Hauptregeln der Kunst des Aufstandes“, an die Lenin in seinen Briefen erinnert hatte, von den führenden Kampforganen bei der Organisation des Aufstandes und bei der Führung des bewaffneten Kampfes verletzt wurden. In Petrograd war die Defensive („Verteidigt Petrograd bewaffnet gegen die Auslieferung an die Deutschen!“) gleichzeitig ein Mittel für die Organisation und Einleitung der eigenen Offensive, um schwankende Kräfte zu neutralisieren oder teilweise sogar auf die eigene Seite zu ziehen. In Moskau hingegen gerieten die Aufständischen in einem bedrohlichen Maß zunächst lediglich in die Defensive und konnten die Offensive erst später beginnen.

Die Moskauer Bolschewiki erfuhren erst am 25. Oktober vom Beginn des bewaffneten Aufstands in Petrograd, da während des ganzen 24. Oktober die Telefonverbindung zwischen Moskau und Petrograd unterbrochen war. Sie hatten kurz zuvor ein militärisches Kampfbüro der Bolschewistischen Partei in Moskau gebildet. Außerdem hatten sie die Schaffung eines Kampfbüros beim Sowjet beschlossen, das es bisher in Moskau noch nicht gab. In der Sitzung des Sowjets wurde am 25. Oktober das Revolutionäre Militärkomitee gewählt. Jedoch war die Position der Bolschewiki keineswegs so stabil wie in Petrograd.

Gleichzeitig holte die Konterrevolution zum Schlag aus. Die Offiziersschülerkompanien zogen voll bewaffnet durch die Straßen. Von allen Enden der Stadt riefen beim Revolutionären Militärkomitee die Bezirke an, forderten Instruktionen, fragten an, ob Truppen gebraucht würden und wohin man sie schicken solle. Aber die Antworten waren unbestimmt. Es war zu spüren, daß das Revolutionäre Militärkomitee keinen wirklich konkreten operativen Plan für den Aufstand hatte und nicht die notwendige Entschlossenheit an den Tag legte. Am meisten beunruhigte die Arbeiterinnen und Arbeiter die Frage der Waffenbeschaffung. Ein schwerer Fehler war es, daß der Kreml, eine der wichtigsten Festungen Moskaus und ein großes Waffenlager, nicht restlos durch revolutionäre Truppen besetzt und von allen konterrevolutionären Truppen gesäubert wurde. Die Truppen des Revolutionären Militärkomitees blieben so zunächst ohne Waffen. Die Bezirke erhielten nicht ein einziges Gewehr aus dem Kreml-Arsenal.

In der Nacht vom 25. zum 26. Oktober hatte das militärische Zentrum der Bolschewiki das Revolutionäre Militärkomitee des Moskauer Sowjets zwar angewiesen, revolutionäre bewaffnete Kräfte im Kreml zusammenzuziehen. Die Führer des Revolutionären Militärkomitees befolgten jedoch diese Direktive nicht, sondern begannen Verhandlungen mit dem konterrevolutionären Stab. Auf der außerordentlichen Sitzung des Moskauer Komitees der Bolschewiki wurde zwar am Abend des 26. Oktober die Einstellung aller Verhandlungen beschlossen, die dann auch umgehend eingestellt wurden. Den Konterrevolutionären war es jedoch gelungen, unter dem Schein von Zugeständnissen Zeit zu gewinnen und zur Offensive überzugehen. Am 27. Oktober besetzten Offiziersschüler alle Brücken über die Moskwa. Sie bekamen strategisch äußerst bedeutende Punkte und Teile des Stadtzentrums in ihre Hand. Um 7 Uhr abends forderte der Befehlshaber der konterrevolutionären Truppen, Rjabzew, in einem Ultimatum an das Revolutionäre Militärkomitee dessen Auflösung.

Wieder wurde verhandelt, ergebnislos. Am 27. Oktober begannen auf den Straßen die bewaffneten Zusammenstöße.

In der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober wurde in einer gemeinsamen Beratung der Mitglieder des Revolutionären Militärkomitees und des Parteizentrums beschlossen, das Moskauer Proletariat zum Generalstreik aufzurufen und alle Kräfte zu sammeln, um die konterrevolutionären Truppen zu zerschlagen. Praktisch alle Moskauer Fabriken standen still.

Die Weißen, wie die Konterrevolutionäre genannt wurden, konzentrierten vor dem Kreml ihre Truppen. Mit List und unter Ausnutzung der Schwäche der Führung der revolutionären Soldaten im Kreml bekam die Konterrevolution am 28. Oktober den Kreml mitsamt seinem riesigen Waffenarsenal kampfflos in die Hand. Nach der Einnahme des Kreml umzingelten die konterrevolutionären Offiziersschüler die bolschewistisch orientierte Kreml-Garnison und beschossen die unbewaffneten Soldaten aus Maschinengewehren. Das Gemetzel dauerte etwa 15 Minuten.

Das von den Offiziersschülern unter der Kremlgarnison angerichtete Blutbad rief die Empörung der Moskauer Arbeiterinnen und Arbeiter und Soldaten hervor. „Zu den Waffen!“ wurde der Ruf, der durch die Massen ging. Das Moskauer Komitee der Bolschewiki rief die Arbeiterinnen und Arbeiter zur bewaffneten Niederwerfung der Konterrevolution und zur sofortigen Errichtung der Sowjetmacht auf.

Basis des proletarischen Aufstands waren die Bezirke, besonders die Bezirke mit großen Fabriken und Werken:

- Von besonderer Bedeutung war der Bezirk Samoskowskaja, weil dort viele Fabriken konzentriert waren. Dort hatte ab 29. Oktober das Kampfbüro der Bolschewiki seinen Sitz.
- In den Waggonwerkstätten des Bezirks Sokolniki war ein eigenes Revolutionäres Militärkomitee organisiert worden. Es übernahm die Aufgabe, neue Abteilungen von Rotgardisten aufzustellen und zu verpflegen als eine Art Reserve-Regiment der Oktoberrevolution in Moskau. Durch dieses Regiment gingen in drei bis vier Tagen etwa 3.000 Arbeiter-Rotgardisten. Sie erhielten eine militärische Kurzausbildung: Bekanntmachen mit dem Gewehr und Schießen auf einem Schießstand, den man in den Werkstätten selber gebaut hatte.
- Im Simonow-Vorort bemächtigten sich die Arbeiter der „AMO“-Fabrik, des „Dynamo“-Werks und anderer Betriebe des Arsenalen und bewaffneten sich. Ihre Rote-Garde-Abteilungen schlugen sich zum Sowjet durch und nahmen aktivsten Anteil am Angriff gegen die Offiziersschüler.
- Im Lefortow- und im Basmanj-Bezirk bemächtigten sich die Arbeiter der Artillerie und zwangen die Offiziersschüler der Alexejew-Militärschule nach zweitägigem Beschuß zur Kapitulation.
- Im Chamowniki-Bezirk schlugen die Rotgardisten die Offiziersschüler aus dem Proviantlager heraus und besetzten die Krimbrücke und den Brjansk (Kiewer) Bahnhof.
- Im Bezirk Krassnaja Pressnja säuberten die Arbeiterinnen und Arbeiter den Stadtteil von den Offiziersschülern.

Von den Bezirken aus wurden nunmehr die Positionen der Konterrevolution immer mehr eingekreist und unter Beschuß genommen. Im Stadtzentrum selbst begannen Rotgardisten und revolutionäre Soldaten den Angriff auf das Postamt, das Telegrafnamt und die Telefonzentrale. Den Moskauer Arbeiterinnen und Arbeitern kamen Rotarmistenabteilungen aus den umliegenden Städten zu Hilfe. Aus Dörfern des Moskauer Gouvernements zogen Abteilungen von armen Bauern mit Schrotflinten und Äxten nach Moskau. Arbeiter der Waggonreparaturwerkstätten übernahmen ihre Organisation und Bewaffnung. Nach Moskau eilten Matrosen aus Kronstadt, Weber aus Iwanowo. Aus Tula kamen in Lastkraftwagen Arbeiter mit Maschinengewehren. Aus

Petrograd wurde eine Kampf Abteilung von Rotgardisten und revolutionären Matrosen entsandt, an deren Spitze ein Mitglied der Militärorganisation beim ZK der Bolschewistischen Partei stand.

Die Konterrevolutionäre gerieten nun endlich zunehmend in die Defensive. Ihnen war es nicht gelungen, in nennenswertem Umfang Unterstützung nach Moskau heranzuführen. Als der konterrevolutionäre General Duchonin der Konterrevolution in Moskau Unterstützung versprach, hatte er nicht berücksichtigt, daß in einer Reihe der wichtigsten Orte an den Marschrouten der Truppen die Macht schon in die Hände der Bolschewiki übergegangen war. Am 28. Oktober waren u. a. die Städte Kasan, Zarizyn, Minsk und Nowgorod bereits in den Händen der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Am 31. Oktober erschien im Moskauer Revolutionären Militärkomitee eine Delegation des Sowjets der Bauerndeputierten mit der Erklärung, daß sie sich keineswegs für den militärischen Kampf der Konterrevolution gegen die Sowjetmacht hergeben.

Am selben Tag gelang es in Moskau den Rotgardisten, das Postamt, das Haupttelegrafnamt und die Bahnhöfe einzunehmen. Am 1. November eröffneten sie das Artilleriefeuer auf den Kreml. Am 2. November, um 21 Uhr, wurden die Weißen nach sechstägigem erbittertem Kampf zerschlagen und kapitulierten. Der proletarische Aufstand in Moskau hatte gesiegt.

Gewisse Schwächen des Revolutionären Militärkomitees im Kampf gegen die Konterrevolution zeigten sich auch noch nach dem Sieg des bewaffneten Oktoberaufstands in Moskau. Die Massen der revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter und die Kommunistinnen und Kommunisten in den Bezirken waren empört über die Vereinbarung des Revolutionären Militärkomitees, daß die konterrevolutionären Offiziere und Offiziersschüler für ihre Verbrechen nicht bestraft und verhaftet wurden, daß alle gefangenen Weißgardisten und Offiziersschüler frei gelassen wurden. Am 3. November forderten die im Revolutionären Militärkomitee versammelten Vertreter der Bezirkskomitees die Annullierung des Abkommens. Sie forderten die Verhaftung der Offiziersschüler und Weißgardisten und die Erschießung der Rädelführer der Konterrevolution. Die Hauptmasse der Offiziere und Offiziersschüler, die in Moskau gegen die Arbeiter und Soldaten gekämpft hatten und auf Grund der schädlichen Vereinbarung frei gelassen worden waren, füllte die Reihen der Konterrevolution, die in den nächsten Monaten und Jahren gegen die Sowjetmacht kämpfte.

☆☆☆

Der Oktoberaufstand in Moskau war ein proletarischer Massenaufstand. Die revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter Moskaus stellten aus ihrer Mitte die besten bewaffneten Kämpfer, mobilisierten die revolutionären Soldatenmassen und rissen diese im Kampf mit. Sie besorgten Waffen und alles, was für den Sieg notwendig war. Die Betriebe und Werke waren die feste Basis dieses Aufstandes.

In Moskau wurde nach sechs Tagen schwerster Kämpfe der Sieg errungen. Aus den Erfahrungen der völlig unangebrachten Großmütigkeit gegenüber den Kräften der Konterrevolution, die es zunächst nicht nur in Moskau gab, zogen die sowjetischen revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter unter Führung ihrer bolschewistischen Partei sehr rasch die nötigen Lehren, indem sie die Konterrevolution mit entschiedener Konsequenz diktatorisch unterdrückten und liquidierten. Die an den Lehren des Dezemberaufstandes vom Jahr 1905 geschulten Moskauer Arbeiterinnen und Arbeiter wußten, daß nur der blutige, rücksichtslose Kampf, nur die energische Offensive den Sieg gewährleistet. Die Bezirkszentren ihrerseits bestanden darauf, daß die zentralen führenden Aufstandsorgane in Moskau zur Offensivtaktik übergingen. Diese Entschlossenheit in den Bezirken trug wiederum entscheidend dazu bei, daß einige begangene Fehler korrigiert und der Sieg errungen wurde.

1,5 dieser 10 Mio. waren Reservetruppen in den Städten, die in der Regel auch bewaffnet waren. Insgesamt waren an allen Fronten – von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und dem Kauka-

sus – ca. 2 Millionen Soldaten konzentriert. (Band I, S. 391/461)

Durch den Kampf der Bolschewiki in der Armee verloren große Teile der Soldaten, die in ih-

rer großen Mehrheit Bauern waren, weiter an Vertrauen zu den Parteien der konterrevolutionären Bourgeoisie. Sie kämpften in immer größerer Zahl gegen die Fortführung des imperialistischen

Kriegs. In den Sitzungen des ZK der Bolschewistischen Partei wurden regelmäßig Fragen der Arbeit unter den Soldaten erörtert, die Stimmungen der Soldaten untersucht, die Kräfte der Revolution und Konterrevolution in der Armee abgeschätzt. Die Militärorganisation der Bolschewiki festigte die engen Verbindungen mit den Soldatenmassen. Sie versorgte die Truppenteile an der Front und im Hinterland mit Literatur, entsandte Instrukteure und Agitatoren, veranstaltete Konferenzen.

Wie groß der Einfluß der Bolschewiki in der Armee vor dem Oktoberaufstand war, wurde sichtbar, als nahezu die gesamte Baltische Flotte und die in Finnland stationierten Truppen auf die Seite der Revolution übergingen. Vom 27. bis 29. September tagte in der Stadt Neswisch die erste Konferenz der Bolschewiki der 2. Armee der Westfront. 137 Delegierte waren anwesend, die 5.124 organisierte Parteimitglieder und etwa 12.000 Sympathisierende vertraten. (Band I, S. 411)

Lenin analysierte kurz nach dem Sieg des Oktoberaufstands, daß die reaktionäre russische Armee gegen den Oktoberaufstand in Petrograd und Moskau keinen wirklich starken Widerstand leisten konnte, weil die Bolschewiki an der in der Nähe von Moskau und Petrograd liegenden Nord- und Westfront ein großes Übergewicht in der Armee hatten. Von den übrigen von den beiden Aufstandszentren entfernten Fronten wie etwa die rumänische oder kaukasische Front drohte zunächst kurzfristig keine Gefahr. Erst nach dem Oktoberaufstand in Petrograd wurden diese Truppenteile zerschlagen. Lenin ging davon aus, daß die Bolschewiki im Oktober/November 1917 schon die Hälfte der bewaffneten Teile der Armee auf ihre Seite gezogen hatte, ja in Moskau und Petrograd selbst stand die übergroße Mehrheit der Soldaten der Reservetruppen auf Seiten der Aufständischen. (Siehe Lenin, „Die Wahlen und die Diktatur des Proletariats“, Dezember 1919, Werke Band 30, S. 251)

■ Auch die Widersprüche im Lager der Konterrevolution waren groß, international sowie auch innerhalb Rußlands. Die Kräfte des Weltimperialismus gingen aufgrund des andauernden imperialistischen Weltkriegs noch nicht einheitlich gegen die Oktoberrevolution vor, sondern schwankten in dieser Frage und konnten noch keine bedrohlichen militärischen Kräfte gegen die Oktoberrevolution konzentrieren, weil ihre Widersprüche untereinander noch zu stark waren.

■ In Rußland selbst gab es keinen einheitlichen Block der bürgerlichen Kräfte. Auch bei den Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, deren eigentliche Aufgabe es war, die Ausgebeuteten an die Bourgeoisie und die Fortsetzung des imperialistischen Kriegs zu binden, herrschten Zerfahrenheit und Auflösungserscheinungen vor. Daher konnten sie ihre Aufgaben immer weniger erfolgreich durchführen. Beide Parteien verloren immer mehr an Einfluß bei der Masse der Ausgebeuteten, insbesondere weil sie sich weigerten, das Land der Gutsbesitzer zu enteignen und den imperialistischen Krieg zu beenden.

c) Lenins Richtlinien und Leitsätze für die Durchführung des bewaffneten Aufstands

Lenin erläuterte in einem weiteren Brief an das ZK der Bolschewistischen Partei Richtlinien und Leitsätze für die Durchführung des bewaffneten Aufstands.

Bei der Ausarbeitung berücksichtigte er die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, die Marx und Engels bis zu ihrem Tod ausgewertet hatten. Lenin faßte die Aussagen von Marx und Engels zusammen, brachte sie in ein System von Richtlinien und Leitsätzen und berücksichtigte auch die Erfahrungen Rußlands, insbesondere der Revolution von 1905. Auf dieser Basis erarbeitete er in seinem Brief „Ratschläge eines Außenstehenden“ vom 8. Oktober 1917 fünf Hauptregeln der Kunst des bewaffneten Aufstands:

„1. **Nie mit dem Aufstand spielen, hat man ihn aber einmal begonnen, so muß man genau wissen, daß man bis zu Ende gehen muß.**

2. **Am entscheidenden Ort und im entscheidenden Augenblick muß ein großes Übergewicht an Kräften konzentriert werden, denn sonst wird der Feind, der besser ausgebildet und organisiert ist, die Aufständischen vernichten.**

3. **Sobald der Aufstand begonnen hat, gilt es, mit der größten Entschiedenheit zu handeln und unter allen Umständen und unbedingt die Offensive zu ergreifen. Die Defensive ist der Tod der bewaffneten Erhebung.**

4. **Man muß bestrebt sein, den Feind zu überraschen und den Augenblick abzapfen, wo seine Truppen zerstreut sind.**

5. **Es gilt, täglich (handelt es sich um eine Stadt, so können wir sagen stündlich) wenn auch kleine Erfolge zu erreichen und dadurch um jeden Preis das ‚moralische Übergewicht‘ festzuhalten.“**

(Lenin, „Ratschläge eines Außenstehenden“, Oktober 1917, Werke Band 26, S. 167)

Lenin konnte seine Genossinnen und Genossen davon überzeugen, daß nun die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands auf der Grundlage dieser Leitsätze und Richtlinien die Tagesaufgabe der Partei war. Die ganze Arbeit zur Vorbereitung des Aufstands verlief in strengster Illegalität.

d) Der konkrete Plan für die Durchführung des bewaffneten Aufstands

Im Oktober 1917 waren also die subjektiven und objektiven Bedingungen reif, um den Zeitpunkt für den bewaffneten Aufstand festzulegen. Die gesamte Parteipolitik mußte auf die direkte Organisation des bewaffneten Aufstands umgestellt werden. Das ZK der Bolschewistischen Partei nahm am 10. Oktober eine von Lenin eingebrachte Resolution an. Diese beschloß, den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung zu setzen. Als Begründung wird u. a. genannt: die internationale Lage der russischen Revolution (Aufschwung der Revolution in Deutschland und anderen Ländern, Möglichkeit der Erleichterung des Sieges der Revolution durch die Zuspitzung der zwischenimperialistischen Widersprüche aufgrund des Weltkriegs, aber auch schon herannahende Bedrohung der Revolution in Rußland mit Intervention durch den Weltimperialismus) und die bedrohliche militärische Lage an der Front (die konterrevolutionäre Bourgeoisie wollte Petrograd dem deutschen Imperialismus ausliefern). Danach heißt es:

„Das Zentralkomitee stellt somit fest, daß der bewaffnete Aufstand unumgänglich und völlig herangereift ist, und fordert alle Parteiorganisationen auf, sich hiervon leiten zu lassen und von diesem Gesichtspunkt aus alle praktischen Fragen zu behandeln und zu entscheiden (...).“

(Band II, S. 44)

Daraufhin begann die Umsetzung der Resolution des ZK im ganzen Land. Es war wiederum Lenin, der den konkreten Plan für die Leitung und Durchführung des bewaffneten Aufstands ausarbeitete. Das ZK der Bolschewistischen Partei stützte sich bei der Leitung des Aufstands in erster Linie auf die Parteigenossinnen und -genossen. Landesweit hatten die Bolschewiki im Oktober 1917 400.000 Mitglieder, davon in Petrograd 50.000 und im Moskauer Gebiet 70.000 (Band II, S. 61). Der Plan sah im wesentlichen folgendermaßen aus:

■ Der Hauptschlag sollte in den beiden politischen Zentren Rußlands geführt werden, in Petrograd und Moskau. Lenin erarbeitete sehr genau den konkreten Plan des Aufstandes in Petrograd:

„Um uns aber zum Aufstand marxistisch, d. h. wie zu einer Kunst zu verhalten, müssen wir gleichzeitig, ohne eine Minute zu verlieren, einen Stab der aufständischen Abteilungen organisieren, die Kräfte verteilen, die ergebenen Regimenter an den wichtigsten Punkten einsetzen, (...) die Peter-Paul-Festung besetzen, den Generalstab und die Regierung verhaften, gegen die Offizierschüler und gegen die Wilde Division (Elitetruppen der Bourgeoisie, A. d. V) solche Truppen schicken, die eher zu sterben bereit sind, als den Feind in die Zentren der Stadt vordringen zu lassen; wir müssen die bewaffneten Arbeiter mobilisieren, sie zum letzten, verzweifelten Kampfaufbruch; wir müssen sofort das Telegraphen- und Telephonamt besetzen, unseren Aufstandsstab beim Zentralen Telephonamt unterbringen, mit ihm alle Fabriken, alle Regimenter, alle Punkte des bewaffneten Kampfes usw. telephonisch verbinden.“

(Zitiert nach: Band II, S. 25/26)

■ Die Mobilisierung aller Kräfte in den anderen großen Städten und im ganzen Land sollte vor allem durch die Mitglieder des ZK der Bolschewistischen Partei und durch die regionalen Parteiorganisationen erfolgen. Um die Verbindung mit den Lokalorganisationen zu festigen und den Parteiorganisationen konkret zu helfen, schickte das ZK seine Mitglieder in die verschiedenen Gebiete, um den regionalen Organisationen die Direktiven der Partei zu erläutern und sie über den allgemeinen Plan des Aufstandes zu informieren. Sie sammelten gleichzeitig Informationen über die militärtechnische Vorbereitung der einzelnen Orte, um abschätzen zu können, ob und in welchem Umfang man auf die betreffende Organisation rechnen könne. (Band II, S. 206)

■ Jedes Gebiet und jede Stadt erhielt besondere Aufgaben im bewaffneten Aufstand. Die Stadt Ufa bekam beispielsweise die Aufgabe, nach dem Oktoberaufstand Getreidezüge nach Petrograd zu schaffen, damit die Konterrevolution die Revolution nicht durch Hunger erdrosseln konnte. (Band II, S. 207)

■ Besondere Aufmerksamkeit wurde der Organisation der bewaffneten Kampfkräfte des Aufstandes – der Roten Garde – gewidmet. Den Roten Garden wurden Organisatoren zugeordnet. Mittel und Waffen wurden bereitgestellt. An den einzelnen Orten und an der Front bei den Sowjets wurden Revolutionäre Militärkomitees gebildet. Zu deren Aufgabe gehörte es, den Aufstand praktisch durchzuführen. Die Parteiorganisationen schickten ihre besten Kräfte in die Komitees und stärkten die Exekutivkomitees der Sowjets.

Westeuropäisch-chauvinistische Hetze gegen die Oktoberrevolution

„Rußland war nicht reif für den Sozialismus!“ Unter diesem Motto betrieben die deutschen Revisionisten, die im Ersten Weltkrieg die „eigenen“ deutschen Imperialisten unterstützten, 1917 und in den Jahren danach eine widerliche **westeuropäisch-chauvinistische Hetze** gegen die Oktoberrevolution. Besonders übel tat sich dabei Karl Kautsky hervor. Dieser theoretisch führende Kopf der deutschen Sozialdemokratie und „Cheftheoretiker der II. Internationale“ behauptete 1918, daß der Kapitalismus nur dort durch den Sozialismus abgelöst werden könne, „wo das Proletariat eine Schulung in genossenschaftlicher, gewerkschaftlicher, städtischer Selbstverwaltung und in Anteilnahme an staatlicher Gesetzgebung und Regierungskontrolle durchgemacht hat und zahlreiche Intellektuelle bereit sind, der sozialistischen Produktion ihre Dienste zu leihen“ (Kautsky, „Die Diktatur des Proletariats“, 1918, S. 41.). Dies aber sei im „rückständigen“ Rußland nicht der Fall gewesen: „In einem Lande, das ökonomisch noch so wenig entwickelt ist, daß das Proletariat nur eine Minderheit bildet, ist diese Reife des Proletariats nicht zu erwarten. (...) Nur dann hätte seine jetzige Revolution sozialistischen Charakter annehmen können, wenn sie mit einer westeuropäischen sozialistischen Revolution zusammenfiel.“ (Ebenda, S. 41 und S. 43)

Das war eine raffinierte, ja sich besonders revolutionär gebende Argumentation, die Punkt für Punkt von Lenin und den Bolschewiki entlarvt werden mußte:

Erstens wird die politische „Reife“ des Proletariats nicht durch die von Kautsky beschriebene reformistische „Schulung“ erreicht, sondern wesentlich durch die Schule des revolutionären Klassenkampfes. Nirgends auf der Welt aber gab es ein Proletariat, das **politisch** so „reif“, so gut geschult war wie in Rußland. Es besaß die Erfahrung dreier Revolutionen (1905, Februar 1917, Oktober 1917) und war insbesondere durch seine revolutionäre Partei, die bolschewistische Partei, konsequent revolutionär erzogen und organisiert worden. Obwohl zahlenmäßig klein, erwies sich das Proletariat in Rußland politisch als fähig, seine Führung in der Revolution zu erkämpfen und auszudehnen. Insbesondere gelang es ihm auch, auf dem Land die Masse der Ausgebeuteten und Werktätigen hinter sich zu bringen und Schritt für Schritt in Richtung seiner kommunistischen Zielsetzungen voranzuführen.

Zweitens. Rußland war, was den Entwicklungsgrad des Kapitalismus angeht, **ökonomisch** tatsächlich nicht so entwickelt wie etwa Deutschland oder England. Das Proletariat war, obwohl in einigen Zentren und großen Betrieben stark konzentriert, tatsächlich zahlenmäßig eine kleine Minderheit. Die große Masse der Bevölkerung bestand aus Bauern. Ein großer Teil der Bevölkerung waren sogar Analphabeten. Aber was folgte daraus? Gewiß nicht der Verzicht auf die sozialistische Revolution wegen deren angeblichen Undurchführbarkeit „aus ökonomischen Gründen“, wie Kautsky und Konsorten das konterrevolutionär verkündeten. Lenin und die Bolschewiki zogen die entgegengesetzte Schlussfolgerung. Sie entlarvten den konterrevolutionären Charakter der Berufung auf „fehlende Zivilisiertheit“, indem sie die einfache Frage stellten: Wo steht denn geschrieben, daß wir nicht selbst, auf revolutionärem Weg, durch

den Sturz des Kapitalismus, die „Zivilisiertheit“ schaffen können, die für den Sozialismus nötig ist?

„Für die Schaffung des Sozialismus, sagt ihr, ist Zivilisiertheit erforderlich. Ausgezeichnet. Nun, warum aber konnten wir nicht zuerst solche Voraussetzungen der Zivilisiertheit bei uns schaffen, wie es die Vertreibung der Gutsbesitzer und die Vertreibung der russischen Kapitalisten ist, um dann schon mit der Vorwärtsbewegung zum Sozialismus zu beginnen?“

(Lenin, „Über unsere Revolution“, 1923, Werke Band 33, S. 466 bzw. Lenin, Ausgewählte Werke Band II, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, S. 999)

Allerdings proklamierte die Sowjetmacht, daß ihre Zivilisation auf ganz anderen Grundlagen beruht. Die vom 3. Gesamtrussischen Sowjetkongreß im Januar 1918 verabschiedete, ursprünglich von Lenin verfaßte „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ fordert den

„völligen Bruch mit der barbarischen Politik der bürgerlichen Zivilisation, die den Wohlstand der Ausbeuter in einigen wenigen ausgewählten Nationen auf der Versklavung der Hunderte Millionen Werktätigen in Asien, in den Kolonien überhaupt und in den kleinen Ländern begründete.“

(Lenin, „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“, Januar 1918, Werke Band 26, S. 425)

☆☆☆

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution hörten die konterrevolutionären Renegaten wie Kautsky nicht auf, in einem fort über die Schwierigkeiten der Durchführung der sozialistischen Revolution in Rußland zu höhnen. Tatsache war jedoch: Kein geringer Teil dieser Schwierigkeiten hing mit der viel zu geringen Unterstützung durch die revolutionäre Bewegung in Deutschland und vor allem mit dem Ausbleiben einer siegreichen sozialistischen Revolution in Deutschland zusammen.

Die Aktivistinnen und Aktivisten in Rußland hofften 1917 insbesondere auch auf die Unterstützung durch das deutsche Proletariat. Der deutsche Imperialismus hatte mit seinen Truppen große Teile Rußlands besetzt und bedrohte Petrograd. Er war einer der größten und gefährlichsten Feinde der sozialistischen Oktoberrevolution. Seine Truppen gingen konterrevolutionär gegen die Sowjetkräfte in Finnland, in Lettland und Estland sowie in der Ukraine vor.

Angesichts dessen konnten das Proletariat und die revolutionären Kräfte in Deutschland die Lage der Sowjetmacht schon erleichtern, wenn sie sich der konterrevolutionären Intervention des deutschen Imperialismus entschieden entgegen stellten. Die größte Unterstützung wäre allerdings der unmittelbare Sieg der sozialistischen Revolution auch in Deutschland gewesen. Dieser Sieg hätte die schwere Lage der jungen Sowjetdemokratie, der ersten Diktatur des Proletariats von Dauer, erheblich erleichtert. Ein hoch industrialisiertes sozialistisches Deutschland hätte sofort massiv ökonomische und auch militärische Hilfe an die Sowjetmacht in Rußland leisten können.

Doch wie sah es wirklich aus? Im Herbst 1918 zitierte und verteidigte Lenin gegen den Renegaten Kautsky die Worte Liebknechts, daß das deutsche Proletariat an der

russischen und internationalen Revolution Verrat beging, als es sich 1918 weitgehend widerstandslos dafür hergab, die Revolution in Finnland, der Ukraine, Lettland und Estland in Soldatenumiform zu würgen. Diese Anklage richtete sich am stärksten gegen die Opportunisten, die offenen und versteckten „Vaterlandsverteidiger“, welche jeglichen revolutionären Kampf gegen den deutschen Imperialismus sabotierten und jegliche revolutionären Bestrebungen unter den Massen unterdrückten. Diese bitteren, aber notwendigen Worte über die Mitschuld der Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter sollten diese aufrütteln, mit den konterrevolutionären Opportunisten zu brechen, um selbst, Seite an Seite mit den sowjetischen Arbeiterinnen und Arbeitern, den revolutionären Kampf aufzunehmen, um den deutschen Imperialisten in die Arme zu fallen und vor allem um sich selbst zur Revolution zu erheben. Lenin schrieb:

„Diese Anklage ist der Ausdruck des klaren Bewußtseins dessen, daß das deutsche Proletariat an der russischen (und internationalen) Revolution Verrat beging, als es Finnland, die Ukraine, Lettland und Estland würgte. Diese Anklage richtet sich vor allem und am stärksten nicht gegen die Masse, die stets geduckt und getreten ist, sondern gegen jene Führer, die, wie die Scheidemann und Kautsky, ihre Pflicht nicht erfüllt haben (...).“

(Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, 1918, Werke Band 28, S. 291 f.)

In der Tat entlud sich nach vier Jahren Eroberungskrieg des deutschen Imperialismus schließlich im November 1918 auch in Deutschland der aufgestaute Haß in der offenen Rebellion zahlreicher Soldaten und dem bewaffneten Kampf der revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Monarchie wurde durch den revolutionären Kampf der Massen gestürzt und die Errichtung der Räteregierung wurde zu einer unmittelbaren praktischen Frage des revolutionären Kampfes.

Die Novemberrevolution in Deutschland – trotz ihrer Halbheiten und ihres hauptsächlich bürgerlichen Charakters – hatte große internationale Bedeutung, denn sie schwächte den deutschen Imperialismus. Sie trug damit zu einem Aufschwung der Revolution in anderen europäischen Ländern und zur Festigung der Sowjetmacht in Rußland bei. Die Sowjetregierung konnte nun den ihr aufgezwungenen Vertrag von Brest-Litowsk für null und nichtig erklären. Die unmittelbare militärische Bedrohung Sowjetrußlands durch den deutschen Imperialismus war für kurze Zeit beseitigt.

Auf die halbe Revolution folgte jedoch die ganze Konterrevolution angeführt von den Reaktionären der Sozialdemokratie. Auch nach dem Sieg der Konterrevolution entwickelte sich eine Massenbewegung unter der Losung „Hände weg von Sowjetrußland!“, die sicherlich auch eine wichtige Unterstützung für die junge, unter dem Ansturm der imperialistischen Militärintervention stehende Sowjetmacht war. Die eigentlich notwendige Solidarität in Form einer eigenen proletarischen Revolution in Deutschland war jedoch zunächst gescheitert. Für viele schwierige Maßnahmen der zunächst schwachen Diktatur des Proletariats war also gerade auch die fehlende Unterstützung durch eine siegreiche sozialistische Sowjetmacht in Deutschland verantwortlich.

Grußschreiben Lenins an die Bayerische Räterepublik vom April 1919

Im Verlauf der revolutionären Kämpfe der Novemberrevolution errichteten im April 1919 bewaffnete revolutionäre Arbeiterinnen und Arbeiter unter Führung der KPD in Bayern die Bayerische Räterepublik. Lenin wandte sich an die Genossinnen und Genossen mit Ratschlägen, die eine Vorstellung geben, was eine proletarische Macht als Minimum erreichen muß, um lebensfähig zu sein.

„Wir danken für Ihren Gruß und begrüßen unsererseits von ganzem Herzen die Räterepublik in Bayern. Wir bitten Sie sehr, möglichst oft und möglichst konkret mitzuteilen, welche Maßnahmen Sie zum Kampf gegen die bürgerlichen Henker Scheidemann und Co. durchgeführt haben. Haben Sie

- Arbeiter- und Gesinderäte in den Stadtteilen geschaffen,
- die Arbeiter bewaffnet, die Bourgeoisie entwaffnet,
- die Bestände an Kleidung und anderen Erzeugnissen verwendet, um den Arbeitern und besonders den Landarbeitern und Kleinbauern sofortige und umfassende Hilfe zu leisten,
- haben Sie die Fabriken und die Reichtümer der Kapitalisten in München wie auch die kapitalistischen landwirtschaftlichen Betriebe in seiner Umgebung enteignet,
- die Hypotheken und Pachtzahlungen für die Kleinbauern aufgehoben, die Löhne für Landarbeiter und ungelernte Arbeiter verdoppelt oder verdreifacht,

- alles Papier und alle Druckereien zum Druck populärer Flugblätter und Zeitungen für die Massen beschlagnahmt,
- den Sechstundentag bei gleichzeitiger zwei- oder dreistündiger Beschäftigung in der Verwaltung des Staates eingeführt,
- den Wohnraum der Bourgeoisie in München beschränkt, um sofort Arbeiter in die Wohnungen der Reichen einzuweisen,
- alle Banken in Ihre Hände genommen,
- Geiseln aus der Bourgeoisie festgesetzt,
- für die Arbeiter größere Lebensmittelrationen als für die Bourgeoisie eingeführt und
- die Arbeiter ausnahmslos sowohl für die Verteidigung als auch für die ideologische Propaganda in den umliegenden Dörfern mobilisiert?

Die schnellste und umfassendste Durchführung dieser und ähnlicher Maßnahmen bei eigener Initiative der Arbeiter- und Landarbeiterräte und gesondert von ihnen der Kleinbauernräte wird Ihre Stellung festigen. Es ist notwendig, die Bourgeoisie eine außerordentliche Steuer aufzuerlegen und in der Lage der Arbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern sofort und um jeden Preis eine faktische Verbesserung herbeizuführen.

Die besten Grüße und Wünsche für den Erfolg. *Lenin!*
(Geschrieben am 27. April 1919, Werke Band 29, S. 314 f.)

Die Führung des Aufstands hatte das ZK der Bolschewistischen Partei mit Sitz in Petrograd in der Hand, um das einheitliche Vorgehen landesweit zu garantieren. (Band II, S. 208) Am 16. Oktober waren alle Vorbereitungen für den bewaffneten Aufstand beendet.

Das ZK der Bolschewistischen Partei hatte den allgemeinen Plan ausgearbeitet. Der Stab des Aufstandes – das Revolutionäre Militärkomitee beim Petrograder Sowjet – war geschaffen worden. Das ZK wählte ein Parteizentrum zur praktischen Leitung des Aufstands als führender Kern des Revolutionären Militärkomitees. Diesem gehörten u. a. Stalin, Swerdlow und Dzerschinski an. Seine Aufgabe war es, alle praktischen Aufstandsorgane entsprechend der Direktiven des ZK zu leiten.

Die Hauptkampfkraft – die Rote Garde – war mobilisiert, die einzelnen Orte waren benachrichtigt, eine Chiffre war vorbereitet worden. Die lebendige Verbindung war aufgenommen, den einzelnen Parteiorganisationen waren ihre Sonderaufgaben zugewiesen, der Zustand aller Kampfkrafts war überprüft worden. Die Besetzung der Eisenbahnknotenpunkte war sichergestellt, um zu verhindern, daß konterrevolutionäre Truppen nach Petrograd und Moskau transportiert werden konnten.

Die Bolschewistische Partei war bereit, den bewaffneten Aufstand auszulösen und anzuführen. Sogar das verätherische Herausposaunen des Zeitpunkts des Aufstandes an die Konterrevolution durch die Veröffentlichung in einer menschenwichtigen Zeitung am 18. Oktober 1917 konnte den bewaffneten Aufstand nicht verhindern, sondern nur kurz hinauszögern.

3. Der bewaffnete Aufstand in Petrograd

Die Auslösung des Aufstands

Am 24. Oktober 1917 versuchte die konterrevolutionäre „Provisorische Regierung“, dem bewaffneten Aufstand zuvorzukommen. In den frühen Morgenstunden erschienen vor dem Gebäude des bolschewistischen Zentralorgans „Rabotschij Putj“ regierungstreue Elitesoldaten, um die Zeitung zu beschlagnahmen. Schnell wurden die Regierungstruppen von Arbeitern, darunter auch Rotgardisten umzingelt. Zur Druckerei wurde ein Panzerwagen losgeschickt, der auf der Seite der Bolschewiki stand. Die konterrevolutionären Truppen mußten sich zurückziehen. Das Zentralorgan konnte mit dem Aufruf zum Sturz der konterrevolutionären bürgerlichen Regierung erscheinen. Der Versuch der Zerstörung des bolschewistischen Zentralorgans durch die konterrevolutionäre Regierung war der unmittelbare Anlaß, den Aufstand zu beginnen.



Versammlung in der Dreherei-Abteilung der Putilow-Werke am 26./27. Oktober 1917: Nach dem II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß fanden in den Fabriken Petrograds Versammlungen statt, auf denen Delegierte des Kongresses die Beschlüsse mit den Arbeiterinnen und Arbeiter diskutierten.

Besetzung aller wichtigen Stellen in der Stadt und Zusammenziehung der revolutionären bewaffneten Kräfte

Die praktische Leitung des Aufstandes übernahm das Parteizentrum, dessen Mitglieder ständig im Revolutionären Militärkomitee anwesend waren und dort die führende Rolle einnahmen. Die Rote Garde mit rund 12.000 bewaffneten Kämpferinnen und Kämpfern war die Hauptstütze des Aufstandes. Im Revolutionären Militärkomitee wurden alle wichtigen Schritte und Etappen des Aufstandes geplant, etwa, welche Truppenteile die Telefonzentrale und das Telegrafentamt zu besetzen hatten oder bestimmte Brücken bewachen sollten, um die Verbindung mit allen Bezirken und dem Zentrum zu sichern. Die Matrosen der Baltischen Flotte, die bereits vor dem Aufstand maßgeblich hinter den Bolschewiki standen, wurden zu Unterstützung gerufen.

Gleichzeitig wurde beschlossen, Verbindung mit den Genossinnen und Genossen in Moskau herzustellen, um sie über die Vorgänge in Petrograd auf dem laufenden zu halten. Alle revolutionären Komitees in der Armee wurden telegraphisch informiert und aufgefordert, Vertreter in die Delegiertenversammlung in den Smolny, den Sitz des Petrograder Sowjets, zu entsenden. Die Unterstützung insbesondere an der Nord- und Westfront war sehr groß.

Die Roten Garden wurden aufgefordert, 1.500 bis 2.000 bewaffnete Arbeiterinnen und Arbeiter zum Schutz des Smolny zu schicken. Außerdem mußten Transportmittel organisiert, alle wichtigen Punkte in den Bezirken besetzt, Fabriken und Betriebe geschützt und Kampfkrafts für die Besetzung der Regierungsämter bereitgestellt werden.

Rotgardisten schickten Delegationen zu den Kasernen, wo es ihnen in den meisten Fällen gelang, die dortigen Soldaten zu überzeugen, sich dem Aufstand anzuschließen. In der Vorstadt Newskaja Sastawa besetzten sie alle Zugänge zur Stadt. Eisenbahngänge aus Warschau und dem Baltikum wurden von revolutionären Truppenteilen und Rotgardisten besetzt.

Das Revolutionäre Militärkomitee ließ über die Funkanlage des Kreuzers „Aurora“ verbreiten, daß alle Zugangswege nach Petrograd und insbesondere die Bahnhöfe gesichert werden müssen und daß keine Truppenteile nach Petrograd durchgelassen werden dürfen, die nicht klar auf der Seite des Aufstandes stehen. Den anrückenden Truppenteilen wurden bolschewistische Agitatoren entgegengeschickt, um die Soldaten aufzuklären, daß sie von der Konterrevolution ausgenutzt wurden, um gegen den Aufstand loszuschlagen. Gelang das nicht, sollten die Truppen von revolutionären Soldaten aufgehalten und neutralisiert werden.

Diesem Aufruf folgten auch andere Teile revolutionärer Soldaten. So wurde eine Kosaken-einheit in Wilborg angehalten und in Reval Teile des 2. Kavallerieregiments festgehalten und entwaffnet (Band II, S. 259). Schwankende Truppenteile wie das 1. und 4. Donkosakenregiment in Petrograd wurden mit Patrouillen der Roten Garde umstellt.

Die Kommunikation per Funk erlaubte das erste mal in der Geschichte des aufständischen Proletariats, schnell und über große Entfernungen Informationen und Anweisungen auszutauschen und trotz großer Entfernungen einen gemeinsamen Widerstand der revolutionären Arbeiter und Soldaten durchzuführen.

Der Verlauf des bewaffneten Aufstands

Im Laufe des 24. Oktober gingen die meisten Soldaten der Peter-Paul-Festung mit einem riesigen Waffen- und Munitionsarsenal auf die Seite der Aufständischen über. Die dort gelagerten 100.000 Gewehre waren die Basis für die weitere Bewaffnung der Roten Garde. Die revolutionären Arbeiter aller großen Werken strömten zur Waffenausgabe. Die Gewehre standen direkt an den Werkbänken. Die in den Roten Garden zusammengefaßten Arbeiter warteten, bis sie vereinbarte Signale zu ihren Sammelplätzen und zum Aufstand riefen. In Fabriken und in Kasernen fanden Versammlungen statt, auf denen die Frage der Beteiligung am bewaffneten Aufstand diskutiert wurde.

Entsprechend dem vorher ausgearbeiteten Plan besetzten Rotgardisten und revolutionäre Soldateneinheiten die Telefon- und Telegrafenzentrale, die Staatsbank, das Postamt, sämtliche Bahnhöfe und die wichtigsten Regierungsämter. Gleichzeitig besetzten die revolutionären Abteilungen die Kraftwerke und andere wichtige Betriebe der Hauptstadt, um u. a. den Straßenbahnverkehr aufrechterhalten zu können, um den Transport revolutionärer Truppen durchzuführen. Es kam zwar an verschiedenen Brücken und einzelnen Telegrafenzentralen zu Versuchen der konterrevolutionären Truppen, diese zurückzuerobern, aber alle Versuche konnten zurückgeschlagen werden.

Bereits am ersten Tag waren von den zehn strategisch wichtigen Zugbrücken neun in der Hand der Bolschewiki. Dies war wichtig, da sonst keine Verbindung zwischen dem Stab des Aufstandes und den Arbeiterbezirken der Vorstädte möglich war. Zum Winterpalast zogen sich nach und nach alle der konterrevolutionären bürgerlichen Regierung treugebliebenen Truppenteile zurück. Der Ring um den Winterpalast und den Marienpalast, wo der Militärstab der konterrevolutionären bürgerlichen Regierung stationiert war, zog sich immer enger.

Lenin, der sich immer noch in seinem illegalen Versteck in einem Petrograder Vorort befand, schrieb folgenden Brief an das Revolutionäre Militärkomitee:

„Genossen!

Ich schreibe diese Zeilen am 24. Oktober abends. Die Lage ist äußerst kritisch. Es ist sonnenklar, daß jetzt eine Verzögerung des Aufstandes schon wahrhaftig den Tod bedeutet.

Unter Aufbietung aller Kräfte bemühe ich mich, die Genossen zu überzeugen, daß jetzt alles an einem Haar hängt, daß auf der Tagesordnung Fragen stehen, die nicht durch Beratungen, nicht durch Kongresse (selbst nicht durch Sowjetkongresse) entschieden werden, sondern ausschließlich durch die Völker, durch die Masse, durch den Kampf der bewaffneten Massen.

(...) Man muß um jeden Preis heute abend, heute Nacht die Regierung verhaften (...).

Man darf nicht warten!! Man kann alles verlieren!!

(...) Die Regierung schwankt. Man muß ihr den Rest geben, koste es, was es wolle!

Dekrete und Maßnahmen der sozialistischen Oktoberrevolution (Okt. 1917 – Jan. 1918)

Noch während die Kämpfe um den Winterpalast andauerten, aber das Proletariat schon faktisch gesiegt hatte, wurde der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß am 25. Oktober abends im Smolny eröffnet. Die Mehrheit der Bolschewiki im Sowjetkongreß zeigte sich daran, daß von insgesamt 650 anwesenden Delegierten 390 Bolschewiki waren. Die Vertreter der Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre verließen den Kongreß und kündigten ihren konterrevolutionären Widerstand gegen die junge Sowjetmacht an. Der Sowjetkongreß nimmt den von Lenin verfassten Aufruf „An die Arbeiter, Soldaten und Bauern“ an. Darin heißt es unter anderem:

„Gestützt auf den Willen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern, gestützt auf den in Petrograd vollzogenen siegreichen Aufstand der Arbeiter und der Garnison, nimmt der Kongreß die Macht in seine Hände.

Die Provisorische Regierung ist gestürzt. Die meisten Mitglieder der Provisorischen Regierung sind bereits verhaftet ...

Der Kongreß beschließt: die ganze Macht geht allorts an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten über, die eine wirklich revolutionäre Ordnung zu gewährleisten haben.“ (Band II, S. 356)

Am zweiten Tag des Kongresses wurden die ersten Dekrete der neuen Sowjetmacht erlassen. Der erste Beschluß des Kongresses war die Aufhebung der von der konterrevolutionären bürgerlichen Regierung verordneten Todesstrafe an der Front und die sofortige Freilassung aller verhafteten revolutionären Soldaten und Offiziere sowie der verhafteten Mitglieder der Bodenkomitees, die gegen Gutsbesitzer gekämpft hatten. Von noch entscheidenderer Bedeutung waren die Dekrete über den Frieden und zur Bodenfrage.

I.

Das Dekret über den Frieden wurde vom Sowjetkongreß in Form des „Aufrufes an die Völker und Regierungen aller kriegführenden Länder“ einstimmig angenommen:

„Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24. bis 25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden zu beginnen.“

„Ein gerechter oder demokratischer Friede ... ist nach der Auffassung der Regierung ein sofortiger Friede ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen.“ (Band II, S. 359)

Weiterhin wurde in diesem Dekret an die Arbeiterklasse Englands, Frankreichs und Deutschlands, den größten am Krieg beteiligten Ländern, dazu aufgerufen, nicht nur für die Beendigung des imperialistischen Kriegs zu kämpfen, sondern auch für die sozialistische Revolution in ihren Ländern. In diesem Dekret gab die Sowjetregierung der imperialistischen Geheimdiplomatie eine eindeutige Absage und brachte zum Ausdruck, alle Verhandlungen ganz offen und nachvollziehbar zu führen. Sie versprach unverzüglich, die von der konterrevolutionären bürgerlichen provisorischen Regierung abgeschlossenen Geheimverträge zu veröffentlichen und veröffentlichte sie dann wirklich und erklärte sie zudem mit sofortiger Wirkung als aufgehoben.

Die Verzögerung in der Aktion bedeutet den Tod.“

(Zitiert nach: Band II, S. 276/277)

Am Abend des 24. Oktober kam Lenin in den Smolny, um direkt bei der Planung des Aufstandes einzugreifen. Es wurde beschlossen, den Winterpalast zu umzingeln und den Einschließungsring nach und nach zusammenzuziehen. Der Stab des Aufstandes verlegte seinen Sitz in die Peter-Pauls-Festung. Die

In der selben Nacht nahm der II. Sowjetkongreß das Dekret über den Grund und Boden an, wonach das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben und zum Eigentum des neuen Sowjetstaats erklärt wurde. Die landwirtschaftlichen Güter der Gutsbesitzer, des Zarenhauses und der Kirchen wurden unter die Verfügungsgewalt der Bezirksbodenkomitees und der Kreissowjets der Bauerndeputierten gestellt. Die Bauernschaft erhielt von der Sowjetmacht mehr als 160 Millionen Hektar Boden und zudem wurden die Bauern von den drückenden Pachtzahlungen befreit. Grundlage des Dekrets über den Boden war der Wählerauftrag von 242 örtlichen Sowjetkongressen der Bauern.

Alle Bodenschätze (Erdöl, Kohle, Erze etc.), die Wälder und Gewässer gingen in das Eigentum des Sowjetstaates über.

Schließlich wurde auf dem II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß die erste Sowjetregierung, der Rat der Volkskommissare, gebildet.

Um die Sowjetmacht zu festigen, mußte der alte, bürgerliche Staatsapparat zerstört und an seiner Stelle der neue Sowjetstaat geschaffen werden. Dies manifestierte sich nach und nach einerseits durch die erlassenen Dekrete, andererseits vor allem durch die praktische Umsetzung derselben. Die Sowjetmacht liquidierte den alten Apparat der Gewalt und der Unterdrückung, so etwa durch das Dekret zur Aufhebung der alten bürgerlichen Gerichte und der Schaffung von Volksgerichten (22. November), durch die Schaffung von Arbeiterwehren und Entwaffnung der bürgerlich-konterrevolutionären Milizen und den Aufbau der Roten Armee.

II.

Die Sowjetmacht übernahm überall, wo sie gesiegt hatte, die Kommandohöhen der Wirtschaft. Es wurden die Banken, die Eisenbahnen, der Außenhandel, die Handelsflotte und die gesamte Großindustrie verstaatlicht und von nun an vom Sowjetstaat geleitet.

Am 30. Oktober wurde der Achtstundentag eingeführt. Ein weiterer Schritt war das Dekret über die Arbeiterkontrolle vom 14. November für alle Betriebe ab fünf Arbeiterinnen und Arbeitern. Es legte den Grundstein für die Kontrolle der Produktion, der Lagerung, des Kaufs und Verkaufs aller Produkte und Rohstoffe durch die Arbeiterklasse und für den Schutz der Betriebseinrichtungen gegen kapitalistische Sabotage. Am 5. Dezember wurde das Dekret über die Schaffung des Obersten Rates der Volkswirtschaft veröffentlicht, eines Kampfgorgans der Diktatur des Proletariats zur Leitung der Industrie. Dieses Organ überwachte die Arbeiterkontrolle sowie die Enteignungen der Fabriken und Industrie und nahm die planerische Gesamtleitung der Wirtschaft der enteigneten Betriebe in die Hand. Beide Dekrete waren einer der ersten Schritte zum Aufbau des Sozialismus auf ökonomischem Gebiet, zur vollständigen Enteignung der kapitalistischen Fabriken und Betriebe.

Der Sowjetstaat verkündete das Außenhandelsmonopol, annullierte die vom Zarismus und der konterrevolutionären „Provisorischen Regierung“ aufgenommenen Anleihen und liquidierte dadurch die wirtschaftliche Abhängigkeit Rußlands vom westeuropäischen Kapital. Am 14. Dezember wurde das Dekret über die Nationalisierung aller Privatbanken und deren Übergabe an die neue Staatsbank angenommen. Die Nationalisierung der Banken untergrub einen der wichtigsten Pfeiler der ökonomischen Herrschaft der Bourgeoisie und fes-

tigte die ökonomische Basis des jungen proletarischen Staates. Gleichzeitig wurde mit diesem Dekret auch die Enteignung aller Aktiengesellschaften beschlossen, was die gesamte Großindustrie sowie die Eisenbahnen miteinschloß. Im Januar 1918 wurde dann die Nationalisierung der gesamten Handelsflotte beschlossen (Siehe Lenin Werke, Band 26, S. 506).

III.

Aber auch viele demokratische Programmpunkte wurden beschlossen, etwa das Dekret zur Abschaffung des Ständewesens (10. November) oder die Beseitigung der rechtlichen Ungleichheit der Frauen durch die Dekrete vom 19. und 20. Dezember. Die Privilegien der Kirche wurden per Dekret abgeschafft. Die Trennung von Kirche vom Staat und der Kirche von der Schule wurde durchgesetzt (21. Januar 1918).

Eine besondere Bedeutung kommt der „Deklaration der Rechte der Völker Rußlands“ vom 2. November 1917 zu. Sie verkündete die Grundlagen der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Sie fand Anklang nicht nur bei den Völkern Rußlands, sondern auch bei den kolonialen und abhängigen Völkern der ganzen Welt. Die Grundsätze der Deklaration waren:

1. Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands.
2. Das Recht der Völker auf freie Selbstbestimmung bis zur Lostrennung und Bildung eines selbstständigen Staates.
3. Aufhebung aller und jeder nationalen und nationalreligiösen Privilegien und Beschränkungen.
4. Freie Entwicklung der in Rußland lebenden nationalen Minderheiten.

Daß die Bolschewiki auch Wort hielten und ihr Dekret auch in die Tat umsetzten, zeigte sich dann im Dezember 1917, als der Rat der Volkskommissare das Dekret über die Anerkennung der Unabhängigkeit der finnischen Republik veröffentlichte.

Zur Sicherung dieser Maßnahmen mußten die konterrevolutionären Organisationen und ihre Angriffe auf wirtschaftlicher, politischer, militärischer und ideologischer Ebene zurückgeschlagen werden. Dazu wurde die neue Armee, die Rote Armee, aufgebaut und im Dezember 1917 zum Kampf gegen die Konterrevolution und Sabotage die Allrussische Außerordentliche Kommission, auch als Tscheka bekannt, gegründet. Und so war es folgerichtig, daß alle konterrevolutionären Organisationen und ihre Presseorgane verboten und aufgelöst wurden.

Der III. Gesamtrussische Sowjetkongreß im Januar 1918, bei dem die Bolschewiki die übergroße Mehrheit errungen hatten, faßte die allgemeinen Ergebnisse des Triumphzugs der Sowjetmacht im Lande zusammen. Der Kongreß verkündete:

„Rußland wird zur Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten erklärt. Die gesamte zentrale und lokale Staatsmacht gehört diesen Sowjets.“

Der III. Kongreß bestätigte alle von der Sowjetmacht erlassenen Dekrete, welche die Grundsteine des neuen sozialistischen Sowjetstaates legten. Er formulierte als die Hauptaufgaben der Sowjetmacht: die Vernichtung jeglicher Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in Rußland und den Kampf für den Sieg der proletarischen Revolution in allen Ländern.

Matrosen des Kreuzers Aurora verweigerten den Befehl der konterrevolutionären Admiralität und lenkten die Aurora in Richtung Petrograd, um den Aufstand zu unterstützen.

Im Laufe des Tages ging die übergroße Mehrheit der Soldaten in Petrograd auf die Seite des Aufstands über mit Ausnahme einiger Offizierschulen und einer Panzerabteilung (Siehe Stalin, „Der Oktoberumsturz“, 1918, Werke Band 4, S. 133). Die

Konterrevolution befahl deshalb noch in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober Truppenteile von der Nordfront nach Petrograd. Zur Unterstützung sollten Vertreter der Menschewiki und Sozialrevolutionäre die anrückenden Truppen der Konterrevolution zur Niederschlagung des bewaffneten Aufstands aufhetzen. Doch es gelang den revolutionären Truppen, die Zufahrtswege zu blockieren bzw. mit bolschewistischen Agitatoren in den anrückenden Truppen, diese vom betrügerischen Manöver der konterrevo-

lutionären bürgerlichen Regierung zu überzeugen. Es gelang der Konterrevolution in keinem Fall, konterrevolutionäre Truppen zur Niederschlagung des Oktoberaufstands nach Petrograd zu transportieren.

Am Morgen des 25. Oktober nahm eine Abteilung Matrosen und Rotgardisten den letzten Teil der Brücke ein, die zum Winterpalast führte. So bemächtigten sich die Abteilungen der Roten Garden der Matrosen und Soldaten Schritt für Schritt der lebenswichtigen Zentren und taktisch wichtigen Punkte der Hauptstadt. Alle 10–15 Minuten trafen im Revolutionären Militärkomitee Nachrichten ein, die über den Stand und Verlauf der Kämpfe berichteten.

Am Morgen des 25. Oktober floh Kerenski im Wagen der US-Botschaft aus Petrograd. Das Revolutionäre Militärkomitee veröffentlichte den Aufruf:

„Die Provisorische Regierung ist gestürzt. Die Staatsmacht ist in die Hände des Organs des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, des Revolutionären Militärkomitees, übergegangen, das an der Spitze des Petrograder Proletariats und der Garnison steht.“

(Band II, S. 297)

Dieser Aufruf wurde an alle Industriezentren des Landes verschickt; es war das Signal zur landesweiten Revolution. Die Rotgardisten besetzten noch die letzten Regierungsämter und befreiten aus dem Gefängnis „Kresty“ alle Bolschewiki und Revolutionäre, die im Juli von der konterrevolutionären bürgerlichen Regierung dort eingekerkert wurden.

Seit dem frühen Morgen hatten sich fast sämtliche Kronstädter Matrosen der Revolution angeschlossen und fuhren nach Petrograd. Dabei besetzten sie auf ihrem Weg die Eisenbahnstrecken und säuberten die letzten Posten konterrevolutionärer Truppen. Sie besetzten den Kriegshafen mit seiner Funkanlage und verhafteten die konterrevolutionäre Admiralität.

Am Nachmittag fand eine außerordentliche Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten statt. Lenin berichtete dem Sowjet:

„Genossen!“ (...) „die Arbeiter- und Bauernrevolution, von deren Notwendigkeit die Bolschewiki immer gesprochen haben, ist vollbracht.“

Welche Bedeutung hat diese Arbeiter- und Bauernrevolution? Vor allem besteht die Bedeutung dieser Umwälzung darin, daß wir eine Sowjetregierung, unser eigenes Machtorgan haben werden, ohne irgendwelche Teilnahme der Bourgeoisie. Die unterdrückten Massen werden selbst die Regierungsmacht schaffen. Der alte Staatsapparat wird bis auf den Grund zerschlagen und ein neuer Verwaltungsapparat in Gestalt der Sowjetorganisationen geschaffen werden.

Heute bricht eine neue Epoche in der Geschichte Rußlands an, und diese dritte russische Revolution muß in ihrem Endergebnis zum Siege des Sozialismus führen.“

(Zitiert nach: Band II, S. 309)

Bis zum Nachmittag war die Rote Garde bis unmittelbar zum Winterpalast vorgedrungen. Alle Zugänge waren nun durch revolutionäre Truppen besetzt. Ein Ultimatum zur Kapitulation wurde von der konterrevolutionären bürgerlichen Regierung ausgeschlagen. Trotz unentwegter Reden und Versprechungen von anrückender Verstärkung schwankte ein Teil der Truppen, die zur Verteidigung des Winterpalastes zusammengezogen waren. Die Demoralisierung wuchs an und am Ende blieben nur noch 850 Mann von diversen Eliteeinheiten wie den Offizierschülern, sowie ein Panzerwagen mit zwei Maschinengewehren und zwei Geschützen, die sich hinter Barrikaden verschanzten.

Dutzende kleiner Rotgardistenabteilungen zogen nach Beendigung der Kampfoperationen um die wichtigsten Regierungsämter weiter zum Winterpalast. Die revolutionären Arbeiter waren beflügelt von den Erfolgen und reihten sich in den Belagerungsring ein. Doch die Versuche von Abteilungen der Roten Garde und der Matrosen, weiter vorzudringen, wurden immer wieder von Gewehr- und Maschinengewehrfeuer zurückgeschlagen.

Bis in die Abendstunden des 25. Oktober weigerte sich die bürgerliche Regierung zu kapitulieren. Daraufhin wurde der Winterpalast von der Peter-Paul-Festung aus unter Feuer genommen. Der Schaden am Gebäude war eher gering, aber die moralische Wirkung war um so größer. Langsam kriechend drangen immer wieder kleinere Gruppen Rotgardisten in den Palast ein. Durch einen unbewachten Eingang gelang es einer größeren Gruppe einzudringen.

Unter die Offiziersanwärter mischten sich bolschewistische Agitatoren, die zur weiteren Zersetzung beitrugen. Gegen 1.00 Uhr Nachts wurde das Feuer von den Barrikaden der Konterrevolutionäre immer schwächer und die revolutionären Kämpfer kamen immer näher, während kleinere Stoßtrupps bereits im Inneren des Palastes kämpften. Kurz darauf fiel ein Schuß als Signal zum Sturmangriff. Eine Stunde später war der Winterpalast endgültig genommen, die letzte Festung der konterrevolutionären bürgerlichen Regierung war gefallen.

Das war der siegreiche Aufstand in Petrograd. Jedoch mußten in den kommenden Tagen die Angriffe der Konterrevolution zurückgeschlagen werden. In Moskau dauerten die Kämpfe noch an. Doch nach und nach wurde im gesamten Gebiet Rußlands die Sowjetmacht erkämpft. Schließlich dauerte es bis zum Februar 1918, bis die Sowjetmacht landesweit auf dem gesamten Staatsgebiet des zaristischen Rußlands gesiegt hatte.

☆☆☆

Doch die Konterrevolution, die innere wie die äußere, war noch lange nicht endgültig geschlagen. Bereits einige Monate nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk zwischen der Sowjetmacht und Deutschland vom Februar 1918 begann die ausländische Intervention, unterstützt von konterrevolutionären Aufständen im Innern. Bis 1920 dauerte der Kampf zur Zurückschlagung der ausländischen Intervention und inneren Konterrevolution an. Dieser schwere und verlustreiche, aber siegreiche Kampf der Sowjetmacht sicherte durch die Diktatur des Proletariats die Sowjetdemokratie. So wurden die Voraussetzungen für den weiteren Aufbau des Sozialismus geschaffen.



Anmerkung: Zitate aus dem zweibändigen Werk „Die Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland“ sind im Text mit „Band I“ und „Band II“ als Quellenangabe versehen.

Band I: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution (Moskau 1936).

Band II: Die Durchführung der proletarischen Revolution (Moskau 1949).

Anzeige

90 Jahre Oktoberrevolution

Das Standardwerk zur Geschichte des Bürgerkrieges in Russland

unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow



Band I: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution

Vom Beginn des Krieges 1914
bis Anfang Oktober 1917

540 Seiten, 20 Euro, ISBN 978-3-932636-15-8

Band II: Die Durchführung der proletarischen Revolution

Oktober 1917 bis November 1917

750 Seiten, 25 Euro, ISBN 978-3-932636-16-5

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Oktoberaufstands in den wichtigsten städtischen Zentren, Petrograd und Moskau, der Verlauf der Revolution an der Front und die Organisierung und Sicherung der Revolution nach dem siegreichen Aufstand 1917 - all das wird auf kommunistischer Grundlage analysiert und in lebendiger und detaillierter Art und Weise geschildert.



Verlag
Olga Benario und
Herbert Baum

Zu beziehen über:
Buchladen
Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.

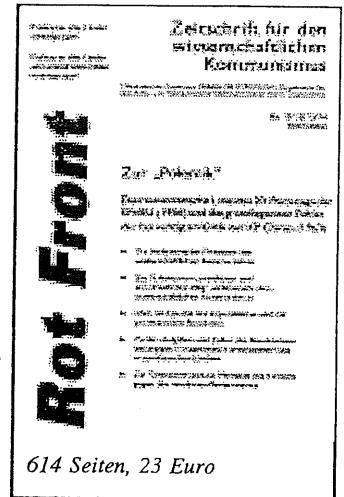
Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u.a. erhältlich in:

Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; Berlin: M99, Manteufelstr. 99; Bonn: Antiquariat, Breite Str. 52; Braunschweig: Antifaschistisches Cafe, Cyriakring 55; Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; Hannover: Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; Karlsruhe: Der andere Buchladen, Marienstr. 15; Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43; Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

ISSN 0948/5090

Die Tricks und Spekulationen der modernen Revisionisten mit einer angeblich möglichen „friedlichen Entwicklung“ zum Sozialismus in Russland 1917

Wir haben uns in „Rot Front“ Nr. 11/12/13/14 von 2001/2002 „Zur ‚Polemik‘. Die revisionistische Linie des 20. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)“ intensiv mit den Hauptmanövern und -tricks der Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten auseinandergesetzt und die positiven Ansatzpunkte, aber auch die Halbheiten der Argumentation der antirevisionistischen Kräfte unter Führung der KP Chinas untersucht. Im „Teil B: Das Schema vom „friedlichen und nichtfriedlichen Weg“ widerspricht dem wissenschaftlichen Kommunismus“ dieser Ausgabe gehen wir dabei auf die Spekulationen und historischen Verweise der modernen Revisionisten auf die Phase der Doppelherrschaft in Rußland ein. Das Fazit unserer Analyse lautet: Lenin und Stalin haben für eine bestimmte Zeitspanne in bestimmten historischen Situationen, beispielsweise während der Phase der „Doppelherrschaft“ vom April bis Juli 1917 in Rußland, eine „friedliche“ Weiterentwicklung der Revolution nicht völlig ausgeschlossen. Sie haben jedoch den Begriff „friedlich“ in diesem Zusammenhang keineswegs im Sinn von „gewaltlos“ benutzt. Grundlage dieses Begriffs bei Lenin und Stalin ist, daß es einen gewaltlosen, nicht revolutionären, unbewaffneten Weg zum Sozialismus nicht gab und nicht geben wird, daß die proletarische Revolution unter allen Umständen nur auf dem revolutionären Weg möglich ist, daß der Weg zum Sozialismus also unmöglich ist ohne gewaltsame Zerstörung der bestehenden bürgerlichen Staatsmaschinerie und ohne ihre Ersetzung durch die Macht der bewaffneten Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, die auf der Basis der revolutionären Gewalt der bewaffneten Arbeiterklasse die gestürzten Ausbeuter und sämtliche andere reaktionäre Kräfte niederhält. Wir drucken im folgenden einen gekürzten Auszug aus „Rot Front“ Nr. 11/12/13/14, „Teil B: Das Schema vom „friedlichen und nichtfriedlichen Weg“, S. 91–131 ab.



I. Die Thesen der Chruschtschow-Revisionisten über den „friedlichen Weg“

1. Chruschtschow tischt auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 das Märchen vom „friedlich-parlamentarischen Weg“ auf

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 war abgesehen von der Verdammung Stalins die wohl „sensationellste“ „Neuerung“ Chruschtschows, die Propaganda von der Möglichkeit eines „friedlichen Weges“ zum Sozialismus. Die Revisionisten versicherten, es handle sich lediglich um eine „taktische Frage“. Gleichzeitig aber mobilisierten sie auf allen Gebieten der marxistischen Theorie ihre Schreiberlinge, um ihren Thesen ein kommunistisches Mäntelchen umzuhängen und gleichzeitig aus allen Bestandteilen der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus den revolutionären Kern zu entfernen.

Während Togliatti auf dem X. Parteitag der KP Italiens die „friedliche Entwicklung der Revolution“ zum „Prinzip einer Weltstrategie“ erhob (Vgl. dazu: Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albaniens gegen den modernen Revisionismus 1955–1966, Teil I, 1955–1962, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2003, S. 355.), bemühte sich Chruschtschow, seinen „friedlich-parlamentarischen Weg“, seinen Weg zum Sozialismus „ohne Gewalt“ zu einem von zwei möglichen Wegen zu erklären.

Dies war ein frontaler Angriff der Chruschtschow-Revisionisten auf den Weg der Oktoberrevolution als allgemeingültigen Weg der gewaltsamen proletarischen Revolution. Sie setzten an dessen Stelle eine Menge Spekulationen „über die verschiedenen Übergangsmöglichkeiten“ vom Kapitalismus zum Sozialismus:

„Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Formen des Übergangs zum Sozialismus immer mannigfaltiger werden. Dabei ist es nicht unbedingt notwendig, daß die Verwirklichung dieser Formen unter allen Umständen mit einem Bürgerkrieg verbunden sein wird. Unsere Feinde pflegen uns Leninisten immer und in allen Fällen als Anhänger der Gewalt darzustellen. Es ist richtig, daß wir die Notwendigkeit der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft anerkennen. Und das unterscheidet die revolutionären Marxisten von den Reformisten, den Opportunisten. Es besteht kein Zweifel, daß für eine Reihe kapitalistischer Länder der gewaltsame Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die damit verbundene schroffe Zuspitzung des Klassenkampfes unvermeidlich sind. Aber es gibt verschiedene Formen der sozialen Revolution. Und daß wir angeblich Gewalt und Bürgerkrieg als den einzigen Weg zur Umgestaltung der Gesellschaft anerkennen – das entspricht nicht den Tatsachen.“ („Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag“, Berlin 1956, S. 45)

Wie man sieht, scheute Chruschtschow nicht davor zurück, die Lehre Lenins von der **unbedingten** Notwendigkeit der **gewaltsamen Revolution** als These der Feinde darzustellen und abzulehnen. Dabei vermischte Chruschtschow höchst demagogisch zwei ganz verschiedene Fragen, indem er „Gewalt und Bürgerkrieg“ in einem Atemzug nennt. Während Lenin immer wieder die **allgemeingültige Gesetzmäßigkeit** der **proletarischen Revolution**, d. h. der **gewaltsamen Zerschlagung des alten Staatsapparats** unterstrich und den Sonderfall einer „friedlichen“ Entwicklung der Revolution bzw. bestimmter Phasen der Revolution **niemals im Sinne von „gewaltlos“** bzw. von „parlamentarisch“ verstand – worauf wir noch ausführlich zurückkommen werden –, verfälschte Chruschtschow hemmungslos alle diesbezüglichen Hinweise Lenins.

Der „friedliche“, nämlich auf revolutionäre Gewalt verzichtende, auf die angebliche Möglichkeit der „Verwandlung“ des bürgerlichen Parlaments mittels der Stimmzettel in ein „Organ des Volkswillens“ gestützte „Weg zum Sozialismus“, den

Chruschtschow verkündete, hat mit Lenin und seinen Lehren, hat mit dem gesamten wissenschaftlichen Kommunismus nicht das mindeste zu tun.

Chruschtschow sagte:

„Gleichzeitig hat die Arbeiterklasse in einer Reihe kapitalistischer Länder unter den gegenwärtigen Bedingungen die *reale Möglichkeit*, unter ihrer Führung die übergroße Mehrheit des Volkes zu vereinen und den *Übergang der wichtigsten Produktionsmittel in die Hände des Volkes* zu erreichen. Die rechten bürgerlichen Parteien und die von ihnen gebildeten Regierungen erleiden immer häufiger Bankrott. Unter diesen Umständen hat die Arbeiterklasse, indem sie die werktätige Bauernschaft, die Intelligenz und alle patriotischen Kräfte um sich scharf und den opportunistischen Elementen, die sich von der Politik des Paktierens mit den Kapitalisten und Großgrundbesitzern nicht loszusagen vermögen, eine entscheidende Abfuhr erteilt, die Möglichkeit, den *reaktionären, volksfeindlichen Kräften eine Niederlage zu bereiten, eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Organ der bürgerlichen Demokratie in ein Werkzeug des tatsächlichen Volkswillens zu verwandeln*. (Beifall). In einem solchen Fall kann diese für viele hochentwickelte kapitalistische Länder *traditionelle Institution zum Organ einer wahren Demokratie, einer Demokratie für die Werktätigen werden*.

Die Eroberung einer *stabilen parlamentarischen Mehrheit*, die sich auf die revolutionäre Massenbewegung des Proletariats, der Werktätigen stützt, würde für die Arbeiterklasse einer Reihe *kapitalistischer und ehemals kolonialer Länder* die Voraussetzungen schaffen, um grundlegende soziale Umgestaltungen durchzuführen.“ (Ebenda, S. 46 f.)

Wie man sieht, ist das nichts anderes als der uralte *revisionsistische Weg* des „*parlamentarischen Übergangs*“ zum Sozialismus *ohne* proletarische Revolution, wie das die plattesten Revisionisten der II. Internationale propagierten. Chruschtschow „übertraf“ die Kautsky und Konsorten sogar noch insofern, als er diesen parlamentarischen Weg zu „grundlegenden sozialen Umgestaltungen“ auch für „*ehemals koloniale Länder*“ als neue Möglichkeit verkündete.

Soweit die Chruschtschow-Revisionisten eine Revolution bzw. revolutionäre Gewaltanwendung überhaupt noch ins Auge faßten, geschah dies *gänzlich defensiv*. Sie anerkannten die Möglichkeit eines „nichtfriedlichen“ Weges nur dann,

„wenn die Ausbeuterklassen ihre Zuflucht zur Gewaltanwendung gegen das Volk“ („Offener Brief des ZK der KPdSU“, zitiert nach: Polemik, S. 571.)

nehmen. Indem die Chruschtschow-Revisionisten massive Illusionen darüber verbreiteten, daß die Ausbeuterklassen im entscheidenden Moment entweder nicht bereit oder fähig sein würden, Gewalt anzuwenden, empfahlen sie den Kommunisten und Revolutionären praktisch der ganzen Welt, sich ganz auf den „friedlichen Weg“ einzustellen und vorzubereiten. Auf welche *Begründung* stützten sich die Chruschtschowisten bei ihrem Verrat an den kommunistischen Lehren über Staat und Revolution?

Ihr *Hauptargument* war, daß die gewaltsame Zerschlagung des alten Staatsapparats durch bewaffneten Kampf infolge der Existenz der dreizehn Länder des sozialistischen Lagers, welche die *internationalen Kräfteverhältnisse* völlig verändert habe, sozusagen „überflüssig“ geworden sei.

Sie versuchten glaubhaft zu machen, daß infolge der „günstigen internationalen Lage“, sozusagen durch den Druck von außen, reale Bedingungen für den parlamentarischen, friedlichen Weg entstanden seien und durch die angeblich eingetretenen „neuen Bedingungen“ die Gesetzmäßigkeiten der bisherigen Geschichte außer Kraft gesetzt seien. (Siehe „Grundlagen der marxistischen Philosophie“, (Moskau 1958) Berlin 1959, S. 571.)

Darüber hinaus bemühten sich die Chruschtschow-Revisionisten aber auch, verschiedene Passagen bei Marx, Engels, Lenin und sogar auch Stalin (Siehe dazu Rot Front Nr. 11–14, S. 390) für ihre Zwecke „auszuschlachten“, in denen von der Möglichkeit einer „friedlichen Entwicklung der Revolution“ gesprochen wurde.

Die Revisionisten beriefen und berufen sich besonders auf Äußerungen von *Marx und Engels über England und Amerika* in der vormonopolistischen Epoche des Kapitalismus. (Siehe etwa „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“, (Moskau 1960) Berlin 1960, S. 579, oder auch später R. Fahrle und P. Schöttler „Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus“, Frankfurt/M. 1969, S. 181 f.)

Die Revisionisten beriefen und berufen sich mit besonderer Vorliebe aber auch auf Äußerungen *Lenins* über die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der Revolution *in ferner Zukunft* und *insbesondere in einer kurzen Zeitspanne vor dem Sieg der Oktoberrevolution*. (Siehe A. Beljakow und F. Burlatzki im theoretischen Organ der KPdSU „Kommunist“ Nr. 3, 1960, zitiert nach: „Polemik“, S. 420, siehe auch: „Grundlagen der marxistischen Philosophie“, (Moskau 1958) Berlin 1959, S. 569.)

Der Zweck dieser Manöver, auf die wir noch ausführlich eingehen werden, weil sie auch viele bewußte Kommunisten irreführt und verwirrt haben, bestand darin, so zu tun, als ob die Vorstellungen Chruschtschows vom friedlichen Weg sozusagen eine Fortsetzung bzw. Weiterentwicklung der Vorstellungen der Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus seien. In Wirklichkeit aber liegt, auch wenn zum Teil gleichlautende Begriffe verwendet werden, ein unüberbrückbarer Abgrund zwischen Chruschtschow und den Klassikern. Denn wo in den Werken des wissenschaftlichen Kommunismus vom friedlichen Weg die Rede war, ging es im Gegensatz zu den Auffassungen Chruschtschows *niemals* darum, ohne gewaltsame Revolution mit Hilfe des Parlaments in den Sozialismus hinüberzurutschen.

Es stand und steht vor den Kommunistinnen und Kommunisten die Aufgabe, in dieser lebenswichtigen Frage die Fälschungen der modernen Revisionisten zu entlarven und die von ihnen geschaffene Konfusion zu beseitigen, damit die Gedanken und Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin richtig verstanden werden und so Hilfe und Richtschnur bei der Lösung der Fragen der gewaltsamen Revolution sind.

2. Der „friedlich-demokratische“ Weg Kautskys und Chruschtschows einerseits und der „gewaltsam-diktatorische“ Weg Lenins andererseits – nicht zwei Möglichkeiten, sondern ein unvereinbarer Gegensatz

Bevor wir genauer darlegen wollen, in welchem Sinne und in welchem Rahmen Lenin in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution von der Möglichkeit einer „friedlichen Entwicklung der Revolution“, von einem „friedlichen Weg“ – nämlich in der Phase der „Doppelherrschaft“ – sprach, müssen wir nochmals unterstreichen und ausführlich dokumentieren, was die Demagogie der modernen Revisionisten um jeden Preis zu verbergen sucht:

Lenin und Stalin auf der einen Seite und Bernstein, Kautsky, Chruschtschow, Togliatti usw. auf der anderen Seite verwenden zwar dort und da gleichlautende Worte, nämlich „friedlicher Weg“, aber in Wirklichkeit besteht in bezug auf Definition, Inhalt und Umfang des Begriffes „friedlicher Weg“ ein unvereinbarer Gegensatz zwischen Lenin und Stalin auf der einen Seite und den Revisionisten auf der anderen.

a) Der „friedliche Weg“ Kautskys

Betrachten wir zunächst, wie Kautsky *seinen* „friedlichen Weg“ definiert und wie Lenin schonungslos den Revisionismus Kautskys in dieser Frage brandmarkt.

Kautsky bezeichnete seinen „friedlichen Weg“ an einer Stelle so:

„friedlich, also auf demokratischem Wege“

(Kautsky zitiert nach Lenin: „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, 1918, Werke Band 28, S. 232.)

In dieser Erläuterung zeigt sich sehr klar, daß es sich bei der Ablehnung von Kautskys „friedlichem Weg“ nicht um eine nebensächliche oder um eine Formfrage handelt, sondern daß Kautsky *etwas ganz anderes* will als die Kommunisten.

Lenin machte darauf aufmerksam:

„Man beachte, wie er hier versehentlich seine Eselsohren gezeigt hat. Er schrieb: friedlich, also auf demokratischem Wege!“

(Ebenda, S. 237; Hervorhebungen im Original.)

Lenin wies nach, daß die Grundidee Kautskys darin besteht, daß das Proletariat *der Bourgeoisie* gegenüber sowohl während der Revolution als auch danach nicht „diktatorisch, sondern demokratisch vorgehen“ solle und Kautskys Vorstellung von „friedlich“ daher bedeutet: **Keine** Gewaltanwendung gegenüber der Bourgeoisie. Durch die von Kautsky gegebene Definition „friedlich, *also* demokratisch“ tritt, wie Lenin zeigte, die Wahrheit zutage:

„Es handelt sich um den Gegensatz zwischen friedlicher und gewaltsamer Umwälzung.“

Hier liegt der Hund begraben. Alle Ausflüchte, Sophismen und Taschenspielertricks braucht Kautsky ja gerade, um über die gewaltsame Revolution hinwegzureden, um seine Abkehr von ihr, seinen Übergang auf die Seite einer liberalen Arbeiterpolitik, d. h. auf die Seite der Bourgeoisie, zu verhüllen.

Hier liegt der Hund begraben.“

(Ebenda, S. 237; Hervorhebungen im Original.)

Lenin stellt als Wesen der Sache, als „Kern der Frage“, die „großartige Entdeckung“ Kautskys heraus, der Gegensatz zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki (samt der ganzen II. Internationale mit Kautsky an der Spitze) sei

„der Gegensatz zweier grundverschiedener Methoden: der *demokratischen* und der *diktatorischen*“.

(Ebenda, S. 230, Hervorhebungen im Original.)

Lenin entgegnete, daß in der Tat klassenmäßig betrachtet die Bolschewiki auf jeden Fall gewaltsame, diktatorische Maßnahmen *gegen die Bourgeoisie* durchführen werden, wobei diese gewaltsam-diktatorischen Methoden, was Kautsky jedoch verschweigt, aus der Sicht des Proletariats und der ausgebeuteten Massen zutiefst demokratisch und befreiend sind.

In dem Werk „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ zeigte Lenin, daß Kautskys Phrase vom „friedlichen Weg“ ein ganzes revisionistisches Programm enthält: die Ablehnung der Diktatur des Proletariats als Gewalt über die Bourgeoisie (bei Beibehaltung ihrer Anerkennung in bloßen Worten), die Ablehnung der Zerschlagung des Staatsapparates der herrschenden Klasse, die Ablehnung der Revolution und revolutionärer Gewalt des Proletariats überhaupt.

Lenin faßte zusammen:

„Eine Revolution ohne Revolution, ohne erbitterten Kampf, ohne Gewalt – das ist es, was Kautsky verlangt.“

(Ebenda, S. 318.)

Das Programm Kautskys bedeutet, mit anderen Worten gesagt,

„friedliche‘ Eroberung der Mehrheit unter der bürgerlichen – wohlgemerkt – ‚Demokratie‘ (...).“

(Ebenda, S. 235.)

Lenin führt eine Stelle bei Kautsky an, wo dieser selbst in aller Offenheit sagt, was er sich zum Ziel stellt:

„Eroberung der Staatsgewalt durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament (...).“

(Kautsky zitiert nach: Lenin: „Staat und Revolution“, 1917, Werke Band 25, S. 504.)

Das war es also, was Kautsky unter „friedlichem Weg“ verstand.

In bezug auf die grundlegende Revision des Marxismus durch Kautsky stellt Lenin fest:

„Kautsky entnimmt dem Marxismus das, was für die Liberalen, für die Bourgeoisie annehmbar ist (die Kritik am Mittelalter, die fortschrittliche historische Rolle des Kapitalismus im allgemeinen und der kapitalistischen Demokratie im besonderen), und streicht, verschweigt und vertuscht vom Marxismus all das, was für die Bourgeoisie unannehmbar ist (die revolutionäre Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie, um diese zu vernichten). Darum eben erweist sich Kautsky infolge seiner objektiven Stellung, wie immer seine subjektive Überzeugung auch sein mag, unvermeidlich als Lakai der Bourgeoisie.“

(Lenin: „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, 1918, Werke Band 28, S. 241; Hervorhebung im Original.)

In diesen für unser Thema besonders wichtigen Darlegungen schält Lenin heraus, *was* vor allem „für die Bourgeoisie unannehmbar“ ist und den Kern der proletarischen Revolution darstellt, nämlich „die revolutionäre Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie, um diese zu *vernichten*“.

Es ist klar, daß die Bourgeoisie und ihre Lakaien vielmehr zustimmen können, aber auf gar keinen Fall ihrer eigenen Vernichtung.

Gerade in dieser Tatsache liegt begründet, warum das Proletariat seine Diktatur errichten muß und den Sozialismus nicht im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft aufbauen kann. Die Bourgeoisie kann ihrer Vernichtung nicht zustimmen und sie stimmt ihr nicht nur nicht zu, sondern sie hat auch einen gewaltigen Staatsapparat, eine mächtige, sich auf Gewalt stützende Maschinerie (Polizei, Gendarmerie, Militär, Justiz, Gefängnisse, Zuchthäuser usw.) aufgebaut, um das revolutionäre Proletariat zu unterdrücken, zusammenzuschießen, die Revolution im Blut zu ersticken. Daher stellt Stalin, die Auseinandersetzung mit den Opportunisten der II. Internationale zusammenfassend, mit allem Nachdruck fest:

„Die Diktatur des Proletariats kann nicht entstehen als Resultat der friedlichen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und der bürgerlichen Demokratie, sie kann nur entstehen im Gefolge der Zertrümmerung der bürgerlichen Staatsmaschine, der bürgerlichen Armee, des bürgerlichen Beamtenapparates, der bürgerlichen Polizei.“

(Stalin: „Über die Grundlagen des Leninismus“, 1924, Werke Band 6, S. 103.)

b) Der „friedliche Weg“ Chruschtschows

Die Chruschtschow-Revisionisten kannten natürlich die vernichtende Kritik Lenins und Stalins an der II. Internationale und an Kautsky. Sie versuchten verzweifelt, sich von den „Reformisten“ abzugrenzen. Abgesehen davon, daß sie – ihres Inhalts entleerte – Begriffe wie „Revolution“, „Klassenkampf“, und sogar „Diktatur des Proletariats“ noch benutzten, bestand ihre Argumentation vor allem darin, daß die Reformisten *einen* Weg anzubieten hätten, sie dagegen mehr, nämlich *zwei* Wege:

„Die Reformisten betrachten (...) den friedlichen Weg als den einzigen Weg zum Sozialismus. Die Marxisten-Leninisten hingegen (sprich: Chruschtschow-Revisionisten, A. d. V.) konstatieren einerseits die Möglichkeit für eine friedliche Revolution, aber sie sehen dabei auch die andere Seite (...).“ („Grundlagen des Marxismus-Leninismus“, (Moskau 1960) Berlin 1960, S. 581, siehe auch: „Grundlagen der marxistischen Philosophie“, (Moskau 1958) Berlin 1959, S. 572.)

Machen wir uns klar: Die Revisionisten gestehen den Reformisten (Sozialdemokraten) die Möglichkeit des „friedlichen Weges“ zu, d. h. sie verstehen unter dem Begriff „friedlicher Weg“ **genau dasselbe** wie Kautsky.

Dies ist keine bloße Behauptung, dies läßt sich beweisen. Zunächst stellen die Chruschtschow-Revisionisten, genauso wie seinerzeit Kautsky, heraus, daß die „friedliche Methode“ keine Formfrage der **gewaltsamen Revolution** ist, sondern es um den „Charakter“ der Revolution überhaupt geht: Die Revisionisten schreiben zum Beispiel:

„Niemand behauptet natürlich, daß die proletarischen Revolutionen in anderen Ländern unbedingt den gleichen Charakter tragen werden wie in Rußland.“ („Grundlagen des Marxismus-Leninismus“, Moskau 1960 Berlin 1960, S. 578.)

An anderer Stelle heißt es:

„Jede Partei der Arbeiterklasse steht in dem Augenblick, da sie die Massen auf die proletarische Revolution orientiert, vor der Frage nach dem Charakter der Revolution: Wird die sozialistische Umwälzung auf friedlichem oder auf nichtfriedlichem Wege vollzogen?“ (Ebenda, S. 575.)

Vom Standpunkt des wissenschaftlichen Kommunismus aus stimmen wir gerne zu, daß es bei dem, was die modernen Revisionisten unter der Alternative „friedlich oder nichtfriedlich“ verstehen, um den **Charakter** der proletarischen Revolution geht. Wir sind in gewisser Weise dankbar, daß die Revisionisten uns damit helfen, zu beweisen, daß ihr „friedlicher Weg“ völlig dem Charakter der Oktoberrevolution widerspricht.

Daß der „friedliche Weg“ der Chruschtschow-Revisionisten nichts, aber auch gar nichts mit dem Leninismus gemein hat, wird auch an folgender Passage klar:

„Der friedliche Übergang der Macht in die Hände der Arbeiterklasse (...) ist ein Übergang, bei dem die bestehende Macht ohne Waffengewalt gestürzt wird.“ („Grundlagen der marxistischen Philosophie“, (Moskau 1958) Berlin 1959, S. 570.)

Bei dieser Definition des „friedlichen Übergangs“ bleibt von einer Revolution wirklich nur noch das Wort übrig. Angesichts einer solchen Position kommen einem unbedingt die Worte von Engels ins Gedächtnis, der sagte:

„Haben sie einmal eine Revolution gesehen, diese Herren? Eine Revolution ist gewiß die autoritärste Sache, die es gibt, ein Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung seinen Willen dem anderen Teil durch Flinten, Bajonette und Kanonen, alles das sehr autoritäre Mittel, aufzwingt; und die Partei, die gesiegt hat, muß ihre Herrschaft durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen, behaupten.“

(Engels: „Von der Autorität“, 1872/1873, Marx/Engels Werke Band 18, S. 308; siehe auch: Lenin: „Staat und Revolution“, 1917, Werke Band 25, S. 451.)

Damit macht Engels mit aller Schärfe deutlich, daß so oder so die Waffengewalt entscheidet, bzw. wie Mao Tse-tung formulierte, „die politische Macht aus den Gewehrläufen“ kommt.

Die revisionistische Formel vom „friedlichen Übergang“ ist in Wahrheit nicht die Vorstellung von einer relativ friedlichen Entwicklung der **Revolution** und schon gar nicht der einen oder anderen ihrer Phasen, sondern ist nur eine Umschreibung **des Verzichtes auf die Revolution**, ist das Einschwenken auf den Weg Kautskys und der II. Internationale, auf den Weg des parlamentarischen Kretinismus.

Natürlich kannten die Chruschtschow-Revisionisten die vernichtende Kritik Lenins und Stalins an jeglichen Illusionen über den parlamentarischen Weg. Sie ziehen auch dann und wann einmal ehrerbietig den Hut vor dieser „alten“ Kritik Lenins aus früheren Zeiten, um dann für heute unter angeblich „neuen Bedingungen“ gerade „dem Wege der Eroberung der Mehrheit im Parlament“ das Wort zu reden und ihn als „Form des friedlichen Übergangs zum Sozialismus“ für möglich zu erklären. (Siehe „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“, S. 582.)

Im revisionistischen Standardwerk „Grundlagen der marxistischen Philosophie“ von 1958 heißt es:

„Früher benutzten die Marxisten das Parlament als Tribüne (...) wandten (...) sich jedoch gleichzeitig gegen die parlamentarischen Illusionen der Reformisten, daß die Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft auf parlamentarischem Wege gelöst werden könnte. Die Marxisten hatten damit recht (...), damals (...).“ („Grundlagen der marxistischen Philosophie“, (Moskau 1958) Berlin 1959, S. 571.)

Gleich darauf aber heißt es weiter, daß

„gegenwärtig (...) das Parlament (...) unter gewissen Bedingungen zum Instrument der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft werden könne.“ (Ebenda.)

Hier wird klar, daß auch der „friedliche Weg“ der modernen Revisionisten, ebenso wie der „friedliche Weg“ Kautskys, in Wahrheit ein ganzes Programm des Reformismus und Parlamentarismus enthält, d. h. die Preisgabe der Revolution, den Verzicht auf die Zerschlagung des alten Staatsapparates, die Ablehnung der Vernichtung der Bourgeoisie. An die Stelle von „Waffengewalt“ als Instrument der sozialistischen Revolution setzen sie das Parlament.

Im Kampf gegen die modernen Revisionisten ist es nötig, mit aller Deutlichkeit und ohne jedes Zugeständnis klarzumachen, daß ihr „friedlicher Weg“, ihr Schema vom „friedlichen und nicht-friedlichen Weg“, nicht irgendeine einzelne Abweichung vom wissenschaftlichen Kommunismus darstellt, sondern ein komplettes **Programm**, das **durch und durch revisionistisch** ist, das Programm einer gewaltlosen, „demokratischen“, auf den Stimmzettel gestützten „Revolution“, von der auf diese Weise nichts bleibt als bloße Reform bzw. die fromme Hoffnung auf sie.

Anders als bei Chruschtschow und in den offiziellen Lehrbüchern der KPdSU von Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre, die wir weiter oben zitiert haben, entwickelte sich in einigen revisionistischen Parteien so etwas wie eine pseudolinke Variante des modernen Revisionismus. In den 70er Jahren versuchte auch die Führung der KPdSU, ihren Revisionismus besser zu verstecken und zog es vor, bei gewissen pseudolinken Varianten in der Frage des „friedlichen Wegs“ ihr Heil zu suchen. Hatte Togliatti den „friedlichen Weg“ zum **einzigen** Weg erklärt, sprach Chruschtschow von **zwei** möglichen Wegen, dem gewaltlosen und dem gewaltsamen, so propagierten diese Revisionisten nun als **dritte** Variante folgendes:

„Der auf friedlichem Wege errungene Sieg der sozialistischen Revolution leugnet nicht die gewaltsamen Methoden des Kampfes ab. (...) In diesem Sinne ist keine tiefgehende soziale Revolution ohne die Organisation der politischen Massenbewegung, ohne Anwendung von Zwangsmaßnahmen gegen die Ausbeuter, ohne Errichtung der Diktatur der revolutionären Klassen vorstellbar.“

(„Kritik der theoretischen Auffassungen Mao Tse-tungs“, (Moskau 1970) Frankfurt/M. 1973, S. 124 f.)

Die Revisionisten definierten damit ihren „friedlichen Weg“ nicht mehr als „gewaltlos“, sondern lediglich als Weg „ohne Bürgerkrieg“ (Ebenda, S. 122), der dennoch auf Gewalt beruhe. Dies ist natürlich eine raffiniere Variante als jene Chruschtschows, scheint sie doch Formulierungen Lenins näher zu kommen. In Wirklichkeit aber gehen die Revisionisten im Gegensatz zu Lenin auch bei dieser Version

1. nicht von den bewaffneten Volksmassen aus, sondern lediglich vom „außerparlamentarischen Kampf der Massen“, also von Streiks, Demonstrationen und dergleichen (Ebenda, S. 124);
 2. nicht von einer Analyse aus, ob der *alte Staatsapparat schon zertrümmert* ist oder nicht (wenn ja, wodurch, wenn nicht durch Waffengewalt?), sondern faseln lediglich von einer „revolutionären Massenbewegung“;
 3. genau so wie in den anderen Varianten von der Vorstellung aus, „*das Parlament in den Dienst des Volkes zu stellen*“. (Ebenda, S. 124)
- Somit kommt auch hier deutlich der parlamentarische Kretinismus hervor. Ganz im Gegensatz zu den Kommunistinnen und Kommunisten, die wissen, daß heute überall reaktionäre Staatsapparate existieren und ausgebaut werden, weshalb sie jedes Gerede über den „friedlichen Weg“ als *reale* Möglichkeit ablehnen, behauptet diese *dritte* Variante des Revisionismus schließlich, daß der „friedliche Weg“ eine Frage der „*realen politischen Strategie und Taktik*“ sei. (Ebenda, S. 123)

* * *

Bevor wir uns im nächsten Abschnitt im Detail mit der Tatsache beschäftigen, daß auch Lenin in bestimmten Zusammenhängen von einem „friedlichen Weg“ der Revolution bzw. von einer „friedlichen Entwicklung“ in einer bestimmten Phase der Revolution gesprochen hat, unter welchen Voraussetzungen und mit welchem Verständnis er davon sprach, muß eine grundlegende Feststellung genannt werden, aus der allein schon deutlich wird, daß es zwischen diesen Passagen bei Lenin und den Vorstellungen der Kautsky, Chruschtschow usw. nicht die geringste Übereinstimmung gibt:

Lenin ließ nie einen Zweifel, daß er *stets* vom bewaffneten Proletariat, von der Zerschlagung des alten Ausbeuterapparates, von der gewaltsamen Revolution, der gewaltsamen Unterdrückung der Bourgeoisie ausging, wenn er unter besonderen Voraussetzungen in einer bestimmten Zeitspanne einen Bürgerkrieg für vermeidbar hielt, ja daß die eventuell mögliche Vermeidung eines erneuten Bürgerkriegs auf den schon im *vorangegangenen* Bürgerkrieg errungenen Erfolgen basierte.

Zwischen Lenins Formulierung und der Formulierung der Revisionisten besteht nur hinsichtlich der äußeren Hülle eine Ähnlichkeit, in Wirklichkeit besteht zwischen dem revisionistischen Programm eines „friedlichen Weges“ und Bemerkungen Lenins über einen möglichen „friedlichen Weg“ ein unversöhnbarer Gegensatz. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesem Gegensatz um den Gegensatz zwischen wissenschaftlichem Kommunismus und Revisionismus.

II. Mit welchem Verständnis sprachen Lenin und Stalin von der ausnahmsweisen Möglichkeit einer „friedlichen Entwicklung“ der Revolution während der „Doppelherrschaft“ in Rußland 1917

1) Lenin und Stalin über die Möglichkeit einer „friedlichen“ Vorwärtsentwicklung der Revolution in der Phase der „Doppelherrschaft“ Mitte 1917

Beim Versuch, ihre revisionistischen Konzeptionen des „friedlichen Weges“ als „leninistisch“ zu verkaufen, zitieren die modernen Revisionisten mit Vorliebe auch Satzketten aus der Zeit der „Doppelherrschaft“ in Rußland, als Lenin von der Notwendigkeit sprach, eine „friedliche“ Weiterentwicklung der Revolution zu versuchen.

Lenin sagte damals, die Weiterentwicklung der Februarrevolution von 1917 zur sozialistischen Revolution betreffend, auf dem I. Gesamtrussischen Sowjetkongreß:

„In Rußland ist diese Revolution ausnahmsweise als friedliche Revolution möglich.“

(Lenin: „I. Gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Rede über die Stellung zur Provisorischen Regierung“, 1917, Werke Band 25, S. 10.)

Auch Stalin ging von einer derartigen Möglichkeit während der „Doppelherrschaft“ aus, als er im Rechenschaftsbericht des ZK auf dem VI. Parteitag der SDAPR(B) am 27. Juli 1917 rückblickend über die Tätigkeit des ZK im Mai äußerte:

„Das ZK ging davon aus, daß sich die Revolution bei uns auf friedlichem Wege entwickle, daß es durch Neuwahlen der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten möglich sein werde, die Zusammensetzung der Sowjets und folglich auch die Zusammensetzung der Regierung zu ändern.“

(Stalin: „Reden auf dem VI. Parteitag der SDAPR (Bolschewiki)“ 1. Rechenschaftsbericht des ZK, 1917, Werke Band 3, S. 144.)

Die Revisionisten, die sich auf diese Äußerungen Lenins (oder auch Stalins) aus der Zeit der „Doppelherrschaft“ berufen, vermeiden es jedoch sorgsam, den Zusammenhang dieser Worte herzustellen, um das Wesen der Frage zu umgehen, um alles fortzulassen, was ihre revisionistische Demagogie entlarven könnte.

2) Der bewaffnete Aufstand im Februar 1917 war die Voraussetzung der „Doppelherrschaft“ – erst sein Erfolg macht ihre wesentlichen Merkmale verständlich

Die erste und *grundlegendste* Erkenntnis, um die oben zitierten Worte Lenins und Stalins richtig verstehen und richtig einordnen zu können, betrifft die Tatsache, daß bereits ein *Bürgerkrieg* in Rußland stattgefunden hatte, daß die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung nicht den gesamten Weg der russischen Revolution betraf, sondern nur eine *bestimmte Phase* im *Gesamtprozeß* dieser Revolution, daß sie *undenkbar* gewesen wäre *ohne* den vorangegangenen Bürgerkrieg des Proletariats. Diesen heldenhaften blutigen Bürgerkrieg des russischen Proletariats einfach zu „vergessen“ und so zu tun, als hätte er auf die Möglichkeiten der Weiterführung der Revolution bis zum Oktober 1917 keinen Einfluß, ist eine der gemeinsten und größten Betrügereien!

Lenin schrieb *ausdrücklich*, daß sich nach dem „ersten Bürgerkrieg“, nach der ersten Etappe der Revolution, aufgrund ihrer Ergebnisse die Möglichkeit eröffnete, einen zweiten Bürgerkrieg vielleicht zu vermeiden. (Siehe Lenin: „Siebente gesamtrussische Konferenz der SDAPR (B) (Aprilkonferenz) 2. Referat zur politischen Lage“, 1917, Werke Band 24, S. 225.)

Der *bewaffnete Kampf zur Zerschlagung des Zarismus* war die wesentlichste Voraussetzung für die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung in der zweiten Etappe der Revolution.

Ohne Kenntnis dieser Tatsache, ohne Berücksichtigung der Februarrevolution in Rußland, ist es völlig unmöglich, die Besonderheiten der „Doppelherrschaft“ zu verstehen und daraus die erforderlichen Lehren zu ziehen.

Die „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“ schildert anschaulich den Verlauf der Februarrevolution:

„Am Morgen des 26. Februar (11. März) beginnen der politische Streik und die Demonstrationen in Aufstandsversuche überzugehen. Die Arbeiter entwaffnen die Polizei und Gendarmen und bewaffnen sich selbst. Die bewaffneten Zusam-

menstöße mit der Polizei enden aber mit einem Blutbad unter den Demonstranten auf dem Snamenskaja-Platz. (...)

Am 27. Februar (12. März) weigerten sich die Petrograder Truppen, auf die Arbeiter zu schießen, und begannen auf die Seite des aufständischen Volkes überzugehen. Noch am Morgen des 27. Februar (12. März) gab es nur 10000 aufständische Soldaten, am Abend aber waren es schon über 60000.

Die aufständischen Arbeiter und Soldaten gingen dazu über, die zaristischen Minister und Generale zu verhaften, die Revolutionäre aus den Gefängnissen zu befreien. Die befreiten politischen Gefangenen reichten sich in den revolutionären Kampf ein.

Auf den Straßen gab es noch Schießereien mit Polizisten und Gendarmen, die sich mit Maschinengewehren auf Dachböden festgesetzt hatten.“

(„Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, S. 220 f.)

Es war also ein harter, blutiger, opferreicher Kampf, eben eine Revolution! Erst seine Erfolge eröffneten, zusammen mit einigen anderen im damaligen Rußland entstandenen Besonderheiten, die von Lenin festgestellte (und noch dazu als „äußerst selten“ bezeichnete) Möglichkeit, ohne einen neuen Bürgerkrieg und insofern „friedlich“ zur sozialistischen Etappe der Revolution weiterzugehen.

Unbedingte Voraussetzung für diese Möglichkeit war aber nicht nur einfach die Tatsache der Februarrevolution, sondern die entscheidende Rolle des Proletariats in dieser Revolution. Lenin stellte das unmißverständlich fest:

„Die Revolution war das Werk des Proletariats, das Proletariat hat heldenmütig gekämpft, das Proletariat hat sein Blut vergossen, es hat die breitesten Massen der werktätigen und armen Bevölkerung mit sich gerissen...“

(Lenin: „Brief aus der Ferne. Brief 2. Die neue Regierung und das Proletariat“, März 1917, Werke Band 23, S. 324.)

Die Februarrevolution war somit ein *gewaltsamer bewaffneter Aufstand* des Proletariats, der zum Sturz des Zarismus führte und außerordentlich günstige Möglichkeiten der Weiterentwicklung zur sozialistischen Revolution eröffnete.

Das *Wesentliche* jener vielzitierten und selten richtig verstandenen Phase im Verlauf der russischen Revolution, die Lenin und Stalin als Phase der „Doppelherrschaft“ bezeichneten und unter deren Bedingungen die „friedliche“ Weiterführung der Revolution überhaupt erst denkbar wurde, bestand vor allem in zwei entscheidenden Tatsachen.

Der Kern, das Wesen der Sache war:

1. Durch den vorangegangenen Bürgerkrieg war das *Proletariat bewaffnet*. Es hatte umfangreiche Möglichkeiten, weiter seine Bewaffnung und die Bewaffnung der Volksmassen unter seiner Führung zu betreiben, was eine unbedingte Voraussetzung der erfolgreichen Weiterführung der Revolution war.
2. Der *Staatsapparat* der herrschenden Klasse war zwar noch nicht völlig zerschlagen, aber er war *nicht funktionsfähig*, zum Teil zerschlagen, zum Teil lahmgelegt, während in Form der Sowjets bereits Grundformen der Machtorgane des Proletariats entstanden waren.

3) „Labile Staatsmacht“ – „Waffen in den Händen des Volkes“ – das Wesen der Doppelherrschaft

Lenin faßte *nach* der Phase der Doppelherrschaft die Besonderheiten dieser Phase wie folgt zusammen:

„Vergessen wir nicht, daß die Frage der Macht die Grundfrage jeder Revolution ist.

Damals befand sich die Staatsmacht in einem labilen Zustand. Auf Grund eines freiwilligen gegenseitigen Übereinkommens teilten sich die Provisorische Regierung und die Sowjets in die Staatsmacht. Die Sowjets waren Delegationen der Masse der freien, d. h. keiner Gewalt von außen unterworfenen, bewaffneten Arbeiter und Soldaten. Daß die Waffen in den Händen des Volkes waren, daß jede Gewalt von außen über das Volk fehlte, eben darin bestand das *Wesen* der Sache. Das war es, was der ganzen Revolution den friedlichen Weg der Vorwärtsentwicklung eröffnete und sicherte.“

(Lenin: „Zu den Losungen“, 1917, Werke Band 25, S. 181 f. Hervorhebung im Original.)

Über die real existierende bewaffnete Macht des Volkes und ihre Organe führte Lenin zur Zeit der Doppelherrschaft aus:

„Worin besteht die Doppelherrschaft? Darin, daß sich neben der Provisorischen Regierung, der Regierung der *Bourgeoisie*, eine noch schwache, erst in Keimform vorhandene, aber dennoch unzweifelhaft wirklich existierende und erstarkende *andere Regierung* herausgebildet hat: die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Wie ist diese andere Regierung klassenmäßig zusammengesetzt? Aus dem Proletariat und der (in Soldatenröcke gesteckten) Bauernschaft. Welcher Art ist der politische Charakter dieser Regierung? Sie ist eine revolutionäre Diktatur, d. h. eine Macht, die sich unmittelbar auf die revolutionäre Machtergreifung stützt, auf die unmittelbare Initiative der Volksmassen von unten, und *nicht auf ein* von einer zentralisierten Staatsmacht erlassenes Gesetz. (...)

Diese Macht ist eine Macht von demselben Typus, wie es die Pariser Kommune von 1871 war.“

(Lenin: „Über die Doppelherrschaft“, 1917, Werke Band 24, S. 20 f. Hervorhebung im Original.)

Der Staat vom Typus der Kommune hat die vom Volk getrennte Armee und Polizei durch die direkte und unmittelbare Bewaffnung des Volkes selbst ersetzt, ebenso wie er die privilegierte, über dem Volk stehende Beamtenschaft durch direkt gewählte und absetzbare, dem Volk unmittelbar verantwortliche und mit Arbeiterlohn bezahlte Bedienstete des Volkes ersetzt hat. Wie die Pariser Kommune stützten sich die Sowjets nicht auf juristische Grundlagen, sondern auf die durch die *unmittelbare Bewaffnung der Volksmassen* geschaffene revolutionäre Realität.

Die *Bewaffnung des Proletariats* und der von ihm geführten Volksmassen war ein Wesenszug der Phase der Doppelherrschaft. Sie wurde massiv vorangetrieben. Denn die *Waffengewalt* ist in jeder Revolution ausschlaggebend, egal ob im Bürgerkrieg oder in einer Phase der Revolution, in der eine „friedliche“ Weiterentwicklung denkbar erscheint.

Stalin schrieb dementsprechend im Einklang mit Lenin, daß keine Revolution

„ohne eine ihr jederzeit zu Diensten stehende bewaffnete Macht (...) siegen kann (...)“.

(Stalin: „Über die Bedingungen für den Sieg der russischen Revolution“, 1917, Werke Band 3, S. 13.)

Stalin hob eindringlich hervor, daß es einer bewaffneten Macht

„einer Armee bewaffneter Arbeiter, die natürlicherweise mit den Zentren der revolutionären Bewegung verbunden sind“

(Ebenda.)

unbedingt bedarf und in Rußland zur Zeit der Doppelherrschaft eben vorhanden war bzw. sich weitgehend herausgebildet hatte und entwickelte.

Die bewaffnete Arbeiterklasse, die Waffen in den Händen des Volkes – das ist aber *nur eine* Besonderheit der Phase der „Doppelherrschaft“, die *alleine nicht* ausreicht, nicht hinreichend ist, damit eine friedliche Entwicklung der Revolution reale Möglichkeit wird.

Die *andere* Seite der Sache ist die *Unmöglichkeit für die herrschende Klasse, bewaffnete Kräfte gegen die Revolution einzusetzen*. Dieser zweiten Seite der Sache wandte Lenin außerordentliche Aufmerksamkeit zu, analysierte genau den Zustand der noch vorhandenen und nicht zerschlagenen Teile des alten Staatsapparats, beobachtete sorgfältig jegliche Veränderung in dieser Frage und orientierte sich in jeder Hinsicht daran, daß die zentrale Frage jeder Revolution die Staatsfrage, die Frage der bewaffneten Macht ist.

Die Arbeiter Rußlands hatten in der *Februarrevolution* bereits begonnen, den alten Staatsapparat zu *zerschlagen*, was Lenin in seinen „Briefen aus der Ferne“ (im März 1917 in der Schweizer Emigration geschrieben) feststellte:

„Ich habe gesagt, daß die Arbeiter die alte Staatsmaschine zerbrochen haben. Genauer gesagt, sie haben begonnen, sie zu zerbrechen.“

(Lenin: „Briefe aus der Ferne. Brief 3. Über die proletarische Miliz“, 1917, Werke Band 23, S. 341.)

Was das heißt, schildert Lenin anschaulich am *Beispiel Petrograds* – einem, wenn nicht dem Zentrum der Revolution –, wo die Lage davon gekennzeichnet war, daß große Teile der Truppen, zerrüttet und demoralisiert aufgrund der anhaltenden Kriegssituation, im Verlauf der Februarrevolution auf die Seite der Aufständischen übergegangen waren, daß die Polizei in Petrograd und an vielen anderen Orten teils niedergemacht, teils von den revolutionären Massen aufgelöst worden war, daß die zaristischen Bürokraten von den Arbeitern aus den Ämtern geworfen wurden usw.

In Petrograd lag die Macht faktisch bereits in den Händen der Arbeiter und Soldaten, und die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft war schon weitgehend Wirklichkeit geworden, wenn auch auf eine außerordentlich originelle Weise, wie Lenin feststellte. Auf Petrograd bezogen hob er hervor:

„Gewalt wendet die neue Regierung gegen sie (die Arbeiter und Soldaten, A. d. V.) nicht an und kann sie auch nicht anwenden: gibt es doch weder eine Polizei noch ein vom Volk getrenntes Heer, noch ein allmächtig über dem Volke stehendes Beamtentum.“

(Lenin: „Briefe über die Taktik, I. Brief. Die Einschätzung der gegenwärtigen Lage“, 1917, Werke Band 24, S. 28; Hervorhebungen im Original.)

☆☆☆

Welche Lehren können wir also aus dieser Analyse der Bedingungen ziehen, unter denen Lenin im Gesamtprozeß der Revolution eine Phase der „friedlichen Entwicklung“ der Revolution für möglich hielt?

Etwa, daß auch „ohne Waffengewalt“ die Macht erobert werden könne?

Etwa, daß der alte Staatsapparat der herrschenden Klasse nicht zerschlagen werden müsse?

Offenbar ganz und gar nicht! Das Studium dieser *Phase* der Geschichte der russischen Revolution, der Phase der „Doppelherrschaft“, zeigt genau das Gegenteil, nämlich, daß der *bewaffnete Kampf*, das sich Stützen auf die bewaffneten Arbeitergardien, die *Zerschlagung des alten Staatsapparates* zunächst zumindest in seinen Hauptbestandteilen, vor allem der Armee, *unbedingt durchgeführt werden muß*, bevor von

einem „friedlichen Weg“ – genauer: von einer „friedlichen Weiterentwicklung“ – der Revolution auch nur gesprochen werden kann.

Das ist der Kern der Sache, der von den Apologeten der „zwei Wege der Revolution“ geflissentlich umgangen wird.

4) Hat die Geschichte Lenin widerlegt, wenn er in einer bestimmten Phase der Revolution Kurs auf eine „friedliche Entwicklung der Revolution“ nahm?

Es ist bekannt, daß schließlich, auch in der zweiten Etappe der russischen Revolution, sich die friedliche Entwicklung der Revolution *nicht* realisierte, sondern es zu einem zweiten Bürgerkrieg kam.

Handelte es sich also um eine *Fehleinschätzung* Lenins und Stalins?

Hat also die *Praxis* gezeigt, daß es gar keine „friedliche Entwicklung der Revolution“ geben kann?

Diese Fragen sind von vornherein *falsch* gestellt. Betrachtet man den Zeitabschnitt genauer, in dem Lenin von der „friedlichen Entwicklung der Revolution“ sprach, so zeigt sich, daß die Einschätzung Lenins nicht nur richtig war, sondern daß Lenin und die Bolschewiki in dieser Zeitspanne und unter ihren Bedingungen sogar *unbedingt Kurs* auf die „friedliche“ Weiterentwicklung der Revolution *nehmen mußten*.

Auf der Basis der Tatsache, daß die Waffen in den Händen des Proletariats waren und der alte Staatsapparat, insbesondere die alte Armee, funktionsunfähig war, waren für diese Notwendigkeit folgende Gründe ausschlaggebend:

Das Proletariat war

„infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins und der ungenügenden Organisiertheit“

(Lenin: „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“, 1917, Werke Band 24, S. 4)

noch nicht dazu bereit, die objektiv konterrevolutionäre (wenn auch momentan zum Losschlagen *unfähige*) Regierung der Bourgeoisie zu *stürzen*.

Vielmehr hatte die Mehrheit der Arbeiterklasse dieser Regierung *selbst* die Macht *freiwillig* und vertrauensselig eingeräumt.

Diese objektiv konterrevolutionäre imperialistische Regierung hatte ihren Charakter noch nicht durch *Taten* bewiesen.

Die Lage war also dadurch gekennzeichnet,

„daß gegen die Massen keine Gewalt angewandt wird, und schließlich durch die blinde Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber der Regierung der Kapitalisten, der ärgsten Feinde des Friedens und des Sozialismus.“

(Ebenda)

Schließlich handelte es sich in dieser Zeitspanne *nicht* darum, daß diese Regierung keine Gewalt gegen das Volk anwenden *wollte*, sondern darum, daß sie keine Gewalt anwenden *konnte*. (Allerdings arbeitete die Bourgeoisie natürlich fieberhaft daran, ihre Reste des alten Staatsapparates zusammenzufassen, Truppen zur Konterrevolution aufzustellen usw.)

Da einerseits der schwer angeschlagene reaktionäre Staatsapparat *noch* außerstande war, mit Gewalt gegen das Volk vorzugehen, andererseits *noch* ein fast blindes Vertrauen der Massen genoß, dazu in der Gestalt der Sowjets bereits revolutionäre Machtorgane entstanden waren, denen es allerdings an Erfahrungen fehlte und in denen die Bolschewiki erst eine Minderheit bildeten, kam es darauf an – und war es auch möglich! –, Kurs auf eine Phase der „friedlichen Entwicklung der Revolution“ zu nehmen.

tion“ zu nehmen, das heißt, die Mehrheit der Massen zu gewinnen, die Eroberung der Mehrheit der Sowjets auf „*friedliche*“ Weise durchzuführen, um so die Bildung einer auf die Macht der Sowjets gestützten provisorischen *revolutionären Regierung* anzustreben.

Die *Losung* des weiteren Bürgerkriegs, also des bewaffneten Kampfes auszugeben, wäre unter diesen Bedingungen völlig falsch gewesen und hätte zu einem schweren Rückschlag geführt, da sie nicht den Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Situation entsprach.

In der „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“ heißt es über diese Phase der Revolution in Rußland:

„Das bedeutete, daß Lenin nicht zum Aufstand gegen die Provisorische Regierung aufrief, die in diesem Moment das Vertrauen der Sowjets genoß, daß er nicht ihren Sturz forderte, sondern danach strebte, durch Aufklärungs- und Werbearbeit die Mehrheit in den Sowjets zu gewinnen, die Politik der Sowjets zu ändern, durch die Sowjets aber die Zusammensetzung und die Politik der Regierung zu ändern.

Das war die Einstellung auf eine friedliche Entwicklung der Revolution.“

(„Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“, S. 233.)

Daß dieser Weg in der gegebenen Zeitspanne der *einzig* richtige war, bedeutet nicht, daß er auch mit Sicherheit realisiert werden konnte. Daher ließ Lenin trotz Kurs auf eine „*friedliche Entwicklung*“ der Revolution keinen Augenblick außer acht, daß im nächsten Augenblick wieder der Kampf mit den Gewehr- kugeln, der Bürgerkrieg, auf die Tagesordnung gesetzt werden könnte, was er und die Bolschewiki keineswegs verschwiegen, sondern offen aussprachen.

Wie bekannt, gelang es *nicht*, die Situation für eine friedliche Entwicklung im Sinne der erfolgreichen Weiterführung der Revolution auszunutzen, sondern lediglich im Sinne der Eroberung der Unterstützung und Sympathie der *Massen*, vor allem der Arbeiterklasse. Die konterrevolutionäre Regierung verfügte schließlich über genügend Truppen, um wieder zu beginnen, die Revolution zu entwaffnen und zu unterdrücken, und der *zweite Bürgerkrieg*, die Oktoberrevolution, nahm in der Form des bewaffneten Aufstandes ihren siegreichen Lauf.

5) Die Auswertung der Erfahrungen der „Doppelherrschaft“ im Lichte des wissenschaftlichen Kommunismus gegen die revisionistischen Theoretiker des „friedlichen Weges“

Unserer Meinung nach ist eine erfolgreiche Auswertung der Erfahrungen der „Doppelherrschaft“ nur möglich im Kampf gegen die revisionistischen Theorien vom „*friedlichen Weg*“.

Die Phase, als sich im Gesamtprozess der Revolution, wie Lenin sagte, „der *friedliche Weg* der Vorwärtsentwicklung“ eröffnete, ist eben gerade an solche *Bedingungen geknüpft*, die den Revisionisten die Suppe restlos versalzen und alle ihre Theorien gründlich widerlegen.

Sie war *nur* möglich auf der Basis des *Bürgerkriegs im Februar*.

Erst durch den bewaffneten Februaraufstand war die Grundvoraussetzung erfüllt, daß die Arbeiterklasse, die werktätigen Massen *bewaffnet* waren.

Durch die Februarrevolution, den Aufstand des Proletariats und seinen bewaffneten Kampf war bereits massiv begonnen worden, den alten Staatsapparat zu zerschlagen.

Als weiteres sehr wesentliches Moment kommt schließlich noch die durch den Ersten Weltkrieg hervorgerufene Gesamtsituation hinzu (was wir nur der Vollständigkeit halber anführen).

„*Friedliche*“ Weiterentwicklung der Revolution – auf der Basis des *bewaffneten Kampfes* des Proletariats, der begonnenen *Zerschlagung des Staatsapparates* der herrschenden Klasse – das ist der Begriff, den Lenin und Stalin davon hatten.

Für Lenin, Stalin und die Bolschewiki war also klar, daß dies kein Übergang ohne Anwendung revolutionärer Gewalt bedeutete. Es ging lediglich um die Möglichkeit, auf der Basis der durch den Bürgerkrieg vom Februar 1917 geschaffenen Grundvoraussetzungen die Diktatur des Proletariats durch die bewaffnete Arbeiterklasse zu errichten, ohne daß ein erneuter Bürgerkrieg geführt werden mußte.

Über eine solche Möglichkeit – wohlgemerkt, in bezug auf eine bestimmte Phase im Gesamtprozeß einer Revolution – kann man reden und diskutieren, eine *solche* Möglichkeit (insbesondere in jenen Ländern, wo die Zerschlagung des alten Staatsapparates in der ersten Etappe der Revolution bereits durch den bewaffneten Kampf der Volksmassen weitgehend „erledigt“ wird, so daß die zweite Etappe möglicherweise „*friedlich*“ durchgeführt werden kann) ist *nicht* prinzipiell ausgeschlossen, wobei auch das nicht heißt, daß Waffenbesitz und Waffengewalt des Proletariats sowie Gewaltanwendung überhaupt entbehrt werden können, sondern lediglich, daß ein erneuter Bürgerkrieg unter gewissen Umständen vermeidbar ist.

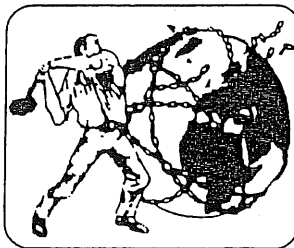
Aber ein solcher Begriff des „*friedlichen Weges*“ hat überhaupt nichts mit der Lage in den Ländern des imperialistischen Welt-systems zu tun und ist insbesondere nicht in den hochkapitalistischen Ländern anzuwenden, in denen der Staatsapparat durch keine vorausgegangenen bewaffneten Auseinandersetzungen angeschlagen bzw. paralysiert ist, seine bewaffneten Formationen aufgebläht sind denn je, während das Proletariat und die Werktätigen unbewaffnet sind. In solchen Ländern und Situationen muß die Zerschlagung des alten Staatsapparates erst erfolgen und kann sie *nur* durch den *bewaffneten Kampf des Proletariats*, durch den *bewaffneten Aufstand* erfolgen als Auftakt und Bestandteil der proletarischen Revolution und als entscheidender Schritt auf dem Weg zum Sozialismus.

Somit stellt sich heraus, daß die Äußerungen Lenins und Stalins über eine Phase der „*friedlichen Vorwärtsentwicklung*“ der Revolution in der Zeitspanne der „Doppelherrschaft“ die *Prinzipien und Gesetzmäßigkeiten bestätigen*, daß die Zerschlagung des alten Staatsapparates durch den bewaffneten Kampf erfolgen muß, daß die Arbeiter und die werktätigen Massen bewaffnet sein müssen, daß der alte Staatsapparat unbedingt zerschlagen werden muß.

Es liegt also *überhaupt* kein Grund vor, an der Propaganda für den *bewaffneten Kampf des Proletariats und der Volksmassen*, an der *Propaganda für die unbedingt notwendige gewaltsame Zerschlagung des alten Staatsapparates irgendeine Änderung* vorzunehmen, weil Lenin und Stalin in einer Situation, für die es heute nirgendwo eine Parallele gibt, von der Möglichkeit eines „*friedlichen Weges*“ gesprochen haben.

Dieser Auszug aus „Rot Front“ Nr. 11/12/13/14 „Zur ‚Polemik‘. Die revisionistische Linie des 20. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)“ ist eine Beilage zum Flugblatt von September-Oktober 2007 von „Gegen die Strömung“ mit dem Titel „90 Jahre Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland: Der siegreiche bewaffnete Aufstand des Proletariats gegen die Bourgeoisie“.

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

11-12/07

November-Dezember 2007

Erfahrungen des Streiks der Lokführer und Lokführerinnen und des anderen Fahrpersonals der Bahn:

Die Tricks und Drecksargumente gegen die berechtigten Kämpfe der Werktätigen bei der Bahn entlarven!

Am 6. August 2007 beschlossen die Lokführerinnen und Lokführer, sowie auch Zug- und Servicebegleiter und Begleiterinnen bei der Deutschen Bahn, die in der Gewerkschaft GDL organisiert sind, den unbefristeten Streik. Ihre Forderungen waren: ein eigener Tarifvertrag, eine Lohnerhöhung von bis zu 31 % und eine Arbeitszeitverringerung von 41 auf 40 Stunden. Anfang August begann daraufhin der bisher längste Streik von Eisenbahnern in Deutschland, der wiederholt und mehrere Tage lang den Personen- und Güterverkehr auf der Schiene großteils lahm legte. Angesichts der massiven Lohneinbußen in den letzten Jahren und der enorm verschärften Arbeitsbedingungen im Fahrdienst steht die Unterstützung und Solidarität mit diesem berechtigten Kampf der Lokführerinnen und Lokführer und anderen Werktätigen dieses Bereichs gegen verschärfte Ausbeutung außer Zweifel.

Dennoch ist bei diesem Streik eine schwer zu durchschauende Gemengelage entstanden: Dieser Streik wird nicht von der Teilgewerkschaft des DGB in diesem Bereich, der Transnet (die eher der SPD nahe steht) geführt, sondern von der GDL, einer Gewerkschaft, die Mitglied im CDU-nahen Deutschen Beamtenbund ist. Zugleich hat sich eine riesige Kampagne gegen diesen Streik gebildet. Diese reicht von der Bundesregierung, bürgerlichen Parteien und Medien, den Kapitalistenverbänden bis hin zu den Führungen der Teilgewerkschaften des DGB, Transnet, IG-Metall, Verdi, um nur die wichtigsten zu nennen. Angesichts dieser Lage scheint es uns zentral, die Tricks und Drecksargumente dieser Anti-Streik-Kampagne zu entlarven, um die berechtigten Kämpfe der Werktätigen zu verteidigen *ohne* die falschen Freunde aus der Schusslinie zu nehmen. Die mehrfach ausgesprochenen gerichtlichen Streikverbote zeigen nicht zuletzt, wie absurd es ist, einen Zustand als „Neoliberalismus“ zu bezeichnen, der durch zunehmende Verschärfung der staatlichen Unterdrückung charakterisiert ist. Die Streikergebnisse einzuschätzen ist momentan schwierig. Noch wichtiger als die konkreten Ergebnisse sind so oder so aber die in diesem bedeutsamen Streikkampf gemachten Erfahrungen.

Verschärfte Ausbeutung der Bahn-Werkstätigen

Trotz Teilprivatisierung ist die Deutsche Bahn immer noch ein staatlich-kapitalistischer Großbetrieb. 2006 gab es noch zirka 230.000 Beschäftigte bei der Bahn, darunter 20.000 Lokführer und 12.000 Werkstätige des Fahrdienstes.

Die Schichtung der Werkstätigen innerhalb von staatlich-kapitalistischen Großbetrieben in Deutschland hat bestimmte Besonderheiten, die gerade für Kämpfe gegen verschärfte Ausbeutung von Bedeutung sind.

Die Bahn als staatlich-kapitalistischer Großbetrieb hat ähnlich wie die Post eine große Anzahl an Beamten beschäftigt. Dies war und ist auch noch im Bereich Fahrpersonal so. Von den ca. 20.000 Lokführerinnen und Lokführern sind noch zirka 8.000 Beamte. Vom übrigen Fahrpersonal, dessen Gesamtzahl sich auf zirka 12.000 beläuft, sind noch zirka 1.600 Beamte. Alle anderen sind Angestellte. In Ostdeutschland gibt es keine Beamten unter dem Fahrpersonal, d. h. das gesamte verbeamtete Fahrpersonal arbeitet in Westdeutschland. Das kommt daher, dass das Bahn-

personal aus Ostdeutschland nach der Einverleibung der DDR 1990 – wenn überhaupt – lediglich als Angestellte von der Deutschen Bahn übernommen wurde. Beamte bei der Bahn sind im Vergleich zu Angestellten in der Regel schwerer kündbar und haben auch höhere Rentenansprüche.

In der Gewerkschaft der deutschen Lokomotivführer (GDL), sind im Juli 2007 von den ca. 20.000 Lokführern und Lokführerinnen, die bei der Deutschen Bahn arbeiten, rund 15.000 organisiert. Außerdem sind noch ca. 4.000 Zug- und Servicebegleiter und –begleiterinnen Mitglied der GDL (taz 3.7.07).

Die Ausbeutung wurde in den letzten Jahren enorm verschärft. Von 1991 bis 2006 wurden rund 230.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert, darunter die Arbeitsplätze von ca. 21.000 Lokführern und –führerinnen. Dies bedeutet eine Halbierung der Zahl der Bahn-Beschäftigten. Gleichzeitig sind die Reallöhne nach Schätzungen in den letzten 15 Jahren um ca. 10 bis 30 Prozent gesunken. Die Arbeitsbedingungen haben sich massiv verschlechtert. 2005 wurde die Arbeitszeit um eine Stunde erhöht. Die Schichten dauern gemäß einer von Transnet abgeschlossenen Betriebsvereinbarung bis zu

Den Nazis die richtige Antwort geben! Antifaschistischer Widerstand gegen antisemitische Provokation in Prag

Für den 10. November planten tschechische, slowakische und auch viele deutsche Nazis einen Marsch durch das Prager jüdische Viertel. Eine antisemitische Provokation am Jahrestag des Novemberpogroms. Trotz des Versuchs der Nazis, ihren Aufmarsch als Protest gegen den Irak-Krieg zu deklarieren, war das eigentliche Ziel deutlich. Aufgerufen hatten die sogenannten „Jungen nationalen Demokraten“, die Teil des Nazi-„Blood and Honour“-Netzwerkes sind. Wie schon bei Nazi-Konzerten in Tschechien mobilisierten auch viele deutsche Nazis nach Prag.

Doch sie hatten die Rechnung ohne den konsequenten antifaschistischen Widerstand gemacht. An verschiedenen Orten hatten antifaschistische Gruppen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und die Jüdische Liberale Union zum „aktiven Widerstand“ gegen diese antisemitische Provokation aufgerufen.

In einem Aufruf sächsischer Antifagruppen heißt es solidarisch mit den tschechischen Antifaschisten:

„Wir sind in keiner Form gewillt einen Tag nach dem Gedenken für die Reichspogromnacht Antisemiten ungestört ihre Hetze verbreiten zu lassen.“

Wir erachten es deshalb ausdrücklich als legitim, mit allen Mitteln den Nazis entgegen zu treten.

Daher unterstützen wir den Aufruf der Antifa Prag, den Nazi-Aufmarsch zu blockieren.“

Der Nazi-Aufmarsch wurde zwar verboten und das jüdische Viertel wurde durch antifaschistische Blockaden abgeriegelt – insgesamt beteiligten sich 2.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten an den Blockaden –, jedoch versuchten bis zu 400 Nazis durchzukommen und zogen in Kleingruppen durch die Stadt. Alle Versuche wurden von den Antifaschisten militant abgewehrt. Die Nazis holten sich teilweise blutige Nasen.

Nur durch den militanten organisierten Widerstand konnte die Nazi-Provokation abgewehrt werden.

14 Stunden. Durch „flexible“ Schichtpläne ergeben sich unregelmäßige Arbeitszeiten. Sicherheitseinrichtungen an den Gleisen etwa der Güterbahnhöfe werden vielfach demontiert, um Wartungskosten zu sparen. Dazu kommt, dass Lokführer im Regionalverkehr zumeist nicht einmal auf die Toilette gehen können. Der Bahnvorstand will zudem durchsetzen, dass die Anfahrtszeiten zu den jeweiligen Einsatzorten nicht mehr bezahlt werden, was eine unbezahlte Arbeitszeitverlängerung bedeuten würde.

Die enormen Profite der Bahn sind Ergebnis dieser verschärften Ausbeutung der Werkstätigen der Bahn. So hat sich der Konzerngewinn der Deutschen Bahn AG von 2005 bis 2007 verdreifacht und lag 2006 bei 2,4 Milliarden Euro. Das Management genehmigte sich eine Versechsfachung seiner Bezüge seit 1999.

All diese Maßnahmen der verschärften Ausbeutung werden von der Bahn erpresserisch mit der geplanten „Privatisierung“ begründet. Ansonsten sei die Deutsche Bahn nicht „wettbewerbsfähig“ und nicht „reif“ für den geplanten „Börsengang“. Offen wurde gedroht, dass 7 % mehr Lohn angeblich die Vernichtung von 8.000 Arbeitsplätzen nach sich ziehe. (Handelsblatt, 7.7.2007).

Bei der Bahn ist es nicht anders als bei der Post und anderen Staatsbetrieben, die privatisiert werden sollen oder teilweise oder ganz schon privatisiert wurden: Die Werkstätigen sollen mit der drohenden Privatisierung bzw. der drohenden Ausweitung der Privatisierung eingeschüchtert werden, damit sie die systematische Zerschlagung erkämpfter Schutzmaßnahmen und verschärfte Ausbeutung kampflos hinnehmen.

Doch das Fahrpersonal der Bahn ließ sich von diesen Tricks und Manövern nicht einschüchtern und begann den Kampf gegen die immer weiter verschärfte Ausbeutung.

Der Streik ab Juli 2007

Die Führung der Transnet und der GDBA sorgen für einen schnellen und lächerlich geringen Tarifabschluss nach ersten Warnstreiks im Juli 2007

Am 2.7. hatten 500 Arbeiter und Arbeiterinnen nach einem Aufruf der Gewerkschaften Transnet und GDBA, beide organisiert unter dem Dach des DGB, an 13 Standorten für zwei Stunden die Arbeit niedergelegt. Die Streikforderung lautete: 7 % mehr Lohn. Am 3.7. begannen die Beschäftigten, die in der Gewerkschaft GDL organisiert sind, ebenfalls ihren Arbeitskampf mit einem Warnstreik. Teile des Schienenverkehrs waren in der Zeit von fünf bis neun Uhr weitgehend lahm gelegt. Doch bereits am 5.7. kündigte der Vorsitzende der Transnet und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Bahn Hansen an, dass eine Einigung mit der Bahn in Aussicht steht. Transnet und GDBA brachen umgehend alle Arbeitskämpfmaßnahmen ab. Am 9.7. präsentierte Hansen das Ergebnis: 4,5 % mehr Lohn ab dem 1.1.2008 und eine Einmalzahlung von 600 Euro. Angesichts der Reallohneinbußen und der Verschärfungen der Arbeitssetze in den letzten Jahren war dieses lächerlich geringe Ergebnis im Schnellverfahren eine Ohrfeige für die Beschäftigten der Bahn.

Die Streiks unter Führung der GDL vom August bis November 2007

Mit diesem Ergebnis wollten sich die in der GDL organisierten Beschäftigten des Fahrpersonals nicht abspesen lassen. Die GDL begann mit der **Urabstimmung**. Die Forderung lautete: bis zu 31 % mehr Lohn (für die niedrigste Lohngruppe) sowie eine Verringerung der Arbeitszeit von 41 auf 40 Stunden. Die GDL forderte zudem einen eigenen Tarifvertrag, der die erschwerten Arbeitsbedingungen für das Fahrpersonal berücksichtigt. Zum Fahrpersonal zählen die Lokführer, Zugbegleiter und das Gastronomiepersonal.

Die Transnet-Führung fiel den Vorbereitungen zu diesem Streik offen in den Rücken. Sie inszenierte eine Unterschriftenaktion gegen die Urabstimmung der GDL. Die Transnet- und die GDBA-Führung erklärten sogar, ihre Mitglieder seien zum Streikbruch bereit (jW, 7.8.07). Die Bahn ihrerseits hatte verboten, dass die Urabstimmung in den Zügen stattfand.

■ Als Ergebnis der Urabstimmung konnte am 6.8. allerdings verkündet werden: **95,8 Prozent für einen unbefristeten Streik**. Nach dem eindeutigen Ergebnis der Urabstimmung ruderte der Transnet-Chef Hansen zurück und schloß nun verbal Streikbruch aus (jW, 8.8.07).

Da die GDL ihre nächste Streikaktion eine Woche vorher ankündigte, hatte die Bahn ausreichend Gelegenheit, sich irgendein Arbeitsgericht zu suchen, das ein „Streikverbot“ aussprechen sollte. Durch einstweilige Verfügung **verbot das Arbeitsgericht Nürnberg der GDL Streiks im Güter- und Fernverkehr bis September 2007** mit der Begründung, dass diese „der gesamten Volkswirtschaft immense wirtschaftliche Schäden“ zufügen würden. Die GDL beugte sich dem Urteil und setzte ihre Streiks zunächst aus. Andernfalls waren ihr 250.000 Euro „Ordnungsgeld“ angedroht worden, gewiss keine Kleinigkeit.

Die Streikenden änderten nun ihre Taktik und bestreikten zunächst nur den Personennahverkehr, denn der war von dem Streikverbot nicht betroffen. Die GDL stimmte dann im Widerspruchsverfahren vor dem Arbeitsgericht Nürnberg einem „Vermittlungsverfahren“ mit Figuren wie Biedenkopf und Geißler zu, während dessen sie auf Streiks verzichtete. Das Vermittlungsverfahren scheiterte am 20.9. endgültig.

Die GDL kündigte für den 5.10. bundesweite befristete Streiks im Güterverkehr und im Personenverkehr an. **Nun verbot das Arbeitsgericht Chemnitz den Lokführern den Fern- und Güterverkehr zu bestreiken.**

■ Am 5.10. stand in ganz Deutschland ein Großteil des Personenverkehrs auf der Schiene still. Rund die Hälfte der Nahverkehrszüge und ein Drittel der Fernverkehrszüge (wegen dem Streik im Regionalverkehr) fielen aus.

In Berlin und Frankfurt am Main setzte die Bahn mit Polizeigewalt ihr „Hausrecht“ durch. Die Streikenden mussten die Bahnhöfe verlassen.

■ Am 12.10. wurde ganztägig im Regionalverkehr gestreikt. 85 % der Regional- und S-Bahn-Züge waren betroffen, ca. 7.000 Lokführer beteiligten sich am Streik (taz, 13.10.07).

Die Bahn AG erteilte nach diesen ersten Streiks insgesamt mehr als 200 Abmahnungen und sprach mindestens 10 fristlose Kündigungen für Lokführer und Lokführerinnen aus (AP, 22.10.07).

Die Bahn legte dann ein angeblich „neues Angebot“ vor. Dieses „Angebot“ stellte nichts als eine weitere Verhöhnung der Streikenden und Irreführung der Öffentlichkeit dar.

■ Am 18.10. wurde der Streik im Nahverkehr von 2.00 bis 11.00 Uhr fortgesetzt. Im Osten Deutschlands fuhren 85 % der Züge nicht. Im Westen standen etwas mehr als 50 % der Züge im Nahverkehr still (Pressemittteilung der GDL vom 18.10.07). Dort konnten Beamte als Streikbrecher eingesetzt werden.

■ Am 25.10. traten insgesamt 4.000 Beschäftigte des Fahrpersonals im Nahverkehr in einen 30-stündigen Streik. In Ostdeutschland gelang es wiederum, den Zugverkehr fast vollständig lahm zu legen. Im Westen kam es laut der GDL nur zu „starken Beeinträchtigungen“, da wiederum verbeamtete Lokführer zu Streikbrechereinsätzen bereit waren.

Erst am 2.11. wurde es der GDL gerichtlich wieder „erlaubt“, auch im Güter- und Fernverkehr zu streiken.

■ Am 8.11. begann dann ein 42-stündiger Streik im Güterverkehr. Es beteiligten sich ca. 2.600 von 5.500 im Güterverkehr beschäftigten Lokführern. Ca. 1.000 Güterzüge konnten am 8.11. nicht fahren. Am 10.11. in der Zeit von 0.00 Uhr bis 6.00 Uhr standen wiederum fast alle Güterzüge still (Pressemeldung der GDL vom 10.11.2007).

■ Am 15.11. begann die GDL einen 62-stündigen Streik des gesamten Fahrpersonals, außer den Lokführern auch Zugbegleiter, Werkstätige der Bordgastronomie, Rangierlokfürer und andere. Die Bahn reagierte unter anderem mit einer millionenschweren Anzeigenkampagne in großen Tageszeitungen („Stoppen Sie diesen Wahnsinn, Herr Schell!“). Die Bundesregierung „warnte“ vor den „volkswirtschaftlichen Auswirkungen“ des Streiks.

Die Bahn hatte vor Streikbeginn erklärt, dass es kein neues Angebot an die GDL geben werde. Der Aufsichtsrat der Bahn AG forderte den Bahn-Vorstand einstimmig auf, den Forderungen der GDL nicht nachzukommen. Das alles konnte den größten Bahn-Streik nicht aufhalten. Weite Teile des Bahnbetriebs wurden durch den Streik zum Stillstand gebracht. Auch bei den Seehäfen zeigte der Streik Wirkungen.

Unter dem Druck dieses Streiks und drohender weiterer Streiks sah sich die Bahn AG nunmehr gezwungen, mit einem angeblich „wesentlich verbesserten Angebot“ an die GDL heranzutreten. Zusätzlich zu der mit der Transnet und GDBA vereinbarten Lohnerhöhung von 4,5 % enthält das Angebot lediglich weitere zwei Prozent sowie – wie schon zuvor – die Bezahlung von Mehrarbeit. Außerdem ist von einer Anhebung von Zulagen die Rede.

Mit der Zusage, dass die GDL eine Art von eigenständigem Tarifvertrag erhalten würde, hat die GDL-Führung Verhandlungen mit der Bahn AG aufgenommen. Bis zu deren Abschluss sagte die GDL-Führung den Verzicht auf weitere Streiks zu. Außen vor bleiben allerdings die Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter sowie Werkstätigen des Gastronomiebereichs, die gemeinsam mit den Lokführerinnen und Lokführern gestreikt haben. Die von der GDL ursprünglich geforderte Einbeziehung der Zugbegleiter und Gastronomie-mitarbeiter sei durch die jetzt vereinbarten Eckpunkte „vom Tisch“, äußerte die GDL-Sprecherin Seibert (jW, 5.12.07).

Fakt ist: Nur durch die Streiks in den letzten Wochen und Monaten konnte die Bahn AG überhaupt zu Zugeständnissen gezwungen werden. Dass es den vergleichsweise wenigen GDL-Streikenden gelungen ist, den riesigen Bahn-Konzern wiederholt und über mehrere Tage hinweg weitgehend lahm zu legen, ist eine **überaus wichtige konkrete Erfahrung, die weit über den Bahn-Bereich hinaus bedeutsam ist.**

Deutsche Bahn – ein weltweit expandierender Großkonzern des deutschen Imperialismus

Die Deutsche Bahn ist in 150 Ländern, teilweise über ihre Tochterfirmen Schenker und Railon, tätig. Sie beteiligt sich weltweit auch an Hafen-Anlagen, am Transportwegbau, an Luftfrachtfirmen und an der Schifffahrt. In Deutschland und international hat die Deutsche Bahn bereits 200 Unternehmen aufgekauft. In Europa steht sie bereits an führender Stelle im Güter- und Personenverkehr, im weltweiten Lufttransport an zweiter Stelle (nach DHL, einem Tochterunternehmen der Deutschen Post) und im weltweiten Seefrachtverkehr an dritter Stelle. Sie ist seit dem Jahre 2005, nach der Übernahme der US-Logistikfirma Bax mit 12.000 Beschäftigten, der zweitgrößte Logistikkonzern der Welt. (Der größte Logistikkonzern der Welt ist die Deutsche Post.) Für die Übernahme von Bax bezahlte die Deutsche Bahn 940 Millionen Euro.

Firmenübernahmen und Beteiligungen an anderen Firmen werden von der Deutschen Bahn kontinuierlich durchgeführt. Die Deutsche Bahn hat Ende diesen Jahres die größte britische Güterbahn, die EVWS übernommen, die zwei Drittel des gesamten britischen Schienen-Güterverkehrs kontrolliert. Da EVWS auch den Ka-

naltunnel zwischen Frankreich und Großbritannien betreibt, konnte die Deutsche Bahn mit dieser Übernahme auch erstmals in Frankreich Fuß fassen. Im Sommer diesen Jahres kaufte sie die Mehrheit der spanischen Güterbahn Transfesa und ging ein Joint Venture mit der Russischen Eisenbahn (RZD) ein. Kurz zuvor ging sie bereits mit Bahngesellschaften in Polen und Weißrussland Joint Ventures ein. Im europäischen Schienen-güterverkehr ist die Deutsche Bahn zudem mit aufgekauften Unternehmen in Dänemark, den Niederlanden, Italien und der Schweiz vertreten. In China eröffnete die Bahn-Tochter Schenker mit einem deutsch-chinesischen Joint Venture ein neues Logistikcenter in Peking. Schenker ist bereits seit 1970 in China aktiv und besitzt dort das erste Gemeinschaftsunternehmen mit einer ausländischen Mehrheitsbeteiligung in Höhe von 70 Prozent. Im Land-Containerverkehr von und nach China ist die Deutsche Bahn führend. Jüngste internationale Aktivitäten der Deutschen Bahn finden sich in Frankreich, wo sie der französischen Staatsbahn SNCF im großen Stil Konkurrenz machen und zudem die Lyoner S-Bahn kaufen möchte, in der Türkei, in Saudi-Arabien, am Persischen

Golf, in Indien, in Tschechien und Ungarn. Am 6. Dezember wurde bekannt, dass die Deutsche Bahn das britische Bahnunternehmen Chiltern Railways übernehmen will. Damit steigt sie zum ersten Mal im großen Maßstab auch außerhalb Deutschlands in den Schienenpersonenverkehr ein.

Die Deutsche Bahn ist zugleich das sechstgrößte Busunternehmen in Europa. Ende Juli diesen Jahres begann mit der Übernahme eines dänischen Busunternehmens der internationale Einstieg der Deutschen Bahn auch in diesem Bereich.

Der Konzern profitiert auch immer mehr von den sich weiter steigenden internationalen Aktivitäten der Bundeswehr durch die Bewirtschaftung der Lager der deutschen Armee und die damit verbundenen Transporte.

Quellen: FR 17.11.05, Politische Berichte 28.06.07, www.bahn.vonunten.de/DammbruchDBSNCF.htm, Extrablatt der Basisinitiative in der Bahngewerkschaft Transnet vom 4.12.2007, www.bahn.vonunten.de/tiefenseestille.htm, German-Foreign-Policy.com 11.09.05 und 27.11.07, Handelsblatt.com 23.07.07, <http://andreasobi.blogspot.com/2007/06/>, jW 07.12.07

Streiks und Demonstrationen der Eisenbahner und anderer Werktätiger sowie Studentinnen und Studenten in Frankreich

In Frankreich streikten und demonstrierten in den letzten Wochen Hunderttausende von Eisenbahn-Beschäftigten und andere Werktätige des öffentlichen Dienstes. Sie protestierten vor allem gegen die Pläne der Sarkozy-Regierung, die Lebensarbeitszeit von rund 500.000 Werktätigen in öffentlichen Betrieben zu verlängern sowie gegen die massenhafte drohenden Arbeitsplatzvernichtungen im gesamten öffentlichen Dienst.

Schon am 18. und 19. Oktober 2007 hatten die Eisenbahner mit einem landesweiten Warnstreik ein Zeichen gesetzt. Nahezu der gesamte Zugverkehr in Frankreich stand still. 75 Prozent der Bahnbeschäftigten hatten sich am Streik beteiligt, so viele wie seit 50 Jahren nicht mehr. Im Streik standen auch die Werktätigen der Pariser Verkehrsbetriebe, der Energiekonzerne sowie der Post. Arbeiter der Stromlieferanten stellten auf Sarkozys Wochenendsitz westlich von Paris den Strom ab. 300.000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige gingen in Demonstrationen und Kundgebungen auf die Straße.

Am 13. und 14. November, also knapp vier Wochen später, begann dann der unbefristete Transportstreik. 8 Tage lang standen die Züge und die öffentlichen Verkehrsmittel in Paris und anderen Städten weitgehend still. Dabei gingen die Streikenden auch aktiv gegen Streikbrecher vor. So hatten am Pariser Pendlersankt Lazare Streikposten durch Gleisbesetzungen verhindert, dass Ersatzzüge die Depots verließen. Kaum bekannt ist, dass die streikenden Eisenbahner in Frankreich keinerlei Unterstützung aus gewerkschaftlichen Streikkassen erhalten.

Gleichzeitig mit den Streikenden bei der Bahn protestierten Studentinnen und Studenten an mindes-

tens 56 der 85 Hochschulen, um sich gegen die zunehmende Privatisierung der Universitäten zu wehren. Sie blockierten einen großen Teil der Universitäten ganz oder teilweise. Die Polizei ging in Paris, Lyon, Nantes, Nanterre und Montpellier mit Knüppeleinsatz gewaltsam gegen die Hochschul-Blockaden vor. Studentische Aktivistinnen und Aktivisten nahmen solidarisch an den Blockaden von Bahnanlagen und Demonstrationen der Eisenbahnerinnen und Eisenbahner teil.

Am Dienstag, 20. November, traten zusätzlich noch zahlreiche Sektoren des sonstigen öffentlichen Dienstes in einen 24-stündigen Streik: Werktätige bei France Télékom und Air France, Krankenschwestern und Pfleger, Lehrerinnen und Lehrer sowie Postangestellte.

Am selben Tag gingen Frankreichweit wiederum mehr als 500.000 Werktätige auf die Straße.

Über die Fortsetzung des Bahnstreiks haben die Streikenden täglich in den 100 Betriebsversammlungen entschieden, die in ganz Frankreich in Bahnhöfen und besetzten Bahndepots stattfanden. Der starke Druck der Basis in den Vollversammlungen verhinderte die Versuche der abwieglischen Gewerkschaftsführungen, den Streik sehr rasch zu beenden. Auf der Pariser Demonstration am 20.11., an der sich rund 70.000 Streikende beteiligten, bekam der sozialdemokratische CFDT-Gewerkschaftsführer Chêrèque, der besonders offen den Streikabbruch betrieb, die Wut und Empörung der Streikenden zu spüren. Er wurde als Kollaborateur Sarkozys und des Kapitals bezeichnet und musste nach einer halben Stunde fluchtartig die Demonstration verlassen.

Quellen: jW 19.10., 20.10., taz 14.11., jW 17.11., taz, 17.11., jW 20.11., 22.11., Artikel im Laboumet vom 15.11., 16.11., 22.11.07

Solidarität

Der GDL-Streik hatte in der Öffentlichkeit eine relativ breite Sympathie. Trotz der von der Bahn AG und der Bundesregierung als deren Eigentümer organisierten Hetzkampagne gelang es den Streik-Gegnern bis zuletzt nicht, dies umzukehren. Eine große Rolle spielte dabei, dass es viele Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige für gut hielten, dass sich eine Gruppe von Werktätigen so spürbar und mit so massiven Auswirkungen zur Wehr setzte.

Die Aktionen direkter Unterstützung und Solidarität waren allerdings, vor allem zu Beginn, ziemlich schwach und entwickelten sich auch erst langsam. Ein Hauptgrund dafür war, dass von Seiten der DGB-Führung und ihres Apparats eine Mauer der Ablehnung gegen diesen Streik aufgerichtet worden war, die durchbrochen werden musste. Erst die andauernde Streikentschlossenheit der Lokführerinnen und Lokführer, die ihren Kampf trotz Verboten und heftigen Anfeindungen vom Juli bis in den November hinein fortsetzten, bewirkte eine Zunahme der praktischen Solidarität. Einige Beispiele:

■ Der „Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten“ (darin sind beim DGB und seinen Teilgewerkschaften Beschäftigte organisiert) solidarisierte sich mit dem Streik des Fahrpersonals: „Wenn es euch gelingt, durch euren Streik dem DB Konzern einen guten Tarifvertrag für das Fahrpersonal abzurufen wird dies für die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Deutschland einen wichtigen Impuls bedeuten.“

■ Am 6.10. waren Streikende des Otto-Konzerns, die seit dem 28.09. für höhere Löhne streikten, zum Hamburger Hauptbahnhof gezogen und haben den streikenden Lokführern eine Grußbotschaft überbracht (jW, 8.10.07).

■ In einem Aufruf von DGB-Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern heißt es: „Nicht der, der kämpft, spaltet! Ein gemeinsamer Arbeitskampf könnte schnell gewonnen werden, wenn die anderen Bahngewerkschaften sich dem Kampf anschließen. [...] Der Angriff der Arbeitgeber muss gemeinsam abgewehrt, das Streikrecht verteidigt werden! Wir fordern: Solidarität ALLER Gewerk-

schaften mit dem Bahn-Streik!“ (www.bahnstreik-soli.de)

■ 26 Betriebsräte und Vertrauensleute bei Daimler in Bremen: „Als aktive IG Metalller halten wir Euren Streik für absolut gerechtfertigt, zumal ihr nichts anderes einfordert, als einen Facharbeiterlohn, als menschenwürdige Arbeitsbedingungen in einer hoch verantwortungsvollen Arbeit. Ja, wir sind entschlossene Befürworter einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung. Wir brauchen sie, um schlagkräftig zu sein (und wir bräuchten sie, um jetzt z. B. dem Nürnberger Gericht und Herrn Mehdorn die gemeinsame deutliche Antwort aller Arbeiter zu geben, egal, ob Lokführer oder Metallarbeiter). Wer im Verein mit Mehdorn von Spaltung redet, sich gleichzeitig offen für die Privatisierung der Bahn ausspricht und dann noch öffentlich zum Streikbruch aufruft, der hat in einer Gewerkschaft nichts zu suchen. In diesem Sinne: Lasst euch nicht entmutigen und macht weiter!“

■ Hamburger Transnet-Funktionäre erklärten sich solidarisch mit GDL-Streik: „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarifvertrag – das wäre zwar schön und würde die Position der Beschäftigten sehr stärken – davon sind wir bei der Bahn aber weit entfernt mit der Zersplitterung in hunderte Gesellschaften und Tarifverträge. Letztlich sehen wir Euren Kampf als Stärkung an. Wir wünschen Euch viel Erfolg und möchten Euch nach Kräften unterstützen. Ihr könnt ein Zeichen setzen, dass Gewerkschaften vor allem eins sein müssen: Organisationen für den Kampf um Verbesserungen!“ (www.bahnstreik-soli.de)

■ Der Personalrat der Universitätskliniken Tübingen betont gegen das „Spalter“-Argument, dass es ihm zuvor abgeschlossenen Transnet-Tarifvertrag eine Öffnungsklausel gibt: „Erkämpft die GDL einen höheren Abschluss, kann die Transnet durch eine Öffnungsklausel in ihrem Tarifvertrag neu verhandeln, um für ihre Mitglieder mehr herauszuholen. Die GDL setzt sich also indirekt auch für die anderen Berufsgruppen bei der Deutschen Bahn AG ein.“ Genau dies ist in gewisser Weise jetzt auch eingetreten. Unter dem Druck des GDL-Streiks sah sich die Transnet-Führung gezwungen, noch nachzufordern.

Die Drecksargumente gegen den berechtigten Kampf der Bahn-Beschäftigten bekämpfen!

Gegen die streikenden Lokführerinnen und Lokführer und die Kolleginnen und Kollegen des Fahrpersonals wurde eine wahre Hetzkampagne geführt. An vorderster Front standen neben der Bahn AG selbst die Gewerkschaftsführer der DGB-Gewerkschaften, die Bundesregierung, bürgerliche Medien, und Parteien bis hin zu führenden Mitgliedern der „Linken“. Neben den „üblichen“ Drecksargumenten, dass durch den Streik angeblich „Arbeitsplätze“ gefährdet wären oder gar der „Standort Deutschland“, gab es aber auch andere Tricks und Manöver, die darauf abzielten die Kämpfenden zu verwirren, Solidarität schon im Keim zu ersticken und mit der schwer zu durchschauenden Gemengelage rund um den Streik zu spekulieren. Drei dieser Hetz-Demagogien stachen besonders hervor:

1. Drecksargument: „Dieser Streik ist Terror!“

Mehdorn erklärte, er werde alles Erdenkliche tun, um weitere Streiks zu unterbinden: „Es kann nicht sein, dass eine kleine Berufsgruppe ganz Deutschland terrorisiert“, erklärte er (SZ, 20.11.07). Der SPD-Bundestagsabgeordnete Wend hetzte, dass dieser Streik dazu missbraucht würde, „die Allgemeinheit in Geiselhaft zu nehmen“. Kannegießer (Chef vom Kapitalistenverband „Gesamtmetall“) und Hundt (Chef des deutschen Kapitalistenverbands) forderten, ein derartiger Streik einer „Spartengewerkschaft“ wie GDL müsse in Zukunft „per Gesetz für unverhältnismäßig und damit unzulässig erklärt werden“ (so Hundt, dpa vom 10.08.07). Tatsächlich blieb es auch nicht bei der Drohung. Arbeitsgerichte hatten zweimal das Streikrecht massiv eingeschränkt und ganze Bereiche mit Streikverboten belegt. Das ist so neu nach 1945 und steht in engem Zusammenhang mit der zunehmenden Verschärfung der kapitalistischen Unterdrückungsverhältnisse und der staatlichen Faschisierung.

Die Beschimpfung als „terroristisch“ dient offenbar der Verunglimpfung des Streiks und ist gleichzeitig auch eine Drohung gegen diesen Streik und andere gerechte Kämpfe. Dagegen stellen wir: Ein Streik, der durchschlagenden Erfolg haben will, muss die Kapitalisten bzw. das Kapital, wogegen er sich richtet, wirklich treffen, muss deren Profitinteressen empfindliche Schläge versetzen. Und wenn die kapitalistischen Ausbeuter darüber aufwachen und von „Terror“ sprechen, so gilt es eben klar zu machen, worum es ihnen wirklich geht: einzig und allein um die Ausbeuterinteressen einer kleinen Minderheit kapitalistischer Profiteure.

2. Drecksargument: „Bei diesem Streik geht es um privilegierte Sonderinteressen!“

Hansen, Vorsitzender der Transnet, wirft den Streikenden vor, dass ihre Forderungen „überzogen und völlig aus der Luft gegriffen“ seien, dass sie einen „zerstörerischen Gruppenegoismus“ verbreiten würden (jW, 8.8.07). Lafontaine tönte, es sei „kein guter Trend, wenn einzelne Gruppen aus der Gesamtbelegschaft ausscheren und Eigeninteressen durchsetzen“ (jW, 24.10.07).

Dies ist nicht nur in mehrfacher Hinsicht absurd, sondern damit wird auch demagogisch mit Aspekten der Realität spekuliert, und das alles nur mit einem einzigen Ziel: die Streiks überhaupt zu denunzieren.

Erstens, und das ist sicherlich die am einfachsten feststellbare Tatsache: Die Forderungen der Streikenden sind keineswegs „überzogen“, sondern nur zu berechtigt.

Zweitens geht es in einzelnen ökonomischen Streik-kämpfen, wenn einzelne Betriebe oder auch einzelne Branchen streikten, zunächst einmal immer um „Sonderinteressen“, um die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter eines einzelnen Betriebs oder auch einer bestimmten Branche. Mit

dem Verweis darauf, dass es sich hierbei nicht um die gemeinsamen Forderungen aller handelt, sondern nur um die eines Teils, lässt sich praktisch jeder beginnende Kampf niedermachen, wo es notwendigerweise vielfach zunächst um besondere Fragen des jeweiligen Betriebs oder der jeweiligen Branche geht.

Drittens: Die untersten Schichten des Fahrpersonals sind ganz klar das Service- und Begleitpersonal. Diese Werkstätigen werden dort am brutalsten ausgebeutet, haben die niedrigsten Löhne und äußerst schlechte Arbeitsbedingungen. Im Vergleich mit ihnen sind die Lokführerinnen und Lokführer besser bezahlt und in mancherlei Hinsicht teilweise auch besser gestellt. Diese Unterscheidung ist wichtig, denn im Kampf müssen wir als kommunistische Kräfte uns vor allem auf die „untersten“ Schichten der Arbeiterinnen und Arbeiter stützen, die am wenigsten zu verlieren haben.

Durch verschärfte Ausbeutung sind allerdings nicht nur das Service- und Begleitpersonal betroffen, sondern auch die im Vergleich zu dieser Schicht besser bezahlten Lokführer.

Kern von unserer Seite ist: **Wir kämpfen gegen jede Verschlechterung der Lage der Ausgebeuteten, gegen jeden Abbau sozialer Errungenschaften der Ausgebeuteten, gegen jede Verschärfung der Ausbeutung!**

3. Drecksargument:

„Der Streik bedeutet Aufkündigung der Solidarität und schwächt die Gewerkschaften!“

Peters von der IG Metall hetzte: „Die GDL lässt sich nicht von der Idee der Solidarität aller Beschäftigten leiten“ (FR, 10.8.07). Bsirske, Vorsitzender von Verdi, tonte von der angeblichen „Aufkündigung der Solidarität“ (taz, 26.10.07) und behauptete: „Zersplitterung schadet“ (FR, 10.8.07). Zerhau, stellvertretende Parteivorsitzende von „Die Linke“, warf den Streikenden vor, den „notwendigen umfassenden Blick auf ein Unternehmen als Gesamtsystem verloren“ zu haben und „die Gewerkschaften insgesamt zu schwächen“ (jW, 8.8.07). Kirchner, Transnet-Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Tarifgemeinschaft von Transnet und GDBA stellt die Frage, „ob es richtig ist, dass eine Berufsgruppe für sich 30 Prozent mehr reklamiert, ohne die Auswirkungen auf andere Berufsgruppen zu bedenken.“ (jW-Interview, 26.10.07).

Sicherlich wäre es besser wenn es eine starke klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung gäbe, die

große Tarifverträge mit hohen Löhnen und niedriger Arbeitszeit erkämpfen könnte. Denn das Ziel ist natürlich nicht, dass jede kleine Gruppe von Beschäftigten für sich kämpft. Die Realität ist aber nun einmal so: Streiks beginnen nicht als Generalstreik oder ähnlichem, sondern werden von einzelnen Gruppen begonnen und durchgeführt. Haben solche Streiks begonnen, bedeutet Solidarität, die die kämpfen nach allen Kräften zu unterstützen und diesen nicht in den Rücken zu fallen!

Die demagogische „Logik“ der DGB-Fürsten ist: Entweder kämpfen alle oder keiner – das bedeutet also, dass keiner kämpft! In Wirklichkeit geht es hier um das alte Prinzip von „Teile und Herrsche“. Das kämpfende Fahrpersonal soll isoliert werden, Solidarität soll verhindert werden, um weitergehende Kämpfe schon im Keim zu ersticken.

Ein übler Trick ist hier außerdem, so zu tun, als sei die GDL dasselbe wie z. B. die „Gewerkschaft“ CDA oder z. B. die von Siemens selbst gegründete „Gewerkschaft“ AUB, die sich ja allesamt für Lohnkürzung „einsetzen“. Tatsächlich haben die GDL-Streikenden ja nicht irgendein tolles Transnet-Ergebnis torpediert, sondern ganz im Gegenteil für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gekämpft. Sie sind insofern den anderen Werkstätigen bei der Bahn kämpferisch voran gegangen und haben damit ein wichtiges Signal gesetzt.

Die Solidarität mit den GDL-Streikenden und die Haltung zur reaktionären GDL-Führung

Der GDL-Führung ist es während der letzten Monate gelungen, sich als scheinbar kämpferische Kraft, als eine Alternative gegenüber der Transnet-Führung zu profilieren. Viele Lokführerinnen und Lokführer sind während dieser Auseinandersetzung von Transnet zur GDL gewechselt. Um hier nicht in die Falle zu tappen, gilt es auch hier klar zu unterscheiden zwischen den einfachen Mitgliedern und der Gewerkschaftsführung und ihrem Apparat.

Die GDL-Führung ist keineswegs fortschrittlich, sie hat keine grundsätzliche Kritik an der verschärften Ausbeutung bei der Bahn und steht fest auf dem Boden dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Dies zeigt sich auch an ihrer Unterstützung des Börsengangs der Bahn AG. Die GDL-Führung lehnt die Privatisierung der Bahn nicht grundsätzlich ab, weil diese die weitere Verschärfung der Ausbeutung und Verschlechterung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter

bei der Bahn bedeutet, sondern allenfalls, weil er etwa zu früh stattfindet. 2004 erklärte Schell in einem Presseinterview: „Vom Grundsatz her haben wir nichts gegen einen Börsengang“ (jW, 17.1.04, zitiert nach www.bahnvon unten.de). Laut GDL-Organ *Voraus* (Mai 2007) sieht sich die GDL-Führung gar als „Gewinner der Privatisierung“. Mit vielen privatisierten Schienenunternehmen hat die GDL Tarifverträge weit unter DB-Niveau abgeschlossen (ak 52, 19.10.07).

Tatsächlich ist die GDL-Führung und ihr Apparat keine kämpferische Speerspitze der Arbeiterbewegung, sondern ein ebenso reaktionärer bürokratischer Apparat wie die DGB-Führung und ihr Apparat.

Das zeitweilige „kämpferische“ Agieren der GDL-Führung während des Streiks hat unserer Meinung nach vor allem zwei Gründe: Zum einen war und ist es der Druck der GDL-Basis, die wirklich für berechnete Forderungen kämpfen wollte und auch bereit ist, weiter dafür zu kämpfen. Zum anderen benutzte die GDL-Führung dies für ihr eigenes arbeiteraristokratisch-bürokratisches Interesse an ihrer „Anerkennung“ als „Verhandlungspartner“, um nicht von der Transnet völlig beiseite gedrückt zu werden (wobei es auch hier den Aspekt gibt, dass das gewerkschaftlich-demokratische *Recht* der GDL gegen alle reaktionären Einschränkungen verteidigt werden muss). Genau wie die DGB-Gewerkschaftsführungen fürchtete die GDL daher einen unbefristeten Vollstreik, der ihrer Kontrolle entgleiten könnte und strebte danach, möglichst rasch gemeinsam mit Transnet und GDBA mit der Bahn AG ins „Verhandlungsgeschäft“ zu kommen.

Das bedeutet: Die kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter müssen auch darauf vorbereitet sein, dass die GDL-Führung wie auch die DGB-Führung und die Führung ihrer Teilgewerkschaften bei Kämpfen um bessere Arbeitsbedingungen in bestimmten Situationen in der Lage ist, sich an die Spitze gerechter Kämpfe zu setzen und auch Teilerfolge zu erzielen, um ihren reaktionären Einfluss zu erhöhen und dem Kampf rechtzeitig die Spitze abzubrechen.

In all diesen Fragen in einem jahre- und jahrzehntelangen Kampf unter den Arbeiterinnen und Arbeitern wirkliche revolutionäre Klarheit und Bewusstheit zu schaffen, gehört zu den zentralen Aufgaben der Revolutionären Kommunistischen Partei, deren Aufbau heute die Aufgabe Nr. 1 für die bewussten Kräfte des Proletariats ist.

Zur Bedeutung des Transport- und Kommunikationssystems für den deutschen Imperialismus

Die Hetze gegen diesen Streik, das ist klageworden, erklärt sich nicht daraus, dass er bis jetzt z. B. besonders militant geführt worden wäre, sondern vor allem daraus, dass er in einem höchst empfindlichen Bereich des Systems des deutschen Imperialismus stattfindet. Das Transportsystem ist für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktion und die Realisierung der Profite der Kapitalisten zentral (die produzierten Waren müssen rechtzeitig am richtigen Ort sein, wo sie verkauft werden können). Täglich durchqueren ca. 5.000 Güterzüge Deutschland mit Erzen, Kohlen und Bauteilen, so dass in besonderem Maße auch die Stahlproduzenten von einem Streik betroffen sind (taz, 8.8.07, 9.8.07). Insgesamt werden täglich ca. 1 Million Tonnen Güter auf den Schienen transportiert. VW befürchtet, dass seine in Tschechien gefertigten Karossen nicht rechtzeitig zur Weiterverarbeitung nach Deutschland kommen (taz, 8.7.07), die Chemie, Automobil- und Stahlbranche schließt einen Produktionsstopp bei länger andauerndem Streik nicht aus.

Die Transportwege zu Lande sind Bestandteil des zum Teil staatlichen Transport- und Kommunikationssystems in Deutschland, das vor allem aus Eisenbahnen, Flugzeugen und Telekommunikationswegen und -zentren (Telefon, Funk, Satelliten, Internet, Computernetzen) besteht. Dieses gesamte System ist für die Vorbereitung und Führung vor allem groß angelegter imperialistischer Kriege nach außen und für die Aufstandsbekämpfung im Innern enorm wichtig.

Die enorme Rolle des Transportsystems hat sich geschichtlich auf fürchterliche Weise im Zweiten Weltkrieg gezeigt, als Nazi-Deutschland den größten Teil Europas besetzt und versklavt hatte. Die Eisenbahnzüge transportierten nicht nur Soldaten und Kriegsmaterial, sondern führen auch Millionen von Jüdinnen und Juden, Hunderttausende von Sinti und Roma in die Vernichtungslager, in den Tod.

Die nächsten Jahrzehnte werden vor allem im Zeichen der fortgesetzten Verschärfung lokaler Kriege und der Mobilmachung des deutschen Imperialismus für große kriegerische Auseinandersetzungen im globalen Maßstab stehen, auch direkt gegen andere imperialistische Großmächte, vor allem auch den US-Imperialismus. Im Zuge dieser langfristig geplanten Vorbereitung größerer imperialistischer Kriege durch den deutschen Imperialismus weltweit, ob in Afghanistan, wo jetzt schon die Bundeswehr Krieg führt oder anderswo, wird also dieses System immer wichtiger, insbesondere auch die Eisenbahn. Ein groß angelegter imperialistischer Krieg benötigt große Mengen an schwerem Gerät, wie Panzern und LKWs, die schnell vor allem über Schienen zu den entsprechenden Seehäfen und Flugplätzen zum Weitertransport gebracht werden müssen.

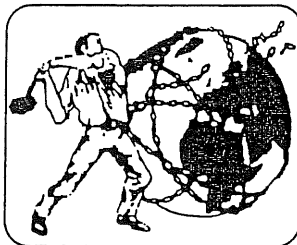
Gerade auch weil es vielen heute nicht hochaktuell erscheint, gilt es zudem prinzipiell und langfristig klar zu machen: Die Kommunikations- und Transportwege haben eine sehr große Bedeutung beim bewaffneten Auf-

stand des Proletariats zum Sturz der Bourgeoisie. Denn die Aufständischen müssen alle wichtigen Kommunikations- und Transportwege in den städtischen Zentren in ihre Hände bekommen, um die eigene Kommunikation und den Transport der bewaffneten Kräfte zu sichern und den übermächtigen Feind, die bewaffnete Konterrevolution, maximal zu desorganisieren und zu schwächen, um ihn besiegen zu können. Gerade auch der Oktoberaufstand in Russland 1918 hat diese Richtlinie bestätigt. Beim Aufstand in Petrograd war einer der ersten Maßnahmen der Aufständischen die Besetzung des Telefon-Telegraphenamtes, sowie der Eisenbahnknotenpunkte und der wichtigsten Brücken. (Siehe hierzu: GDS Flugblatt 9-10/07 „90 Jahre Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Russland: Der Siegreiche bewaffnete Aufstand des Proletariats gegen die Bourgeoisie“.)

Diese Gedanken zeigen, dass über die Ziele und Formen dieses Streikkampfes hinaus, weiterführende Diskussionen notwendig sind.

Eine langfristige Aufgabe ist es, den Kampf gegen verschärfte Ausbeutung mit dem Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen und Kriegseinsätze des deutschen Imperialismus wie in Afghanistan und mit dem Kampf gegen verstärkte Faschisierung zu verbinden und dabei jegliche Illusionen in diesen Staat, unseren politischen Feind, maximal zu zerschlagen.

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

1/08

Januar 2008

Klarheit über sozialistische Demokratie erkämpfen!

Es gibt eine zentrale Frage, über die in der bürgerlichen Demokratie nicht abgestimmt werden darf und kann: Darüber, wem die Banken und Industriekonzerne, wem das eigentliche Zentrum der kapitalistischen Gesellschaft in ökonomischer Hinsicht gehören soll. Wer hat dort das Sagen? Wer bestimmt, wem die Banken und Konzerne gehören? Wer darf darüber entscheiden, darüber abstimmen?

So wie in der UNO nicht „abgestimmt“ werden kann, dass die Geldmittel des Großkapitals an die Hungernden und Ausgebeuteten verteilt oder die Ausbeutung abgeschafft werden sollen, so kann in Deutschland das bürgerliche Parlament – egal in welcher Parteien-Zusammensetzung – nicht darüber „abstimmen“, dass die ganze ökonomische Macht der herrschenden Klasse durch vorbehaltslose Enteignung gebrochen werden soll. Im Notfall ist da noch die Bundeswehr.

Die sozialistische Demokratie erfordert als Voraussetzung, dass die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln geklärt wurde: Banken, Industrie, Grund und Boden werden als zentrale Maßnahme der sozialistischen Demokratie, also der Mehrheit der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Masse der ausgebeuteten Werktätigen, enteignet und in die Hände des sozialistischen und demokratischen Staates, also in die Hände der Masse der ehemals ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter gelegt.

Wer meint, dass dies von den Ausbeuterklassen einfach hingenommen wird, lügt entweder bewusst oder hat aus der Geschichte nichts gelernt und wird so oder so eines Besseren belehrt werden: Die sozialistische Demokratie setzt, wenn wir uns ihre Entstehung anschauen, zunächst einen „despotischen“ Eingriff in die Eigentumsverhältnisse voraus. Und dieser Eingriff wird unvermeidlich von den enteigneten Ausbeutern, die ihrer Freiheit auszubeuten beraubt werden, als Diktatur und Freiheitsentzug beschimpft – ähnlich wie die Sklavenhalter die Zerschlagung der Sklaverei als Aufhebung ihrer Freiheit, Sklaven zu besitzen, aufgefasst haben.

Eine vernichtende Kritik der Heuchelei der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, so notwendig und unersetzlich sie ist, erklärt und begründet aber noch nicht die Notwendigkeit und die Merkmale der sozialistischen Demokratie.

Im nachfolgenden Teil sollen die unverzichtbaren Hauptmerkmale und die offensichtlichen Hauptprobleme der sozialistischen Demokratie in einem neu aufgebauten sozialistischen Staat behandelt werden. Dieser Staat ist nur dann wirklich kein Polizeistaat wie die DDR oder die Sowjetunion in den letzten 35 Jahren ihrer Existenz, wenn die Unterdrückung der Konterrevolution auf der Basis sozialistischer Demokratie und mit dem Ziel des Schutzes der sozialistischen Demokratie und des Aufbaus des Sozialismus erfolgt.

I. Drei wesentliche Ausgangspunkte zum Verständnis der sozialistischen Demokratie

Hier sind wir bei dem Punkt, dass in gängigen Darstellungen und Diskussionen ein unlösbarer Widerspruch zwischen Demokratie und Diktatur behauptet wird. Woher diese falsche Darstellung kommt, liegt auf der Hand: Den herrschenden Ausbeuterklassen ist schon immer daran gelegen zu vertuschen, dass ihre geschichtlichen demokratischen Staatsformen gleichzeitig Diktaturen waren – wie die Athener Demokratie gleichzeitig eine Diktatur der Sklavenhalter war. Die in diesem Zusammenhang entscheidenden Fragen sind seit über 2.000 Jahren: „Demokratisch

für wen?“, „Diktatorisch über wen?“ Zu lernen, dass Aktionen gleichzeitig diktatorisch, aber eben auch zutiefst demokratisch sein können, das ist sozusagen der Schlüssel, der Kern des gesamten Fragenkomplexes über sozialistische Demokratie. Wird dieser Gedanke nicht als Grundbedingung verstanden und akzeptiert, kann auch das Verhältnis von sozialistischer Demokratie und Diktatur des Proletariats, von demokratischen und diktatorischen Aufgaben des sozialistischen Staates, nicht richtig erklärt werden.

Gewaltsame und bewaffnete sozialistische Revolution – Beginn der sozialistischen Demokratie und der Unterdrückung der Konterrevolution

Die Er kämpfung der Macht der Arbeiterklasse setzt zunächst einmal voraus, dass die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, die Masse der anderen Ausgebeuteten und Werktätigen, die gewaltsame Revolution gegen die Bourgeoisie durchführen und den bürgerlichen Staatsapparat im bewaffneten Kampf zerschlagen. Diese proletarische Revolution ist entgegen der Hetze der bürgerlichen Ideologen eben ein zutiefst demokratischer Akt, weil sie nicht von einem Häuflein von Aktivistinnen und Aktivisten oder von den bewussten Teilen der Arbeiterklasse allein als Aktion einer Minderheit durchgeführt wird, sondern weil sich diese Revolution auf die breite Masse des Proletariats stützt und von der Sympathie der Mehrheit der ausgebeuteten Massen getragen wird.

Die Betonung des demokratischen Gehalts der proletarischen Revolution im Hinblick auf die daran Beteiligten ist eine Sache. Hinzu kommt, dass das Ziel dieser Revolution, nämlich die Errichtung einer Demokratie für die ausgebeutete Mehrheit über die ausbeutende Minderheit als erster Schritt hin zur Errichtung einer klassen- und staatenlosen kommunistischen Gesellschaft, eben auch ein zutiefst demokratisches Ziel ist. Und nicht zuletzt legitimiert sich der sozialistische Staat auf seinem ganzen Weg zum Kommunismus durch die Frage: Hat der sozialistische Staat die Mehrheit hinter sich? Begreifen die Massen ihn als ihren Staat, an dem sie sich maximal beteiligen, für den sie kämpfen?

Die Enteignung der Banken, Fabriken, des Grund und Bodens

Die Er kämpfung der Demokratie, genauer: der sozialistischen Demokratie, bedeutet zunächst die Er kämpfung einer wirklichen, auch die wirtschaftlichen Fragen einbeziehenden Demokratie, bedeutet zunächst die Er kämpfung einer Demokratie, in der die tatsächliche Mehrheit auch über die Fragen des Besitzes an Produktionsmitteln, auch über die Eigentumsfrage bestimmt.

Wer entscheidet denn hier und heute die Frage, ob Banken, Konzerne, Fabriken, Infrastrukturen usw. Privateigentum einzelner oder kollektives Eigentum aller sind? Schon allein die Fragestellung macht spürbar, wie zutiefst undemokratisch die ganze Welt heute organisiert ist, wie zutiefst undemokratisch die bürgerlich-demokratischen Staaten in dieser Frage sind, weil die ökonomische Macht in den Händen einer kleinen Minderheit liegt. Entscheidende Voraussetzung, um an die Schaffung sozialistischer Demokratie zu denken, ist und bleibt die Frage des Eigentums, der Ökonomie, der Verfügungsgewalt über die Kommandohöhen der Wirtschaft.

Denn im Gegensatz zu der phrasenhaft formal proklamierten Gleichheit der bürgerlichen Demokratie geht es dem von den ausgebeuteten und werktätigen Massen unter Führung der Arbeiterklasse er kämpften und errichteten sozialistischen Staat darum, überhaupt die materiellen Voraussetzungen für die Realisierung, für die Inanspruchnahme der demokratischen Rechte durch die ehemals unterdrückte Mehrheit zu schaffen. Von Gleichheit, Freiheit oder Demokratie zu sprechen, ist Betrug, wenn nicht auch die Befreiung vom Kapital miteingeschlossen wird. Die Enteignung der Banken und Fabriken ist die materiel-

le Grundvoraussetzung für die Abschaffung des Regimes der Ausbeutung und die Abschaffung der Lohnarbeit, für die Organisation eines Lebens ohne Ausbeutung.

Zur weiteren Unterdrückung der Konterrevolution

Angesichts der eigentlich lächerlichen Beschimpfung der sozialistischen Demokratie als „despotischer und diktatorischer Freiheitsentzug“ stellten bereits Marx und Engels klar: Ja, gegenüber den Konterrevolutionären und Ausbeutern und ihren Repressionsorganen werden

die Arbeiterinnen und Arbeiter und ihre Verbündete despotisch, diktatorisch vorgehen! Denn die gestürzten Herren und ihre Helfer bleiben auch nach der siegreichen proletarischen Revolution (durch ihre Erfahrungen, durch ihre internationalen Verbindungen, durch ihre finanziellen Mittel und nicht zuletzt durch die Macht der Gewohnheit) gefährlich und werden alle Mittel der Gewalt, des Terrors, der Sabotage, der ideologischen Einflussnahme anwenden, um ihr Eigentum und ihre politische Herrschaft zurückzugewinnen. Wie die Sklavenhalter im Altertum oder der feudale Adel im Mittelalter, so wird auch die Bourgeoisie ihren Platz in der Geschichte nicht ohne

den verzweifeltsten, erbittertsten Kampf aufgeben und freiwillig räumen.

Die Pointe ist eben, das dieses diktatorische Vorgehen, diese gewaltsamen und Zwangsmaßnahmen gegen eine ausbeuterische und antidemokratische Minderheit von der großen Mehrheit der Ausgebeuteten und Werktätigen unter Führung der Arbeiterinnen und Arbeiter in einem Land getragen wird als Maßnahme der sozialistischen Demokratie. Das ist eben einer der zentralen Punkte für ein richtiges Verständnis der von Marx geprägten Formulierung „Diktatur des Proletariats“.

II. Merkmale und Funktionen der sozialistischen Demokratie

1. Die in gewisser Hinsicht entscheidenden Fragen für die sozialistische Demokratie, die zunächst „diktatorisch“ in die Eigentumsrechte des Kapitals eingreift und das Kapital in der gewaltsamen sozialistischen Revolution enteignet, kommen nach der Zerschlagung des alten reaktionären Staatsapparates: Was ist demokratisches, was ist undemokratisches Vorgehen? Was unterscheidet die sozialistische Demokratie von der bürgerlichen Demokratie? Welche historisch erprobten Prinzipien der Demokratie als Methode zur Entscheidung grundlegender politischer Fragen muss der sozialistische Staat sozusagen übernehmen? Gegen welche Vorstellungen muss er einen Kampf führen? Ist der neu aufgebaute Apparat des sozialistischen Staates überhaupt wirklich sozialistisch, ist er überhaupt wirklich demokratisch? Wie zeigt sich das, wie beweist sich das und welche grundlegenden Kriterien und Überlegungen stehen hinter den geschichtlichen Formen der sozialistischen Demokratie, von denen wir wissen, dass sie dann doch in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts offensichtlich umschlugen in polizeistaatliche Staatsformen, in antidemokratische Herrschaftsformen einer neuen Bourgeoisie, die ihre Diktatur mit Phrasen über Marx und Sozialismus verhüllte? Diese großen grundlegenden Fragen können hier sicherlich nicht umfassend beantwortet werden, sehr wohl aber können grundlegende Aspekte behandelt werden.

Die Auseinandersetzung mit den Merkmalen der sozialistischen Demokratie kann nicht dadurch vom Tisch gewischt werden, dass mit der Phrase vom „demokratischen Sozialismus für alle“ vom eigentlichen Problem abgelenkt wird. Mit der Phrase über den „Sozialismus mit demokratischem Antlitz“ soll die Klassenfrage, die Eigentumsfrage, die Frage der Notwendigkeit der Unterdrückung der Konterrevolution verschleiert, an den „Humanismus“ und das „Mitleid“ mit der alten Zarenfamilie, mit dem Kaiser von China, dem „armen“ Krupp etc., also mit den Reaktionären, mit dem Kapital, appelliert werden.

Für kommunistische Kräfte stellt sich eine ganz andere Frage: Ohne jeden Zweifel ist die Diktatur über die Konterrevolution, ihre gewaltsame Unterdrückung notwendig, unerlässlich und in diesem Sinne die Voraussetzung überhaupt dafür, dass sozialistische Demokratie für die große Masse der Werktätigen erreicht und geschützt werden kann. Aber – und darauf kann nach den Erfahrungen mit den pseudosozialistischen Polizeistaaten in den letzten Jahrzehnten nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden – die sozialistische Demokratie muss nachvollziehbar, beweisbar sein. Sie muss ein anziehendes Beispiel sein für die freie produktive Entfaltung der Fähigkeiten der

großen Masse der Werktätigen, die mit Hilfe der Mechanismen der sozialistischen Demokratie dann auch wirklich die Staatsmacht der Mehrheit, der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten real ausübt.

„Diktatur des Proletariats“ ist insofern ein zutiefst demokratischer Begriff, weil nicht allein von Diktatur, sondern eben von der Diktatur der Arbeiterklasse die Rede ist. Die Arbeiterinnen und Arbeiter üben diese Diktatur im Bündnis mit den ehemals ausgebeuteten und werktätigen Massen als Mehrheit über die kleine Minderheit der Konterrevolution und ihre Helfer aus. Je umfassender ihre Beteiligung an dieser unerlässlichen Aufgabe ist, um so besser. Je umfassend demokratischer die Arbeiterklasse organisiert ist, um so schlagkräftiger kann der allseitige Kampf gegen die Ausbeuter und gegen die Konterrevolution vorangetrieben werden. Die Ausübung der Diktatur des Proletariats ist also fest verknüpft mit der Entfaltung der sozialistischen Demokratie, mit der Entfaltung der Eigeninitiative und der demokratisch organisierten Aktivität der Masse der Werktätigen unter Führung der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Diese diktatorische Aufgabe des sozialistischen Staates, die viel Kraft und Energie kostet, betrifft allerdings nur ein Aufgabenfeld, das jedoch unerlässlich ist und nicht eingeschränkt werden darf, auch wenn ein weiteres großes, auf das Ziel des Kommunismus ausgerichtetes Aufgabenfeld gleichzeitig angepackt werden muss: Die Planung, Organisation und der Aufbau eines Lebens ohne Ausbeutung, die Schaffung und der Ausbau von immer durchsichtigeren demokratischen Verhältnissen bei Konflikten und Widersprüchen innerhalb der ehemals Unterdrückten. Diese sozusagen konstruktive Seite des sozialistischen Staates, die Entfaltung der sozialistischen Demokratie und Ökonomie, ist die eigentliche Quelle der Energie und Begeisterung, die auch die Kraft hervorbringt, im notwendigen Kampf gegen die Konterrevolution nicht nachzulassen.

2. Der Einwand, ob etwas richtig oder falsch ist, könne nicht von der Mehrheit entschieden werden, denn „2 x 2“ sei nun halt mal 4, auch wenn eine Mehrheit beschließt, daß es 5 sein soll – dieser Einwand ist demagogisch und enthält eine Halbwahrheit.

Es ist wahr, dass die Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter, die nach der Revolution die Macht innehaben, ihren Staat aufgebaut haben, auch mit sozialistischer Demokratie zu falschen Entscheidungen, zu falschen Entscheidungen, die von einer großen Mehrheit getragen werden, kommen kann. Allerdings – und darauf kommt es an – können solche falschen Entscheidungen dann demokratisch korrigiert werden.

Wir sehen hier grob gesagt zwei Gründe für solche problematischen Entscheidungen:

■ Die noch aus der alten Gesellschaft überlebten reaktionären Gewohnheiten oder Ansichten sind auch nach der proletarischen Revolution noch nicht auf einen Schlag überwunden. So wurde etwa in der revolutionären Sowjetunion direkt nach 1917 trotz aller Problematiken (u. a. die Verwendung von Getreide nicht als Grundnahrungsmittel, sondern zum Herstellen von Alkohol oder das Problem des Alkoholismus) das Wodka-Brennen nicht verboten. Hier gilt, dass nicht die Ansicht der Kommunistischen Partei und die wissenschaftlich gestützte Argumentation allein ausschlaggebend ist, sondern dass zur sozialistischen Demokratie eben auch gehört, dass man mit falschen Mehrheitsentscheidungen zeitweilig leben und im Rahmen der sozialistischen Demokratie darum kämpfen muss, diese Entscheidungen zu korrigieren.

■ All das gilt auch, wenn die Ursache für eine Fehlentscheidung nicht in der bürgerlichen Ideologie, sondern auf einem ungenügenden Wissensstand beruht.

Die bisherigen sozialistischen Demokratien geben uns also nicht nur Beispiele für richtige Entscheidungen, sondern auch für aus der Situation heraus, aus der Tradition und aus dem jeweiligen Stand des Wissens und der Wissenschaft zu erklärende Fehlentscheidungen, die dennoch der Meinung der Mehrheit der Arbeiterklasse entsprachen. Nicht umsonst erklärte Lenin, dass die Macht der Gewohnheit die fürchterlichste Macht ist und daß die Befreiung davon ein langwieriger Kampf ist.

Der Prozess der Meinungsbildung, der demokratische Prozess der Meinungsentscheidung hängt wesentlich davon ab, ob umfassend die logische Argumentation, das Pro und Contra einerseits, aber auch umfassend das Kräfteverhältnis, die reale Lage ernsthaft und kontrovers analysiert und bewertet wird. Gerade wenn rasche Entscheidungen getroffen werden müssen, die keine erschöpfende Beratung zulassen, wird es nicht selten noch offene Punkte, nicht selten noch nicht 100 % zu klärende Sachverhalte geben und trotzdem muss entschieden werden, und zwar – eine andere Möglichkeit gibt es nicht – demokratisch entschieden werden, d. h. von den für solche Entscheidung demokratisch autorisierten Gremien. Die Rolle der Kommunistischen Partei muss in dieser Hinsicht vorbildlich sein.

3. Über alles urteilen können und alles bewusst tun – diese hohen Anforderungen zur Entfaltung und Aus-

Zu den Begriffen „Demokratie“, „Diktatur“ und „Staat“

Wer sich mit der Frage des Staats, der Demokratie oder der Diktatur auseinandersetzt, muss sich zunächst einmal bewusst werden, dass hier auf begrifflichem Gebiet Klarheit erforderlich ist und dass dieselben Begriffe oft in unterschiedlicher Bedeutung verwendet werden.

„Demokratie“

Nehmen wir den Begriff „Demokratie“. „Demokratie“ bzw. „demokratisch“ hat eine Fülle von Bedeutungsebenen, die auseinanderzuhalten nicht immer einfach ist. Die einfache Frage, was „Demokratie“ bedeutet und ausmacht, was Demokratie geschichtlich gewesen ist und welche positive Tradition die bisherigen Demokratien enthalten, so dass dieser Begriff auch von der sich befreienden Arbeiterklasse übernommen werden kann, bringt schon Probleme mit sich. Neben den positiven Elementen waren die bisherigen Demokratien nämlich Staatsformen, die sich dadurch auszeichneten, dass sie ein Instrument zur Sicherung der Herrschaft der Ausbeuterklassen waren. Und dennoch trug die Idee der Demokratie – trotz der undemokratischen Realität der sich als demokratisch verstehenden Staaten – ein Element revolutionären Handelns in sich: Wer verkündet, dass eigentlich die Mehrheit entscheiden soll, der hat ein Problem, wenn offensichtlich wird, dass doch eine Minderheit die eigentliche Macht in den Händen hat.

Die am Ideal der Gerechtigkeit entstandenen Überlegungen und Ideen zur Demokratie haben – wie die Dialektik als Methode der Erkenntnis – weltgeschichtlich, so die bisher überlieferten Quellen, im Altertum, in Athen ihren Ursprung. Ausgerechnet in einem reichen Sklavenhalterstaat, der nicht nur Sklaven, sondern auch sogenannte „Barbaren“ und Frauen, also die übergroße Mehrheit der Athener Bevölkerung, von der Demokratie ausschloß, bildeten sich demokratische Formen der Verständigung und Entscheidungsfindung unter den wohlhabenden männlichen Bürgern Athens heraus, die noch heute, mehr als 2.000 Jahre später, unter dem griechischen Begriff „Demokratie“ („Volksherrschaft“) als hohes Kriterium gelten.

Die Formen der Demokratie haben sich im Laufe der Jahrhunderte, ja Jahrtausende verändert. In den Republiken des alten Griechenland, in den Städten des Mittelalters, in den heutigen kapitalistischen Staaten hat die Demokratie verschiedene Formen und Aus-

dehnung, doch es gab eine Gemeinsamkeit: Sie waren stets – betrachtet man die Rahmenbedingungen – eine Demokratie der Minderheit, für die Minderheit!

Auch im Kampf zwischen Kommunismus und Kapitalismus wird „Demokratie“ als Kriterium zur Entlarvung der jeweils anderen Seite anerkannt. Ja, in gewisser Weise steht diese Frage – wie etwa auch die Frage der „Menschenrechte“ – im Mittelpunkt dieses Kampfes und der Selbstbeweihräucherung der heutigen imperialistischen Staaten und ihren Ideologen.

„Diktatur“

Nehmen wir den Begriff der „Diktatur“, der ja dem Begriff der „Demokratie“ häufig gegenübergestellt wird. In der Alltagssprache kennen wir Militärdiktaturen im Sinne von reaktionären Terrorregimes. Diese oberflächliche Sichtweise blendet jedoch aus, dass alle heute existierenden kapitalistisch-imperialistischen Staaten, so demokratisch sie sich auch selbst nennen mögen, eben auch nur eine verschleierte Form der Klassendiktatur einer Minderheit von Ausbeutern ist.

Der sozialistische Staat, der sich als Diktatur des Proletariats bezeichnet, nimmt diese begrifflich „vorbelastete“ Terminologie, diesen Nachteil in der Namensgebung in Kauf, um offen und ehrlich zu erklären, daß die sozialistische Demokratie, die dieser sozialistische Staat entfaltet und ausweitet mit dem Ziel, sich selbst in einer klassen- und staatenlosen Gesellschaft überflüssig zu machen, eben keine Demokratie für alle und schlechthin, sondern für die ehemals ausgebeutete Mehrheit ist, während die Konterrevolutionäre sowieso, aber unter Umständen auch die ehemaligen Ausbeuter in ihren demokratischen Rechten eingeschränkt und von der Demokratie ausgeschlossen werden, weil die Frage der demokratischen Rechte nicht absolut diskutiert werden kann. Der sozialistische Staat nennt sich Diktatur des Proletariats nicht nur, um sich abzusetzen von der Heuchelei der bürgerlichen Demokratie, die eine Demokratie für eine Minderheit, eine verkapselte Diktatur der Bourgeoisie ist, sondern weil die Frage der Diktatur – wie auch der Demokratie und des Staates – eben keine über den Klassen stehende Frage ist, sondern vom Klassenstandpunkt aus analysiert werden muss.

„Staat“

Nehmen wir den „Staat“. Die Rolle der Ausbeuterstaaten im engen, im eigentlichen Sinne besteht darin, dass sie ein Instrument der jeweils herrschenden Klassen zur Un-

terdrückung der Ausgebeuteten sind, dass ihre wesentlichen Komponenten Justiz, Polizei und Armee sind. Im Alltagssprachlichen Gebrauch finden wir eine weitere, umfassendere Bedeutung des „Staats“, wenn beispielsweise bestimmte staatliche Institutionen wie Kliniken, Bibliotheken, statistische Ämter usw. als Teil des Staates bezeichnet und begriffen werden. Dabei liegt es auf der Hand, daß die Ideologen der Herrschenden in der Staatsfrage den Akzent auf die „karitativen“ Funktionen legen, um seine Unterdrückungsfunktionen zu verschleiern.

Unklarheiten in dieser Frage konnten ausgenutzt werden und werden ausgenutzt: Nicht nur bei der Frage nach dem Wesen des reaktionären Staates, sondern etwa auch bei der Frage der Zerschlagung des reaktionären Staatsapparates im Hinblick darauf, was zerschlagen werden muss, was als Verwaltungsapparat übernommen werden kann.

Ein enges, auf seine Unterdrückungsfunktion beschränktes Verständnis vom Staat führt bei der Diskussion über den sozialistischen Staat dazu, dass womöglich ausschließlich dessen unterdrückende und diktatorische Seite gegenüber den alten Ausbeuterklassen und den Konterrevolutionären hervorgehoben wird. Doch der sozialistische Staat erfüllt neben diesen gewichtigen diktatorischen, in gewissem Sinne „destruktiven“ Aufgaben eben auch gewaltige „konstruktive“ Aufgaben zum Aufbau des Sozialismus. Die auch im Sozialismus staatlich organisierten Aufgaben auf wirtschaftlichem, bildungspolitischem oder gesundheitspolitischem Gebiet sind dabei keine Aufgaben im Sinne des Staates als Unterdrückungsapparat, eines Staates im „eigentlichen Sinne“.

Das bedeutet, dass wir mit einem ausschließlich engen, nur den Wesenskern der historischen Rolle des Staates erfassenden Verständnis Schwierigkeiten haben, die vielfältigen Aufgaben des sozialistischen Staates präzise zu beschreiben. Hinzu kommt, dass in den Schriften der Klassiker des wissenschaftlichen Kommunismus häufig sozialistischer Staat, proletarischer Staat oder Diktatur des Proletariats austauschbar und synonym verwendet wird, und zwar wenn es darum geht hervorzuheben, dass die staatlich organisierte Arbeiterklasse eben nicht nur mit Zwang und diktatorisch gegen den Klassenfeind vorgeht, sondern demokratisch mit der Methode der Überzeugung das gesamte eigene Leben in die Hand nimmt und organisiert.

weitung der sozialistischen Demokratie erfordern nicht nur Transparenz und maximale Vereinfachung der staatlichen Tätigkeiten, was mehr und mehr gesonderte „Vollzeit“-Staatsangestellte überflüssig machen wird, sondern auch, dass das Wissen und die Bildung der breiten Masse der Werktätigen immer qualifizierter wird, sie über alles Bescheid wissen.

Die Entfaltung der sozialistischen Demokratie basiert auf der Hebung der Bewusstheit und Aktivität der Massen, durch die immer größere Teilnahme der breiten Masse der Werktätigen an der Staatsmacht auf immer mehr Gebieten. Ein wichtiges Merkmal der sozialistischen Demokratie ist also, ob dieser kulturevolutionäre Aspekt, die aktive Beteiligung der allseitig gebildeten und wissenden Werktätigen gefördert, ausgebaut wird oder nicht. (Diese Frage ist im übrigen viel entscheidender als die Frage, ob dieser oder jenen Gruppe von Ausbeutern und Reaktionären zeitweilig das Wahlrecht entzogen wird oder nicht.)

4. Es wäre fatal, bei „Bedrohung der sozialistischen Demokratie“ nur an aktive Konterrevolutionäre zu denken. Die Notwendigkeit, effektive Formen der Organisation aufzubauen, schließt auch ein, dass neue, relativ feste Strukturen entstehen, dass ein Staatsapparat entsteht mit Äußerlichkeiten, die auf den ersten Blick an den bürgerlichen Staat erin-

nern: Ministerien, Behörden, Justizwesen, Polizei und Militär. So ist in der Vereinfachung der staatlichen Verwaltungstätigkeit, die ja eine Voraussetzung ist für die maximale Beteiligung der Massen an den Staatsaufgaben, in der Organisation größter Effizienz auch die Gefahr enthalten, dass eine negative Routiniertheit entsteht, die Sinn und Inhalt einzelner Entscheidungen oder Aufgaben zunehmend in den Hintergrund drängt, nicht mehr in Frage stellt.

Hinzu kommt die kleinbürgerlich-egoistische Tendenz von „Funktionsträgern“ sich unentbehrlich zu machen und ihre Bedeutung zu erhöhen, in dem sie die Verhältnisse unnötig verkomplizieren, undurchsichtig gestalten und dadurch eine gewisse unkontrollierte Macht anhäufen, kurz: die Tendenz zur Bürokratie, die den sozialistischen Staat in ein sich selbst erhaltendes System verwandelt anstatt sich durch Vereinfachung der Staatsgeschäfte und Beteiligung der Massen immer mehr selbst überflüssig zu machen.

Aufgrund der historischen Erfahrungen der sozialistischen Demokratien wissen wir, dass dieses Problem ein zweifaches ist: Während unmittelbar nach der Revolution sich das Problem der Bürokratie zunächst darauf konzentriert, dass der sozialistische Staat noch in Ermangelung eigener „roter“ Spezialisten aus den Reihen der Werktätigen für bestimmte Tätigkeiten auf bürgerliche Verwaltungsspezialisten zurückgreifen muss,

besteht in der Phase des sozialistischen Aufbaus zunehmend das Problem darin, dass sich früher kämpferische Kommunistinnen und Kommunisten, in Produktion und Klassenkampf erprobt, bei der Ausübung staatlicher Verwaltungstätigkeit wichtig machen, kommandieren, kurz: negative Züge annehmen, die eben auch überhand nehmen, wenn sie nicht umfassend bekämpft werden.

Bürokratismus, blinde Disziplin, Sinnentleerung – auch das sind die historischen Erfahrungen der sozialistischen Demokratien – bildeten den Nährboden für kommunistisch lackierte Bürokraten und Karrieristen, die sich in „neue Herren“, in eine neue Bourgeoisie verwandelten und den Kapitalismus restaurierten.

Der kulturevolutionäre Aspekt, der antibürokratische Aspekt, der Kampf gegen wichtigtuerische und geistlose Bürokraten, der Anspruch, die breite Masse der Werktätigen durch Zugang zur Bildung und Durchsichtigkeit maximal in die Lage zu versetzen, sich zu informieren, Entscheidungen zu beurteilen, sich an der konkreten Leitung des Staates zu beteiligen, die maximale Entfaltung der Kritik und Selbstkritik „von unten“ und der Rechenschaftspflicht – all diese Aspekte sind Gradmesser für die Mobilisierung der Massen, für ihre Teilhabe an der Leitung des Staates, sind Merkmale der sozialistischen Demokratie genau so wie das Fehlen von Angst und Beklemmung ge-

gentüber den Organen des sozialistischen Staates un-
zweifelhaft zu den Merkmalen sozialistischer Demo-
kratie gehören.

5. Die sozialistische Demokratie entsteht und ent-
faltet sich also nicht nur im Kampf mit der Konterre-
volution, sondern auch immer im Kampf mit dem von
ihr selbst geschaffenen Apparat. Dieser Apparat ist
notwendig und unerlässlich, muss aber von dem
Grundgedanken getragen sein, sich selbst überflüssig
zu machen, indem die Arbeitsvorgänge so vereinfacht
werden, dass ein „Staatsposten“ kein gesonderter
„Fulltime-Job“ mehr ist, sondern die Arbeitenden
selbst neben ihrer täglichen Arbeit in der Produktion
diese Verwaltungstätigkeit mitübernehmen und er-
ledigen können. Auf dieser Grundlage vollzieht sich das
Absterben des Verwaltungsapparates im direkten Ver-
hältnis zur Vereinfachung seiner Funktionen, seiner
maximalen Durchsichtigkeit und Beschränkung auf das
Wesentliche. So entsteht mit der zunehmenden Akti-
vität und der Bewusstheit der Massen die Vorausset-
zung, dass wirklich nach und nach alle ehemals Aus-
gebeuteten und Unterdrückten an der Verwaltung des
Staates teilnehmen können.

6. Im weltweit siegreichen Kommunismus, der kei-
ne Klassen, keinen Staatsapparat mehr kennt, wird
es die Demokratie als Staatsform logischerweise auch
nicht mehr geben. Dennoch werden im Kommunis-
mus und auf dem Weg zum Kommunismus Merkma-
le sozialistisch-demokratischer Methoden existieren:
Es wird Debatten mit demokratisch mehrheitlich ge-
fassten Beschlüssen geben. Die demokratischen Be-
ziehungen der großen Masse der Werktätigen wer-
den das gesamte Alltagsleben, in den Betrieben und
Arbeitsstellen sowie die Regelung im Grunde sämtli-
cher Fragen des menschlichen Zusammenlebens be-
stimmen. Diese demokratischen Beziehungen werden
eine Atmosphäre schaffen, in der Argumente an er-
ster Stelle stehen und im Meinungsstreit ausgetauscht
und ausgefochten werden und in der nicht Intrigen
und Machtverhältnisse entscheiden. Kurz, es muss
die innere Einstellung der Masse der Werktätigen ge-
prägt sein von dieser Mentalität demokratischen Den-
kens und Handelns, der öffentlichen Debatte, der fai-
ren Auseinandersetzung bis hin zu Abstimmung und
Mehrheitsentscheidung. Diese Atmosphäre, diese in-
nere Einstellung wird dann im Kommunismus zur vol-
len Entfaltung gelangen.

7. Eines der größten Themen im Kampf zwischen
Kapitalismus und Kommunismus war und ist das Ge-
biet der Gewährung bzw. der Einschränkung der klas-
sischen bürgerlich-demokratischen Freiheiten, wie sie
nach den bürgerlich-demokratischen Revolutionen in
den bürgerlichen Verfassungen festgeschrieben wur-
den und später auch in den Verfassungen der sozia-
listischen Sowjetunion, Chinas, Albaniens usw. aus
gutem Grund auch ihren Niederschlag fanden. Wir
meinen z. B. die freie Meinungsäußerung, die Ver-
samlungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Demon-
strationsfreiheit.

Zurecht wird darauf hingewiesen, dass in existie-
renden bürgerlichen Demokratien diese Freiheiten
zwar formal bestehen, doch in der Realität doppelt
eingeschränkt sind: zum einen durch die fehlenden ma-
teriellen Bedingungen für die Inanspruchnahme die-
ser Freiheiten für die breiten Massen (besonders deut-
lich bei der Pressefreiheit bzw. beim privatkapitalisti-
schen Eigentum der Verlage und Zeitungen) und zum
anderen durch gesetzliche Hintertüren und prakti-
sche Verletzungen dieser Freiheiten durch Einschlich-
terungen, Strafverfahren, Streikverbot, Demonstra-
tionsverbot usw.

Indem die kommunistischen Kräfte als Vertreter der
sozialistischen Demokratie diese Heuchelei, diese
Missstände in der Praxis anprangern, übernehmen sie
die Aufgabe, diese demokratischen Grundrechte –
die, das sei nebenbei bemerkt, im Kern keinesfalls
eine Erfindung erst der Bourgeoisie sind – mit in das
Programm der sozialistischen Revolution aufzuneh-
men und zu verwirklichen. Allerdings ohne Heuche-
lei, ohne Widerspruch zwischen Proklamation und
Praxis, zwischen Wort und Tat, ohne falsche Vorstel-
lungen über den angeblich absoluten Charakter der
bürgerlichen Rechte und Freiheiten.

Die Kommunisten müssen offen und ehrlich erklä-
ren, an welchem Punkt sie diktatorisch und nicht de-
mokratisch vorgehen. Deshalb hat Marx bewusst den
Begriff der „Diktatur des Proletariats“ geprägt. Die
sozialistische Demokratie enthält den Konterrevolu-
tionären demokratische Rechte vor und spricht dies
auch offen aus. Denn in der Realität können ja nur so
die demokratischen Rechte für die ehemals Ausge-
beuteten verteidigt werden. Dabei muss die sozialis-
tische Demokratie eben klarstellen, dass eine solche
Entziehung politischer Rechte, dass solche Freiheits-
beschränkungen nur als Maßnahmen notwendig sind,
um den Versuchen der Ausbeuter und Klassenfein-
de, ihre Privilegien zu behaupten oder wiederherzu-
stellen, entgegenzutreten.

Es ist rasch einsichtig, dass die militärische und po-
litische Organisation der Konterrevolution unterdrückt
werden muss und diese Unterdrückung legitim ist. Die
Schwierigkeit beginnt dort, wo es um Meinungsäu-
ßerungen, um Kunst, Kultur oder Philosophie geht.
Allerdings wissen wir auch, dass nach der Brechung
des militärischen und ökonomischen Widerstandes
der Ausbeuterklassen, nach der Niederschlagung der
offenen Konterrevolution der Kampf zur Brechung
des ideologischen Widerstandes der Ausbeuter und
Reaktionäre übertragende Bedeutung gewinnt. Und
dieser Kampf ist schwieriger und langwieriger als die
Zerschlagung der Werkzeuge, Mittel und Medien der
ideologischen Herrschaft der Bourgeoisie.

Der sozialistische Staat darf deshalb die Verschär-
fung des Klassenkampfes nicht nur auf das Militäri-
sche oder Politische einschränken, sondern muss die-
sen Klassenkampf immer weiter ausdehnen und ver-
feinern, um Bourgeoisie und Kapitalismus wirklich in

allen Bereichen – gerade auch im ideologischen Be-
reich – zu vernichten.

Wenn also an dieser oder jener Stelle im Kontext
mit politischen und militärischen Operationen der
Konterrevolution möglicherweise aus gutem Grund
auf ideologischem Gebiet diktatorische Eingriffe er-
folgen mussten und müssen, bleibt dennoch das grund-
sätzliche Problem, dass der reale Klassenkampf des
Proletariats nicht steril, sondern nur in der aktiven
Auseinandersetzung mit der Ideologie und der The-
orie der Konterrevolution der internationalen Bourgeoi-
sie und ihren theoretischen und philosophischen Vor-
läufern durchgeführt werden kann.

8. Für die Idee, die unterdrückerische Seite des
Staates, also namentlich auch die Armee und Sicher-
heitsorgane, in der Sowjetunion der 30er Jahre „ab-
sterben“ zu lassen, war bei der politischen Analyse
der Gesamtsituation schlicht und ergreifend kein Platz.
Durch die internationale Zuspitzung des Kampfes zwi-
schen Revolution und Konterrevolution mussten im
Gegensatz zu abstrakter Planung ganz konkret Mittel
und Kräfte in großem Ausmaß für den Kampf gegen
die Konterrevolution bereitgestellt werden. Statt ihn
absterben zu lassen, mussten diese Bereiche des so-
zialistischen Staats nicht nur am Leben erhalten, son-
dern personell und technisch verstärkt werden. Der
Sieg über den Nazi-Faschismus bewies die Richtig-
keit dieser Entscheidung.

Gerade für diese unterdrückerischen Aufgaben des
sozialistischen Staates muss jedoch – angesichts der
abschreckenden polizeistaatlichen Zerbilder der re-
visionistischen Staaten – bewusst sein, dass sie zu
einer revisionistischen Polizeidiktatur verkommen,
wenn sie nicht von der Hebung der Bewusstheit der
Soldatinnen und Soldaten und von der immer enge-
ren Verbindung der Armee und der anderen Sicher-
heitsorgane mit der Masse der Werktätigen begleitet
wird.

Es ist also eine zentrale Aufgabe, das Verhältnis
zwischen der unterdrückerischen Seite des sozialisti-
schen Staates, also der Abwehr der Konterrevolu-
tion, und der konstruktiven Seite des sozialistischen
Staates, also dem eigentlichen sozialistischen Aufbau,
sehr konkret festzulegen auf der Basis der theoreti-
schen Analyse des jeweiligen Zeitabschnitts und der
jeweiligen Situation.

Und das Problem erschöpft sich noch nicht einmal
an diesem Punkt. Wenn die Konterrevolution dem
siegreichen Proletariat den offenen Krieg erklärt und
das Land überfällt, tritt nicht nur die unterdrückeri-
sche Seite, der Kampf gegen die Konterrevolution,
in den Vordergrund. Unter den Bedingungen eines
imperialistischen Überfalls beispielsweise müssen
auch die demokratischen Beziehungen zwischen den
Werktätigen, muss die sozialistische Demokratie ein-
geschränkt werden oder genauer: In Zeiten des Krie-
ges müssen andere, an diese Kriegssituation ange-
passte Formen sozialistischer Demokratie herausge-
arbeitet und gefestigt werden.

III. Formen sozialistischer Demokratie

1. Die Pariser Kommune von 1871, die knapp
drei Monate existierte, war der weltgeschichtlich erste
erfolgreiche Versuch der Errichtung der Diktatur des
Proletariats und der sozialistischen Demokratie. Marx,
der sich begeistert auf die Seite der Kommunarden
stellte und ihren heroischen Kampf gegen Verleum-
dungen und Defätismus insbesondere in seinem Werk
„Der Bürgerkrieg in Frankreich“ verteidigte, aber auch

ihre Fehler solidarisch kritisierte, hat dort vor allem
auch die Erfahrungen der Pariser Kommune im Hin-
blick auf die errichtete sozialistische Demokratie aus-
gewertet.

Marx stellte fest, dass die Pariser Kommune nicht
nur den erfolgreichen Versuch unternommen hatte, den
Beamten-, Gerichts-, Militär- und Polizeiapparat, den
bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen son-

dern auch die Aufgabe in Angriff nahm, den alten Staat
durch einen neu aufzubauenden revolutionären Staat
zu ersetzen.

Als eine erste Maßnahme, so hebt Marx hervor,
ersetzte die Pariser Kommune den alten reaktionären
Militärapparat aus Polizei und Armee durch die be-
waffneten Arbeiter und Arbeiterinnen. Dies war die
entscheidende Grundlage, um die Ausbeuter und Re-

Einige Aspekte des Kampfes der KP China und der PAA zur Ausweitung der sozialistischen Demokratie in den 60er Jahren

Nach dem revisionistischen Farbwechsel der ehemals sozialistischen Sowjetunion (und der ehemals volksdemokratischen Länder) ab Mitte der 50er Jahre, mit dem eine neue Ausbeuterklasse in der Sowjetunion den Kapitalismus restaurierte und die sozialistische Demokratie liquidierte, sahen die KP China und die Partei der Arbeit Albaniens (PAA) in den 60er Jahren auch in ihren Ländern deutlich die Gefahr, dass durch Bürokratismus, durch lückenhaft und nicht umfassend genug entwickelte sozialistische Demokratie „neue Herren“, Bürokraten, Karrieristen, pro-imperialistische Kollaborateure die Macht an sich reißen können. Sie griffen Erfahrungen und Elemente aus der Praxis der sozialistischen Demokratie der sozialistischen Sowjetunion auf und entwickelten bzw. förderten weitere Ideen gegen diese Gefahr der Revision des Sozialismus und Kommunismus.

Wir müssen die Aufarbeitung, wie, also mit welchen Maßnahmen und Handlungen die Entfaltung der sozialistischen Demokratie in der Praxis durchgeführt wurde, den wirklich kommunistischen Kräfte in China und Albanien überlassen, da uns hier nur wenige Materialien vorliegen. Jedoch enthalten bereits die in dieser Zeitspanne veröffentlichten und uns vorliegenden Schriften der KP Chinas und der PAA wichtige Hinweise darauf, wie die Entfaltung der sozialistischen Demokratie mit Hilfe der Mobilisierung der breiten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Bürokratismus und Liberalismus in Angriff genommen wurde, um der Liquidierung der sozialistischen Demokratie entgegenzutreten.

■ Die PAA förderte die allseitige kontroverse Debatte in den Betrieben und staatlichen Institutionen beispielsweise durch sogenannte „Flete Ruffe“ (wörtl. „Blitzzeitungen“), eine Art Wandzeitung, die die Werktätigen verfassen und in Betrieben und Behörden anbringen konnten, um sich gegen Arroganz, Wichtigtuerei, Chef-Allüren, Bürokratismus, aber auch etwa Verantwortungs-

losigkeit und Egoismus zu wehren und „Kritik von unten“ zu üben. In den Fabriken schufen die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Bedarf Arbeitskommissionen, die die Arbeit der Fabrik-Direktion, der Verwaltungskader und der einzelnen Abteilungen überprüften und dann in Versammlungen die Ergebnisse der Überprüfung und die Mittel zur Behebung der erkannten Fehler diskutierten.

Alle nicht produktiv, sondern in der Verwaltung tätigen Kader, die einen Großteil ihrer täglichen Arbeitszeit nicht in der Produktion verbrachten – sei es aus der Partei, den Gewerkschaften oder anderen Massenorganisationen, den Betrieben oder den staatlichen Behörden – wurden verpflichtet jedes Jahr drei Monate in der Produktion zu arbeiten. Dieses Rotationssystem wurde eingeführt als eine Maßnahme gegen die Gefahr der Loslösung dieser Kader von den Problemen der Massen.

■ In China wurden insbesondere während der Kulturrevolution Mitte bis Ende der 60er Jahre verschiedenste Formen der sozialistischen Demokratie in massenhaftem Umfang praktiziert. Es wurden lebendige Debatten geführt auf Betriebsversammlungen und Massenaussprachen. In Wandzeitungen, den sogenannten „Dazibao“, wurde die Kritik der Massen gefördert. Ähnlich wie in Albanien waren nicht produktiv tätige Kader verpflichtet, sich an der produktiven Arbeit zu beteiligen.

Mit dem Machtantritt der Chruschtschow-Revisionisten vor Augen scheint uns besonders gewichtig, dass Mao Tse-tung bzw. die KP Chinas die Heranziehung und Ausbildung von revolutionären „Nachfolgern“, von jungen kommunistischen Kadern eben jener Generationen, die den Klassenkampf unter kapitalistischen Verhältnissen vielleicht gar nicht mehr aus eigener Erfahrung kennen, als eine Kernfrage des Klassenkampfes und der Verhinderung der revisionistisch-kapitalistischen Restauration erkannt haben. Gerade diese jungen Genossen und Genossinnen müssen eine umfassende theoretische und praktische Erziehung im Geiste des wis-

senschaftlichen Kommunismus erhalten, forderte Mao Tse-tung und bezeichnete diese Frage zu Recht als „Frage auf Leben und Tod“. Er wies darauf hin, dass zur Verhinderung einer revisionistisch-kapitalistischen Restauration nicht nur eine richtige Linie und eine richtige Politik ausschlaggebend sind, sondern auch die erfolgreiche Heranziehung von zahlreichen, mit der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus gewappneten Nachfolgern, welche die von der älteren Generation begonnene revolutionäre Sache fortsetzen, um sicherzustellen, dass der sozialistische Staat auch weiterhin auf dem richtigen Weg voranschreitet.

Die KP Chinas erweiterte und intensivierte im Rahmen der Kulturrevolution den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie auch in Bereichen wie Kunst, Kultur oder Bildung. Sie forderte, dass die Aktivitäten in diesen Bereichen eben kein „Broterwerb“ im luftleeren, „Ideologie-freien“ Raum sein können, sondern dass es auch in Kunst, Kultur und Bildung darum geht, dass die Massen im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie sich Kenntnisse in Kunst und Kultur aneignen und eine kommunistisch orientierte Kunst und Kultur entwickeln. Eine wichtige Erfahrung scheint uns hier insbesondere, dass Mao Tse-tung die Rolle des „Lernens durch negatives Beispiel“ betont hat, also die Kenntnis und Auseinandersetzung mit den politisch-theoretischen, kulturellen, künstlerischen usw. Produkten aus der Giftküche der konterrevolutionären bürgerlichen Ideologie. Das Motto war: Pflanzen, die steril in „Treibhäusern“ wachsen, können keine große Lebenskraft entwickeln.

Diese Erfahrungen sind Teil der notwendigen internationalen Aufarbeitung der Ursachen für die Verwandlung der sozialistischen Demokratien in polizeistaatliche Diktaturen über die Massen in der Sowjetunion, in den osteuropäischen Ländern und schließlich auch in China und Albanien.

aktionäre unterdrücken und niederhalten zu können und die Pariser Kommune gegen die Versuche der Ausbeuter, ihre alte Macht wiederherzustellen, zu verteidigen. **Die Macht der bewaffneten Arbeiter und Arbeiterinnen – das war der Kern des neuen revolutionären Staates.**

Der alte Verwaltungs- und Beamtenapparat wurde ersetzt durch eine sich selbst verwaltende Massenorganisation der Arbeiterinnen und Arbeiter, die vor allem durch drei grundlegende Merkmale gekennzeichnet war:

a) Die Pariser Kommune war eine nicht-parlamentarische Einrichtung. Insbesondere die für den bürgerlichen Parlamentarismus typische sogenannte „Gewaltenteilung“ wurde beseitigt. Die Pariser Kommune war **beschließendes und bevollmächtigtes Organ, das Gesetzgebung und Vollziehung in sich vereinigte**. Die von den Arbeiterinnen und Arbeitern in die Kommune gewählten Vertreterinnen und Vertreter mussten also selbst für die Durchführung der von ihnen verabschiedeten Gesetze sorgen, sie mussten die Ergebnisse ihrer Anwendung selbst kontrollieren und mussten dann auch Rechenschaft ablegen vor ihren Wählerinnen und Wählern.

b) Das **Recht auf jederzeitige Absetzbarkeit der gewählten Vertreter** gab den Werktätigen ein wirkliches Kontrollinstrument an die Hand, um aus Fehlern oder Fehlverhalten ihrer gewählten Vertre-

terinnen und Vertreter auch praktische Konsequenzen ziehen zu können.

c) Um dieses Kontrollinstrument zu verstärken wurde eine weitere Maßnahme beschlossen: Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter sowie alle anderen Staatsbediensteten bekamen für ihre Arbeit lediglich **Arbeiterlohn**. Es wurden also jegliche Privilegien von Delegierten und Staatsbediensteten, wie sie in bürgerlichen Staaten an der Tagesordnung sind, abgeschafft als wichtige Maßnahme gegen Karrierismus und Pöstchenjägerei.

2. Das, was in einem Land als demokratisch angesehen wird, hängt nicht unwesentlich von den geschichtlichen Besonderheiten des jeweiligen Landes, mit der Vorgeschichte und dem Verlauf der erkämpften Revolution zusammen: In **Russland** wurden schon vor der Oktoberrevolution, im Verlauf der Revolution von 1905 und während der Februarrevolution 1917 Räte, die Sowjets, im Kampf der Volksmassen gebildet. Die Sowjet- oder Räte-demokratie wurde zum Inbegriff für sozialistische Demokratie. Von Beginn an wurde versucht, die Merkmale der Pariser Kommune auch in den Sowjets durchzusetzen, wobei diese Merkmale aufgrund einer anderen Klassenkampfsituation modifiziert werden mussten.

Ganz grob sah der Aufbau der Sowjetmacht folgendermaßen aus: Die Regions-, Gebiets-, Bezirks-, Dorf- und Stadtsowjets waren die lokalen Organe der Diktatur des Proletariats. Die Deputierten zu den

Sowjets wurden von den werktätigen Massen gewählt, waren ihnen rechenschaftspflichtig und jederzeit absetzbar. Die Sowjets wählten wiederum Exekutivkomitees, die für die Umsetzung der Gesetze und Erlasse des Obersten Sowjets und der Beschlüsse der lokalen Sowjets zuständig waren und denen verschiedene Zweige der lokalen Staatsverwaltung unterstanden. Sie waren den entsprechenden Sowjets verantwortlich und mussten ihnen Rechenschaft ablegen.

Höchstes Organ der Staatsmacht war der **Oberste Sowjet der Sowjetunion**. Der Oberste Sowjet bildete die Regierung der UdSSR (den Ministerrat) als höchstes vollziehendes und verfügendes Organ, die dem Obersten Sowjet verantwortlich und rechenschaftspflichtig war.

Der Oberste Sowjet bestand aus zwei gleichberechtigten Kammern: Dem **Sowjet der Union** und dem **Sowjet der Nationalitäten**. Der Oberste Sowjet durfte Gesetze erlassen, er beschloss den Staatshaushalt und den Wirtschaftsplan für die ganze UdSSR. Der Sowjet der Union wurde nach Wahlbezirken gewählt (ab 1936: ein Deputierter auf 300.000 Einwohner). Der Sowjet der Nationalitäten wurde von den Unionsrepubliken, den autonomen Republiken, den autonomen Gebieten und den nationalen Bezirken nach einer bestimmten Norm gewählt (ab 1936: eine Unionsrepublik stellte 25 Deputierte, ein nationaler Bezirk einen Deputierten). Der Obers-

Hinweise für das weitere Studium

Lenin erklärte in seiner Schrift „Über den Staat“ von 1919, dass die Staatsfrage eine der verwikeltesten und schwierigsten Fragen ist, die von bürgerlichen Gelehrten, Schriftstellern und Philosophen wohl am schlimmsten verwirrt worden ist, denn sie berührt die politischen Interessen der Ausbeuterklassen stärker als jede andere Frage. Diese von den Ideologen des Imperialismus geförderte Verwirrung wird durch Alltagssprachliche Verwendung und Bedeutung dieser Begriffe nicht gerade aufgelöst.

Beim Studium der Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus gilt es Bedeutungsfärbungen und Akzentsetzungen zu erkennen, um den wirklichen Sinn bestimmter Erörterungen und Überlegungen in einem bestimmten Zusammenhang zu verstehen.

☆ **Marx, „Bürgerkrieg in Frankreich“ (1871).** In dieser Schrift, verfasst unmittelbar nach der Niederschlagung der Pariser Kommune, analysiert Marx die wesentlichen Merkmale, Verdienste und Schwächen dieses ersten Versuchs der gewaltsamen Revolution zur Errichtung eines sozialistischen Staates. Insbesondere wertete Marx die praktischen Erfahrungen der Pariser Kommune im Hinblick auf die errichtete sozialistische Demokratie aus. (Marx/Engels Werke, Band 17, S. 319–365; bzw.: Ausgewählte Werke, Band 1, S. 446–518, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 2004)

☆ **Engels, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ (1884).** In dieser Schrift zeigt Engels, dass der Staat „nicht von Ewigkeit her“ ist, sondern mit der Entstehung und Entwicklung des Privateigentums und der Klassen zusammenhängt. Engels weist zugleich nach, dass – auf der Grundlage der gewaltsamen Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeuterordnung in der proletarischen Revolution und

der Errichtung der Diktatur des Proletariats – die Entwicklung der kommunistischen, der klassenlosen Gesellschaft jegliche Staatsgewalt absterben lässt. (Marx/Engels Werke, Band 21, S. 25–173; bzw.: Ausgewählte Werke, Band 2, S. 159–304, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 2004)

☆ **Lenin, „Staat und Revolution“ (1917).** In dieser Schrift stellte Lenin die relevanten Äußerungen von Marx und Engels zur Frage der sozialistischen Demokratie und der diktatorischen Unterdrückung der Konterrevolution gegen die Verfälschungen von Kautsky und Konsorten zusammen. Er weist nach, dass es unter den Bedingungen des Imperialismus um so dringender ist, die Arbeiterinnen und Arbeiter systematisch im Sinne der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution, der gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, über die befreiende Rolle der revolutionären Gewalt zu erziehen. Lenin geht auch ausführlich auf den Prozess des Absterbens des sozialistischen Staates und der Verstärkung der sozialistischen Demokratie ein. (Lenin Werke, Band 25, S. 383–507; bzw. als Einzelschrift im Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 1997)

☆ **Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (1918).** Lenin verfasste diese Schrift zu einer Zeit, als die proletarische Revolution in einer ganzen Reihe von Ländern auf der Tagesordnung stand und die Kommunistinnen und Kommunisten als „undemokratisch“ diffamiert wurden. Lenin zergliedert und widerlegt die demagogische Argumentation Kautskys, die Bolschewiki seien undemokratisch, Diktatur und Demokratie würden sich ausschließen, „demokratisch“ bedeute „friedlich“, und beweist, wie undemokratisch in Wirklichkeit Kautskys Thesen von der „reinen Demokratie“ sind, da sie die Klassendemokratie der Bourgeoisie legitimierten. (Lenin Werke, Band 28, S. 225–327; bzw.: Ausgewählte Werke, Band 2,

S. 411–502, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 2004)

☆ **Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“ (1924).** In dieser Schrift gibt Stalin eine kompakte Darlegung der Grundzüge der Theorie Lenins. Angesichts des Ausbleibens der Revolution in anderen Ländern wies er nach, dass die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Land unter kapitalistischer Umkreisung existiert. Er betonte gleichzeitig, dass die Diktatur des Proletariats kein Selbstzweck, sondern Mittel im langwierigen und vielschichtigen Kampf gegen die innere und internationale Konterrevolution ist und analysiert Grundmerkmale der Sowjets als Form der sozialistischen Demokratie. (Stalin Werke, Band 6, S. 62–166; bzw. als Einzelschrift im Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 1997)

☆ **Stalin, „Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“ (1939).** In diesem Bericht behandelt Stalin insbesondere die Frage, warum auch nach Liquidierung der Ausbeuterklassen, nach Wegfall der „inneren“ militärischen Unterdrückung der Konterrevolution, die „äußere“ militärische Abwehr von Überfällen der imperialistischen Konterrevolution bestehen bleibt, solange die kapitalistische Umkreisung bestehen bleibt. (Stalin Werke, Band 14, S. 222 f.)

☆ **Leninismus – Lesehefte für Schulung und Selbstunterricht: „Die Diktatur des Proletariats“ und „Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus“ (1935).** In diesen beiden Teilen sind wichtige Passagen von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der KPdSU(B) und der kommunistischen Internationale zu den diktatorischen, unterdrückenden und den sozialistisch-demokratischen Aufgaben des sozialistischen Staates zusammengestellt. (Verlag Olga Benario und Herbert Baum, 2004)

te Sowjet der einzelnen in der sozialistischen Sowjetunion vereinten Unionsrepubliken und autonomen Republiken war deren jeweilige höchste Staatsgewalt und bildete deren Regierung, die dem Obersten Sowjet der jeweiligen Unionsrepublik oder autonomen Republik verantwortlich und rechenschaftspflichtig war. (Auch die gewählten Deputierten dieser Sowjets und des Obersten Sowjet waren jederzeit absetzbar und ihren Wählern gegenüber rechenschaftspflichtig.) All dies garantierte in hohem Maße, dass die Besonderheiten der verschiedenen Nationen und Nationalitäten in der UdSSR auch wirklich berücksichtigt wurden.

3. Nach 1945 befreiten sich einige Länder Osteuropas mit Unterstützung der Roten Armee durch nationale Befreiungsbewegungen und antifaschistische Kämpfe. Bei den breiten Massen dieser volksdemokratischen Länder genossen die parlamentarischen Vertretungen nicht zuletzt deshalb, weil sie von den Nazi-Besatzern attackiert und abgeschafft worden waren, großes Ansehen und waren nicht – wie etwa die Duma in Russland – diskreditiert. Einige volksdemokratische Staaten standen deshalb vor dem Problem, dass ein Frontalangriff gegen diese parla-

mentarischen Vertretungen von den breiten Massen nicht verstanden und akzeptiert worden wäre. Gestützt auf die bewaffnete Arbeiterklasse wurden so auch mit parlamentarischen Formen und Institutionen – trotz aller Nachteile – erste Schritte zum Aufbau des Sozialismus begonnen.



Aus diesen Beispielen wird ersichtlich, dass an die Frage der Formen der sozialistischen Demokratie nicht abstrakt herangegangen werden darf unabhängig von Zeit und Ort, unabhängig von den geschichtlichen Besonderheiten des jeweiligen Landes, unabhängig davon, ob sich das Land in einem offenen Bürgerkrieg, im Krieg mit imperialistischen Mächten oder in einer Phase des friedlichen Aufbaus des Sozialismus befindet.

Alles wird darauf ankommen, der Pflege der Praxis der sozialistischen Demokratie egal in welchen Formen, auch unter den schlimmsten Bedingungen des Krieges oder auch unter der Drohung erneuter

Kriege große Aufmerksamkeit zu schenken, damit die durch die Konterrevolution erzogene Einschränkung der sozialistischen Demokratie nicht den Kern trifft: Dass das bewaffnete Proletariat selbstständig und demokratisch organisiert den doppelten Kampf gegen die Konterrevolution und für den endgültigen Sieg des Kommunismus führt.



Anzeige:

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

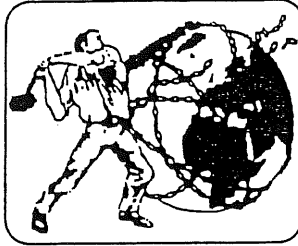
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u.a. erhältlich in:

Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; Berlin: M99, Manteufelstr. 99; Bonn: Antiquariat, Breite Str. 52; Braunschweig: Antifaschistisches Cafe, Cyriaksring 55; Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; Hannover: Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; Karlsruhe: Der andere Buchladen, Marienstr. 15; Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43; Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

ISSN 0948/5090

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

2/08

Februar 2008

Zu den Protesten gegen die Massenentlassungen bei Nokia: Gegen Abwiegelei und nationalistische Kampagnen Den Kampf verschärfen, Betrieb besetzen!

Am 15. Januar wurde bekannt, dass der finnische Nokia-Konzern sein Werk in Bochum im Laufe des Jahres schließen und alle 2.300 Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße werfen will. Weitere 2.000 Kolleginnen und Kollegen von Zulieferern und Leiharbeitsfirmen sind direkt davon betroffen! Mit deren Entlassung ist bereits begonnen worden. Rasch kam es zu ersten Protestaktionen, darunter vor allem die Demonstration am 22. Januar 2008 mit über 15.000 Beteiligten. Auch Solidaritätsbekundungen aus anderen Betrieben liefen umgehend an. Der Protest der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Nokia ist berechtigt, das steht außer Frage.

Doch von Anfang an wurden die vorhandenen Ansätze des berechtigten Protests und des Kampfes für den Erhalt der Arbeitsplätze auf mehrfache Weise weitgehend gelähmt und desorientiert: Da war die unerträgliche Beschwörung der angeblichen „Nokia-Familie“, der man sich gerade jetzt durch vorbildliche Arbeit als „würdig“ erweisen müsse. Da war das verlogene Gerede von „Die ganze Politik, alle Parteien stehen Euch bei“. Dies wurde kombiniert mit einer deutsch-nationalistischen Propaganda-Kampagne bürgerlicher Politiker, bürgerlicher Medien sowie der Gewerkschafts- und Betriebsratsführung. Mit „Argumentationen“ gegen gierige und unmenschliche „Finnen“, für „Made in Germany“ contra „rumänische Unzuverlässigkeit“ wurde chauvinistisch der „Standort Deutschland“ und die „Volksgemeinschaft“ propagiert. Dies ging einher mit einer medienwirksam aufgebauchten Rückgabeaktion von Nokia-Handys durch bürgerliche Politiker.

Mit alledem soll die Durchführung wirklich wirksamer Kampfmaßnahmen der Kolleginnen und Kollegen von Nokia selbst verhindert werden, sei es Streik oder vor allem auch eine Betriebsbesetzung. Vor allem soll damit auch die Frage nach den wirklichen Gründen der drohenden Nokia-Werkschließung in Bochum vernebelt und verdreht werden, die grundlegend im kapitalistisch-imperialistischen System selbst liegen. Daher ist der entschiedene Kampf gegen dieses ganze Netz der reaktionären Abwiegelei und Desorientierung eine unerlässliche Aufgabe für alle Kolleginnen und Kollegen, die wirklich kämpfen und vor allem auch Klarheit über die weiteren Perspektiven des Kampfes schaffen wollen.

Den Arbeiterinnen und Arbeitern wird von den Gewerkschaftsfürsten der IG Metall und von der Betriebsratsführung eingeredet, dass Stillhalten der beste Weg wäre, einen Erfolg zu erzielen. „Wir wollen zunächst auf der politischen Ebene Druck aufbauen. Über Arbeitskampfmaßnahmen würden wir uns mit der IG Metall abstimmen. (...) Aber im Moment ist das noch kein Thema.“ So äußerte sich der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Silvano Guidone (siehe jW 17.01.08). Doch wo war das jemals der Fall, dass durch ausbleibende energische und harte Kampfmaßnahmen die Kapitalisten zu Zugeständnissen gezwungen wurden? Dass die Kapitalisten den Arbeiterinnen und Arbeitern nichts aus Großherzigkeit schenken, ist eigentlich eine klare Sache. Warum sollte das gerade bei Nokia anders sein, wenn bereits jede noch so kleine Lohnerhöhung mit Kampfmaßnahmen wie Streiks durchgesetzt werden muss?!

Die IG-Metall-Führung und die Betriebsratsführung haben Nokia das unverschämte Angebot gemacht, dass die Belegschaft ihre Produktivität verdoppeln könnte, damit es sich für Nokia nicht mehr lohnt, das Werk nach Rumänien zu verlegen. Das ist direkt ein Vorschlag an die Kapitalisten zur Profitsteigerung, der in Wirklichkeit verschärfte Arbeits-

hetze, Herabsetzung der Löhne und nicht zuletzt auch massenhafte Entlassungen bedeutet. Leute, die derartig schamlose Vorschläge zur Verschärfung der Ausbeutung machen, vertreten nicht die Interessen der Kolleginnen und Kollegen, sondern sind bezahlte Handlanger der Kapitalisten.

Dort wo eigenständig gekämpft wird, wie 2004 bei Opel in Bochum, zeigt sich schnell das wahre Gesicht von Gewerkschaftsführung und bürgerlichen Politikern. Dann wird gegen „wilde Streiks“ gehetzt, die dem Unternehmen schaden würden, gegen „Rädelsführer“, die angeblich die Belegschaft „aufgewiegelt“ hätten usw. Trotzdem haben die sechs Tage in einem selbstständig organisierten Streik kämpfenden Kolleginnen und Kollegen bei Opel in Bochum Erfolge erzielt, nicht durch Abwarten, nicht durch Hoffen auf Politiker, und dies gegen die abwiegleiche IG-Metall-Führung und ihren Apparat. Am Beispiel des Kampfes bei Opel sieht man, auf welcher Seite sie wirklich stehen, wenn es darum geht, energisch die Interessen der Ausbeuteten durchzusetzen, nämlich auf der anderen Seite der Barrikade.

Wenn bei Nokia in den nächsten Wochen ein entschiedener Kampf durch die Arbeiterinnen und Arbeiter aufgenommen wird, dann wird auch dort die

Erfolgreiche Betriebsbesetzung bei Continental in Mexiko

Im Dezember 2001 schloss der deutsche Konzern Continental weltweit fünf Fabriken, darunter am 16. Dezember die Reifenfabrik Euzkadi in El Salto, Mexiko.

Mit der Stilllegung in El Salto war die Entlassung von mehr als 1.100 Arbeiterinnen und Arbeitern verbunden. Weitere 70.000 Menschen in der Region waren von der Reifenfabrik abhängig. Erst Ende 1998 hatte der Continental-Konzern die Reifenfabrik Euzkadi übernommen, welche die modernste auf dem ganzen Kontinent war und in der seit 1935 Reifen produziert wurden. Unmittelbar nach der Übernahme entließ der Konzern 18 kämpferische Gewerkschafter mit der Begründung, sie seien „Immer schon sehr (...) radikal gewesen“. Nach Gerichtsbeschluss mussten die Gewerkschafter wieder eingestellt werden.

Am Anfang des Jahres 2000 trat der Konzern mit einem Forderungskatalog an die Belegschaft heran, der unter anderem folgende Punkte enthielt: 12-Stunden-Arbeitstag, den Sonntag als Werktag, Sanktionen für „unangemessene Kleidung“ und „unangemessenes Benehmen“. Die Gewerkschaft lehnte dieses „Angebot“ ab. Im Dezember 2001 schloss Continental ohne Vorankündigung die Fabrik. Dies war nach den Gesetzen in Mexiko illegal.

Sofort nach der Stilllegung besetzten die Arbeiterinnen und Arbeiter die Fabrik, um einen Abtransport der Produktionsanlagen zu verhindern und die Wiederaufnahme der Produktion zu erzwingen. Continental versuchte mit hohen Abfindungen von durchschnittlich 20.000 Euro die Kampfberücksichtigung zu brechen. Doch fast alle Arbeiterinnen und Arbeiter verzichteten darauf und hielten die Betriebsbesetzung aufrecht und setzten ihren Kampf unbeirrt fort.

Die Besetzung dauerte über drei Jahre und war schließlich erfolgreich. Ende Januar 2005 musste Continental akzeptieren, dass das Werk wiedereröffnet und die Produktion weiter geführt wurde. Sämtliche Arbeitsplätze blieben erhalten.

angebliche „Solidarität“ von Politikern und Gewerkschaftsführungen schnell zu Ende sein.

Trotzdem und gerade deswegen gilt es, so schnell wie möglich, bevor Nokia die gesamte Produktion bereits vollständig verlegt hat. Kampfmaßnahmen zu beginnen. Nur durch das Erzeugen von Druck auf die Kapitalisten lässt sich etwas erreichen. Neben Streiks würde eine Betriebsbesetzung ein druckvolles Mittel und Signal sein, dass sich die Arbeiterinnen und Arbeiter bei Nokia nicht so einfach abfertigen und vor die Tür setzen lassen.

Ebenso ist es eine Voraussetzung, keine gemeinsame Sache mit dem Kapital und seinen bezahlten Politikern zu machen. Denn es sind Figuren wie CDU-Rüttgers, der auf der Kundgebung am 22. Januar in perfider Art und Weise angeblich im Namen der Belegschaft den Kapitalisten eine Verschärfung der Ausbeutungsbedingungen angeboten hat, um in Bochum ein „Kosten-Niveau wie in Ungarn“ durchzusetzen. (wdr.de)

In einem Solidaritätsschreiben an die damals in Bochum bei Opel Streikenden von der IG Metall-Vertrauensleuteenschaft bei MAN Offenbach wird richtig festgestellt:

„Schluss mit dem Stillhalten. Schluss mit der Kooperation mit Politik und Kapital. Wer jetzt nach Schröder, Clement, Steinbrück oder Koch (die Namen sind austauschbar; A. d. R.) ruft, der will euch verkaufen an die Diener des Kapitals, an die Macher der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze, der Leiharbeit und Niedriglöhne, die Totengräber der Tarifverträge. Jetzt auf einmal sollen sie auf unserer Seite stehen?“

Weder das Appellieren an die „Vernunft“ der Kapitalisten noch das Hoffen auf die bürgerlichen Politiker ist ein Weg, um für den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen. Wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter ihren Kampf in die eigene Hand nehmen, dann ist dies der einzige Weg, wirkliche Erfolge zu erkämpfen.

Keinen Fußbreit dem Nationalismus

■ Für die Arbeiterinnen und Arbeiter sollte es in ihrem Kampf für den Erhalt von Arbeitsplätzen, für höhere Löhne usw. gleich sein, woher die Kapitalisten stammen. Und wenn bürgerliche Politiker, Medien und Gewerkschaftsfürsten plötzlich eine Kampagne natürlich nicht gegen den weltweit existierenden Kapitalismus, sondern gegen „eiskalte Finnen“ los-treten, dann sollten die Alarmglocken läuten.

Als Siemens die Arbeiterinnen und Arbeiter über den Trick mit BenQ auf die Straße warf, da gab es bezeichnenderweise keinen Ruf nach Rückgabe von Siemens-Handys. Ebenso wenig ist selbstverständlich von der Rückgabe von BMWs durch Politiker zu hören, nachdem bekannt wurde, dass BMW in diesem Jahr 8.000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte entlassen will, um noch mehr Profit zu machen. Die Deutsche Bahn hat in den letzten Jahren nicht „nur“ 4.300 Arbeitsplätze, sondern 180.000 Stellen gestrichen. Die Deutsche Telekom hat in den letzten 13 Jahren weit über 100.000 Arbeitsplätze vernichtet. Und das sind nur Beispiele.

Überall dort war von den bürgerlichen Politikern und Medien nichts Vergleichbares zu hören wie jetzt im Fall von Nokia. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Denn Politiker der bürgerlichen Parteien sitzen bei all diesen Konzernen in den Aufsichtsräten und streichen fette Kohle ein, die massenhaft Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte entlassen haben und weiterhin entlassen werden.

Ganz leise sind diese Herrschaften, wenn deutsche Konzerne in anderen Ländern ganze Werke schließen. Betriebsstillegungen und Massenentlassungen, nachdem vielfach Millionen- und Milliardenbeträge kassiert wurden, Erpressung ganzer Belegschaften zur Profitmaximierung, das ist gängige Praxis von VW, Daimler, ThyssenKrupp, Continental usw. in zahlreichen Ländern der Welt.

Diesen politischen Sachwaltern der in Deutschland herrschenden Kapitalistenklasse geht es in der Tat nicht um die Sicherung der Arbeitsplätze bei Nokia, sondern um eine nationalistische Kampagne.

■ Der Nokia-Konzern hat 2007 einen Profit von 7 Mrd. Euro erzielt. Dazu hat auch die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter im Werk in Bochum beigetragen. Der Standort Bochum soll nicht dicht gemacht werden, weil er etwa Verluste eingefahren hätte, sondern weil sich für Nokia im künftigen Standort in Rumänien aus verschiedenen Gründen noch mehr Profit herausholen lässt.

Dieser Umstand zeigt, dass sich in dem kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftssystem letzten Endes alles nur darum dreht: das Streben der Kapitalisten nach Profit, nach noch mehr Profit, ja nach maximalem Profit, der aus den Arbeiterinnen und Arbeitern des „eigenen“ Landes und der anderen Länder herausgepresst wird. Die unstillbare „Gier nach Profit“ anzuprangern und sich darüber zu empören ist berechtigt. Aber diese „Gier“ ist nichts Nokia-spezifisches, sondern liegt im System des Kapitalismus begründet.

Die Vorstellung, dass ein kapitalistisches Unternehmen vielleicht doch so „vernünftig“ sein könnte, sich mit einer bestimmten Profitrate, sagen wir 10 %, zu begnügen, blendet zusätzlich auch aus, dass es zwischen den Monopolunternehmen und -verbänden verschiedener Länder weltweit einen erbitterten Kampf um die größten Anteile an der Ausbeutung, um die größten Profite gibt.

Eine Trennung in angeblich soziale und vernünftige Unternehmen – deutsche Konzerne – und gierige und unvernünftige „ausländische“ Konzerne ist nicht nur realitätsfern und schürt Illusionen in eine Reformierbarkeit des Kapitalismus. Vielmehr ist eine solche Trennung letztendlich gerade auch Munition für die nationalistische Propaganda vom „Standort Deutschland“ und einer zusammenführenden „Volksgemeinschaft“ zwischen denen da oben und uns da unten; eine „Gemeinschaft“, in der es in Wirklichkeit keinerlei Gemeinsamkeiten gibt.

■ Auch das Gegenüberstellen von angeblicher „deutscher Wertarbeit“ mit angeblich „rumänischer Unsicherheit“, wie es die Betriebsratsvorsitzende Achenbach auf der Versammlung am 22. Januar getan hat, ist eine nationalistische Argumentation.

In bestimmter Hinsicht ist es den Kapitalisten nicht egal, welche Nationalität die Arbeiterinnen und Arbeiter haben, wenn sie maximalen Profit erreichen wollen. In politischer Hinsicht geht es ihnen darum, Klassenkämpfe zu verhindern, die Arbeiterinnen und Arbeiter gegeneinander auszuspielen so wie jetzt die Arbeiterinnen und Arbeiter in Rumänien und in Deutschland.

Solange sich die Arbeiterinnen und Arbeiter durch die Kapitalisten je nach Nationalität und „Standort“ gegeneinander aufhetzen und ausspielen lassen, freut sich das Kapital, da es in Ruhe die Ausbeutung erweitern kann. Einen Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter mit Schmeichelei und Lohbudelei nationalistisch-chauvinistisch an sich zu binden und gegen andere Teile der Arbeiterklasse auszuspielen und aufzuhetzen, diese Methode der Spaltung und gegenseitigen Aufhetzung beherrschen alle Kapitalisten, egal aus welchem Land sie stammen. Dies praktizieren VW, BMW, die Deutsche Bahn immer wieder – hier und in anderen Ländern – und das oftmals noch in einem viel größeren Ausmaß wie zur Zeit bei Nokia.

■ Schaut man sich die Parolen von „deutscher Wertarbeit“, vom Kampf gegen angeblich gierige und unvernünftige „ausländische Konzerne“ genauer an, so ist der Inhalt – wenn auch in Worten noch etwas anders verpackt – nicht weit entfernt von der Propaganda von NPD, DVU und anderen Nazis. In diesem Zusammenhang ist zu sehen, dass Nazi-Kameradschaften ihre angebliche „Solidarität“ mit den Arbeiterinnen und Arbeitern bei Nokia erklären – in der „Logik“ der Nazis natürlich nur mit den deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern. In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, dass am 22. Januar auf der Demonstration nicht nur die reaktionäre „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ ihre Flugblätter verteilte, sondern vereinzelt auch Nazis der „Kameradschaft Bochum-Hattingen“ unter den Demonstrierenden gesehen wurden. Bereits beim Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Opel im Jahr 2004 versuchten 60 Nazis mit einem Aufmarsch am 19. Oktober 2004 die Interessen der Streikenden für sich zu instrumentalisieren. Darum keinen Fußbreit den Nazis, egal wo sie auftauchen, weder bei ihren Aufmärschen auf der Straße, noch in den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter!

Als Grundlage für einen erfolgreichen Kampf ist es eine Voraussetzung, sich gegen jegliche Spaltungsversuche zu wenden, gegen eine Spaltung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus Deutschland gegen Kolleginnen und Kollegen in Rumänien, gegen eine Spaltung zwischen Leiharbeiter/innen und Festangestellten usw.

Die Solidaritätsbekundungen aus anderen Betrieben nicht nur aus dem Organisationsbereich der IG Metall, sondern weit darüber hinaus, oder von Arbeiterinnen und Arbeitern aus Rumänien, sind wichtig und zeigen die Perspektive, dass im Grunde jeder Kampf gegen die Kapitalisten nicht nur im Rahmen des jeweiligen Betriebes, sondern betriebs-, branchen- und länderübergreifend geführt werden sollte. Besonders im Kampf gegen auftretende Nazis sind ein möglichst enger Kontakt und eine Zusammenarbeit mit den örtlichen antifaschistischen Gruppen nötig.

Zudem sollte es während des gesamten Kampfes eine demokratische Atmosphäre für die Beratung und Entscheidung aller Fragen des anstehenden Kampfes geben. Diese demokratische Atmosphäre sollte insbesondere auch den Raum bieten für grundlegende Debatten, die auch das gesamte System des Kapitalismus in Frage stellen und die Perspektive für ein anderes Gesellschaftssystem eröffnen, die revolutionäre und kommunistische Positionen zulässt.

Denn selbst wenn es gelingen sollte, durch solche Kampfmaßnahmen die Schließung des Werkes in

Bochum zu verhindern, so wird dieser Erfolg immer wieder gegen neue Angriffe der Kapitalisten abgewehrt werden müssen. Bei aller Notwendigkeit der Verteidigung jedes Arbeitsplatzes, beim Kampf um jeden Cent Lohnerhöhung, gleich wie stark dafür die Kapitalisten unter Druck gesetzt werden, es sind lediglich kurz- und mittelfristige Erfolge. Denn das Ziel aller Kapitalisten ist und bleibt der Maximalprofit, der aus der Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder herausgepresst wird. Die Erfahrungen der Kämpfe, ihre Erfolge und Niederlagen zeigen, dass es keine Alternative zum Sturz des Kapitalismus gibt.

Gestützt auf grundlegende theoretische Arbeit und praktische Erfahrungen des Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter hat Marx Leitlinien über die Notwendigkeit der entschieden geführten Tageskämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter und die Grenzen dieser Kämpfe im Rahmen des Kapitalismus formuliert, die nichts von ihrer Bedeutung verloren haben:

„Würden sie in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen.“

Gleichzeitig (...) sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, dass sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; dass sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert (...). Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervor geht. Sie sollte (...) auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: „Nieder mit dem Lohnsystem!“

(Karl Marx, „Lohn, Preis und Profit“, 1865, Marx-Engels-Werke Band 16, S. 151/152)

Es gelten nach wie vor die Schlussworte des „Manifests der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Redaktionsschluss 11.02.08

Fünf Stellungnahmen von Gegen die Strömung zu den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter 2004–2007

Gegen die Strömung, Flugblatt Juli 2004
Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter von
DaimlerChrysler im Juli 2004

Gegen die Strömung, Flugblatt Oktober 2004
Zweierlei Lehre – Zum Streik und Streikabbruch
bei Opel in Bochum

Gegen die Strömung,
Flugblatt September–Oktober 2005
Streik bei Infineon München: Ein Lehrstück über die
Notwendigkeit des Kampfs gegen Streikbrecher

Gegen die Strömung, Flugblatt Februar 2006
AEQ, Hilfen, Gate Gourmet
Die Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter
unterstützen!

Gegen die Strömung,
Flugblatt November–Dezember 2007
Die Tricks und Drecksargumente gegen die
berechtigten Kämpfe der Werktätigen
bei der Bahn entlarven!

Gegen Porto zu bestellen bei:

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

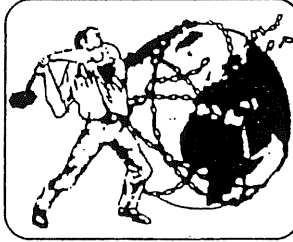
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

GEÖFFNET

Samstag 10.00 – 13.00 Uhr

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

3/08

März 2008

„Ein fremdenfeindlicher Hintergrund ist ausgeschlossen“???

Gleichgültigkeit und Resignation gegenüber dem Nazi-Terror bekämpfen!

Deutsche Zustände 2008: Menschen aus anderen Ländern, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Behinderte, gleichgeschlechtlich orientierte Menschen, Obdachlose, Anti-Nazistinnen und Anti-Nazisten, antifaschistische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen tagtäglich damit rechnen, von Nazis bedroht, verfolgt, zusammengeschlagen oder gar ermordet zu werden. Und „tagtäglich“ ist hier keine Floskel: Selbst offizielle Statistiken müssen einräumen, dass in Deutschland im Durchschnitt jeden Tag mehr als drei Nazi-Überfälle stattfinden – vom Tragen von Nazi-Symbolen, von Nazi-Hetze und Parolen gar nicht zu reden.

Und dieser Nazi-Terror zeigt Wirkung – über die Bedrohung der unmittelbar Betroffenen hinaus –, eine scheinbar paradoxe Wirkung: Viele nehmen ihn kaum mehr wahr, verhalten sich gleichgültig, haben sich an ihn gewöhnt, nehmen ihn hin als „Teil der deutschen Zustände“. Selbst bei vielen sich als fortschrittlich verstehenden Menschen tritt ein gefährlicher Gewöhnungseffekt ein. Doch eines ist klar: Wer sich an den Nazi-Terror „gewöhnt“, sich mit ihm abfindet, nichts dagegen tut im Betrieb, in den Stadtteilen, in den Schulen, an den Unis, auf den Straßen, der hat bereits resigniert und sich demoralisieren lassen.

Wir wollen es gleich vorweg sagen: Wir würden uns auch lieber mit etwas anderem beschäftigen als mit den Nazis, es gibt in vielerlei Hinsicht „wichtigere Dinge“. Aber der Kampf gegen die Nazis ist insofern von enormer Bedeutung und in gewisser Weise „das Wichtigste“, insofern gilt: Wer nichts tut gegen den Nazi-Terror oder wer aufgehört hat, etwas dagegen zu tun, der kann in der Regel auch nicht für Kämpfe mit weitergehenden Zielen gewonnen werden.

Deutsche Zustände 2008: Verstärkter Nazi-Terror

Es genügt, wenn wir uns ein paar Fakten der letzten beiden Monate anschauen:

■ Am 3. Februar starben in Ludwigshafen neun Frauen und Kinder türkischer Herkunft in den Flammen eines Wohnhauses. 60 weitere Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Die Umstände wiesen auf ein Nazi-Massaker hin. Der deutsche Staat startete umgehend ein Vertuschungsprogramm und zog alle Register, um einen „fremdenfeindlichen Hintergrund“ auszuschließen.

■ Am 9. Februar 2008 wurde ein 19-jähriger linker Punk im thüringischen Berga von Nazis ins Koma geprügelt. Die bürgerliche Presse vertuschte diesen Nazi-Überfall.

■ Am 14. Februar wurde in Aldingen (Baden-Württemberg) ein Haus, in dem eine türkische Familie wohnte, völlig zerstört. Die Staatsanwaltschaft spricht von der Tat eines „Feuerteufels“ und „schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund aus“.

■ Am 18. Februar wurde in Dautphetal bei Marburg das Haus einer türkischen Familie angezündet. Es war ein glücklicher Zufall, dass es keine Toten gab. Die Nazi-Täterschaft war zu eindeutig, um vertuscht werden zu können. Nach einigen kurzen Pressemeldungen wurde der Fall „ad acta“ gelegt.

■ Am Morgen des 29. März wurde in Backnang/Baden-Württemberg ein Brandanschlag gegen ein Haus verübt, das überwiegend von Menschen bewohnt wird, die aus der Türkei stammen. Fünf Bewohnerinnen und Bewohner erlitten Rauchvergiftungen. Im Eingangsbereich des Hauses war eine Kinderkarre mit Benzin als Brandbeschleuniger in Brand gesteckt worden. An einer Fassade waren zwei Hakenkreuze hingeschmiert worden.

Hinzu kamen weitere rassistische Überfälle von Nazis, Nazi-Aufmärsche, Schändungen jüdischer Friedhöfe, Nazi-Überfälle auf linke Jugend-Treffs, auf Obdachlose, antifaschistische Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen ...

Wochenende für Wochenende sind auch die von der Polizei mit massiven Aufgeboten geschützten

Schlaglichter des Nazi-Terrors im Februar 2008

1.2./2.2. In Magdeburg wurden zwei Männer aus der Türkei von vier Nazis im Alter von 20 bis 41 Jahren in der Straßenbahn überfallen. Die Täter werden vorübergehend festgenommen, gegen sie wurde früher bereits wegen Volksverhetzung ermittelt. Die beiden jüngeren Nazis griffen am Folgetag einen 32-jährigen aus Nigeria stammenden Mann an. (jW 4.2., Tagesspiegel 4.2.)

2.2. In Berlin-Treptow wurden zwei Reinigungskräfte eines Hotels, eine Frau aus der Türkei und ein Mann aus dem Irak, von zwei Nazis mit Nazi-Parolen beschimpft. Ein zu Hilfe eilender Kollege, ein 42-jähriger Hotelportier, wurde von den beiden 17- bzw. 18-jährigen Nazis mit der Faust und einem Teleskop-Schlagstock geschlagen. (taz 4.2.)

3.2. Bei einem Brand eines Wohnhauses in Ludwigshafen kamen neun Menschen aus der Türkei, vier Frauen und fünf Kinder, zu Tode. Der sehr wahrscheinliche Nazi-Hintergrund des Anschlags wird vertuscht.

5.2. In Halle griffen Nazi-Verteiler einer Nazi-Schülerzeitung vor der Schule einen Schüler an, der die Aktion ablehnte. (taz 5.2.)

9./10.2. In Berga (Thüringen) wurde ein 19-jähriger Punk in einer Diskothek von mindestens fünf Nazis angegriffen und bewusstlos geschlagen. Rettungskräfte finden ihn vor dem Lokal. Er befindet sich nach Polizeiangaben in einem künstlichen Koma. (Infoladen JAPS Jena 22.2., ND 29.2.)

13.2. In Cottbus wurde ein 24-jähriger Mann aus Syrien von drei rassistischen Schlägern angegriffen, geschlagen und getreten, bis er ohnmächtig wurde. Er erlitt Prellungen im Gesicht, am Knie und an der Hand. (Märkische Allgemeine 15.2.)

13.–15.2. Innerhalb von einer Woche überfielen in Bremen Nazis vier Mal Jugend-Treffs und Wohnungen: die Jugendbildungsstätte Lidice-Haus wurde mit Steinen beworfen. Es gab Nazi-Schmierereien mit SS-Runen und Steinwürfe auf eine Wohngemeinschaft, auf die ehemaligen Räumlichkeiten der Jugendbildungsstätte in Bremen-Lesum und auf den Bremer Infoladen. (Antifa-Nachrichten 28.2.)

14.2. In Magdeburg wurde ein 23-jähriger Mann aus Iran von drei Rassistinnen angegriffen und geschlagen. Sie stahlen ihm seine Tasche. (taz 16.2.)

14./15.2. In Aldingen (Baden-Württemberg) wurde ein überwiegend von Familien aus der Türkei bewohntes Haus nachts durch einen Brandanschlag völlig zerstört. Alle 14 Bewohnerinnen und Bewohner konnten sich retten. Staatsanwaltschaft und Polizei erklärten, „ein fremdenfeindlicher Hintergrund“ sei auszuschließen. Ein 53-jähriger Mann, der schon früher als „Feuerteufel“ in Erscheinung getreten war, wurde vorläufig festgenommen. (taz 16.2. und 18.2.)

15.2. In Guben ist der Gedenkstein für den aus Algerien kommenden Flüchtling Omar Ben Noui, der am 13. Februar 1999 auf der Flucht vor einer Horde Nazis in den Tod gehetzt wurde, beim Sturz in eine Glastür zerschnitt er sich eine Schlagader und verblutete, erneut geschändet worden. Die zum neunten Jahrestag seines Todes niedergelegten Blumengebinde und Kerzen wurden zertreten und der Stein mit Bier übergossen. (jW 18.2.)

16.2. In Berlin-Marzahn überfielen drei Nazis einen Blumenladen, zerschlugen das Schaufenster, verletzten die 50-jährige Blumenhändlerin aus Vietnam und raubten Geld aus der Kasse. Draußen beleidigten sie an einer Haltestelle eine 36-jährige Vietnamesin, die mit ihrer zweijährigen Tochter im Kinderwagen auf die Bahn wartete. Sie schlugen der Frau mehrfach ins Gesicht und warfen noch Steine nach ihr, als sie mit dem Kinderwagen flüchtete. (jW 18.2.)

16.2. Rund 5.000 Nazis marschierten anlässlich der Bombardierung der Stadt im Februar 1945 durch

Dresden. Der Nazi-Aufmarsch konnte unter dem Schutz von 3.300 Polizisten zu Ende geführt werden. (jW 18.2.)

18./19.2. Auf ein von einer türkischen Familie bewohntes Haus in Dautphetal bei Marburg verübten Nazis einen Brandanschlag. Der 29-jährige Fahrettin O. und seine Eltern bemerkten den Brand an der Holzfassade rechtzeitig und konnten größeren Schaden verhindern. Einige Stunden vor dem Anschlag waren Fahrettin zwei vom Grundstück weglaufende Gestalten aufgefallen und die Familie entdeckte Nazi-Schmierereien an der Hauswand. Die 55-jährige Mutter Ayse O. sah aus dem Fenster, als das Feuer ausbrach, und erblickte im Dunkeln zwei Personen unmittelbar vom Haus mit erhobenen Fäusten wegrennen, die mehrmals laut „Ausländer raus!“ riefen, was auch Nachbarn bestätigten. (taz 21.2., 25.2.)

21.2. In Goslar schlugen ein Dutzend rassistische Schläger einen aus Sri Lanka stammenden Mann krankenhausesreif. Erst als der 43-jährige regungslos am Boden lag, ließen sie von ihm ab. Die Polizei wiegelte sofort ab: Bei den Tätern handele es sich nicht um Nazis, das Motiv sei unklar. (taz, 22.2.)

22.2. In Berlin-Mitte wurden am Holocaust-Mahnmal ein Hakenkreuz und Nazi-Schmierereien entdeckt. (taz 25.2.)

22./23.2. In Berlin-Pankow überfielen rund 20 Nazis vor einem Café zehn Jugendliche aus der linken Szene mit Bierflaschen und Teleskop-Schlagstöcken. Auch ein Lokal, das als Treffpunkt von Linken gilt, wurde mit Steinen beworfen. (Tagesspiegel, jW, taz, 25.2.)

18.-23.2. Im Laufe einer Woche wurden in Löcknitz (Mecklenburg-Vorpommern) unweit der polnischen Grenze Nazi-Schmierereien an Hauswänden entdeckt, nachts Autos aus Polen demoliert und NPD-Hetzblätter verteilt mit Titeln wie „Grenzen dicht!“ und „Ausverkauf von deutschem Tafelsilber an Polen!“. (jW, 27.2.)

23.2. Im sächsischen Colditz rotteten sich abends etwa 100 teilweise vermummte Nazis zusammen. Dabei gingen Fensterscheiben zu Bruch und es wurden Nebelbomben gezündet. Dies richtete sich gegen einen Veranstalter von Punk-Konzerten. (Mut gegen Rechts, 25.2.)

23./24.2. In Dessau wurde eine Kranzschleife von der Gedenkstele in der Askenasischen Straße gestohlen und mit einem Hakenkreuz beschriftet am Tor des Jüdischen Friedhofs angebracht. Auf dem Jüdischen Friedhof in Köthen wurde eine Gedenktafel geschändet und eine antisemitische Parole auf eine Mauer gesprüht. (kanal8.de 2.3.)

24.2. In Leipzig wurde ein 32-jähriger Mann aus Nigeria in der Straßenbahn von zwei 26 und 27 Jahre alten Nazis als „Neger“ beschimpft. An einer Haltestelle stießen die beiden den Mann zunächst aus der Straßenbahn, traten dann auf ihn ein und riefen „Wir machen dich fertig“. Dem Opfer gelang es, einen der Nazi-Angreifer mit Pfefferspray außer Gefecht zu setzen. Fünf Fahrgäste eilten dem Opfer zu Hilfe. (LVZ-Online 25.2.)

24.2. In Burg beschimpften Rassistinnen einen Diskobesucher vor dem Lokal und verletzten den 28-jährigen durch Tritte am Kopf. (volksstimme.de 25.2.)

24.2. Nazis überfielen einen Jugendtreff in Körbelitz und verletzten eine anwesende 20-jährige Frau. (volksstimme.de 25.2.)

29.2. Rund ein Dutzend Angreifer drangen nachts in ein linkes Jugendzentrum in Halberstadt ein und zerstörten eine Holztür sowie mehrere Fensterscheiben. (yahoo.news 2.3.)

Nichts vergeben, Nichts vergessen!

Nazi-Aufmärsche an der Tagesordnung. Zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg marschierten dort fast 5.000 Nazis auf.

Es ist also eine verdammte Lüge, wenn bürgerliche Presse und Politiker weismachen wollen, dass der Nazi-Terror angeblich zurückgeht.

Selbst die offizielle Statistik des deutschen Imperialismus musste zugeben, dass 2006 die Zahl der Nazi-Verbrechen gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent auf 18.100 angestiegen war. Dies bedeutet 50 Nazi-Verbrechen jeden Tag. Von diesen 18.100 werden über 1.100 Gewaltverbrechen zugerechnet. Dies bedeutet also drei Nazi-Gewaltverbrechen pro Tag (taz 02.04.07). Und das ist, wie bereits gesagt, nur die offizielle Statistik. Die Zahl der Nazi-Verbrechen liegt 2007 ähnlich hoch, wobei inzwischen offiziell zugegeben werden musste, dass die Statistiken in Thüringen und Sachsen-Anhalt geschönt wurden. (Siehe <http://blog.zeit.de>)

Schon allein diese verkürzte Auswahl zeigt: Es herrscht in diesem Land ein tagtäglicher Nazi-Terror. Die tagtägliche Angst vor Gefahr für Leib und Leben, mit der „Nicht-Deutsche“, Menschen „nicht-deutscher“ Herkunft, Menschen mit dunklerer Hautfarbe, Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Behinderte, Obdachlose konfrontiert sind, ist Tag für Tag dramatische Realität für Hunderttausende von Menschen, die sich in Deutschland ihres Lebens nicht sicher sein können. Denn der Nazi-Terror ist allgemein, zeigt sich aber auch mit einer gewissen Willkür, mit der einzelne Gruppen herausgegriffen – häufig begleitet von bürgerlicher Medien-Hetze –, an den Pranger gestellt und angegriffen werden. Je nach Situation steigern sich die Nazi-Verbrechen und die Nazi-Hetze gegen verschiedene Bevölkerungsgruppen: Gegen „kriminelle und integrationsunwillige Ausländer“, gegen Menschen anderer Hautfarbe, gegen Menschen aus den arabischen Staaten bzw. islamischer Religion, gegen Sinti und Roma und gegen die jüdische Bevölkerung, ja gegen alle von ihnen als „undeutsch“ bezeichneten Menschen.

Systematische Vertuschung und Verharmlosung des Nazi- Terrors und deutsch-chauvinis- tische Ablenkungsmanöver der bürgerlichen Presse und Politiker

Das Problem sind nicht allein die Nazis.

Nazi-Aufmärsche werden von der Polizei massiv geschützt. Ein aufmarschierender Nazi wird im Durchschnitt von 10–20 Polizisten geschützt, damit den vom deutschen Imperialismus ermutigten und aufgepöppelten Nazis auch ja nichts passiert. Im Gegensatz dazu werden Antinazistinnen und Antinazisten von der Polizei eingeschüchtert, gefilmt, schikaniert, verprügelt, mit Prozessen überzogen. Der Schutz der Nazi-Aufmärsche durch massives Polizeiaufgebot wird so umgelogen, dass dies doch gerade demokratische Rechte zeigen würde, die der Staat gewährt. Angeblich schütze man darüber hinaus die Bevölkerung vor Auseinandersetzungen zwischen „Rechts“ und „Links“.

Nazi-Verbrechen werden vom deutschen Imperialismus, seinen staatlichen Organen, Polizisten, Staatsanwälten und Richtern sowie seinen Politikern vertuscht und verharmlost. (Es ist ein eigenes Thema, wie Nazis und ihre Sympathisanten in diesen Organen tätig sind, mitten im Staatsapparat sitzen. Siehe dazu GDS-Flugblatt 2/02 „NPD und Verfassungsschutz: Die Nazis mitten im Staatsapparat“.) Die politische Motivation der Nazi-Täter wird verschwiegen oder zerredet. Es wird der Anschein erweckt,

Anzeige ★ Rote Hefte

- Heft 22 Der Kampf gegen den Antisemitismus - Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung
- Heft 21 Der Kampf gegen den Antiziganismus - Solidarität mit den Sinti und Roma
- Heft 20 Kommunistische Positionen gegen die Diskriminierung und Verfolgung Homosexueller
- Heft 19 Die Nazi-Ideologie vom „lebenswerten Leben“ - Von der Diskriminierung bis zum Massenmord
- Heft 18 Zur Linie der KPD von 1929 bis 1933
- Heft 17 Die Verbrechen der Nazis und der Nürnberger Prozess
- Heft 16 Zur Einschätzung Mao Tse-tungs
- Heft 15 Die Bombardierung Dresdens - Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus
- Heft 14 70 Jahre Spanischer Bürgerkrieg - Die Bedeutung des bewaffneten Kampfes der Völker Spaniens gegen Faschismus und militärische Intervention
- Heft 13 Kampf um das revolutionäre Erbe Ernesto Che Guevaras
- Heft 12 Religion - Opium des Volkes, Opium für das Volk
- Heft 11 50 Jahre Bundeswehr - Die Zukunftspläne des deutschen Militärs: Krieg
- Heft 10 Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945
- Heft 9 Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und die revolutionäre KPD (1918)
- Heft 8 Marx: Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie
- Heft 7 Lenin: Die Lehren des Moskauer Aufstandes
- Heft 6 Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft
- Heft 5 Der revisionistische XX. Parteitag der KPD 1956
- Heft 4 Über den bewaffneten Aufstand gegen die nazifaschistischen Besatzer: Paris, August 1944
- Heft 3 Über den bewaffneten Aufstand gegen die nazifaschistischen Besatzer: Prag, Mai 1945
- Heft 2 Über den bewaffneten Aufstand gegen die nazifaschistischen Besatzer: Neapel, September 1943
- Heft 1 Warum die revisionistische Theorie vom friedlichen Weg zum Sozialismus grundfalsch ist
- Heft 1 Marx / Engels: Manifest der Kommunistischen Partei

20-52 Seiten, 1 € pro Ausgabe, ISBN 978-3-86589-038-2

In der Reihe „Rote Hefte“ erscheinen sowohl Texte des wissenschaftlichen Kommunismus, wie das „Manifest der Kommunistischen Partei“, als auch Dokumente und Texte des Zeitgeschehens. Wir wollen mit dieser Reihe einen Beitrag zur Diskussion in der linken demokratischen Öffentlichkeit leisten.

Verlag Olga Benario und Herbert Baum
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/AM, www.verlag-benario-baum.de

als ob heute alles „nicht mehr so schlimm ist mit den Nazis“. Die bürgerlichen Medien geben häufig Steilvorlagen für Nazi-Hetze oder greifen ihrerseits Nazi-Hetze auf. Aufmärsche und Angriffe der Nazis werden gar nicht mehr, nicht regelmäßig oder nur am Rande erwähnt. Die mehr als drei Nazi-Gewaltverbrechen pro Tag sind nur noch in seltenen Fällen eine Pressemeldung „wert“. Und wenn es sich nicht unter den Teppich kehren lässt, dann wird es meistens als bloße „Randnotiz“ vermerkt oder es wird von den staatlichen Organen, den bürgerlichen Politikern und Medien eine Verwirrungs- und Vertuschungskampagne inszeniert.

Am Beispiel der Vertuschungsmanöver um den Brandanschlag in Ludwigshafen

Aufschlussreich ist das Vertuschungsmanöver um den Brandanschlag in Ludwigshafen. Er wurde zwar wochenlang in der bürgerlichen Presse groß behandelt, aber nicht im Sinne einer Aufklärung, sondern im Sinne des Ablenkens von einem sehr wahrscheinlichen Nazi-Hintergrund. Obwohl alles für ein Nazi-Massaker sprach, wurde Verwirrung gestiftet und vertuscht. Noch bevor die genaueren Hintergründe bekannt waren, gab der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Beck die Richtung der Ermittlungen vor und erklärte vor laufenden Kameras: „Ein fremdenfeindlicher Hintergrund kann ausgeschlossen werden.“ (FR, 5.2.2008) Bevor irgendetwas feststand, sollte also feststehen: Die Nazis waren es nicht. Als der Botschafter der Türkei diese Äußerung Becks als „seltsam“ bezeichnete, wies dies der deutsche Innenminister Schäuble umgehend mit den Worten zurück: „Das ist eine Diskriminierung von Deutschen. Wir sind nicht ein Volk, das Brandsätze wirft auf Türken.“ (ak 526, 21.3.2008)

Nazi-Schmierereien (Hakenkreuze) am und im Umfeld des Hauses (taz, 7.02.2008)? Ein Drohanruf gegen eine im Haus lebende Familie drei Tage vor dem Brandanschlag (taz, 7.02.2008)? Weggewischt! Eine Nazi-Szene in Ludwigshafen? Dies seien „fünf bis zehn Leute“, die in letzter Zeit „nicht massiv“ in Erscheinung getreten seien, so der Sozialdezernent van Vlieth (FR, 7.02.2008). Doch gilt Ludwigshafen in der Rhein-Neckar-Region als Nazi-Hochburg. In unmittelbarer Nähe des niedergebrannten Hauses wohnt der bundesweit bekannte Nazi Matthias Hermann, führer der Kopf des Nazi-Bündnisses „Aktionsbüro Rhein-Neckar“. Bereits 2006 war ein Brandanschlag auf genau dieses Haus verübt worden, in dem sich im Erdgeschoß die Räume eines türkischen Kulturvereins befinden, wie Antifaschistinnen und Antifaschisten der Antifa-Recherche-Gruppe Ludwigshafen in ihrer Erklärung vom 5.02.2008 hervorhoben (www.indymedia.org). Im Übrigen war in dem abgebrannten Haus vor zehn Jahren der zentrale Treffpunkt Ludwigshafener Nazis gewesen, wo Nazi-Kader, die auch heute noch aktiv sind, ein- und ausgingen. (taz, 8.2.08)

Ein der Staatsanwaltschaft vorliegendes Bekenntschreiben eines „Deutschen Widerstands“ wurde erst gar nicht veröffentlicht und als Aktion eines Trittbrettfahrers abgetan (FR, 15.02.2008). Selbst, wenn es einen Nazi-Täter gegeben hätte, wurde so alles schon aufgeboten, um den Zusammenhang mit den Nazi-Strukturen zu bestreiten, um diesen als „Einzeltäter“ präsentieren zu können.

Obwohl sehr bald Zeugenaussagen vorlagen, die einen der Brandstifter näher beschreiben (FR, 07.02.2008), wurde alles unternommen, um diese als unglaubwürdig hinzustellen. Zwei in dem Haus wohnende Kinder hatten berichtet und zu Protokoll gegeben, dass sie einen Mann beobachtet hatten, der im Treppenhaus mit Holzstöcken, Papier und Feuerzeug hantiert habe. Sie

gaben auch eine Täterbeschreibung. Ein Phantombild wurde jedoch niemals veröffentlicht. Stattdessen wurden die Aussagen der beiden Mädchen zunächst als „unglaubwürdig“ hingestellt. Dann wurde gar noch behauptet, diese hätten angeblich ihre Aussagen zurückgezogen. Wie der Vater einer der beiden Zeuginnen betont, haben die beiden Zeuginnen ihre Aussagen keineswegs widerrufen. Der Vater war bei den polizeilichen Vernehmungen seiner Tochter selbst anwesend. (stern.de, 23.2.2008)

Täglich wurden neue irreführende und widersprüchliche Meldungen lanciert. So wurde nicht nur abgewiegelt, sondern auch vorgegaukelt, dass man sich größte Mühe geben würde, die wahren Hintergründe zu ermitteln. Ablenkungsmanöver wurden inszeniert, Behauptungen wurden in Umlauf gebracht, es hieß, die Bewohner des Hauses hätten illegal Strom abgezapt. Genug Gerüchte waren gestreut, um nahe zu legen: Waren es die Opfer vielleicht doch selbst?

Als endgültigen „Beweis“, dass es kein Nazi-Anschlag war, präsentierte die Staatsanwaltschaft im März, dass keine Spuren von Brandbeschleunigern gefunden worden seien. Kein Brandbeschleuniger, also kein Brandanschlag!? Selbst vor dieser absurden „Logik“ wird nicht zurück geschreckt in dem politischen Bestreben, einen Anschlag auszuschließen.

Der entscheidende Punkt ist dabei nicht, ob wir 100prozentig beweisen können, dass der Brandanschlag von Ludwigshafen ein Nazi-Brandanschlag war. Der springende Punkt ist der gigantische Vertuschungsaufwand, der betrieben wurde und wird, nicht zuletzt deshalb, um die Nazi-Gegner in die Defensive zu drängen. Ein Nazi-Verbrechen, so wird gefordert, müsse bis ins kleinste bewiesen werden, damit es als solches auch bezeichnet werden könne. Und wenn im Einzelfall dann einmal tatsächlich kein Nazi-

Hintergrund vorliegt, dann werden solche Fälle vom deutschen Imperialismus, von seinen Politikern und Medien genüsslich und mit Genußentzug präsentiert und dazu benutzt, den Nazi-Terror generell zu verharmlosen. Wenn aber umgekehrt sich nicht vertuschen lässt, dass es sich um ein Nazi-Verbrechen handelt, wie bei dem Brandanschlag in Dautphetal, wird dies mit ein, zwei Betroffenheits-Pressemeldungen abgetan.

Neben dem Verschweigen, dem Unter-den-Tepich-Kehren, neben der Vertuschung des Nazi-Terrors gibt es eine weitere Methode: deutsch-chauvinistische Ablenkungs-Hetz-Manöver der bürgerlichen Politiker und bürgerlichen Medien. So werden „nicht-deutsche“, „Jugendliche mit Migrationshintergrund“ als kriminell und gewalttätig an den Pranger gestellt oder gegen jugendliche Antinazistinnen und Antinazisten Hetzkampagnen initiiert. Nazi-Terror wird bagatellisiert, Nazi-Morde werden verschwiegen und vertuscht, aber wenn ein pensionierter Schuldirektor verprügelt wird, wird dies zum Pogrom hochstilisiert und alle Zeitungen, Radio- und Fernsehsender berichten tage- und wochenlang davon. Jede Nachrichtensendung berichtet darüber, die Leserbriefseiten der Tageszeitungen sind voll von überschäumendem Rassismus, jede Talkshow diskutiert die Radikalisierung „solcher“ Jugendlicher mit Experten aller Art. Die Botschaft ist: Die „eigentlichen“ wehrlosen Opfer sind die Deutschen. Neben der Ablenkung vom Nazi-Terror wird mit diesen Ablenkungsmanövern vor allem auch deutsch-chauvinistische Hetze betrieben.

Das Argument, es gäbe doch Wichtigeres als den Kampf gegen die Nazis

„Es gibt Wichtigeres als den Kampf gegen die Nazis“ – dieser Satz hört sich erst einmal nicht falsch an. In der Tat ist das Ausmaß der staatlichen Faschisierung in Umfang und Wirkung wesentlich gewichtiger als die Überfälle und die Hetze der Nazi-Banden auf

Anzeige



10 Jahre „Deutsche Einheit“:
Nazi-Terror
von Hoyerswerda bis Düsseldorf
Nazis, Staat und Medien –
ein Braunbuch

Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation“ wurde von den deutschen Imperialisten eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistisch-chauvinistische Pogromstimmung geschürt, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen, Magdeburg, Lübeck und Düsseldorf gipfelte. Die chauvinistische und rassistische Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als „undeutsch“ bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden. Von einer entscheidenden Bedeutung ist dabei, den Vormarsch der nationalistischen Bewegung im Inneren Zusammenhang mit der Politik und Propaganda des Staates und der Politiker des deutschen Imperialismus insgesamt einzuschätzen, der nach zehn Jahren „Einheit Deutschlands“ seine Rolle als imperialistische Großmacht vor allem durch die imperialistische Aggression gegen Jugoslawien auch militärisch wieder manifestiert hat. Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die Einverleibung der DDR durchgesetzt wurde, demonstriert, welches Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „linksfortschrittliche“ Kreise. Das Aufdecken des Zusammenhangs von staatlichem Abschiebeter, Nazi-Terror, Einschüchterung der Nazis durch Polizei und Justiz, Politiker- und Medienhetze gegen Flüchtlinge, Roma usw. ist wichtig, um gegen die Gewöhnung an diese verfluchten deutschen Zustände in unverbrüchlicher Solidarität mit allen Opfern des Nazi-Terrors und der staatlichen Repression zu kämpfen.

Aus dem Inhalt:

- I. Tatsachen – Chronologie der rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde: Hoyerswerda: gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991), Mannheim-Schöna: gegen Asylsuchende (Mai / Juni 1992), Rostock: gegen Roma und Vietnamesinnen und Vietnamesen (August 1992), Mölln und Solingen: gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992 und Mai 1993), Magdeburg: gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994), Lübeck: gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1998), Lübeck und Düsseldorf: gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995 und Juli 2000).
- II. Nazis, Staat und Medien – von subtiler Hetze bis offenem Terror: Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand. Die Opfer werden zu Tätern gemacht, Antisemitismus.
- III. Aktionen gegen die Nazis – Widerstand der Opfer, Solidarität und Entlarvung.

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 978-3-932635-37-0

Zu beziehen über: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M., Fax: 069/730920

Plakat



Die ungebrochene Tradition



Aufkleber

Die braune Pest



Tod dem deutschen Imperialismus!

Opfer des Imperialismus – Arbeiter, Bauern und revolutionäre Soldaten, 2. Aufl., September 99, 36, 10000 karte

Plakat und Aufkleber gegen Spende oder Rückporto zu beziehen über:
Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M., Fax: 069/730920

Streiflichter von Anti-Nazi-Kämpfen (Januar bis März 2008)

Wenn man genauer hinschaut, gibt es einige, gar nicht so wenige sehr positive Ansätze und Beispiele im Kampf gegen die Nazi-Hetze und gegen den Nazi-Terror:

– Antifa-Initiativen, die mit intensiver Recherche in enger Zusammenarbeit mit den Opfern die Verschweige- und Vertuschungsmanöver von Richtern, Staatsanwälten und der bürgerlichen Presse durchkreuzen wie etwa die Aufdeckung des Nazi-Überfalls in Barga.

– Engagierte Antinazistinnen und Antinazisten, die in den verschiedenen Regionen und Städten sich den fast wöchentlichen Nazi-Aufmärschen entgegenstellen, die diese Aufmärsche anprangen, sich zu Protestaktionen, Blockaden und Gegendemonstrationen zusammenschließen und den Staat des deutschen Imperialismus zwingen, seine Nazis massiv mit Großaufgeboten von oft Tausenden von Polizisten, Wasserwerfern usw. zu schützen.

■ In Berlin-Lichtenberg nahmen 100 Antifas am 2. Januar an einer Spontandemonstration teil, die sich gegen den Überfall von 15 Nazis auf eine fünfköpfige Familie aus Afghanistan in der Silvesternacht richtete.

■ Gegen einen Aufmarsch von 250 Nazis in Leipzig demonstrierten am 12. Januar 500 Antifas. 100 Antifas protestierten am selben Tag in Berlin-Lichtenberg gegen die NPD.

■ Am 16. Januar demonstrierten 3.500 Auszubildende von VW in Wolfsburg gegen die NPD.

■ Nach einem Nazi-Angriff in Köln Mitte Januar auf einen Mann wegen seiner dunkeln Hautfarbe demonstrierten am 16. Januar 400 Antifas gegen den Rassismus.

■ In Magdeburg demonstrierten am 19. Januar 300 Antinazistinnen und Antinazisten gegen einen Naziaufmarsch. Die Polizei stoppte die Demonstration über drei Stunden lang und

griff dann mit Pfefferspray und Schlagstöcken die Antifaschisten an. Mindestens 30 Antifas wurden dabei verletzt. Insgesamt protestierten an diesem Tag 1.000 Menschen gegen 600 Nazis, die gegen die Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition hetzten.

■ Am selben Tag protestierten in Frankfurt am Main 1.200 Antinazistinnen und Antinazisten lautstark gegen eine Wahlkampfkundgebung der NPD.

■ Ebenfalls am 19. Januar protestierten 2.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten in Salzgitter gegen einen Aufmarsch von 60 Nazis, 200 Demonstrantinnen und Demonstranten protestierten in Goslar gegen eine Nazi-Kundgebung und 2.000 Antinazistinnen und Antinazisten in Bad Lauterberg gegen einen Aufmarsch der NPD.

■ 150 Menschen protestierten am 6. Februar in München gegen eine Wahlkampfveranstaltung der NPD-„Bürgerinitiative Ausländerstopp“.

■ Gegen einen Aufmarsch von 5.000 Nazis in Dresden am 16. Februar mobilisierten Antinazistinnen und Antinazisten zu beeindruckenden Gegenaktionen. Eine antifaschistische Demonstration durchs Stadtzentrum war von den Behörden im Vorfeld verboten worden. Es gelang den Antinazistinnen und Antinazisten, eine Polizeikette zu durchbrechen und eine spontane Demonstration mit 1.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch die belebte Einkaufsmeile zu formieren sowie die Innenstadttroute der Nazis zu blockieren.

■ 450 Antifas protestierten am 22. Februar gegen das „Thor Steinar“ Nazi-Geschäft in Berlin-Mitte. Nur wenige Tage zuvor wurde ein Schaufenster des Geschäfts eingeschlagen.

■ Nach einem Nazi-Überfall auf ein linkes Szene-Lokal in Berlin-Friedrichshain am 22. Februar versammelten sich spontan in der selben Nacht rund 100 Antifas zu einer antinazistischen Demonstration.

■ Am 3. März beteiligten sich rund 1.000 Antinazistinnen und Antinazisten in Leipzig an einer kämpferischen Anti-Nazi-Demonstration.

■ In Berlin demonstrierten am 8. März ca. 1.000 Antifas für die Freilassung der Antifaschistin Andrea N., die wegen mehrerer Bagatelldelikte bei Anti-Nazi-Demonstrationen zu 14 Monaten Haft verurteilt wurde.

■ Am selben Tag protestierten in Dessau mehrere Hundert Menschen gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis, die gegen die Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition hetzten.

■ Nach mehreren Nazi-Anschlägen in Dortmund versammelten sich am 10. März 300 Antinazistinnen und Antinazisten zu einer Spontandemonstration durch die Innenstadt.

■ In Lübeck protestierten am 29. März mehrere Tausend Anti-Nazi-Kräfte mit Demonstrationen und Blockaden gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis. Insgesamt wurden 1.900 Polizisten zum Schutz der Nazis eingesetzt.

■ In Mainz-Kostheim gelang es am selben Tag 250 Antifas eine NPD-Veranstaltung mit lautstarkem Protest wirksam zu stören.

Jede Aktion gegen die Nazis ist wichtig. Auch wenn es manchmal nur wenige Entschlossene sind, die sich entgegenstellen. Es ist nicht nur wichtig, all die täglichen Nazi-Aktionen bekannt zu machen, den Opfern zu helfen, Presse und staatliche Stellen zu entlarven. Ebenso wichtig ist es, die Aktionen, die gegen die Nazis laufen zu dokumentieren. Damit wir daraus lernen können, sich gegenseitig zu unterstützen und andere zum kämpfen zu ermutigen. (Siehe dazu GDS-Flugblatt 6/01: „Die Erfahrungen der Kämpfe gegen die Nazi-Banden auswerten!“)

(Quellen: junge Welt, die tageszeitung)

der Straße (siehe dazu GDS-Flugblatt 1/01: „Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen – den Kampf gegen den staatlichen Abschiebeterror und staatliche Faschisierung überhaupt vertärken! Gegen den Staatsterror!“). Und auf lange Sicht gesehen ist es in der Tat wichtiger, dass wir uns „um das Ganze kümmern“, nämlich das kapitalistische System in Deutschland bekämpfen und vernichten, unsern Beitrag zur Verknüpfung des Systems des Weltimperialismus leisten. In der Tat besteht eine der Funktionen der Nazis für die Herrschenden auch darin, fortschrittliche und revolutionäre Kräfte zu binden.

Dennoch hat dieser Satz, dass der Kampf gegen die Nazis doch nicht das Wichtigste sei, einen gewaltigen Haken. Denn der Kampf gegen die Nazis ist in einer Hinsicht absolut wichtig, durch nichts zu relativieren, durch nichts mit hochtrabenden Erklärungen wegzuooperieren: Denn wer gegen diese extremste Form antidemokratischen Handelns nicht voll

Wut und Hass, voll Energie und mit kühlem Kopf vorgeht, dagegen nicht ankämpft, sich darüber nicht empört, keine Aktionen dagegen organisiert, der ist – wenn wir genauer darüber nachdenken – in Wirklichkeit für jeden gerechten Kampf verloren.

In diesem Sinne ist die Grundvoraussetzung für politisches Handeln, die nie, keine Minute, aufgegeben werden darf: Der Kampf gegen die Nazi-Mörder muss verbunden werden mit dem Kampf um die grundlegenden, weiterreichenden Fragen und Ziele. Und über die Aktionen gegen die Nazi-Banden hinaus beinhalten diese Ziele in der Tat, über den untrennbaren Zusammenhang mit der Geschichte dieses Landes, mit der aktuellen Politik dieses Staates, mit den Verbrechen des deutschen Imperialismus und des Weltimperialismus aufzuklären.

Wer diese großen und wichtigen Aufgaben jedoch meint, unter Verzicht auf den Kampf gegen die Nazis, anpacken zu können, landet im Sumpf der Demoralisierten, Abwiegler und Pseudolinken.

**Gegen die Vertuschung, Gleichgültigkeit,
Abstumpfung und Demoralisierung –
das ganze Ausmaß des alltäglichen Nazi-
Terrors aufdecken! Resignation bekämpfen!
Solidarität mit allen vom Nazi-Terror Bedrohten!
Kampf den Nazis und der staatlichen
Faschisierung!**

**Tod dem deutschen Imperialismus,
Chauvinismus und Militarismus!**

Anzeige:

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920

GEÄNDERTE ÖFFNUNGSZEITEN

Jeden Donnerstag

17.30–19.00 Uhr

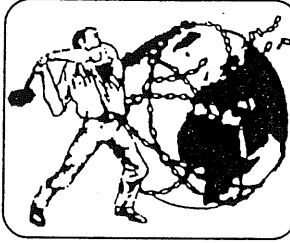
Jeden ersten Samstag im Monat

10.00–13.00 Uhr

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u. a. erhältlich in:

Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; Berlin: M99, Manteufelstr. 99; Bonn: Antiquariat, Breite Str. 52; Braunschweig: Antifaschistisches Cafe, Cyriaksring 55; Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; Hannover: Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; Karlsruhe: Der andere Buchladen, Marienstr. 15; Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43; Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

4/08

April 2008

**Ausbeutung und Unterdrückung verschärfen sich!
 – Keine Illusionen in die Gewerkschaftsführung!**

1. Mai 2008: Gegen das Kapital und seinen Staat kämpfen!

Die Lage in Deutschland 2008: Während international der deutsche Imperialismus die Ausplünderung der Werktätigen in der ganzen Welt forciert, während der Einsatz der Bundeswehr auf internationaler Ebene Schritt für Schritt ausgeweitet wird, während innerhalb Deutschlands polizeistaatliche Zustände zunehmen, Abschiebungen von Flüchtlingen auf der Tagesordnung stehen und die Anschläge der Nazis ohne Unterbrechung weitergehen, werden Zug um Zug immer massivere Angriffe auf die soziale Lage der Werktätigen in Deutschland durchgeführt. Durch immens gesteigerte Arbeitshetze, Arbeitszeitverlängerungen und Reallohnsenkungen wird die Ausbeutung in den Betrieben verschärft und werden bei BMW, Siemens, Nokia usw. Tausende Kolleginnen und Kollegen auf die Straße geworfen.

Allerdings, bei zahlreichen Streiks und Demonstrationen haben auch immer wieder Tausende von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie anderen Werktätigen gegen verschärfte Ausbeutung und Sozialabbau protestiert, wie zuletzt z. B. beim Lokführerstreik oder bei den Tarifaueinandersetzungen im Einzelhandel. Warum gelingt es den Herrschenden aber trotzdem immer noch und immer wieder, ihre Pläne mehr oder minder reibungslos durchzusetzen?

Drei Punkte sind unserer Meinung besonders wichtig, um die Mechanismen der Verschärfung der Ausbeutung der letzten Jahre besser einordnen zu können:

ERSTENS: Hartz IV als zentrales Instrument. Der Staat hat für das Kapital hier ein gigantisches Werk durchgesetzt – entgegen dem dummen Geschwätz, dass der Staat sich „zurückzieht“ oder immer weniger Bedeutung habe. Hartz ist Milliarden und Abermilliarden für das Kapital wert. Es drückt und presst, es wirkt wie ein drohendes „Damoklesschwert“ über der gesamten Arbeiterklasse. Mehrere Millionen werden mit Hartz IV massiv in die Armut gestürzt. Hartz IV spielt eine fundamentale Rolle, um alle, die im Arbeitsprozess stehen indirekt und Millionen ganz direkt mit Zwangsarbeit zu bedrohen. Das ist ihr Programm: erfassen, bespitzeln und zur Zwangsarbeit pressen.

ZWEITENS: der brutale Einschnitt bei den vielfältigen Formen von Neueinstellungen. Das Kapital hat es in den letzten Jahren geschafft – mit tatkräftiger Unterstützung der Gewerkschaftsführung, in einem gigantischen Umfang bei den Neueinstellungen durch massiven Lohnabbau die Lohnkosten insgesamt zu senken. Da ging es nicht um 1 oder 2 Prozent, da geht es in verschiedenen Branchen um 20 bis 30 Prozent. Dazu kommt in gigantischem Umfang das Instrument der sogenannten „Leiharbeiter“ und der zigfach vermehrten sogenannten „befristeten Arbeitsverträge“ sowie formale Tricks wie „Ausgliederungen“ und „Neugründungen“. Fein zergliedert in irgendwelchen Details von „Einstufungen“ und „Lohngruppen“ in diversen Abmachungen. Und dieser Mechanismus wirkt jeden Tag, jeden Monat,

jedes Jahr. Jede Entlassung und dann Neueinstellung macht sich bezahlt. Und zudem: Die Spaltung in Neue und Alte in den Betrieben wird so forciert.

DRITTENS: Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsintensivierung. Eine konkrete Analyse der realen Arbeitszeit, vor allem der am schlechtesten bezahlten Schichten der Arbeiterklasse, würde ergeben, dass von der viel proklamierten 35-Stunden-Woche, die vor ca. 20 Jahren noch auf den Plakaten von DGB-Gewerkschaften prangte, in der Realität nicht viel übrig geblieben ist. Erzwungene Überstunden, davon ca. 50 Prozent unbezahlt, tariflich festgeklopfte Verlängerung der Arbeitszeit, die „Rente mit 67“ kombiniert mit erpresster zunehmender Arbeitshetze – gerade nach Entlassungen –, das ist der schon begonnene Weg, der gerade in den nächsten Jahren zu den strategischen Zielen des Kapitals gehört.

Dieses ganze Programm ist in 1001 Unterpunkte und Unterpunktchen verpackt. Da wird hier ein Paket geschmückt, da ein angeblicher Kompromiss geschlossen, ein Durcheinander von staatlichen Maßnahmen und tariflichen Vereinbarungen zusammengepresst, dass den Ausgebeuteten Hören und Sehen vergeht. Statt dieses Drecksmanöver anzuprangern wurstelt die Gewerkschaftsführung fleißig an diesen bewusst undurchsichtig gestalteten 1001 „differenzierten“ Maßnahmen mit, „protestiert“ ein bisschen hier und da, erklärt dann umfangreich da und hier und redet die Kolleginnen und Kollegen schwindelig. Die Gewerkschaftsführung übernimmt die Drohgebärden und die

Rhetorik der Kapitalisten: Wenn wir nicht hier zustimmen, dann wird das und jenes passieren usw. usw.

Da gilt es klaren Kopf zu behalten und sich vor allem klar zu machen, dass ein wirkliches Erkennungsmerkmal von Abwiegeln, ja Verrätern folgender Punkt ist, der so sicher kommt wie das Amen in der Kirche: Es wird an die „Vernunft“ und an den „Verstand“ mit scheinbar fachlich versierten artistischen Argumentationen appelliert, ja gar die Moral der Ausbeuter wird ins Feld geführt.

Immer dann, wenn an die „Einsicht und Vernunft“ oder gar an den „wirtschaftlichen Verstand“ der Kapitalisten appelliert wird, können die Arbeiterinnen und Arbeiter sicher sein, wer so redet, der steht auf der Seite des Kapitals und nicht auf unserer Seite. Es ist nicht einfach dumm, sondern reaktionär, wenn sich etwa im DGB und seinem Umfeld diverse Figuren als die angeblich „besseren Volkswirte und Betriebswirte“ aufspielen, die Glauben machen wollen, man müsse den Kapitalisten und ihrem Staat gar etwas „vorrechnen“ und diesen „Vorschläge“ machen; z. B. dass sie mit höheren Löhnen doch die „Binnennachfrage“ stärken würden, was nicht nur für die Arbeiterinnen und Arbeiter gut sei, sondern zugleich auch deren eigenen kapitalistischen Interessen nütze. Ausgeblendet und vertuscht wird damit, dass Lohnkürzungen und Massenentlassungen, ja auch ganze Betriebs-schließungen und Standortverlegungen für die einzelnen kapitalistischen Unternehmen im Konkurrenzkampf durchaus „Sinn“ machen für ihr oberstes Bestreben der Profitmaximierung. Es ist ihre Logik, es ist die Logik des Kapitalismus. Keine Sorge, das können die Kapitalisten. Unsere Aufgabe ist nicht, ihnen dabei zu helfen, mit ihnen gemeinsam „mal alles durchzurechnen“ und zu einer „standortverträglichen Lösung gemeinsam zu kommen“.

Zentral ist und bleibt: was gut ist für die Kapitalisten, ist schlecht für die von ihnen Ausgebeuteten. Mehr Lohn bedeutet eben weniger Profit und weniger Lohn bedeutet eben mehr Profit. Das ist der Kern, alles andere sind Ablenkungsmanöver.

Es geht nicht um die Überzeugung der Kapitalisten, es geht einzig und allein um die Aufklärung, um die Aufdeckung der wirklichen Sachverhalte für die Kolleginnen und Kollegen angesichts der gut gesteuerten Manipulationen und Attacken des Kapitals, seines Staats und seiner Medien. Denn nur bewusste und überzeugte Kolleginnen und Kollegen werden das einzige Mittel anwenden, das angesichts kapitalistischer Logik gegen verschärfte Ausbeutung hilft: Kampf so breit wie möglich, so hart wie möglich, so organisiert wie möglich.

Wer gegen das Kapital kämpft, hat den Staat gegen sich und bekommt es mit den Gewerkschaftsfürsten zu tun

Wer wirklich gegen verschärfte Ausbeutung kämpfen will und in diesem Kampf seine Erfahrungen gemacht hat, stößt rasch oder sofort auf drei zusammenhängende Probleme:

Das sind selbstredend zunächst die **Kapitalisten**, die gegen Streiks mit Aussperrungen, gegen kämpferische Kolleginnen und Kollegen, von ihnen so genannte „Rädelsführer“, mit Schikanen und Entlassungen vorgehen.

Aber wenn die Kolleginnen und Kollegen bei ihrem Kampf gegen Massenentlassungen kämpferische Aktionen setzen, wenn sie aktiv gegen Streikbrecher vorgehen, wie etwa beim Kampf der Infineon-Kolleginnen und Kollegen 2005, dann tritt sehr rasch der **bürgerliche Staatsapparat** auf den Plan. Droht eine weiterreichende Ausdehnung und Radikalisierung des Kampfes, werden für alle Fälle Polizei und „Bundespolizei“ („Bundesgrenzschutz“) in Alarmbereitschaft versetzt. Und wer nicht glaubt, dass im Bedarfsfall selbstverständlich für die „innere Sicherheit“ des Kapitals auch die Bundeswehr gegen aufbegehrende

Keine Illusionen in den Gewerkschaftsapparat!

Teile der Arbeiterklasse eingesetzt werden wird, möge sich doch bitte überlegen, warum Einheiten der Bundeswehr gerade auch immer wieder die Niederschlagung von Streiks proben.

Wer wirklich gegen das Kapital kämpfen will, bekommt es aber nicht nur mit der kapitalistischen Staatsgewalt zu tun, sondern unweigerlich auch mit der reaktionären Rolle der **DGB-Führung und ihres Apparats**. Ja, im Interesse des Kapitals hat die DGB-Führung, im Zusammenspiel mit dem bürgerlichen Staat, einen wesentlichen Anteil daran, dass die Verschärfungsmaßnahmen der Herrschenden in Deutschland heute noch ziemlich reibungslos gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter durchgezogen werden können.

Die DGB-Führung und ihr Apparat sind aufs äußerste bemüht, jeden wirklichen Kampf gegen Lohnraub und Sozialabbau zu sabotieren und zu verhindern. Großmüßige Ankündigungen von „Widerstand“ und angebliche „Großaktionen“ dienen nur dem „Dampfablassen“, wie z. B. in jüngster Zeit bei Nokia. Und da wo Kämpfe sich nicht verhindern lassen, setzen sie sich oftmals zunächst an die Spitze, um alles „im Griff“ zu haben, um dann im geeigneten Moment alles abzuwürgen, so wie z. B. bei AEG, wobei sie dann die Entlassung in die Erwerbslosigkeit und Hartz IV mittels „Sozialplan“ auch noch als großartigen „Erfolg“ preisen!

Ihre offene Feindschaft gegenüber einem wirklich konsequenten Kampf gegen das Kapital und seinen Staat zeigen sie zumeist dann, wenn selbstständige Kämpfe ohne sie und ihren Apparat beginnen wie bei Opel in Bochum 2004.

Nicht anders sieht es innerhalb des DGB aus: Die DGB-Führung und ihr Apparat spielen gerade in den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter eine nicht zu unterschätzende Rolle, mit mal geschickt eingefädelten, mal plumpen Manövern den Faktor „deutsch“ ins Spiel zu bringen. So wird auch die Spaltung innerhalb der Arbeiterinnen und Arbeiter nach Nationalität betrieben. Nicht die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern der „Standort Deutschland“ wird reaktionärerweise als Ausgangspunkt genommen. Ja, wenn es hart kommt, wenns ernst wird, arbeiten Gewerkschaftsfürsten auch mit der Polizei zusammen bei der Jagd auf Arbeiterinnen und Arbeitern in prekären und ungesicherten Arbeitsverhältnissen, faseln von „Illegalität“, nicht um die Kapitalisten und ihren Staat anzuklagen, sondern um gegen die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern vorzugehen. Das ist auf dem Bau und in der Gastronomie in vielen Bereichen gang und gäbe.



Immer und immer wieder zeigt sich und wird sich in all den Kämpfen zeigen: Der Gewerkschaftsapparat ist fest in der Hand einer gut bezahlten und vollständig gekauften kleinen Schicht von Gewerkschaftsfürsten (Lenin nannte sie „Arbeiterbürokratie“), die sich ihrerseits der Unterstützung einer nicht unerheblichen Schicht der Arbeiterklasse, der so genannten Arbeiteraristokratie, sicher sein kann. Die Spitzen der DGB-Gewerkschaften und ihr Apparat stehen dabei auf verschiedene Weisen in **engster Verbindung, ja Verwachsung mit Kapital und Staat**. So sitzen sie in den Aufsichtsräten und allen möglichen Ausschüssen und sind auch ganz direkt an der Verwaltung des Kapitalismus beteiligt.

Mit dieser absolut negativen Einschätzung der Gewerkschaftsführung und ihres Apparates sagen wir nicht, dass man in den Gewerkschaften nicht arbeiten soll. Feinde muss man auch von innen bekämpfen. Es ist nötig gemeinsam mit den aktivsten Kolleginnen und Kollegen die Gewerkschaftsführung, ih-

Das ganze Ausmaß der Korruptheit, der Charakterlosigkeit und des verbrecherischen Potentials der DGB-Führung kann wenigstens in Ansätzen verdeutlicht werden, wenn wir die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in entscheidenden Etappen beleuchten:

Ursprünglich gewachsen aus den Kämpfen der Arbeiterklasse selbst, endete die Gewerkschaftsführung wie die SPD als Organisation mit klassenkämpferischen Traditionen eindeutig bei der Unterstützung des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg und bei der Niederschlagung der Aufstände der Arbeiterinnen und Arbeiter 1918/1919.

In den Jahren von 1918 bis 1933 säuberte die Gewerkschaftsführung so gut sie konnte angesichts Millionen klassenbewusster Arbeiterinnen und Arbeiter, die noch in den Gewerkschaften organisiert waren, die kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften. Was 1918/19 begonnen wurde, endete am 1. und 2. Mai 1933 mit der erbärmlichen Unterstützung der Nazi-Faschisten und des von ihnen geschaffenen braunen 1. Mai.

Den „Erfolg“ sollte sich jeder merken. Am 2. Mai wurde der gesamte Apparat des ADGB, der sich so angeblendet hat, hoch offiziell in die Nazi-Organisationen eingegliedert und in die braune Arbeitsfront überführt. Das war das unruhliche und unkämpferische Ende des ADGB. Die Gegner der Nazis, aus welcher Partei auch immer, wurden ohne wirklichen Widerstand der Gewerkschaftsführung verhaftet, gefoltert, ermordet.

Die Vertuschungskünstler der DGB-Führung heute haben verständlicherweise kein Interesse, diese verbrecherischen Handlungen der

Gewerkschaftsführung 1914, 1918/19, 1933 zum Thema zu machen. Das müssen wir tun:

„Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit (!) und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewusstsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlassenen Feier festlich zu beteiligen.“ (Beschluss des Bundesausschusses des ADGB vom 19. April 1933, in: Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., Berlin, 22.4.1933)

„So blieb denn der 1. Mai Kampftag und Opfertag. Nun aber hat ihn die Reichsregierung zum gesetzlichen Feiertag, zum **Volksfest der nationalen Arbeit** (!) erhoben. Auch die Arbeiterbewegung wandte sich, wenn sie die Maifeier zu einer öffentlichen Kundgebung gestaltete, stets an das ganze deutsche Volk.“ (...) (Gewerkschafts-Zeitung, 43. Jg., Berlin, 22.4.1933)

Nach 1945 bis heute wurde nach der Zerschlagung sämtlicher Strukturen der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in der Bundesrepublik ein neuer DGB aufgebaut, eng verknüpft, ja in vielerlei Hinsicht als Teil des restaurierten Staatsapparats des deutschen Imperialismus. Von einer von unten gebildeten, aus einer klassenkämpferischen Arbeiterbewegung entstandenen Gewerkschaft kann heute keine Rede sein. Das ist die bittere Wahrheit. Doch da gilt es nicht zu jammern, da gilt es, auf allen Ebenen, innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, ohne Illusionen, diesen Gewerkschaftsapparat reformieren zu können, den Kampf aufzunehmen.

ren bürokratischen und undemokratischen Apparat zu bekämpfen, mit dem Ziel der Mobilisierung möglichst großer Teile der Gewerkschaftsmitglieder. Wer noch Illusionen in die Gewerkschaftsführung hat, wird sie in diesem Kampf verlieren. Aber Vorsicht, wir bewegen uns in „Feindesland“, wer einmal einen kapitalhörigen Betriebsratsvorsitzenden der IG Metall stürzen wollte, weiß, wovon wir reden. Verleumdungen, Denunziationen, Entlassung, Bemühung um unsere Entlassung gemeinsam mit den Kapitalisten, Drohung mit Gewerkschaftsausschluss – das alles ist harte Realität, wenn man einem der Gewerkschaftsfürsten auf die Pelle rückt, seine Machenschaften entlarvt, ja ihnen auch nur zu nahe kommt. Je schärfer die Kämpfe, je aktiver die Kolleginnen und Kollegen sind, je deutlicher zeigt sich die reaktionäre Fratze dieser Gewerkschaftsfürsten (für die Aktivisten sei daran erinnert: ganz besonders gefährlich sind die diversen Ex-Linken und Pseudo-Marxisten, die sich oft vor allem in der mittleren Funktionärschicht festgesetzt haben und auf Argumente oppositioneller Kräfte „mit dem Ohr des Spitzels“ hören.)

Worum es geht: Egal ob innerhalb oder außerhalb der DGB-Gewerkschaften, nur ohne und gegen die Gewerkschaftsfürsten und ihren Apparat lassen sich konsequente Abwehrkämpfe, Kämpfe für Verbesserungen entwickeln – und dies gilt erst recht für weiter reichende Ziele.

Entscheidend kommt es auf die Kampfkraft der Arbeiterinnen und Arbeiter an, ihre Bereitschaft und Fähigkeit, dem Kapital und seinem Staat wirkliche Schläge zu versetzen, sich von den Gewerkschaftsführungen und ihrem Apparat nicht einschüchtern und

abhalten zu lassen, wenn möglich sogar einzelne Strukturen in der Gewerkschaft auszunutzen, ohne sich abhängig zu machen, das ist der erste zentrale Punkt.

Für alle, die sich mit der zunehmend verschärften Ausbeutung und Unterdrückung nicht dauerhaft abfinden wollen, gilt es, in all den nötigen Abwehrkämpfen vor allem darauf hin zu arbeiten, aufzuklären und zu organisieren, um den Kapitalismus selbst zu bekämpfen und zu zerschlagen, das Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen und der alten hochaktuellen Grundidee der Arbeiterbewegung zum Sieg zu verhelfen, für die der rote 1. Mai in aller Welt steht: Kampf dem Kapitalismus und Imperialismus, Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für den Kommunismus.

Vor 160 Jahren entwickelten Karl Marx und Friedrich Engels das Programm für Weg und Ziel der Arbeiterbewegung, ein klares Programm, in dem ohne Umschweife und ohne Angst vor der herrschenden Klasse die diktatorischen Maßnahmen gegen das Kapital und gegen die Kapitalisten, die demokratischen Formen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen entwickelt wurden. Das „Manifest der Kommunistischen Partei“ (1848) endet mit den Worten:

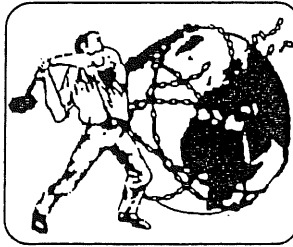
„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u.a. erhältlich in:

Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; **Berlin:** M99, Manteufelstr. 99; **Bonn:** Antiquariat, Breite Str. 52; **Braunschweig:** Antifaschistisches Cafe, Cyriaksring 55; **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; **Hamburg:** Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; **Hannover:** Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; **Karlsruhe:** Der andere Buchladen, Marienstr. 15; **Kiel:** Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; **Köln:** Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; **München:** Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43; **Nürnberg:** Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

5/08

Mai 2008

Gegen Nazis und Polizeigewalt

Zu den Erfahrungen der militanten Kämpfe am 1. Mai 2008

Die Aufmärsche und Kämpfe am 1. Mai 2008 zeigten ganz unterschiedliche Bilder: während sich die Polizei beim 1. Mai in *Berlin* zunächst zurückhält, um angeblich zu „deeskalieren“, prügelt sie in *Wuppertal* hemmungslos die antifaschistisch-revolutionäre 1. Mai Demonstration zusammen und versucht in *Nürnberg* durch massives Aufgebot und Straßenabsperungen „alles unter Kontrolle“ zu haben, um den Nazis die Straße freizuhalten. Insbesondere die militanten Kämpfe in *Hamburg* zeigen aber, dass der deutsche Imperialismus und seine Unterdrückungskräfte nicht alles unter Kontrolle haben, wenn Abwiegler, wie die DGB-Fürsten entlarvt und entschlossen Widerstand gegen Nazis und Polizeiapparat geleistet wird.

Die Kämpfe am 1. Mai 2008

Mehrere zehntausend Menschen waren auch an diesem 1. Mai 2008 auf der Straße, um gegen verschärfte Ausbeutung und für eine revolutionäre Perspektive, vor allem aber auch gegen Naziaufmärsche und Polizeigewalt zu demonstrieren.

In verschiedenen Städten kamen Autonome, Antifaschistinnen und Antifaschisten sowie fortschrittliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu zum Teil eigenständigen Demonstrationen aus dem autonom-revolutionären Spektrum wie in Wuppertal und Berlin, als Teil eines antifaschistischen Bündnisses wie in Hamburg oder schlossen sich den gewerkschaftlichen Veranstaltungen als links-radikaler Block an wie in Stuttgart.

So demonstrierten in *Hamburg* und *Berlin* jeweils mehr als 10.000, in *Nürnberg* mehr als 4.000 entschlossene Antifaschisten und Gewerkschafter gegen soziale Ungerechtigkeit und gegen die zentralen Naziaufmärsche in Hamburg und Nürnberg.

In *Wuppertal* war auch in diesem Jahr wieder eine antikapitalistische 1. Mai Demonstration zusammengekommen, die gleich zu Beginn von der Polizei brutal angegriffen worden war. Um die Nazis zu schützen, war die Polizei in *Neustadt/Weinstraße* (Rheinland Pfalz) mit einer riesigen Drohkulisse aufgezogen, mit Wasserwerfern, Räumpanzern, Hubschraubern und Hundestaffeln. Auf den Helmen der schwerbe-

waffneten Polizisten waren zum Teil Totenköpfe abgebildet, wohl um ihre Gesinnung zur Schau zu tragen. Damit sollten Hunderte Antifaschisten und Antifaschistinnen eingeschüchtert werden.

Anti-Nazi-Aktionen gab es auch in Kaiserslautern (Rheinland Pfalz) und anderen Städten.

Diese Demonstrationen und Gegenaktionen waren und sind auch dringend notwendig, da die Nazis – geschützt und ermutigt durch Polizei, Justiz und andere Vertreter des deutschen Staats, vielfach geduldet durch die DGB-Fürsten – immer frecher auftreten und versuchen, sich den 1. Mai zu nutze zu machen. Die Nazis bedienen sich dabei zunehmend scheinbar sozialer und pseudo-anti-kapitalistischer Themen, wie „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ ..., natürlich nur „für alle Deutschen!“. Durch geschickte Propaganda mit Musik und Mode versuchen die Nazis heute verstärkt besonders auch Jugendliche immer mehr und durchaus auch erfolgreich an sich zu binden.

Die DGB-Verantwortlichen wiegeln ab und versuchen gemeinsam mit der Polizei zu verhindern, dass effektiv gegen die Nazis vorgegangen werden kann. So hat der DGB in Hamburg seine traditionelle 1. Mai Route verlassen, um die Nazis (die ihren Aufmarsch früher im Stadtteil Barnbeck angemeldet hatten) dort marschieren zu lassen, um Auseinandersetzungen zwischen „linken und rechten Chaoten“ (so dessen Tenor zum antifaschistischen Kampf) zu verhindern.

Militante Kämpfe am 1. Mai 2008 in Istanbul

Trotz eines Aufgebots von 18.000 schwerbewaffneten Polizisten und zusätzlichen Einheiten der Armee wollten sich Tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und Mitglieder verschiedener linker und demokratischer Organisationen an der 1.-Mai-Demonstration auf dem Taksim-Platz in Istanbul beteiligen. Der Taksim-Platz ist für die Arbeiterbewegung in der Türkei von großer historischer Bedeutung. Am 1. Mai 1977 fand auf diesem Platz ein blutiges Massaker der Polizei an den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Maidemonstration statt – 38 von ihnen wurden dabei ermordet. Seitdem sind Demonstrationen am 1. Mai auf diesem Platz verboten. Auch in diesem Jahr wurde mit massiver Gewalt die Demonstration auf dem Taksim-Platz unterdrückt. Bereits in den frühen Morgenstunden gingen Polizeieinheiten mit Tränengas und Wasserwerfern gegen Tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Linke vor, die sich zu einem Demonstrationzug formierten. Im Verlaufe des Tages kam es zu mehreren hundert Verletzten sowie zu ca. 1.000 Festnahmen.

Die Kämpfe am 1. Mai in Berlin, Wuppertal und Nürnberg

Der Polizeiapparat des deutschen Imperialismus versuchte auch in diesem Jahr mit verschiedenen Methoden am 1. Mai der Lage Herr zu werden, alles zu steuern bzw. unter Kontrolle zu haben. Dies reichte von der „Deeskalations“-Strategie bei Demonstrationen in Berlin bis hin zur umgehenden Einkesselung und zum brutalen Zusammenknüppeln der entschlossenen Demonstration in Wuppertal.

BERLIN – „Deeskalation“?? – 162 Festgenommene!

Beim zunächst scheinbar „befriedeten“ 1. Mai in *Berlin* trat die Polizei am Anfang im großen Stil als „Deeskalations“-Experten verkleidet auf.

Bei der kleinen revolutionären Demonstration in Kreuzberg (um 13.00 Uhr am Oranienplatz) waren sichtbar zunächst nur solche „Kontakt“-Polizisten mit gelben Leibchen unterwegs, die gemeinsam mit jugendlichen Ordnern für ein friedliches Mai-Fest („MyFest“) in Kreuzberg sorgen sollten. Es gab hier vor der Demonstration keine Personen- oder Taschenkontrollen und auch keine anderen Provokationen (mehr), wie in den letzten Jahren. Die Einbindung von Jugendlichen als Ordner für das MyFest war hier eine weitere Strategie.

Doch schon die „MayDay“-Parade mit 7.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Flüchtlingsinitiativen, verschiedenen links-alternativen und studentischen Gruppen, die in Friedrichshain gestartet waren, war durch einige bewaffnete Hundertschaften flankiert worden. Auch bei der abendlichen revolutionären 1. Mai-Demonstration mit 10.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten war die Polizei massiv aufgetreten. Hier war dann von der „deeskalierenden“ polizeilichen „Freundlichkeit“ nicht mehr viel zu spüren.

Beilage 1: Hamburg-Altona 1932: Nazis und Polizei werden militant bekämpft –

Drei Original-Artikel aus der „Roten Fahne“ der KPD 1932

Beilage 2: Roter Pressespiegel 5/07 (September bis Oktober 2007)

Jedoch hatte sich der Berliner Polizeipräsident getäuscht als er herrschaftlich, wie Cäsar persönlich und mit der Presse im Schlepptau auf dem 1. Mai-Fest erschien und kurz darauf von entschlossenen Demonstranten in die Flucht geschlagen wurde.

Daraufhin zeigte die von der SPD-DIE LINKE (PDS)-Regierung in Berlin geführte Polizei schnell ihr wahres Gesicht, schlug mit der üblichen Härte zu und versuchte möglichst viele Gefangene zu machen. Im Anschluss wurde gegen mehr als 15 von mindestens 162 Festgenommenen Haftbefehl erlassen.

Brutaler Polizeiterror in WUPPERTAL

Entgegen den anfänglichen „Berliner Verhältnissen“ war die Wuppertaler Autonome 1. Mai Demonstration, die seit 22 Jahren stattfindet, in diesem Jahr gleich zu Beginn von uniformierten Schlägertrupps brutal überfallen und zerschlagen worden. Schon nach wenigen 100 Metern wurden die zirka 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration mit Knüppeln und Pfeffergas angegriffen und anschließend eingekesselt.

Die Polizeiaktion war offensichtlich gut vorbereitet gewesen. Man ließ die Gefangenen bis zu sieben Stunden lang im Kessel stehen und benutzte als Gefangenensammelstelle und -transport einen Bus der Stadtwerke, in denen viele DemonstrationsteilnehmerInnen als zusätzliche Schikane und Misshandlungsmethode weitere Stunden ausharren mussten. Ohne dass den Festgenommenen konkrete Vorwürfe gemacht worden waren, wurden sie anschließend bis spät in die Nacht auf dem Polizeipräsidium festgehalten. Sie durften in dieser Zeit oft auch nicht mit Anwälten oder Angehörigen telefonieren.

Schon in den letzten Jahren war die Demonstration nur noch als „Wanderkessel“ durchführbar gewesen, rechts und links flankiert von martialisch bewaffneten und behelzten Polizisten. Jetzt hatte sich die Polizei offensichtlich vorgenommen, der antikapitalistischen und antifaschistischen Demonstration keinerlei Raum mehr zu geben und die Demonstration möglichst schnell aufzulösen. Dazu diente dieser brutale und hemmungslose Prügel- und Pfeffersprayeinsatz bis hin zu gezielten Misshandlungen von Festgenommenen, die in Hauseingängen von Gruppen von Polizisten malträtiert wurden.

Der von der bürgerlichen Presse weitestgehend verschwiegene brutale Polizeieinsatz sollte zeigen, wer „Herr im Hause“ ist und zu welchen Aktionen gegriffen werden kann, wenn kämpferische linke Demonstrationen unterbunden werden sollen. Schnell und mit äußerst brutalem Vorgehen (das wie ein Schock wirken sollte) sollte der Widerstand gleich zu Beginn gebrochen werden, um die Leute anschließend in stundenlang stehender Gefangenschaft zu demoralisieren. Des weiteren wurde gleichzeitig ausprobiert, inwieweit öffentliche Einrichtungen, wie Stadtbusse für die polizeiliche Arbeit eingesetzt werden können. Über 200 Antifas waren hier insgesamt festgenommen und viele Stunden lang festgehalten worden. Es ist zudem damit zu rechnen, dass insbesondere jene, die sich gegen ihre Festnahme wehrten, im Anschluss in den nächsten Wochen mit etlichen Strafverfahren von der Justiz verfolgt werden.

Es wird sicherlich zentral überlegt werden müssen, dass nächstes Jahr zur Unterstützung stärker nach Wuppertal mobilisiert werden muss.



Eine Stellungnahme zum Polizeiterror am 1. Mai in Wuppertal: Glaub den Lügen der Polizeipresse nicht!

Zum ersten Mal nach 22 Jahren ist die Wuppertaler Autonome 1. Mai Demo von uniformierten Schlägertrupps aus Wuppertal, Duisburg und Bielefeld überfallen und zerschlagen worden.

Das ist die Krönung der polizeilichen Übergriffe der letzten beiden Jahre auf eine der letzten großen autonomen, sich der herrschenden Kontrolllogik des Anmeldens widersetzenden Demonstrationen der Region, die seit 1986 in Wuppertal unterschiedliche Spektren der Linken gegen soziale Ungerechtigkeit, kapitalistische Verhältnisse, Faschismus und Krieg auf die Straße bringt.

Unter dem sattem bekannten Vorwand „Verummung“ und angeblich schwerster Straftaten (der frechen und dummen Lüge, es wäre Brennsprit auf Polizisten gespritzt worden. Hier standen wohl die Lügen der Polizei in Heiligendamm Pate) wurde die Demo mit ca. 400 TeilnehmerInnen nach wenigen hundert Metern angegriffen. Am Kosakenweg wurde der Kessel geschlossen, die ersten Reihen der Demonstration wurden massiv mit Pfeffergas besprüht und mit Knüppeln angegriffen. Es kam zu zahlreichen Verletzungen. Die späteren Festnahmen im Kessel wurden zu polizeilichen Übungszwecken von Greiftrupps durchgeführt. Bei den Übungszugriffen kam es grundlos zum Teil zu erheblichen Verletzungen.

DemonstrantInnen wurden brutal auf den Boden geworfen, geschlagen und getreten. Eine Person wurde mehrere Meter mit dem Gesicht über den Boden in eine nahe gelegene Hofeinfahrt geschleift und dort, außerhalb des Sichtfeldes der anderen DemonstrationsteilnehmerInnen weiter misshandelt. Einige Zeit später wurden dann die polizeieigenen Sanitätskräfte zur Hilfe gerufen, um das offensichtlich schwer verletzte Opfer zu verarzten. Die unterbezahlten Straftäter in Uniform ließen es sich natürlich auch nicht nehmen DemonstrationsteilnehmerInnen immer wieder zu verhöhnen und zu beleidigen.

Der Angriff auf die Demonstration war offensichtlich von langer Hand geplant. Der Ort des Polizeikessels stand schon vorher fest. Eine gan-

ze Batterie Dixie-Klos wurde nur kurze Zeit später herangefahren und aufgestellt (selbstverständlich nur für die Einsatzkräfte der Polizei), ein Bus der Stadtwerke wurde zusätzlich zum Gefangenentransport und als Gefangenensammelstelle missbraucht.

Die Verhafteten mussten zum Teil bis zu sieben Stunden bei Wind und Wetter im Kessel verharren. Die schlecht geölte Bürokratie des Polizeiterrors spuckte ihre letzten Opfer erst um 2:30 Uhr in der Nacht wieder aus, versehen mit einem Platzverweis, der ihnen die Teilnahme an der zwischenzeitlich vor dem Polizeipräsidium organisierten Kundgebung für die Freilassung der Gefangenen untersagte.

Die Angriffe auf unsere autonome 1. Mai Demo wird Konsequenzen haben.

Die Misshandlungen und Demütigungen durch die Polizei führen nicht nur zur Einschüchterung und Rückzug, sondern mitunter zu Reaktionen und Politisierung.

Das Recht gegen soziale Ungerechtigkeit und für ein besseres Leben auf die Straße zu gehen, auf der Straße gegen Faschismus und Antisemitismus zu kämpfen, lassen wir uns von dieser dummen, frechen und brutalen Polizei nicht nehmen.

Dem Polizeipräsidenten, den verantwortlichen Polizeileitern und dem Polizeioberbürgermeister Jung, der in Wuppertal keine Polizeigewalt kennt (siehe sein Verbot der polizeikritischen Ausstellung „Vom Polizeigriff zum Übergriff“ in städtischen Räumlichkeiten im Januar), können sich auf einen bunten Widerstandssommer freuen. Höhepunkt werden mit Sicherheit unsere Störaktionen, Konzerte gegen Polizeigewalt und Demonstrationen auf dem NRW-Tag am 24. August 2008 in Wuppertal sein. Den können sich Jung und seine Provinzpolitiker in der Pfeife rauchen.

**Freiheit wird nicht erbettelt,
sondern erstritten!
Straße frei für den 1. Mai!**

Weitere Bürgerkriegsmanöver in NÜRNBERG

Auch in Nürnberg, wo sich genehmigt und von 3.000 Polizisten geschützt über 1.000 Nazis zusammengetrotet hatten, sollte gezeigt werden, wer auf der Straße das Sagen hat, damit die über 4.000 entschlossenen Antifas, die sich dem Naziaufmarsch und den massiven und schwer bewaffneten Polizeikräften entgegen stellten, ins Leere laufen sollten.

Über 1.000 Sperrgitter hatten dazu die Nürnberger Innenstadt in ein Polizeilager verwandelt. Die BewohnerInnen der betroffenen Stadtteile waren dadurch massiv in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt worden (als Vorstufe zur Gewöhnung an eine Ausgangssperre) und wurden zynischerweise zusätzlich aufgefordert, still und ihre Rollläden geschlossen zu halten.

Einzelne Polizeisperren konnten aber durch Antifaschistinnen und Antifaschisten trotzdem durchbrochen werden. Die Polizei ging gegen sie mit wütenden und brutalen Knüppel- und Reizgasangriffen vor. Mehrere Menschen wurden dabei z. T. erheblich verletzt und mussten in Krankenhäuser eingeliefert werden. Ein Novum stellte die Erstürmung und Beschlagnahmung des Lautsprecherwagens der antifaschistischen Demonstration durch die Polizei dar.

Die offizielle DGB-Kundgebung mit nur 1.500 TeilnehmerInnen hatte weit ab vom Geschehen und gemeinsam mit Beckstein in Absprachen mit den Sicherheitskräften über den Nazi-Aufmarsch lediglich lamentiert. Damit stellte sich die DGB-Führung wie so oft gegen die entschlossenen Antifas, versuchte vom Kampf gegen die Nazis abzulenken und half außerdem mit, dass die Nazis marschieren konnten.

Schon in den letzten Jahren war die Polizei in Nürnberg massiv gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten vorgegangen. So hatte man u. a. etwa den Hauptbahnhof mit Hunden und Kampfausgang von Antifas geräumt, um den Nazis die Möglichkeit zu geben diesen zu nutzen, um eine Blockade zu umlaufen. 2008 sollte nichts anbrennen. In diesem Jahr wurde es den Nazis auch wieder ermöglicht, auf einem zentralen Platz in der Nürnberger Innenstadt zu demonstrieren. Nürnberg sollte als Beispiel dienen, dass die Polizei angeblich „alles unter Kontrolle“ haben kann, selbst wenn ihr Widerstand entgegen gesetzt wird.

Angesichts der Abwiegeltaktik der DGB-Führung, des martialischen Polizeiaufmarsches und der weiträumigen Absperren, welche die an der Route des Nazi-Aufmarsches gelegenen Stadtteile in einen Belagerungszustand versetzten, war es bis zum Nachmittag des 1. Mai nicht möglich gewesen, den Naziaufmarsch effektiv zu blockieren. Für diesen Zweck legte die Polizei auch den öffentlichen Nahverkehr in der Nürnberger Nordstadt komplett lahm. So war es möglich, dass die Nazis weitgehend unbehelligt durch die Nürnberger Innenstadt marschieren konnten.

Der Erfolg in Nürnberg ist jedoch der, dass sich DGB-Fürsten und die Polizei ein weiteres Mal entlarvt haben. Deutlich wurde, dass diesem Staat jedes Mittel recht erscheint, wenn er seine Nazis marschieren lassen wird erforderlich sein, sich weiter standhaft gegen die Nazis und die Polizei zu organisieren, um es diesen, wie in diesem Jahr, zumindest sehr schwer zu machen; den Kampf dann aber auch weiter zu entwickeln, damit die Nazis in Zukunft nicht mehr „unbehelligt“ marschieren können.



Die Anti-Nazi Kämpfe am 1. Mai 2008 in Hamburg!

Der DGB hatte dieses Jahr seine traditionelle 1. Mai Route verlassen, um die Nazis dort marschieren zu lassen (die ihren Aufmarsch in diesem Jahr geschickterweise früher im Stadtteil Barmbeck angemeldet hatten als der DGB). Dies geschah am 75. Jahrestag der Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis! Im Gegensatz dazu konnte eine Demonstration OHNE die DGB-Führung im gleichen Stadtteil durchgesetzt werden, in dem die Nazis aufmarschierten.

Von insgesamt ca. 10.000 Teilnehmern der gut organisierten Anti-Nazi-Demonstration in **Hamburg** beteiligten sich ca. 3.000 entschlossene Antifaschistinnen und Antifaschisten an militanten Angriffen auf die Nazis und lieferten sich militante Kämpfe mit der Polizei.

Auch Bewohnerinnen und Bewohner des Hamburger Stadtteils Barmbeck und entschlossene Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter widersetzten sich

den Vorgaben von Polizei und DGB-Apparat und versuchten den Nazis das Leben an diesem 1. Mai so schwer wie möglich zu machen. Zunächst war die Demonstration von der Stadt Hamburg verboten worden. Ein Gericht hat das Demonstrationsverbot dann wieder aufgehoben. So konnten gewisse Widersprüche im Staatsapparat ausgenutzt werden, so dass eine Demonstration in Richtung Aufmarsch der Nazis durch Antifas erlaubt werden musste.

Der Naziaufmarsch konnte so zunächst über mehrere Stunden am Losmarschieren gehindert werden. Massiv geschützt durch stark bewaffnete Polizeikräfte hatten sich die über 1.000 Nazis verspätet in Bewegung gesetzt.



Brennende Barrikade in Hamburg

Die Polizei war schwer bewaffnet aufgetreten, u. a. mit Gas-Granaten-Pistolen, Typ HK 69, mit denen bis zu 400 m weit geschossen werden kann. Daneben hatte sie mehrere Wasserwerfer eingesetzt und Teile der Demonstration durch Einkesseln daran gehindert, den Platz der Nazis zu besetzen.

Als im Verlauf der Demonstration die Nazis in einer Überzahl-Situation brutal auf Antifaschisten losgingen, hielt sich die Polizei, die mit über 2.500 Einsatzkräften vor Ort war, zunächst zurück, um den Nazis das Feld zu überlassen und um sich dann später als Retter aufzuspielen: „Wenn wir nicht eingeschritten wären, hätte es Tote gegeben“. Dies war offenbar eine gezielte, wenn nicht sogar mit den Nazis abgesprochene Aktion der Polizei: auf der einen Seite Nazis vor den Antifas zu schützen, wenn die Nazis aber in der Überzahl gegenüber den Antifas sind, dann lässt man die Nazis gewähren (wie selbst die taz am 2. Mai 2008 berichtete).

Es entwickelten sich an verschiedenen Stellen **militante Kämpfe** mit der Polizei, wobei **brennende Barrikaden** aus Mülltonnen und Holzbalken errichtet wurden. Ein Lager mit Autoreifen und mehrere PKWs gingen in Flammen auf und hielten die Polizeikräfte in Schach. Gezielt wurden PKWs, die Nazis gehörten in Brand gesetzt. Mit brennenden Autoreifen konnte auch der S-Bahn-Verkehr behindert werden, um den Nazis die Anreise zu erschweren. Die Busse, mit denen die Nazis angereist waren, wurden mit Steinwürfen entglast. An anderen Stellen wurden Polizeifahrzeuge umgekippt und abgebrannt. In einer Situation konnten kurzfristig sogar etliche Polizisten eingekesselt werden.



In Brand gesetzte Nazi-Autos in Hamburg

Diese Aktionen waren möglich, weil die einzelnen Gruppen durch die **gute Organisation** ständig informiert worden waren und so ihre Aktionen koordinieren konnten.

Es ist die bittere Wahrheit, dass auch in diesem Jahr am 1. Mai die zentralen Naziaufmärsche nicht verhindert werden konnten. Aber noch wichtiger ist, dass die militanten Kämpfe insbesondere in Hamburg positiv zeigten, dass Staat, DGB-Führung und Polizei nicht alles im Griff haben und Kämpfe gegen die Nazis und die Polizei möglich sind. Wichtig dabei ist aber, sich gegen den DGB-Apparat und andere Abwiegler zu stellen, sich gemeinsam mit fortschrittlichen GewerkschafterInnen und auch fortschrittlichen Anwohnern gut vorzubereiten, um insbesondere auch zu verhindern, in die Defensive zu geraten. Militanz und verschiedene Taktiken werden auch in den nächsten Jahren weiter erprobt werden, um die Nazi-Aufmärsche verhindern und die Polizeikräfte behindern zu können. Sicher ist, dass die militanten Kämpfe gegen Nazis und Staatsapparat nicht nur vom diesjährigen 1. Mai ausgewertet werden, um aus ihnen für die kommenden Kämpfe zu lernen.

Zusammenspiel von Nazis und Polizei – Nazis bringen Regionalzug in ihre Gewalt!

Etwa 100 Nazis, die am 1. Mai nach Hamburg fuhren, nahmen einen aus Pinneberg kommenden Regionalzug in ihre Gewalt. In Anwesenheit von zwei Polizisten bedrohten, beschimpften und verjagten sie andere Passagiere, verweigerten Menschen die „nicht deutsch aussahen“ den Zutritt zum Zug und besetzten das Abteil der Zugführung. Mit der dortigen Lautsprecheranlage verbreiteten sie im ganzen Zug ungehindert Nazi-Propaganda wie: „Die Deutsche Bahn transportiert ab sofort Ausländer und Deutsche getrennt. Die Ausländer sitzen in den hinteren Waggons, oder es werden Güterwaggons zur Verfügung gestellt.“ Trotzdem die Polizei verständigt wurde, konnten die Nazis vollkommen ungehindert von der Polizei den Bahnhof Hamburg-Dammthor verlassen.

Ein ähnliches Bild ergab sich nach Abschluss der Nazi-Aufmärsche in anderen Städten. Von der Polizei durch die gute Behandlung in Hamburg ermuntert, gehen die Nazis bei ihrer Abreise auf Passagiere los, bedrohen diese und greifen sie an, so u. a. in Dortmund und in Bremen, wo ein am Bahnhof eintreffender Nazi-Trupp Antifaschistinnen und Antifaschisten angreift.

Anzeige

10 Jahre „Deutsche Einheit“

Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf

Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch



222 Seiten, Offenbach 2000, 13 Euro, ISBN 978-3-932-636-37-0

Autorenkollektiv

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus



204 Seiten, Offenbach 1998, 13 Euro, ISBN 3-932636-33-2

Zu beziehen über: **Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M., Fax: 069/730920**

Nazis sind Teil des deutschen Imperialismus: Die Nazis mitten im Staatsapparat!

Angesichts dieses Ausmaßes an Nazi-Terror, an Zusammenspiel zwischen Nazis und Staatsapparat stellt sich die Frage des Zusammenhangs zwischen den Nazi-Banden auf der Straße und den Nazis im Staatsapparat und überhaupt die Frage des Zusammenhangs der Nazi-Bewegung mit dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus und dem deutschen Imperialismus selbst.

Jeder Aktivistin, jedem Aktivist im Kampf gegen die Nazis ist seit Jahren klar, dass der westdeutsche Staatsapparat nach 1945 vor allem von Nazis mitaufgebaut wurde, dass es zahlreiche Verbindungen zwischen den Nazis und dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus gab und gibt, dass die Nazis mit sehr viel Geld des deutschen Staates ausgestattet waren und sind, ja dass der Staatsapparat des deutschen Imperialismus die Nazi-Parteien und Nazi-Banden schützt, unterstützt und heranzüchtet.

Doch der Zusammenhang zwischen Nazis, deutschem Staatsapparat und deutschem Imperialismus geht noch weiter und tiefer:

Der stärkste Faktor beim Vormarsch der Nazi-Bewegung in Deutschland ist die **inhaltliche Übereinstimmung bei zentralen Fragen und Losungen der Nazis mit der Propaganda der „offiziellen“ Parteien des deutschen Imperialismus**: Deutscher Chauvinismus in Theorie und Praxis, Großmachtpläne und Kriege nach außen, im Inneren Abschiebungen und Abschreckungsterror. Man darf die Dimensionen nicht verschieben: Der Staatsapparat des deutschen Imperialismus ist der Hauptakteur nach innen und außen, er verfügt nicht nur über ungleich mehr Mittel und Macht, er benutzt sie auch für seine mörderische Abschiebungs- und Kriegspolitik. Abgesehen davon, dass die Nazis auch militärisch eine Reserve der Polizei sind, um unliebsame politische Gegner durch Mord zu beseitigen oder zu terrorisieren, ohne dass der Staat sich offiziell die Hände schmutzig macht, ist eine entscheidende Rolle der Nazis, dass sie **als Stichwortgeber und Schlagwortträger für staatliche Politik dienen**: sei es, dass sie durch Nazi-Aufmärsche, Bombenanschläge etc. die Ausstellung gegen die Verbrechen der Nazi-Wehrmacht angreifen, um die Ausstellung zu verhindern. Das wurde dann vollendet durch bürgerliche Historiker, indem angebliche „Fälschungen“ präsentiert werden, was dazu führte, dass die Ausstellung lang unterbrochen und von den Verbrechen der Nazi-Wehrmacht weitgehend „bereinigt“ wurde; sei es, dass sie schon seit den 50er Jahren gegen die Bombardierung Dresdens durch die Anti-Hitler-Koalition hetzen und jetzt anlässlich des 50. Jahrestags der Bombardierung Dresdens vom „Bomben-Holocaust“ faseln, die bürgerlichen Berliner Parteien ebenso wie die Nazis Kränze für die „deutschen Opfer“ niederlegen und bürgerliche Medien im Fahrwasser der Nazis die Bombardierung Dresdens und anderer deutscher Städte als „sinnlose Verbrechen“ verleumdern; sei es, dass die Nazis insgesamt das gesellschaftliche Klima reaktionär verschärfen, ausprobieren, wie weit die

Gegenwehr reicht, wo und ob sie erlahmt, um dann allen Parteien des deutschen Parlaments einschließlich Grünen und PDS zu ermöglichen, mit Zugeständnissen an die von den Nazis repräsentierte „Volksmeinung“ immer schärfer die Politik des deutschen Imperialismus nach innen und außen voranzutreiben. **Die Nazi-Parteien dienen also als Vorreiter, als „Versuchsballon“, wie weit sich die deutsche Bevölkerung und die Arbeiterklasse schon an offenere nazifaschistische Propaganda und Terror gewöhnt haben.**

Im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren stach nicht zuletzt die merkwürdige „Unverwundbarkeit“ der hochrangigen Funktionäre der Nazis heraus. Was steckt dahinter?

Die Veränderung im internationalen Kräfteverhältnis der imperialistischen Großmächte und der dadurch hervorgerufene verschärfte Kampf zur Neuauftellung der Welt, die zunehmende Aggressivität und Militarisierung der Außenpolitik des deutschen Imperialismus auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Häufung und die Verschärfung der kapitalistischen Krisen und die damit verbundene Verschlechterung der Arbeits- und Lebenssituation der werktätigen Bevölkerung machen die Existenz der Nazi-Parteien im Gesamtsystem des deutschen Imperialismus immer mehr auch als Alternative zu den vor der Bevölkerung „abgewirtschafteten“ bürgerlichen Parteien notwendig, um durch die **nazifaschistischen Abteilungen wie der NPD bestimmte Teile der Bevölkerung an sich zu binden**.

Eine besondere Aufgabe der Nazis ist es, die zunehmend drohenden Kämpfe gegen verschärfte Ausbeutung „im Griff zu halten“, indem versucht wird eine pronazistische Massenbewegung auf der Basis deutsch-nationalistischer Parolen und pseudo-antikapitalistischer Propaganda aufzubauen. Das Auftreten der Nazis auf diversen Anti-Hartz-Demonstrationen war ein erster Schritt in diese Richtung, der trotz Gegenwehr von Anti-Nazi-Kräften, nicht ohne Erfolg blieb wie z. B. in Magdeburg am 2.8.2004, wo sich ca. 80 Nazis an die Spitze der Anti-Hartz-Demonstration setzen konnten (taz, 4.8.2004). Diese deutsch-nationalistisch-chauvinistische Nazi-Propaganda richtet sich nicht nur gegen „Ausländer“ im Innern, sondern zunehmend wird von den Nazis auch das „Gesundstoßen Deutschlands“ gegenüber anderen Völkern durch imperialistische Kriege präsentiert werden.

Die eher zufällig bekannt gewordenen Fälle von Nazis in mittleren und zum Teil hohen Positionen des deutschen Staatsapparates zeigen nur die Spitze des Eisbergs **der nach wie vor bestehenden personellen Verankerung der Nazis im Staatsapparat des deutschen Imperialismus vor allem in den unteren und mittleren Ebenen des Repressionsapparates von Polizei, Justiz, Geheimdiensten und Bundeswehr**. Diese sind in hohem Maße selbst in das Nazi-Netzwerk eingebunden. Das ist insbesondere darauf zurückzuführen, **dass der Generationswechsel vor allem in diesen Kernbereichen des Staatsapparates des deutschen Imperialismus unter der Führung der alten Nazis durchgeführt und organisiert wurde.**

Es ist also eine falsche und gefährliche Illusion, die von Seiten des deutschen Imperialismus und seinen bürgerlichen Parlamentsparteien aber auch von den Nazis selbst bewusst geschürt und verbreitet wird, die heutige Nazi-Bewegung nur und in erster Linie als Nazi-Bewegung auf der Straße, als sozusagen eigenständige und vom Staatsapparat getrennte, nazistische Bewegung zu sehen und einzuschätzen. Die Illusion, dass die Nazi-Bewegung auf der Straße durch diesen Staatsapparat gestoppt werden kann – diese Illusion muss gerade auch durch die Enttarnung der Nazis im Staatsapparat des deutschen Imperialismus entlarvt und bekämpft werden.

Hierbei geht es nicht darum, die Nazi-Bewegung auf der Straße als ungefährlich oder gar unwichtig zu charakterisieren und diese damit zu unterschätzen. Es geht vielmehr darum, realistisch die oft unterschätzte Stärke der gesamten Nazi-Bewegung, die eigen- und selbständigen Organisationen und Strukturen der Nazis im Zusammenhang mit ihrer breiten Verankerung im deutschen Staatsapparat zu analysieren, um die tatsächlich von den Nazis ausgehende Gefahr richtig einschätzen zu können.

Dabei gilt es sich bewusst zu machen, dass an dieser ganzen vom deutschen Staatsapparat durchgeführten reaktionär-rassistischen Politik eine beträchtliche Anzahl Nazis direkt sowie nicht wenige mit diesen Nazis zusammenarbeitende oder sie duldende und deckende kleine und große Verwaltungskräfte, Richter, Staatsanwälte beteiligt sind, von der Rolle der Nazis in den Geheimdiensten, in der Bundeswehr und bei der Polizei sowie bei den privaten Sicherheitsdiensten gar nicht zu sprechen.

Vor diesem Hintergrund gilt es zu verstehen, dass der Kampf gegen die Nazis viel direkter mit dem Kampf gegen den Staatsapparat des deutschen Imperialismus zusammenhängt, dass der Kampf gegen die Nazis nur wirklich effektiv geführt werden kann, wenn der Kampf gegen die Nazis auf der Straße mit dem Kampf gegen die nazistischen Schreibtischtäter, Richter und Beamten sowie mit dem Kampf gegen den staatlichen Terror insgesamt verbunden wird.



Anzeige:

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

GEÄNDERTE ÖFFNUNGSZEITEN

Jeden Donnerstag

17.30–19.00 Uhr

Jeden ersten Samstag im Monat

10.00–13.00 Uhr

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u. a. erhältlich in:

Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; Berlin: M99, Manteuffelstr. 99; Bonn: Antiquariat, Breite Str. 52; Braunschweig: Antifaschistisches Cafe, Cyriakring 55; Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; Hannover: Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; Karlsruhe: Der andere Buchladen, Marienstr. 15; Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

Hamburg-Altona 1932: Nazis und Polizei werden militant bekämpft

Die nachfolgenden Artikel der „Roten Fahne“ aus dem Jahr 1932, die uns von Antifaschisten aus Norddeutschland zugeschickt wurden, zeigen nicht nur die verbrecherische Zusammenarbeit von Staat, Nazis und SPD-Führung. Vor allem wird sichtbar, dass die antifaschistische Einheitsfront von unten im gemeinsamen militanten, ja bewaffneten Kampf geschmiedet werden konnte und geschmiedet werden musste. Der gemeinsame militante und teils bewaffnete Kampf in Altona, egal ob Kommunisten, Sozialdemokraten oder Parteiloze, war einer der positivsten Ansätze im Kampf gegen den drohenden Nazi-Faschismus.

Der blutige Sonntag von Altona

Eine schreiende Anklage gegen die SPD-Führer

Altonaer SPD-Polizeipräsident Eggerstedt in einer Pressebesprechung:

„Nach meiner Ansicht hat es sich um einen wohl-vorbereiteten Überfall der Antifaschistischen Aktion gehandelt, der zunächst vielleicht (!) nur gegen die Nationalsozialisten beabsichtigt war, im weiteren Verlauf aber völlig gegen die Polizei gerichtet wurde. Zu den gegen die Polizei erhobenen Vorwürfen, dass sie den nationalsozialistischen Umzug durch die berühmten Viertel an der Hamburg-Altonaer Grenze genehmigt habe, erkläre ich, dass es nach den bisherigen Feststellungen unbedingt auch in anderen Stadtteilen zu der Schießerei gekommen wäre, da diese von der Antifaschistischen Aktion durchaus gewollt und vorbereitet war.“

Hamburger SPD-Flugblatt, das am Montag verteilt wurde:

„Die SA und die Kommunisten wollen den Terror. Sie sind die Partei der Vernichtung. Sie sind die Partei des Bürgerkrieges. Ihr politisches Argument ist der Mord. Mit nicht zu überbietender Gemeinheit versuchen die Altonaer Kommunisten in einem Flugblatt die Sozialdemokraten, die ihre Mitglieder und Freunde aufgefordert hatten, dem SA-Marsch fernzubleiben, die Verantwortung für die gemeinen Verbrechen, an denen die Kommunisten und die SA gleichermaßen beteiligt sind, anzuhängen ... Mögen die einen zern von Not-Mord, die anderen von SA-Terror, gemordet und terrorisiert haben beide.“

Abend-„Vorwärts“ vom 18. Juli:

„In offensichtlich provokatorischer Absicht zog die SA durch die Altstadtviertel Altonas. ... Hier fielen plötzlich Schüsse aus dem Zug, die den Auftakt zu einer allgemeinen Schlägerei gaben.“

„Hamburger Anzeiger“ vom 18. Juli:

„Sie erleichtert auch nicht das Gewissen derer, die für die Organisation und die Durchführung dieses Aufmarsches verantwortlich sind. Auch nicht, das soll deutlich gesagt sein, das Gewissen der zuständigen Altonaer Polizeibehörden ... Es scheint uns, als hätte am gestrigen Tage beides versagt, die Verantwortlichkeit der SA-Führung wie die Voraussicht der maßgebenden Behörden.“

„Berliner Tagblatt“ vom 18. Juli:

„Niemals wäre es den Berliner Konservativen vor dem Kriege eingefallen, im Wedding zu demonstrieren, weil sie gewusst hätten, dass es ganz von selbst zu Zusammenstößen gekommen wäre; ebenso mussten die SA-Führer in Altona wissen, dass es in St. Pauli bei einer Hakenkreuzdemonstration ohne blutige Köpfe nicht abgehen werde ... Deshalb sind auch sie von der Schuld nicht freizusprechen. Und dasselbe gilt wohl auch für die Polizei, weil sie, obwohl selbst die Verordnung vom 28. Juni dazu die Möglichkeit gegeben hätte, die Demonstration nicht auf eigene Verantwortung untersagte.“

Die Wahrheit über Altona

In den Arbeitervierteln Altonas, an der Hamburgischen Grenze ist es gestern durch Provokationen der SA-Banden ganz Schließwig-Holsteins, Hamburgs und Altonas zu Straßenschlachten gekommen, wie sie in diesem Ausmaß seit dem Oktober 1923 nicht mehr erlebt worden sind. 14 Tote und 75 Schwerverletzte meldet der Polizeibericht, der allerdings verschweigt, in welchem Ausmaß die von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Eggerstedt kommandierte Polizei gegen die Arbeiter

und gegen alles vorging, was keine braunen Hemden trug.

Als der Nazizug unter riesiger Polizeibedeckung in die Arbeiterviertel kam, wehten den braunen Garden rote Fahnen mit Hammer und Sichel entgegen, und über den Straßen spannten sich Transparente mit den Losungen der Antifaschistischen Aktion und der KPD. An dieser Stelle begannen die Nazis ihre gemeinen Provokationen. Sie sangen: „Die rote Front, die schlagen wir zu Brei!“ In der Kirchenallee kam es zu den ersten Zusammenstößen, als die Arbeiter das singende SA-Korps niederschrien. Weitere Zusammenstöße fanden in der Schauenburger Straße statt. Als die Niederrufe der Arbeiter sich immer mehr verstärkten, fiel plötzlich aus den Reihen der Nazistürme das Kommando: „Schließt die roten Hunde nieder!“ Ein Mordtrupp der SA sprang aus dem Zug und fiel über die Arbeiter her. Als diese sich zur Wehr setzten, eröffneten die Nazis ein wahres Schnellfeuer, das von den Arbeitern erwidert wurde. Andere SA-Abteilungen versuchten mit Revolvern in den Händen die Straßen abzuriegeln. Sie feuerten Schüsse auf die Fenster der Arbeiterwohnungen. Sie schlugen Arbeiter nieder und durchsuchten sie nach Waffen. Sie traten Passanten zu Boden.

Die Wahrheit muss heraus: Alles dies geschah unter den Augen der Polizei, die in dem Moment eingriff, als die Arbeiter den Angriff der Mordbanden zurückschlugen. Mit Karabinern bewaffnet räumte die Polizei die Schauenburger Straße mit dem Ruf: „Fenster zu, Straße frei, es wird geschossen!“ Ein regelrechtes Schnellfeuer aus Karabinern und Maschinenpistolen wurde gegen die Häuser und in die Seitenstraßen hinein eröffnet. Damit die Nazis durchmarschieren konnten, schoss die SPD-Polizei die Straßen leer. Zahlreiche Personen, darunter unbeteiligte, wurden durch Polizeikugeln getroffen, wobei Querschläger furchtbare tödliche Verletzungen anrichteten.

Als die Nazis in der Großen Bergstraße Ecke Johannisstraße angekommen waren, war ihre Angriffskraft völlig gebrochen. Sie verzichteten darauf, weiter durch die vorgesehenen Proletarierstraßen zu marschieren und eilten im Laufschrift durch die Große Bergstraße. Hier wurde der

Aufmarsch der 5000 Braunen von den Arbeitern völlig gesprengt.

Jetzt riegelte die Polizei eine Straße nach der anderen ab. Panzerwagen wurden eingesetzt und alle Arbeiter in die Häuser getrieben. Selbst als die SPD-Polizei die Nazis vor den Arbeitern in Sicherheit gebracht hatte, wurden die Arbeiterstraßen unter weiteres Feuer genommen. Die Panzerwagen streuten Maschinengewehrsalven. Wer sich vor dem wahnsinnigen Schießen nicht mehr retten konnte, wurde von der Polizei mit hochehobenen Händen zusammengetrieben.

In der kleinen Freiheit errichteten Arbeiter aus Steinen und Pferdewagen große Hindernisse, um die Polizei am Durchkommen zu verhindern. Nunmehr griff auch Hamburgs Polizei ein. Nach mehreren vergeblichen Angriffen, wobei auch Gasbomben verwandt wurden, wurde die Barrikade von dem Panzerwagen genommen.

Wie die SA vorging.

Uns wird berichtet, dass, als die SA-Banden in Altona durch die Adlerstraße marschierten, einer plötzlich aus dem Zuge rief: „Der gehört auch zur Kommune.“ Der Rufer zog nun einen Revolver aus der Ta-

sche und schoß in die Fenster hinein. Der Nazi steckte seinen Revolver wieder in die Tasche, ohne dass die Schupo irgendetwas dagegen tat. Die SA-Banden scheuten sich nicht, eine 78jährige Frau mit dem Koppel ins Gesicht zu schlagen.

Die Greisin wurde ohnmächtig und trotzdem schlug die SA weiter.

Die Toten von Altona

Die von der bürgerlichen Presse festgestellte Schuld der Altonaer SPD-Polizei wird besonders deutlich, wenn man die Totenliste sieht. Der Hauptteil der Erschossenen wurde in der Wohnung von Polizeikugeln getroffen, darunter ein Sozialdemokrat und ein Reichsbannermann. Das ist die schwerste Anklage gegen die Altonaer Polizei. Soweit die Namen der 14 Toten bisher festgestellt werden konnten, handelt es sich um folgende Personen:

Frau Reschke, Altona, Große Marienstraße 41, parteilose Ehefrau, wurde in der im dritten Stock liegenden Wohnung durch das geschlossene Fenster erschossen, als sie beim Essen saß.

Ernst Kerper, Altona, Anstreicher, Blücherstraße 6. Er erhielt vor der Tür seines Hauses einen tödlichen Bauchschuss.

Herman Ragotzki, Altona, Arbeiter. Er wollte gerade seine Tauben vom Fenster nehmen, als er durch das geschlossene Fenster einen Herzschoß bekam. Er war parteilos, seit Jahren krank, verließ wenig seine Wohnung, die weit hinten im Hof liegt. In die Baracke wurde hineingeschossen, so dass Nachbarn, die Hilfe leisten wollten, nur unter schwerster Lebensgefahr zu dem Toten gelangten.

Erna Sommer, Altona, Große Marienstraße 7, 1 Treppe, durch Querschläger hinter dem geschlossenen Fenster erschossen.

Adolf Hagen, Altona, Konradstraße 29, SPD-Mitglied. Durch Bauchschuß schwer verletzt, dann gestorben. Er trat aus einer Wirtschaft auf die Straße, wo er den tödlichen Schuß erhielt.

Karl Rasch, Altona, Unzer Straße 58, 3 Treppen, Angehöriger des Reichsbanners, wollte die Fenster schließen, als er den tödlichen Kopfschuß erhielt.

Frau Hoffmann, Inhaberin eines Papiergeschäftes, Kleine Freiheit 20, parteilos. Sie stand im Laden und wurde durch die Tür erschossen. Sie erhielt einen Schuss durch das Bein und verblutete, weil infolge des ununterbrochenen Polizeifeuers ein Abtransport nicht möglich war.

Ferner sind zwei Nazis unter den Toten: Hans Koch, Altona und die Ehefrau Winkler, Hamburg. Bei dem Nazi Koch fand der Leichenwärter einen Totschläger mit etwa drei Pfund Blei und 13 scharfe Patronen.

Polizei-Überfall auf KPD-Sitzung

Heute Vormittag überfiel die Polizei eine Sitzung und verhaftete 20 Genossen, darunter den Bezirksleiter der KPD, Genossen Hermann-Schubert. Die Verhafteten mussten nach kurzer Zeit wieder freigelassen werden.

SA zerstört Eisernen-Front-Lokale

Als die SA-Leute von Altona in ihre Heimatorte zurückfuhren, haben sie durch das Verhalten der Polizei in Altona ermutigt, in den gestrigen Abendstunden neue Ausschreitungen verübt. In Pinneberg griffen sie das Verkehrslokal der Eisernen Front an, verwüsteten es und verwundeten mehrere Männer und Frau-

en. Auch in *Elmshorn* wurde das Lokal der Eisernen Front von zurückkehrenden SA-Leuten zerstört. In *Itzehoe* überfiel das Pack Angehörige der Eisernen Front.

Wie schwer bewaffnet das braune Gesindel ist, geht daraus hervor, dass, als die Polizei in Itzehoe die Mannschaft eines SA-Wagens durchsuchte, sie nicht weniger als 25 SA-Leute im Besitz von *Pistolen* mit zahlreicher Munition fand.

„Hamburger Volkszeitung“ beschlagnahmt

In allen Arbeitervierteln wurden heute morgen Kampfflugblätter gegen die Faschisten verbreitet. Die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ gab ein *Extrablatt* heraus, das von der Polizei, ebenso wie die antifaschistischen Flugblätter, beschlagnahmt wurde.

Aus: „Rote Fahne“, Zentralorgan der KPD, vom 19.07.1932

Hinweg mit dem Ausnahmezustand gegen die Antifaschistische Aktion!

Faschistenprovokation und Polizeischüsse von Altona für die Bourgeoisie das Angriffssignal gegen die Antifaschisten der Tat / Die SPD-Führer als Wegbereiter der faschistischen Diktaturpläne / Arbeiter Deutschlands, durchkreuzt den Anschlag!

Mit Genehmigung der sozialdemokratischen Führer und unter dem Geleit der sozialdemokratisch kommandierten Polizei marschierte gestern die SA ganz Schleswig-Holsteins in *Altonas* kernproletarische Viertel ein. Die SA-Banden eröffneten eine *blutige Straßenschlacht*. Die Polizei schoß in die sich der braunen Mordbanden erwehrenden Arbeitermassen. Bis jetzt werden 14 Todesopfer gezählt und zahlreiche Schwer- und Leichtverletzte. Obwohl selbst bürgerliche Zeitungen zugeben müssen, dass es sich hier um eine planvoll angelegte *Hakenkreuzprovokation* handelt, nimmt die Reichsregierung der Papen und Gayl die Altonaer Kämpfe zum Anlaß einer unerhörten Verfolgungsaktion gegen die Arbeiterschaft, die in Notwehr gegen die Nazis handelte, sowie gegen die Kommunistische Partei und die Antifaschistische Aktion. Als erste Maßnahme hat die Reichsregierung ein sofort in Kraft tretendes *Verbot aller Demonstrationen* und Versammlungen unter freiem Himmel erlassen. Auf dem weiteren Wege zum Auf- und Ausbau der faschistischen Diktatur plant die Regierung die Verhängung des *zivilen Standrechts*, das sich „in erster Linie gegen die Kommunisten“ richten soll. Schnellgerichte will man einsetzen, die auf Waffen- und Sprengstoff-„Missbrauch“ bis zur *Todesstrafe* erkennen sollen, wobei als „Missbrauch“ nur gilt, wenn Angehörige „staatsfeindlicher Organisationen“, d. h. Kommunisten, sich zur Wehr setzen.

In der amtlichen Mitteilung über das Demonstrationsverbot heißt es u. a.:

„Am vergangenen Sonntag ist es wiederum in vielen Orten zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In der weitest überwiegenden Zahl der Fälle beruhen die Zusammenstöße auf Provokationen und hinterhältigen Überfällen von kommunistischer Seite. Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Maßnahmen zu treffen, um Leib und Leben aller Staatsbürger gegen weitere Angriffe zu schützen und die freie politische Betätigung zu sichern. Sie erwartet von allen Teilen des Volkes, die auf dem Boden des Rechts stehen, Ruhe und Besonnenheit. Nur dann kann den bewussten Provokateuren blutiger Auseinandersetzungen wirksam das Handwerk gelegt werden.“

Die Regierung der von Papen und Schleicher hat die Kühnheit, die überwiegende Zahl der Zusammenstöße auf „Überfälle von kommunistischer Seite“ zurückzuführen. Aber die Tatsachen schlagen dieser Behauptung ins Gesicht. Die ganze Welt weiß, dass die SA bis an die Zähne bewaffnet ist. Die Regierung

sollte es nicht wissen?! Die ganze Welt weiß – gestern erst wieder hat ein nichtkommunistisches Monatsblatt die Zahlen genannt – dass im Juni die SA 37 Arbeiter mordete und in den ersten Wochen des Juli 27, 64 proletarische Opfer der SA in 1 ½ Monaten, weit mehr, als bei der Abwehr der Arbeiter an SA-Leuten getötet wurden! Und die Regierung sollte das nicht wissen?!

Aber die *Papen-Gayl-Schleicher* sind die Verbündeten *Hitlers*. Weil Hitler den Hungernotverordnungen seine Zustimmung gibt und alle Misstrauensanträge gegen die Papen-Regierung zur Ablehnung bringt, weil der Hitlerfaschismus die blutige Stütze der kapitalistischen Diktatur ist – darum lässt das Kabinett der Reichen die SA als ihre Notverordnungsstütze marschieren.

Wir erheben flammende Anklage gegen die sozialdemokratische Führerschaft, dass sie dieses Unterfangen der Reichsregierung, dass sie die Loskoppelung der SA-Banden mit allen Mitteln unterstützt. Selbst das bürgerliche „Berliner Tageblatt“ muß zu den Vorgängen in Altona konstatieren, dass der Einbruch der Faschisten in „kommunistische Elendsviertel“ eine schwere *Reizung* bedeutete und als Provokation empfunden werden musste. Der Sozialdemokrat und Polizeipräsident von Altona, Eggerstedt, hat diesen SA-Marsch genehmigt, er hat seine Polizei mit den Provokateuren gehen und die Arbeiter attackieren lassen.

Hier gibt es nichts mehr zu vertuschen. Seit dem Bluttag von Altona muß es auch jeder SPD-Arbeiter wissen, dass seine eigene Führer die Polizei zum Sturmbock für Hitler machen. Ohne den Schutz Seeverings, Grzelinikis, Eggerstedt und der übrigen SPD Führer könnte die SA nicht marschieren.

Vor dem ganzen Proletariat Deutschlands beschuldigen wir die sozialdemokratische Führung, daß sie durch ihren Schutz für die SA-Banden den Vormarsch der Antifaschistischen Aktion aufhalten und das Verbot der Kommunistischen Partei herbeiführen wollen. In ihrer Presse reden sie dauernd vom Hakenkreuzterror. Aber in der *Praxis* hat ihre Polizei noch nie einen Nazi-Terroristen, sondern nur und immer und gerade in den letzten Tagen *Arbeiter getötet*. Ermüdet durch das Vorgehen der Eggerstedt und Schönfelder in Hamburg, des Grzekinski in Berlin und Seeverings in ganz Preußen kreischt die mordgierige Reaktion schon nach der „rücksichtslosen Verhaftung und Aburteilung aller kommunistischen Führer“ („DAZ“) und der „Jungdeutsche“ heult seine *Pogrommelodie* von „An die Wand stellen!“

Die Kommunistische Partei und die Antifaschistische Aktion sollen durch die Maßnahmen der Regierung faktisch unter Ausnahmezustand gesetzt werden, weil sie die arbeitenden Massen gegen notverordneten Renten-, Unterstützungsabbau, gegen Beschäftigtensteuer und Exmittierung, gegen Salz- und Umsatzsteuer zum Angriff führt.

Es ist keine Stunde zu verlieren. Wir rufen Deutschlands Proletariat auf, den roten *Massenelbstschutz* der Betriebe und Stempelstellen im Sturmtempo auszubauen. Über ganz Deutschland hat bereits eine Welle befristeter politischer *Proteststreiks* gegen den mörderischen Naziterror eingesetzt. Jetzt kommt es darauf an, diese Aktionen auf eine höhere Stufe zu heben und den einheitlichen *Massenstreik* gegen die Situation des Hungers und des Säbels zu organisieren.

Proletarier Berlins! Am heutigen Tag, wo die in Siemensstadt gemordeten Antifaschisten bestatten werden, haltet Betriebsversammlungen ab! Streikt gegen die SA-Mörder! Schließt euch machtvoll zusammen! Hinweg mit dem Ausnahmezustand gegen die Antifaschistische Aktion!

Sie wollen die Kommunistische Partei und die Antifaschistische Aktion verbieten, weil sie niemals eine Konzession an die Notverordner machen, sondern sie bis zu einer Niederung bekämpfen werden. Stellt euch darum an die Seite der KPD! Kämpft mit ihr und sorgt dafür, dass der 31. Juli zu einem Tag wird, an dem Millionen und Millionen der herrschenden Reaktion in die Ohren schreien:

Wir leben, wir kämpfen und wir siegen für den Sozialismus, für Räte-Deutschland!

Aus: „Rote Fahne“, Zentralorgan der KPD, vom 19.07.1932

Gefangene Proleten im Sperrfeuer der SPD-Polizei in Altona

Zwei weitere Opfer des Blutsonntag von Altona / SPD Arbeiter treten aus Protest zur KPD über

Hamburg, 19. Juli. (Eig. Bericht) Die Zahl der Toten in Altona hat sich auf 16 erhöht. Unter ihnen befindet sich der Reichsbannerarbeiter Karl *Rasch* und der sozialdemokratische Arbeiter Adolf *Hagen*. Hagen befand sich in der Wirtschaft von Hesse in der Holstenstraße. Er wurde erschossen, als er auf die Straße ging. Rasch erhielt einen Kopfschuß, als er in seiner Wohnung das Fenster schließen wollte.

Die Nazis geben drei Tote an, und zwar den SA-Sturmchef Heinrich *Koch*, den SA-Mann *Büttig* und Frau *Winkler*. Die beiden SA-Leute gehörten zum Sturm 2/31, der sich bei Überfällen auf Reichsbannerarbeiter und Kommunisten besonders hervorgetan hat und der auch am Sonntag bewaffnet aufmarschierte.

Der „Hamburger Anzeiger“ (demokratisches Blatt) muß in seiner Schilderung zugeben, daß die Nazis provoziert haben. Er schreibt:

„In der Schauenburger Straße stürzten sich auf einen Pfiff ihres Führers etwa 100 SA-Leute mit losgebundenem Koppel auf die Menge. Es kam zu einem wüsten Tumult. Schüsse fielen bald. Die Polizei feuerte sofort, machte die Straßen frei und forderte zum Schließen der Fenster auf.“

Wie offen die Polizei mit den Nazis gegen die Arbeiter vorging, beweist ein Bericht des „Hamburger Tageblatt“, Organ der Nationalsozialisten, in dem es heißt:

„Jetzt greift auch Polizei ein. Sturmchef Heinrich Schwennsen erklärt den Beamten, die anscheinend den Ernst der Lage noch nicht erkannt haben, die Situation. Scharf fassen die Beamten zu. Aus Maschinengewehren und Pistolen rasselte ein Schnellfeuer in die Marienstraße hinein.“

Mit welcher unerhörten Methoden die Polizei im einzelnen vorging, das zeigt eine Tatsache, die von mehreren Augenzeugen berichtet wird. An einer Stelle, an der die Polizei besonders heftig und andauernd schoß, ließ der sozialdemokratische Hauptmann Langer eine große Anzahl verhafteter Arbeiter mit erhobenen Händen mitten auf der Straße im Schussfeld der Polizei stehen. Als die gefangenen Arbeiter Deckung suchen wollten, wurden sie von Langer auf die Straße zurückgedrängt. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Arbeiter verwundet.

Vier Altonaer SPD-Arbeiter treten zum Zeichen des Protests zur KPD über!

Gestern Abend fand in Bahrenfeld eine Häuserblockversammlung statt, in der vier sozialdemokratische Arbeiter zum Zeichen des Protests gegen die unerhörte Hetze ihrer Führer und deren Hilfsdienste für den SA-Mordterror ihren Uebertritt zur KPD erklärten.

Polizei als Dachschützen

Durch Augenzeugen wird bestätigt, dass Polizeibeamte am Sonntag in Altona in die Häuser eingedrungen sind und von den Fenstern dieser Häuser nach den gegenüberliegenden Dächern geschossen haben. In der Kleinen Freiheit 61 wurde vom Taubenschlag aus von zwei Sipos geschossen. Im Haus Nr. 91, 5. Stock wurde vom Balkon vom Durchgang Kleine Freiheit nach dem Spielplatz ebenfalls geschossen.

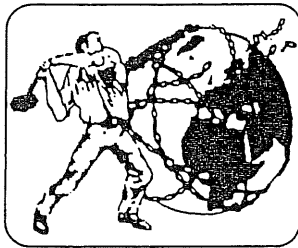
Gestern Abend versuchte ein Trupp von 60 Nazis in die Wohnungen der Arbeiter einzudringen und die Arbeiter herauszuholen. Auf der Straße überfielen sie einen parteilosen Arbeiter namens *Willers* und gaben etwa 15 Schüsse auf ihn ab. Die Nazis schlugen auf den am Boden Liegenden ein. Er musste ins Krankenhaus gebracht werden.

KPD-Versammlungen in Hamburg verboten

Die für gestern Abend von der Kommunistische Partei in Hamburg geplanten vier Versammlungen mit dem Thema: „Antifaschistische Aktion“ wurden von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Schönfelder verboten.

Aus: „Rote Fahne“, Zentralorgan der KPD, vom 20.07.1932

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

6/08

Juni 2008

Solidarität mit den vom Imperialismus verfolgten Flüchtlingen!

Den Kampf gegen den mörderischen polizeistaatlichen Terror verstärken!

Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland im Durchschnitt jeden Tag mehr als drei Nazi-Überfälle stattfinden, ist der Kampf gegen die Nazis von enormer Bedeutung und in gewisser Weise „das Wichtigste“, insofern gilt: Wer nichts gegen den zunehmenden Nazi-Terror tut oder wer aufgehört hat, etwas dagegen zu tun, der kann in der Regel auch nicht für Kämpfe gegen den Staatsapparat, für Kämpfe mit weitergehenden Zielen gewonnen werden. Die zahlreichen Aktionen und Demonstrationen in den letzten Jahren richteten sich zu Recht gegen den enorm gewachsenen Nazi-Terror sowie gegen die staatlich geschützten Nazi-Aufmärsche – und sie müssten natürlich noch stärker sein. Jedoch muss bewusst sein: der Hauptakteur ist der deutsche Staatsapparat mit seinem mörderischen staatlichen Terror gegen die Flüchtlinge.

Das Programm des mörderischen Polizeiterrors gegen Flüchtlinge

Vorbereitet und begleitet von einer umfassenden Hetze von Politikern und Medien gegen „Asylanten“ in Verbindung mit Nazi-Massakern und -Pogromen mit dutzenden von Ermordeten wurde 1993 das *Asylrecht in Deutschland weitgehend beseitigt*. Mit dem verlogenen Konstrukt, dass Deutschland angeblich nur von „sicheren Drittstaaten“ umgeben sei und die meisten Flüchtlinge sowieso aus „sicheren Herkunftstaaten“ stammten (der neue Artikel 16a des GG), wurde und wird die Anwesenheit von Flüchtlingen in Deutschland von vornherein illegalisiert und kriminalisiert und der Vorwand geschaffen, die Einreise von Flüchtlingen mit allen Mitteln zu verhindern bzw. diese möglichst massenhaft aus Deutschland abzuschubsen. Mit einem Schlag wurde für Hunderttausende der *Staatliche Rechtlosigkeit* geschaffen.

Vor allem in den letzten 15 Jahren forciert der deutsche Imperialismus zielstrebig, eiskalt und genau geplant, Schritt für Schritt verschärfend, das polizeistaatliche Programm der Liquidierung der „Asylfrage“. Dieses verbrecherische Programm mit seinen fürchterlichen, vielfach mörderischen Konsequenzen für Tausende und Abertausende von Flüchtlingen besteht gerade in der *Kombination* von drei miteinander zusammenhängenden und aufeinander abgestimmten Maßnahmen des staatlichen Terrors:

Mit mörderischem Polizeiterror wird verhindert, dass Flüchtlinge die Grenzen überschreiten können

Mittel dazu sind Visumzwang, vor allem aber polizeiliche Grenzaufrüstung. Mit Tausenden von Bundespolizisten (früher BGS) und extra angeworbenen Hilfspolizeikräften, welche die deutschen Grenzen gegen Flüchtlinge, aber auch gegen Arbeitssuchende aus aller Welt „schützen“ sollen (zu diesen „Grenzen“ gehören auch Autobahnen und Bahnhöfe!), wird der polizeistaatliche Terror gegen die Flüchtlinge organisiert und vollstreckt.

Der Umstand, dass 1993 in Deutschland noch rund 500.000 Asylanträge gestellt werden konnten, im Jahr 2007 aber nur noch rund 19.000, hängt vor allem mit dieser Abschottung der Grenzen gegen Flüchtlinge zusammen. Und auch wenn die Zahl der Abschiebungen von 53.000 im Jahr 1994 auf 14.000 im Jahr 2006 zurück gegangen ist, so liegt das ebenfalls in erster Linie daran, dass es die wenigsten Flüchtlinge überhaupt

noch schaffen, in Deutschland einen Asylantrag zu stellen oder überhaupt hierher zu gelangen.

Der mörderische Kampf gegen die Flüchtlinge, der unter der Parole „Eindämmung der illegalen Migration“ geführt wird, findet zunehmend bereits an den EU-Außengrenzen statt. Mit dem System aus Zäunen, Radarüberwachung, Satellitenauflösung, militärischen Sperrzonen, Minengürteln, Kriegsschiffen, Küstenwachen, Polizei- und Grenzschutztruppen nimmt die „Flüchtlingsabwehr“ an den Grenzen der „Festung Europa“ regelrecht die Formen eines Krieges an. Im Mittelmeer werden Menschen von den „Grenzschutz-Truppen“ der EU-Staaten ins Wasser geworfen, Boote gerammt, Flüchtlinge auf menschenleeren Inseln ausgesetzt. Immer häufiger wird auch scharf geschossen. Für den mörderischen Kampf gegen die Flüchtlinge wurden seit 2004 von den EU-Staaten eigens die so genannte „Grenzschutzagentur Frontex“ aufgebaut und so genannte „Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke“ („Rapid Border Intervention Teams“, RABITS) geschaffen.

Seit 1988 wurden über 15.000 Tote im Mittelmeer und Atlantik, zwischen Nordafrika und Spanien, bei den Kanaren und in der Ägäis gezählt. (FR 20.06.08) Allein 2006 waren es über 2.000 Tote und im Jahr 2007 annähernd ebenso viele in den Gewässern vor Europa. (Pro Asyl, April 2008, S. 2) Die Zahl der nicht erfassten Opfer ist mit Sicherheit sehr hoch.

Auch wenn die Grenzen Deutschlands für Flüchtlinge nach wie vor dicht sind, so hat sich die Situation in den letzten Jahren insofern verändert, dass – vor allem seit dem Beitritt osteuropäischer und südosteuropäischer Staaten zur EU – der Kampf zur „Grenzsicherung“ gegen die Flüchtlinge großteils nicht direkt an den deutschen Grenzen stattfindet, sondern „vorverlegt“ wird (etwa an die Grenze Polens zur Ukraine). Damit besteht die Gefahr, dass – völlig zu unrecht – die mörderische Rolle des deutschen Imperialismus aus der Schusslinie gerät.

Umso wichtiger ist es zu betonen: Erstens ist der deutsche Imperialismus führend an der Durchsetzung und Umsetzung dieser mörderischen Politik an den EU-Außengrenzen beteiligt. So hält etwa die Akademie der Bundespolizei in Lübeck regelmäßige Frontex-Schulungen ab (AK 525, 15.02.08; AK 527, 18.04.08). Zweitens geht es keineswegs um eine irgendwie geartete selbstständige „EU-Politik“, sondern in erster Linie

„Im Kampf gegen die rassistische Politik des deutschen Imperialismus müssen die kommunistischen Kräfte alle Spaltungsversuche des deutschen Imperialismus und seiner Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ zur Aufspaltung der in Deutschland lebenden Menschen aus anderen Herkunftsländern in vom deutschen Imperialismus selbst angeworbene, gewollte Arbeitskräfte und „unerwünschte“ Flüchtlinge bekämpfen.

Die „moderne Völkerwanderung“ ist eine unvermeidliche Folge der imperialistischen Ausplünderung und Unterdrückung der Völker in den abhängigen Ländern, die durch ihre elenden Lebensbedingungen gezwungen werden, ihre Herkunftsländer zu verlassen. Jedoch ist die „moderne Völkerwanderung“, wie Lenin hervorhob, nicht nur zwangsläufige Folge des Imperialismus, sondern bietet auch günstige Möglichkeiten für die Entwicklung des Klassenkampfes.

Die Kommunistische Partei kämpft für die gleichen Rechte aller in Deutschland lebenden und unterdrückten Massen, gegen jegliche Beschränkung und Sondergesetze für die Menschen, die ursprünglich aus anderen Ländern kommen und diese oft genug aufgrund der durch den Imperialismus hervorgerufenen brutalen Unterdrückung und Ausbeutung dieser Länder verlassen mussten, da ihnen die imperialistische Versklavung und Unterdrückung, Verelendung und Kriege jegliche Existenzgrundlage in ihren Herkunftsländern geraubt hat.

Die Kommunistische Partei kämpft gegen jegliche Einwanderungsbeschränkungen, gegen den staatlichen Abschiebeterror und für das uneingeschränkte Recht auf politisches Asyl für alle von Imperialismus und Reaktion Verfolgten und Unterdrückten, für den internationalistischen Zusammenschluss der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter mit den ausgebeuteten und unterdrückten Massen aus anderen Ländern, die in Deutschland leben und arbeiten, mit den von Imperialismus und Reaktion Verfolgten zum gemeinsamen Kampf gegen den deutschen Imperialismus.

Die Kommunistische Partei kämpft vor allem für die maximale internationalistische Unterstützung des Kampfes besonders der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Werktätigen aus anderen Ländern, die in Deutschland leben und arbeiten, des Proletariats und der unterdrückten Völker in „ihren“ Ländern für „ihre“ Revolution, vor allem der Revolution in den vom deutschen Imperialismus abhängigen Ländern.“

(Aus: „Prüfsteine“ – Dokumente der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“, 2004)

um die Machenschaften und Interessen der imperialistischen Großmächte Europas, und hier vor allem um den deutschen Imperialismus, der – neben Frankreich und Großbritannien – das größte Gewicht in der EU hat.

Die mörderische Politik des staatlichen Abschiebeterrors

Bereits 1992 war mit dem Bau des ersten Abschiebegefängnisses begonnen worden. Das größte Abschiebegefängnis mit etwa 600 „Haftplätzen“ wurde im Januar 1994 in einem Waldstück 8 km von der Kleinstadt Büren (NRW) entfernt eingerichtet. Rasch kamen weitere dazu, so dass heute bis 3.500 Flüchtlinge ständig in Abschiebehaft sind. Die Zustände in diesen Gefängnissen sind noch schlimmer als in „normalen“ Gefängnissen.



Zehntausende Flüchtlinge, deren Asylanträge abgelehnt werden, sowie andere „unerwünschte Ausländer“ werden Jahr für Jahr von den Ausländerbehörden verhaftet und abgeschoben, nicht selten direkt in die Folterstaaten wie die Türkei, aus denen die Flüchtlinge geflohen sind. Die infamen „Gründe“ für Verhaftungen und die offiziell zulässige Dauer der Inhaftierung wurden dabei in den letzten Jahren immer weiter ausgedehnt (so wurde im Juni 2008 unter deutscher Federführung EU-weit eine Haftdauer von bis zu 18 Monaten für Flüchtlinge festgeschrieben.)

Der deutsche Staat schiebt erbarmungslos Kinder und Jugendliche ab, insbesondere vom Flughafen Frankfurt, und verhängt Abschiebehaft gegen Kinder und Jugendliche (kein Zufall, dass sich die deutsche Regierung ausdrücklich weigert, die UN-Konvention über die Rechte der Kinder zu unterschreiben und umzusetzen: Der deutsche Staat verstößt mit der Abschiebung von Kindern und Jugendlichen eklatant gegen diese Konvention).

Durch die verstärkte Schaffung von ungesichertem, kurzfristigem Aufenthaltsstatus sind in Deutschland Hunderttausende mit dem Damoklesschwert der Abschiebung bedroht. Das gilt auch für die momentan rund 250.000 in Deutschland „anerkannten“ Flüchtlinge. In den letzten fünf Jahren wurde in über 50.000 Fällen anerkannten Flüchtlingen durch Wider-

spruchsverfahren der Schutzstatus entzogen (Pro Asyl: Stoppt das Sterben! S. 24). Aktuell plant der deutsche Staat die Einleitung von 40.000 Widerrufsverfahren und damit von ebenso vielen Abschiebungen (ebenda, S. 30). Der so genannte „Bleiberechtsbeschluss“ aus dem Jahr 2007 ist so schicklos, dass von den zirka 200.000 „Geduldeten“ von vornherein nur ein geringer Teil die Chance auf ein Aufenthaltsrecht hat. Wer alt oder krank ist, wer eventuell mal gegen die „Residenzpflicht“ verstoßen hat, fällt heraus und ist akut von der Abschiebung bedroht.

Die Tatsache, dass zehntausende von Menschen Jahr für Jahr vom Polizeiapparat verhaftet, inhaftiert und abgeschoben werden, trifft in erster Linie die Abgeschobenen. Doch es entspricht der Tradition der in Deutschland herrschenden Klasse, des deutschen Imperialismus, ganz bewusst mit mörderischem Terror gegen eine bestimmte Gruppe insgesamt eine Atmosphäre der Einschüchterung und der Verbreitung von Angst zu schüren. So dient der Abschiebeteror mittelbar auch dazu, allen „Nichtdeutschen“ die Macht des Staates vorzuerzieren.

Indirekt wird so auch den Menschen mit deutschem Pass signalisiert, welchen Wert dieser doch hat: alle anderen Menschen sind „zweiter Klasse“, kurz: es wird gleichzeitig die Politik der Schürung nationalistischer deutscher Überheblichkeit betrieben.

Unerträgliche Existenzbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland

Der deutsche Staat macht in immer perfiderer Weise den Flüchtlingen, die sich noch in Deutschland aufhalten und die er aus verschiedenen Gründen nicht oder noch nicht direkt abschieben kann, ihre Existenzbedingungen als völlig rechtlose „Menschen 2. Klasse“ in Deutschland immer unerträglicher und demütigender.

1993 wurde mit dem „Asylbewerberleistungsgesetz“ für Flüchtlinge ein „Existenzminimum 2. Klasse“ eingeführt, das seitdem nicht erhöht worden ist und inzwischen 35 % unter dem Niveau von Hartz IV liegt. Von dieser systematischen Mangelversorgung zu Abschreckungszwecken sind fast 50.000 Kinder betroffen.

Vor allem den rund 200.000 „geduldeten“ Flüchtlingen, die aus verschiedenen Gründen nicht oder noch nicht sofort abgeschoben werden können, wird das Leben in Deutschland mit einer Politik der völligen Entrechtung, des Aushungerns und der permanenten polizeistaatlichen Schikanen zur Hölle gemacht. In den „Ausreisezentren“ genannten Baracken- und Containerlagern werden sie gezwungen, über Jahre hinweg in Mehrbett-Zimmern auf durchschnittlich 4,5 qm pro Person zu „wohnen“. Sie erhalten kein Bargeld mehr, dürfen nicht arbeiten, oftmals nicht einmal selbst kochen, werden immer wieder überfallsartig durchsucht, müssen sich täglich „melden“, dürfen sich nicht frei bewegen. Das alles geschieht mit der eindeutigen Absicht, die Flüchtlinge fertig zu machen, sie zur angeblich „freiwilligen“ Ausreise zu bewegen. So erklärte der Leiter des Amtes für Ausländerangelegenheiten Rheinland Pfalz, ein Schreibtischtäter namens Martini-Emden unumwunden:

„Bei den aufgenommenen Personen zeigt sich, dass die deutlichen Leistungseinschränkungen, der Ausschluss einer Arbeitsaufnahme sowie das sich in einem allmählichen Prozess entwickelnde Bewusstsein über die Ausweglosigkeit ihrer Lebensperspektive in Deutschland die Menschen in eine gewisse Stimmung der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit versetzen.“ (Zitiert in: Of-Limits die letzte Grenze Offenbachs, Initiative gegen Abschiebung/Frankfurt, September 2004)

Diese bewusst herbei geführte „Ausweglosigkeit“ führt immer wieder dazu, dass Flüchtlinge in ihrer Verzweiflung ihrem Leben ein Ende setzen – auch dies ist Teil der mörderischen Flüchtlingspolitik des deutschen Staates.

Extrem ist die Lage der Flüchtlinge, die gezwungen sind, illegal in Deutschland zu leben. Sie sind permanent der Gefahr von polizeilichen Kontrollen, Internierung und umgehender Abschiebung ausgesetzt. Ständig laufen sie Gefahr denunziert zu werden: Gleich ob Gesundheitsamt oder Schule: Jeder Beamte oder Angestellter im öffentlichen Dienst ist nach dem Aufenthaltsgesetz verpflichtet, die Ausländerbehörde zu informieren, sobald er von einem illegalen Aufenthalt in Deutschland Kenntnis hat. Diesen Flüchtlingen „ohne Papiere“ werden selbst die letzten Reste von Menschenrechten vorenthalten, die gemäß Menschenrechts-Charta und Völ-

Im Aufruf zur Demonstration am 5. Juli 2008 in Berlin anlässlich des 15. Jahrestages der weitgehenden Beseitigung des Asylrechts heißt es über die Entwicklung seit 1993: „Der offene Angriff von damals findet seine Fortsetzung in einem schubweisen Abbau von Menschen-, Freiheits- und BürgerInnenrechten auf vielen Ebenen – für die SozialdemokratInnen und Grüne genauso viel politische Verantwortung tragen wie die CDU.“ Völlig richtig ist es, SPD und Grüne anzuprangern. Doch zugleich stellt sich die Frage: Und was ist mit der PDS/Die Linke?

Die PDS/Die Linke will es so erscheinen lassen, als ob sie tatsächlich gegen die mörderische deutsche Flüchtlingspolitik seien, doch die Tatsachen sehen anders aus.

Überall wo die PDS/Die Linke mit an der Regierung ist (Berlin/Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern), vollzieht sie eben diese mörderische Politik mit. So erließ die Berliner Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner (Die Linke) im Januar 2006 eine neue Ausführungsverordnung zum Paragraph 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes. Demnach können die Stadtbezirke Flüchtlingen mit „Duldungsstatus“ oder „ungeklärter Identität“ in ein „Ausreisezentrum“ einweisen, selbst wenn diese eine eigene Wohnung haben. Das Lager in der Motardstraße zählt fast 500 Flüchtlinge, von denen die Hälfte gemäß der neuen Ver-

kerrechtsbestimmungen keinem Menschen, aus welchem Grund auch immer, entzogen werden dürfen. Die Konsequenzen sind auch hier oft mörderisch, z. B. wenn Menschen sterben müssen, weil ihnen medizinische Untersuchungen und Behandlungen verweigert werden.

Die Antirassistische Initiative Berlin kam zu folgender Einschätzung des mörderischen staatlichen Terrors gegen Flüchtlinge im Zeitraum von 1993 bis 2007 anhand der Auswertung vor allem bürgerlicher Quellen:

„In dem gesamten Zeitraum vom 1. Januar 1993 bis 2007 starben mindestens 174 Menschen auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen.“

Allein 130 Personen starben an den deutschen Ost-Grenzen.

475 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt zum Teil erhebliche Verletzungen, davon 295 an den deutschen Ost-Grenzen.

Von den 102 Flüchtlingen, die in den Jahren von 1997 bis 2001 beim Grenzübertritt in die BRD durch Maßnahmen der Bundesgrenzschutzbeamten verletzt wurden, geschah das bei 84 Personen durch Bisse von Zoll- und Diensthunden.

149 Menschen töteten sich selbst angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben beim Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen. Allein 56 Flüchtlinge starben in Abschiebehaft. Mindestens 746 Flüchtlinge haben sich aus Verzweiflung oder Panik vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risikohungerstreiks) selbst verletzt oder versuchen sich umzubringen und überleben z. T. schwer verletzt. Davon befanden sich 449 Menschen in Abschiebehaft.

Während der Abschiebungen starben 5 Flüchtlinge;

356 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt. Abgeschoben in ihre Heimatländer kamen 29 Flüchtlinge zu Tode, mindestens 441 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert.

Mindestens 70 Menschen verschwanden nach der Abschiebung spurlos.

13 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen in der BRD, mindestens 405 wurden schwer verletzt – davon 129 durch Bewachungspersonal in Haft.

Bei Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und Bränden in Flüchtlingsheimen starben nach unseren Recher-

ordnung eingewiesen wurde. Die Zustände in dem Lager sind extrem schlecht, die Gebäude sind Kakerlakenverseucht usw. (JW 16.05.07)

Die PDS/Die Linke hat mit Lafontaine einen Vorsitzenden an der Spitze, der als damaliger SPD-Vorsitzender 1993 für die Abschiebung des Asylrechts durchge-

peitscht hat und der – neben zahlreichen anderen unsäglich rassistischen Äußerungen – als „Bild“-Kommentator am 4. August 2004 offen erklärt hat, dass er den Vorschlag des damaligen Innenministers Schily, in Afrika „Auffanglager“ für Flüchtlinge einzurichten, damit diese nicht nach Europa kommen, ausdrücklich unterstützt.



damaligen Innenministers Schily, in Afrika „Auffanglager“ für Flüchtlinge einzurichten, damit diese nicht nach Europa kommen, ausdrücklich unterstützt.

chen mindestens 67 Menschen; mindestens 744 wurden z. T. erheblich verletzt.

Durch rassistische Angriffe auf der Straße starben 14 Flüchtlinge; mindestens 719 wurden verletzt.

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens 370 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Übergriffe und Brände in Flüchtlingsunterkünften kamen 81 Menschen zu Tode.“

(Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen, 15. aktualisierte Auflage)

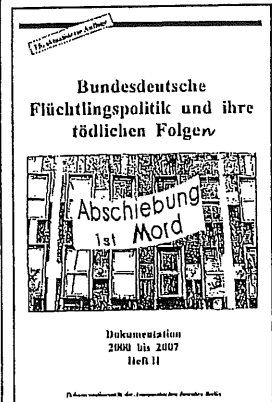
Gerade der in mehrfacher Hinsicht mörderische Terror gegen die „Verdamnten dieser Erde“, gegen die Flüchtlinge ist es, der immer mehr darüber empörte Menschen zur Überzeugung kommen lässt, dass die „demokratischen“ Phrasen nur leere Worte, Schall und Rauch sind, dass der deutsche Staatsapparat in Wirklichkeit ein gut organisiertes Organ des deutschen Imperialismus ist, der vor Mord und Folter zur Sicherung seiner Interessen noch nie zurückgeschreckt ist und nichts verdient außer zerschlagen zu werden.

Dennoch ist die massive Aufklärung über Ursachen, Umstände und Folgen des mörderischen staatlichen Terrors gegen Flüchtlinge, die aktive Solidarität mit den Flüchtlingen im Kampf gegen Abschiebungen, gegen ihre völlige Rechtlosigkeit und ihre menschenunwürdigen Existenzbedingungen in Deutschland nicht im Mittelpunkt des Interesses der wirklich demokratischen, sich selbst revolutionär verstehenden Linken. Es herrscht ein erschreckender „Gewöhnungseffekt“ gegenüber diesen „deutschen Zuständen“ vor, auch bei den sich als demokratisch und revolutionär verstehenden Kräften. Das ist die traurige Realität. Das muss sich unbedingt ändern. Dazu muss diskutiert werden, wie es gelingen kann, den Kampf gegen Nazis und gegen den staatlichen Terror gegen Flüchtlinge und gegen die staatliche Faschisierung überhaupt zu einem einheitlichen demokratischen Kampf gegen den deutschen Imperialismus zu verbinden.

Über die Aufklärung hinaus sehen es antirassistische Initiativen als Aufgabe, wo es geht, „Sand ins Getriebe“ zu streuen, durch praktische Aktionen, Akte der unmittelbaren Solidarität, und dies in engster Zusammenarbeit mit den vom mörderischen deutschen Staatsterror Betroffenen, die immer wieder unter schwierigsten Bedingungen gegen ihre polizeistaatliche und rassistische „Behandlung“ protestieren (wie aktuell in Katzhütte/Thüringen). Insbesondere dort, wo Abschiebung direkt und eindeutig mit Folter und Mord zusammenhängt, übernehmen es fortschrittliche Kräfte, Abschiebehaftlinge der Mordmaschinerie zu entreißen, im engeren und weiteren Umkreis Menschen in solche Aktionen einzubeziehen und zu unterstützen.

Diese unmittelbare demokratische Selbstverständlichkeit ist heute keine Selbstverständlichkeit. Ohne Fortschritte gerade auch in der Solidarität mit den vom Imperialismus verfolgten Flüchtlingen ist an eine wirklich-proletarisch-internationalistische revolutionäre Bewegung in breiterem Umfang so oder so nicht einmal zu denken.

Buchempfehlung



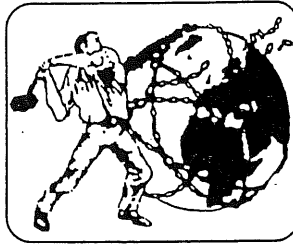
Heft I und Heft II für 16 Euro plus 3,20 Euro Porto und Verpackung zu beziehen über:

Antirassistische Initiative e. V.
Mariannenplatz 2, 10997 Berlin
ari-Berlin-dok@gmx.de

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u. a. erhältlich in:

Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; Berlin: M99, Manteufelstr. 99; Bonn: Antiquariat, Breite Str. 52; Braunschweig: Antifaschistisches Café, Cyriaksring 55; Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; Hannover: Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; Karlsruhe: Der andere Buchladen, Marienstr. 15; Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

7-8/08

Juli-August 2008

Zur Antifa-Konferenz „Rechtspopulismus in Europa“ in Köln vom 5.-7.9.2008:

Streit nicht aus dem Weg gehen!

Es ist ausgesprochen wichtig und erfreulich, dass Gruppen innerhalb der Antifa-Bewegung sich mit folgender Frage auseinandersetzen: Der unbedingt notwendige Kampf gegen reaktionäre Kräfte, die sich „islamisch“ tarnen, wie z.B. Hamas, Hisbollah und Taliban, darf auf keinen Fall dazu führen, den verschiedenen Varianten der Nazi-Attacken (sei es durch offene Anhänger Hitlers, oder sich „rechtspopulistisch“ verkleidende Figuren) gegen die islamisch gläubigen Teile der Bevölkerung in Deutschland, nicht entgegenzutreten.

Das Nazi-Pack verbreitet gegen Menschen aus der Türkei, dem Iran und den arabischen Ländern ein rassistisch-nationalistisches Gemisch an Vorurteilen und erzeugt mit Mord und Totschlag eine Atmosphäre der Angst, mordet mit Brandanschlägen und Überfällen. Um den Kampf gegen die Nazis richtig zu führen, ist Empörung und Haß ganz gewiß unerläßliche Voraussetzung.

Die in den letzten Jahren stattfindenden Auseinandersetzungen innerhalb der Antifa-Bewegung sind aber dadurch keinesfalls erledigt.

Bei allem Respekt vor „Einheit“ in der Aktion und notwendigen Debatten, über ein Punkt sollte dennoch Klarheit hergestellt werden: Es gibt Positionen, die nicht geduldet werden können - so „links“ sich die dahinterstehenden Personen auch geben:

- Zum einen ist da die unerträgliche Position unter angeblich anti-deutscher Flagge, die Regierung der USA direkt zu unterstützen. Die Invasion des US-Imperialismus und die der Bundeswehr in Afghanistan zu begrüßen und lauthals die Invasion im Iran zu fordern.

- Auf der anderen Seite ist da die unerträgliche Position, faschistische Bewegungen international, die mit der deutschen Nazi-Bewegung eng verbunden sind, und insbesondere das reaktionäre iranische Regime mit seinem Präsidenten zu unterstützen und als fortschrittlich oder antiimperialistisch einzuschätzen.

Diese Positionen werden heute in den basisorientierten Antifa-Gruppen in dieser Extremtheit nur noch selten vertreten und sind oft genug Vorwand, bestimmte Gruppen in Schubladen zu stecken, statt genau Positionen zu prüfen. Die Tatsache, dass in der zum Teil auch militant geführten Auseinandersetzung zwischen den beiden Extrempositionen mal die eine, mal die andere Seite auch im Einzelnen richtige Argumente bei der Entlarvung der anderen Seite hervorbringt, ändert nichts daran, dass beide Positionen unannehmbar sind. Die Sache wird noch komplizierter, dass ausgerechnet die Anhänger der US-Regierung sich als Vorkämpfer gegen den Antisemitismus bezeichnen und in einzelnen Punkten durchaus den Antisemitismus einiger Pseudolinker berechtigt kritisieren. Die Hamas/Iran-Anhänger weisen im Einzelnen nicht ohne Berechtigung auf pro-imperialistische Positionen der anderen Seite hin, die die US-Regierung direkt unterstützen.



Praktische Solidarität mit der islamisch gläubigen Bevölkerung! Kampf vor allem gegen die christlich-deutsche Ideologie!

Voraussetzung für alle Diskussionen ist unsere Solidarität mit der bedrohten und angegriffenen islamisch gläubigen Bevölkerung in Deutschland.

Das schließt allerdings unserer Meinung nach ein, dass wir all jenen Kräften entgegentreten, die mit primitivsten Vorurteilen die islamisch gläubige Bevölkerung mit Hamas, Hisbollah u.a. sich „islamisch“ tarnenden reaktionären Organisationen gleichsetzen und so gewollt oder nicht gewollt die nationalistisch-rassistische Stimmung in Deutschland unterstützen und fördern.

Zu den Binsenweisheiten, die an dieser Stelle wiederholt werden müssen, gehört, dass die notwendige Kritik der Religion sich nicht gegen den Bau von Moscheen, Kirchen oder Synagogen richtet, die alle nebeneinander existieren sollen und müssen, solange es noch Menschen gibt, die an diese Religionen glauben (Trennung von Kirche und Staat, die Gleichbehandlung aller Religionen sind dabei programmatische Kernpunkte).

Es ist auch richtig, den politischen Mißbrauch dieser Religionen in der Geschichte und aktuell aufzuzeigen, wobei hier in Deutschland an erster Stelle nicht der Kampf gegen sich „islamisch“ tarnende reaktionäre Organisation steht. An erster Stelle stehen verdammt noch mal die politischen Verbrechen, der sich auf das Christentum, das deutsche Christentum berufenden, der sich auf das christliche europäische Abendland berufenden politischen Organisationen und Par-

teien (im Grunde der Konsens von CDU, SPD bis Grüne und „Linke“ auf den „Gott“ des Grundgesetzes) zu entlarven und zu bekämpfen.

Es ist daher schlichtweg unakzeptabel, dass in Aufrufen z.B. gegen Nazi-Demonstrationen gegen Moscheen oder auch gegen Anti-Islam-Kongresse an zentraler Stelle kein Wort zum notwendigen und **vorrangigen Kampf** gegen die christlich-deutsche Ideologie und seine Vertreter steht.

Den internationalistischen Blick nicht verlieren

Es hat gewiss seine Logik, dass in einem Aufruf zu Demonstrationen gegen reaktionäre Anti-Islam-Kongresse insbesondere auf die daran teilnehmenden Gruppierungen und das von ihnen vorgegebene Thema eingegangen wird. Aber hier ist auch eine Falle aufgestellt. Denn die, die wir bekämpfen, dürfen uns nicht Thema und Umfang unserer Debatten und Propaganda diktieren. Es geht eben nicht nur um sich „rechtspopulistisch“ tarnende europäische Nazis - es geht um die internationale Nazi-Bewegung. Konkret: Dass die Rednerinnen und Redner des Faschisten-Kongresses in Köln aus Europa kommen, soll nicht dazu führen, dass die international vernetzten faschistischen und nazistischen Strömungen außerhalb Europas aus dem Blickfeld geraten, um sich den Streit über Hamas und Hizbollah zu ersparen. Und es geht nicht nur um verschiedene Varianten der Nazis (für „Blut und Boden“, für „abendländische Kultur“, gegen „Türken und Araber“, gegen Juden und „Zigeuner“ - im Kern gegen alles was als nicht-deutsch und „unarisches“ angesehen wird), es geht vor allem um die Einordnung der internationalen Nazi-Bewegung in die Politik und Ideologie des deutschen Imperialismus!

Keine Zugeständnisse an die deutsch-nationalistischen Hamas-Unterstützer!

Die Anti-Nazi-Bewegung in Deutschland kann nicht die Augen davor verschließen, dass der Kampf zum Schutz der islamisch gläubigen Menschen in Deutschland gegen die Nazi-Angriffe von reaktionären, mit den deutschen Nazifaschisten im Zusammenhang stehenden Kräften aus der Türkei, aus den palästinensischen Gebieten und anderen arabischen Ländern versucht wird auszunutzen. Diese Kräfte werden versuchen sich an den Protesten gegen die Nazis zu beteiligen. Konkret: Es kann nicht sein, dass Anhänger des iranischen Präsidenten oder sich „islamisch“ tarnende reaktionäre Kräfte aus der Türkei, Anhänger der Hamas oder der Hizbollah sich an Protesten, Aktionen und Demonstrationen gegen die deutschen Nazis beteiligen. Und den Kampf gegen die Nazis versuchen umzufunktionieren, um in der von den Nazis bedrohten islamisch gläubigen Bevölkerung in Deutschland ihre faschistischen politischen Positionen auszubauen. Man kann es drehen und wenden wie man will, um dieses Problem kommen wir nicht herum.

Dazu ist eins allerdings Voraussetzung: Es muß auf unwiderlegbare Beweise gestützt die politische Zielsetzung, der antisemitische und antidemokratische Charakter dieser Organisationen aufgedeckt und entlarvt werden.

Hier darf an keiner Stelle einen Millimeter zurückgewichen werden, schon aus Solidarität mit den demokratischen und revolutionären Kräften, die im Iran und in der Türkei, in den palästinensischen Gebieten und im Libanon ermordet, gefoltert und verfolgt werden.

Scheinbare und tatsächliche Widersprüche innerhalb der Nazi-Bewegung

Auf den ersten Blick erscheint schwer verständlich, dass die Nazis in Deutschland gegen Moscheenbau, gegen Menschen aus der Türkei und aus arabischen Ländern, gegen islamisch gläubige Menschen hetzen, während sie international auch mit sich „islamisch“ tar-

nenden reaktionären Organisationen aufs Engste zusammenarbeiten. Doch wer einen Moment darüber nachdenkt, versteht, dass diese Zusammenarbeit eine geschichtliche und aktuelle Logik hat. Die Zusammenarbeit des deutschen Imperialismus in der Nazi-Zeit mit den Vorläufern solcher Organisationen hat eine Traditionslinie geknüpft, die bis heute aufrechterhalten und gepflegt wird. So wie in der Nazi-Zeit vor allem der Kampf gegen den englischen Imperialismus als inner-imperialistischer Konkurrenzkampf zur Unterstützung und Zusammenarbeit mit faschistischen Bewegungen in Indien und Palästina geführt hat, so ist heute die weltweite Auseinandersetzung im imperialistischen Konkurrenzkampf vor allem mit dem US-Imperialismus das Motiv, all jene Organisationen zu unterstützen, die sich gegen den US-Imperialismus wenden.

Wer genauer hinschaut, weiß, dass die Kraft und Macht der sich „islamisch“ tarnenden, zutiefst reaktionären Organisationen daher kam und kommt, sich in die berechnete Empörung breiter Massen gegen imperialistische Unterdrückung einzuschalten, die demokratischen und revolutionären Kräfte auszuschalten und so den Kampf der Massen auf den Kampf gegen einen Imperialismus zu konzentrieren und sich dabei als Söldnertruppe für den anderen Imperialismus, insbesondere den deutschen Imperialismus anzubieten.

Dies alles schließt nicht aus, dass im einzelnen auch erhebliche Widersprüche bis hin zu Mord und Totschlag untereinander existieren. Sei es, dass im Einzelfall türkische Faschisten es keinesfalls begrüßen, wenn deutsche Nazis ein Haus anzünden, in dem ihre Mitglieder leben. Sei es, dass rumänische Faschisten keinesfalls den Nazi-Humor teilen, wenn italienische Faschisten alle Rumänen als „Zigeuner“ bezeichnen und sie mit Mord- und Totschlag bedrohen. Sei es, dass die Nazis der NPD mit den Nazis der Reps oder der DVU um Geld und Prestige in Konflikt geraten – Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.

Deutscher Imperialismus und Nazis in Deutschland

So notwendig solche Differenzierungen im einzelnen sind darf jedoch die große Hauptlinie nicht aus dem Auge verloren werden. Dasselbe Problem existiert auch, wenn Unterschiede und Gemeinsamkeiten der offiziellen deutschen Politik und der Nazi-Organisationen in Deutschland unter die Lupe genommen wird. Die Überbetonung der Widersprüche, die real existieren und sich um Fragen des Ansehens Deutschlands in der Welt oder um die taktische oder nicht-taktische Berufung auf Hitler drehen – die grundlegende Linie des deutschen Imperialismus umfasst eben verschiedene Abteilungen, die verschiedene Teile der Bevölkerung mit unterschiedlichen Argumenten und Methoden auf eine Linie bringen sollen: Stärkung des deutschen Imperialismus, Erämpfung einer möglichst allseitigen Vormachtstellung in Europa, Unterstützung einer internationalen Politik, die sich aktuell vor allem

„Bahamas“ gratuliert Bush zum Sieg über den Irak!

Bush – the Man of Peace!

„Die Redaktion BAHAMAS beglückwünscht die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens und ihre Verbündeten, besonders die Regierungen von Spanien, Portugal, Italien, Dänemark, Tschechien, Polen und Ungarn, die sich den erpresserischen Zumutungen Deutschlands und Frankreichs nicht gefügt haben, zu ihrem schnellen Sieg über das irakische Baath-Regime. Mit Erleichterung nimmt die Redaktion zur Kenntnis, daß dieser erste antifaschistische Waffengang im neuen Jahrhundert, auf Seiten der Alliierten und auch unter der irakischen Zivilbevölkerung weit weniger Opfer kostet, als angesichts der äußersten Bosartigkeit und Unmenschlichkeit des Saddam-Regimes zu befürchten war.“

Bahamas 41, S. 34, 2003

gegen den US-Imperialismus als Hauptkonkurrenten richtet.

Prüfstein: Kampf gegen den Antisemitismus

In diese große grundlegende Linie paßt eben auch der Antisemitismus, der keinesfalls nur bei den Nazi-Gruppen existiert, sondern in verschiedenen Abstufungen und Varianten als ein „Grundgefühl“ deutscher Mentalität und eines verbrecherischen irrationalen sogenannten Nationalgefühls vorhanden ist.

Die Parole „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ ist längst nicht mehr das Monopol von NPD-Aufklebern. Der Antisemitismus in der Variante, dass Juden stören, weil sie die Erinnerung an Auschwitz repräsentieren, was die Ruhm Deutschlands ja nun schmälert, ist trotz aller Gedenktage und formalen Erklärungen die Hauptlinie des offiziellen Deutschland. Das bedeutet keineswegs, dass die keinesfalls nur im Kapitalismus wurzelnden historischen Dimensionen des religiösen Anti-Judaismus, des sogenannten „sozialen“ Antisemitismus gegen „Juden als Wucherer“, kurz das Repertoire der Nazi-Propaganda und der deutschen Reaktion auch vor der Nazi-Zeit, ausgeschlossen sind.

So ist in der Tat ein Kampf gegen die Anti-Islam-Konferenz in Köln, gegen die doch etwas verharmlosend als „rechtspopulistisch“ bezeichneten, in Wirklichkeit ohne Frage faschistischen und nazistischen Organisationen nicht wirklich schlagkräftig, wenn nicht gegen alle Formen des Antisemitismus Front gemacht wird. Der Kampf gegen den Antisemitismus – mit welchen dümmlichen taktischen Argumenten auch immer – darf nicht ausgesetzt oder zurückgenommen werden sondern muß als existenzieller unverzichtbarer Prüfstein angesehen werden, auch wenn das oberflächlich gesehen die Masse der unterzeichnenden Organisationen einschränkt. Das ist ein Kernpunkt, ob der Kampf gegen die Nazis ehrlich oder verlogen ist.

Klare Orientierung der sich „islamisch“ tarnenden Bewegung an Hitler: „Gott segne Hitler“



Demonstration in Islamabad, Pakistan, 15.2.2006

Zum heutigen internationalen Nazi-Netzwerk und seinen Säulen

Historisch war die Macht des deutschen Imperialismus von 1933-45 in Europa und weltweit wesentlich durch die „5. Kolonnen“ der Nazis mit vorbereitet worden. Und heute? Die offizielle Politik des deutschen Imperialismus heute ist aus Prestige Gründen keinesfalls an der offenen Zusammenarbeit mit der internationalen Nazi-Szene interessiert, arbeitet aber am Vormarsch vor allem gegen den US-Imperialismus keinesfalls nur mit Kapitaleexport, Goethe-Institut und der immer mehr zunehmenden Polizeiausbildung. Wichtige Kanäle, Testversuche und reale Beziehungen sind auch die Nazis und die internationalen Kontakte der deutschen Nazis, bis hin zum Iran, Hamas und Hizbollah. Die Kontaktpflege des BND, der praktisch in allen Ländern der Erde seine Stützpunkte hat, was unlängst bei der Vermittlung zwischen Hizbollah und der israelischen Regierung sichtbar wurde, wird international bewundert, der BND übernimmt die Rolle des angeblich „ehrliehen Maklers“. In Wirklichkeit betreibt der BND die verschleierte systematische Koordination der Kontakte des offiziellen Deutschlands in jene Bewegungen, die eng mit den deutschen Nazis zusammenarbeiten.

Auch heute gibt es ohne Zweifel ein internationales Nazi-Netzwerk, dass basierend auf den alten Traditionslinien systematisch seit 1945 vor allem von deutschen Nazis bis heute aufgebaut wurde. Aufrechterhalten und verstärkt wird dieses Netzwerk heute vor allem durch die internationalen Holocaust-Leugner Konferenzen, Musikveranstaltungen, durch internationale Treffen oder auch eine wechselseitige Demonstrationsunterstützung. Auch wenn es schwer mit Fakten zu belegen und zu beweisen ist angesichts der verdeckten Nazi-Aktivitäten: Es kann eigentlich kein Zweifel daran bestehen, dass die deutschen Nazis auch heute führend sind in diesem Netzwerk. Die deutschen Nazis haben dieses Netzwerk nicht nur an vorderster Front aufgebaut. Die deutschen Nazis kommen sozusagen aus der „Heimat“ des Nazi-Faschismus, die „Kenntnisse“ der alten Nazis wurden an ihre deutschen Nachfolger weitergegeben und hinter den deutschen Nazis steht auch heute – wenn auch noch nicht offen und öffentlich – der deutsche Imperialismus. Eben aus diesen Gründen sind sie führend und tonangebend in diesem Netzwerk, dass vor allem ihren Zielen und den Zielen des deutschen Imperialismus dient.

Europa/USA

Das internationale Nazi-Netzwerk hat eine wichtige Säule in Europa und den USA. In den USA ist das die NSDAP/AO sowie Nazi-Kräfte im KuKlux Klan und der „National Alliance“ zu nennen, in Europa z.B. die Nazi-Kräfte im „Vlaams Belang“ in Belgien oder auch die Nazi-Kräfte in der BNP in England. Nazi-Kräfte in Europa und den USA haben heute vor allem auch die Funktion als Rückzugsgebiete für deutsche Nazis zu fungieren, aber auch als Basis, um Holocaust-Leugner Literatur und andere Nazi-Propaganda un-

Hizbollah: Antisemitismus als Grundlage

Dass gerade auch der Antisemitismus eines Khomeini Kernpunkt der Hizbollah Positionen ist, zeigt nicht zuletzt auch ein Blick auf ihren Fernsehsender Al-Manar.

Al-Manar, der sein Programm über Satellit in dutzende Länder weltweit verbreitet, propagiert eigentlich in fast jeder Sendung Antisemitismus, eliminatorischen Antisemitismus. Hier nur wenige Beispiele:

Im Oktober/November 2003 überträgt Al-Manar die 30 teilige antisemitische Serie „Al-shatat“ zur besten Sendezeit, die auf den antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ basiert. Es werden in dieser Serie die schlimmsten antisemitischen Lügen verbreitet, wie z.B. das „Juden die Weltherrschaft“ anstreben, dass „Juden christliche Kinder ermorden“ etc. Es werden in dieser Serie die bekanntesten antisemitischen Lügen aus den „Protokollen“ übernommen und als Wahrheit hingestellt! Al-Manar überträgt am 29. November 2005 eine Diskus-

sion aus der Universität in Beirut. Dort wird der Nazi-Völkermord propagiert und selbst zu antisemitischen Pogromen aufgerufen. Al-Manar lässt diese „Botschaft“ einen angeblichen Studenten verkünden: „Genau wie Hitler die Juden bekämpft hat – wir sind eine große islamische Nation des Jihad und auch wir sollten die Juden bekämpfen und sie verbrennen.“ Am 30.9.2005 kommt Ahmad Rami, ein antisemitischer Nazi-Anhänger und Holocaust-Leugner, der in Schweden das antisemitische Internetprojekt „Radio Islam“ betreibt, zu Wort. Rami ist eine wichtige Figur des internationalen Nazi-Netzwerks. Er verbreitet auch über Al-Manar eigentlich in jedem seiner Sätze Antisemitismus. Ein Beispiel: „Das Judentum ist keine Religion. Das Judentum ist eine kriminelle und gefährliche Mafia.“

Quellen: (1) www.adl.org, memri.org, (2) memri.org

Hamas: Antisemitismus als Grundlage

Die antisemitische Lüge von der angeblich angestrebten „Zionistischen Weltherrschaft“ wird ganz offen in der **Charta der Hamas**, Artikel 32 propagiert und dies mit direktem Verweis auf die „Protokolle der Weisen von Zion“:

„Das zionistische Vorhaben ist grenzenlos, und nach Palästina streben sie nach der Expansion vom Nil bis zum Euphrat. Wenn sie das Gebiet verschlungen haben, zu dem sie vorgedrungen sind, trachten sie nach einer weiteren Expansion und so fort. Ihr Vorhaben steht in den „Protokollen der Weisen von Zion“, und ihr gegenwärtiges Tun ist der beste Beleg für das, was wir sagen.“

An einer Stelle in der Charta, in Artikel 7, wird relativ offen ausgesprochen wie die Hamas gegen den „Zionismus“ kämpfen will. Dort wird gesagt, dass die „islamische Widerstandsbewegung“ danach strebt, „das Versprechen Gottes zu verwirklichen, solange es auch dauern möge.“ Danach heißt es dann:

„Die Stunde (der Auferstehung) wird nicht kommen, bis die Muslime gegen die Juden kämpfen. Die Muslime werden sie töten, bis sich der Jude hinter Stein und Baum verbirgt...“²

Es geht also hier eindeutig nicht um den Kampf gegen das reaktionäre israelische Regime sondern um den Kampf gegen die Juden, um die Tötung von Juden.

Die antisemitische Propaganda der Hamas wird vor allem auch über ihren **Fernsehsender Al-Aqsa** ver-

breitet, der 2006 gegründet wurde. Seine Grundlage ist der Antisemitismus, der eliminatorische Antisemitismus. Ganz besonders widerlich ist dabei die antisemitische Indoktrination schon der kleinsten Kinder. Ein Beispiel: In einem Kinderprogramm verbreitet eine Micky-Mouse Figur im April 2007 antisemitische Hetze. Sie „lehrt“ den Kindern, die Juden zu hassen: Auf seine Frage an ein Kind wie es denn der Al-Aqsa Moschee helfen wolle antwortet das Kind im Studio: „Wir werden die Juden ausröten.“ Dieser antisemitische Mord-Aufruf wird wohlwollend von der Micky Mouse Figur aufgenommen und kritik- und kommentarlos über den Sender verbreitet.³ Auch die Lüge von der angestrebten „zionistischen Weltherrschaft“ wird über diesen Sender von führenden Hamas-Vertretern propagiert. Ein Beispiel: Am 14.5.2008 kommt Saleh Riqab, der stellvertretende Hamas Minister für religiöse Stiftung, zu Wort: *„Das Ziel der zionistischen Bewegung ist es einen Staat in Palästina zu errichten, der ihnen als Ausgangspunkt dient, die ganze Welt zu beherrschen.“* Weiter propagiert er die „Protokolle der Weisen von Zion“ und stellt sie als echt hin: *„Die Protokolle der Weisen von Zion, die ein Produkt des Basler Kongresses von 1887 sind (gemein ist der damalige zionistische Kongress, A.d.V.), diskutieren wie die Juden die Weltherrschaft ergreifen sollten.“*

Quellen: (1) zitiert nach: H. Baumgarten, Hamas - der politische Islam in Palästina, München 2006, S. 224 (2) ebenda, S. 211 (3) memri.org. Memri.org ist eine bürgerliche Organisation, die Fernsehsendungen aus dem Nahen Osten auswertet, und u.a. besonders extrem antisemitische Positionen herausgreift, übersetzt und dokumentiert. (4) ebenda

zensiert und unverhüllt zu produzieren und über Internet und Versand nach Deutschland und in andere Länder zu schaffen. (NSDAP/AO in den USA und auch einzelne Nazi-Figuren wie E. Zündel in Kanda spielen dabei eine besonders wichtige Rolle). Militärische Ausbildung erhielten viele Nazi-Kader vor allem von Ustascha-Faschisten in den 90er Jahren in Kroatien. Nazi-Kader kämpften auf der Seite der Ustascha-Faschisten im Balkan-Krieg.

Die NPD nimmt im internationalen Nazi-Netzwerk im Moment eine besonders wichtige Rolle ein. Mit ihren internationalen „Pressefesten“ der „Deutschen Stimme“, ihrem Nazi-Hetzblatt, wie z.B. in Dresden 2006 und den internationalen Treffen der „JN“, ihrer Jugendorganisation, werden systematisch die internationalen Nazi-Kräfte gesammelt und koordiniert. Horst Mahler, führender NPD Kader und Nazi-Ideologe, ist an so gut wie allen wichtigen Holocaust-Leugner Konferenzen beteiligt und steht an vorderster Front wenn es um das Bündnis mit sich „islamisch“ tarnenden pro-nazistischen Kräften geht. Ganz offen propagierte er diese Zusammenarbeit nach dem 11. September 2001. Mahler benennt Hamas und al-Djihad in antisemitischer Manier als natürliche Verbündete im Kampf gegen die USA und ihre „Befehlsgeber“ in Israel, die angeblich die eigentlichen „geheimen Weltherrscher“ seien.¹

Naher Osten

Eine weitere wichtige Säule des Nazi-Netzwerks ist im Nahen Osten zu finden. Da sind vor allem Hamas und auch Hizbollah zu nennen.

Hamas wurde 1987 von der „Muslim-Brüderschaft“, die schon während der 30er Jahre in Ägypten und anderen Ländern mit den Nazi-Faschisten kollaborierte, in den palästinensischen Gebieten gegründet. Die Charta der Hamas von 1988 ist ihr wichtigstes programmatisches Dokument, es hat nach wie vor volle Gültigkeit. Dort hat die Hamas klargemacht als was sie sich versteht: als „*Speerspitze des Kampfes gegen den internationalen Zionismus*“ (Artikel 32)² Wir wollen hier lediglich die schlimmsten antisemitischen Lügen dieses Dokuments dokumentieren.

Die Grundlage der antisemitischen Lügen, die die Charta verbreitet, sind die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“. Auch heute noch gehören die „Protokolle“ zum Standardrepertoire von Nazis, die sich offen zu Hitler und der NSDAP bekennen.

Im Artikel 23 ist so gut wie fast jede antisemitische Lüge aus den „Protokollen“ enthalten. „Zionisten“ hätten „*Kontrolle über die internationalen Medien*“ erlangt, sie „*lösten Revolutionen in verschiedenen Teilen der Welt aus, um ihre Interessen zu verwirklichen*“, wie z.B. die französische Revolution von 1789 oder kommunistische Revolutionen. Sie erlangten „*Kontrolle über die kolonialistischen Staaten*“ und standen angeblich hinter dem 1. und 2. Weltkrieg.³

Die **Hizbollah** hat sich 1985 mit Hilfe des Irans gegründet. Ihr Vorbild war und ist bis heute das reaktionäre iranische Regime insbesondere der Reaktionär, Antisemit und Henker der Völker Irans Ayatollah Khomeini, der in den 80er Jahren an der Spitze des iranischen Regimes stand. Das reaktionäre iranische Regime unterstützte und unterstützt die Hizbollah mit Waffen, Geld, Ausbildung etc. Gerade auch die Hizbollah ist immer wieder an Konferenzen zur Leugnung des Holocaust zusammen mit führenden Nazis aus Deutschland und anderen Ländern beteiligt. So sollte die Hiz-

bollah z.B. an der geplanten, aber dann wegen internationaler Proteste abgesagten Konferenz im Libanon 2001, zusammen mit Horst Mahler teilnehmen.

1985 brachte die Hizbollah ein programmatisches Dokument heraus, das bis heute Gültigkeit hat. Hier wird ganz offen Ayatollah Khomeini als Führer der Hizbollah gepriesen: *„Wir gehorchen den Befehlen eines Führers... Ruhollah Musawi Khomeini, Gott schütze ihn!“*

Iran

In einer Rede in der Stadt Zahedan im Südosten Irans, die der iranische Nachrichtensender Khabar direkt übertrug, sprach der iranische Ministerpräsident am 14.12.2005 vom „*Märchen vom Massaker an den Juden*“.

Dass sich mit dem iranischen Staatspräsidenten Ahmadineschad ein Staatsoberhaupt selbst zum Sprachrohr offener Nazi-Propaganda macht, ist eine seit 1945 einmalige Tatsache von nicht zu unterschätzendem Gewicht.

Die englischsprachige „Teheran Times“ hatte in ihrer Internet-Ausgabe am Wochenende vom 24./25.12.05 berichtigte Holocaust-Leugner und erklärte Nazis als Unterstützer der Nazi-These des iranischen Präsidenten Ahmadinejad zitiert. Unter dem Titel „*Historiker und Forscher unterstützen die Sichtweise des iranischen Präsidenten zum Holocaust*“⁴ kommen unter anderen der deutsche Nazi Horst Mahler und der französische Nazi Robert Faurisson zu Wort. Die Betreffenden hatten E-Mails an die iranische Zeitung geschickt, die auf der Homepage dieser Zeitung veröffentlicht wurden. „*Ahmadinejad hat uns sehr geholfen*“, schrieb etwa Mahler, „*der Holocaust hat nie stattgefunden. Er ist die größte Lüge der Geschichte.*“⁵ Der mehrfach in Frankreich wegen nazifaschistischer Hetze verurteilte Faurisson erklärte: „*Ich unterstütze völlig die Sichtweise von Herrn Ahmadinejad, wonach der angebliche Holocaust an den Juden eine Legende oder ein Mythos ist.*“⁶

Im iranischen Rundfunksender Radio Teheran kommen immer wieder Holocaust-Leugner zu Wort. Interviewpartner waren bisher u.a. der deutsche Nazi R. Bohlinger, Robert Faurisson (Frankreich), David Irving (England) und Ernst Zündel (Kanada/Deutschland).⁷ Die iranische Nachrichtenagentur „Mehr“ führte im November 2005 ein Interview mit dem französischen Holocaust-Leugner Faurisson.⁸

☆☆☆

Iran: Antisemitische Holocaust-Leugnung

Anfang 2006 wurde bekannt gegeben, dass im Iran eine Konferenz geplant sei, um angeblich „*das wirkliche Ausmaß des Holocausts*“ zu erforschen.¹ Der iranische Außenamtssprecher Hamid Reza Asefi persönlich propagierte international die Durchführung einer solchen Konferenz.² In Wirklichkeit geht es darum, die Nazi-These vom „*Märchen vom Massaker an den Juden*“ zu propagieren. Das zeigt schon die Liste der „Zeugen“ und Redner. Eingeladen waren u. a. der deutsche Nazi Horst Mahler, der französische Nazi Robert Faurisson sowie auch der zu dieser Zeit in Österreich wegen Nazi-Hetze inhaftierte Nazi-Propagandist David Irving.³

Im Mai 2006 gab dann der iranische Präsident Ahmadineschad dem „Spiegel“ ein längeres Interview, dass im „Spiegel“ 22/06 veröffentlicht wurde. Ahmadineschad ließ auch hier keinen Zweifel, dass er auf der Seite der nazistischen und pronazistischen Holocaust-Leugner steht und dass er ein notorischer Antisemit ist.

Ahmadineschad bewegt sich ganz auf der Linie eines großen Teils der nazistischen Holocaust-Leugner wenn er es so hinstellt als sei es eben eine Frage der „Forschung“, ob der Holocaust stattgefunden habe oder nicht. Solange die „Forschung“ diese Frage eben nicht „geklärt“ hätte, so Ahmadineschad, könne man nicht davon reden, dass der Holocaust „wahr“ ist:

„Wir wollen den Holocaust weder bestätigen noch leugnen...aber wir wollen wissen, ob dieses Verbrechen wirklich geschehen ist oder nicht.“ (S. 23) „Und wenn es

den Holocaust gegeben hat, dann erlauben sie doch, dass unparteiische Gruppen aus aller Welt forschen.“ (S. 24) „Spiegel: Bleiben sie dabei, dass der Holocaust nur ein „Mythos“ ist? Ahmadineschad: Ich akzeptiere nur dann etwas als Wahrheit, wenn ich wirklich überzeugt bin.“ (S. 24)

Mit „unparteiischen Gruppen“ meint Ahmadineschad in Wirklichkeit die nazistischen „Holocaust-Forscher“, wie Mahler oder Faurisson, für die ja gerade im Iran 2006 eine Konferenz organisiert wurde.

Ahmadineschad bedient sich dann des antisemitischen Nazi-Klischee, dass das deutsche Volk „Geisel der Zionisten“ ist. Er benutzt dieses Klischee um nahezulegen, dass angeblich „die Zionisten“ die sogenannte „Holocaust-Lüge“ erfunden hätten und benutzen, um „das deutsche Volk zu erpressen“. Er transportiert damit auch die uralte antisemitische Lüge, dass die „Zionisten“ angeblich andere Völker „bedrohen“ und „beherrschen“ würden: „*Wie lange glauben sie muß das deutsche Volk die Geisel der Zionisten sein? Wann ist das zu Ende – in 20, 50, in 1000 Jahren?*“ (S. 25)

Quellen: (1) Mohammed Ali Ramin, der Vorsitzende der „Gesellschaft für die Verteidigung der Rechte der muslimischen Minderheiten im Westen“, forderte die Schaffung eines „internationalen Komitees“, die „das wirkliche Ausmaß des Holocausts klärt“ (Ramin, zitiert nach www.netzeitung.de) (2) Hamid Reza Asefi hat zehn Jahre in Deutschland studiert und dort auch politische Verbindungen geknüpft, www.mut-gegen-rechte-gewalt.de, 6.2.06 (3) Vgl. Spiegel-Online, 17.1.06.

Jene Teile der sich als „links“ ausgebende Bewegung, für die Hamas, Hizbollah und Iran objektiv fortschrittlich sind, gehen ganz offensichtlich folgender Tatsache aus dem Weg: **Lüge, Doppelzüngigkeit, planmäßige und bewußte Täuschung** spielen eine zentrale Rolle in der Politik von Hamas, Hizbollah und dem Iran. So veröffentlichen diese Kräfte ohne Schamgefühl die hie und da an westliche Medien angepaßten, auf „Freundschaft und Frieden“ getrimmte Reden oder Stellungnahmen z.B. von Hamas als ob sich damit etwas beweisen ließe. Ein Beispiel: das Interview in der Art einer Hofberichterstattung mit dem politischen Chef der Hamas, Meshaal am 16.12.06 in der jungen Welt. Gerade die Entlarvung solcher Lügenteriraden durch die Gegenüberstellung von Passagen, die der Täuschung dienen mit Äußerungen, die an die eigenen Anhänger gerichtet sind, ist eine Kernaufgabe der Entlarvung faschistischer Bewegungen. Was bitte wäre davon zu halten wenn jemand Hitlers Tiraden 1936 bei der Olympiade, dass den „Juden nichts geschehen werde“, als Beweis für die Harmlosigkeit Hitlers genommen hätte.

Geschichtliche Hintergründe und Voraussetzungen der heutigen Nazi-Bewegung

Um die Stärke der heutigen internationalen Nazi-Bewegung verstehen zu können ist es wichtig ihre historischen Wurzeln und Traditionslinien zumindest grob zu kennen.

Der deutsche Imperialismus hatte während der Nazi-Zeit vor allem mithilfe der NSDAP/Auslandsorganisation ein internationales Nazi-Netzwerk geschaffen. In vielen Ländern waren die sogenannten „Volksdeutschen“ die Basis dieser „5. Kolonnen“, wie z.B. in den südamerikanischen Ländern oder in osteuropäischen Ländern wie der Tschechoslowakei (Henlein-Bewegung). Es wurden weltweit entsprechend den Besonderheiten der jeweiligen Länder, bestehende reaktionäre Bewegungen unterstützt, die gegen England, Frankreich oder die USA kämpften, wie z.B. in Indien die anti-englische Bewegung um Bose oder in Belgien die flämische Bewegung. Oder es wurden eigene Organisationen geschaffen, um prodeutsche Kämpfe und Aufstände in den englischen und französischen Kolonien und auch den imperialistischen Mutterländern England, Frankreich und USA zu entfachen (wie in der englischen Kolonie Irak 1942 als ein prodeutscher Aufstand entfacht wurde, aber scheiterte). So gab es auch in Frankreich, England und den USA jeweils mehr oder weniger starke „5. Kolonnen“ der Nazis, die insbesondere in Frankreich eine große Rolle für den schnellen Nazi-Sieg über den französischen Imperialismus spielten.

Im Nahen Osten stützten sich die Nazis insbesondere auch auf sich „islamisch“ tarnende reaktionäre Bewegungen, die gegen den französischen und englischen Imperialismus kämpften. Eine der wichtigsten Bewegungen waren die sogenannten „Muslimbrüder“, die sich von Ägypten aus in den 30er Jahren vor allem auch mit Hilfe der Nazis im ganzen Nahen Osten ausbreiten konnten (u.a. in Syrien, Transjordanien, Libanon und im März 1945 auch in Palästina). Diese zutiefst antisemitische Organisation, die allein in Ägypten schon 1938 über 200.000 Mitglieder hatte, übernahm die Verbreitung von Nazi-Literatur im ganzen Nahen Osten wie u.a. die arabischen Versionen von Hitlers „Mein Kampf“ und den antisemitischen „Protokollen der Weisen von Zion“, wo u.a. die antisemitische Lüge, dass die „Juden nach Weltherr-

schaft“ streben würden, propagiert wird.⁹ Die „Muslimbrüderschaft“ in Ägypten war auch bereit zu helfen, einen antienglischen Aufstand in Ägypten zu entfachen, um den Nazi-Vormarsch in Afrika bis zum Suez-Kanal zu unterstützen.

Eine zentrale Figur für die „5. Kolonne“ der Nazis in Palästina war der **Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini**. Er war ein erklärter Hitler-Anhänger und kollaborierte offen mit den Nazis. Er entfachte in Palästina eine antisemitische-prodeutsche Bewegung gegen England und wirkte auch weltweit mit, um weitere „5. Kolonnen“ unter der islamisch gläubigen Bevölkerung zu rekrutieren. Er war am anti-englischen Aufstand im Irak 1942 beteiligt sowie an der Rekrutierung von 20.000 SS-Leuten in Bosnien und Herzegowina.¹⁰ Im Dezember 1941 wurde Husseini von Himmler zum SS-Gruppenführer ernannt, im Januar 1942 richtete Husseini in Berlin ein „Arabisches Büro“ ein das Nazi-Propaganda über Rundfunk im Nahen Osten verbreitete. Eine seiner Parolen war dort: „Tötet die Juden, wo immer ihr sie trefft...“. In der UdSSR half er den Nazis 1943 im Kaukasus bei der Rekrutierung von Waffen-SS Einheiten, z.B. in Tschetschenien, in Georgien und Usbekistan.¹¹ Husseini war auch aktiv am Völkermord der Nazis an den europäischen Juden beteiligt. Z.B. war er daran beteiligt, dass 4500 Juden aus Bulgarien in den Nazi-Vernichtungslagern ermordet wurden.¹²

Nach 1945 war zwar der deutsche Imperialismus militärisch geschlagen, aber seine Nazis arbeiteten daran, in möglichst vielen Ländern weltweit ihre Stützpunkte auszubauen und ihre Kader dort in Sicherheit zu bringen. Die Machtzentren der Nazis schafften einerseits systematisch große Geldsummen in andere Länder, um dort mittels Firmen Stützpunkte aufzubauen, andererseits versorgten sie ihre führenden Kader mit falschen Papieren. Sie bauten Fluchtlinien, die so genannten „Rattenlinien“ auf mit Hilfe des Vatikans, des Roten Kreuzes etc., über die sie viele Nazis erfolgreich in andere Länder brachten, in denen sie weiter an ihren alten politischen Zielen arbeiteten. Mit Hilfe dieser Kader haben die deutschen Nazis über all die Jahrzehnte ihre internationalen Verbindungen gehalten, was vor allem in zahlreiche faschistischen und reaktionären Staaten wie Spanien, Chile, Argentinien, Südafrika relativ einfach war und von den dortigen Regierungen massiv unterstützt wurde, etwa durch Beraterverträge und anderer Regierungsposten als Militärberater oder Polizeiausbilder für diese Nazikader.

Ein Beispiel: Das **ägyptische Regime unter Nasser** wurde ab 1953 einer der wichtigsten Bastionen der Nazis im Nahen Osten nach 1945. Nasser selbst war offener Antisemit, er propagierte die „Protokolle der Weisen von Zion“ und leugnete den Holocaust. (siehe sein Interview mit der nazistischen DVU, abgedruckt in ihrer „Deutschen National Zeitung“ am 1.5.1964) Nach Ägypten war auch der Mufti von Jerusalem nach 1945 geflüchtet und begann sofort wieder seine pronazistische und antisemitische „Arbeit“ aufzunehmen. Der Mufti wurde auch zum Oberhaupt der „Muslimbrüderschaft“ in Palästina ernannt. Mit Hilfe von Gehlen, (dem früheren Chef der „Abteilung Fremde Heere Ost (FHO)“, der nach 1945 unter Billigung des US-Imperialismus die Organisation Gehlen aufbaute, die 1956 dann in der Bundesrepublik Deutschland zum BND wurde) mit Hilfe von dessen Geheimdienstorganisation unter Leitung des früheren Chef der „Sabotageabteilung des Reichssicherheitshauptamtes“ Otto Skorzeny wurden im Verlauf von 18 Monaten 100 deutsche Nazi-Berater für den ägyptischen Geheimdienst angeheuert, darunter

solche gesuchten NS-Verbrecher wie Alois Brunner (SS-Hauptsturmführer unter Adolf Eichmann), der in Kairo als Ali Mohammed lebte, bis er nach Syrien ging.¹³

☆☆☆

Es gehört zu den Schwächen der basisorientierten Antifa-Gruppen, der Frage nach den Traditionen, den ungebrochenen Traditionen der Nazis und des deutschen Imperialismus aus dem Weg zu gehen. All die richtigen oder teilweise richtigen Bemerkungen über „Standardnationalismus“ und sogenannten „neuen Nazis“ kränken daran, dass sie neue Formen und neue Personen überbewerten und im Grunde genommen auch davon ausgehen, dass ein „Schlusstrich“ gezogen wurde. Die grundlegend ungebrochene Tradition des deutschen Imperialismus, der Nazi-Ideologie und der Nazi-Bewegung wird nicht verstanden, nicht herausgearbeitet und nicht bekämpft. Manche Formen, fast alle Personen sind wirklich neu. Aber diese Erscheinungen der „Modernisierung“ dürfen nicht täuschen. Der Kern ist der alte und daher gilt nach wie vor, auch wenn es unmodern klingt:

Tod dem Nazismus, Tod dem deutschen Imperialismus!

Quellen

(1) Der Rechte Rand, Nr. 73, Nov./Dez 2001, S. 4 (2) zitiert nach: H. Baumgarten, Hamas - der politische Islam in Palästina, München 2006 (3) ebenda, S. 218/219 (4) Zitiert nach stern.de, 1.2.06, vgl. auch netzeitung, 14.12.05 (5) Zitiert nach www.mut-gegen-rechte-gewalt.de, 6.2.06 (6) Zitiert nach www.mut-gegen-rechte-gewalt.de, 6.2.06, vgl. auch: Die Presse (Österreich), 27.12.07 (7) Siehe: A. Magerle / Heribert Schiedel: Krude Allianz - Das arabisch-islamische Bündnis mit deutschen und österreichischen Rechtsextremisten, Homepage des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands, <http://www.doew.at/thema/rechts/allianz.html> (8) Berliner Zeitung, 27.1.06 (9) Abd A.M. El-Awaisi, The Muslim Brothers and the Palestine Question 1928-1947, London 1998, S. 81 f. (10) K. Gensicke, Der Mufti von Jerusalem Amin el-Husseini, und die Nationalsozialisten, Frankfurt am Main, S. 210 (11) L. Hirszowicz, The Third Reich and the Arab East, London/Toronto 1966, S. 142, 311, zitiert in: Unsere Opfer zählen nicht, Berlin/Hamburg 2005, S. 199/202 (12) ebenda, S. 151 bzw. S. 203 (13) Siehe O. Shróim, A. Röpké, „Stille Hilfe für braune Kameraden, Berlin 2006, S. 48-50.



Anzeige:

BUCHLADEN

Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.

Fax 069/730920

ÖFFNUNGSZEITEN

Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Die monatlich erscheinenden Flugblätter von „Gegen die Strömung“ sind u.a. erhältlich in:

Frankfurt/M.: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23; Berlin: M99, Manteufelstr. 99; Bonn: Antiquariat, Breite Str. 52; Braunschweig: Antifaschistisches Cafe, Cyriaksring 55; Göttingen: Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7; Hamburg: Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55; Hannover: Internationalismus-Buchhandlung, Engelbosteler Damm 10; Karlsruhe: Der andere Buchladen, Marienstr. 15; Kiel: Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27; Köln: Der andere Buchladen, Zulpicher Str. 197; München: Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43; Nürnberg: Libresso Buchhandlung, Bauerngasse 14

ISSN 0948/5090

Zu den Protesten gegen die Nazi-, Islam-Konferenz:

Kampf den Nazis und der staatlichen Faschisierung!

Angesichts dieses Ausmaßes an Nazi-Terror und des Zusammenspiels zwischen Nazis und Staatsapparat stellt sich die Frage des Zusammenhangs zwischen den Nazi-Banden auf der Straße und den Nazis im Staatsapparat und überhaupt die Frage des Zusammenhangs der Nazi-Bewegung mit dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus und dem deutschen Imperialismus selbst.

Jeder Aktivist, jedem Aktivist im Kampf gegen die Nazis ist seit Jahren klar, dass der westdeutsche Staatsapparat nach 1945 vor allem von Nazis mitaufgebaut wurde, dass es zahlreiche Verbindungen zwischen den Nazis und dem Staatsapparat des deutschen Imperialismus gab und gibt, dass die Nazis mit sehr viel Geld des deutschen Staates ausgestattet waren und sind, ja dass der Staatsapparat des deutschen Imperialismus die Nazi-Parteien und Nazi-Banden schützt, unterstützt und heranzüchtet.

Doch der Zusammenhang zwischen Nazis, deutschem Staatsapparat und deutschem Imperialismus geht noch weiter und tiefer:

Der stärkste Faktor beim Vormarsch der Nazi-Bewegung in Deutschland ist die inhaltliche Übereinstimmung bei zentralen Fragen und Lösungen der Nazis mit der Propaganda der „offiziellen“ Parteien des deutschen Imperialismus: Deutscher Chauvinismus in Theorie und Praxis, Großmachtpläne und Kriege nach außen, im Inneren Abschiebungen und Abschreckungsterror. Man darf die Dimensionen nicht verschließen: Der Staatsapparat des deutschen Imperialismus ist der Hauptakteur nach innen und außen, er verfügt nicht nur über ungleich mehr Mittel und Macht, er benutzt sie auch für seine mörderische Abschiebungs- und Kriegspolitik. Abgesehen davon, dass die Nazis auch militärisch eine Reserve der Polizei sind, um unliebsame politische Gegner durch Mord zu beseitigen oder zu terrorisieren, ohne dass der Staat sich offiziell die Hände schmutzig macht, ist eine entscheidende Rolle der Nazis, dass sie als Stichwortgeber und Schlagwortträger für staatliche Politik dienen: sei es, dass sie durch Nazi-Aufmärsche, Bombenanschläge etc. die Ausstellung gegen die Verbrechen der Nazi-Wehrmacht angreifen, um die Ausstellung zu verhindern. Das wurde dann vollendet durch bürgerliche Historiker, indem angebliche „Fälschungen“ präsentiert werden, was dazu führte, dass die Ausstellung lang unterbrochen und von den Verbrechen der Nazi-Wehrmacht weitgehend „bereinigt“ wurde; sei es, dass sie schon seit den 50er Jahren gegen die Bombardierung Dresdens durch die Anti-Hitler-Koalition hetzen und jetzt anlässlich des 50. Jahrestags der Bombardierung Dresdens vom „Bomben-Holocaust“ fälschlich, die bürgerlichen Berliner Parteien ebenso wie die Nazis Kränze für die „deutschen Opfer“ niederlegen und bürgerliche Medien im Fahrwasser der Nazis die Bombardierung Dresdens und anderer deutscher Städte

lismus vor allem in den unteren und mittleren Ebenen des Repressionsapparates von Polizei, Justiz, Geheimdiensten und Bundeswehr. Diese sind in hohem Maße selbst in das Nazi-Netzwerk eingebunden. Das ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass der Generationswechsel vor allem in diesen Kernbereichen des Staatsapparates des deutschen Imperialismus unter der Führung der alten Nazis durchgeführt und organisiert wurde.

Es ist also eine falsche und gefährliche Illusion, die von Seiten des deutschen Imperialismus und seinen bürgerlichen Parteien aber auch von den Nazis selbst bewusst geschürt und verbreitet wird, die heutige Nazi-Bewegung nur und in erster Linie als Nazi-Bewegung auf der Straße, als sozusagen eigenständige und vom Staatsapparat getrennte, nazistische Bewegung zu sehen und einzuschätzen. Die Illusion, dass die Nazi-Bewegung auf der Straße durch diesen Staatsapparat gestoppt werden kann – diese Illusion muss gerade auch durch die Enttarnung der Nazis im Staatsapparat des deutschen Imperialismus entlarvt und bekämpft werden.

Hierbei geht es nicht darum, die Nazi-Bewegung auf der Straße als ungefährlich oder gar unwichtig zu charakterisieren und diese damit zu unterschätzen. Es geht

Das Argument, es gäbe doch Wichtigeres als den Kampf gegen die Nazis

„Es gibt Wichtigeres als den Kampf gegen die Nazis“ – dieser Satz hört sich erst einmal nicht falsch an. In der Tat ist das Ausmaß der staatlichen Faschisierung in Umfang und Wirkung wesentlich gewichtiger als die Überfälle und die Hetze der Nazi-Banden auf der Straße. Und auf lange Sicht gesehen ist es in der Tat wichtiger, dass wir uns „um das Ganze kümmern“, nämlich das kapitalistische System in Deutschland bekämpfen und vernichten, unseren Beitrag zur Vernichtung des Systems des Weltimperialismus leisten. In der Tat besteht eine der Funktionen der Nazis für die Herrschenden auch darin, fortschrittliche und revolutionäre Kräfte zu binden.

Dennoch hat dieser Satz, dass der Kampf gegen die Nazis doch nicht das Wichtigste sei, einen gewaltigen Haken. Denn der Kampf gegen die Nazis ist in einer Hinsicht absolut wichtig, durch nichts zu relativieren, durch nichts mit hochtrabenden Erklärungen wegzuooperieren: Denn wer gegen diese extremste Form antidemokratischen Handelns nicht voll Wut und Hass, voll Energie und mit kühlem Kopf vorgeht, dagegen nicht ankämpft, sich darüber nicht empört, keine Aktionen dagegen organisiert, der ist – wenn wir genauer darüber nachdenken – in Wirklichkeit für jeden gerechten Kampf verloren.

In diesem Sinne ist die Grundvoraussetzung für politisches Handeln, die nie, keine Minute, aufgegeben werden darf: Der Kampf gegen die Nazi-Mörder muss verbunden werden mit dem Kampf um die grundlegenden, weiterreichenden Fragen und Ziele. Und über die Aktionen gegen die Nazi-Banden hinaus beinhalten diese Ziele

vielmehr darum, realistisch die oft unterschätzte Stärke der gesamten Nazi-Bewegung, die eigen- und selbständigen Organisationen und Strukturen der Nazis im Zusammenhang mit ihrer breiten Verankerung im deutschen Staatsapparat zu analysieren, um die tatsächlich von den Nazis ausgehende Gefahr richtig einschätzen zu können.

Dabei gilt es sich bewusst zu machen, dass an dieser ganzen vom deutschen Staatsapparat durchgeführten reaktionär-rassistischen Politik eine beträchtliche Anzahl Nazis direkt sowie nicht wenige mit diesen Nazis zusammenarbeitende oder sie duldende und deckende kleine und große Verwaltungskräfte, Richter, Staatsanwälte beteiligt sind, von der Rolle der Nazis in den Geheimdiensten, in der Bundeswehr und bei der Polizei sowie bei den privaten Sicherheitsdiensten gar nicht zu sprechen.

Vor diesem Hintergrund gilt es zu verstehen, dass der Kampf gegen die Nazis viel direkter mit dem Kampf gegen den Staatsapparat des deutschen Imperialismus zusammenhängt, dass der Kampf gegen die Nazis nur wirklich effektiv geführt werden kann, wenn der Kampf gegen die Nazis auf der Straße mit dem Kampf gegen die nazistischen Schreibtischhüter, Richter und Beamten sowie mit dem Kampf gegen den staatlichen Terror insgesamt verbunden wird.

in der Tat, über den untrennbaren Zusammenhang mit der Geschichte dieses Landes, mit der aktuellen Politik dieses Staates, mit den Verbrechen des deutschen Imperialismus und des Weltimperialismus aufzuklären.

Wer diese großen und wichtigen Aufgaben jedoch meint, unter Verzicht auf den Kampf gegen die Nazis, anpacken zu können, landet im Sumpf der Demoralisiererten, Abwiegler und Pseudolinken.

Gegen die Vertuschung, Gleichgültigkeit, Abstumpfung und Demoralisierung – das ganze Ausmaß des alltäglichen Nazi-Terrors aufdecken! Resignation bekämpfen! Solidarität mit allen vom Nazi-Terror Bedrohten! Kampf den Nazis und der staatlichen Faschisierung! Tod dem deutschen Imperialismus, Chauvinismus und Militarismus!



PROLETARIAT ALLER LÄNDER, VERBUNDEN! EINIG!
PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND INTERKOMMUNISTISCHER VERBUNDEN! EINIG!



GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

***Materialien zur Antifa-Konferenz
„Rechtspopulismus in Europa“ in Köln
vom 5.-7.9.2008***

Streit nicht aus dem Weg gehen!

- Den internationalistischen Blick nicht verlieren
- Keine Zugeständnisse an die deutsch-nationalistischen Hamas-Unterstützer!
- Scheinbare und tatsächliche Widersprüche innerhalb der Nazi-Bewegung
- Deutscher Imperialismus und Nazis in Deutschland
- Prüfstein: Kampf gegen den Antisemitismus
- Zum heutigen internationalen Nazi-Netzwerk und seine Säulen
- Geschichtliche Hintergründe und Voraussetzungen der heutigen Nazi-Bewegung

„Bahamas“ gratuliert US-Imperialismus und Bush zum Sieg über den Irak!!!

Hamas: Antisemitismus als Grundlage

Hizbollah: Antisemitismus als Grundlage

Antisemitische Holocaust-Leugnung des iranischen Präsidenten

Grundfragen der Religionskritik:

Religion als Opium *des* Volkes – Religion als Opium *für* das Volk

Vor allem die christlich-deutsche Ideologie bekämpfen!

Das Kopftuch und christlich-abendländischer deutscher Chauvinismus
Quellen des Judenhasses im Christentum und bei Hegel, Kant sowie Fichte

Anhang 1: Aufrufe zu den Demonstrationen am 19. und 20. September in Köln

Anhang 2: Beiträge und Berichte von den Demonstrationen in Köln

Anhang 3: Berichterstattung der bürgerlichen und opportunistischen Presse

Oktober 2008

2. Erweiterte Auflage

2.- Euro

Zu beziehen über:

Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main

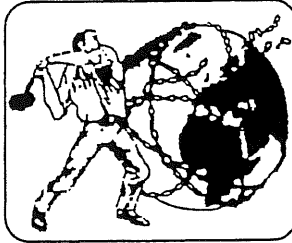
Fax: 069 / 73 09 20, E-mail: Info@buchladengeorgidimitroff.org

Öffnungszeiten:

Jeden Donnerstag: 17.30–19.00 Uhr

Jeden ersten Samstag im Monat: 10.00–13.00 Uhr

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

9-10/08

September–Oktober 2008

Was wir aus Marx' „Kritik des Gothaer Programms“ im Kampf für den Kommunismus lernen können

Es geht um den ganzen Marx!

Es gibt momentan eine Reihe von Veranstaltungen, Schulungen und Veröffentlichungen, die sich mit Marx-Schriften auseinandersetzen. Dass es ein Interesse gibt, sich mit Originalschriften des wissenschaftlichen Kommunismus auseinanderzusetzen, ist auf jeden Fall erfreulich. Nicht erfreulich ist aber, dass dieses Interesse um die Auseinandersetzung mit der Theorie von Marx, mit der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, verhunzt und verfälscht wird von pseudomarxistischen angeblichen „Marx-Kennern“, die diese Veranstaltungen anleiten und diese Literatur publizieren, diese oder jene untergeordnete Feinheit in Marx-Schriften hervorheben, um den zentralen Fragen aus dem Weg zu gehen. Sie rücken ökonomische Spezialfragen in den Mittelpunkt und verfälschen sie nicht selten, Marx wird nur als Ökonom, aber nicht vor allem als Revolutionär dargestellt. Diese akademisch gelehrten „Marxologen“ fürchten sich vor den beeindruckenden Analysen und klaren Schlussfolgerungen von Marx im „Manifest der Kommunistischen Partei“, im „Kapital“, im „Bürgerkrieg in Frankreich“, wo Marx – beruhend auf seiner grundlegenden Kapitalismuskritik und als zwingende Folgerungen daraus – die notwendige gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution und der Diktatur des Proletariats als Übergangsstaat zum Kommunismus begründet und bewiesen hat.

Uns geht es aber um den ganzen Marx. Wir empfehlen daher allen Genossinnen und Genossen das kollektive Studium einer Schrift, die ebenfalls nicht in das Repertoire der Pseudomarxisten und revisionistischen Berufsreformisten gehört: Die „Kritik des Gothaer Programms“ (1875). Wir empfehlen diese Schrift insbesondere denjenigen Genossinnen und Genossen, die sich mit Grundfragen kommunistischer Gesellschaftskritik auseinandersetzen möchten, die Marx in dieser Schrift behandelt: Was muss nach dem Sieg der proletarischen Revolution gemacht werden, um sie gegen die Konterrevolution zu verteidigen? Was sind die Merkmale einer sozialistischen Gesellschaft? Was die Merkmale einer kommunistischen Gesellschaft?

Es lohnt sich unserer Meinung nach, die Marxsche „Kritik des Gothaer Programms“ vor allem unter zwei Gesichtspunkten zu studieren:

- Diese Schrift beinhaltet nicht allein die Verteidigung und Vertiefung programmatischer Grundfragen des „Manifests der Kommunistischen Partei“, sie enthält besonders auch die Weiterentwicklung der künftigen Perspektive des Kommunismus, der Gemeinsamkeiten und wesentlichen Unterschiede zwischen der niederen und der höheren Phase des Kommunismus.
- Diese Schrift zeigt zugleich die Bedeutung des Kampfes gegen opportunistische, reformistische und nationalistische Positionen, gegen die um sich greifende revisionistische Versumpfung der deutschen Sozialdemokratie. Sie zeigt, dass der wissenschaftliche Kommunismus sich im Kampf gegen den Opportunismus entwickelt, dass besonders beim Kampf für das Programm der Kommunistischen Partei als Basis für die Vereinigung aller proletarisch-revolutionären Kräfte kein Prinzipien-schacher betrieben werden darf. Sie ist

zugleich eine Richtschnur für die richtigen Methoden bei der Entlarvung des typischen Opportunismus, der präzise Festlegungen scheut.

Inhaltliche Kernpunkte der „Kritik des Gothaer Programms“

Marx' Kritik geht entlang des dreiseitigen Programmentwurfs vor. Die Marxsche Kritik ist ein in vier Abschnitte gegliedertes 27seitiges Dokument, das in bestimmter Hinsicht einzigartig ist. Marx zeigt uns, mit welcher Genauigkeit, Klarheit und Prinzipienfestigkeit an ein Dokument heranzugehen ist, das den Anspruch hat, der Arbeiterklasse ein grundlegendes Programm für ihren revolutionären Kampf für Sozialismus und Kommunismus zu geben. (Marx geht schon seit 1844 davon aus, dass nur das Proletariat die einzig konsequent revolutionäre Klasse ist, die in der Lage ist, andere Teile der Ausgebeuteten im Kampf für den Kommunismus anzuführen) Er zeigt, mit welcher Methode Satz für Satz, ja Wort für Wort kritisiert, zerpfückt und auf die Waagschale gelegt werden muss,

„Keinen Euro für die Kapitalisten!“ – Generalstreik in Griechenland

Nach vielfältigen kämpferischen Streikaktionen schon in den Monaten zuvor führten am 21. Oktober 2008 in Griechenland Hunderttausende Werktätige einen 24-stündigen Generalstreik durch. Dies war der größte Generalstreik in Griechenland seit 10 Jahren. Daran beteiligten sich nicht nur Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern Werktätige aus nahezu allen Bereichen, des Flug-, Bahn- und Fährverkehrs, der Banken, Krankenhäuser, des Einzelhandels usw. Auch die meisten Schulen, Universitäten und sogar Behörden blieben geschlossen. „Das Land ist faktisch zu einem Stillstand gelangt“, sagte ein Gewerkschafter (jw 22.10.08).

Die Werktätigen in Griechenland protestierten damit nicht nur gegen den geplanten Sozialabbau (u. a. geplante Heraufsetzung des Rentenalters), sondern forderten offensiv auch eine Erhöhung der Sozialleistungen sowie eine Verdoppelung des gesetzlichen Mindestlohns.

In Verbindung mit dem Generalstreik fanden auch kämpferische Demonstrationen statt, bei denen es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, so etwa in Athen, wo mindestens 15.000 Werktätige, darunter viele Jugendliche, kämpferisch demonstrierten und sich vielfach entschieden und militant der Polizei entgegenstellten.

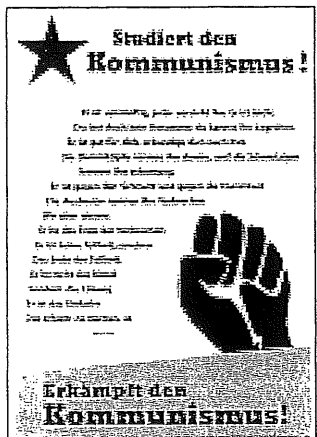
Als gerade unerhört wurde in den bürgerlichen Medien registriert, dass bei den Demonstrationen auch Transparente gegen die 28-Milliarden-Euro-Unterstützung für griechische Banken mitgetragen wurden mit der Aufschrift „Keinen Euro zur Unterstützung der Kapitalisten!“.

Diese Entschlossenheit, verstärkt klassenkämpferische Aktionen durchzuführen und eben nicht stillzuhalten, um sich für das „Wohl“ der Kapitalisten noch mehr auspressen zu lassen, ist wirklich vorbildlich.

wenn das Programm ernst genommen wird als ein „Markstein“, an dem alle Welt „die Höhe der Parteibewegung misst“ (Marx, „Brief an Wilhelm Bracke“ vom 5. Mai 1875, MEW 19, S.14) Mit rücksichtsloser Schärfe kritisiert Marx den opportunistischen Wesenskern und deckt dessen Bedeutung und klassenmäßige Wurzeln auf, ohne scheinbar nebensächliche Ausflüchte und Unklarheiten zu schenken. Im Folgenden sollen einige Kernpunkte herausgestellt werden.

Nationalismus oder „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Am 4. August 1914 stimmte die SPD im Parlament für die Kriegskredite, für die Unterstützung der „eigenen“, der deutschen Imperialisten im imperialistischen Krieg. Das gleiche taten die sozialdemokratischen



Parteien Frankreichs, Englands, Belgiens und anderer Länder. Bis auf die Bolschewiki in Russland wechselten mit Beginn des Ersten Weltkriegs alle großen sozialdemokratischen Parteien das Lager, schlossen „Burgfrieden“ mit ihrer Bourgeoisie und riefen die Arbeiter und Arbeiterinnen im jeweiligen Land zur „Vaterlandsverteidigung“ auf, das heißt zum gegenseitigen Abschlachten für die räuberischen Ziele „ihrer“ Imperialisten. Das war eine große Niederlage der revolutionären und kommunistischen Bewegung, der vollständige Verrat an der Losung des „Manifests der Kommunistischen Partei“: **Proletariat aller Länder, vereinigt euch!** Wie Rosa Luxemburg treffend feststellte, wurde dieser große Appell des „Manifests“ von den sozialchauvinistischen Verrätern ersetzt durch den Aufruf „Proletariat aller Länder, schneidet euch die Gurgel ab im Kriege!“.

Wie aber kam es, dass die ehemals revolutionäre SPD, die noch bis wenige Tage vor Kriegsbeginn mit großen Phrasen verkündete, gegen den drohenden Krieg zu sein, zu Beginn des Ersten Weltkriegs endgültig auf die Seite der Bourgeoisie übergang und zentrales ideologisches und politisches Instrument des deutschen Imperialismus in der Arbeiterbewegung zur Durchsetzung eines „ruhigen Hinterlandes“ wurde? Der Verweis auf die Charakterlosigkeit der SPD-Führer, die vor dem chauvinistischen Taumel in die Knie gingen, ist berechtigt, bleibt aber an der Oberfläche. Nicht die einzige, aber doch *eine* tiefere Ursache war mit Sicherheit, dass innerhalb der Sozialdemokratie *vorher* schon massiv nationalistische und chauvinistische Positionen vorhanden waren und sich zunehmend ausbreiteten, die nicht unversöhnlich und tiefgehend bekämpft und zerschlagen wurden.

Vor diesem Hintergrund ist umso bedeutsamer, dass Marx anhand seiner „Kritik des Gothaer Programms“ von 1875, also schon annähernd vier Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg, gerade auch nationalistische Einflüsse und Positionen in der damaligen Sozialdemokratie scharf angegriffen hat.

Marx zitiert und kritisiert aus dem Entwurf des „Gothaer Programms“ den Satz: „Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst **im Rahmen des heutigen nationalen Staats**, sich bewusst, dass das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird.“ (zitiert nach: Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, 1875, MEW 19, S. 23, Hervorhebung durch Marx. Dass die beschönigende Kategorie „Kulturländer“ für die kapitalistisch am weitesten entwickelten Länder fehlt am Platz ist sei an dieser Stelle nur am Rande bemerkt)

Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ hatten Marx und Engels geschrieben:

„Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muss natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“

(Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, 1848, MEW 4, S. 473)

Das bedeutet: Auch wenn das Proletariat eines Landes zunächst seinen eigenen Hauptfeind, seine eigene Bourgeoisie zu bekämpfen und zu schlagen hat, muss der Inhalt, der Ausgangspunkt seines Kampfes von vorneherein vom Internationalismus bestimmt sein. Dann kritisiert und entlarvt Marx diese nationalistische Verdrehung des „Manifests“ inhaltlich:

„Es versteht sich ganz von selbst, dass, um überhaupt kämpfen zu können, die Arbeiterklasse sich bei sich zu Haus organisieren muss **als Klasse**, und dass das Inland der unmittelbare Schauplatz ihres Kampfs. Insofern ist ihr **Klassenkampf**, nicht dem Inhalt, sondern, wie das ‚Kommunistische Manifest‘ sagt, **der Form nach national**. Aber der ‚Rahmen des heutigen nationalen Staats‘, z. B. des Deutschen Reichs, steht selbst wieder ökonomisch, im Rahmen des Weltmarkts, politisch, im Rahmen des Staatensystems.“ (...)

Und worauf reduziert die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewusstsein, dass das Ergebnis ihres Strebens **die internationale Völkerverbrüderung sein wird** – eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen. **Von internationalen Funktionen der deutschen Arbeiterklasse also kein Wort!**“

(Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, 1875, MEW 19, S. 23/24, Hervorhebung im Original)

Der Trick ist hier: Die Formulierung aus dem Manifest, „zunächst“ wird als zeitliches Hintereinander dargestellt. In der Gegenwart („zunächst“) solle der Klassenkampf im eigenen Land geführt werden, das spätere Ziel bzw. sich von selbst einstellende Ergebnis sei dann „die internationale Völkerverbrüderung“. Dadurch wird die Form des Klassenkampfes von seinem proletarisch-internationalistischen Inhalt getrennt und losgelöst. Vom Internationalismus, der ja eben nicht von selbst gewährleistet ist, sondern durch große und bewusste Anstrengungen, politische Aktionen und ideologische Erziehung realisiert werden muss, bleibt nichts als die Aussicht auf spätere „Völkerverbrüderung“. Das ist die direkte Absage an die große Losung des „Manifests der Kommunistischen Partei“: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“, das ist völlig unvereinbar mit den wirklichen Erfordernissen des Kampfes für das weltweite Ziel des Kommunismus.

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft... Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

Marx entwickelt dialektisch-materialistisch die positive Perspektive des Kommunismus – und zwar nicht als utopisch-ausgeklügeltes Konstrukt, sondern wie sie real aus dem „Schoß“ des Kapitalismus hervorgeht:

„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft (Marx meint hier die „niedere Phase“ der kommunistischen Gesellschaft, den Sozialismus, A. d. V.), nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Mutterma-

len der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.

(Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, 1875, MEW 19, S. 20, Hervorhebungen im Original)

Das heißt, in den ersten Jahren und Jahrzehnten nach Erkämpfung der proletarischen Revolution in einem Land können schon einige wichtige Merkmale der zukünftigen kommunistischen Gesellschaft erreicht und erkämpft werden: Das Privateigentum an Produktionsmitteln wird aufgehoben, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wird beseitigt, die Arbeitskraft ist keine Ware mehr. Trotzdem herrscht z.B. in Bezug auf die Verteilung der Konsumtionsmittel das Prinzip „Jeder nach seiner Leistung“. Das ist schon ein gewaltiger historischer Fortschritt wenn – wie auch Marx betont – nach der proletarischen Revolution mit der Abschaffung der Ausbeutung nun die Masse der Werktätigen in der Tat teils sofort und direkt, teils indirekt als soziale Leistungen (Schule, Krankenversicherung etc.) das, was sie erarbeitet haben, auch selber erhalten. Es

wird dann auch Krankheit, Ausmaß der Arbeitsfähigkeit etc. angemessen berücksichtigt, aber es gilt eben dennoch das Prinzip der Bezahlung nach Umfang und Art der geleisteten Arbeit. Deshalb bezeichnet Marx diesen Fortschritt als mit „einer bürgerlichen Schranke“ behaftet. Als Beispiele nennt Marx: Ungleiche individuelle Befähigung und Leistungsfähigkeit wird bei der Bezahlung nicht berücksichtigt, ebenso ob die Arbeiterin oder der Arbeiter nur sich allein oder noch Angehörige zu versorgen haben. (siehe: Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, 1875, MEW 19, S. 20/21)

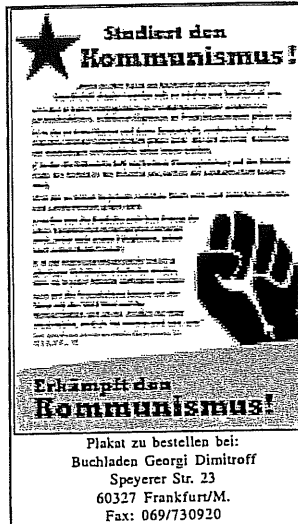
Aber Marx bleibt nicht bei der Charakterisierung der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft stehen:

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: **Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!**“

(Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, 1875, MEW 19, S. 21)

In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, wenn es keine Ausbeutung, keine Klassen, keinen Staat und keine Unterdrückung mehr gibt, gilt das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“, das Grundprinzip des Kommunismus. Was bedeutet dieses Prinzip genau?

Als erstes fällt auf, dass Marx davon spricht, dass „die Arbeit... selbst das erste Lebensbedürfnis“ geworden ist. Was muß sich im Kommunismus geändert haben, damit diese Einschätzung von Marx Wirklichkeit werden kann? Klar ist, daß nicht mehr für den Klassenfeind gearbeitet wird, daß die „notwendige“ Arbeit zur Produktion der grundlegenden Lebensmittel drastisch abgenommen hat. Das ist Voraussetzung dafür, dass schon große Teile der Arbeit vor allem der Entfaltung der Persönlichkeit des Einzelnen dienen, eingebunden ins Kollektiv, wirkliches „Vergnügen“ werden, „Spaß“ machen. Durch einen hohen Stand der Technik und durch vernünftige Planung werden Produkte in mehr als ausreichender Anzahl



Anzeige

Kritik des
Gothaer Programms

Karl Marx:
Kritik des
Gothaer Programms

96 Seiten
Offenbach 1997
4 Euro

(ISBN
978-3-932636-01-1)

Zu beziehen über:

Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23,
60327 Frankfurt/M., Fax: 069/730920

Studiert den Kommunismus! Er kämpft den Kommunismus!

Immer öfter ist als Schlussparole unter linken Flugblättern zu lesen: „Für den Kommunismus!“ Gleichzeitig bezeichnen sich in jüngster Zeit – wie jetzt in NRW – verschiedene Gruppen, die sich als antikapitalistisch verstehen und zumeist auch im Antifa-Bereich arbeiten, zunehmend als „kommunistisch“.

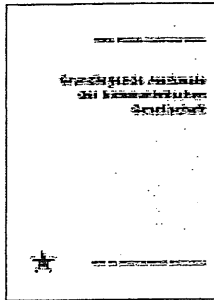
Diese erklärten Hinwendungen zum Kommunismus sind sehr positiv – allerdings unter zwei Voraussetzungen: Erstens, wenn damit nicht die antifaschistische-demokratische Arbeit liquidiert wird. Zweitens, wenn es sich nicht nur um eine Floskel oder ein Etikett handelt, sondern das Ziel des Kommunismus auch inhaltlich grundlegend entwickelt und darüber wirklich die Auseinandersetzung geführt wird.

Zentral stellt sich nämlich die Frage: Was ist das Ziel des Kommunismus? Um diese Frage zu beantworten genügt nicht die Wiederholung von ein paar

Phrasen über „eine Gesellschaft jenseits von Staat und Kapital“. Der Kommunismus wird seit über 150 Jahren verleumdet. Zusätzlich wurde er diskreditiert durch die polizeistaatlichen Karikaturen auf die kommunistischen Ideen von Karl Marx, von den Pseudokommunisten in der UdSSR, der DDR und den anderen revisionistischen Staaten, die spätestens seit Mitte der 50er Jahre den Weg zum Kommunismus verlassen und unter der Maske des „Sozialismus“ eine schlechte Kopie der westlichen kapitalistischen Staaten errichteten, ehe die Restauration des Kapitalismus völlig offen betrieben wurde.

Um in der notwendigen Debatte voranzukommen, was das Ziel des Kommunismus wirklich bedeutet, empfehlen wir allen am Kommunismus interessierten Genossinnen und Genossen die folgende Veröffentlichung:

Anzeige:



Marx, Engels, Lenin und Stalin:

Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

In der Einführung des Buches werden antikommunistische Verleumdungen zurückgewiesen, die das Ziel des Kommunismus als bloße Utopie verleugnen, das angeblich nie zu erreichen ist. Es wird erklärt, dass Kommunismus für die Ausgebeuteten und Unterdrückten leicht zu begreifen, logisch und vernünftig ist, dass Zielklarheit über die kommunistische Gesellschaft heute unerlässlich denn je ist, weil sie die nötige Kraft und Ausdauer für den Kampf gegen den Klassenfeind gibt. Denn der Feind ist noch stark und muss erst besiegt und niedergeworfen werden, denn der Kommunismus ist „das Einfache, das schwer zu machen ist“.

Der Hauptteil besteht aus kommentierten Auszügen aus den Originalwerken von Marx, Engels, Lenin und Stalin über grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft.

Das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf für den Kommunismus, im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei anzuregen und zu unterstützen – das ist ein Ziel dieses Buches.

96 Seiten, Offenbach 2003, 8 Euro (ISBN 3-932636-67-8)

Die Einführung dieses Buches zusammen mit wesentlichen Originalquellen von Marx, Engels, Lenin und Stalin ist unter dem gleichen Titel auch erschienen als Heft 7 der Reihe *Rote Hefte*.

36 Seiten, Offenbach 2005, 1 Euro (ISBN 3-86589-014-8)

Zu beziehen über:

Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M., Fax: 069/730920

für alle vernünftigen Bedürfnisse der Menschen in immer kürzerer Zeit entstehen. Die Möglichkeit selbst immer mehr zu lernen, immer mehr zu können und es in anderen Arbeitsbereichen ausprobieren zu können wächst, bis schließlich der Punkt kommt, an dem die Arbeit wirklich als Sinn des eigenen Lebens einen zentralen Stellenwert erhält. Dann zerfällt das Leben nicht mehr in „Arbeit“ und „freie Zeit“, sondern diese Grenze verwischt sich und wird weitgehend aufgehoben. Jeder arbeitet nach seinen Fähigkeiten – und diese Fähigkeiten entwickeln und verfeinern sich mehr und mehr. Und jeder lebt nach seinen Bedürfnissen, die sich auch verfeinern und erweitern, allerdings nicht im Sinne einer „Kultur“ der Verblödung und Gier nach Masse. Denn die wirkliche kommunistische Gesellschaft produziert ja nicht zuviel und schmeißt es dann ungenutzt weg. Die wirkliche kommunistische Gesellschaft hat Kraftreserven im Überfluss. Die Menschen im Kommunismus wollen und können hochqualifiziert arbeiten und planen und sie werden das erzeugen, was ihren wirklichen Bedürfnissen im erforschten Umfang entspricht, und Probleme, die entstehen angemessen anpacken und lösen.

Mit „allen gesetzlichen Mitteln“ und mit „Staatshilfe“ zum Kommunismus oder gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats

Wer sich „für den Kommunismus“ auf die Fahne geschrieben hat und tatsächlich dafür kämpfen will, muss sich vor allem auch der zentralen Frage stellen: Was soll eigentlich mit dem bestehenden bürgerlichen Staatsapparat, vor allem seinen Hauptkomponenten Armee und Polizei, geschehen? Können die Arbeiterinnen und Arbeiter den bestehenden Staatsapparat vielleicht „erobert“ und „übernehmen“, diesen für ihre

eigenen Zwecke „umfunktionieren“, wie die Reformisten sagen? Oder muss er nicht vielmehr „zerbrochen“, zerschlagen werden, wie Marx und der wissenschaftliche Kommunismus festgestellt haben. Diesem entscheidenden Gegensatz kann man auf Dauer auch nicht durch die „Flucht ins Allgemeine“, die bloße Wiederholung des Satzes „Für den Kommunismus“ ausweichen.

Zu dieser entscheidenden Frage, die von den Anfängen der revolutionären Arbeiterbewegung bis heute zentral auf der Tagesordnung steht, hat sich Marx keineswegs einfach irgendetwas Schlaues ausgedacht. Vielmehr hat er seine grundlegende kommunistische Position auf der Grundlage der umfassenden Auswertung der *realen Erfahrungen des Klassenkampfes, vor allem der Erfahrungen der Revolutionen von 1848 und der Pariser Kommune von 1871* entwickelt.

Eine entscheidende Schlussfolgerung aus den Erfahrungen der Revolutionen von 1848 war, dass die bürgerliche Staatsmaschinerie in der Revolution auf keinen Fall „übernommen“ werden kann, dass es vielmehr nötig ist, diese gewaltsam zu zerschlagen, „alle (...) Kräfte der Zerstörung gegen sie zu konzentrieren“, wie Marx 1852 festgestellt hatte (Marx, „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ 1852, MEW 8, S. 196).

Am 12. April 1871, d. h. gerade während der Pariser Kommune, schrieb Marx an Kugelmann:

„Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachsiehst, wirst Du finden, dass ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andre zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen ...“

(Brief von Marx an Ludwig Kugelmann vom 12. April 1871. MEW 33, S. 205. Hervorhebung im Original)

Gerade auf Grund der Erfahrungen der Pariser Kommune haben Marx und Engels 1872, also drei Jahre vor dem Gothaer Programm, im Vorwort zur deutschen Ausgabe des „Manifests der Kommunistischen Partei“ mit Nachdruck erklärt:

„Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, dass die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen kann.“

(Marx/Engels, Vorwort zur deutschen Ausgabe des Manifests der Kommunistischen Partei, 1872, MEW 4, S. 574, das Zitat im Zitat stammt aus Marx' Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ von 1871)

Marx ging davon aus, dass der gesamte bürgerliche Staatsapparat zerschlagen werden muß. Gerade in seiner Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ betont Marx nicht nur die Notwendigkeit der Zerschlagung von Polizei und Armee, sondern auch des alten Verwaltungs-, Gerichts- und Beamtenapparats.

Von dieser Grundlage aus kritisiert und verurteilt Marx den Reformismus des Entwurfs des Gothaer Programms. Darin ist von alledem nämlich so gut wie nichts zu finden, ganz im Gegenteil. So verwendet der Entwurf etwa die opportunistische allgemeine Phrase vom „freien Staat“, die den Staat als ein „selbstständiges Wesen“ behandelt und den Klassencharakter nicht nur des kapitalistischen Ausbeuterstaates in Deutschland, sondern jedes Staates überhaupt veruscht. Damit wird prinzipiell geleugnet, dass der Staat ein Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze ist, ein Werkzeug, mit dem die herrschende Klasse die andere unterdrückt. Die konterrevolutionäre Klassenfunktion des bürgerlichen Staates hatte sich kaum vier Jahre zuvor in Frankreich gezeigt, als der Staat der französischen Bourgeoisie, mit wesentlicher Unterstützung durch die preußische Armee, den Versuch der Pariser Kommunardinnen und Kommunarden, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu zerschlagen, mit konterrevolutionärem Terror beantwortete (rund 30.000 Kommunardinnen und Kommunarden wurden in der „Blutwoche“ vom 21. bis 28. Mai 1871 von der Konterrevolution ermordet).

„durch und durch vom Untertanenglauben...an den Staat verpestet“

Im Entwurf des Gothaer Programms heißt es, die deutsche Arbeiterpartei erstrebe „mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat – und – die sozialistische Gesellschaft“. Darin wird gar von den Herrschenden mit einer „Zeitungsschreiberphrase“, „verlangt“, „die Lösung der sozialen Frage anzubahnen“ und zwar mittels der „Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe“, aus denen angeblich dann „die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht“. Der Entwurf propagiert, so das Fazit von Marx dazu, „Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten.“ (MEW 19, S. 29)

Marx macht klar, dass die gesamten Forderungen des Entwurfs „trotz alles demokratischen Geklingels...durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet“ sind (MEW 19, S. 31). Engels hat diese Kritik 1891 – bis heute in Deutschland höchst aktuell – ausdrücklich bekräftigt. So hat

„gerade in Deutschland der Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewusstsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen ...“

(Engels, „Einleitung zu Karl Marx' ‚Bürgerkrieg in Frankreich‘“, 1891, MEW 22, S. 198)

Was der Entwurf des Gothaer Programms da vorlegte, war im Grunde eine der Vorformen der Propagierung eines angeblich möglichen friedlichen Weges zum Sozialismus, wie ihn wenige Jahre später zunächst Bernstein und dann Kautsky und schließlich die modernen Revisionisten Chruschtschow, Breschnew und Co. noch ausgefeilter vertreten haben, und wie das

aktuell die DKP und Linke/PDS mit ihrem Ruf nach „Staatshilfe“ propagieren, wonach es angeblich möglich sei, die Herrschaft der Monopole ausgerechnet mit Hilfe des Staats der Monopole „zurückzudrängen“.

„Eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats“

Marx macht in seiner Kritik des Gothaer Programms die prinzipielle Feststellung:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

(Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, 1875, MEW 19, S. 28, Hervorhebung im Original)

An dieser Schlussfolgerung scheiden sich bis heute Marxisten und Opportunisten (einschließlich aller möglichen „Marx-Kenner“). Hier geht es tatsächlich um den politischen Kern von Marx, um den politischen Kern des Kampfes für den Kommunismus: Warum geht es für den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus nicht ohne „Diktatur des Proletariats“?

Entscheidend ist: Mit der gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates ist das Ziel des Kommunismus noch längst nicht erreicht und schon gar nicht garantiert. Nicht nur die „Logik“ des Klassenkampfes, sondern die geschichtlichen Erfahrungen der Oktoberrevolution und anderer Revolutionen besagen und zeigen, dass der Widerstand der Ausbeuter nach ihrem Sturz, nach der Zerschlagung ihres Staates, nicht aufhört, sondern weiter geht und sich sogar in vielerlei Hinsicht verschärft, dass die gestürzten Kapitalisten mit allen Mitteln versuchen, ihr verlorenes Ausbeuterparadies zurück zu bekommen und ihre Macht wieder herzustellen. Ja die geschichtliche Erfahrung der Restauration des Kapitalismus in der UdSSR nach mehr als 35 Jahren des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus zeigt, dass sogar nach der ökonomischen Zerschlagung der Bourgeoisie als Klasse, nach Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse noch *alles* verloren werden kann, wenn es konterrevolutionären Kräften gelingt, die Führung der Kommunistischen Partei an sich zu reißen und die Diktatur des Proletariats zu zerschlagen und durch eine konterrevolutionäre neue Ausbeuterdiktatur zu ersetzen.

Die bittere Erfahrung dieser schweren Niederlage, die mit einer jahrzehntelangen Verfälschung von Marx einhergeht, ist ein wichtiger Grund, sich heute tiefergehender und umfassender mit diesem gesamten Thema auseinanderzusetzen und die Argumente zu prüfen, um die wirkliche Position von Marx herauszuarbeiten und zu verstehen:

Die Diktatur des Proletariats über die gestürzten Ausbeuter ist gerade nötig, um diesen konterrevolutionären Widerstand der Ausbeuter gewaltsam zu unterdrücken, um den Klassenkampf für die Vernichtung des Kapitalismus und aller Mächte und Überlieferungen der alten Gesellschaft auf allen Gebieten bis zum Kommunismus fortsetzen und eine Restauration des Kapitalismus verhindern zu können. Aber „Diktatur des Proletariats“ ist insofern ein zutiefst demokratischer Begriff, weil nicht allein von Diktatur, sondern von der Diktatur der Arbeiterklasse die Rede ist. Die Arbeiterinnen und Arbeiter üben diese Diktatur im Bündnis mit den anderen unter dem Kapitalismus ausgebeuteten Massen als Mehrheit über die kleine Minderheit der gestürzten Ausbeuter, der Konterrevolution und ihrer Helfer aus. Je umfassender die Beteiligung der werktätigen Massen an dieser unerlässlichen Aufgabe ist, umso besser. Je umfassender demokratischer die Arbeiterklasse organisiert ist, umso schlagkräftiger kann der allseitige Kampf gegen die Konterrevolution vorangetrieben werden. Die Ausübung der

Diktatur des Proletariats über die Konterrevolution ist also fest verknüpft mit der Entfaltung der sozialistischen Demokratie, mit der Entfaltung der Eigeninitiative, mit der Hebung der Bewußtheit und der demokratisch organisierten Aktivität der Masse der Werktätigen unter Führung der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Es gibt jedoch noch ein weiteres Aufgabenfeld, das gleichzeitig mit der Niederhaltung der gestürzten Ausbeuter, vom neuen revolutionären Staat angepackt werden muß: Die Planung, Organisation und der Aufbau eines Lebens ohne Ausbeutung, die Schaffung und der Ausbau von immer durchsichtigeren demokratischeren Verhältnissen bei Konflikten und Widersprüchen innerhalb der ehemals Unterdrückten. Diese sozusagen konstruktive Seite des sozialistischen Staats ist die eigentliche Quelle der Energie und Begeisterung, die auch die Kraft hervorbringt, im notwendigen Kampf gegen die Konterrevolution nicht nachzulassen.

Gerade auf der Grundlage der revolutionären Erfahrungen der Pariser Kommune konnte Marx auch auf die Frage eingehen wie denn der neue revolutionäre Staat aussehen muß, um diese Aufgaben wirklich anpacken und lösen zu können. Der Kern der Pariser Kommune, des neuen revolutionären Staats war die Macht der bewaffneten Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Pariser Kommune hat den alten Verwaltungs- und Beamtenapparat ersetzt durch eine sich selbst verwaltende Massenorganisation der Arbeiterinnen und Arbeiter. Diese Massenorganisation war vor allem durch drei grundlegende Merkmale gekennzeichnet:

- Die Pariser Kommune war eine arbeitende Körperschaft, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit;

Flugblätter von Gegen die Strömung

Gegen die Strömung
Flugblatt Dezember 2005–Januar 2006
„Manifest der Kommunistischen Partei“
von K. Marx und F. Engels

Gegen die Strömung
Flugblatt Januar 1998
Studierte „Das Kapital“! – Gründe warum das Studium des Hauptwerks von Karl Marx von grundlegender und aktueller Bedeutung im ideologischen Kampf ist

Gegen die Strömung
Flugblatt Januar 2008
Klarheit über sozialistische Demokratie erkämpfen!

Gegen Porto zu bestellen bei:

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920

- die von den Arbeiterinnen und Arbeitern gewählten Vertreterinnen und Vertreter sind jederzeit absetzbar, verantwortlich und rechenschaftspflichtig;
- diese Vertreterinnen und Vertreter sowie alle anderen Staatsbediensteten werden nach Arbeiterlohn bezahlt.

Die Pariser Kommune als arbeitende Körperschaft ermöglichte es, daß die gewählten Vertreterinnen und Vertreter selbst für die Durchführung der von ihnen verabschiedeten Gesetze sorgen mussten, sie mussten die Ergebnisse ihrer Anwendung selbst kontrollieren und mussten dann auch Rechenschaft ablegen vor ihren Wählerinnen und Wählern. Die Möglichkeit der Absetzbarkeit der gewählten Vertreter des Proletariats gab den Arbeiterinnen und Arbeitern ein wirkliches Kontrollinstrument in die Hand, um aus Fehlern und Fehlverhalten ihrer gewählten Vertreter auch praktische Konsequenzen zu ziehen. Die Be-

zahlung nach Arbeiterlohn war für Marx ein wichtiges Mittel, gegen die Gefahr der Verbürgerlichung der Vertreter des Proletariats, gegen Karrierismus und Pöstchenjagd, denn damit waren jegliche Privilegien der gewählten Vertreterinnen und Vertreter und aller anderen Staatsbediensteten abgeschafft.

Marx hat bereits 1850 in seiner politischen Analyse der Revolutionsjahre „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ prägnant programmatisch formuliert:

„Dieser Sozialismus ist die *Permanenzklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlichen Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen.*“

(Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, 1850, MEW 7, S. 89/90, Hervorhebungen im Original)

Damit wird im Kern klar, dass die Ablehnung der revolutionären Diktatur des Proletariats gleichbedeutend damit ist, vor der wirklichen Vernichtung der Bourgeoisie und des Kapitalismus halt zu machen. Das Zurechtstutzen und Verstümmeln des *ganzen* Marx auf das für die Bourgeoisie letztendlich Annehmbare dreht sich letztlich immer wieder um diesen politisch entscheidenden Punkt, sei es bei den Berufsreformisten von DKP und Linke/PDS oder allen möglichen „Marxologen“. Marx selbst hat sich diesbezüglich in einem Brief 1852 sehr deutlich abgegrenzt:

„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachweisen, dass die *Existenz der Klassen* bloß an *bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion* gebunden ist; 2. dass der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt; 3. dass diese Diktatur selbst nur den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft* bildet.“

(Marx, „Brief an Joseph Weydemeyer“ vom 5. März 1852, MEW 28, S. 507/508, Hervorhebungen im Original)

☆☆☆

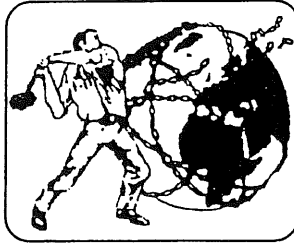
Gegen das Verstümmeln von Marx, gegen das willkürliche Herausgreifen mal des einen oder anderen Aspekts aus dem Zusammenhang der von Marx begründeten revolutionären Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus stellen wir bewusst den Gesamtzusammenhang des ganzen Marx, ohne den es keinen ernsthaften und langfristigen Kampf für den Kommunismus geben kann. Es ist diesbezüglich so, wie Marx selbst in einem anderen Brief an Kugelmann betont hat:

„Mit der Einsicht in den Zusammenhang stürzt, vor dem praktischen Zusammensturz, aller theoretische Glauben in die permanente Notwendigkeit der bestehenden Zustände.“

(Brief von Marx an Ludwig Kugelmann vom 11. Juli 1868, MEW 32, S. 553/554)



GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

11–12/08

November – Dezember 2008

Krise des Kapitalismus – Staatsgläubigkeit und die üble Rolle von Pseudo-Linken

Dass alle Welt von einer Krise des Kapitalismus zumindest eine Ahnung bekommen hat, ist nicht ganz ungefährlich für das Kapital. Um so wichtiger werden jene sich als „links“ ausgebende Pausencloowns des Kapitals, die auf den Sesseln der Talkshows „Lösungen“ anbieten, die keine sind. Sie haben nur eine einzige Funktion: Illusionen in diesen Staat zu schüren, Illusionen in die Reformierbarkeit des Kapitalismus zu schüren.

In den letzten Monaten dominiert in der Öffentlichkeit, den Medien ein neues Gespenst: das Gespenst der „Finanzkrise“. In einem absurden Streit über die Frage, welche Rolle das Finanzkapital und welche Rolle der Staat in dieser Krise spielt, werden zwei grundfalsche Positionen vorgestellt: Zum einen die, sei es aus ideologischen, sei es aus dummen Gründen als „neoliberal“ bezeichnete Position, dass der Markt möglichst ohne staatliche Eingriffe schon alle Probleme über kurz oder lang regulieren und lösen werde, zum anderen die staatsgläubige Position, dass doch der Staat „unser“ Staat sei und mit seinen Instrumenten die Krise meistern müsse.

Inzwischen triumphieren weitgehend die Staatsgläubigen: Endlich, endlich greift der Staat ein und hält hunderte Milliarden bereit ...! Das hätten sie schon immer gesagt und gefordert, und jetzt zeige sich, dass sie Recht gehabt hätten!

Der Streit, welche dieser beiden Positionen wirklich übler ist, soll hier nicht geführt werden. Für uns ist klar: Das Kapital muß als Kapital beseitigt, die Kapitalisten enteignet werden. Und dieser Staat ist ein Werkzeug des Kapitals, der je nach Situation mal mehr, mal weniger in die Ökonomie eingreift, wie es gerade angebracht scheint. Dieser Staat ist nicht „unser“ Staat! Er muss als Instrument des Kapitals zerschlagen werden.

Ausschlaggebend auch in der aktuellen Situation sind nicht immanente Argumente und „konstruktive Vorschläge“ an die Adresse von Staat und Kapital. Ausschlaggebend für den Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung, die mit dem Gespenst der Finanzkrise als „Keule“ weiter vorangetrieben wird, ist der massenhafte Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter, aller von Ausbeutung Betroffenen. Eine wirkliche Lösung unterhalb der Linie der Zerschlagung des kapitalistischen Systems ist nicht möglich. Alles andere ist Lüge und Illusionsmacherei.

„Vater Staat“ soll es richten

Zu den übelsten Figuren unter den Staatsgläubigen gehören „Die Linke“ und die DKP. Auf der Titelseite der DKP-Zeitung „UZ“ vom 17. Oktober 2008 wird gefordert: „Sicherung der Sparkassen, öffentlichen Banken“. Die Bundestagsfraktion „Die Linke“ hat eine geniale Idee: Die Lösung der Krise durch einen „Finanz-TÜV“ (www.linksfraktion.de/finanzkrise.php).

Mit solchen und ähnlichen Positionen betteln sie um Anerkennung der Systemhalter und Systemverbesserer und übernehmen gleichzeitig die Aufgabe, gemeinsam mit den DGB-Fürsten die Illusion zu schüren, als sei dieser Staat so zu reformieren, dass es keine kapitalistische

listischen Krisen mehr gäbe. Sie handeln als Wurmfortsatz des DGB-Apparats, dessen Chef Sommer das unbedingte Bekenntnis zum Erhalt des Kapitalismus bekräftigt hat: „Die richtige Antwort ist nicht die Abschaffung der Marktwirtschaft, sondern ein sozial kontrollierter Kapitalismus, der durch Mitbestimmung reguliert wird, in den der Staat seine Interessen einbringt, mit Rahmengesetzen für die Wirtschaft.“ (DGB-Chef Sommer, Spiegel-Online 14.12.08)

Ohne Widerlegung und Isolierung dieser Apologeten des Kapitalismus und des kapitalistischen Staates wird es logischerweise auch keine revolutionäre Arbeiterbewegung geben. Dazu gehört die Klarstellung, dass Verstaatlichungen innerhalb des Kapitalismus, dass Verstaatlichungen, die dieser Staat vornimmt, dieses System in der Regel stärken und nicht schwächen, aber auf jeden Fall nicht verändern.

„Das ist ja gerade der wunde Punkt, dass solange die besitzenden Klassen am Rudel bleiben, jede Verstaatlichung nicht eine Abschaffung, sondern nur eine Formveränderung der Ausbeutung ist.“

(Engels an Max Oppenheim, 24. März 1891, Marx-Engels-Werke Band 38, S. 64)

Gespenstische Halbwahrheiten und Lügen

Es soll nicht bestritten werden, dass ganz offensichtlich in den Reihen des Kapitals in dem Prozess, in dem die Kapitalisten sich gegenseitig totschiessen, sich in den Ruin treiben, eine neue Situation entstanden ist, die durchaus als „Krise“ bezeichnet werden kann. Allen Kafesatzlesern, die behaupten angeblich über das Ausmaß der Krise informiert zu sein, ja fast schon eine Hoffnung darauf richten, dass so quasi automatisch die Ideologie des Kapitalismus widerlegt würde, muss widersprochen werden. Die Feststellung, dass etwas nicht stimmt, ist keinesfalls eine Erklärung dafür, warum etwas nicht stimmt.

Zudem sollte unserer Meinung nach auch im Auge behalten werden, dass mit dem riesigen hysterischen medialen Geschrei über die Krise auch das „Gürtel-enger-Schnallen“-Programm verbunden ist. Angst und Schrecken sollen in unsere Glieder fahren, jeder Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen soll für absurd erklärt werden.

Der springende Punkt der oberflächlichen und auch direkt falschen Erklärungen der Krise ist die Phrase von der „Bankenkrise“ als ob es sich um das Problem han-

Die militanten Massenkämpfe in Griechenland unterstützen!

Am 6. Dezember wurde der 15-jährige Alexis Grigoropoulos in Athen von einem Polizisten ermordet. Mit den Rufen „Mörder, Mörder“ und „Nieder mit der Regierung der Mörder“ gingen noch am selben Abend in Athen, Thessaloniki, Komotini, Ionnina, Patras, auf der Insel Kreta usw. Tausende auf die Straße.



Alexis Grigoropoulos, 15 Jahre, ermordet von griechischer Polizei

Am 7.12. zogen in Athen 10.000 Menschen zum Polizeipräsidium, wobei es zu massiven Kämpfen gegen die Polizei kam. Am 8. Dezember waren vor allem in Athen ganze

Stadtteile faktisch in der Hand der Protestierenden. Am 9.12., dem Tag der Beerdigung von Alexis Grigoropoulos, protestierten in ganz Griechenland Hunderttausende Menschen. Vor der Beerdigung versuchten Hunderte Jugendliche in Athen das Parlamentsgebäude zu stürmen. Nach der Beerdigung kam es zu weiteren Kämpfen. Die Polizei gab „Warnschüsse“ ab. An diesem Tag und an den nächsten Tagen wurden Polizeistationen, Banken und andere kapitalistische Einrichtungen angegriffen. In Athen brannte das Außen- und Wirtschaftsministerium. In den nächsten Tagen wurden in verschiedenen Städten zahlreiche Polizeiwachen direkt angegriffen. So wurde am 11.12. in Thessaloniki eine Polizeiwache von 500 Demonstranten belagert. In Athen, Ionnina und anderen Orten wurden Nachrichtensender für einige Stunden besetzt. In Patras wurde im lokalen Fernsehsender von den Besetzern eine vorbereitete Gegeninformation gezeigt und zur Demonstration am nächsten Tag aufgerufen. In ganz Griechenland wurden ab dem 6.12. rund 600 Schulen und zahlreiche Universitäten besetzt.

Am 10. Dezember fand zugleich dann auch der schon lange geplante Generalstreik gegen den von der Regierung geplanten Sozialabbau statt, der weite Teile des Landes lahm legte. Beteiligt waren vor allem Werktätige des öffentlichen Dienstes, aber auch rund ein Drittel der Werktätigen der privaten Industrie streikten.

Nicht nur mittels ihrer Polizei versuchen die Herrschenden in Griechenland die anhaltenden Proteste gegen den Polizei-Mord und gegen die herrschenden Verhältnisse überhaupt zu unterdrücken. In Patras trieben am 10.12. mindestens 300 Faschisten mit Messern und anderen Waffen 1.000 zumeist unbewaffnete Protestierende zwei Kilometer durch die Stadt. Den Faschisten folgte direkt die Polizei, die mit Tränengas gegen die fortschrittlichen Kräfte vorging. Die Faschisten „patrouillierten“ anschließend durch die Stadt. – Allerdings konnten die Herrschenden auch mit Hilfe ihrer faschistischen Banden und einem Heer polizeilicher Spitzel die Fortsetzung der Kämpfe nicht verhindern, zumal die Kämpfenden sich auf breite Sympathie in der Bevölkerung stützen können. Laut einer Umfrage spricht die Mehrzahl der Griechen sogar von einem „Volksaufstand“.

DKP: Statt Solidarität – Verleumdung

Alexandros Grigoropoulos ist bei einer Versammlung im Athener Stadtteil Exarcheia ermordet worden. Exarcheia ist ein historisches Symbol des Widerstands. Bereits im Zweiten Weltkrieg war Exarcheia ein Zentrum des Widerstands gegen die Nazi-Besatzung. Von dort aus wurde im November 1973 die Militärdiktatur mit massiven Protesten herausgefordert und die Niederlage des faschistischen Obristen-Regimes eingeleitet, was damals unter den Studentinnen und Studenten viele Todesopfer einforderte. Auch heute ist Exarcheia ein wichtiges politisches und geografisches Zentrum der Kämpfe, wo militante Organisationen stark vertreten sind, die von den reaktionären Medien wegen ihrer angeblich „blinden Gewalt“ verteufelt werden. Die DKP stimmt voll in diesen reaktionären Chor ein. Sie distanziert sich nicht nur vom „Szenario der Brandstiftungen und Zerstörungen“, sondern hetzt gar gegen die Militanten des „Athener Stadtteil Exarcheia, der für Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und

Gruppen bekannt ist, die sich als Anarchisten bezeichnen, denen allerdings Verbindungen zur neofaschistischen Szene nachgesagt werden.“ (UZ“ 12.12.08) Statt Solidarität wird Verleumdung betrieben.

Internationale Solidarität aufbauen, Kontakt zu den Kämpfenden aufnehmen!

In anderen Ländern gab und gibt es einige Solidaritätsaktionen, so in London, Kopenhagen, Rom, Sofia, New York, Bordeaux, Madrid und Istanbul. Deutschland: Nach der Ermordung von Alexandros Grigoropoulos besetzten in Berlin 20 Aktivistinnen und Aktivisten zeitweise das griechische Generalkonsulat. Weitere Proteste gab es u. a. in Hamburg, Köln, Bremen, Dresden, Hannover und Bremen. In Bremen wurden von 200 Demonstrierenden 170 in festgenommen. Gegen die spontane Solidaritätsdemonstration am 11. Dezember in Frankfurt am Main ging die Polizei vor allem auch mit als „Demonstranten“ verkleideten Polizisten vor.

Die Kämpfe in Griechenland sind unserer Meinung nach der wichtigste Klassenkampf 2008, jedenfalls was die Länder Europas angeht. Um diese Kämpfe richtig propagieren und unterstützen zu können, sind direkte Kontakte zu den Kämpfenden unbedingt nötig. Dazu ist wichtig und von erstrangiger Bedeutung im Sinn der Solidarität, dass Initiativen in Gewerkschaften und Antifa-Gruppen, in Schulen und Hochschulen Aktivistinnen und Aktivisten der Kämpfe in Griechenland zu Veranstaltungen und Solidaritätsaktionen einladen.

(Quellen: „Frankfurter Rundschau“, „taz“, „junge Welt“ vom 7.12.–13.12.08)

delt, dass angeblich spielsüchtige Manager in ihren Spekulationsgeschäften übertrieben oder daneben gegriffen hätten. Die Drecks-Phrase von den Heuschrecken wird bemüht. Die in der Tat existierende Praxis von dubiosen mehrstufigen Kreditgeschäften, Verpfändungen von Kreditgeschäften, Verpfändungen von Verpfändungen von Kreditgeschäften usw. wird unter anderem als eigentliche Ursache der Krise dargestellt.

Über die Grundlagen der aktuellen Krise

Es ist die alte Frage der Arbeiterbewegung, welche Rolle die Zirkulation und welche Rolle die Produktion spielt. Der Ausgangspunkt jeder wissenschaftlichen Analyse ist der Gesamtprozess des Kapitalismus – vor allem die Produktion des Mehrwerts, aber auch die Zirkulationssphäre für die Realisierung des Mehrwerts. Das ist bewiesen, seit „das furchtbarste Geschoss“, wie Marx es nannte, zur Widerlegung aller kapitalistischen und reformistischen Lügen veröffentlicht wurde: „Das Kapital“, Marx' dreibändige Kritik der politischen Ökonomie.

Marx hat herausgearbeitet, dass es sich bei den mehr oder minder periodisch wiederkehrenden „Krisen“ um ökonomische Überproduktionskrisen handelt, deren Basis und Ursache im ganzen System der kapitalistischen Wirtschaft selbst liegt. Die Grundlage jeder Krise des Kapitalismus ist das unlösbare Problem, dass der ganze Prozess der kapitalistischen Produktion bestimmt ist vom Streben nach Profit, von der Ausschaltung der Konkurrenten, vom Einsatz immer größerer und technisch perfekterer Produktionsinstrumente bei gleichzeitiger Lohnrückerei und verschärfter Antreiberei und der Schaffung eines Heers von Erwerbslosen. Das alles führt dazu, dass die Masse der produzierten Waren nicht verkauft werden können, also das eintritt, was Marx als Überproduktionskrise bezeichnet. Überproduktionskrise im Hinblick auf nicht verkaufbare Waren.

Dass diese Krise sich zunächst in der Zirkulation zeigt, also zum Beispiel in der Zahlungsunfähigkeit, ist wahr, aber lediglich eine Erscheinungsform der Tatsache, dass in Wirklichkeit in bestimmter Hinsicht Überproduktion herrscht – nicht etwa weil zu viel produziert wurde in Bezug auf die Bedürfnisse der Produzenten, sondern zu viel nur in Bezug auf die „am Markt“ verkaufbaren Waren, d. h. die zahlungsfähige Nachfrage.

Das ist das Wesen der Frage und zum tieferen Verständnis bleibt heute wie vor 150 Jahren als grundlegende Aufgabe, diese Mechanismen grundsätzlich und im

Detail mit Hilfe dieses Werkes von Marx zu studieren, eines Werkes, das der Bourgeoisie theoretisch einen Schlag versetzt hat, „von dem sie sich nie erholen wird“ (Marx).

Einzelne Passagen aus seinen Werken können ein hilfreicher Einstieg sein. Dies kann aber das umfassende Studium seiner Hauptwerke selbst nicht ersetzen, um nicht den überall grassierenden Verkürzungen auf den Leim zu gehen.

Als Marx im Band 3 des „Kapitals“ auf diese Fragen einging, schrieb er zunächst: Dass es

„in der Periode der Krise an Zahlungsmitteln fehlt, ist selbsteinleuchtend.“

(Karl Marx, „Das Kapital“, Dritter Band, MEW 25, S. 507)

Es lohnt sich, dies im Detail im 30. Kapitel: „Geldkapital und wirkliches Kapital“ genauer nachzulesen. Marx sah angesichts verschiedener Vorschläge, mittels Bankgesetzgebung und mit Hilfe einer Staatsbank die Krise zu meistern, sehr deutlich:

„Aber keine Art der Bankgesetzgebung kann die Krise beseitigen.“

(Ebenda)

Für Marx war schon im 19. Jahrhundert klar: Dort, wo die Produktion und die Wiedererneuerung der Produktion auf Vorauszahlung, also auf Kredit beruht, gilt:

„... wenn da der Kredit plötzlich aufhört und nur noch bare Zahlung gilt, muss augenscheinlich eine Krise eintreten, ein gewaltsamer Andrang nach Zahlungsmitteln. Auf den ersten Blick stellt sich daher die ganze Krise nur als Kreditkrise und Geldkrise dar.“

(Ebenda)

Marx unterscheidet, dass schon damals nur ein Teil der Kredite in der kapitalistischen Logik notwendig war, um die Produktion weiter zu treiben, um den Prozess von Kauf und Verkauf nicht lahm zu legen.

„Daneben aber stellt auch eine ungeheure Masse dieser Wechsel bloße Schwindelgeschäfte vor, die jetzt ans Tageslicht kommen und platzen; ferner mit fremdem Kapital getriebene, aber verunglückte Spekulationen; endlich Warenkapitale, die entwertet oder gar unverkäuflich sind, oder Rückflüsse, die nie mehr einkommen können.“

(Ebenda)

Marx analysiert treffsicher, dass dieses bis ins Absurde getriebene künstliche System

„nicht dadurch kuriert werden (kann), dass nun etwa eine Bank, z. B. die Bank von England, in ihrem Papier allen Schwindlern das fehlende Kapital gibt und die sämtlichen entwerteten Waren zu ihren alten Nominalwerten kauft.“

(Ebenda)

Es sind nicht nur die Lügen der Ideologen des Kapitals, sondern es ist der Kapitalismus selbst, der „alles verdreht“. Man sitzt dem Schein auf, wenn nicht hinter der „papierernen Welt“ die eigentlichen Gesetze der kapitalistischen Produktion und Zirkulationen analysiert und bewusst gemacht werden.

Wir befinden uns im 21. Jahrhundert. Alles Schnee von gestern? Sicherlich ist viel geschehen: sozialistische Revolutionen, dann wieder Restaurationen des Kapitalismus, Aufwärts- und Abwärtsbewegung der kommunistischen Bewegung. Auch ökonomisch hat es in der Tat seit Marx diese und jene Änderung gegeben, die aber das Wesen des Kapitalismus nicht betreffen. Die ursprüngliche Aufwärtsbewegung des Kapitalismus, der noch völlig neue Märkte erobern konnte, endete spätestens zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als die Welt unter den imperialistischen Großmächten aufgeteilt war. Die Schwierigkeiten, Waren abzusetzen, die Grundlage der kapitalistischen Überproduktionskrise, bleibt nicht nur bestehen, sondern verschärft sich noch in der Epoche des Imperialismus. Ununterbrochene Kriege, einschließlich zweier Weltkriege, vernichteten nicht nur Millionen und Abermillionen Menschen, sondern auch ungeheure Warenmengen, um in der eigentlich unangemessenen Sprache der Ökonomie zu verbleiben. So konnte in gewissen Phasen zwar das Problem der Überproduktion gemildert, wenngleich auch nicht gelöst werden. Das Problem verschärft sich, aber als einziger wirklicher Ausweg kann seine wirkliche Lösung nur

Anzeige

„Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde der kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriert.“ (Karl Marx)



Karl Marx

Das Kapital

Kritik der politischen Ökonomie

Erster Band:
Der Produktionsprozess
des Kapitals
(Faksimile-Reprint von MEW 23)

955 Seiten, 10 Euro
ISBN 978-3-86589-068-9

„Solange es Kapitalisten und Arbeiter in der Welt gibt, ist kein Buch erschienen, welches für die Arbeiter von solcher Wichtigkeit wäre wie das vorliegende.“ (Friedrich Engels)

Verlag Olga Benario und Herbert Baum
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt am Main
www.verlag-benario-baum.de

durch und mit der Revolution mit dem Ziel des Kommunismus ins Auge gefasst werden.

Aus Sicht des Kapitals erscheint als „Ausweg“ die vorübergehende Lösung durch Zunahme von Raubkriegen. Die gewaltsame Hinauszögerung durch lokale und weltweite Kriege ist eine reale, praktische Schlussfolgerung für das Kapital und zeigt, warum Marx nicht einfach eine Analyse der Ökonomie, sondern eine Kritik der politischen Ökonomie geschrieben hat.

Gewalt und Krieg, Mord und Totschlag standen am Beginn der Entstehung des Kapitalismus, begleiteten ihn und sind an einem bestimmten Punkt die einzige Option, das kapitalistische Ausbeutungssystem am Leben zu erhalten, wenn nicht die bewusste und gemeinsame Aktion der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder den kapitalistischen Ausbeutern und Kriegstreibern das Genick bricht.

Dafür ist für die aktuelle Debatte von prinzipieller Bedeutung, was in dem von Rosa Luxemburg entworfenen Gründungsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918 festgestellt wird:

„Es ist ein toller Wahn, zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. (...)

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat. (...) sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.

All dieser Widerstand muss Schritt um Schritt mit eiserner Faust und Rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muss die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden. (...)

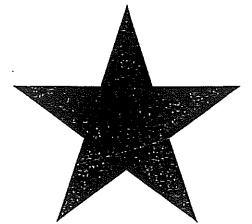
Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muss sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muss lernen es zu gebrauchen – zu kämpfen und Siegen.“

(„Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands“, abgedruckt in: Rot Front Nr. 6, „Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen“, S. 35 ff.)

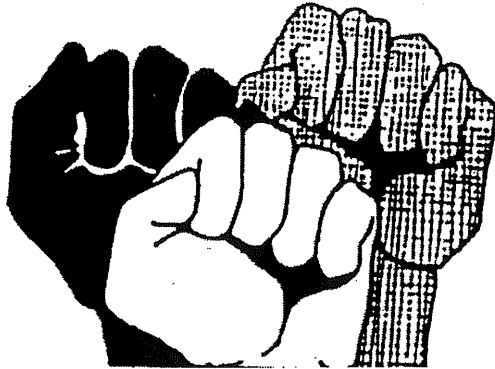
Alexis Grigoropoulos von griechischem Staat ermordet!



**Solidarität
mit den
militanten
Kämpfern
in Griechenland!**



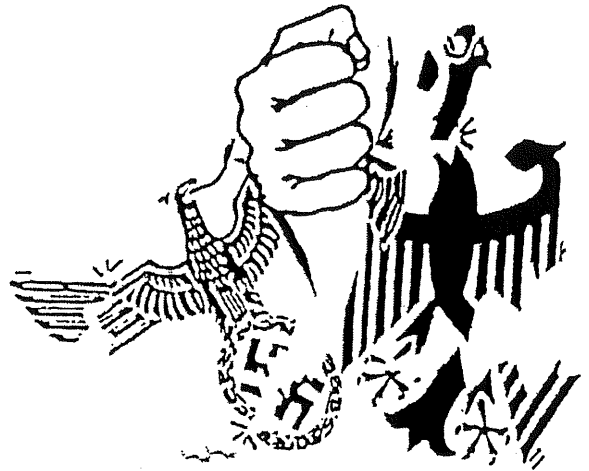
Gegen Chauvinismus und Rassismus



**Tod dem deutschen
Imperialismus, Militarismus
und Revanchismus**

GEGEN DIE STRÖMUNG – Organisation für den Aufbau der
Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands
J. Strütt, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin

Die ungebrochene Tradition



zerschlagen!

GEGEN DIE STRÖMUNG – Organisation für den Aufbau der
Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands
J. Strütt, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin

Aufkleber



Aufkleber gegen Rückporto zu beziehen über:
Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main
Fax: 069 / 73 09 20, E-mail: Info@buchladengeorgidimitroff.org

Öffnungszeiten:
Jeden Donnerstag: 17.30–19.00 Uhr
Jeden ersten Samstag im Monat: 10.00–13.00 Uhr

Roter Pressespiegel

erscheint zweimonatlich
als Überblick zum Pressespiegel
(mit ca. 200 Seiten)

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 1/07 (Januar bis Februar 2007)

Staatliche Repression gegen Kurdinnen und Kurden

Mitte Januar wurden bei einer Polizeirazzia gegen die kurdische Arbeiterpartei PKK in vier Bundesländern 25 Wohnungen, zwei Geschäftsräume und fünf Vereine durchsucht. Gegen 23 Personen laufen Ermittlungsverfahren. Die Polizei beschlagnahmte Bargeld, Zeitschriften, Kontounterlagen, Handys, Computer und Spendenlisten. Insgesamt nahmen 234 Polizisten an der Razzia teil. Die PKK – seit 2003 „Volkskongress Kurdistans“ (Kongra-Gel) – wurde in Deutschland bereits 1993 verboten.

Gegen zwei Kurden, die seit August letzten Jahres in Untersuchungshaft sitzen, wurde Mitte Januar in Düsseldorf und Frankfurt am Main Anklage erhoben wegen angeblicher „Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung“. Gemeint ist damit die PKK.

Wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ (PKK) und angeblicher Mitverantwortung für die kurdischen Protestaktionen in Deutschland in den Jahren 1993 und 1994, wurde Mitte Januar in Frankfurt ein Kurde zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt.

(FR 11.01, 17.01.07)

Staatliche Repression gegen antifaschistische Kräfte

Nachdem Ende November in Berlin-Lichtenberg zwei stadtbekannte Nazis von Antifaschisten militant angegriffen und dabei leicht verletzt worden waren, verhaftete die Polizei Mitte Dezember aufgrund von Nazi-Aussagen einen Antifaschisten, der seitdem in Untersuchungshaft sitzt. Gegen ihn wird nun wegen versuchten Totschlags ermittelt.

(Jungle World 17.01.07)

Mitte Januar durchsuchte die Polizei in Berlin das Zimmer eines Studenten in einer WG und beschlagnahmte persönliche Unterlagen. Angeblich hat er sich im Mai letzten Jahres an einer antifaschistischen Aktion gegen eine Nazi-Kneipe im Stadtteil Lichtenberg beteiligt, bei der die Scheibe des Ladens zu Bruch ging. Wie die Polizei auf den Studenten kam, ist unklar. (jW 17.1.07)

Ende Januar durchsuchte die Polizei in Dresden auf Anregung eines stadtbekannten Nazis die Räumlichkeiten des antifaschistischen Projekts „a.i.i.a.s.“. Dem Nazi war eine „Anti-Antifa“-Akte, die unter „Einsichtnahme in staatsanwaltliche Ermittlungsarbeiten“ gegen Antifaschisten erstellt wurde, abhanden gekommen. In der Akte, die dem Projekt von einem Unbekannten zugespielt wurde, waren 150 Antifaschisten mit Namen, Adresse und teilweise Fotos verzeichnet. Außerdem enthielt sie Personalausweisnummern und Adressen von Eltern und Verwandten. (jW 07.02.07)

Strafgefangene in Deutschland

Die Anzahl der Strafgefangenen stieg im Jahre 2006 gegenüber 2005 um 26 Prozent. Während 2005 63.500 Personen im Gefängnis einsaßen, stieg deren Zahl 2006 um etwa 16.000 auf 80.000. (jW 16.02.07)

Um sie „unter den besonderen Bedingungen des Arrests zu disziplinieren“ wurde bereits im Dezember letzten Jahres eine 16-jährige

Schülerin aus Görlitz wegen „Schulschwänzerei“ zu einem zweiwöchigen Gefängnisauferenthalt in Bautzen verurteilt. (FR 08.02.07)

Bundesjustizministerin Zypries kündigte Ende Februar an, das Jugendstrafrecht zu verschärfen. Künftig sollen jugendliche sogenannte „Schwerstkriminelle“ den erwachsenen Straftätern gleichgestellt werden und können durch eine „Sicherheitsverwahrung“ bis an ihr Lebensende festgehalten werden. (jW 26.02.07)

In Nordrhein-Westfalen soll nach der CDU das Jugendstrafrecht nur noch in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen. CDU-Generalsekretär Wüst sagte: „Wir müssen viel häufiger mit dem eisernen Besen kehren und für Recht und Ordnung sorgen.“ (FR 27.02.07)

Deutsche Flüchtlingspolitik in Zahlen

2006 beantragten 21.000 Flüchtlinge Asyl; das war der niedrigste Stand seit 1983. Allein gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Antragsteller um 8.000. Insgesamt wurde im Jahre 2006 über 30.756 Flüchtlingsanträge entschieden. Nur 251 Flüchtlinge (0,8 Prozent) wurden als „asylberechtigt“ anerkannt.

Im Januar dieses Jahres sank die Zahl der Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellten gegenüber dem Januar 2006 um 15 Prozent auf 1.663.

(jW 10.02.07, Kurdistan Rundbrief 15.02.07)

Rassismus bei Einbürgerungen in Berlin

Mitte Februar wurde öffentlich bekannt, dass in Berlin Menschen aus anderen Herkunftsländern, die die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen, ihre „rassische und ethnische Herkunft“ angeben müssen. Erst nachdem dies bekannt wurde, erklärte der Berliner Innensenator Körtig, dass die Formulierung, die über mehrere Jahre verwendet wurde, weggfallen werde. (taz 08.02, 13.02.07)

Ausschnitte der weiteren Verschärfung der ökonomischen Ausbeutung und Unterdrückung

In Hamburg erhalten Reinigungskräfte Stundenlöhne, die weit unter dem im Tarifvertrag vorgeschriebenen Mindestlohn von 7,87 Euro liegen. Der Bruttostundenlohn einer Reinigungskraft in einem Luxushotel liegt sogar bei nur 1,92 Euro. (jW 10.01.07)

In Berlin und Brandenburg arbeiten mindestens 120.000 Menschen zu Stundenlöhnen zwischen 3 und 5 Euro brutto. (jW 07.02.07)

Der monatliche Bruttoverdienst eines Arbeiters in der Landwirtschaft war im Jahre 2006 um über 1.000 Euro geringer als bei einem Arbeiter in der Industrie. (taz 17.02.07)

Reallohnabbau: Im Jahr 2006 sind die Löhne und Gehälter zum zweiten mal in Folge geringer gestiegen als der Anstieg der „Verbraucherpreise“. Arbeiterinnen und Arbeiter verdienen 1,5 Prozent mehr; Angestellte 1,2 Prozent mehr als 2005 – für sie war es der geringste Lohnanstieg seit 1995. Die „Verbraucherpreise“ stiegen dagegen um 1,7 Prozent. (jW 30.01.07)

Die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern mit niedrigem Einkommen ist um zehn Jahre geringer als von Männern mit hohem Einkommen. Bei Frauen beträgt der Unterschied fünf Jahre. (taz 14.02.07)

Im Jahre 2006 erhielten 500.000 Erwerbslose vom Arbeitsamt sogenannte Sperrzeiten, in denen ihnen das Arbeitslosengeld zeitweilig gestrichen wurde. Für Erwerbslose, die mit ALG-II leben müssen wurde am 1. Januar 2007 die Sperrzeitregelung nochmals verschärft. Ihnen kann nicht nur jede Geldzahlung, sondern auch die Übernahme der Miet- und Heizkosten gestrichen werden. Ausgegeben werden dann nur noch Lebensmittelgutscheine. Laut Pressesprecher der Bundesagentur für Arbeit, soll diese Verschärfung eine „erzieherische Wirkung“ haben. (jW 06.01., 13.01.07)

Zehn SS-Mörder in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt

Am 13. Januar verurteilte das Militärgericht im italienischen La Spezia zehn SS-Mörder zu einer lebenslangen Haftstrafe und zur Zahlung von 100 Millionen Euro an Überlebende und Angehörige der Opfer. Die SS-Mörder massakrierten 1944 im Dorf Marzabotto bei Bologna 955 Menschen – vor allem Frauen, Kinder und Alte. Bereits im Juni 2005 wurden in Italien zehn SS-Mörder wegen eines Massakers in Sant' Anna zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt.

Alle Mörder leben nach wie vor unbehelligt in Deutschland. Sie müssen nicht nur keine Auslieferung nach Italien befürchten, sie wurden hierzulande noch nicht einmal angeklagt. (jW 17.01.07)

Hakenkreuze für die Schüler

Während Antifaschistinnen und Antifaschisten wegen Hakenkreuze verurteilt werden, die in antinazistischen Materialien verwendet werden, steht ein Ermittlungsverfahren gegen die Military Air Systems der EADS wegen geringer Schuld kurz vor der Einstellung. Die Nachfolgefirma der Messerschmitt AG des

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politisch/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
 Speyerer Str. 23
 60327 Frankfurt/M.
 Fax: 069/730920

Nazi-Wehrwirtschaftsführers Messerschmitt hatte an 15.000 Schülerinnen und Schüler kostenlose Hausaufgabenhefte verteilt, in denen u. a. ein Flugzeug mit Hakenkreuz zum ausmalen abgebildet war. (anna 25.01.07)

Relativierung des Völkermordes an den Armeniern durch die Linksfraktion

Nachdem der Abgeordnete Keskin der Linksfraktion den Völkermord an den Armeniern 1914/15 durch Türken unter Mittäterschaft der Deutschen wiederholt öffentlich geleugnet hatte, forderte im Dezember letzten Jahres der Zentralrat der Armenier in Deutschland in einem Schreiben den Vorstand der Linksfraktion auf, sich von diesen Äußerungen und diesem Abgeordneten zu distanzieren.

Der Vize der Linksfraktion, Ramelow, antwortete, er halte die Meinung von Keskin für einleuchtend. Er warf dem Zentralrat der Armenier vor, sie verzichten auf eine „sachliche Auseinandersetzung“ und sie instrumentalisieren die Opfer „völlig ohne Augenmaß“. Es gebe „Raum für Interpretationen“, da unschuldige Türken durch Racheakte von Armeniern ums Leben gekommen seien. Entgegen allem bisherigen Erkenntnisstand, der den Völkermord beweist, erhob er die Forderung: „Die Ereignisse des gesamten Zeitraums müssen objektiv, für beide Seiten nachvollziehbar geklärt werden.“

(jW 08.01.07)

Antisemitismus in Deutschland

In der Nacht zum 26. Januar, einen Tag vor dem Gedenktag zur Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, verübten Nazis in Verden (Niedersachsen) einen Brandanschlag auf ein Eisenbahnwaggon der Reichsbahn. Der Waggon, der vor drei Jahren von Schülerinnen und Schüler des Berufsschulzentrums als Holocaustmahnmal eingerichtet worden war, brannte vollständig aus. Die Ausstellungsstücke im Waggon wurden zerstört. (taz 27.01.07)

Mitte Februar wurde der Prozess gegen den Antisemiten Zündel vor dem Landgericht Mannheim beendet, der u. a. wegen Volksverhetzung angeklagt war. Zündel, der den Holocaust leugnete, wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt. Im Verlaufe des Prozesses betonte der Richter, es sei völlig unerheblich ob der Holocaust stattgefunden habe oder nicht. Seine Leugnung stehe unter Strafe; nur das zähle vor Gericht. (taz 09.02., 16. 02.07)

Ende Februar wurde in Berlin ein jüdischer Kindergarten verwüstet. Das Gebäude und auch Spielzeug wurden mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen beschmiert, mehrere Scheiben wurden eingeschlagen und eine Rauchbombe ins Haus geworfen. (FR 27.02.07)

Allein in Nordrhein-Westfalen stieg nach offiziellen Angaben im Jahre 2006 die Zahl antisemitischer Staftaten gegenüber dem Vorjahr um 60 auf 270. (Jungle World 21.02.07)

Nazis in Staatsdiensten

In Anklam (Mecklenburg-Vorpommern) besuchte der Leiter des Ordnungsamtes privat eine Nazi-Veranstaltung, auf der u. a. offen gegen jüdische Menschen gehetzt wurde. Die dort propagierte Meinung, dass das Deutsche Reich noch immer bestehe, bezeichnete der Ordnungsamtsleiter in einem Fernsehinterview als „sehr interessant“. Er wurde anschließend vorübergehend beurlaubt. Die sieben Politiker, die darüber entschieden, hielten sein Verhalten für nicht so schlimm. Zwei waren gegen die Beurlaubung, zwei enthielten sich der Stimme. (taz 20.01.07)

In Dortmund steht seit Anfang Januar ein Stadtbeamter vor Gericht. Er hat im Juli 2005 einen Mann aus Nigeria in aller Öffentlichkeit rassistisch beleidigt und ihm gegenüber das Nazi-Regime glorifiziert. Anschließend schlug er auf ihn ein. Vor Gericht bezeichnete er die Aussagen seines Opfers als „widerliche Schutzbehauptung“. (taz 05.01.07)

Gegen einen Beamten des Landeskriminalamtes Brandenburg wurde Anfang Januar ein Disziplinarverfahren eröffnet. Er hatte im November letzten Jahres in Seelow an einem Nazi-Aufmarsch teilgenommen. Bislang war er völlig offen in seiner Behörde als NPD-Anhänger aufgetreten. Zu seinem eigenen Schutz wurde der Nazi vorläufig mit anderen „Dienstgeschäften“ beauftragt. (jW 24.01.07)

DVU-Chef Frey bewaffnet

Das Verwaltungsgericht München hat Ende Januar eine Entscheidung der Regierung Oberbayerns aufgehoben, nach der dem Chef der Nazi-Partei DVU, Frey, die Verlängerung seines Waffenscheins verweigert wurde. Laut Gericht muss Frey in der Öffentlichkeit eine Waffe tragen, damit seine „Betätigungsfreiheit“ nicht gefährdet werde, er könne sich sonst nicht wie bisher für die DVU engagieren. Frey ist berechtigt einen Revolver, Kaliber 38, zu tragen. (jW 07.02.07)

Nazi-Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkunft

Mehrere Nazis verübten am 6. Januar in Sangerhausen (Sachsen-Anhalt) einen Brandanschlag auf eine von 15 Flüchtlingen bewohnte Unterkunft. Morgens um 5 Uhr warfen sie drei Brandflaschen in das Gebäude. Die Bewohner konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Seitdem halten die Flüchtlinge die Tür verschlossen und öffnen sie nur noch Leuten, die sie kennen. (taz 09.01.07)

Ausschnitte der Anti-Nazi-Kämpfe

In Magdeburg protestierten am 13. Januar knapp 700 Menschen gegen einen Aufmarsch von 350 Nazis, die gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition vor 62 Jahren hetzten. (taz 15.01.07)

An einer Kundgebung in Sangerhausen gegen den Nazi-Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft beteiligten sich am 13. Januar ca. 150 Menschen, unter ihnen etwa 70 bis 80 Einwohner des Ortes. Auch die Flüchtlinge nahmen an der Kundgebung teil und informierten die Anwesenden über die menschenunwürdigen Zustände in der Unterkunft. Anschließend demonstrierten 50 Antifas lautstark durch den Ort, um auch den Rest der Einwohner über diese Zustände zu informieren. (anna 08.02.07)

Gegen einen Aufmarsch von 200 Nazis der NPD am 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag, demonstrierten 1.400 Menschen in Frankfurt/Oder. (FR 29.01.07)

Ebenfalls am 27. Januar fanden auf mehreren deutschen Bahnhöfen und in Zügen Kundgebungen und Aktionen statt, um an die Verantwortung der deutschen Bahn insbesondere für den Transport von 11.000 Kindern von Paris nach Auschwitz zu erinnern. Insgesamt hat die Reichsbahn 3 Millionen Menschen in die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis transportiert. Nach wie vor weigert sich die Bahn eine Ausstellung auf mehreren Bahnhöfen, die an die verschleppten Kinder erinnern soll, zuzulassen. Auf einem Bahnhof in Berlin wurde während der Protestaktionen dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Redeverbot erteilt und den Protestierenden mit einem Polizeieinsatz

gedroht, ähnlich auf einem Bahnhof in Halle. In Göttingen wurde eine provisorisch aufgestellte Ausstellung von Mitarbeitern der Bahn zerstört. In Aachen wurde der Bahnhof gewaltsam geräumt. (anna 08.02.07)

Am 13. Februar rotteten sich in Dresden 2.000 Nazis zusammen, um gegen die gerechte und notwendige Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition vor 62 Jahren zu hetzen. 1.300 Antifas demonstrierten gegen die Nazis. Trotz massiven Polizeiaufgebots konnte der Nazi-Aufmarsch blockiert werden. Am selben Tag protestierten aus dem gleichen Anlass in Krefeld 4.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. (jW 15.02.07)

In Hildesheim demonstrierten am 24. Februar 5.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 170 Nazis, der von 1.700 Polizisten geschützt wurde. Es war die größte Demonstration in der Geschichte der Stadt, die von einem breiten Bündnis, angefangen von Antifas über Gewerkschafter bis hin zu den Kirchen getragen wurde. (jW 28.02.07)

Streikkämpfe während der Arbeitszeit

Gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahren fanden im Januar und Februar große Protestaktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter statt, die während der Arbeitszeit durchgeführt und von den Kapitalisten als politische Streiks wütend bekämpft wurden.

Am 16. Januar protestierten ca. 8.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus 17 Betrieben im Saarland. Insgesamt 25.000 Werkstätige aus 100 Betrieben protestierten in der vorletzten Januarwoche in Nordrhein-Westfalen. In der letzten Januarwoche streikten in Baden-Württemberg Werkstätige aus ebenfalls 100 Betrieben gegen die Rente mit 67. Allein am 30. Januar streikten bundesweit 63.000 Arbeiterinnen und Arbeiter, einen Tag später waren es bereits 76.000 – und die Proteste rissen auch im Februar nicht ab. (jW 17.01, 27.01, 31.01, 01.02.07)

Streik in Ägypten

Am größten Streik in der ägyptischen Textilbranche seit 1988 und gleichzeitig dem größten Streik in den letzten Jahren im Land beteiligten sich im Dezember in Mahala 20.000 Beschäftigte, unter ihnen knapp 5.000 Frauen. Der Streik entzündete sich an der Weigerung der Textilkapitalisten die Jahresendprämie auszuzahlen, worauf am 7. Dezember die Werkstätigen die Arbeit einstellten, die Betriebe besetzten und auf den Straßen der Stadt demonstrierten. Auf den Demonstrationen wurden neben den schlechten Arbeitsbedingungen auch Gewerkschaftsführer kritisiert, denen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten vorgeworfen wurde. Die Polizei, die zu mehreren Tausend aufmarschiert war, hielt sich angesichts der Massen zurück. Der über mehrere Tage laufende Streik war hinsichtlich seines Auslösers erfolgreich – die Streikenden konnten sich die Auszahlung der Prämie erkämpfen. (jW 09.01.07)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (die tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten).

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 2/07 (März bis April 2007)

Fortdauernde und verstärkte Auslandseinsätze des deutschen Militärs

Am 9. März beschloss der Bundestag den Einsatz von sechs Tornado-Kampfflugzeugen in Afghanistan, die zu Spionageflügen verwendet werden sollen. Die Verlegung der Flugzeuge erfolgte Anfang April. Insgesamt werden für diesen Einsatz 500 weitere deutsche Soldaten in Afghanistan stationiert. Zur Zeit befinden sich bereits 2.900 deutsche Soldaten im Land. Ende März forderte der führende SPD-Politiker Klose die Bundesregierung auf, Kampftruppen nach Afghanistan zu entsenden. (FR 10.03.07, jW 14.03, 29.03.07)

Der Einsatz deutscher Soldaten in Sudan wurde Ende April durch den Bundestag bis Mitte November dieses Jahres verlängert. Derzeit befinden sich 39 Soldaten der Bundeswehr und fünf deutsche Polizisten im Land. Anfang März sprach sich Kriegsminister Jung für einen Militäreinsatz in der Provinz Darfur aus. (FR 28.04.07, jW 02.03.07)

Die deutschen Truppen in Kosovo wurden Anfang April um weitere 500 Soldaten verstärkt. Damit befinden sich über 2.900 Soldaten der Bundeswehr in diesem Gebiet. (taz 03.04.07)

Im Jahre 2006 betrugen die Gesamtkosten der Auslandseinsätze der deutschen Armee insgesamt 894 Millionen Euro. (taz 23.04.07)

Polizeitruppe gegen Flüchtlinge im Aufbau

Die Innenminister der EU beschlossen am 20. April den Aufbau einer 450 Personen starken Polizeitruppe, die im Rahmen der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex auf Anforderung den Staaten zur Verfügung gestellt wird, die verstärkt gegen Flüchtlinge vorgehen wollen. Deutschland ist an der Sondertruppe führend beteiligt und stellt 100 Polizisten zur Verfügung, die eine Spezialausbildung erhalten sollen. Insgesamt stehen der Polizeitruppe 116 Schiffe, 27 Hubschrauber und 21 Flugzeuge zur Verfügung, auf die sie nach Bedarf zurückgreifen kann. (FR 21.04.07)

Anfang März begann in Lübeck die deutsche Bundespolizei die Ausbildung von Grenztruppen aus sämtlichen EU-Staaten, die an den europäischen Außengrenzen zur Flüchtlingsabwehr stationiert werden sollen. (PB 09.03.07)

Kampf von Flüchtlingen gegen Frontex

Anfang April wollte ein spanisches Schiff der Frontex-Behörde vor der mauretanischen Küste ein Boot mit Flüchtlingen abfangen. Die afrikanischen Flüchtlinge bewarfen das Schiff mit Brandsätzen und stachen auf ein Schlauchboot ein, mit dem die Polizei versuchte sich dem Flüchtlingsschiff zu nähern. Die Polizei flüchtete und überwachte die Afrikaner aus der Luft. Erst vor Gran Canaria gelang es der spanischen Küstenwache das Boot zu entern. Die 57 Flüchtlinge wurden einzeln an einem Beamten vorbeigeführt, der einzelne herauswinkte, die dann umgehend eingesperrt wurden. Ihnen droht nun ein Prozess wegen des Angriffs auf das Schiff der EU-Behörde.

Dieser Angriff auf die Polizei war der erste bekannt gewordene militante Kampf von Flüchtlingen an den Außengrenzen der EU gegen das europäische Grenzregime.

Im Februar wurden 369 Flüchtlinge von der spanischen Polizei in einem ehemaligen Fischlager interniert, um sie nach und nach abzuschicken. 23 Flüchtlinge befinden sich immer noch dort. Am 7. April begannen sie einen Hungerstreik, um gegen ihre unerträgliche Lage zu protestieren. (taz 11.04.07)

Zu den Zuständen in der Bundeswehr

Mitte April wurde ein Video öffentlich bekannt, in dem ein Soldat bei einer Schießausbildung aufgefordert wurde, sich vorzustellen, er sei in der Bronx und schieße auf Afroamerikaner. (jW 16.04.07)

Mitte März wurde bekannt, dass eine Nazi-Band sich für einen Auftritt im April vorbereitete, der auf dem Gelände des Bundeswehr-Fliegerhorstes in Leipheim stattfinden soll. (jW 20.03.07)

In Dresden wurden Anfang April an der Heeres-Offiziersschule eine Hakenkreuz-Fahne und eine Reichskriegsflagge aufgehängt und waren durch ein Fenster über mehrere Stunden von außen sichtbar gewesen. Die Fahnen dienten der „politischen Bildung“ der Soldaten. (FR 12.04.07)

Suizid eines aus Deutschland abgeschobenen Flüchtlings

Im März 2002 wurde die aus Rumänien stammende Familie Mogo aus Deutschland abgeschoben, wo sie seit 1990 lebten. Während der Abschiebung bedrohten BGS-Beamte den Vater mehrmals mit einer Pistole und legten ihn und seine drei Kinder in Handschellen. Die Familie weigerte sich in Rumänien einzureisen. Da sie bereits vor der Abschiebung ihre Pässe abgaben, galten sie als Staatenlos. Seit ihrer Abschiebung lebten sie in einer Hütte im Transitbereich eines Bukarester Flughafens. Ende März wurde bekannt, dass der Vater sich Mitte des Monats dort erhängt hat. (FR 26.03.07)

Hartz IV

Die WASG, die mit Parolen wie „Weg mit Hartz IV“ und „Keine Ein-Euro-Jobs“ in der Öffentlichkeit auftritt, zog im September letzten Jahres in Berlin-Kreuzberg/Friedrichshain ins Bezirksparlament ein. Unter ihnen eine Frau Waldukat, die gemeinsam mit ihrem Mann, der ebenfalls kandidierte, seit 2004 eine private Beschäftigungsagentur betreibt, die „Ein-Euro-Jobber“ vermittelt. Die Vermittlung erfolgt mit der üblichen Drohung einer Meldung beim Jobcenter bei Nichtantritt der Zwangsarbeit. Im Wahlkampf wurden von den Waldukats diesbezügliche Fragen nicht beantwortet. Mittlerweile erörtert die WASG-Fraktion im Bezirksparlament die Frage nach der Möglichkeit für den „unterstützten Einsatz“ von Ein-Euro-Jobbern. (jW 17.04.07)

Streiflichter des täglichen Arbeitsplatzabbaus

Der Airbus-Konzern streicht 3.700 Arbeitsplätze – europaweit 10.000, davon allein in Frankreich 4.300. Der Bayer-Konzern baut hierzulande 1.500 Arbeitsplätze ab – weltweit 6.100. Der Versicherungskonzern AMB Ge-

nerali wird bis Ende 2008 1.000 Stellen zusätzlich streichen. Der Arzneimittelhersteller Nycomed streicht in Deutschland 930 Arbeitsplätze – weltweit 1.250. Der Versicherungskonzern Axa streicht bis Ende 2009 1.200 Stellen. Siemens will, laut IG-Metall, durch Schließung mehrerer Produktionsstandorte bis zu 5.000 Stellen in Deutschland streichen. (taz 01.03, 03.03, 05.04.07, FR 15.03, 22.03, 26.04.07)

Weiter steigende Kinderarmut

Allein von 2005 bis 2006 stieg die Zahl der von Sozialleistungen abhängigen Minderjährigen um über 10 Prozent auf knapp 1,9 Millionen. Das entsprach etwa 16 Prozent aller in Deutschland lebenden unter 15jährigen. (jW 24.04.07)

Weiter steigende Strompreise

Seit dem Jahr 2000 stieg der Strompreis um 46 Prozent. Ein Ende der Steigerung ist nicht abzusehen. Der Chef des Energiekonzerns Eon kündigte Ende März an, die „Stromkunden“ müssen sich auf erhebliche Kostensteigerungen vorbereiten. Eon hatte zuletzt für die versuchte Übernahme des spanischen Energiekonzerns Endesa 42 Milliarden Euro geboten. (taz 26.03.07, FR 17.04.07, jW 04.04.07)

Huldigung eines Nazi-Richters

Anfang April starb der berühmte Nazi-Richter, Angehörige der SA und ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg Filbinger. Von 1943 an war er in 169 Verfahren als Marinerichter und in 69 Verfahren als Ankläger für Nazi-Deutschland tätig. Er verhängte Gefängnisstrafen und Todesurteile bis zum Kriegsende und darüber hinaus. Noch am 1. Juni 1945 verurteilte er einen Matrosen wegen „Fahnenflucht“ zu über einem Jahr Gefängnis.

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politisch/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

Oettinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, hielt einen Nachruf auf den Nazi-Richter. In diesem behauptete er, Filbinger sei ein Nazi-Gegner gewesen, niemand sei durch ein Urteil von ihm ums Leben gekommen und er sei „eine herausragende prägende Persönlichkeit“. Erst nach mehreren Tagen – in denen er unterstützt wurde von der CDU, der NPD und den „Republikanern“ –, infolge breiter öffentlicher Kritik, distanzierte Oettinger sich formal von seinem Nachruf. (jW 04.04, 17.04, 25.04.07, FR 13.04.07)

Ein Gerichtsurteil zur Nazi-Zwangsarbeit

In Leipzig hat das Bundesverwaltungsgericht am 28. Februar über die Entschädigung für ein Grundstück entschieden, welches 1949 enteignet wurde. Der Besitzer hatte eine leitende Stellung in einem Nazi-Rüstungsbetrieb, in dem Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene arbeiten mussten. Laut Gerichtsurteil lag bei dieser Zwangsarbeit angeblich kein Verstoß gegen „Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit“ vor, die Umstände der Rekrutierung der Zwangsarbeiter spielen angeblich keine Rolle und die Unterstützung des Ziels, den Krieg zu gewinnen, bedeutet angeblich nicht, dass der Rüstungsbetrieb dem Nazi-System erheblich Vorschub geleistet hätte. (jW 03.03.07)

Antisemitismus bei der Polizei

Ende Februar wollte Isaak Behar in der Berliner Landespolizeischule eine Klasse über den Holocaust unterrichten. Der 83jährige, der den Holocaust überlebte, verlor seine gesamte Familie in Auschwitz. Die zukünftigen Polizisten – alle – erklärten ihm kurzerhand, sie wollten darüber nichts hören. Einzelne fügten noch hinzu, dass Juden damals reiche Menschen gewesen seien. Das anwesende Aufsichtspersonal hüllte sich in Schweigen. (taz 21.03.07)

Michel Friedman, der ehemalige Vizepräsident des Zentralrates der Juden, bekam während seine Amtszeit von Staats wegen Personenschutz gestellt. Wie Mitte März bekannt wurde, waren mehrere dieser Personenschützer Nazis gewesen. Einer posierte in SS-Uniform und verteilte „im Namen des Führers“ Urkunden an andere Personenschützer, ein anderer sammelte Nazi-Lieder, ein dritter leugnete den Holocaust. Der Dritte wurde nach seiner Leugnung des Holocaust als Personenschützer abgesetzt und arbeitet heute als Polizeiausbilder. (jW 15.03.07, taz 22.03.07)

Kurze Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Am 22. Februar wurde in Krefeld (Nordrhein-Westfalen) ein Afrikaner von zwei Nazis rassistisch beleidigt und anschließend in einer Straßenbahn mit einer Flasche geschlagen und dabei schwer verletzt.

Ebenfalls schwer verletzt wurde am 10. März in Dahlwitz-Hoppegarten (Brandenburg) ein dunkelhäutiger Berliner, der von mehreren Nazis rassistisch beschimpft und anschließend geschlagen wurde.

In einer S-Bahn zwischen Berlin und Henningsdorf (Brandenburg) wurde in der Nacht zum 31. März ein 56jähriger aus Burundi von mehreren Nazis überfallen. Das Opfer wurde am nächsten Morgen desorientiert in Henningsdorf aufgefunden. Im Krankenhaus stellte man schwere Kopfverletzungen an ihm fest. Er verlor dort das Bewusstsein und lag noch Mitte April im Koma.

Während einer Antifa-Demo Mitte April in Wismar (Mecklenburg-Vorpommern) beschossen Nazis die Antifaschistinnen und

Antifaschisten mit Schleudern, die mit Stahlkugeln versehen waren. Ein Antifa wurde dadurch am Kopf verletzt.

Am 20. April wurde in Prenzlau (Brandenburg) ein Mann aus Indien von einem Nazi so schwer zusammengeschlagen, das gegen den Nazi Haftbefehl wegen versuchten Mordes beantragt wurde.

(Jungle World 07.03, 21.03, 11.04, 25.04.07, jW 16.04.07, FR 28.04.07)

Nazi-Wehrlager

Eine Nazi-Gruppe hatte im Juli letzten Jahres in Wilsum (Niedersachsen) in einem Camp für den „nationalen Kampf“ trainiert. Im Camp standen Wegweiser mit Aufschriften wie „Wolfsschanze“ oder „Hitlerjugend“. Geübt wurden u. a. der Umgang mit Schusswaffen. Auf Fotos dokumentiert ist auch eine Scheinhinrichtung mit einer Machete. Ende April wurde bei 26 Nazis, die an dem Camp teilnahmen, eine Razzia durchgeführt. Die Nazis im Alter von 15 bis 51 Jahren verfügten über scharfgemachte Maschinengewehre, Pistolen, Kleinkalibergewehre, Fallbomben, Munition, Macheten, Wurfsterne und Totschläger. (taz 28.04.07)

Nazi-Terror in Zahlen

Nach offiziellen Angaben stieg im Jahre 2006 die Zahl der Nazi-Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent. Insgesamt wurden über 18.100 Nazi-Straftaten registriert, davon über 1.100 Gewalttaten. (taz 02.04.07)

Im Januar diesen Jahres wurden nach offiziellen vorläufigen Angaben 900 Nazi-Straftaten verübt. (jW 19.03.07)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

Im Dorf Gonzerath (Rheinland-Pfalz) – ein Örtchen mit 1.200 Einwohnern – protestierten am 3. März 2.000 Menschen gegen ein Schulungszentrum der NPD. Fast die gesamte Ortsbevölkerung nahm an der Demo teil. Eine antifaschistische Resolution der Bevölkerung hing in allen Geschäften und öffentlichen Gebäuden aus. An vielen Häusern hingen Transparente gegen die Nazis. Noch vor einer antifaschistischen Kundgebung demonstrierten die Einwohner spontan durch den Ort; an der Spitze die Freiwillige Feuerwehr. Angesichts dieser Proteste mussten die Nazis die Einweihungsfeier ihres Zentrums absagen.

1.800 Schülerinnen und Schüler demonstrieren am selben Tag in Köln gegen den Nazi-Verein „Pro-Köln“.

Ebenfalls am 3. März protestierten mehrere hundert Antifas auf zwei Kundgebungen gegen einen „Heldengedenken“ von 300 Nazis in Halbe (Brandenburg), wo 20.000 Nazi-Soldaten begraben liegen.

Gegen einen Aufmarsch von 170 Nazis in Minden (Nordrhein-Westfalen) demonstrieren am 17. März 1.000 Menschen. 850 Polizisten schützten den Nazi-Aufmarsch. Eine Antifa-Blockade wurde über mehrere Stunden von der Polizei eingekesselt.

In Lübeck protestierten 4.000 Menschen Ende März gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis, der von 1.700 Polizisten geschützt wurde. Mehrmals gelang es den Nazi-Aufmarsch durch Blockaden zu stoppen.

Am selben Tag versammelten sich in Dortmund 1.000 Antifas zum Gedenken an den vor zwei Jahren von Nazis ermordeten Thomas Schulz.

500 Schülerinnen und Schüler demonstrieren am 20. April in Butzbach (Hessen) gegen die Nazi-Aktivitäten im Landkreis.

In Essen demonstrieren am 21. April 600 Menschen gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis.

Gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis protestierten am 28. April in Paderborn 2.000 Menschen.

(taz 03.03, 05.03, 23.04, 30.04.07, jW 05.03, 19.03.07, anna 08.03.07, FR 21.04.07)

Militante Kämpfe in Dänemark

Am 1. März überfiel die Polizei in Kopenhagen mit Hubschraubern ein Jugendzentrum um es zu räumen. Anschließend kam es in der Stadt zu schweren, über mehrere Tage andauernden Kämpfen zwischen den Jugendlichen und der Polizei. Die Polizei ging dabei mit großer Brutalität vor. Innerhalb weniger Tage wurden 670 Jugendliche, teilweise erst 13 Jahre alt, und auch Eltern, die gegen das Vorgehen der Polizei protestierten, festgenommen. 140 der Festgenommenen kamen aus anderen Ländern, die angereist waren, um die dänischen Jugendlichen zu unterstützen. Neben dem Jugendzentrum wurden in diesen Tagen noch zehn weitere Häuser geräumt.

Europaweit versammelten sich tausende Jugendliche in den Tagen nach der Räumung zu Solidaritäts- und Protestdemonstrationen mit teilweise militantem Charakter, so in Amsterdam, in Oslo und in Bern. Auch in Deutschland kam es in diesem Zusammenhang in vielen Städten zu großen Demonstrationen und zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. (FR 02.03.07, taz 05.03, 12.03.07, jW 09.03.07)

Bewaffnete Kämpfe in Indien

Im März stürmten im indischen Bundesstaat Chhattisgarh hunderte revolutionäre Kämpferinnen und Kämpfer ein Polizeilager, setzten es mit Handgranaten und Benzinbomben in Brand und erbeuteten Waffen und Sprengstoff. 49 Soldaten und Polizisten kamen dabei ums Leben. (taz 16.03.07)

In Nandigram, im Bundesstaat Westbengalen, verschärften sich die Proteste der Bäuerinnen und Bauern gegen die Enteignung ihres Landes zugunsten einer Chemiefabrik. Seit Januar diesen Jahres hatten sie die Zufahrtsstraßen zum Ort durch Barrikaden gesperrt. Im März ließ die Landesregierung, eine Koalition der revisionistischen „Kommunistischen Partei Indiens – Marxisten“ (CPI-M) und weiterer revisionistischer Organisationen, 5.000 Polizisten gegen die Protestierenden aufmarschieren, die sich mit Steinwürfen gegen den Angriff wehrten. Insgesamt kamen zwölf der Protestierenden ums Leben, 50 wurden verletzt. Bereits im Januar kamen bei ähnlichen Kämpfen fünf Protestierende ums Leben. Nach den militanten Kämpfen gab die Landesregierung bekannt, die Chemiefabrik nicht in dieser Region zu errichten. (Jungle World 21.03, jW 16.03.07)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (die tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten).

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 3/07. (Mai bis Juni 2007)

Einsatz der deutschen Armee, der deutschen Polizei und des deutschen Geheimdienstes im Ausland

Mitte Juni verlängerte der Bundestag den Einsatz deutscher Soldaten in **Kosovo** um ein weiteres Jahr. Insgesamt befinden sich 2.200 Soldaten der Bundeswehr in diesem Gebiet. (jW 22.06.07) Ebenfalls Mitte Juni wurde der Einsatz der Bundeswehr im **Sudan** um ein halbes Jahr verlängert. (taz 15.06.07)

Anfang Juni beschloss das Bundeskabinett 60 Polizisten im Rahmen der Polizeimission Europol in **Afghanistan** einzusetzen. Kommandeur dieser Polizeitruppen wird der ehemalige Chef der „Eliteinheit“ KSK Eichele. (FR 08.06.07)

Die europäische Grenzschutzbehörde Frontex, an der Deutschland führend beteiligt ist, begann Ende Juni einen mehrmonatigen Einsatz im Gebiet zwischen Sizilien und Libyen, um afrikanische Flüchtlinge zu jagen und abzufangen. (FR 26.06.07)

Der Bundesnachrichtendienst hat in **Slowenien**, gemeinsam mit dem slowenischen Geheimdienst SOVA, Telefonate in mehreren Balkanstaaten angezapft. (jW 31.05.07)

Laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri war Deutschland im Jahre 2006 nach den USA und Russland der weltweit drittgrößte Exporteur von Militärmaterial. Die deutschen Exporte stiegen von 1,5 auf 3,8 Milliarden Dollar. (FR 12.06.07)

Militante Kämpfe und Proteste gegen den G8-Gipfel – Polizeistaatlicher Terror und Hetze gegen die Kämpfenden

Landesweit wurden 35.000 Polizisten eingesetzt, um die Proteste gegen den G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm zu unterdrücken; allein in Rostock/Heiligendamm marschierten 16.000 Polizisten auf. Eingesetzt wurden auch mehrere tausend Mann der berüchtigte Spezialeinheit GSG 9, des Bundeskriminalamtes und der Bundeswehr, die sich mit Marinebooten, gepanzerten Fahrzeugen und Flugzeugen an der Unterdrückung der Proteste beteiligte. Heiligendamm selbst wurde mit einem zwölf Kilometer langen Sicherheitszaun, versehen mit Stacheldraht und Überwachungskameras, komplett abgeriegelt.

Bereits im Vorfeld des G8-Gipfels wurde mit massivem polizeistaatlichen Terror versucht die Protestierenden einzuschüchtern. Es fanden Hausdurchsuchungen statt, an denen hunderte Polizisten beteiligt waren. Potentielle Gegnerinnen und Gegner des Gipfels wurden bespitzelt, ihr Briefverkehr wurde überwacht und es wurden sogar „Geruchsproben“ genommen. Um zu verhindern, dass G8-Gegner aus anderen Ländern an den Protesten teilnehmen, sind die Grenzkontrollen wieder aufgenommen worden. Allein bei dieser Grenzüberwachung wurden mindestens 500.000 Personen kontrolliert. Bis zum 5. Juni ist 85 Menschen die Einreise verweigert worden, mindestens 35 wurden verhaftet. Anderen Protestierenden wurde von deutschen Botschaften das Visum verweigert.

Trotz allem beteiligten sich in den Tagen des G8-Gipfels Zehntausende Demonstrantinnen und Demonstranten an den Protesten. Höhepunkt war die zentrale Auftaktdemonstration mit 80.000 Menschen am 2. Juni in Rostock, auf der es zu massenhaften militanten Kämpfen gegen die Polizei kam.

Sofort nach diesen Kämpfen wurde eine umfassende Hetzkampagne gegen die Militanten gestartet. Neben den Medien, den Parteien von Die Linke bis hin zur CDU beteiligte sich an vorderster Linie die Organisation attac an der Kampagne, die sich nicht nur von den militanten Kräften distanzierte, sondern zur Zusammenarbeit mit der Polizei aufrief und sich bereit erklärte, auf zukünftigen Demonstrationen mit Gewalt die fortschrittlichen Kräfte zu terrorisieren.

In den Tagen der Proteste wurden weit über 1.000 G8-Gegner festgenommen, in Käfigen eingesperrt und in Schnellgerichtsverfahren zu hohen Haftstrafen verurteilt. Demonstrierende wurden massiv schikaniert und misshandelt. Bundeswehr-Hubschrauber und Tornado-Kampfflugzeuge überflogen die Camps der Protestierenden und der Geheimdienstapparat schickte seine Spitzel unter die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Zum Ende des G8-Gipfels gelang es Tausenden Heiligendamm so zu blockieren, dass die Ortschaft auf dem Landwege nicht mehr zu erreichen war.

Landesweit fanden unmittelbar nach dem Ende des G8-Gipfels Solidaritätsdemonstrationen statt, die sich gegen die Polizeigewalt richteten. So demonstrierten am 8. Juni in Berlin ca. 800 Menschen, gegen die 1.000 Polizisten aufmarschierten; die von mehreren Hubschraubern unterstützt wurden.

Auch international gab es Solidaritätsdemonstrationen und -aktionen. In Griechenland etwa wurden mehrere Aktionen gegen deutsche Einrichtungen durchgeführt.

(Jungle World 09.05., 13.06., FR 10.05., jW 14.05., 07.06., 08.06., 11.06., 21.06., taz 29.05., 26.05., 04.06., 09.06.)

Der deutsche Staat forciert massenhafte Abschiebungen

Das „Bundesamt für Migration“ stellt die Weichen, um Tausende in Deutschland lebende Flüchtlinge aus dem **Irak** abzuschleppen. Massenhaft entzieht die Behörde Flüchtlingen, die in der Vergangenheit als „Asylbewerber“ anerkannt wurden, ihren Flüchtlingsstatus. 18.000 Irakerinnen und Iraker hat das Bundesamt bis Ende 2006 die Anerkennung als Flüchtlinge genommen. Als Vorwand wird angeführt, dass im Irak nach dem Sturz des Saddam Hussein-Regimes angeblich keine „extreme Gefährdung“ mehr bestehe. Dabei ist die Zahl der irakischen Flüchtlinge laut UNHCR auf 4,2 Millionen angestiegen. (taz 28.06.07)

Im vergangenen Jahr sind offiziell 13.060 Menschen auf dem Luftweg aus Deutschland abgeschoben worden. Dazu kamen über 800 Abschiebungen auf dem Landweg. Am häufigsten wurde nach Serbien und Montenegro (1.884 Menschen) und in die Türkei (1.834 Menschen) abgeschoben. (anna 14.06.07)

Proteste gegen Abschiebungspolitik

In **Rostock** demonstrierten im Zusammenhang mit den Protesten gegen G8 am 4. Juni 2007 in Rostock weit über 10.000 Menschen gegen die staatliche Abschiebungspolitik. Tausende Polizisten und Spezialeinheiten schikanierten und behinderten die Demonstration über mehrere Stunden, was schließlich zum vorzeitigen Abbruch der Demonstration führte. (taz 05.06.07) In **Dessau** demonstrierten am 23. Juni 07 zirka 1.000 Menschen, um an Oury Jalloh zu erinnern, der am 7. Januar 2005 an Händen und Füßen gefesselt in

einer Dessauer Polizeizelle verbrannte. (anna 14.06.07)

Brutaler Nazi-Überfall in Halberstadt

In der Kette der nicht abbreißenden Nazi-Überfälle steht die brutale Nazi-Attacke in **Halberstadt**. Dort überfielen in der Nacht vom 6. auf den 7. Juni acht Nazi-Schläger auf der Straße vor einer Kneipe 14 Schauspielerinnen und Schauspieler. Die Nazis prügeln und traten auf die Mitglieder des Theaterensembles ein, auch, als einige von ihnen bereits verletzt am Boden lagen. Fünf Mitglieder des Ensembles mussten in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Sie erlitten Augenverletzungen, einigen wurden Zähne ausgeschlagen, einer hatte einen Nasenbeinbruch. Das alles geschah vor den Augen der Polizei. Der Theaterintendant sagte dazu: „die Polizei hat nichts unternommen“, „die standen einfach rum und haben die Täter laufen lassen – die sind seelenruhig davon spaziert.“ Obwohl zwanzig Polizisten vor Ort waren und einige Verdächtige sich noch in Sichtweite befanden, gab es keine Festnahmen. Lediglich einer der Haupttäter wurde in der Nähe des Tatorts zunächst festgenommen, nach Aufnahme seiner Personalien aber wieder laufen gelassen, obwohl er vorbestraft und nur zur Bewährung auf freiem Fuß war. Andere Kneipenbesucher hatten den Nazi-Überfall schaulustig beobachtet, sind aber nicht dagegen eingeschritten. (taz 11.06.07, jW 12.06.07, taz 14.06.07)

Ausschnitte aus den Anti-Nazi-Kämpfen

Am 1. Mai: In **Dortmund** protestierten rund 2.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von zirka 1.500 NPD-Nazis und anderen Nazi-Gruppen. Der geplante Nazi-Großevent am 1. Mai in Dortmund konnte durch entschlossenes antifaschistisches Vorgehen (vor allem Blockaden) massiv behindert werden. Zum Schutz der Nazis ging die Polizei mit brutaler Gewalt gegen Antifas vor. In **Erfurt** protestierten zirka 2.500 Antifas gegen die von der Polizei geschützten rund 1.300 Nazis. An einer Sitzblockade auf der Route der Nazis beteiligten sich 1.000 Antifas. In **Raunheim** und **Rüsselsheim** bei Frankfurt protestierten 1.000 Antifas mit stellenweise massiven Protestaktionen und Blockadeversuchen gegen den Aufmarsch von rund 200 Nazis; der von mehr als 1.000 Polizisten geschützt wurde. (jW 02.05., Frankfurter Info 12.05.)

In **Mittweida** (Sachsen) haben am 10.05.07 rund 2.500 Antifas gegen den Nazi-Terror demonstriert, den die Nazis in dieser Region seit Jahren massiv ausüben. (taz 14.05.07)

Antisemitische Hetze und Attacken

In **Berlin** wurde in der Nacht vom 22. zum 23. April das jüdische Mahnmal in der Levetzowstraße mit einem ein Meter großen Hakenkreuz beschmier. Die jüdische Gedenktafel in der Hansastraße wurde mit einem roten Hakenkreuz besprüht. (Jungle World 02.05.07) Mehrere Nazis schlugen am Abend des 20. Mai in **Berlin**-Mitte in der S-Bahn-Linie 1 einen 16jährigen, der eine Kippa trug, nachdem sie ihn zunächst mit antisemitischen Sprüchen beleidigt hatten. (Jungle World, 30.05.07) Am 8. Juni verwüsteten Nazis den jüdischen Friedhof in **Aschbach** (Bayern). Sie warfen 49 Grabsteine um, von denen mehrere zerbrachen. (Jungle World, 20.6.07) Das Ordnungsamt des thüringischen Ortes **Heiligenstadt** hat den Auftritt einer 16köpfigen Klezmergruppe gegenüber einer NPD-Kundgebung

mit der Begründung verboten, das geplante Konzert sei ein Sicherheitsrisiko, da es zu Konfrontationen mit NPD-Anhängern führen könne. Das Ordnungsamt erteilte schließlich die Genehmigung nur unter der Bedingung, dass die Klezmer-Band verkleinert und der Auftrittsort von der NPD-Kundgebung weg in eine Fußgängerzone verlegt werde. (jW 12.06.07) In Bielefeld besetzten evangelische Gemeindeglieder eine Kirche, um deren Verkauf und Umwandlung in eine Synagoge zu verhindern. (Süddeutsche Zeitung 23.05.07)

Immer mehr Werktätige müssen in Deutschland für Niedrig-Löhne arbeiten

4,5 Millionen Werktätige arbeiten inzwischen offiziell für einen Stundenlohn von weniger als 7,50 Euro brutto, davon 1,5 Millionen sogar für weniger als fünf Euro. (Jungle World 16.05.07) So arbeiten nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts 60 Prozent der rund 46.000 Beschäftigten bei den 750 neuen Post-Zustelldiensten mit Bruttostundenlöhnen von 5 Euro. (taz 18.05.07) Fast fünf Millionen Menschen in Deutschland halten sich mit „Minijobs“ kaum über Wasser, fast 300.000 als „Ein-Euro-Jobber“. Laut einer neuen Studie des DGB hat sich die Zahl der Werktätigen, die nicht von ihrem Erwerbseinkommen leben können, seit der Einführung von „Hartz IV“ um rund 80 Prozent auf mehr als 1,1 Millionen erhöht. Damit sind inzwischen mehr als ein Fünftel der „Hartz-IV-Bezieher trotz Erwerbstätigkeit auf „aufstockende Leistungen“ angewiesen. (jW 15.05.) Gleichzeitig hat sich zwischen 2003 und 2006 nach Angaben des „Instituts für Arbeit und Qualifikation“ die Zahl der Beschäftigten bei Leiharbeitsfirmen auf etwa 600.000 verdoppelt. Dies wird von den kapitalistischen Konzernen als Mittel benutzt, um Löhne und Sozialstandards drastisch abzusenken. (Jungle World 16.05.)

Beispiele extremer Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern

Im bayerischen Oberndorf hat ein seit 2003 vorübergehend beurlaubter Polizeibeamter („Erziehungsurlaub“), der eine Erdbeerplantage betreibt, bis zu 100 rumänische Landarbeiter mit Hungerlöhnen von 1,20 bis 1,30 Euro pro Stunde abgespeist. Arbeitszeiten waren täglich 12 bis 13 Stunden. Untergebracht waren die Saison-Tageelöhner in einem Container-Dorf ohne funktionierende Müllentsorgung und ohne genügend Toiletten. In den etwa neun Quadratmeter großen Containern waren bis zu vier Menschen untergebracht. (jW 16.06.)

In der Fleischindustrie arbeiten in Deutschland offiziell mindestens 15.000 Beschäftigte aus anderen Herkunftsländern. Arbeiterinnen und Arbeiter aus Polen sind im Dezember 2006 aus Protest gegen die miserablen Arbeitsbedingungen in den Streik getreten und prangerten die extreme Ausbeutung auch in polnischen Zeitungen an. Eine polnische Arbeiterin, die wie ihre polnischen Kolleginnen jeden Tag von 3.00 Uhr nachts bis 15.00 Uhr arbeiten musste, erklärte: „Für neun Tage harte Arbeit habe ich 100 Euro bekommen.“ (taz 04.05.07)

2006 die höchste Zahl von Streiktagen seit 1993 in Deutschland

Nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) hat die Zahl der Arbeitskämpfe in Deutschland 2006 deutlich zugenommen. Demnach gab es bei 429.000 Streiktagen und 166.000 Streikenden pro 1000 Beschäftigte im Schnitt rund 12 Streiktage. Im internationalen Vergleich befindet sich Deutschland trotz der Zunahme der Arbeitskämpfe immer noch am unteren Ende. Der Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre erhöht sich durch die Entwicklungen, 2006 lediglich von 2,4 auf 3,1

Streiktage pro 1000 Beschäftigte. In Frankreich wurden in diesem Zeitraum rund 71, in Italien rund 87 und in Spanien 145 Streiktage gezählt. (jW 05.06.07)

Nach sechswöchigem Telekom-Streik segnet Ver.di-Führung Lohnraub und Sozialabbau ab

Zirka sechs Wochen streikten ab dem 9. Mai 2007 gleichzeitig bis zu 16.000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte der Telekom. Bei der Urabstimmung hatten sich 96,5 Prozent für einen unbefristeten Arbeitskampf ausgesprochen, um so gegen die Pläne des Telekom-Vorstands zu protestieren, rund 50.000 Beschäftigte auszugliedern und deren Einkommen um bis zu 40 Prozent abzusenken. Die Telekom-Bosse übten auf die Streikenden massiven Druck aus. Eine Telekom-Sprecherin bestätigte, Streikbrechern eine Prämie zu zahlen. Rund 100 Streikende erhielten Abmahnungen.

Die Streikenden bei der Telekom wurden unterstützt von mehreren zehntausend Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern anderer Unternehmen, die sich im Rahmen eines Solidaritätstags am 28. Mai an Kundgebungen und Aktionen beteiligten. Am 3. Juni gingen die Streikenden der Telekom in vielen Städten zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus der Druckindustrie, die Warnstreiks durchführten, auf die Straße. Am 4. Juni trafen sich rund 1.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Frankreich, der Schweiz und Deutschland zu einer gemeinsamen Demonstration in Offenburg.

Am 18. Juni segnete die Ver.di-Führung dann aber ein Ergebnis ab, das Lohnraub und Sozialabbau bedeutet: Um 6,5 Prozent werden die Löhne und Gehälter der 50.000 Beschäftigten gekürzt, die zum 1. Juli 2007 in eigenständige Servicegesellschaften übergehen. Hinzu kommt die unbezahlte Verlängerung der Wochenarbeitszeit um vier auf 38 Stunden. Zudem wird der Samstag zum Regelarbeitstag. Besonders dramatisch sind die Kürzungen für Neueingestellte. Deren Einkommen sinken bis 2010 um etwa 30 Prozent.

Der Abschluss rief bei vielen Streikenden Wut und Empörung hervor. Bei der Verkündung des Ergebnisses wurde im Innenhof der Ver.di-Bundesverwaltung ein Transparent entrollt mit der Aufschrift: „Ver.räter“ (taz 15.05., jW 12.05., 22.05., 31.05., 06.06., 21.06., 22.6.07)

Protestkundgebung von Bosch-Arbeiterinnen und Arbeitern aus Spanien in Deutschland

177 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus dem Bosch-Werk in Alcalá/Spanien waren angereist, um in Schwiebingen (Sitz der zuständigen Bosch-Abteilung) gegen die geplante Schließung des Bosch-Werks in Alcalá und die damit verbundene Vernichtung von 167 Arbeitsplätzen zu demonstrieren. Unterstützt wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter aus Spanien von mehreren hundert Kolleginnen und Kollegen aus Bosch-Betrieben in Deutschland, die gemeinsam mit ihnen vor dem Schwiebing-Werk gemeinsam gegen die Abbaupläne des Konzerns protestierten. (jW 26.06.07)

Erfolgreicher Streik bei Neuselers Mineralquelle (Nestlé)

Vom 13. Mai an streikten in Löhnberg (Hessen) die Arbeiterinnen und Arbeiter der Neuselers Mineralquelle, die zum Nestlé-Konzern gehört, erfolgreich gegen den Versuch, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Arbeitszeit zu flexibilisieren. 96 Prozent hatten sich für den unbefristeten Streik ausgesprochen. Am 14. Mai protestierten die Streikenden vor der Nestlé Deutschland AG in Mainz. Angeprangert wurde, dass versucht werde, durch Einsatz von Polizei und Werkschutz den Streik zu unterdrücken.

Anschließend unterstützten sie im benachbarten Wiesbaden Telekom-Streikende. Am 19. Mai protestierten 150 Streikende der Telekom und der Neuselers Mineralquelle gemeinsam vor dem Neuselers-Werk in Löhnheim. Nach acht Streiktagen mussten die Nestlé-Kapitalisten schließlich nachgeben. Die getroffene Einigung, die in einer Urabstimmung einstimmig angenommen wurde, sieht die Wiederherstellung der vollen Tarifbindung und des Manteltarifvertrags vor. Die Forderungen der Kapitalisten nach Kürzung der Nachtzuschläge, Streichung der Altersfreizeit und Beseitigung von Freizeittagen wurden abgelehnt. Es wurde vereinbart, dass kein Streikender im Nachhinein benachteiligt oder bestraft werden darf. (jW 18.05., FR 19.05., FR 22.05., jW 25.05.07)

Heftige Kämpfe am 1. Mai in Istanbul

Trotz Demonstrationsverboten und Polizeiterrordemonstrationen am 1. Mai in Istanbul Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Organisationen mit linkem Anspruch. Die Demonstrationen standen im Zeichen des Gedenkens an das Massaker am 1. Mai 1977. Damals wurde auf dem Taksim-Platz in die 1. Mai-Demonstration geschossen, 38 Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren ermordet worden.

Der Taksim-Platz war am 1. Mai 2007 von einem riesigen Polizeiaufgebot abgeriegelt worden. Auf den Dächern waren zahlreiche Scharfschützen postiert. Die Polizei ging mit Tränengas und Schlagstöcken gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vor, die trotz eines Verbotes auf dem Taksim-Platz demonstrieren wollten. Tausende Demonstrantinnen und Demonstranten machten sich von Besiktas, einem Viertel auf der europäischen Seite Istanbuls, trotz Verbot auf den Weg Richtung Taksim-Platz. Es kam zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei. Insgesamt wurden mindestens 700 Demonstrantinnen und Demonstranten verhaftet. (taz 02.05.07)

Mehrwöchiger Streik in Südafrika

Anfang Juni traten in Südafrika eine Million Werktätige des öffentlichen Dienstes in den Streik für eine Lohnerhöhung von 12 Prozent sowie gegen ihre sich verschlechternde soziale Lage und Verelendung. Es beteiligten sich Beschäftigte der Krankenhäuser, Lehrerinnen und Lehrer sowie Beschäftigte der Müllabfuhr und des öffentlichen Nahverkehrs. An den Demonstrationen beteiligten sich eine halbe Million Werktätige in über 40 Städten. Insbesondere im Krankenhausbereich ging die Polizei mit Gummigeschossen gegen Streikposten vor und setzte Soldaten als Streikbrecher ein. 600 Krankenhausbeschäftigten wurde gekündigt. (jW 14.06., Jungle World 20.06.07.)

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

Ca. 200 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politische/ökonomische)
- Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

Zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 4/07 (Juli bis August 2007)

Der deutsche Imperialismus setzt sich weiter in Afghanistan fest

Der deutsche Imperialismus führte erneut eine öffentliche Debatte zur Vorbereitung und Durchsetzung einer Erweiterung des Kriegseinsatzes in Afghanistan. Anfangen von der zeitlich unbefristeten Bereitstellung der Bundeswehr-Tornados bis zur Vergrößerung des deutschen Truppenkontingents. (jW 2.7.07) Der Grünen-Politiker Kuhn äußerte sich in Bezug auf die Bundeswehr-Tornados zynisch; dass diese eingesetzt werden könnten um „zu sondieren, wo Entwicklungshilfe rein kann.“ (jW 16.7.07) Ein Schwerpunkt des deutschen Imperialismus ist der Aufbau einer von ihm abhängigen und ausgebildeten afghanischen Armee und Polizei. (FR 9.7.07) Drei Polizisten des BKA, die angeblich zum Schutz der deutschen Botschaft in Kabul stationiert waren, starben bei einem Anschlag. (jW 16.8.07) Dies nahm die Deutsche Polizeigewerkschaft zum Anlass, um eine paramilitärische Ausrüstung mit Radpanzern und Minenabwehrsystemen für die Polizei zu fordern. (jW 17.8.07) Der SPD-Fraktionschef und ehemalige Kriegsminister, Struck, äußerte sich in einem Radio-Interview entsprechend: „Wir bleiben noch zehn Jahre in Afghanistan.“ (taz 6.7.07)

Militarisierung im Innern und Aufstockung der Reservisten der Bundeswehr

Mit dem „Gesetz über die Neuordnung der Reserve der Streitkräfte“ vom Februar 2005 wurde eine weitere Militarisierung vorangebracht, die nun umgesetzt wurde. Hiernach sollen sich 4,3 Millionen Reservisten bis 45 Jahre zur Verfügung halten. Durch die Erhöhung des Höchstalters auf 60 Jahre stehen weitere 800.000 Reservisten zur Verfügung. Gleichzeitig wurde durch das neue Gesetz für Reservisten eine so genannte „Hilfeleistung im Inland“ geschaffen, eine juristische Verklauusulierung für den Bundeswehreinsatz im Innern. Die Bundeswehrzeitschrift „Y“ verkündete dementsprechend: „Seit Jahresbeginn stellt sich die Bundeswehr in der Fläche der Republik neu auf.“ Insbesondere zum angeblichen Kampf gegen den „Terrorismus“. Was die Bundeswehr darunter versteht hat sie bereits im Jahr 2002 in der Zeitschrift „Informationen für die Truppe“ veröffentlicht, nämlich Einsätze gegen „Chaosgruppen wie z. B. die Gruppe der Globalisierungsgegner.“ (jW 4.7.07)

Repressionswelle gegen Linke

Anfang August wurden in Brandenburg und Berlin vier Linke als angebliche Mitglieder der Militanten Gruppe verhaftet. Unter anderem wurden die Wohnungen der Verhafteten sowie ein linker Buchladen in Berlin, in dem einer der Verhafteten arbeitet, durchsucht und Daten sowie Unterlagen beschlagnahmt. Drei der vier Gefangenen wurden bei einem versuchten Brandanschlag auf Fahrzeuge von MAN, die an die Bundeswehr geliefert werden sollten, verhaftet. Sie wurden brutal durch eingeschlagene Fensterscheiben ihres Autos herausgezogen, wobei sie am ganzen Körper Schnittverletzungen erlitten, ihnen wurden Säcke über den Kopf gezogen, sie wurden entkleidet und in weiße Overalls gesteckt. Der Vierte, ein Berliner

Soziologe, wurde mit der fadenscheinigen Begründung verhaftet; dass in seinen Veröffentlichungen angeblich Schlagwörter vorkämen, die man auch in Bekennerschreiben der Militanten Gruppe fand. Direkt nach der Verhaftung wurden die vier Antimilitaristen nach Karlsruhe zum Verhör bei der Bundesanwaltschaft verschleppt. Alle vier wurden anschließend unter verschärften Haftbedingungen – 23 Stunden Einzelhaft, Besuche nur mit Trennscheibe – in der JVA Moabit inhaftiert. (jW 3.8., 8.8., 10.8., 23.8.07)

In München sitzen seit dem 29. Juni drei jugendliche, obdachlose Hausbesetzer, die sich gegen die Erstürmung durch ein verummtes USK-Kommando mit einigen Steinwürfen zur Wehr setzen, in Untersuchungshaft. Jetzt wird ihnen absorderweise unter anderem „versuchter Totschlag, Verstoß gegen das Waffengesetz und Vorbereitungen zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion“ vorgeworfen. In den folgenden Tagen gab es lediglich eine kleine Solidaritätsdemonstration von 100 Jugendlichen, meist Freunde der Verhafteten. (ak 17.8.07)

Zwei Monate nach den militanten Kämpfen und Protesten gegen den G8-Gipfel in Rostock-Heiligendamm hat die Staatsanwaltschaft bekanntgegeben, dass 1.100 Verfahren gegen Demonstrantinnen und Demonstranten in Vorbereitung sind. (jW 6.8.07)

Tod in der Abschiebehaf

Am 27. Juni sah der in der Frankfurter JVA in Abschiebehaf gefangene Mustafa Alkali, in seiner Selbsttötung den einzigen Weg sich der drohenden Abschiebung in die Türkei zu entziehen. Mustafa Alkali war Kämpfer der kurdischen PKK und wurde in türkischen Gefängnissen gefoltert. Nach dem Gefängnis wurde er zum reaktionären türkischen Militär zwangsrekrutiert, aus dem er jedoch schnell desertierte. Weil in den Augen deutscher Gerichte Desertation kein Asylgrund ist, wurde sein Asylantrag abgelehnt. Er sollte in den nächsten Tagen in die Türkei abgeschoben werden. (anna 12.07.07)

Nazi-Mord an einem Obdachlosen

Am 19. Juli wurde in Blankenburg (Sachsen-Anhalt) ein Obdachloser von zwei Jugendlichen erschlagen. Gegen einen der beiden Täter wurde im Jahr 2005 wegen Besitz einer Nazi-Musik-CD ermittelt. Die Polizei geht wie so oft von einer angeblich unpolitischen Tat aus und vertuscht erneut einen Nazi-Mord. (jW 20.7.07)

Nazi-Hetzjagd in Mügeln

Am 19. August hetzten im sächsischen Mügeln 50 bis 60 Rassisten und Nazis eine Gruppe von acht Indern unter dem Grölen von Nazi-Parolen durch die Stadt. Als die mittlerweile durch Schläge und Steinwürfe teilweise schwer verletzten Männer aus Indien in eine Pizzeria flohen, belagerte der Nazi-Mob das Lokal und einige versuchten durch den Hintereingang einzudringen. Viele deutsche Schaulustige standen am Rand und applaudierten teilweise den Nazis zu. Obwohl selbst die Polizei das Rufen von Nazi-Parolen wie „Hier regiert der nationale Widerstand“ bestätigte, versuchten

Lokalpolitiker und bürgerliche Medien diese Hetzjagd als eine gewöhnliche Schlägerei herunterzuspielen und behaupteten, dass es in Mügeln keine Nazi-Szene gäbe. Nach Angaben der örtlichen Antifa war jedoch eine organisierte Nazigruppe aus einer Nachbarstadt vor Ort, die zuvor per Internet den Angriff auf den linken Jugendclub „Free time in“ in Mügeln angekündigt hatte. Der Bürgermeister von Mügeln, Gotthard Deuse von der FDP, äußerte in Interviews Verständnis für den Pogrommob: „Solche Parolen (Ausländer raus!, Anmerkung der Redaktion) können jedem mal über die Lippen kommen.“ Damit nicht genug gab er der Nazi-Zeitung „Junge Freiheit“ ein Interview, in dem er sich um den Ruf Mügeln besorgt zeigte und sich mit der Aussage „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“ brüstete. (jW 21.08.07, FR 22.08.07, taz 23.08.07, jW 31.8.07)

Streiflichter des Nazi-Terrors

In den beiden Monaten gab es mindestens 13 Nazi-Aufmärsche oder Kundgebungen sowie über 30 Nazi-Überfälle, die in der über-regionalen, bürgerlichen Presse bekannt wurden. Hier einige Streiflichter:

Am gleichen Wochenende an dem die rassistische Hetzjagd in Mügeln stattfand, wurden auf einem Weinfest in **Guntersblum (Rheinland-Pfalz)** ein Mann aus dem Sudan und ein in Ägypten geborener Deutscher von einer Gruppe Nazis angegriffen. Einer der Männer wurde mit einer Weinflasche niedergeschlagen, der andere mit der abgebrochenen Weinflasche schwer an der Hand verletzt, als er sich gegen den Angriff schützen wollte. Die Polizei verschwieg aus angeblich „ermittlungstaktischen Gründen“ diesen Nazi-Angriff mehrere Tage lang. (taz 27.8.07)

Rund 100 teils verummte Nazis überfielen am 30. Juni 60 Antifaschistinnen und Antifaschisten, die im Zug auf dem Weg zu einer Demonstration gegen einen Nazi-Aufmarsch in Rostock unter-

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 Euro

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

wegs waren. Beim Halt des Zuges im Dorf **Pölchow** (südlich von Rostock) stürmten die Nazis den Zug, versperrten alle Fluchtwege und schlugen teilweise mit Holzlaten auf die Antifas ein. Etwa 20 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden teilweise bewußtlos geprügelt und schwer verletzt. Der Überfall wurde von den Nazis gefilmt. Im gleichen Zug saßen führende Kader der NPD. Ob diese den Überfall geleitet haben, blieb unklar. Die Polizei behauptete noch Stunden später, dass es keine Verletzten gegeben hätte. Nachdem die Polizei 30 Minuten nach dem Überfall ankamen, wurden zunächst die Antifaschistinnen und Antifaschisten gefilmt und deren Personalien erfasst, so dass die Nazis in aller Ruhe entkommen konnten. (taz 2.7.07, jW 4.7.07)

In der Nacht vom 6. auf den 7. Juli wurde das Vereinshaus des Netzwerks für demokratische Kultur in **Wurzen** von mehreren Nazis überfallen. Der Mitarbeiter des Vereins wurde gewürgt. Neben einem Laptop nahmen die Nazis einen Ordner mit antifaschistischen Unterschriftenlisten mit. (anna 26.7.07)

Aus einer Demonstration reaktionärer so genannter „Bürgerinitiativen“ gegen den Bau einer Moschee in **Berlin-Pankow** heraus, griffen Nazis eine antifaschistische Gegenkundgebung an. (jW 14.7.07)

In **Mecklenburg-Vorpommern** bedrohte eine Gruppe Nazis an einem Strand mehrere so genannte Spätaussiedler und schossen mit einer Maschinenpistole umher. Die sieben Nazis wurden zwar verhaftet, da aber die Maschinenpistole vor 1945 hergestellt wurde, sei ihr Besitz kein Verstoß gegen das Waffengesetz. Alle kamen nach zwei Tagen wieder frei. (jW 17.7.07, taz 18.7.07)

In **Schwerin** griffen Nazis eine deutsch-französische Jugendgruppe mit rassistischen Parolen an und bewarfen sie mit Steinen. (jW 20.7.07)

In der Nacht vom 26. auf den 27. Juli beschmierten Nazis das gesamte Stadtgebiet von **Burg** in der Nähe von Magdeburg mit Hakenkreuzen sowie rassistischen, antisemitischen und nazistischen Parolen. (anna 9.8.07) Eine Nacht zuvor überfielen Nazis eine Familie aus Vietnam in ihrer Wohnung und verletzten ein Kind. (Jungle World 9.8.07)

In **Stolberg** bei Aachen wurde ein Jugendlicher von vier Nazis brutal zusammengeschlagen, dabei riefen sie rassistische Parolen. (Jungle World 23.8.07)

Nach Informationen der Antifa Bern üben Nazis aus dem Rhein-Main-Gebiet in der Schweiz das Schießen mit Maschinengewehren, angeleitet durch Nazis der so genannten „Schweizer Demokraten“. (FR 16.8.07)

Zwischen 2002 und 2006 wurden 125 Brandanschläge und sieben Sprengstoffanschläge von Nazis verübt, die vielfach totgeschwiegen wurden. Diese Anschläge richteten sich meist gegen Flüchtlingsunterkünfte, Wohnungen und Geschäfte von Menschen ohne deutschen Pass oder mit dunkler Hautfarbe sowie gegen Treffpunkte von Antifaschistinnen und Antifaschisten. (anna 9.8.07)

Ausschnitte der Anti-Nazi-Aktionen

In **Frankfurt am Main** demonstrierten am 7. Juli mehrere Tausend Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von 500 Nazis. 8.000 Polizisten, Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge und Wasserwerfer sicherten den Aufmarsch der Nazis. Blockaden und Sabotageaktionen an Bahnanlagen (250.000 bis 300.000 Euro Schaden) konnten den Nazi-Aufmarsch verzögern und in ein abgelegenes Industriegebiet abdrängen. 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden verhaftet, während für die Nazis Sonderzüge zur Verfügung gestellt wurden. (jW 10.7.07)

In **Rostock** demonstrierten am selben Tag 1.000 Antinazistinnen und Antinazisten gegen einen Nazi-Laden in der Stadt. Den gleichzeitig aufmarschierenden 300 Nazis wurden von der Polizei und zwei Wasserwerfern an der Spitze des Aufmarsches der Weg gebahnt. (jW 10.7.07)

Am 21. Juli protestierte in **Tübingen** ein Bürgerbündnis aus örtlichen Vereinen und bürgerlichen Parteien mit 10.000 Teilnehmern gegen einen Aufmarsch von 220 NPD-Nazis. (taz 23.7.07)

In **Bad Nenndorf** demonstrierten am 28. Juli rund 500 Antinazistinnen und Antinazisten gegen einen Nazi-Aufmarsch. Zu Beginn konnten 150 Antifas den Bahnsteig besetzen und so die Anreise der Nazis behindern. Die Polizei setzte jedoch mit Knüppelinsätzen den Nazi-Aufmarsch durch. (jW 30.7.07)

In **Neuss** demonstrierten am 7. August 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen örtlichen Nazi-Treffpunkt (anna 23.8.07)

Am 11. August demonstrierten 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Stadt **Burg** gegen einen geplanten Nazi-Aufmarsch. Dieser wurde zwar verboten, trotzdem wollten die Antifas gegen die immer stärker auftretenden Nazis in der Region protestieren. (jW 13.8.07)

In **Bremen** ging der Betriebsrat beim Unternehmen Arcelor anlässlich der Bürger-schaftswahlen an die Öffentlichkeit: „Über viele Wahlaussagen lässt sich streiten. Über eines aber nicht: Rassistische Parolen wie „Das deutsche Volk zuerst“ oder den Versuch, Hartz-IV-Empfänger gegen ausländische Kollegen aufzuwiegeln, werden wir nicht hinnehmen.“ Nazi-Wahlplakate, die um das Werk herum aufgehängt wurden, wurden von Antifaschistinnen und Antifaschisten übermalt und diese Aktion wurde ausdrücklich vom Betriebsrat begrüßt. (anna 23.8.07)

Der diesjährige nazistische Rudolf-Hess-Aufmarsch in Wunsiedel wurde verboten. Die Nazis wichen auf andere Städte aus, jedoch wurden sie überall von antifaschistischen Protesten empfangen.

In **München** protestierten am 18. August 700 Antifas gegen eine Mahnwache von 70 Nazis, in **Jena** am Tag darauf 1.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 350 Nazis und in **Friedrichshafen** standen den 170 Nazis 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegenüber. (anna 23.8.07)

Farbrikbesetzung bei Bike-Systems gegen drohende Schließung

Mit einer Betriebsbesetzung wehrte sich die Belegschaft des Fahrradherstellers „Bike Systems“ in Nordhausen gegen die Betriebs-schließung. Nach dem die Belegschaft am 10. Juli über die geplante Schließung auf der Betriebsversammlung informiert wurde, hatte sie spontan beschlossen den Betrieb zu besetzen. Offiziell ist die Besetzung als Betriebsver-sammlung mit Unterbrechungen deklariert worden. Die Besetzer wechseln sich im Schichtsystem ab. Sie bekamen vielfache solidarische Unterstützung, unter anderem durch eine Delegation der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Opel in Eisenach. (jW 13.7., 19.7.07)

Streik der Lokführerinnen und Lokführer

Nach nur kurzen Streiks am 2. und 3. Juli verkündete die Gewerkschaftsführung von Transnet und GDBA, einen Abschluss von lediglich 4,5 Prozent mehr Lohn. Mit diesem Ergebnis wollten sich die bei der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer (GDL) organisierten Beschäftigten nicht abspesen lassen. Trotz des Verbotes von Warnstreiks durch verschiedene Gerichte setzten die Lokführer am 10. Juli ihre

Streikaktionen fort und behinderten erfolgreich den Bahnverkehr in verschiedenen Regionen. Am 6. August beschlossen dann die Lokführerinnen und Lokführer, sowie auch Zug- und Servicebegleiter und Begleiterinnen bei der Deutschen Bahn, die in der Gewerkschaft GDL organisiert sind, den unbefristeten Streik. Ihre Forderungen waren ein eigener Tarifvertrag, eine Lohnerhöhung von bis zu 31 Prozent und eine Arbeitszeitverkürzung von 41 auf 40 Stunden. (jW 4.7., 5.7., 6.7., 11.7., 7.8.07)

Weitere Informationen im Flugblatt „Die Tricks und Drecksargumente gegen die berechtigten Kämpfe der Werktätigen bei der Bahn entlarven!“ von Gegen die Strömung, November-Dezember 2007.

Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Entlassungen in Südkorea

Ende Juni beteiligten sich zwischen 110.000 und 143.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Metallbranche, die in der Metallarbeiter-gewerkschaft des Dachverbandes KCTU organi-siert sind, an mehreren Streikaktionen. Unterstützt wurden die Streik-kämpfe von Bauern-, Studenten und Frauenorganisationen. Der reaktionäre südkoreanische Staat erließ zur Brechung dieses Streiks 27 Haftbefehle gegen Gewerkschaftsführer sowie gerichtliche Vor-ladungen gegen Streikaktivisten.

Zeitgleich fand ein 21-tägiger Streik mit Betriebsbesetzungen beim Textilhandelskonzern „E-Land“ statt. Die besetzten Filialen wurden verbarrikadiert. Durch die Streiks und Besetzungen wurde dem Konzern ein Schaden von 11,5 Millionen Euro zugefügt. Daraufhin ließen die Kapitalisten zwei besetzte Filialen in Seoul durch ein Großaufgebot der Polizei räumen. 220 Besetzerinnen und Besetzer wurden verhaftet.

Im Juni kämpften rund 2.300 Beschäftigte von Krankenhäusern mit Streiks für höhere Löhne.

Insbesondere Arbeiterinnen sind von dem neuen Arbeitsgesetz besonders stark benachteiligt und sie kämpfen mit verschiedenen Aktionen wie Sitz- und Hungerstreiks gegen das reaktionäre Arbeitsgesetz.

Bewaffnete Aktionen in Mexiko

Anfang Juli gab es eine Anschlagsserie auf Einrichtungen des staatlichen Energiekonzerns Pemex durch die mexikanische Guerilla „Revolutionäres Volksheer“ (EPR). Mit den Anschlägen versucht die EPR ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, drei verhaftete und verschleppte EPR-Kader lebend der Öffent-lichkeit zu präsentieren. Durch die Zerstörung mehrerer Gasleitungen wurde auch die Produktion verschiedener Großkonzerne u. a. der Autoindustrie, wie etwa das VW Werk, erheblich gestört. (jW 12.7.07)

Im seit Mai 2006 umkämpften Gebiet um Oaxaca kam es erneut zu militanten Kämpfen gegen die dort stationierten Polizeitruppen. Beim Versuch zu einem von vielen Touristen besuchtes Folklore-Festival vorzudringen und dieses zu blockieren bekämpften mehrere hundert Demonstranten mit Steinen die Polizei. Mehrere Busse wurden angezündet. Dabei wurden 15 Polizisten verletzt, aber auch 40 Demonstrantinnen und Demonstranten. Zudem wurden 50 von ihnen verhaftet. (jW 18.7.07)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (die tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten), ak (analyse & kritik)

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 5/07 (September bis Oktober 2007)

Ausgeweiteter Einsatz von Bundeswehr und Polizei in Afghanistan

Im September kündigte Innenminister Schäuble an, daß die aus rund 200 Polizisten bestehende EU-„Polizeimission“ EUPOL, die in Afghanistan zur Ausbildung der dortigen einheimischen Polizeikräfte stationiert ist, nach der Ablösung des bisherigen EUOPOL-Chefs Eichele weiterhin von einem Deutschen angeführt werde. (jW 19.09.07). Drei Wochen später kündigte die Bundesregierung an, daß die afghanische Polizei nun nicht mehr nur personell unterstützt werden wird, sondern auch ausgerüstet werden soll mit „Gegenständen zur Anwendung unmittelbaren Zwangs“ – sprich: Schlagstöcken, Reizgas usw. (jW 10.10.07)

Am 9. Oktober beschloß der Bundestag die Verlängerung des „Bundeswehrmandats“ für Afghanistan um ein Jahr für die deutsche Beteiligung an NATO-ISAF-Kampfftruppen sowie Tornado-Kampfflugzeuge. (jW 13.10.07)

Einsatz der Bundeswehr im Inneren

Bereits lange vor dem G8-Gipfel im Juni 2007, nämlich seit Herbst 2005, hat es zweimonatliche Besprechungen zwischen Polizei und Bundeswehr zur „Amtshilfe“, sprich: zur Unterstützung der Polizei durch Bundeswehr, gegeben. Im März 2007 organisierte das Wehrbereichskommando eine Schulung für „Polizeiführer“. Nach außen hin als lediglich „technisch-logistische“ Unterstützung hingestellt, wurden zur Unterdrückung der G8-Proteste Militärhubschrauber, Fregatten, Spähpanzer und Tornados eingesetzt. (jW 11.09.07 und 15.09.07)

Schlaglichter der Schnüffelei durch Kapitalisten und Überwachung durch den Staat

Datenschützer verliehen im Oktober die jährlichen „Big-Brother-Awards“. „Gekürt“ wurden auch von der Öffentlichkeit eher unbeachtete Formen der Schnüffelei. So erhielt u. a. die Deutsche Bahn einen Preis: Nach der Schließung zahlreicher Fahrkartenschalter bleibt Bahn-Reisenden vielfach nur noch die Möglichkeit, unter Preisgabe ihrer persönlichen Daten (per EC-/Kreditkarte oder Online-Tickets) mit der Bahn zu reisen. Komplettiert wird diese Datensammlung durch eine flächendeckende Überwachung der Bahnhöfe mit Videokameras.

Einen „Big-Brother-Award“ erhielt auch SPD-Justizministerin Zypries für ihren Gesetzesentwurf zur sogenannten „Vorratsdatenspeicherung“ oder im Klartext: zur umfassenden Kontrolle von PC-, Telefon- und Handybenutzern, die im Januar 2008 in Kraft treten soll: Telekommunikationsfirmen speichern präventiv, ohne konkreten Verdacht oder Anlaß, ein halbes Jahr lang, wer mit wem wie lange kommuniziert hat. (TAZ 13.10.07)

Durch ein Urteil des Amtsgerichts Berlin Mitte wurde bekannt, daß Bundesministerien, u. a. Justiz und BKA, die IP-Adressen von Computern, die auf die Homepages der jeweiligen

Ministerien zugreifen, speichern. Seit September 2004 sind so 417 Surfer ins Visier des BKA geraten, die sich dort über die „militante Gruppe“ informierten. (AK 19.10.07 und jW 05.10.07)

Streiflichter des Protests gegen Militarisierung und Faschisierung

Rund 50 Antimilitaristen demonstrierten am 6. September im Jobcenter Berlin-Mitte gegen die Rekrutierungsversuche der Bundeswehr mit Hilfe von „Wehrdienstberatern“ in Jobcentern. (jW 07.09.07) An einer Demonstration gegen den Überwachungs- und Kontrollstaat in Berlin am 22. September beteiligten sich rund 2.000 Menschen. Sie forderten die Abschaffung des § 129a und die Freilassung der unter dem Vorwurf der Zugehörigkeit zur „militanten Gruppe“ Verhafteten. Die Polizei ging von Beginn an provozierend und brutal knüppelnd gegen die Demonstranten vor. Zeugen berichteten, daß ein Polizist aus der als Knüppelgarde bekannten „23. Polizeihundertschaft“ einen Demonstranten als „Judensau“ beschimpft hat. (jW 24.09.07)

Rabbiner mit Messer niedergestochen

Am 7. September wurde in Frankfurt/Main am helllichten Tag auf offener Straße ein Rabbiner antisemitisch beschimpft und mit einem Messer niedergestochen. (TAZ 10.09.07)

Schlaglichter der täglichen rassistischen und nazistischen Hetze und Terrors

Laut Presseberichten organisierten Nazis in den beiden Monaten 22 Nazi-Kundgebungen und -Aufmärsche. Außerdem wurden 45 Fälle von Nazi-Hetze, Nazi-Angriffen und -Überfälle dokumentiert. Hier einige Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors:

In Stolberg bei Aachen überfielen am 1. September rund 15 mit Stöcken bewaffnete Nazis eine ebenso große Gruppe von Besuchern eines Antifa-Konzerts, die teilweise verletzt wurden. Die Nazis marschierten danach grölend durch die Straßen. Rund 15 Nazis griffen nachts eine linke Szenekneipe in Dortmund an, prügeln auf die Gäste ein, versprühten Pfefferspray und zertrümmerten die Fensterfront des Lokals. (jW 03.09.07) Nach der Hetzjagd im sächsischen Mügeln hatte der Mügeln Bürgermeister Deusen der Nazi-Zeitung „Junge Freiheit“ ein Interview gegeben, in dem er verständnisvolle Worte für die Täter fand, seinen Nationalstolz betonte und vor allem um das Image der Stadt besorgt war. Die NPD verteilte dieses Interview am 2. September auf dem Marktplatz in Mügeln. Im sächsischen Landtag konnte die NPD ihre Hetze gegen die Opfer weiterführen mit einer mit provokativen und rassistisch-nazistischen Fragen gespickten Parlamentsanfrage unter dem Titel „Angebliche ‚Hetzjagd‘ detailliert hinterfragen“. (jW 05.06.07) Am 6. September überfielen in Detmold neun Nazis die Lesung einer Journalistin. Beim Verlassen der Besucher der Lesung zündeten sie mehrere Rauchbomben. (jW 08.09.07). Am 11. September beschimpften zwei Nazis in einer Straßenbahn in Mag-

deburg einen 39jährigen aus Liberia und einen 33jährigen aus Nigeria rassistisch und griffen den Mann aus Nigeria an, der sich erfolgreich wehren konnte. (Jungle World 20.09.07). Am 29. September wurden zwei Männer und eine Frau aus Griechenland an einer Tankstelle in Pankow-Blankenburg von rund 15 Rassisten beschimpft, angegriffen und verletzt. (TAZ 01.10.07) Am 4. Oktober beleidigten und schlugen vier Rassisten, zwischen 16 und 20 Jahren alt, in Berlin einen 40jährigen Mann aus Äthiopien. Sie ließen erst von ihm ab, als dem Mann Passanten zu Hilfe kamen. (Jungle World 18.10.08) Die NPD Erfurt veröffentlichte auf ihrer Internet-Seite Namen und Adressen von 11 Anti-Nazisten, die sie für einen Anschlag auf das Nazi-Lokal „Zum Alten Fritz“, verantwortlich macht. Bei den 11 Anti-Nazisten handelt es sich um von der Polizei Verdächtige, die Daten stammen aus Polizeiakten. (PB, 19.10.07) Auch in Dresden verfügen Nazis über ein Anti-Antifa-Dossier mit Namen, Adressen, Geburtsort und -datum von Antifas sowie Fotos und Videos. Es handelt sich dabei um Kopien von polizeilichen Ermittlungsakten gegen Anti-Nazisten. (TAZ 11.10.07) Am 28. Oktober warfen vier Nazis in Abstatt (Baden-Württemberg) einen Brandsatz auf eine Gruppe von Menschen aus der Türkei, die vor dem Haus einer Familie aus der Türkei stand. (jW 29.10.07)

Schlaglichter der Anti-Nazi-Kämpfe

26 Protestaktionen gegen den Nazi-Terror und gegen unter dem Schutz der Polizei durchgeführte Nazi-Aufmärsche sind in den zwei Monaten dokumentiert. Wir erwähnen schlaglichtartig einige Kämpfe:

Nach monatelangem Nazi-Terror in Kempen (Schleswig-Holstein) organisierten Anti-Nazistinnen und Anti-Nazisten die Kampagne „Antifaschistisch lebt sich's besser“ im Ort. Auftakt war eine Demonstration am 1. September mit 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern: Vorträge und Veranstaltungen folgten, die trotz Behinderungen und Verboten der örtlichen Behörden durchgesetzt wurden. (Jungle World 20.09.07). Am 1. September beteiligten sich rund 1.000 Menschen an einer Demonstration

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

Ca. 200 Seiten, DIN A4, 6 Euro

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt
Fax: 069/730920

on gegen rund 60 Nazis in **Neuruppin** (Brandenburg), die von der Polizei den Weg mit Reizgas und Knüppeln freigeknüppelt bekamen. Unter den Verletzten waren zwei zehnjährige Kinder. Am gleichen Tag demonstrierten rund 1.000 Antifas in **Dortmund** gegen 400 marschierende Nazis. Eine Solidaritätsdemonstration von 900 Menschen mit den Opfern des am Vortag überfallenen Szenelokals wurde von der Polizei massiv behindert. (jW 02.09.07). Am 15. September demonstrierten 8.000 gegen die NPD-Wahlkampfauftaktversammlung von 600 Nazis in **Hannover**, die unter dem Schutz von 2.000 Polizisten stattfand. (jW 17.10.07). In **Bad Lauterberg** (Niedersachsen) beteiligten sich am 27. September 2.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus 20 Betrieben an einer „antifaschistischen Betriebspause“ unter dem Motto „bunt statt braun“ (jW 25.09.07 und 28.09.07). Am 13. Oktober demonstrierten in **Neuss** rund 1.000 Anti-Nazisten gegen einen Aufmarsch von 100 NPD-Nazis. Mit Gegenaktionen wie Blockaden gelang es, die Nazis zum vorzeitigen Abbruch zu zwingen. In **Hildesheim** protestierten am selben Tag 1500 Antifas gegen einen Aufmarsch mit 180 Nazis (PB 19.10.07, TAZ 15.0.07). Am 20. Oktober schützten 3.000 knüppelnde Polizisten in **Frankfurt** vor 1.500 Antifas den Aufmarsch von 100 Nazis gegen den geplanten Bau einer Moschee. (jW 22.10.07)

„Sammelanhörungen“ – eine zunehmend praktizierte Form des staatlichen Abschiebeterrors

Der deutsche Imperialismus praktiziert zunehmend sogenannte „Sammelanhörungen“ von teilweise zwangsgeführten papierlosen Flüchtlingen in Ausländerbehörden. Beteiligt sind daran auch Regierungsbeamte der vermeintlichen Herkunftsländer oder besser: „aufnahmewilliger“ Länder, die auf Druck des deutschen Staates und in Aussicht auf Pro-Kopf-Erfolgsprämien die für die Abschiebung notwendigen Paßersatzpapiere ausstellen. (AK 19.10.07.) Eine für den 10. September geplante „Sammelabschiebung“ von vermeintlich aus Guinea stammenden Flüchtlingen platzte, weil die Regierung Guineas sich weigerte, weitere Abschiebeflüchtlinge aus Deutschland aufzunehmen. Und dies, obwohl der deutsche Staat seit Jahren regelmäßig Delegationen guineischer Regierungsbeamter nach Deutschland eingeladen hatte, die in den Genuß eines „Rahmenprogramms“ kamen und tagsüber in der Ausländerbehörde afrikanische Flüchtlinge „aufgrund der Aussprache und Gesichtsform“ ihre guineische Herkunft bescheinigten und Paßersatzpapiere ausstellten. Dieses Vorgehen war von der guineischen Zeitung „Guniée-News“ im Sommer aufgedeckt worden. (Jungle World 11.10.07)

Protestaktionen gegen den staatlichen Terror gegen Flüchtlinge

Am 30. August demonstrierten in **Berlin** 250 Menschen, um an die Ermordeten des deutschen Abschiebeterrors zu erinnern. Auf einem mehrere Meter langen Transparent waren die Namen von über 100 Flüchtlingen zu lesen, die seit 1983 in den Tod getrieben wurden, in Abschiebehaft oder bei der Abschiebung in Deutschland ihr Leben verloren haben. (jW 01.09.07) Am 2. September demonstrierten 250 Menschen vor dem Abschiebegefängnis in **Büren** gegen den staat-

lichen Abschiebeterror und verlasen den Aufruf eines Abschiebehäftlings zu einem Hungerstreik. 60 gefangene Flüchtlinge in Büren schlossen sich dem Hungerstreik an und forderten die sofortige Freilassung der Abschiebehäftlinge und die Schließung der Abschiebegefängnisse. (jW 04.09.07 und 06.09.07)

Niedriglöhne und Drangsalierung von Langzeiterwerbslosen

Im September 2007 waren in Deutschland rund 40 Millionen Menschen erwerbstätig. „Sozialversicherungspflichtig beschäftigt“ waren davon nur 27 Millionen (1995: 28). Fast 5 Millionen Menschen mußten sich mit einem oder mehreren Mini-Jobs über Wasser halten. Rund 3,5 Millionen Menschen waren offiziell als erwerbslos registriert, jedoch erhielten 6 Millionen ALG I oder II, denn rund 2 Millionen Hartz-IV-Empfänger sind erwerbstätig, verdienen aber so wenig, daß sie ergänzendes ALG II beantragen müssen. (TAZ 28.09.07) Insbesondere Langzeiterwerbslose im Hartz-IV-System werden zunehmend schikaniert. Beim kleinsten Verdacht auf „mangelnde Kooperation“ werden ihnen Gelder gekürzt oder Anträge nicht bearbeitet oder hinausgezögert, um die Betroffenen müde zu machen. (jW 29.09.07) So wurde bekannt, daß die Arbeitsagenturen bisher in 2007 25 % mehr Sperrzeiten (insgesamt 465.000) verhängt hatten als im Vorjahresvergleichszeitraum. (jW 04.10.07)

Streik rumänischer Bauarbeiter in Ratingen

Ein Streik von 21 Bauarbeitern aus Rumänien legte mehrere Tage eine Baustelle zur Erweiterung eines Krankenhauses in Ratingen bei Düsseldorf lahm. Die Arbeiter, die seit Juli keinen Lohn mehr erhalten hatten, hungern mußten und in kümmerlichen Baracken untergebracht waren, forderten die Auszahlung der ausstehenden Löhne (jW September oder Oktober 2007)

Lokführerinnen und Lokführer streiken weiter

Der im August begonnene Streik von mehreren Tausend Lokführern und Servicepersonal der Bahn unter Führung der GDL wurde trotz Verbote verschiedener Arbeitsgerichte und Einschüchterungsversuchen des Bahn-Vorstands (Erteilung von Hausverboten, Abmahnungen, Kündigungen usw.) weitergeführt und konzentrierte sich auf die Bestreikung des Personenverkehrs. Am 5. Oktober stand in ganz Deutschland ein Großteil des Personenverkehrs still. Am 12. und 18. Oktober und schließlich am 25. Oktober wurde insbesondere in Ostdeutschland erfolgreich ein Großteil des Regional- und Nahverkehrs lahmgelegt. (jW 06.10.07, 13.10.07, 19.10.07, 23.10.07, 26.10.07)

Birma: Massenproteste

Anfang September begannen mehrere Tausend Menschen, darunter auch buddhistische Mönche, einen Marsch durch die ehemalige Hauptstadt Rangun und weitere Städte. Nachdem das Militär den Marsch mit Tränengas und Warnschüssen auseinandergetrieben hatte, wehrten sie sich militant. (FR 21.09.07). Mitte September riefen Mönche dazu auf, die Annahme von Essens- und Geldgeschenken von Angehörigen der Armee und ihren Familien aus Protest zu verweigern.

Die Proteste flammten wieder auf. Zehntausende beteiligten sich nun an Protestmärschen in verschiedenen Städten, dem verhängten Versammlungsverbot zum Trotz. Ende September ging das Regime zur brutalen Unterdrückung der Proteste vor: Zehn Demonstranten wurden erschossen, Kloster umzingelt und gestürmt, Razzien durchgeführt, Tausende verhaftet, die Internetverbindung mit dem Ausland gekappt. (TAZ 22.09.07, 28.09.07, jW 24.09.07, FR 29.09.07)

Ägypten: Nicht abbreißende Welle von Streiks

Im Dezember 2006 hatten die 27.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der größten Textilfabrik des Landes in Mahalla El-Kobra mit ihrem Kampf eine Welle von Streiks in Ägypten ausgelöst. Die den Arbeiterinnen und Arbeitern in Mahalla El-Kobra gemachten Zusagen wurden nicht eingehalten, deshalb begannen sie am 23. September einen einwöchigen Streik und besetzten das Werksgelände. Acht Streikführer wurden vorübergehend verhaftet. Nach der Freilassung der Verhafteten und der Erfüllung der meisten ihrer ökonomischen Forderungen wurde der Streik nach einer Woche beendet. (PB 05.10.07 und Jungle World 04.10.07)

Schweiz: Militante Proteste verhindern Aufmarsch der SVP in Bern

Am 6. Oktober marschierten rund 10.000 Anhänger der rechten SVP in Bern auf als „Höhepunkt“ ihres ausländerfeindlichen und rassistischen Wahlkampfs. Zunächst blockierten einige Hundert Antifaschisten die Straße und wurden von der Polizei mit Gummigeschossen und Tränengas auseinandergejagt. Danach traten die Gegendemonstranten in kleineren Gruppen in Aktion. Einer Gruppe von 50 bis 100 Antifaschisten gelang es, auf dem Abschlußkundgebungsplatz die Bühne zu demolieren, Werbematerial der SVP und Autos in Brand zu setzen. Die SVP-Anhänger mußten deshalb nach stundenlangem Warten zu ihrem Auftaktort zurückkehren, wo sie nur eine kurze Kundgebung durchführen konnten. (TAZ 08.10.07)

Spanien/Baskenland: Aufmarsch von Falangisten verhindert

Am „Tag der Hispanidad“ wollte die Francofaschistische Falange im baskischen San Sebastian aufmarschieren. Militante baskische Antifaschisten, unterstützt von Anwohnerinnen und Anwohnern, blockierten die Zugangsstraßen, besetzten den Aufmarschort, bauten Barrikaden aus Müllcontainern und Bänken gegen die Polizei, die den Faschisten den Platz freiprägeln wollte. Der Stadtverkehr kam zum Erliegen und die Falangefaschisten mußten von der Polizei eskortiert wieder nach Madrid abziehen. (jW 15.10.07)

Frankreich: Tausende gegen Zwangs-DNA-Tests für Immigranten

Tausende demonstrierten am 13. Oktober in Paris und anderen Städten gegen Zwangs-DNA-Tests als Voraussetzung für den Nachzug von Familienmitgliedern von Immigrantinnen und Immigranten. (jW 22.10.07)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), TAZ (Tagesszeitung), AK (Analyse und Kritik), PB (Politische Berichte)

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 6/07 (November bis Dezember 2007)

Die Politik des deutschen Imperialismus nach außen

Der Besuch der Bundeskanzlerin Merkel in Afghanistan im November 2007 (taz 5.11.2007) unterstrich die real vorgenommene Verstärkung des Militäreinsatzes des Bundeswehr in Afghanistan, wobei der deutsche „Brigadegeneral“ Warnecke Anfang November größere Militäroperationen der ISAF Truppen befehligte, (jw 12.11.07) Tornado-Aufklärungsflugzeuge bereiten weitere Kampfeinsätze vor (jw 17.12.07). Wie Amnesty International öffentlich kritisierte, hätten Teile der 3.000 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan „Gefangene“ an den afghanischen Staat und damit der Folter übergeben, (taz 14.11.07) Dazu ist zu ergänzen, dass die Bundesrepublik Deutschland mit 300 Ausbildern große Teile der afghanischen Armee und der Polizei ausbildet, (jw 22.11.07) Der Bundestag beschloss auch den weiteren Einsatz der Bundesmarine am Horn von Afrika mit großer Mehrheit (jw 16.11.07). Anfang November verkündete die Bundeswehr stolz, nun mit eigenen Spionage-Satelliten ohne „Abhängigkeit von anderen Nationen“ Kriegsvorbereitung betreiben zu können (jw 2.11.07). Gleichzeitig wird für die Rekrutierung von Bundeswehrsoldaten die Zusammenarbeit mit so genannten „Jobcentern“ verstärkt. (jw 28.12.07)

Die Politik des deutschen Imperialismus nach innen

Die staatliche Repression durch die Justiz nach den Aktionen in Rostock und Umgebung beim G8 Gipfel verstärkt sich in Folge von über 1.100 Strafanzeigen, (taz 1.11.07) Eine Demonstrantin wurde in der Revision zu 11 Monaten ohne Bewährung Gefängnis wegen eines angeblichen Steinwurfes verurteilt (jw 9.11.07 und 15.11.07).

Ermittlungsakten gegen Antifa-Aktivist*innen enthielten abgehörte Telefonate mit Journalisten u. a. der taz. (taz 13.11.07) Es mehren sich auch die Fälle, in denen Polizei und Justiz auf Grund von Nazi-Beschuldigungen antifaschistische Aktivist*innen verfolgen (jw 11.12.07 in Berlin; jw 15.12. in Nürnberg). Die Rolle von Gewerkschaftsführungen bei der Unterstützung staatliche Repression bekam der Verdi-Sekretär Lucifero zu spüren: Erst von Gericht verurteilt, weil er sich mit einer Schreckschusspistole bei einem Nazi-Überfall gewehrt hat, wurde er von verdi Erfurt entlassen, (anna 23/07) Die Repression gegen Aktivist*innen der PKK durch Verurteilungen in der BRD und Abschiebungen in der Türkei reißen nicht ab. Der in der Türkei zum Tode verurteilte PKK-Aktivist Kizilay wurde Ende November 2007 in die Türkei abgeschoben. (jw 1.12.2007)

Mit einer Großrazzia in 13 Orten wurde Beweismaterial gegen angebliche Unterstützer der TKP/ML gesucht, federführend waren Beamte des BKA. (FR 6.12.07)

Es wurde bekannt, dass sich allein die Zahl der genehmigten Telefonabhörraktionen seit 1995 bis 2005 verzehnfacht hat. (jw 1.07) Zudem werden seit Januar 2008 Telefondaten auf Vorrat gespeichert, (jw 1.12.07)

In der BRD leben etwa 180.000 so genannte „geduldete“ Menschen, die jederzeit mit Abschiebung rechnen müssen (jw 21.11.07). Der Staatsapparat gibt keine Zahlen über Umfang

und Dauer der Abschiebehäftlinge heraus (anna 13.12.07). Der Umfang der Asylanträge ist durch Verstärkung der Grenzen 2007 auf ca. 18.000 zurückgegangen, (jw 7.12.07).

Die soziale Lage in der BRD ist gekennzeichnet von massiver Lohnrückerei. 5,7 Millionen Beschäftigte arbeiten mit 400-Euro-Jobs. Hatz IV bewirkt eine massive Zunahme von Verarmung. (FR 1.8. und 15.12., taz 13.12.07)

Sachsens Wissenschaftsministerin Stange, ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft GEW, sieht sich den berechtigten Protesten des Zentralrats der Juden in Deutschland ausgesetzt. Kritisiert wird an der Konzeption für Gedenkstätten, dass Stange das NS-Regime und die DDR gleichstellt. Zudem scheitern 50% von geplanten Besuchen in der Gedenkstätte des KZ Buchenwalds an fehlenden finanziellen Mitteln, (taz 2.11.07)

Vertreter der Herero- und Nama-Völker fordern erneut – und erfolglos – die Bundesregierung zu Entschädigungszahlungen angesichts der 90.000 von der Kolonialmacht Deutschland Ermordeten auf. (taz 21.12.07)

Das Simon-Wiesenthal-Center forderte erneut die BRD-Justiz auf, Anstrengungen zur Verhaftung überlebenden Nazi-Verbrecher zu unternehmen. (taz 29.11.07)

Horst Mahler leugnet in der Zeitschrift Vanity Fair erneut den Holocaust und wird vom Auschwitz-Überlebenden Arno Lustiger angezeigt, (taz 9.11.07)

Der Zentralrat der Juden in Deutschland kritisierte die Landesregierung Baden-Württemberg, ausgerechnet am 9.11., dem Gedenktag an den Novemberpogrom 1938, einen Presseball abzuhalten. Der Presseball fand dennoch statt, lediglich auf den Tanz wird verzichtet (taz, 8.11.07). Weiter kritisierte der Zentralrat, dass die BRD kategorisch Verhandlung für eine weitere Zahlung an Überlebende des Holocausts in Israel kategorisch ausgeschlossen hat.

Der Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma forderte erneut energisch, endlich mit dem Bau des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma in Berlin zu beginnen, (taz 20.12.07)

Nicht abreißende Kette von Nazi-Überfällen

In Berlin überfielen Nazis mehrere Passanten wegen ihrer Hautfarbe, so am 20.10.07 und 24.10.07 (Jungle World 8.11.07). Gemeldet wurden solche Vorfälle auch am 7. Oktober in Magdeburg und am 28. Oktober in Abstatt gegen angeblich „nicht-deutsch“ Aussehende. In Lübeck wurde ein Mann mit dunkler Hautfarbe von sieben Nazis überfallen. In Brandenburg wurde auf ein türkisches Lokal ein Brandanschlag verübt. In Stendal überfielen Nazis einen vietnamesischen Laden. (Jungle World 8.11.07). In Sachsen-Anhalt wurde ein chinesischer Imbiss von Nazis überfallen. (Jungle World 15.11.07)

Bei dem Nazi-Führer Torsten Heise wurde ein Maschinengewehr und eine Maschinenpistole gefunden – ein deutliches Zeichen für die Ausrüstung der Nazi-Anhänger. (taz 1.11.07) In Erfurt veröffentlichten die Nazis 14 Namen von Antifaschisten, die ihnen durch die Polizeiakten bekannt geworden waren (jw 5.11.07). In Leverkusen überfielen 20 Nazis eine Gedenkveranstaltung zum 9. November (anna 29.11.2007).

Am 13.11.2007 warfen Nazis einen Brandsatz gegen ein Haus von Asylbewerbern in Nordwalde NRW. (jw 20.11.07) In Dortmund starteten 30 Nazis unter den Rufen „Scheiß-Türken“ einen Angriff auf eine Gaststätte. (jw 19.11.07) In Frankfurt erhielt der jüdische Ehemann einer aus dem Iran geflohenen Grünen-Politikerin antisemitische Drohbriefe. (FR 22.11.07) In Mecklenburg überfielen Nazis mehrere Asylbewerber, (Jungle World 13.12.07), in Berlin eine Frau wegen ihrer Hautfarbe. In Brandenburg (Havel) verübten Nazis einen Brandanschlag auf ein pakistanisches Geschäft. (Jungle World 6.12.07) 20 Nazis störten eine Veranstaltung gegen rechts an der TU Dresden (jw 7.12.07). In Gelsenkirchen wurde ein US-Bürger wegen seiner Hautfarbe überfallen. (FR 21.12.2007) In Dresden überfielen 10 bis 15 Nazis einen Mann aus dem Sudan (taz 24.12.07).

In Hamburg-Harburg wurde dem Jüdischen Friedhof die Gedenktafel geraubt. Zu antisemitischen Vorfällen kam es auch in Gießen und Berlin. (Jungle World, 15.11.07) Schändungen jüdischer Friedhöfe werden auch aus Mecklenburg (Jungle World 22.11.07) und Eisenhüttenstadt (Jungle World 29.11.07) gemeldet. In Berlin wurde das Denkmal für die ermordeten Juden erneut beschmiert. Die Zahl der nazistischen Schmierereien und Zerstörungen auf jüdischen Friedhöfen im Zeitraum 2002 bis 2006 wird mit 237 angegeben, (Jungle World, 29.11.07)

Eine Anfrage im Bundestag ergab, dass offiziell zugegeben wurde, dass in den ersten neun Monaten 2007 Nazis 8.248 Straftaten begingen, 473 Opfer vermerkt wurden, darunter 23 Juden. 16 Nazis wurden in U-Haft genommen. (Jungle World 22.11.2007) Auf die Fälschung offizieller Statistiken wies die Mobile Opferberatung in Sachsen hin, die in sechs Monaten in Sachsen 76 Nazi-Überfälle registrierte, während die Statistik der Polizei nur 36 Überfälle aufweist (taz 28.11.07).

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

Ca. 200 Seiten, DIN A4, 6 Euro

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt
Fax: 069/730920

Ökonomische Kämpfe

Der Lokomotivführerstreik im November war der größte Streik in der Geschichte der Deutschen Bahn seit 1949. DGB-Führer Sommer distanzierte sich umgehend, (jw 15.11. 2007)

Anfang Dezember streikten 11.000 Beschäftigte des Einzelhandels ebenfalls für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Dabei kam es in Frankfurt/Oder zur gemeinsamen Aktion polnischer und deutscher Beschäftigter. (jw 11.12.2007) 8.000 Beschäftigte des Autobauers Karmann demonstrierten gegen Stellenabbau, ebenso 2.500 in Rheine. (taz 5.11.2007) Bei Airbus demonstrierten 1.500 Beschäftigte, in der der Postbranche 600 Beschäftigte gegen drohenden Stellenabbau (jw 13. und 17.11.2007). In Nürnberg demonstrierten 3.500 Jugendliche für die Schaffung von Ausbildungsplätzen. (PB 30.11.2007) Weiter demonstrierten 2.300 bei der Arbeiterwohlfahrt Beschäftigte und 340 im katholischen Krankenhäuser Beschäftigte für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen (jw 1.11 und 6.12.07) In Hessen demonstrierten 3.500, in Berlin 6.500 Landesbeschäftigte gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und für bessere Arbeitsbedingungen (jw 14.11. und 13.12.2007).

Aktionen gegen Nazis

In Augsburg demonstrierten mehrere Hundert Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis. In Hamburg konnten Antifaschisten die Störung einer Veranstaltung durch 18 Nazis verhindern. In Gräfenberg demonstrierten 200 Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. Die Nazis wurden wie üblich von der Polizei geschützt. (anna, 29.11.2007) In Berlin demonstrierten 2.000 zur Erinnerung an den Nazi-Mord an Silvio Meyer am 21.11.1992. (jw 26.11.2007) In 12 Städten gab es koordinierte Aktionen gegen in Italien verurteilte Nazi-Verbrecher, die in der BRD auf freiem Fuß sind. Allein in Bremen demonstrierten 100 Antifaschisten vor der Wohnung von Max Milde, der in Italien wegen Mordes an 59 Menschen zu lebenslangem Gefängnis verurteilt wurde (jw 3.12.07 und PB 19.12.07). In Berlin demonstrierten 800 Antifaschisten gegen 500 Nazis (jw 3.12.2007). In Nidda bei Essen demonstrierten etwa 600 Antifaschisten gegen ca. 80 Nazis (jw 12.12.07), in Offenbach mehrere Hundert Antifaschisten gegen ca. 50 Nazis, (jw 17.12.07). Leipziger Studenten demonstrierten erfolgreich gegen einen NS-Propagandisten, der als Honorarprofessor tätig war und konnten seine Entlassung erreichen. (FR 13.11.07 und 24.11.07)

Aktionen gegen staatlichen Rassismus

In Köln kam es zu Protestaktionen gegen die Zwangsanhörungen von afrikanischen Flüchtlingen ohne Rechtsbeistand (jw 21.11.2007). In Hildesheim verhinderten 60 Personen durch eine Sitzblockade die Abschiebung einer Familie aus dem Nordkaukasus (jw 26.11.07). Auch in Minden und Langenhagen protestierten Hunderte gegen Abschiebungen (jw 10.12.07). Nach der ARD-Ausstrahlung eines diskriminierenden Tatort-Kriminalfilms gab es in Köln eine Massendemonstration von 15.000 Angehörigen der Aleviten aus der Türkei.

Weitere Kämpfe

10.000 protestierten in Düsseldorf gegen die antikurdischen Militäraktionen der Türkei, nachdem vorher schon Tausende in Stuttgart, Köln und Berlin protestiert hatten, darunter viele Anhänger der PKK. (jw 5.11. und taz 17.12.07)

In München demonstrierten 13.000 Gegner des Baus einer Transrapid-Strecke. (FR 5.11.2007) In 19 Städten gab es Aktionen gegen den Überwachungsstaat (taz 7.11. und 8.11.07). Gleichzeitig meldete die Presse, dass 110 politisch motivierte Anschläge gegen Autos von Reaktionären und gegen Polizeifahrzeugen, vor allem 2007 in Berlin, vorgekommen seien (taz 21.11, jw 10.12. 07).

In 11 Städten protestierten Aktivisten gegen die DEKA-Bank, die sich an einem gegen die ansässige Bevölkerung gerichteten Staudammprojekt in der Türkei beteiligt. (PB 14.12.07)

In Berlin kam es zu Aktionen gegen die Schließung von Stadtteil-Bibliotheken von 300 Aktivisten. (PB 14.12.2007). In Hannover kam es zu Aktionen von Antimilitaristen gegen eine Kirchenfeier der Bundeswehr, (taz 30.11.07) In Hamburg demonstrierten 4.000 Personen gegen Polizeiterror und für mehr Freiräume der Linken. Nach Überfallen der Polizei auf die Demonstration wurde taktisch die Demonstration offiziell beendet, aber in der Innenstadt in kleineren und größeren Gruppen trotz weiterer Polizeiüberfälle weiter demonstriert, (jw 17.12.07) In Bremen besetzten Studierende das Verwaltungsgebäude der Universität, um gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen zu protestieren (jw 15.12.07).

Internationale Kämpfe

In Frankreich kämpften im November die Eisenbahner in großen Streiks neun Tage gegen Sozialabbau, dabei wurden sie von den Beschäftigten der Post, der Fluglotsen und anderen Werktätigen unterstützt. In Paris kam es zu einer Protestaktion von 100.000, in Marseille von 40.000 Personen (jw 21. und 23.11.07) In den Pariser Vorstädten kam es nach dem Tod von einem 13- und einem 16-jährigen Jugendlichen durch ein Polizeiauto zu heftigen, teils bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Polizei, (FR 28.11.07). In ganz Frankreich protestierten Studierende von 40 der 85 Universitäten gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen, (jw 16.11.07)

In Prag demonstrierten 2.000 Antifaschisten gegen eine Nazi-Provokation von 400 teils aus Deutschland angereisten Nazis im jüdischen Viertel der Stadt, und konnten handfest die Nazis vertreiben, (jw 12.11.07) In ganz Tschechien protestierten gegen den Bildungsabbau 128.000 Menschen, davon allein 12.000 Lehrkräfte in Prag. (jw 14.12.07)

In Guernica in Spanien kam es zu Massenprotesten der Bevölkerung gegen den Versuch eines Auftritts eines führenden Franco-Faschisten (jw 7.11.07). In Madrid wurde ein Antifaschist von Franco-Faschisten ermordet. Während die Proteste dagegen unterdrückt wurden, konnten mehrere Tausend Franco-Anhänger mit massiver Unterstützung der Polizei demonstrieren (jw 13. und 21.11.07). In Bilbao demonstrierten 25.000 Menschen gegen einen Prozess gegen 46 Personen, die der Unterstützung der ETA angeklagt waren.

Im November kam es in 69 Städten Griechenlands zu Großdemonstrationen gegen die Anhebung des Rentenalters, (jw 9.11.07) Es folgte ein Generalstreik (jw. 13.12.07). Jugendliche hatten schon zwei Monate 300 Schulen besetzt, um für Lehrstellen zu demonstrieren. 5.000 Schülerinnen und Schüler sowie Studierende blockierten einen Tag die Innenstadt, (jw 13.11.07) Auch die Journalisten streikten einen Tag gegen die Verschlechterung ihrer Arbeits-

bedingungen. (FR 28.11.07) Zum Gedenken an die blutige Niederschlagung der Studierenden an der Universität in Athen am 17.11.1973 demonstrierten 20.000 Menschen in Athen. (PB 30.11.07)

In Großbritannien demonstrierten zunächst 7.000 Personen in London gegen Privatisierung und Lohnkürzungen im Krankenhausbereich. Dann kam es zu Massenstreiks von 80.000 Personen gegen staatlichen Sozialabbau, (jw 14.12.07)

In Teheran protestierten 2.000 Studierende gegen die iranische Diktatur, (taz 12.12.07)

In Ungarn streikten 10.000 Eisenbahner unterstützt von 5.000 Lehrkräften und Ärzten in Budapest gegen staatliche „Sparmaßnahmen“ (taz 12.12. 07).

Aus Westbengalien (Indien) wird gemeldet, dass gegen die Lokalregierung der revisionistischen CPI(M) gerichtete militante Aktionen gegen die verschlechterten Lebensbedingungen durchgeführt wurden und militante als „maoistisch“ bezeichnete Gruppen an diesen Aktionen beteiligt sind. (Jungle World 6.12.07)

In Südafrika streikten 250.000 Minenarbeiter für bessere Sicherheitsbedingungen nach einer Kette von Grubenunfällen. (taz 5.12.07)

Mehrere 100.000 Menschen demonstrierten in Italien gegen Renten Kürzungen (jw 10.11.07). In Rom demonstrierten 100.000 Frauen (und Männer gegen die Realität der Gewalt gegen Frauen, (taz 26.11.07) In Turin demonstrierten 30.000 Personen gegen die unzulänglichen Sicherheitsmaßnahmen bei einem Stahlwerk, das als eine Krupp-Thyssen-Tochter bezeichnet wird (FR 11.12.07) In Genua protestierten 50.000 Personen gegen den Justizterror gegen Aktivisten der Anti-G8-Bewegung. (jw 19.11.07)

In den USA werden Massenaktionen gegen den Irakkrieg fortgesetzt. In San Francisco demonstrierten 100.000, in Chicago 10.000 Menschen. (PB 2.11. und 30.11.07) In Georgia demonstrierten 15.000 Menschen gegen ein für süd-amerikanische Militärs geschaffenes Ausbildungszentrum, in dem Foltertechniken gelehrt werden (PB 30.11.07).

In den Niederlanden demonstrierten 15.000 Schülerinnen und Schüler gegen Bildungsabbau, (jw 27.11.07)

In Portugal beteiligten sich 80% der im öffentlichen Dienst Beschäftigten an einem Generalstreik gegen Inflation und für Lohnerhöhungen, (jw 1.12.07)

In Zürich demonstrierten 1.500 Aktivisten gegen die Schweizer Abschiebepolitik, (anna 13.12.07)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jw (junge Welt), taz (tageszeitung), AK (Analyse und Kritik), PB (Politische Berichte)



Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 1/08 (Januar bis Februar 2008)

Ausweitung des Militäreinsatzes in Afghanistan

Für Sommer 2008 ist der Einsatz einer sogenannten „Schnellen Eingreiftruppe“ bestehend aus 250 Soldaten und Offizieren der Bundeswehr im Norden Afghanistans geplant, die im „Anti-Terror-Kampf“ oder gegen „unruhige Menschenmengen“, so die bürgerliche Presse, eingesetzt werden soll. (FR, 17.1.08)

Des weiteren sollen weitere 1000 Soldaten nach Afghanistan verlegt werden, was bedeuten würde, dass dann insgesamt 4500 Soldaten für den deutschen Imperialismus dort „im Einsatz“ wären. (FR, 11.2.08)

Militäraktion in Afghanistan unter Führung des deutschen Imperialismus

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat unter Führung der Bundeswehr und unter Beteiligung von 200 Bundeswehr-Soldaten im November 2007 eine große, mehrtägige Militäraktion im Norden und Westen Afghanistans mit insgesamt 1500 Soldaten stattgefunden, wo auch Kampfjets zum Einsatz kamen. Dabei wurden eine unbekannte Zahl von Zivilisten, darunter auch Kinder, getötet. (jW, 25.2.08)

Ausweitung des Militäreinsatzes am Horn von Afrika

Ab August 2008 sollen zusätzlich zwei Bundeswehr-Kriegsflugzeuge und zusätzlich 50 Soldaten in Dschibuti, Somalia stationiert werden. Die Bundeswehr ist bis jetzt mit einem Kriegsschiff und mehreren hundert Soldaten „im Einsatz“. Als „Einsatzgebiet“ wurde vom deutschen Imperialismus u.a. „die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nordostafrika sowie die angrenzenden Seegebiete“ definiert. (jW, 2.2.08)

Einsatz der Bundeswehr im Innern

Zum Schutz der „Sicherheitskonferenz“ in München waren u.a. auch 110 Feldjäger der Bundeswehr im Einsatz. Sie sicherten das Tagungshotel „Bayrischer Hof“ ab und waren dabei mit Pistolen bewaffnet. (jW, 21.2.08)

Schlaglichter der Überwachung durch den deutschen Staat

Die Bundespolizei erhält per Gesetz ab sofort automatisch die Daten von 29 Millionen Schiffs-passagieren, die pro Jahr deutsche Häfen ansteuern, und darf sie auf unbegrenzte Zeit speichern. Darunter sind Daten wie Name, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und auch VISA-Informationen. (FR, 6.2.08)

Des weiteren können künftig u.a. auch Strafverteidiger präventiv abgehört werden. In den meisten Bundesländern werden von der Polizei von Videogeräten die Kennzeichen aller vorbeifahrenden Autos erfasst, die dann abgeglichen werden mit Fahndungsdatenbanken (taz, 16.1.08, 30.1.08, FR, 28.1.08)

Demonstration gegen „Münchner Sicherheitskonferenz“ der NATO

7000 haben am 12.2.08 gegen die NATO-Konferenz in München demonstriert. Die NATO-Konferenz wurde von einem riesigen Polizeiaufgebot und 110 Feldjägern der Bundeswehr beschützt. Insgesamt gab es 45 Festnahmen und zwei Haftbefehle. (jW, 11.2.08)

Deutscher Imperialismus weigert sich Entschädigung für slowenische Zwangsarbeiter der Nazis zu zahlen

Seit 10 Jahren versucht die „Vereinigung der Opfer der Okkupation 1941 bis 1945“ aus Slowenien vom deutschen Imperialismus Entschädigungszahlungen für slowenische Zwangsarbeiter der Nazis zu erkämpfen, bis jetzt ohne jeden Erfolg. Die reaktionäre slowenische Regierung steht auf der Seite des deutschen Imperialismus, die deutsche Regierung weigert sich auch nur einen Cent zu zahlen, mit dem „Argument“, dass ja Jugoslawien zwischen 1956 und 1973 „Wirtschaftshilfe“ erhalten hätte. (jW, 17.1.08)

Schlaglichter des Antisemitismus

In Weiden (Bayern) stahlen Nazis am 14.12.07 Gedenksteine, die an von den Nazis 1938 ermordete jüdische Menschen erinnerten, und ersetzten sie durch Steine mit den Namen von Nazi-Verbrechern wie Eichmann, Heß oder Himmler. (jW, 3.1.08) Nazis beschmierten schon im Dezember 2007 die Gedenktafeln für die ehemalige Synagoge **Grunewald (Berlin)** mit Hakenkreuzen und zerstörten ein Porträt eines Rabbiners. (jW, 3.1.08). In der Nacht zum 23.12.07 wurde ein 36-jähriger Mann geschlagen und antisemitisch beschimpft. Der antisemitische Angreifer konnte flüchten, der Mann erlitt Kopfverletzungen. (jW, 3.1.08) Vier Nazis haben am 16.1.08 in **Berlin** mehrere Schüler einer jüdischen Oberschule antisemitisch beschimpft und einen Hund auf sie gehetzt. (taz, 18.1.08) Am 17.1.08 ist bei **Angermünde** ein jüdischer Friedhof geschändet worden. Ein Grabstein wurde mit Hakenkreuzen beschmiert und mehrere Grabsteine wurden umgeworfen. (jW, 17.1.08) In der Nacht zum 10.2.08 wurde eine jüdische Gedenkstätte in **Berlin Steglitz** beschädigt. Mehrere Kränze sowie ein Buch wurden zerstört. (jW, 21.2.08). Das Holocaust-Mahnmal in **Berlin** wurde im Februar 2008 mit einem Hakenkreuz und anderen Nazi-Symbolen beschmiert. Laut Denkmalstiftung gab es seit Eröffnung des Denkmals vor drei Jahren gab es schon 15 solcher Nazi-Schmierereien. (taz, 25.2.08)

Neun Tote bei Brandanschlag in Ludwigshafen

In **Ludwigshafen** sind bei einem Brandanschlag neun Menschen ermordet worden, etwa 60 wurden verletzt. 20 Menschen mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden, 3 von ihnen hatten schwere Verletzungen. Beck, SPD-Vor-

sitzender und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz gab noch am selben Tag die Richtung der Ermittlungen vor: Es gebe keine Hinweise auf einen „fremdenfeindlichen Anschlag“, so betonte er. Das war der Startschuss für ein umfassendes Vertuschungsmanöver. Die Wahrheit ist, dass die Umstände auf ein Nazi-Massaker hindeuten, so z.B., die Aussage von zwei Mädchen, die vor dem Brand einen Mann ein Feuer im Hausflur hatten legen sehen. (taz, 5.2.08, jw, 6.2.08) (siehe, GDS FB...)

Schlaglichter des tagtäglichen Nazi-Terrors

Laut Presseberichten wurden in diesen zwei Monaten 29 Nazi-Überfälle auf von den Nazis als „undeutsch“ bezeichnete Menschen gemeldet. Der offizielle Verfassungsschutz-Bericht musste zugeben, dass fast 11.000 „rechtsextremistische Straftaten“ registriert wurden, davon 642 Nazi-„Gewalttaten“. (FR, 11.2.08) Außerdem organisierten die Nazis in den beiden Monaten 15 Nazi-Kundgebungen und -Aufmärsche. Hier einige Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors:

In **Dauphetal** bei Marburg wurde in der Nacht zum 22.2.08 gegen ein Haus mit türkischen Bewohnern ein Nazi-Brandanschlag verübt. An die Häuserwände wurden Nazi-Parolen gesprüht, „Ausländer raus!“-Rufe wurden von den Brandstiftern gebrüllt. Die Bewohner konnten das Feuer rechtzeitig entdecken und löschen, nur dadurch konnten Verletzte und Tote verhindert werden. (taz, 21.02.08)

In der Nacht zum 1.1.08 griffen 15 Nazis in der Weitingstraße in **Berlin-Lichtenhagen** eine Familie aus Afghanistan an und riefen rassistische Parolen. Die Familie konnte in ihre Wohnung flüchten. Die Nazis verfolgten sie und beschädigten den Hausflur sowie Fensterscheiben. (jW, 10.1.08) Zwei Nazis griffen am 2.1.08 in **Braunschweig** eine Gruppe von vier Personen an und brüllten „Scheiß Ausländer“. Sie schlugen brutal auf einen Mann aus Syrien ein, einem anderen Mann aus Syrien schlugen sie mit einem

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

Ca. 200 Seiten, DIN A4, 6 Euro

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt
Fax: 069/730920

Stein auf den Kopf, auch als er bereits am Boden lag prügeln sie weiter auf ihn ein. Beide Männer wurden verletzt, einer von ihnen musste mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. (jW, 10.1.08) Am 6.1.08 überfielen 10 nazistische Deutsche einen Mann aus der Elfenbeinküste in **Magdeburg**. Sie beschimpften ihn als „Neger“, als er sich verbal wehrte jagten sie ihn durch die Straßen. Nur durch die Hilfe anderer Menschen aus Afrika konnten die nazistischen Angreifer zurückgeschlagen werden. Dabei wurden auch mehrere nazistische Deutsche verletzt. Nicht gegen die nazistischen Deutschen wurde daraufhin wegen ihres brutalen Angriffs auf den Mann aus der Elfenbeinküste ermittelt, sondern gegen die Männer aus Afrika wegen „Körperverletzung“! (jW, 7/8.1.08) Etwa 15 verummte Nazis haben in der Nacht vom 11. auf den 12.1.08 das Haus des ver.di Gewerkschafters und Antifaschisten Rainer Sauer in **Bocholt** belagert. Sie umkreisten das Haus, riefen Nazi-Parolen und spielten Nazi-Lieder ab. (anna, 30.1.08) In **Dessau** haben 10 verummte Nazis eine Gruppe von antifaschistischen Jugendlichen mit Bierflaschen und Stöcken angegriffen. Zwei Jugendliche wurden schwer verletzt und mussten ärztlich behandelt werden. Obwohl die Polizei sofort informiert wurde und das nächste Polizeirevier nur 2 Minuten vom Ort des Nazi-Überfalls entfernt lag kamen die ersten Polizisten erst 15 Minuten nach dem Nazi-Überfall an! Alle Nazis waren da natürlich längst verschwunden. (taz, 23.1.08)

Schlaglichter der Anti-Nazi-Kämpfe

22 Protestaktionen gegen den Nazi-Terror und gegen den unter dem Schutz der Polizei durchgeführte Nazi-Aufmärsche und -Kundgebungen sind in den zwei Monaten dokumentiert. Wir erwähnen hier schlaglichtartig einige Kämpfe:

In **Berlin-Lichtenberg** nahmen 100 Antifaschisten am 2. 1.08 an einer Spontandemonstration teil, die sich gegen den Überfall von 15 Nazis auf eine fünfköpfige Familie aus Afghanistan in der Silvesternacht richtete. (jW, 4.1.08) Am 16. Januar demonstrierten 3.500 Auszubildende von VW in **Wolfsburg** gegen die NPD. (jW, 17.1.08) Nach einem Nazi-Angriff in **Köln** Mitte Januar auf einen Mann wegen seiner dunkeln Hautfarbe demonstrierten am 16. 1.08 400 Antifaschisten gegen den Rassismus. (jW, 18.1.08) In **Magdeburg** demonstrierten am 19. 1.08 300 Antinazisten gegen einen Naziaufmarsch. Die Polizei stoppte die Demonstration über drei Stunden lang und griff dann mit Pfefferspray und Schlagstöcken die Antifaschisten an. Mindestens 30 Demonstranten und Demonstrantinnen wurden dabei verletzt. Insgesamt protestierten an diesem Tag 1.000 Menschen gegen 600 Nazis, die gegen die Bombardierung der Stadt durch die Anti-Hitler-Koalition unter Polizeischutz hetzten. Am selben Tag protestierten in **Frankfurt am Main** 1.200 Antinazistinnen und Antinazisten lautstark gegen eine Wahlkampfkundgebung der NPD. Ebenfalls am 19.1.08 protestierten 2.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten in **Salzgitter** gegen einen Aufmarsch von 60 Nazis, 200 Demonstrantinnen und Demonstranten protestierten in **Goslar** gegen eine Nazi-Kundgebung und 2.000 Antinazistinnen und Antinazisten in **Bad Lauterberg** gegen einen Aufmarsch der NPD. (jW, 21.2.02) Gegen einen Aufmarsch von 5.000 Nazis in **Dresden** am 16. 2.08, der von über 3000 Polizisten geschützt wurde, mobilisierten Antinazistinnen und Antinazisten zu beeindr-

ckenden Gegenaktionen. Eine antifaschistische Demonstration durchs Stadtzentrum war von den Behörden im Vorfeld verboten worden. Es gelang den Antifaschisten, eine Polizeikette zu durchbrechen und eine spontane Demonstration mit 1.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch die belebte Einkaufsmeile zu formieren sowie die Innenstadttroute der Nazis zu blockieren. (jW, 18.2.08) 450 Antifaschisten protestierten am 22. Februar gegen das „Thor Steinar“ Nazi-Geschäft in **Berlin-Mitte**. Nur wenige Tage zuvor wurde ein Schaufenster des Geschäfts eingeschlagen. (jW, 25.2.08)

Flüchtlinge in Deutschland müssen unter Existenzminimum leben

Die Sozialleistungen für Flüchtlinge sind seit 1993 nicht erhöht worden und liegen nun 35 Prozent unter dem Niveau der Sozialhilfe. Trotzdem will die Bundesregierung keine Erhöhung der Beiträge durchführen. Seit August 2007 wurde die Bezugsdauer der Sozialleistungen für Flüchtlinge von 36 Monaten auf 48 Monate verlängert, d.h. Flüchtlinge bekommen jetzt noch länger Leistungen weit unter dem Sozialhilfesatz. Betroffen davon sind ca. 100.000 Menschen, davon auch fast 50.000 Kinder. (anna, 17.1.08) Gleichzeitig wird die Abschottung Deutschlands immer perfekter. 2007 gab es in Deutschland sowenig Flüchtlinge wie nie zuvor, lediglich noch knapp über 19.000. (jW, 24.1.08)

Protestaktionen gegen den staatlichen Terror gegen Flüchtlinge

Am 5.1.08 demonstrierten rund 200 Menschen durch **Berlin-Köpenick** zum Abschiebegefängnis in der Grünauer Straße. Anlass war der Tod eines 28jährigen Abschiebegeflingens aus Tunesien, der am 1.1.08 an den Folgen eines Suizidversuchs gestorben war, den er aus Angst vor Abschiebung begangen hatte. Vor dem Abschiebegefängnis wurden Grußbotschaften in mehreren Sprachen verlesen, die vom deutschen Imperialismus hinter Gittern gesperrten Flüchtlinge winkten und riefen den Demonstranten zu. (anna, 17.1.08)

Streiks im Öffentlichen Dienst

Am 15.2.08 beteiligten sich bundesweit ca. 55.000 an Warnstreiks im Öffentlichen Dienst. Am 18.2.08 gab es erneut Warnstreiks, die auch den Nahverkehr in Städten wie z.B. Frankfurt und Berlin zum Teil lahm legten. (jW, 23.1.08)

Kämpfe gegen Thyssen-Krupp in Italien

Am 6.12.2007 war im Thyssen-Krupp Stahlwerk in Turin ein Brand ausgebrochen, in dessen Folge sieben Arbeiter starben. Leere Feuerlöscher und unzureichender Brandschutz waren Ursachen für den Brand. Gegen diese und andere mörderischen Arbeitsbedingungen bei Thyssen Krupp demonstrierten am 10.12.2007 in Turin ca. 30.000 Menschen. Am gleichen Tag wurde auch ein achtstündiger Streik in Turin durchgeführt. (jW, 4.1.08)

Streiks von Bergarbeitern in Polen

Nach 46 Tagen Streik der Bergarbeiter in der Kohlezeche in Budryk, Polen für höhere Löhne wurde der Streik am 31.1.08 beendet. Die Bergleute konnten eine sofortige 10 Prozent Lohnerhöhung erkämpfen.

Immer wieder mussten die Streikenden während des Streiks sich gegen Streikbrecher zur Wehr setzen, die versuchten auf das Gelände vor-

zudringen, doch es gelang alle Streikbrecher zurückzuschlagen.

Anfang Januar streikten ca. 40.000 Bergleute für 24 Stunden im Slonsker Kohlerevier „17. Dezember“ für höhere Löhne. Das reichte aus, um die Kapitalisten zu Zugeständnissen zu zwingen: die insgesamt 65.000 Bergarbeitern sollen ab 10.1.08 eine Lohnerhöhung zwischen 14 und 15 Prozent erhalten. (jW, 7.1.08)

Streiks von Minenarbeitern in Mexiko

Mindestens 800 Polizisten und Soldaten versuchten am 11.1.08 die von mehreren hundert Minenarbeitern blockierten Zugänge der Mine von Cananea zu räumen, nachdem zuvor der seit 30.7.07 andauernde Streik der Minenarbeiter für bessere hygienische und Sicherheitsbedingungen vom mexikanischen Staat für illegal erklärt wurde. Bei dem Angriff der Polizei und von Militäreinheiten wurde Tränengas und Gummigeschosse eingesetzt. 40 Arbeiter wurden verletzt, fünf davon schwer, fünf wurden verhaftet und fünf Arbeiter wurden verschleppt. Die Arbeiter wehrten sich mit allen Kräften gegen diesen brutalen Angriff, mussten aber nach mehreren Stunden erbitterten Kämpfen aufgeben. Die Minenarbeiter von Taxco im Bundesstaat Guerrero, die ebenfalls seit dem 30.7.07 für höhere Löhne streiken, erklärten sich solidarisch mit den Arbeitern von Cananea und setzten ihren Streik unvermindert fort. (jW, 15.1.08)

Militante Kämpfe in Dänemark gegen staatlichen Rassismus

Mitte Januar kämpften in Kopenhagen und anderen Städten tagelang militant tausende jugendliche Immigranten gegen Polizeiterror und staatlichen Rassismus. Der militante Kampf gegen die Polizei wurde mit Steinen, brennenden Barrikaden und Brandflaschen geführt. Auslöser der Kämpfe war die Drangsalierung eines palästinensischen älteren Mannes in Kopenhagen durch die Polizei. Der Kampf richtete sich gegen die rassistische Polizei, die z.B. ohne Grund in Stadtvierteln, die zumeist von Immigranten bewohnt wird, jeden kontrollieren und auch durchsuchen darf. In der Praxis werden in diesen sogenannten „Visitationszonen“ jedoch nur solche Personen kontrolliert und durchsucht, die im rassistischen Bild der Polizei „nicht-dänisch“ aussehen. (taz, 18.2.08)

Angriffe kommunistischer Guerillia in Indien

Im Unionsstaat Orissa in Indien haben am 15.2.08 ca. 400 bewaffnete Guerillakämpfer und -kämpferinnen vier Polizeiwachen im Bezirk Nayagarh angegriffen. Dabei wurden 13 Polizisten getötet. Bei einer einige Tage später gestarteten Gegenoffensive des indischen reaktionären Staats kamen laut staatlichen Angaben 20 Guerilleros und 3 Soldaten ums Leben. (jW, 19.2.08)

Proteste vor Abschiebegefängnissen in Frankreich

Tausende demonstrierten am 19.1.08 vor insgesamt 29 Abschiebegefängnissen in ganz Frankreich. Sie forderten die sofortige Schließung der Abschiebegefängnisse. (jW, 21.1.08)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), JW (Jungle World), taz (Tageszeitung)

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 2/08 (März bis April 2008)

Deutsche Polizeiausbildung in Libyen

Wie erst Anfang April dieses Jahres bekannt wurde, betätigten sich in **Libyen** vom Dezember 2005 bis Anfang Juni 2006 „auf private Rechnung“ 30 deutsche „Elitepolizisten“ und Soldaten als Ausbilder von 120 libyschen Polizisten. Frühzeitig informiert von dieser „privaten“ Ausbildung waren der Bundesnachrichtendienst und die Deutsche Botschaft in Libyen. Mitte April sprach sich dann der Leiter des Bundeskriminalamtes, Ziercke, für eine offizielle Ausbildung libyscher Polizisten durch den deutschen Staat aus. (taz 07.04, FR 09.04.08, taz 16.04.08)

Deutscher Staatsterror gegen die kurdische Befreiungsbewegung

Aufgrund mehrerer türkischer Haftbefehle wurde am 2. März eine kurdische Politikerin in Deutschland festgenommen und in Auslieferungshaft gesetzt. Mitte März wurden drei Kurden wegen angeblicher Mitgliedschaft in der PKK verhaftet. Zwei weitere Kurden wurden unter dem gleichen Vorwand Ende März verhaftet. Mitte April verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt am Main einen kurdischen Politiker wegen angeblicher Mitgliedschaft in der PKK zu einer Haftstrafe von 3 ½ Jahren. Am gleichen Tag stürmte die Polizei in Bremen den kurdischen Kulturverein Birati und neun Wohnungen von Vereinsmitgliedern. (jW 15.03, 18.03, 28.03, 11.04.08)

Eine kurdische Demonstration mit 1.500 Jugendlichen am 19. April wurde von mehreren Hundertschaften Polizei und türkischen Faschisten der „Grauen Wölfe“ terrorisiert. Die Faschisten wurden dabei von der deutschen Polizei, die sie später in ihrem „Pressebericht“ als „türkische Passanten“ verhamloste, vor Gegenmaßnahmen der Demonstranten in Schutz genommen. Insgesamt wurden 86 Demonstranten festgenommen; mehrere wurden verletzt. Zwei Demonstranten mussten ins Krankenhaus gebracht werden. (jW 21.04.08)

Weitere Unterdrückung der sorbischen Minderheit in Deutschland

Nach der Schließung sorbischer Schulen vor wenigen Jahren durch den deutschen Staat soll nun auch der geringfügige finanzielle Zuschuss für die Stiftung des sorbischen Volkes um jährlich 100.000 Euro weiter gekürzt werden. Mit der Kürzung droht eine Schließung kultureller Einrichtungen, wie dem Sorbischen Nationalensemble und dem Domowina-Verlag, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Im letzten Jahr erhielt die sorbische Minderheit 15,6 Millionen Euro, im Jahre 1992 waren es noch umgerechnet knapp 20 Millionen Euro.

Als Reaktion auf die drohende Kürzung kam es Ende März in Bautzen zu einer Demonstration von Sorbinnen und Sorben und die Vertreter der Sorben verließen den Stiftungsrat. Sachsens Kultusministerin Stange forderte, die Sorben müssten sofort an den Verhandlungstisch zurückkehren – und drohte mit weiteren finanziellen Einschränkungen. (FR 28.03, 17.04.08)

Mörderischer staatlicher Rassismus

Laut der aktualisierten (im März in 15. Auflage erschienenen) Dokumentation zur deutschen

Flüchtlingspolitik der Antirassistischen Initiative Berlin kamen seit 1993 mindestens 370 Menschen aus anderen Herkunftsländern durch Maßnahmen des deutschen Staates ums Leben. Mindestens 81 Flüchtlinge wurden von Nazis ermordet, 174 Flüchtlinge starben bei ihrem Versuch nach Deutschland zu gelangen, 149 Flüchtlinge töteten sich aus Angst vor der Abschiebung, 356 wurden durch Misshandlungen in Abschiebehaft oder bei der Abschiebung verletzt, 29 Flüchtlinge wurden nach ihrer Abschiebung im Herkunftsland ermordet, mindestens 441 Flüchtlinge wurden nach ihrer Abschiebung im Herkunftsland gefoltert. (jW 12.03.08)

Tod von Adem Özdamar nach Polizeieinsatz

Am 17. Februar wurde der 26-jährige Adem Özdamar in einer Hagener Polizeiwache bäuchlings an Händen und Füßen gefesselt. Özdamar fiel ins Koma und wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo er Anfang März starb. Die Polizei beteuerte ihre Unschuld und bezeichnete ihr Opfer als psychisch krank, verwirrt und drogensüchtig. Mitte März stellte eine auf Veranlassung von Özdamars Familie durchgeführte Untersuchung des Toten eine Schädelfraktur sowie einen Nasenbeinbruch fest. Währenddessen gab das Polizeipräsidium Hagen bekannt, dass ihre Polizisten „richtig gehandelt“ hätten.

In der Öffentlichkeit begann eine massive Hetze gegen das Polizeioffer. Die SPD-Politikerin Thieser wiegelte mit Sätzen auf wie: „Der Türke ... hat sich selbst umgebracht“ und „Die Türken heizen die Stimmung an.“ Eine Regionalzeitung behauptete, dass die Hagener Polizei „zum Freiwild“ geworden sei und die Türken, so heißt es in den Internetforen dieser Zeitung, seien Drogendealer und würden deutsche Polizisten mit Schlämm bewerfen.

(FR 07.03, 11.03, 14.03, 18.03, 12.04.08)

Prügelnde Polizisten vor Gericht

Im April fand ein Prozess gegen vier SEK-Polizisten statt, die im April 2005 einen damals 17-jährigen Jugendlichen, dessen Eltern aus der Türkei stammten, bei einer Festnahme schwer verletzteten. Der Jugendliche wurde in seiner elterlichen Wohnung von der Polizei überfallen und mit Faustschlägen und Tritten misshandelt, seine Eltern wurden mit vorgehaltener Waffe bedroht. Er verlor einen Zahn, war mit Blutergüssen übersät und blutete stark. Als die Polizei die schweren Verletzungen in Augenschein nahm, einigten sie sich darauf, dass der Jugendliche gegen ein Polizeischild gelaufen sei und verletzten ihn durch einen heftigen Schlag mit einem Stahlschild am Schlüsselbein. Anschließend verschleppten sie ihn zur Polizeiwache; später stellte sich heraus, dass der Jugendliche unschuldig festgenommen worden war. Das Landgericht Berlin erklärte die Ereignisse für nicht mehr rekonstruierbar und sprach Ende April die vier Polizisten frei. (jW 08.04, 25.04.08)

Deutsche Nazi-Verbrecher In Italien verurteilt – in Deutschland in Freiheit

Mindestens 20 deutsche Nazi-Verbrecher, die mittlerweile von italienischen Gerichten zu lebens-

länglicher Haft verurteilt wurden und deren Wohnsitz bekannt ist, erfreuen sich nach wie vor in Deutschland ihrer Freiheit. Das Baden-Württembergische Landesjustizministerium erklärte, dass angeblich bei keinem der Beschuldigten die Beweislage ausreiche, während das bayerische Justizministerium geltend machte, dass die Beteiligung an den Nazi-Verbrechen „Ausdruck einer menschlichen Schwäche sein“ könne.

Unterdessen wird seit dem 12. März in Italien gegen den SS-Mörder Michaelis verhandelt, der 1944 an einem Massaker in Italien beteiligt war. Drei weitere Verfahren gegen Wehrmachts- bzw. SS-Mörder stehen kurz vor der Eröffnung.

(jW 12.03.08)

Schändung jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten

Ende Februar wurde in **Berlin** das Holocaust-Mahnmal mit einem Hakenkreuz und anderen Nazi-Symbolen beschmiert. (Jungle World 06.03.08)

In der Nacht zum 9. März wurde in **Rheine** ein jüdischer Friedhof und der Gedenkstein für eine ehemalige Synagoge mit Hakenkreuzen und Nazi-Symbolen beschmiert. Zudem wurde ein Gedenkranz vor der ehemaligen Synagoge beschädigt. Auch mehrere Stolpersteine, die an während der Nazi-Zeit deportierte und ermordete Jüdinnen und Juden erinnern wurden übersprüht. (anna 27.03.08)

Am 11. März wurde die Außenmauer der Gedenkstätte **Sachsenhausen** in der Nähe der „jüdischen Baracke“ mit Hakenkreuzen beschmiert. (Jungle World 20.03.08)

In **Thallichtenberg** (Rheinland-Pfalz) wurden Mitte März auf dem jüdischen Friedhof mehrere Grabsteine umgeworfen und Gedenksteine mit Nazi-Parolen und Nazi-Symbolen beschmiert. (FR 19.03.08)

Mitte März wurde in **Eiterfeld** (Hessen) eine Gedenktafel gestohlen, die an eine ehemalige jüdische Synagoge erinnerte. (Jungle World 03.04.08)

Auf dem jüdischen Friedhof in **Rostock** wurde Ende März die zentrale Stele mit dem Schriftzug einer Nazi-Partei beschmiert. (ND 26.03.08)

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

Ca. 200 Seiten, DIN A4, 6 Euro

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt
Fax: 069/730920

In **Berlin-Weißensee** wurden Ende April auf dem jüdischen Friedhof 23 Grabsteine und zehn Steine umgeworfen. (jW 30.04.08)

Nach offiziellen Angaben wurden im Jahre 2007 in Deutschland 30 jüdische Friedhöfe beschädigt. (Jungle World 30.04.08)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In **Berlin-Friedrichshain** versuchte am 2. März eine Frau einen dunkelhäutigen 19-Jährigen aus rassistischen Motiven zu ermorden. Die Frau stieß den 19-Jährigen vor einen herannahenden S-Bahn-Zug auf die Gleise. Zwei Fahrgäste, die ihn rasch von den Gleisen zogen, retteten ihm das Leben. (jW 03.03.08)

In **Chemnitz** zog sich die Polizei, nachdem sie eine Nazi-Kundgebung vor einer Antifa-Demonstration geschützt hatten, nach Beendigung der Kundgebung zurück. Nach diesem Signal eröffneten die Nazis ungehindert ihre Hetzjagd auf die Antifaschistinnen und Antifaschisten. Mehrere Gruppen von 20 bis 40 Nazis zogen mit Knüppeln bewaffnet durch die Innenstadt. Zwei Antifaschistinnen wurden dabei zusammengeschlagen und mit Tritten und Schlägen auf dem Kopf und in den Bauch verletzt. (jW 08.03.08)

Auf ein Hochhaus in **Worms** mit 27 Wohnungen, die hauptsächlich von Menschen aus anderen Herkunftsländern bewohnt sind, ist am 12. März ein Brandanschlag verübt worden. Sechs Menschen mussten mit Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht werden. Es war bereits der dritte Brandanschlag in diesem Jahr auf das Haus. (jW 13.03.08)

In der Nacht zum 22. März wurde ein Nazi-Brandanschlag auf ein muslimisches Gebetshaus in **Sittensen** (Niedersachsen) verübt. Das Gebäude fing nur durch Zufall kein Feuer. (Jungle World 03.04.08)

In **Backnang** (Baden-Württemberg) wurde am 29. März auf ein überwiegend von Menschen aus der Türkei bewohntes Mehrfamilienhaus ein Brandanschlag verübt. Fünf Bewohner erlitten eine Rauchvergiftung. Die Polizei leugnet einen Nazi-Hintergrund und spricht von einem Nachbarschaftsstreit. (jW 31.03.08, 01.04.08)

Ein weiterer Brandanschlag wurde am 7. April auf ein Wohnhaus in **Pforzheim** verübt, das hauptsächlich von Menschen aus anderen Herkunftsländern bewohnt ist. Die zehn Bewohnerinnen und Bewohner konnten noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. (taz 08.04.08)

In **Langwiesen** (Thüringen) wurde in der Nacht zum 16. April ein Brandanschlag auf einen linken Jugendtreff verübt. Zwei Anwesende konnten das Feuer löschen. Die eintreffende Polizei verspottete sie mit den Worten: „Na, waren es wieder die bösen, bösen Rechten?“ (jW 21.04.08)

Mehrere Nazis verübten in der Nacht zum 26. April einen Brandanschlag auf eine von Saisonarbeitern aus Polen bewohnte Unterkunft in **Querfurt**. Vier Nazis wurden wegen Mordversuchs verhaftet. (taz 28.04.08)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

In den Monaten März und April fanden mehr als 20 Demonstrationen und Kundgebungen gegen Nazi-Terror und Nazi-Aufmärsche statt, unter anderem in Dautphetal, Leipzig, Bamberg, München, Berlin, Dessau, Ludwigshafen, Schweinfurt, Aachen, Colditz, Dortmund, Lübeck, Wiesbaden, Brühl, Weimar, Lützen, Ludwigsfelde, Stolberg, Nürnberg, Bocholt und Bad Saarow.

Am 4. März konnten in **Bamberg** 700 Antifas lautstark eine Kundgebung von ca. 40 Nazis stören.

(anna 27.03.08) 2.500 Menschen protestierten am 29. März in **Lübeck** mit Blockaden gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis, der von 1.900 Polizisten geschützt wurde. (jW 02.04.08) Ebenfalls mit Blockaden protestierten am 5. April 1.000 Menschen in **Weimar** gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis. Die Polizei nahm acht der Protestierenden fest. (taz 07.04.08) 1.500 Antifas demonstrierten am 26. April in **Stolberg** gegen einen Aufmarsch von 400 Nazis. (jW 30.04.08)

Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Iran besuchen Auschwitz

30 Iranerinnen und Iraner besuchten vom 12. bis 14. April die KZ-Gedenkstätte Auschwitz um der ermordeten jüdischen Opfern der Nazis zu gedenken. Gleichzeitig protestierten sie damit gegen den iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad, der die Ermordung der sechs Millionen Juden durch die Nazis leugnet. (jW 02.04.08)

Proteste von Flüchtlingen

Im Flüchtlingslager Katzhütte in Thüringen begann ein Protest der dort internierten Flüchtlinge gegen die unmenschlichen Lebensbedingungen und die ständigen Schikanen seitens der Lagerleitung. Die Baracken sind feucht und von Schimmel befallen, warmes Wasser gibt es nur von acht bis 17 Uhr, die Duschen sind 300 Meter von den Unterkünften entfernt, die Flüchtlinge werden beschimpft und bestraft und das Lager liegt völlig isoliert.

Umgehend setzten staatliche Unterdrückungsmaßnahmen verbunden mit öffentlicher Hetze ein. Der Sprecher der Protestierenden wurde mit sofortiger Abschiebung bedroht. Nur einen Tag später um zwei Uhr morgens wurde er von der Polizei aus dem Schlaf gerissen, die ihm erklärte, dass unangemeldete Kundgebungen hier nicht erlaubt seien. In der Öffentlichkeit wird gegen das „Nörglerheim“ Stimmung gemacht; das Geld für die Flüchtlinge solle besser, so heißt es in einer Regionalzeitung, „bedürftigen Deutschen“ zur Verfügung stehen.

Die Flüchtlinge setzten ihre Proteste fort und organisierten Ende März eine Kundgebung. (jW 03.03.08, taz 26.03.08, anna 10.04.08)

Streik der Berliner Verkehrsbetriebe

Am 5. März begannen die Werktätigen der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) einen Streik für eine Lohnerhöhung von bis zu 12 Prozent. In der vorhergehenden Urabstimmung sprachen sich 96 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten für den Streik aus. Bereits am ersten Tag des Streiks war die BVG komplett lahmgelegt – in Berlin fuhr nur noch die S-Bahn. Das gleiche Bild prägte auch in den folgenden Tagen die Stadt. Schon nach kurzer Zeit stand fest, der BVG-Streik ist der heftigste Arbeitskampf in Berlin seit Jahren.

Parallel zu dem Streik begann in der bürgerlichen Presse eine massive Kampagne gegen den Streikkampf, um die Öffentlichkeit gegen die Kämpfenden aufzuheizen. Trotz dieser Hetzkampagne erfuhren die Streikenden solidarische Unterstützung aus der Bevölkerung. So erhielten Streikposten in der Nacht zum 7. März Besuch von mehr als 30 Antifas, die einen „Solidaritätskuchen“ überreichten und mit ihnen diskutierten. Nach zwei Wochen setzte die ver.di-Führung den Streik weitestgehend aus mit der Ankündigung im April in die Offensive zu gehen, wenn bis dahin ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Ihre Forderungen wurden nicht erfüllt – die Offensive wurde abgeblasen. Statt dessen beschränkte die ver.di-

Führung den Kampf im April auf einige kleine Wamstreiks.

(jW 05., 06., 10., 17.03.02, 04.19.04.08)

Solidarische Unterstützung des Kampfes der Kollegen in Mexiko gegen Conti

Eine Gewerkschaftsdelegation aus Mexiko traf Ende April in Hannover ein, um am Hauptsitz des Continental-Konzerns gegen die Machenschaften des Konzerns in Mexiko zu protestieren und mit Kollegen aus Deutschland den Widerstand zu organisieren. Während der Hauptversammlung des Konzerns demonstrierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Deutschland gemeinsam mit ihren Kollegen aus Mexiko vor dem Versammlungsgebäude. (jW 24.04.08)

Wahlsieg der KP Nepals (Maoistisch)

Die KPN(M), die seit 1996 bewaffnet gegen die Monarchie in Nepal kämpfte und das feudalistische Regime zwang, Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung zuzulassen, erhielt bei diesen Wahlen im April mehr als ein Drittel aller Mandate und wurde somit stärkste Partei der Versammlung. Erstes Ziel soll die endgültige Abschaffung der Monarchie in Nepal sein. Nach wie vor hält die KPN(M) an ihren eigenen bewaffneten Streitkräften fest. (taz 10.04.08, jW 18.04.26.04.08)

Weltweite Hungeraufstände

In Ägypten, Haiti, Burkina Faso, Honduras, und in vielen weiteren Ländern kam es aufgrund steigender Lebensmittelpreise zu äußerst massiven Protesten der Bevölkerung. In Ägypten steigerten sich die Proteste im April zu blutigen Straßenschlachten mit der Polizei. Es kam zu mehreren Toten. Zu Straßenschlachten kam es auch in der Elfenbeinküste und in Senegal. In Haiti starben Anfang April bei den Kämpfen fünf Menschen. Die Proteste setzten sich fort. Dort stationierte UN-Truppen beteiligten sich an der Niederschlagung der Aufstände. Der Ministerpräsident musste zurücktreten. In Burkina Faso gingen Hunderttausende auf die Straße, die Polizei wurde angegriffen, die Gewerkschaften riefen zum Generalstreik auf. In Honduras protestierten Zehntausende Menschen, die gewaltsam von der Polizei auseinandergetrieben wurden. (jW 08.04.14.04.19.04.08, taz 20.03.09.04.10.04.08)

Streikkampf in Rumänien

Am 24. März begann der größte Arbeitskampf in der jüngeren rumänischen Geschichte. 13.000 Arbeiterinnen und Arbeiter streikten bei der Renault-Tochter Dacia u. a. für eine 50-prozentige Lohnerhöhung. Nach dem drei Wochen anhaltenden ungebrochenen Streikkampf gelang es den Werktätigen ihre Lohnforderungen zu über zwei Dritteln durchzusetzen. (FR 27.03.08, jW 15.04.08)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten)



Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 3/08 (Mai bis Juni 2008)

Bundeswehreinätze im Ausland

Für die Ausbildung der Armee in **Afghanistan** will die Bundeswehr die Zahl ihrer Ausbilder auf 220 verdoppeln und für die Ausbildung der afghanischen Polizei stellt sie weitere 15 Feldjäger zu den bereits eingesetzten 30 zur Verfügung. Das Bundesinnenministerium seinerseits will die Anzahl der deutschen Polizeiausbilder auf 100 erhöhen. (FR 02.05.08, taz 16.05.08)

Im Zusammenhang mit einem öffentlichen Appell Anfang April in Lemgo anlässlich der Entsendung einer 200 Mann starken „Schnellen Eingreiftruppe“ nach Afghanistan gab Kriegsminister Jung bekannt, dass bisher 250.000 deutsche Soldaten im Ausland eingesetzt waren. Er betonte: „Die Einsätze prägen mittlerweile das Bild der Bundeswehr nach innen und nach außen.“ (jW 04.06.08)

Ende Juni wurde von Kriegsminister Jung befohlen, dass der Bundestag im Oktober die „Obergrenze“ der in Afghanistan eingesetzten deutschen Soldaten von 3.500 auf 4.500 erhöhen solle. Die Bundeswehr wolle auch mehr afghanische Soldaten ausbilden und schon im nächsten Jahr 7.500 von ihnen „betreuen“. (FR 25.06.08)

Am 5. Juni verlängerte der Bundestag den Einsatz deutscher Soldaten in **Kosova**, die bereits seit zehn Jahren vor Ort sind. Nach wie vor stellt die Bundeswehr mit aktuell 2.870 Soldaten das größte Truppenkontingent aller imperialistischen Armeen in Kosova. (FR 28.05.08, jW 06.06.08)

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat die Bundesmarine in den Gewässern **Nordostafrikas** bereits im ersten halben Jahr ihres Mandates, das Mitte November 2001 erstmals erteilt wurde, mindestens vier sogenannte „Piratenboote“ geentert und damit gegen dieses Mandat verstoßen. Ebenfalls entgegen diesem Mandat gewährte die Bundesmarine wiederholt Kriegsschiffen anderer imperialistischer Armeen aktiven Geleitschutz. Mittlerweile beklagt das Kriegsministerium, dass die Bundesmarine nicht gegen flüchtende „Seeräuber“ vorgehen darf. (taz 04.06, 26.06.08)

Deutsche Flüchtlingspolitik wird europäische Flüchtlingspolitik

Am 18. Juni stimmte das Europaparlament mehrheitlich für eine „Rückführungsrichtlinie“ die u. a. eine Abschiebehaft von bis zu 18 Monaten und ein Wiedereinreiseverbot der Flüchtlinge für die gesamte EU für die Dauer von fünf Jahren vorsieht. Die Bundesregierung konnte sich mit ihrer Forderung durchsetzen, die Abschiebehaft nicht auf drei Monate zu begrenzen, sondern sie der deutschen Gesetzgebung anzupassen, welche die Möglichkeit einer 18-monatigen Haftdauer vorsieht. (jW 19.06.08)

Weiterer deutscher Staatsterror gegen die kurdische Befreiungsbewegung

Am 7. Mai durchsuchte in Wuppertal die deutsche Polizei Studioräume des kurdischen Senders Roj TV, Räumlichkeiten der Produktionsfirma VIKO und Wohnungen von 15 Mitarbeitern des Senders, der in den Niederlanden ansässig ist und sich für die kurdische Befreiungsbewegung engagiert. Bei der Razzia wurden u. a. Computer, Dokumente und Aufzeichnungen beschlagnahmt. Die Razzia

ging einher mit einer seit Dezember letzten Jahres großangelegten militärischen Offensive der türkischen Armee gegen die kurdischen Gebiete. Ende Juni dann schlug das Bundesinnenministerium noch einmal zu und verbot kurzerhand den kurdischen Fernsehsender Roj TV. (jW 09.05, 25.05.08)

Bundeswehr unterstützt Nazis

Die Bundeswehr lässt von der Nazi-Verlagsgruppe Mönch ihre Zeitschrift „wehrtechnik“ drucken (Auflage 12.000), die als ein zentrales publizistisches Verbindungsglied zwischen der deutschen Armee und der deutschen Rüstungsindustrie gilt und in dessen Redaktionsbeirat führende Militärs und Politiker des deutschen Imperialismus vertreten sind. In dem der Mönch-Gruppe zugehörigen Verlag Bernard & Graefe erscheinen u. a. Bücher von Dönitz und Manstein. Das „Panzer-museum“ in Munster ist zudem Anzeigenkunde bei der „Deutschen Militärzeitschrift“, die selbst von offizieller Seite als „rechtsextrem“ eingestuft wird. (jW 14.06.08)

Nazis unterstützen deutsche Polizei

Nach einer Erklärung des bayerischen Innenministeriums vom 7. Mai ist es der Polizei in Bayern nun auch offiziell erlaubt Spitzelfotos für Ermittlungen zu verwenden, die Nazis von Antifaschistinnen und Antifaschisten für ihre „schwarzen Listen“ angefertigt haben. (jW 08.05.08)

Kriegsdienstverweigerer im Hungerstreik

Nachdem der sich als Totalverweigerer verstehende Matthias Schirmer, der am 1. April zur Bundeswehr einberufen und fünf Tage später von Feldjägern in eine Kaserne verschleppt wurde, zum zweitenmal vom deutschen Militär zu einer 21-tägigen Haftstrafe, „zur Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung“, verurteilt wurde, trat er am 9. Mai in den Hungerstreik. Nach zwölf Tagen Hungerstreik und solidarischer Unterstützung von Antimilitaristinnen und Antimilitaristen gab das Militär nach. Der zuständige Militär Richter gab bekannt, einer weiteren Haft nicht zuzustimmen. Ende Mai wurde Schirmer aus der Haft entlassen, da „die Maßnahme keinen erzieherischen Charakter“ erzielen würde. (jW 15.05, 22.05.08, FR 23.05.08)

Staatlicher Terror gegen die protestierenden Flüchtlinge von Katzhütte

Um die seit Anfang März laufenden Proteste von im thüringischen Flüchtlingslager Katzhütte internierten Flüchtlingen zu unterdrücken, verschärfte der deutsche Staatsapparat seine Zwangsmaßnahmen gegen die Protestierenden. Einigen Flüchtlingen wurde das „Angebot“ gemacht, sich freiwillig umverteilen zu lassen. Nachdem 10 Flüchtlingsparteien, darunter vier Familien, sich weigerten und an ihren Forderungen festhielten, mussten am 1. Mai unter polizeilicher Gewalt zwei Sprecher der Flüchtlinge ihre Sachen packen und wurden in andere Lager zwangsumverteilt. Einer der Sprecher sollte zudem am 21. Mai abgeschoben werden, was nur durch die Einholung eines gerichtlichen Eilentscheids noch verhindert werden konnte.

Die Flüchtlinge in Katzhütte setzten ihre Proteste fort. Sie protestieren u. a. gegen die sehr schlechten Lebensbedingungen in den verschimmelten Baracken und für eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen.

(anna 22.05, 05.06.08 jW 21.05.08)

Tod eines dunkelhäutigen Franzosen in Polizeihaft

Erst nach dem Todesfall von Adem Özdamar, der in einer Hagener Polizeiwache bäuchlings gefesselt ins Koma fiel und drei Wochen später im Krankenhaus starb, wurde bekannt, dass bereits am 14. Mai 2007 ein dunkelhäutiger Franzose, ebenfalls in einer Hagener Polizeiwache, unter den gleichen Umständen ums Leben kam. Die Ermittlungen wurden damals nach wenigen Wochen unter Ausschluss der Öffentlichkeit eingestellt. Ende Juni wurden dann auch die Ermittlungen zum Tode Özdamar von der Hagener Staatsanwaltschaft eingestellt. (FR 20.05, 24.06.08)

Abschiebung zweier Flüchtlinge in einen Folterstaat

Am 14. Mai wurden zwei Flüchtlinge aus Eritrea abgeschoben. Die Flüchtlinge waren vom eritreischen Militär desertiert. Einer von ihnen gab zudem an, dass er sich geweigert hatte, sich an den Folterungen von Häftlingen zu beteiligen. Ihr Asylantrag war wegen „mangelnder Glaubwürdigkeit“ abgelehnt worden, das Verwaltungsgericht Frankfurt sah eine Verfolgungsgefahr der Flüchtlinge in ihrem Herkunftsland als „offensichtlich“ nicht gegeben an. In Eritrea selbst wurden die Flüchtlinge nach ihrer Abschiebung umgehend inhaftiert. Seither fehlt jede Nachricht von ihnen. Ein weiterer Flüchtling, der aus der eritreischen Armee desertiert war, steht unmittelbar vor seiner Abschiebung. (anna, Nr. 12/2008)

Urteil zu Entschädigungszahlungen für Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter

Nach einem Urteil des höchsten italienischen Zivilgerichts, des Kassationsgerichtshofes, haben italienische Militärinternierte des Zweiten Weltkriegs das Recht eine Entschädigungszahlung von Deutschland zu erhalten. Die bisherige deutsche Berufung auf „Staatenimmunität“ wurde von

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

Ca. 200 Seiten, DIN A4, 6 Euro

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt
Fax: 069/730920

den italienischen Richtern verworfen. Deutschland kündigte an, eventuell den Internationalen Gerichtshof in Den Haag einzuschalten. Gleichzeitig betonte die von Deutschland eingerichtete Stiftung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern: „Es ist kein Geld mehr da.“ Ende Juni bekräftigte die Bundesregierung, dass die italienischen Kriegsgefangenen, die Zwangsarbeit leisten mussten, keine Entschädigung erhalten werden. In Italien leben noch ungefähr 100.000 ehemalige von Deutschland ausgebeutete Zwangsarbeiter. (FR 07.06, 09.06.08, jW 26.06.08)

Antisemitischer Gerichtsprozess

Mitte Mai endete in Frankfurt am Main ein Prozess gegen einen 23-jährigen Mann, der mit den Worten „Du Scheißjude, ich bring dich um“ am 7. September letzten Jahres mit einem Messer auf einen Rabbi einstach und diesen sehr schwer verletzte. Der Rabbi erlitt eine 18 Zentimeter tiefe Bauchwunde.

Während des Prozesses wurden dann lang und breit absurde Vorwürfe gegen den Rabbi erhoben. Die „Frankfurter Rundschau“ kommentierte zur Freude der Antisemiten: „Im Laufe der Verhandlungen wurde der Rabbi zunehmend schmälliger.“

Der Täter selbst wurde zu nur dreieinhalb Jahren Haft verurteilt und wurde nach dem Richterspruch, aus juristischen Gründen, vorläufig auf freien Fuß gesetzt. Mit der Urteilsverkündung wurde gleichzeitig die antisemitische Motivation des Täters geleugnet. Laut Staatsanwältin Niesen sei in dem Begriff „Scheißjude“ kein antisemitischer Hintergrund erkennbar. Das Gericht schloss sich dieser antisemitischen Hetzmeinung an.

(FR 06.05, 21.05.08, jW 22.05.08)

Prozess „gegen“ einen Nazi-Mörder

Fünf Jahre lang wurde über einen Nazi-Mörder verhandelt, der 2003 einen Punker totgeschlagen hatte, einem anderen Punker zertürmerte er mit Fußtritten das Gesicht. Gegen den Nazi-Mörder liefen zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Bewährungsstrafen; eine wegen Körperverletzung. Beide Bewährungsstrafen wurden ihm dann während der laufenden Ermittlungen zu dem Mord erlassen. Nach der fünfjährigen Verhandlung wurde am 19. Juni vom Landgericht Erfurt das Urteil verkündet. Der Nazi-Mörder wurde nur zu einer Bewährungsstrafe und zur Ableistung von 200 Arbeitsstunden verurteilt. Der Richter machte u. a. geltend, dass die Tat einen „heilsamen Schock“ bei dem Angeklagten ausgelöst hätte, zudem sei die lange Verfahrensdauer belastend für ihn gewesen. (jW 20.06.08)

Morddrohungen gegen einen antifaschistischen Gewerkschafter

Der antifaschistische Gewerkschafter Rainer Sauer, der in Bocholt Demonstrationen und Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche organisiert, wird seit Mitte letzten Jahres von Nazis terrorisiert. Am 10. Mai 2008 wurde dann im Internet eine offene Morddrohung gegen ihn veröffentlicht, gleichzeitig erhielt er einen Brief in dem stand: „Wir werden euch ausrotten.“

Sauer bat um Polizeischutz. Die Polizei stellte fest, dass die „Gefährdungslage“ nicht konkret sei und Sauer somit keinen Polizeischutz erhalte.

Dermaßen ermuntert steigerten die Nazis ihren Terror. In der Nacht zum 30. Mai wurden vor Sauers Haus mehrere Schüsse abgefeuert. Die Polizei „ermittelt“ gegen Unbekannt. (anna 22.05.08, Jungle World 29.05.08, jW 04.06.08)

Erneute Nazi-Wahlerfolge bei Kommunalwahl in Sachsen

Die bereits im Jahre 2004 alarmierend hohen Wahlerfolge der NPD in Sachsen, wurden in diesem Jahre um das vierfache übertroffen. Die Nazis sind nach der diesjährigen Kommunalwahl in sämtlichen sächsischen Landkreisen vertreten. Landesweit erhielt sie 5,1 Prozent aller Stimmen. In Reinhardtsdorf-Schönau allein erhielt sie 25,2 Prozent aller Stimmen (die SPD kam dort auf 3,7 Prozent). (jW 10.06.08, taz 14.06.08)

Nazi-Terror nach offiziellen Angaben

Nach offiziellen Angaben stieg im März dieses Jahres die Zahl der bundesweiten Nazistraftaten auf den höchsten Stand seit sechs Jahren. Insgesamt verübten die Nazis im März 2008 1.311 Straftaten, alle 25 Minuten eine. (jW 14.05.08)

In den ersten vier Monaten 2008 wurden mehr Nazi-Straftaten verübt als im gleichen Zeitraum der letzten beiden Jahre. Von mehr als 3.400 Straftaten in den ersten vier Monaten des Jahres 2006 und mehr als 3.500 des Jahres 2007 stieg die Zahl auf über 4.500 im Jahre 2008 an. (Jungle World 19.06.08)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

In den Monaten Mai und Juni kam es zu ca. 25 Proteste und Aktionen gegen Nazis u. a. in den Orten Bremen, Dortmund, Wuppertal, Berlin, München, Moers, Duisburg, Potsdam, Wiesbaden, Günzburg, Weißenhohe, Köln, Frankfurt/M., Mahlow, Joachimsthal, Finowfurt und Pinneberg.

Gegen den provokatorischen Aufmarsch von ca. 1.000 Nazis am 1. Mai in **Hamburg** demonstrierten 10.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten auch mit militanten Aktionen. Die Nazis wurden von 2.500 Polizisten vor den Protesten geschützt. Ebenfalls am 1. Mai protestierten in **Nürnberg** 4.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 1.000 Nazis. In Nürnberg rotteten sich 3.000 Polizisten zusammen, um die Nazis zu schützen. Die Polizei ging mit Knüttel- und Reizgasangriffen gegen die Protestierenden vor und verletzte mehrere von ihnen schwer.

(Zu den Anti-Nazi-Kämpfen am 1. Mai 2008 siehe das Flugblatt von *Gegen die Strömung* Nr. 5/08: „Gegen Nazis und Polizeigewalt. Zu den Erfahrungen der militanten Kämpfe am 1. Mai 2008“)

Gegen den Parteitag der Nazi-Partei NPD protestierten am 25. Mai in **Bamberg** 3.000 Antifas. Die Polizei nahm mindestens 20 Antifas vorläufig fest. (jW 26.05.08)

Am 25. Mai schützten 700 Polizisten in **Düsseldorf** ein Aufgebot von 25 Nazis vor den Protesten von 350 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Die blockierten Nazis wurden von der Polizei umsorgt. Ein Uralt-Nazi konnte in einem Polizeifahrzeug den blockierten Platz verlassen. Anschließend versuchte die Polizei vergeblich Taxis zu organisieren (schon der erste Taxifahrer weigerte sich Nazis in sein Auto einsteigen zu lassen), dann zwangen sie eine U-Bahn zu einem Halt außerhalb einer Haltestelle und zur Aufnahme der Nazis. (jW 27.05.08)

Streikämpfe für sogenannte Altersteilzeitregelung

Für eine tarifliche Regelung der Altersteilzeit kam es im Mai und Juni zu bundesweiten Warnstreiks der Werktätigen der Metall- und Elektroindustrie. So gingen am 26. Mai in Stuttgart 2.500 Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße. In Sindelfingen streikten am 6. Juni 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter des Daimler-Werkes. Bis zum 6. Juni be-

teiligten sich weit über 100.000 Werktätige von ca. 150 Betrieben an den Streiks. Die Zahl der Streikenden erhöhte sich bis 20. Juni auf 200.000 Werktätige.

Streikämpfe des öffentlichen Dienstes in Berlin

Im Rahmen der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes in Berlin begannen im Mai Streikämpfe der Landesbeschäftigten. Am 21. Mai gingen 4.000 und schon am 29. Mai 10.000 Beschäftigte des Berliner öffentlichen Dienstes, insb. Erzieherinnen, auf die Straße. An diesem Tag blieben 240 Kitas und 380 Horte geschlossen. Die Streiks wurden auch im Juni fortgesetzt. (jW 22.05, 30.05.08)

Militante Kämpfe am 1. Mai 2008 in der Türkei

Trotz eines Aufgebots von 18.000 schwerbewaffneten Polizisten und zusätzlichen Einheiten der Armee wollten sich Tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und Mitglieder verschiedener demokratischer Organisationen an der 1.-Mai-Demonstration auf dem Taksim-Platz in Istanbul beteiligen. Mit massiver Gewalt wurde die Demonstration auf dem Taksim-Platz unterdrückt. Bereits in den frühen Morgenstunden gingen Polizeieinheiten mit Tränengas und Wasserwerfern gegen Tausende von Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Linke vor, die sich zu einem Demonstrationsszug formierten. Im Verlaufe des Tages kam es zu mehreren hundert Verletzten und zu ca. 1.000 Festnahmen. (jW 02.05.08)

Militante Massenproteste in Algerien

In Oran, der zweitgrößten Stadt in Algerien, kam es Ende Mai zu einem militanten Aufstand, der in einem Arbeiterviertel begann und rasch auf andere Stadtteile übergriff. Die Proteste entzündeten sich an den allgemein schlechten Lebensbedingungen. Verwaltungsgebäude, Geschäfte und Lebensmitteldepots wurden gestürmt und brennende Barrikaden errichtet. Gleichzeitig wehrten sich die Aufständischen gegen Spezialeinheiten der Polizei, die mit Tränengas und Gummigeschossen versuchte die Empörung zu unterdrücken. In Algerien vergeht mittlerweile keine Woche, ohne dass es in irgendeinem Ort nicht zu Protesten kommt. (taz 31.05.08)

Generalstreik in Tschechien

Gegen die Privatisierung von Kliniken und Krankenkassen, gegen eine geplante Rentenreform und gegen Reallohnverluste im öffentlichen Dienst kam es am 24. Juni in Tschechien zu einem landesweiten Generalstreik, an dem sich eine Million Werktätige verschiedenster Branchen aktiv beteiligten. Neben Beschäftigten des öffentlichen Dienstes legten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Skoda-Werke, nahezu geschlossen, und des größten Bauunternehmens des Landes die Arbeit nieder. (jW 25.06.08)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten)



Roter Pressespiegel

4/08

Überblick zum Pressespiegel 4/08 (Juli bis August 2008)

Deutsche Soldaten erschießen Zivilisten in Afghanistan

Am 28. August eröffneten deutsche Soldaten in Afghanistan das Feuer auf einen mit Zivilisten besetzten PKW, der kurz vor einem Kontrollpunkt gewendet hatte und wieder zurückfuhr. Dabei töteten sie eine Frau und zwei Kinder, die im Wagen gesessen hatten. (jW 30.08.08)

„Tapferkeitsorden“ für deutsche Soldaten

Deutsche Soldaten, die sich bei Kriegseinsätzen der Bundeswehr, wie z. B. an Kontrollpunkten in Afghanistan, besondere „Verdienste“ erworben haben, sollen zukünftig in deutscher militaristischer Tradition mit einem „Tapferkeitsorden“ (in verschiedenen Varianten – je nach „Tapferkeitsgrad“) behängt werden. (jW 10.07.08)

Polizeiterror gegen Demonstrantinnen und Demonstranten

Während eines Polizeiangriffs auf eine antifaschistische Demonstration in Oldenburg Anfang Juli wurden zwei Antifas von einem Polizisten mit einem Messer attackiert. Eine Frau erlitt dabei eine Stichverletzung und ein Mann zwei Schnittverletzungen. (jW 30.07.08)

Am 20. August wurde in Hamburg ein Demonstrant des Klima- und Antirassismuscamps von der Polizei bewusstlos geschlagen. Ein weiterer Demonstrant wurde von drei Polizisten am Boden festgehalten, während ein Vierter ihm ins Gesicht schlug. (jW 28.08.08)

Erster Prozess nach Paragraph 129b in Stuttgart-Stammheim

Im März diesen Jahres begann in Stuttgart-Stammheim der erste Prozess nach Paragraph 129b, der im August 2002 eingeführt wurde und die „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland“ unter Strafe stellt. Angeklagt sind fünf Männer aus der Türkei, die angeblich die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei – Front (DHKP-C)“ auf verschiedene Weise unterstützt haben sollen. Zeuge der Anklage ist ein ehemaliger deutsch-türkische Doppelagent, der als Berufsbezeichnung „Krieger“ angab und in psychologischer Behandlung steht. Die Angeklagten befinden sich in Isolationshaft. Der Prozess wird vermutlich noch mehrere Monate andauern. (jW 01.08, 12.08.08)

Erneute Ablehnung von Entschädigungszahlungen an die Hereros und Namas

Ende Juni lehnte der Bundestag nach einer Debatte erneut mehrheitlich einen Antrag auf Entschädigung für die Hereros und Namas ab, die von 1904 bis 1908 Opfer eines deutschen Völkermordes waren.

Die Debatte im Bundestag dauerte keine halbe Stunde. Insgesamt waren nur 30 Abgeordnete anwesend.

In der Berliner Charité und in der Universität Freiburg befinden sich nach wie vor mindestens 57 Schädel von Hereros, die aus der Zeit der Massaker der Deutschen in ihrer damaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“, dem heutigen Namibia, stammen. (Jungle World 03.07.08, jW 22.07.08)

Nazikriegsverbrecher und Bundeswehr durch Gerichtsurteil geschützt

Ungeachtet der Kriegsverbrechen der sogenannten „Gebirgsjäger“ der Nazi-Wehrmacht – Massaker an Juden in Lemberg, Massaker an italienischen Kriegsgefangenen, Massaker in Albanien und Griechenland –, treffen sich nach wie vor jedes Jahr Angehörige dieser Mordtruppe im bayerischen Mittenwald um gemeinsam mit Soldaten der Bundeswehr ihre verbrecherische Geschichte zu feiern. Unterstützung erhielten sie dabei jüngst vom Landgericht Nürnberg-Fürth, das auf Antrag eines Oberst a. D. der Bundeswehr der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) untersagte, dieses Treffen als „Kriegsverbrechertreffen“ zu bezeichnen. Bei „Zu widerhandlung“ droht den Antifaschisten eine Strafe in Höhe von 250.000 Euro. (jW 14.07.08)

Antisemitischer Überfall – die Polizei lässt sich Zeit

In Gummersbach (Nordrhein-Westfalen) ist Mitte Juli ein 17-jähriger Jugendlicher auf einer Geburtstagsfeier von mehreren Nazis als „dreckige Judensau“ beschimpft und zusammengeschlagen worden. Seine Schwestern mussten dreimal die Polizei anrufen, ehe diese sich bequemte einen Streifenwagen in Bewegung zu setzen. Die ersten beiden Anrufe wurden als „nicht dringlich“ bewertet. Erst mehr als 30 Minuten nach dem Überfall traf die Polizei am Tatort ein. (taz 31.07.08)

Nazi-Morde

In Templin (Brandenburg) wurde am 22. Juli der 55-jährige Bernd K. von zwei Nazis mit Fußtritten gegen den Kopf ermordet. Anschließend versuchten die Nazis ihr Opfer zu verbrennen. Die stadtbekannten Nazis sind u. a. wegen schwerer Körperverletzung verurteilt und befinden sich zur Zeit ihres Verbrechens unter Bewährungsaufgaben auf freiem Fuß. (taz 26.07.08, jW 15.08.08)

Am 6. August ist in Berlin ein etwa 20-jähriger Mann aus Vietnam von einem Nazi vor einem Supermarkt mit einem Messerstich in die Brust ermordet worden. (jW 08.08.08)

In Magdeburg wurde in der Nacht zum 16. August der 20-jährige Rick L. von einem Nazi zu Tode geschlagen und getreten. Das Opfer erstickte an seinem eigenen Blut. Der Nazi ist erst im Februar 2008 aus der Haft entlassen worden. Er ist verurteilt wegen Volksverhetzung und mehrfacher gefährlicher Körperverletzung. Im Jahre 2006 war er an einem Nazi-Überfall an einem Mann aus Togo beteiligt. (taz 20.08.08, jW 22.08.08)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Mehrere Nazis überfielen in den frühen Morgenstunden des 22. Juli am Neuenhainer See (Hessen) ein linkes Zeltlager und schlugen mit einem Klappspaten auf die Schlafenden in einem Zelt ein. Dabei wurde ein 13-jähriges Mädchen lebensgefährlich am Kopf verletzt. Ein 23-Jähriger erlitt leichte Verletzungen. Das Mädchen musste ins Krankenhaus gebracht werden. Von den vier festgenommenen Tätern wurden wenige Tage später drei wieder auf freien Fuß gesetzt. (jW 22.07.08, taz 23.07.08)

Während der Fußball-Europameisterschaft kam es zu einer Reihe von Nazi-Überfällen auf Menschen aus anderen Herkunftsländern sowie nazistischen Propagandaaktionen. In Dresden griffen bis zu 60 Nazis Dönerlokale an, zerstörten Einrichtungsgegenstände und schlugen die anwesenden Gäste. In Mittweida (Sachsen) skandierten eine 20-köpfige Nazigruppe nazistische Parolen wie „Ausländer raus“ und „Deutscher Nationalsozialismus lebt“. In Hamburg wurde ein Auto mit türkischen Anhängern angegriffen. Als Polizei den Angriff verhindern wollte, wurde sie von umstehenden Deutschen mit Flaschen beworfen. Über 20 Nazis riefen in der Innenstadt von Hannover antisemitische Sprechchöre. In Bamberg (Bayern) schlug eine Nazi-Gruppe auf mehrere Menschen aus der Türkei ein. (Jungle World 03.07.08)

Während einer großangelegten Polizeiaktion am 12. Juli in Erfurt zur Durchsetzung eines neuen Alkoholverbotes wurde nur wenige Meter von der Polizei entfernt eine Gruppe linker Jugendlicher von 20 Nazis überfallen. Nachdem die Nazis sich wieder entfernt hatten, wurden die Jugendlichen von der Polizei überfallen, die mit Schlagstockeinsatz und Pfefferspray gegen sie vorgingen – und anschließend Platzverweise erteilte. Ein Jugendlicher, der nach der Polizeiattacke zu einem Krankenhaus ging, wurde vor dem Krankenhausgang erneut von einem Nazi zusammengeschlagen. (jW 16.07.07)

In der Nacht zum 10. August wurde in Neuruppin (Brandenburg) ein 16-jähriger Jugendlicher von einem Nazi überfallen und mit Fußtritten u. a. am Kopf schwer verletzt. Der 16-Jährige verlor dabei das Bewusstsein und erlitt einen Kieferbruch. (jW 15.08.08)

Ausschnitte von Anti-Nazi Kämpfen

In den Monaten Juli und August wurden über 15 Demonstrationen und Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche und Nazi-Terror in mehreren Ortschaften durchgeführt.

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

Ca. 200 Seiten, DIN A4, 6 Euro

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

Zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt
Fax: 069/730920

In **Oldenburg** demonstrierten am 5. Juli 2.400 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von 57 Nazis, der von mehr als 1.200 Polizisten geschützt wurde. (anna 17.07.08) 3.000 Antifas protestierten am 12. Juli in **Bonn** gegen einen Aufmarsch von 230 Nazis. In zwei Polizeikesseln wurden weit über 1.000 Gegendemonstranten eingesperrt. (jW 15.07.08, anna 17.07.08) Gegen einen Aufmarsch von 700 Nazis in **Gera** protestierten am 19. Juli 500 Menschen. (taz 21.07.08) In **Berlin** protestierten 200 Antifas am 18. August gegen eine Veranstaltung der NPD. (jW 20.08.08) Ebenfalls in **Berlin** demonstrierten am 23. August 500 Antifas gegen eine NPD Kundgebung. In **Quedlinburg** gingen 250 Antifas auf die Straße, um gegen einen Aufmarsch von 61 Nazis zu protestieren. (taz 25.08.08)

Demonstration gegen den staatlichen Rassismus

Anlässlich des 15. Jahrestages der weitgehenden Abschaffung des Asylrechts demonstrierten am 5. Juli 3.000 Menschen in Berlin gegen Abschiebungen von Flüchtlingen und rassistische Sondergesetze. An der Demonstration beteiligten sich u. a. antifaschistische Organisationen, Flüchtlingsgruppen und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. (jW 07.07.08)

Im Rahmen des „Klima- und Antirassismus-Camps“ in Hamburg demonstrierten 500 Antirassistinnen und Antirassisten am 20. August in Lübeck mit Flugblättern und Plakaten gegen die EU-„Grenzschutzagentur“ Frontex, an der der deutsche Imperialismus maßgeblich beteiligt ist. In Lübeck befindet sich die Bundespolizeiakademie, wo Frontex Schulungen durchführt. (jW 21.08.08) 1.200 Antirassistinnen und Antirassisten des Camps protestierten am 22. August im Flughafen Hamburg gegen die Massenabschiebungen von Flüchtlingen und prangerten die Rolle des Flughafens als Abschiebezentrums an. (jW 23.08.09)

Hungerstreik von Gefangenen in mehreren europäischen Ländern

Anfang August traten Hunderte Gefangene in einer gemeinsamen Aktion in einigen europäischen Staaten in einen über Tage andauernden Hungerstreik. Allein in Deutschland nahmen 537 Gefangene in 49 Orten an den Hungerstreik teil. Streikaktionen fanden auch in Haftanstalten u. a. in Spanien, Belgien und der Schweiz statt. In Deutschland richtete sich der Kampf gegen den unmenschlichen Alltag in den Gefängnissen, der von den Vollzugsbehörden bewusst verschleiert wird. (jW 04.08.08)

Mehr Streiktage in Deutschland

Nach Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft fielen im ersten Halbjahr 2008 250.000 Arbeitstage wegen Streikämpfe aus, im gesamten Jahr 2007 gab es laut Bundesagentur für Arbeit 290.000 Streiktage. Insgesamt 900.000 Werk-tätige beteiligten sich im ersten Halbjahr 2008 an den verschiedensten Streikämpfen. (FR 08.08.08, jW 11.08.08)

Streik bei der Lufthansa

Nach mehreren Warnstreiks im Rahmen von Tarifauseinandersetzungen – z. B. streikten am 1. Juli ca. 4.500 Beschäftigte an verschiedenen Flughäfen in Deutschland – begann am 28. Juli der erste unbefristete Streik seit 13 Jahren bei der Lufthansa. In der Urabstimmung votierten über 90 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für den Streikampf, in dem sie u. a. 9,8 Prozent mehr Lohn forderten. Schon am zweiten Streiktag fie-

len 70 Flüge aus, am dritten Tag beteiligten sich 5.000 Beschäftigte an dem Streik. Am vierten Tag musste die Lufthansa zugeben, dass für die kommenden Tage 128 Flüge täglich ausfallen werden. Nach Gewerkschaftsangaben kostete der Lufthansa der Streik bis einschließlich 31. Juli bereits 30 Millionen Euro. Der Streik endete am 2. August mit einem Ergebnis, das deutlich unter den Forderungen der Streikenden lag. (jW 02.07., 26.07., 02.08., 04.08.08, taz 30.07., 31.07.08)

Generalstreik und andere militante Kämpfe in Peru

Während eines Generalstreiks Mitte Juli in Peru versuchten mehrere tausend überwiegend indigene Protestierende in Puerto Maldonado das Regierungsgebäude der Provinz Madre de Dios zu stürmen und in Brand zu setzen. Der landesweite Generalstreik richtete sich gegen die reaktionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung, gegen die gestiegenen Nahrungsmittel- und Treibstoffpreise und, vor allem von seiten der indigenen Bevölkerung, gegen die Vergabe von Konzessionen zur Ausbeutung ihrer Ländereien. Insgesamt wurden während des Streiks 216 Personen festgenommen. (taz 11.07.08)

Mitte August begannen kämpferische Proteste der indigenen Bevölkerung gegen ein Dekret, mit dem die Vergabe von Förderkonzessionen an Ölfirmen erleichtert wird. 70 Prozent des peruanischen Amazonasgebietes, das doppelt so groß ist wie Deutschland, sind bereits in Förderkonzessionen aufgeteilt. Der Protest begann mit der Besetzung mehrerer Ölförderanlagen und der Blockade einer zentralen Autobahnbrücke, an der sich 3.000 Demonstranten beteiligten. In Imaza nahmen 4.000 Protestierende 20 Polizisten in Gefangenschaft. Die peruanische Regierung erließ in Teilen des Amazonasgebietes den Ausnahmezustand und setzte Tausende Polizisten und Armee-truppen, unter ihnen 1.500 Mann einer Polizei-Eliteinheit, gegen die Indigenas in Marsch. Die Kämpfenden setzten ihre Aktionen fort. Sie besetzten ein Wasserkraftwerk, blockierten eine Gaspipeline sowie mehrere Straßen und wehrten sich gegen Angriffe der Polizei. Nach elf-tägigen Kämpfen sah sich die Regierung gezwungen zwei ihrer Dekrete zurückzunehmen, mit denen der Verkauf von Ländereien der Indigenas erleichtert werden sollte. (taz 19.08., 22.08.08, FR 20.08.08, jW 21.08., 25.08.08)

Abschiebegefängnis in Frankreich erfolgreich in Brand gesetzt

Ende Juni versammelten sich vor dem Abschiebegefängnis in Vincennes vor Paris 200 Personen um gegen den Tod eines 41-jährigen Mannes aus Tunesien zu protestieren, der am Vortag dort starb, weil ihm lebensnotwendige Medikamente vorenthalten wurden. Zur gleichen Zeit hatte ein Mann aus Ägypten versucht sich selbst zu töten, um einer bevorstehenden Abschiebung zu entgehen.

Diese Ereignisse und die unmenschlichen Lebensbedingungen in der Haftanstalt veranlassten die dort eingesperrten Flüchtlinge zu energischen Maßnahmen. Zur selben Zeit, als vor den Mauern der Anstalt die Protestdemonstration stattfand, setzten die Flüchtlinge innerhalb der Mauern mit Erfolg das Gebäude in Brand. Die Anstalt brannte bis auf die Grundmauern nieder. Mehreren Flüchtlingen gelang es dabei zu entkommen. (anna 03.07.08)

Proteste von Sinti und Roma in Italien

Ende Juni gingen in Rom 3.000 Sinti und Roma auf die Straße um gegen den gesellschaftlichen

Rassismus in Italien zu protestieren, der sich in den letzten Monaten massiv gesteigert hatte. So griffen Mitte Mai in Neapel Hunderte Rassisten ein Roma-Lager mit Knüppeln, Steinen, Eisenstangen und Molotowcocktails an und setzten es in Brand, während gleichzeitig die italienische Regierung ankündigte „illegale“ Roma-Lager polizeilich zu räumen. (jW 01.07.08)

Proteste in Japan gegen den Polizeiterrror

Während den landesweiten Polizeiaktionen zur Unterdrückung der Vorbereitung von Kämpfen und Protesten gegen das im Juli stattfindende G8-Gipfeltreffen in Japan wurde am 12. Juni ein Erwerbsloser in Kamagasaki, einem Stadtteil von Osaka und das größte Armenviertel des Landes, verhaftet und in der Polizeistation gefoltert. Schon kurz nach seiner Freilassung versammelten sich 200 Menschen vor der Polizeistation um gegen die Folter zu protestieren. Die Polizei verbarrikadierte sich und die Protestierenden griffen die Station mit Flaschen- und Steinwürfen an. Während die Polizei Verstärkung erhielt, schlossen sich auch den Protestierenden weitere Einwohner des Stadtteils und organisierte Arbeitergruppen an. Um so kurz vor dem G8-Gipfel kein internationales Aufsehen zu erregen, hielt sich die Polizei mit offensiven Angriffen zurück. (Jungle World 03.07.08)

Proteste in anderen Ländern gegen die Machenschaften deutscher Konzerne

In **Südkorea** begann bereits am 23. Januar ein Streik von 1.000 Beschäftigten der Allianz gegen einen Bruch des geltenden Tarifvertrages. Trotz der Verhaftung zweier Gewerkschafter wegen „Behinderung der Geschäftstätigkeit“ der Allianz und der Entlassung von 87 Filialleitern, die sich am Streik beteiligten, setzten die Streikenden ihren Kampf fort. (PB 31.07.08)

Mit einem zweistündigen Streik protestierten am 20. August in **Tschechien** 1.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die geplante Werksschließung des Prager Siemens-Bahnwerkes. (jW 20.08.08)

In **Mexiko** stimmte die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder bei VW gegen ein Übereinkommen in den Lohnverhandlungen zwischen der Gewerkschaftsführung und dem Konzern, das nur eine geringe Lohnerhöhung vorsah. Zur Zeit laufen Neuverhandlungen. (jW 19.08.08)

Am 12. Juli protestierten in der **Türkei** Beschäftigte von „Praktiker“ gegen die gewerkschaftsfeindliche Unternehmenspolitik. Die Demonstranten in Ankara machten die Methoden von „Praktiker“ zur Verhinderung einer gewerkschaftlichen Organisation öffentlich. Einschüchterungen, Kündigungen und Abschiebungen an andere Standorte gehören zum Repertoire der Konzerns. (jW 15.07.08)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten)



Roter Pressespiegel

5/08

Überblick zum Pressespiegel 5/08 (September bis Oktober 2008)

Zivilisten in Afghanistan von deutschen Soldaten verletzt

Mitte Oktober wurde in der Nähe der Hauptstadt Afghanistans, Kabul, ein 14-jähriger Junge schwer verletzt, nachdem aus einem Bundeswehrtransporter „versehentlich“ auf ihn geschossen wurde. (jW 18.10.08)

Ende Oktober wurde in der Nähe von Kundus ein Kleinbus von Soldaten der Bundeswehr an einem deutschen Kontrollpunkt durch Maschinengewehrschüsse in den Motorblock zum Stehen gebracht. Die fünf Insassen, die kurz vorher einen afghanischen Kontrollpunkt problemlos passiert hatten, wurden dabei verletzt, zwei von ihnen schwer. (jW 21.10.08)

Deutsche Polizeiausbildung in Afghanistan

Die Anzahl der deutschen Polizisten, die in Afghanistan die dortige Polizei ausbilden, wird auf 120 erhöht. Zur Zeit sind auch 45 Feldjäger der Bundeswehr an der Polizeiausbildung beteiligt. Seit 2002 wurden 24.000 afghanische Polizisten unter deutscher Leitung ausgebildet. Mitte Oktober eröffnete Deutschland in Afghanistan eine weitere Polizeischule, an der allein jährlich 1.000 Polizisten ausgebildet werden können.

Unterdessen wurde bekannt, dass bei einer Umfrage in Afghanistan 36 Prozent der befragten Jugendlichen angaben, von der Polizei gefoltert worden zu sein.

(jW 25.09.08, FR 15.10.08, taz 21.10.08)

Fortsetzung der deutschen Kriegseinsätze in anderen Ländern

Zur Zeit stehen insgesamt 6.200 Soldaten der Bundeswehr in anderen Ländern im Kriegseinsatz, davon in **Afghanistan** über 3.300 und in **Kosovo** über 2200. (FR 23.09.08)

Am 16. Oktober wurde vom Bundestag der Kriegseinsatz deutscher Soldaten in **Afghanistan** zum siebten Mal, diesmal um 14 Monate, verlängert. Gleichzeitig wurde die Anzahl der „Obergrenze“ um weitere 1.000 auf 4.500 Soldaten erhöht. (jW 17.10.08)

Anfang September beteiligte sich die Bundeswehr mit einem See-Aufklärungsflugzeug vor der Küste von **Somalia** an der Enterung eines von sogenannten „Piraten“ gekaperten Segelbootes. Dabei wurde einer der „Piraten“ getötet. Mitte Oktober nahmen zwei Schiffe der Bundesmarine im Rahmen eines NATO-Einsatzes Kurs auf die Küste Somalias zur „Piratenbekämpfung“. (taz 17.09., 16.10.08)

Am 16. September verlängerte der Bundestag den Einsatz der Bundeswehr vor der Küste von **Libanon** um weitere 15 Monate, sowie im **Sudan** um 12 Monate. (jW 18.09.08)

Mit 40 Polizisten beteiligt sich Deutschland an einer „Beobachtermission“ in Georgien. Die „Mission“ im Rahmen der EU, an der sich insgesamt 200 Polizisten aus mehreren Ländern beteiligen, steht unter Führung eines Deutschen. Neben dem „Beobachten“ wollen die Polizisten auch „politische Spannungen abbauen“. (FR 29.09.08)

Ein weiterer Baustein zur Militarisierung in Deutschland

Um die zukünftige Kriegsplanung der Bundeswehr zu erleichtern, beschloss der Bundestag am 16. Oktober die Zwangsverpflichtung des Sanitätspersonals des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) für Militäreinsätze. Laut dem Gesetz ist es dem DRK nicht möglich, sich dieser Aufgabe zu entziehen. Betroffen sind neben Zehntausenden DRK-Sanitäterinnen und Sanitätern auch die Johanniter-Unfallhilfe und der Malteser Hilfsdienst. Die Zwangsverpflichtung wurde vom Bundestag als „Normalisierung“ bezeichnet. (jW 20.10.08)

Nazis und bürgerliche Politiker hetzen gemeinsam gegen Antimilitaristen

Am 1. September (!) begann eine Nazi-Hetzkampagne gegen ein Plakat der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) Berlin-Brandenburg und des Büros für antimilitaristische Maßnahmen (BamM), das bereits vor fünf Jahren veröffentlicht wurde.

Das Plakat zeigt Soldaten der Bundeswehr, die einen mit deutscher Flagge versehenen Sarg tragen und u. a. die Worte: „Die Bundeswehr auf dem richtigen Weg. Schritt zur Abrüstung. Wieder einer weniger.“

Nachdem die Nazi-Presse die Hetzkampagne einleitete, in diversen Nazi-Internetforen die ersten Mordaufrufe kursierten und die *Bild*-Zeitung das Thema aufgriff, hielten auch die Politiker des deutschen Imperialismus die Zeit für gekommen, sich des Themas anzunehmen.

Robbe (SPD), ein sogenannter „Wehrbeauftragter“, sprach von „menschenverachtende Geschmacklosigkeit“ – und meinte damit das Plakat und nicht die Nazi-Hetzkampagne. Schäfer, der „verteidigungspolitische Sprecher“, der Linksfraktion sagte, mit dem Plakat komme „in zynischer und menschenverachtender Weise Genugtuung über den Tod von Bundeswehrsoldaten“ zum Ausdruck. Jung (CDU), deutscher Kriegsminister, redete von einem „Schlag ins Gesicht unserer Soldaten“ und selbst die DFG-VK-Bundesspitze distanzierte sich in voreilem Gehorsam von dem Plakat.

(jW 04.09., 05.09.08)

Staatlicher Polizeiterror gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten

Mit massivem Polizeieinsatz ging der deutsche Imperialismus gegen die Aktionen und Demonstrationen von Zehntausenden Antifaschistinnen und Antifaschisten vor, die Ende September in Köln gegen die Nazis von Pro Köln protestierten, welche sich zu einem „Anti-Islamisierungskongress“ zusammenroten wollten. Ca. 500 Antifas wurden festgenommen und bis zu zwölf Stunden in Käfigen gesperrt. In den 36 Quadratmeter großen Käfigen saßen bis zu 30 Personen, unter ihnen Kinder und Jugendliche. Hunderte von Demonstranten wurden in Polizeikesseln festgehalten, andere Antifas in Bussen eingesperrt.

Weil die antifaschistischen Kämpfe trotz des Polizeiterrors erfolgreich waren, begann eine umfassende Medienhetze gegen die Antifaschistinnen und Antifaschisten. So wurde z. B. in der

Zeitung *Die Welt* gehetzt, dass die Antifa „sich gebärdete wie früher die SA“.

(jW 25.09.08, anna 09.10.08)

Während Nazis am 6. September in Dortmund bei einem, trotz des massiven Nazi-Terrors in der Stadt, nicht verbotenen Aufmarsch Jagd auf Antifaschistinnen und Antifaschisten machten, wird im Nachhinein gegen Senioren der „Aktion 65 plus“ ermittelt, die trotz eines Demonstrationsverbotes gegen den Nazi-Aufmarsch eine Gegendemonstration von 700 Antifas angeführt hatten. (jW 15.09.08)

500 Milliarden Euro für das deutsche Finanzkapital

Um die Position des deutschen Imperialismus gegenüber seinen Konkurrenten in der internationalen „Finanzkrise“ zu stärken, beschlossen innerhalb nur weniger Tage seine Sachwalter im Bundestag dem deutschen Finanzkapital eine Summe von 500 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Noch vor dem Beschluss lobte der Vorsitzende der Linkspartei die Maßnahme mit den Worten: „Es gibt keine andere Wahl“. Die Zeitung *Die Welt* gab kurz darauf den Hinweis: „Man könnte diese Tage der Gemeinsamkeit nutzen, um das neue Deutschland-Gefühl auszutesen.“ (FR 14.10.08, jW 17.10., 18.10.08)

(Zur sogenannten „Finanzkrise“ siehe genauer das Flugblatt von *Gegen die Strömung* Nr. 11–12/2008: „Krise des Kapitalismus – Staatsgläubigkeit und die üble Rolle von Pseudo-Linken“)

Nazi-Mord

Erst Anfang September wurde bekannt, dass, kurz nachdem am 16. August in Magdeburg der 20-jährige Rick L. von einem Nazi ermordet wurde, ein weiterer Nazi-Mord stattfand.

Marcel W. sollte am 26. August von der Polizei vor einem Gericht zwangsvorgeführt werden, um in einem Prozess gegen einen Nazi auszusagen. Aus Angst vor Racheaktionen hatte er an dem Verfahren bisher nicht teilgenommen. Zwei Tage

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

Ca. 200 Seiten, DIN A4, 6 Euro

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt

Fax: 069/730920

vorher, am 24. August, wurde Marcel W. in Bernburg, in der Nähe von Magdeburg, von ebendiesem Nazi durch mehrere Messerstiche ermordet. Bereits vor dem Mord wurde er von dem Nazi regelmäßig terrorisiert.

Auch in diesem Fall wurde von der Polizei der Nazi-Hintergrund des Verbrechens bewusst verschwiegen und der Mord als unpolitisch verhamlost.

Insgesamt wurden in Deutschland vom 22. Juli 2008 bis zum 24. August 2008 mindestens vier Menschen von Nazis ermordet.

(FR 05.10.08, jW 08.10.08)

Aufruf zu Nazi-Terror im sächsischen Landtag

Am 17. Oktober rief der Nazi-Abgeordnete Menzel, ehemaliges Mitglied der NPD und heute fraktionsloses Mitglied des sächsischen Landtags, während einer Rede im Landtag unverblümt zu nazistischem Terror auf. „Gegen Zionisten, Freimaurer, Kriegstreiber und andere Psychopathen“ würden „nur noch Handgranaten“ helfen, so Menzel, und: „Wo aber Rotfront und Antifa haust, da helfen keine Sprüche, sondern nur noch die Panzerfaust“.

Nur wenige Tage später teilte der Dresdener Oberstaatsanwalt Schär mit, Menzels Äußerungen „unterliegen nicht der strafrechtlichen Verfolgung“. (jW 18.10., 21.10.08)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

In der Nacht zum 8. September wurde in **Wörrstadt** (Rheinland-Pfalz) ein Brandanschlag auf ein von Menschen aus anderen Herkunftsländern bewohntes Haus verübt. Die Polizei ermittelt „in alle Richtungen“. (taz 09.09.08)

Am 14. September verübten Nazis in **Oppach** (Sachsen) einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. (Jungle World 18.09.08)

In **Göttingen** (Niedersachsen) folgte nach einer monatelangen Hetz- und Denunziationskampagne gegen einen aus Nigeria stammenden Inhaber eines „Afro-Shops“ von seinen Vermietern, eines sogenannten „Freiherrn von“, in der Nacht zum 27. September ein Nazi-Brandanschlag gegen das Geschäft. Die Einrichtung des Ladens verbrannte fast vollständig. Die Polizei spricht von einem „technischen Defekt“. Der „Freiherr von“ hatte sich bereits im Sommer dieses Jahres schriftlich an die NPD gewandt und nachgefragt, ob er von ihr Hilfe erhalten könne. Die NPD veröffentlichte den Brief auf ihrer Internetseite und kommentierte ihn rassistisch. (jW 01.10.08)

In **Mügelin** (Sachsen) wurde in der Nacht zum 28. September ein 35-jähriger Mann, der als Zeuge gegen den Nazi-Pogrom vor einem Jahr in Mügelin vor Gericht auftrat, von einem Nazi aus einer 15-köpfigen Nazi-Gruppe heraus zusammengeschlagen. (FR 01.10.08)

In der Nacht zum 3. Oktober wurde in **Fürstenwalde** (Brandenburg) ein 19-jähriger Mann aus Kamerun von einem Nazi niedergestochen und schwer verletzt. (Jungle World 16.10.08)

In **Karow** (Mecklenburg-Vorpommern) verübten Nazis Ende Oktober einen Brandanschlag auf eine von einem Mann aus Pakistan betriebene Gaststätte. Die Polizei behauptet, dass ein Nazi-Motiv nur vorgetäuscht wurde. (taz 20.10.08)

Ausschnitte von Anti-Nazi Kämpfen

In den Monaten September und Oktober 2009 wurden ca. 25 Demonstrationen und Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche und gegen den täglichen Nazi-Terror durchgeführt.

In **Dortmund** protestierten am 6. September 1.500 Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von 1.300 Nazi. Trotz des Verbotes einer antifaschistischen Gegendemonstration, entschlossen sich 700 Antifas in Richtung der Nazi-Route zu bewegen, um dort verlegte Stolpersteine, die an Nazi-Opfer erinnern, vor einer Schändung zu schützen. Angeführt wurde die Demo von Senioren der „Aktion 65 plus.“ Noch vor Erreichung der Nazis wurde der Zug durch die Polizei gestoppt. Trotz des besonders aggressiven Nazi-Aufmarsches, die Nazis machten Jagd auf Antifas, sie verletzten 16 Polizisten, wurden nur sechs Nazis von der Polizei vorläufig festgenommen. Auf Seiten der Antifas wurden dagegen 47 vorläufig festgenommen. (jW 08.09.08)

7.000 Menschen protestierten am 6. September in **Memmingen** (Bayern) gegen eine Versammlung von 120 Nazis der NPD. (taz 08.09.08)

In **Altenburg** (Thüringen) demonstrierten am 13. September 2.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von 1.200 Nazis der NPD und versuchten mit Sitzblockaden den Zugang zur NPD-Versammlung zu blockieren. (jW 15.09.08)

In **Köln** versammelten sich am 20. September 50.000 Menschen, um gegen den internationalen „Anti-Islamisierungskongress“ der Nazis von Pro Köln zu protestieren. Bereits am Vorabend fand in Köln eine Antifademonstration gegen die Nazis statt. Am 20. September dann konnte durch viele Blockadeaktionen, an denen sich teilweise Tausende Antifaschistinnen und Antifaschisten beteiligten, trotz massiven Polizeiterrors, der Nazi-Kongress weitgehend verhindert werden. (jW 22.09.08)

Nachdem in **Göttingen** am 27. September ein „Afro-Shop“ durch einen Nazi-Brandanschlag ausbrannte, demonstrierten am 30. September 250 Antifas gegen den Rassismus. (jW 02.10.08)

Am 18. Oktober demonstrierten in **Magdeburg** 150 Antifas zum Gedenken an Rick L. und Marcel W., die von Nazi ermordet wurden. Sie prangerten die Vertuschungsmanöver der Polizei an und riefen zur Organisation des antifaschistischen Selbstschutzes auf. (jW 20.10.08)

In **Dresden** demonstrierten am 18. Oktober 1.200 Antifas gegen Naziläden und Rassismus in der Stadt. (jW 20.10.08)

2.500 Antifas demonstrierten am 25. Oktober in **Bochum** gegen eine Aufmarsch von 200 Nazis. (taz 27.10.08)

Aktionstag gegen den Abschiebeterror

Ende August fand ein bundesweiter Aktionstag gegen den Abschiebeterror statt. Vor mehreren Abschiebegefängnissen führten Antirassistinnen und Antirassisten Demonstrationen durch, in vielen Städten wurde mit Info-Ständen und Straßenaktionen gegen den staatlichen Rassismus protestiert. Allein in Mannheim gingen 400 Menschen auf die Straße. (anna 11.09.08)

Erfolgreicher Streik bei VAC

Nach mehreren Warnstreiks im August begannen am 11. September die Arbeiterinnen und Arbeiter der Hanauer Vacuumschmelze (VAC) einen unbefristeten Streik, um gegen die Tarifflicht des Unternehmens zu kämpfen. Bei der Urabstimmung votierten über 92 Prozent der Belegschaft für den Arbeitskampf. Streikposten wurden an sämtlichen Zugängen des Werkes aufgestellt, die Produktion konnte komplett lahmgelegt werden. Trotz Drohungen seitens der Kapitalisten, die eine „immense Schädigung“ des Unternehmens beklagten und mit Entlassungsankündigungen die

Werkstätigen einschüchtern wollten, setzten diese ihren Streik unbeirrt fort. Nach nur einer Woche gaben die Kapitalisten nach und kündigten ihre Rückkehr zum Flächentarifvertrag an. (jW 11.09., 12.09., 17.09., 19.09.08)

Erfolgreicher Streik bei Scherdel

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Brauerei Scherdel in Hof (Bayern) traten Ende September in einen unbefristeten Streik, um für eine Tarifbindung des Betriebs zu kämpfen. Gegenüber den Beschäftigten in anderen bayerischen Brauereien, die nach Tarif bezahlt werden, verdienten die Facharbeiter bei Scherdel ca. 20 Prozent weniger. Das Unternehmen antwortete mit Abmahnungen und juristischen Mitteln, um die Streikenden zum Aufgeben zu zwingen. Ohne Erfolg. Nach zweieinhalb Wochen Streik konnte das Unternehmen gezwungen werden, zur Tarifbindung zurückzukehren. (jW 08.08., 11.09.08)

Massenkämpfe in Kolumbien

Am 15. September begannen 12.000 Zuckerrohrarbeiterinnen und -arbeiter in Kolumbien einen unbefristeten Streik. Die Arbeiterinnen und Arbeiter kämpften gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen – 14 Stunden Arbeitstag, massive Lohnabzüge –, denen sie unterworfen sind. In der gesamten Region Rio Cauca wurden die Zugänge zu den Plantagen besetzt und Streikbrecher wurden daran gehindert den Arbeitskampf zu unterlaufen. Nach wenigen Tagen mussten die ersten Fabriken, die Zucker verarbeiten, schließen. Die reaktionäre Regierung setzte Aufstandsbe-kämpfungseinheiten in Marsch und ein privater Wachschutz errichtete eine Hungerblockade gegen die Streikenden, die nichtsdestotrotz auch noch Ende Oktober ihren Kampf fortsetzten. (jW 01.10.08)

Während einer Protestdemonstration der indigenen Bevölkerung gegen den mörderischen Terror der Paramilitärs kam es am 14. Oktober zu massiven Kämpfen mit der Polizei, die mit gezielten Schüssen eine Straßenblockade von 7.000 Indigenas angriff. Ein Demonstrant wurde dabei ermordet. In der Folge entwickelten sich landesweite Proteste gegen die reaktionäre Staatsmacht, an denen sich Zehntausende Indigenas beteiligten. 500.000 Beschäftigte, die am 23. Oktober in einen 24-stündigen Generalstreik traten, erklärten ihre Solidarität mit der indigenen Bevölkerung sowie mit den streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Zuckerrohrplantagen. (jW 16.10., 23.10.08)

Proteste gegen den Rassismus in Italien

Am 4. Oktober demonstrierten in ganz Italien Zehntausende Menschen, überwiegend aus anderen Herkunftsländern, um gegen den sich massiv verschärfenden Rassismus im Land, gegen die alltägliche rassistische Gewalt und gegen die rassistischen Morde zu protestieren. Allein in Rom gingen 20.000 Menschen und in Caserta 15.000 Menschen auf die Straße. (taz 06.10.08)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten)



Roter Pressespiegel

6/08

Überblick zum Pressespiegel 6/08 (November bis Dezember 2008)

Kriegeinsätze der deutschen Armee in anderen Ländern

Mitte November beschloss der Bundestag die Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr am **Horn von Afrika** im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ um weitere 13 Monate. Seit 2001 nimmt die Bundeswehr an dieser „Operation“ teil. Anfang und Mitte Dezember unternahm eine daran beteiligte deutsche Fregatte Angriffe auf sogenannte „Piratenboote“. (jW 14.11.08, taz 05.12., 15.12.08)

Am 19. Dezember beschloss der Bundestag einen weiteren Kriegeinsatz des deutschen Militärs im Ausland – die Teilnahme mit bis zu 1.400 Soldaten und einer Fregatte an der EU-Mission „Atlanta“ gegen sogenannte „Piraten“ vor der Küste **Somalias**. Das Mandat berechtigt gleichzeitig zu einem Kriegeinsatz in ganz Somalia.

Bereits Ende Dezember wurde durch die an der EU-Mission „Atlanta“ beteiligte deutsche Fregatte „Karlsruhe“ ein „Piratenboot“ geentert und die „Piraten“ – ehemalige Fischer die durch die Überfischung ihrer Fanggründe u. a. durch europäische Fangflotten ihre Lebensgrundlage verloren hatten – laufen gelassen. Daraufhin wurde die deutsche Marine heftig von den Grünen kritisiert. Nach Ansicht der Grünen müssten von deutschen Soldaten festgenommene „Piraten“ in Deutschland vor Gericht gestellt werden.

(Jungle World 04.12.08, jW 20.12., 29.12.08, FR 27.12.08)

Deutschland weltweit drittgrößter Rüstungsexporteur

Nach offiziellen Angaben stiegen die Ausfuhrgenehmigungen für deutsche Rüstungsgüter im Jahre 2007 um mehr als eine Milliarde Euro auf 8,7 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr. Allein die Ausfuhr von Maschinenpistolen (über 10.000 an 45 Staaten) und Sturmgewehren (über 19.000 an 34 Staaten) hat sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Insgesamt gibt es in Deutschland ca. 80.000 Arbeitsplätze im Rüstungsbereich. (taz 09.12., 18.12.08, jW 23.12.08)

Ende Oktober wurde bekannt, dass die Bundesregierung bereits im April 2007 in einer „Vorfrage“ den Verkauf von drei hochmodernen U-Booten an Pakistan zugestimmt und mit einer Hermes-Bürgschaft in Höhe von 1,3 Milliarden Euro abgesichert hat. (FR 01.11.08)

„Ehrenmal“ für die Armee des deutschen Imperialismus

Am 27. November legte der Kriegsminister Jung den Grundstein für ein sogenanntes „Ehrenmal“ für die in der ungebrochenen Tradition der Nazi-Wehrmacht stehende Bundeswehr. Mit diesem „Ehrenmal“ sollen nicht nur die Soldaten der Bundeswehr, die für die Interessen des deutschen Finanzkapitals ums Leben gekommen sind, offiziell „geehrt“ werden, es soll in erster Linie ein Zeichen für die Öffentlichkeit gesetzt werden über die weiter wachsende Bedeutung militärischer Gewalt zur Durchsetzung dieser Interessen. (taz 27.11., 28.11.08)

Verstärkter Einsatz der Bundeswehr in Deutschland

Ende Dezember wurde offiziell mitgeteilt, dass die Bundeswehr allein vom März bis Anfang Dezember 2008 im Rahmen sogenannter „Amtshilfeinsätze“ 94 Mal eingesetzt wurde. Die Einsätze reichten dabei von der Sanierung eines scheinbar harmlosen Wanderwegs in Bayern – der Wanderweg führt zu einem Gebirgsjägerdenkmal – bis hin zur Unterstützung der Polizei bei Demonstrationen. Zudem können Kommunen, Vereine und auch Privatpersonen ganz formlos Unterstützung durch die Bundeswehr anfordern, die diese bei einem Eigennutzen wie verstärkte Öffentlichkeitsarbeit durchaus kostenlos gewährt. So „unterstützte“ die Bundeswehr z. B. die Kieler Woche sowie die Love Parade in Dortmund mit Personal und das Kinderprogramm einer Veranstaltung des Nationalparks Berchtesgaden mit Soldaten und Tragetieren. (jW 23.12.08)

Deutschland klagt gegen berechnete Entschädigungsforderungen

Im Dezember reichte Deutschland vor dem Weltgerichtshof in Den Haag eine Klage gegen Italien ein. Es sei, so die Begründung, nicht hinnehmbar, dass die Staatenimmunität Deutschlands von ausländischen Zivilgerichten ignoriert werde. Der Oberste Gerichtshof in Rom hatte zuvor mehreren Familien von Opfern eines von Deutschen 1944 verübten Massakers das Recht auf Entschädigung in Höhe von rund 1 Million Euro durch Deutschland zugesprochen. (taz 29.12.08)

Ungebrochene Tradition des kolonialen Rassismus an der Charité Berlin und in der Universität Freiburg

Nach wie vor befinden sich in der Charité Berlin und in der Universität Freiburg mindestens 47 Schädel von Hereros und Namas, die Anfang des 20. Jahrhunderts zu den Opfern des deutschen Völkermordes in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika gehörten. An Schädeln und anderen Leichenteilen wurden „Untersuchungen“ durchgeführt, die die angebliche „Überlegenheit der deutschen Rasse über afrikanische Rassen“ beweisen sollten. Allein 1906 wurden 778 Schädel „untersucht“. Einige der Schädel wurden im Anschluss zu weiteren „Untersuchungen“ sowie zu „Dekorationszwecken“ nach Deutschland verschifft.

Die Berliner Charité gab jetzt bekannt, dass die Schädel noch nicht zurückgeschickt werden könnten, da die „Untersuchungen“ an ihnen nicht abgeschlossen seien. Die Freiburger Universität verteidigte den Besitz der Schädel mit der Bemerkung, sie seien ein „Kulturgut“.

(taz 10.12.08)

Freisprüche nach Tod von Laya Alama Condé und Oury Jalloh aus Sierra Leone in Polizeihaft

Im Januar 2005 starb der aus Sierra Leone stammende Laya Alama Condé in Bremen, nachdem ihm im Dezember 2004 in Polizeihaft zwei Stunden lang mit Gewalt Brechmittel und Wasser eingegeben wurde und er daraufhin ins Koma fiel. Ebenfalls im Januar 2005 starb der aus Sierra

Leone stammende Oury Jalloh in Dessau. An Händen und Füßen auf einer Pritsche mit einer schwer entflammenden Matratze gefesselt, verbrannte er in einer Polizeizelle. Außer der Pritsche und der Matratze befanden sich in dem gekachelten Raum keine weiteren Einrichtungsgegenstände. Oury Jalloh soll sich angeblich selbst in Brand gesetzt haben. Der Brandmelder wurde, nachdem er Alarm ausgelöst hatte, von der Polizei abgestellt.

Am 4. Dezember wurde vor dem Landgericht Bremen der für den Tod von Laya Alama Condé verantwortliche Polizeiarzt freigesprochen. Er habe, so das Gericht, „trotz mehrerer objektiver Pflichtverletzungen“, „subjektiv nicht erkennen“ können, dass seine ärztliche Behandlung zum Tod von Condé führte.

Im Gerichtsgebäude protestierten 70 Antirassistinnen und Antirassisten mit einem Transparent auf dem stand „Das war Mord!“ gegen das Urteil.

Am 8. Dezember wurden vor dem Landgericht Dessau zwei Polizisten, die für den Tod von Oury Jalloh mitverantwortlich waren, wegen angeblich mangelnder Beweise freigesprochen.

Es kam zu lautstarken und erbitterten Protesten vor allem von Afrikanern in und vor dem Gerichtsgebäude gegen das Urteil. Die Polizei entfernte gewaltsam die Protestierenden aus dem Gerichtssaal. Vor dem Gericht riefen sie „Oury Jalloh – das war Mord!“

(taz 05.12., 09.12., 12.12.08)

Vorbereitungen zu Massenabschiebungen von Flüchtlingen

In den ersten zehn Monaten des Jahres 2008 wurden 40.000 Wiederrufsverfahren eingeleitet, mit denen der Status anerkannter Flüchtlinge überprüft und widerrufen wird. Betroffen davon sind in erster Linie Kurdinnen und Kurden aus der Türkei. (FR 05.11.08)

Im Sommer unterzeichnete Innenminister Schäuble gemeinsam mit seinem syrischen Kollegen ein Papier, in dem Syrien sich verpflichtet,

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

Ca. 200 Seiten, DIN A4, 6 Euro

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt
Fax: 069/730920

staatenlose Kurden die aus Syrien nach Deutschland geflüchtet waren und nicht abgeschoben werden konnten, aufzunehmen. Insgesamt droht mit diesem Abkommen 7.000 Flüchtlingen, vor allem Kurdinnen und Kurden, die Abschiebung. (taz 05.12.08)

Antisemitismus in Deutschland

Anfang November wurde in **Berlin** ein Rabbiner, der mit acht Schülern in einem Kleinbus unterwegs war, von zwei Nazi ausgebremst und antisemitisch beleidigt. Anschließend warfen sie einen brennenden Gegenstand in Richtung des Busses. (taz 03.11.08)

In der Nacht zum 9. November wurde auf dem jüdischen Friedhof in **Holzminden** (Niedersachsen) ein Grabstein vollständig zerstört. (Jungle World 20.11.08)

Am 9. November wurden 25 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in **Wetter** (Hessen) zerstört. (Jungle World 20.11.08)

Mehrere Nazis störten am 9. November in **Müritz** (Mecklenburg-Vorpommern) eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Novemberpogroms 1938. Die entzündeten Mahnleuchten wurden später zertreten. (Jungle World 20.11.08)

In der Nacht zum 10. November wurden auf dem jüdischen Friedhof in **Demmin** (Mecklenburg-Vorpommern) zehn Grabsteine umgerissen und mehrere am Vortag dort abgelegte Blumengestecke zerstört. (Jungle World 20.11.08)

In der Nacht zum 17. November wurde am Eingangstor zum jüdischen Friedhof in **Gotha** (Thüringen) eine abgetrennter Schweinekopf aufgehängt. (Jungle World 27.11.08)

In **Wurzen** (Sachsen) wurden Ende November unzählige antisemitische Aufkleber angebracht. (Jungle World 04.12.08)

In **Berlin** ist am 12. Dezember ein 20-jähriger Mann antisemitisch beschimpft und zusammengeschlagen worden. Der 20-Jährige musste mit Knochenbrüchen im Gesicht ins Krankenhaus. (taz 15.12.08)

Mord an einem Obdachlosen

In **Simbach am Inn** (Bayern) wurde am 11. November ein 59-jähriger Obdachloser von zwei Jugendlichen geschlagen und totgetreten. Die Jugendlichen sind dabei gezielt vorgegangen, da sie wussten wo der Obdachlose sich häufig aufhielt und sie ihn dort aufgesucht hatten. Das Opfer wurde erst am 20. November gefunden. Beide Täter waren bereits u. a. wegen Körperverletzung der Polizei bekannt. (FR 24.11.08)

Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Bis Oktober 2008 wurden nach offiziellen Angaben fast 12.000 Nazi-Straftaten verübt und damit fast 30 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Nazi-Gewalttaten stieg um über 15 Prozent. (taz 27.12.08) In den Monaten November und Dezember kam es zu ca. zehn Naziaufmärschen.

Am 1. November griffen vier Nazis in **Krakow am See** (Mecklenburg-Vorpommern) einen Wirt aus der Türkei an, schlugen mit Fäusten und Flaschen auf ihn ein und bedrohten ihn mit einem Messer. Der Wirt musste ins Krankenhaus. (Jungle World 13.11.08)

Ein 33-jähriger Mann aus Algerien wurde am 15. November in **Halle** (Sachsen-Anhalt) von drei Nazis mit Fäusten und einer Bierflasche ins Gesicht und auf den Kopf geschlagen. Der Algerier erlitt u. a. eine Nasenbeinfraktur. (Jungle World 27.11.08)

In **Leipzig** verübten Nazis in der Nacht zum 24. November einen Brandanschlag auf ein Kulturzentrum. Die Büroräume des Gebäudes brannten vollständig aus. (jW 25.11.08)

Am 13. Dezember wurde in **Passau** (Bayern) der örtliche Polizeichef von einem Nazi niedergestochen. Der Stich verfehlte nur knapp das Herz. Der Polizeichef hatte sich in der Vergangenheit bei einigen Nazis unbeliebt gemacht. Bis Ende Dezember konnte kein Tatverdächtiger ermittelt werden. (jW 15.12.08)

Ausschnitte von Anti-Nazi Kämpfen

In den Monaten November und Dezember 2008 wurden laut Presseberichten mindestens 18 Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen gegen den Nazi-Terror durchgeführt.

In **Fulda** (Hessen) protestierten am 8. November 1.500 Antinazistinnen und Antinazisten auf 13 Gegenveranstaltungen gegen einen Aufmarsch von 150 Nazis, der von 1.500 Polizisten geschützt wurde. (FR 10.11.08)

Am selben Tag protestierten in **Aachen** (Nordrhein-Westfalen) 2.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis. Ebenfalls in **Aachen** protestierten am 24. Dezember 400 Antinazistinnen und Antinazisten gegen einen erneuten Aufmarsch von 40 Nazis. (FR 10.11.08, taz 27.12.08)

800 Antifaschistinnen und Antifaschisten auch aus Spanien, Frankreich, Polen und Tschechien demonstrierten am 15. November im Rahmen eines Antifa-Kongresses in **Berlin-Pankow** gegen den verstärkten Nazi-Terror. Die Polizei ging massiv gegen die Demonstrierenden vor und verhaftete mehrere von ihnen. (jW 17.11.08)

1.800 Antifas demonstrierten am 22. November in **Berlin** zur Erinnerung an Silvio Meier, der vor 16 Jahren von Nazis ermordet wurde. Bereits am Vorabend nahmen 70 Antifas an einer Mahnwache für Silvio Meier teil. (jW 24.11.08)

In **Landsberg** (Bayern) demonstrierten 2.000 Menschen lautstark gegen einen Aufmarsch von 80 Nazis. (anna 18.12.08)

1.200 Antifas demonstrierten 6. Dezember in **Berlin-Lichtenberg** gegen einen Aufmarsch von 600 Nazis. Mit brutaler Gewalt gingen 1.600 Polizisten gegen die Antifas vor, um die Nazis zu schützen. 86 Antifas wurden nach offiziellen Angaben festgenommen. Unzählige durch die Polizei verletzt. (jW 08.12.08)

In **Eberswalde** (Brandenburg) versammelten sich am 6. Dezember 200 Menschen um an Ardeu Antonio zu erinnern, der vor 18 Jahren von Nazis ermordet wurde. (taz 08.12.08)

Proteste gegen Verschärfung des Versammlungsrechts

In Mannheim demonstrierten am 29. November 1.000 und in Stuttgart am 6. Dezember rund 6.000 Menschen gegen die geplante Verschärfung des Versammlungsrechts in Baden-Württemberg. Insbesondere die Demonstration in Stuttgart wurde massiv von der Polizei angegriffen, die selbst vor unbeteiligte Passanten nicht halt machte und auf sie einprügelte. (jW 01.12.08, taz 08.12.08)

Warnstreiks von Arbeiterinnen und Arbeitern der Metall- und Elektroindustrie

Im Rahmen von Tarifverhandlungen kam es im November zu ausgedehnten Warnstreiks von Arbeiterinnen und Arbeitern der Metall- und Elektroindustrie. So streikten am 1. November 8.000 Beschäftigte und am 3. November 45.000 Beschäftigte aus 164 Betrieben. Nur einen Tag später waren es bereits 152.000 Arbeiterinnen und

Arbeiter aus über 500 Betrieben. Die IG-Metall forderte eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 8 Prozent. Der erzielte Abschluss von nur 4,2 Prozent erregte viel Empörung der kampfbereiten Arbeiterinnen und Arbeiter gegenüber der IG-Metall Führung. (taz 01.11., 03.11., 05.11.08, jW 04.11., 18.11.08)

Betriebsbesetzung bei HWU

104 Beschäftigte der Wälz- und Umwelttechnik (HWU) in Hohenlockstedt (Schleswig-Holstein) besetzten im Dezember für eine Woche den insolventen Betrieb, um für die Übernahme in Transfergesellschaften zu kämpfen. Die Besetzung war erfolgreich. Der Teil der Belegschaft, der nicht anderweitig in Erwerbsarbeit kommen konnte wurde in eine Transfergesellschaft übernommen. (jW 13.12.08)

Militante Massenkämpfe gegen die Staatsgewalt in Griechenland

Am Abend des 6. Dezember wurde in Athen der 15-jährige Alexis Grigoropoulos von der Polizei erschossen. Sofort nach dem der Mord bekannt wurde entwickelten sich in

Athen äußerst militante Kämpfe gegen die Polizei. Die Kämpfe weiteten sich noch in der selben Nacht auf andere Orte des Landes aus. Sie zählten bereits zu ihrem Beginn zu den schwersten Kämpfen in Griechenland seit 20 Jahren und rissen, trotz massiven Einsatzes von Berufsabwiegern und trotz der Hetze, die den Kämpfenden entgegenschlug, den ganzen Dezember über nicht ab. Zehntausende, vor allem Jugendliche, wehrten sich nicht nur gegen die Polizei, sondern gingen in die Offensive. In den Städten des Landes wurden Barrikaden errichtet, die Polizei wurde angegriffen, es kam zu Straßenschlachten mit der Polizei, Banken wurden in Brand gesetzt und zerstört, Hunderte Schulen und zahlreiche Universitäten sowie Fernsehsender und Radiostationen wurden besetzt und ausgenutzt.

Die Polizei antwortete nicht nur mit ihrer üblichen Gewalt, sondern verbündete sich mit den Faschisten, um mit ihnen gemeinsam die Proteste zu unterdrücken.

In vielen anderen Ländern kam es zu Solidaritätsaktionen mit dem Kämpfenden in Griechenland, u. a. in Italien, Frankreich, Russland, in den USA und in auch Deutschland.

So fanden u. a. am 9. und am 11. Dezember in Frankfurt am Main und am 20. Dezember in Hamburg, dort mit über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Solidaritätsdemonstrationen statt, die von der Polizei – in Frankfurt unter Einsatz von Zivilpolizisten – massiv angegriffen wurden. (taz 11.12., 13.12., 22.12.08, jW 15.12.08)

(Quellen: junge Welt, taz, FR, Jungle World vom Dezember 2008)

Antirassistische Proteste in Dänemark

Am 25. Oktober demonstrierten 1.500 Antirassistinnen und Antirassisten im Norden von Kopenhagen zum Abschiebelager Sandholm. Trotz großem Polizeiaufgebots um das Abschiebelager und des Einsatzes von Tränengas gelang es 400 kämpferischen Antirassistinnen und Antirassisten zum Zaun des Lagers vorzudringen und ihn auf mehreren Metern aufzuschneiden und einzureißen. Die Polizei nahm über 40 von ihnen fest. Die Aktivisten kündigten an, solche Aktionen auch in Zukunft durchzuführen. (ak 21.11.08)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten), ak (analyse & kritik)

**Dokumente der 3. Parteikonferenz
von "Gegen die Strömung" (2004)**

Prüfsteine

**Programmatische Grundsatzerklärung:
Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats
und den Kommunismus**

Programmatische Dokumente (Thesen):

- I. Proletarischer Internationalismus und
die proletarische Weltrevolution
- II. Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!
- III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution
im imperialistischen Deutschland
- IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus
- V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und
prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

**Grußadresse an die am wissenschaftlichen Kommunismus
orientierten Kräfte der ganzen Welt**



196 Seiten, Preis 5,- €

Zu beziehen über:

Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main
Fax: 069 / 73 09 20, E-mail: Info@buchladengeorgidimitroff.org

Öffnungszeiten:

Jeden Donnerstag: 17.30–19.00 Uhr
Jeden ersten Samstag im Monat: 10.00–13.00 Uhr

Bulletins

zur Information der revolutionären,
marxistisch-leninistischen Kräfte
aller Länder

Bulletin 1/07

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ - Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: Januar- März 2007

☆ Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Spanisch und Türkisch ☆

Das Flugblatt vom Januar 2007 von „Gegen die Strömung“ befaßte sich mit dem Thema:

Der reaktionäre § 175 und der Nazi-Faschismus Gegen jegliche Hetze und Diskriminierung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen!

„Das Nazi-Regime hat eine solche Fülle von Verbrechen begangen, daß – forciert durch bürgerliche Vorurteile aller Art – die reale Gefahr besteht, eine nicht unerhebliche Facette der Nazi-Verbrechen zu übersehen und zu unterschätzen: Das nazistische ‚Männerbild‘ und der Kampf der Nazis zur Liquidierung der ‚Homosexualität‘. Schon im Kaiserreich und dann in der Weimarer Republik war männliche Homosexualität ein Straftatbestand. Die KPD führte in der Weimarer Republik einen Kampf zur Abschaffung des Schandparagraphen § 175, die Nazis aber siegten 1933. Sie sagten insbesondere homosexuellen Männern oder als solche Eingestufte oder Denunzierte in einem bis dahin ungeahnten Ausmaß den Kampf an mittels juristischer Verfolgung (§ 175), Gefängnis, Zuchthaus und KZ. Kommunistisch orientierte Genossinnen und Genossen heute dürfen und können über diese Tatsache nicht hinweggehen...“

Weiter heißt es:

„Wenn wir als erstes die Verbrechen des Nazi-Faschismus gegen ‚Homosexuelle‘, also gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen (Zielscheibe der Nazis waren in erster Linie Männer), darstellen, dann stellt sich zunächst die Frage, worin eigentlich die besondere Verfolgung dieser Minderheit während des Nazi-Faschismus bestand. Denn auch nach 1945 war es ja nun nicht so, daß in Westdeutschland... die Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Männer nach dem berüchtigten § 175 aufgehört hat...“

Nazi-faschistische Diskriminierung, Verfolgung, Ermordungen gleichgeschlechtlich orientierter Menschen

Das Flugblatt hebt folgende Etappen der verbrecherischen Nazi-Homosexuellen-Verfolgung hervor:

- **Nazi-Gesetze, Erfassung und Verfolgung** – von der Bücherverbrennung 1933, über den „Röhm-Putsch“ 1934 als neue Phase der Homosexuellen-feindlichkeit und die Verschärfung des § 175 1935 bis hin zur Errichtung der „Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung“ 1936.
- **Polizeistaatlicher Massenterror** – in einer Atmosphäre von Denunziation, Razzien und Massenverhaftungen – **und Zwangskastrationen.**
- **Strafbataillone, sadistische Quälereien Ermordungen in den Nazi-KZs.** In der Zeitspanne von 1940 bis 1945 steigerten die Nazis die Mordpraxis in ihren Zuchthäusern, psychiatrischen Anstalten und KZs, wo vor allem gleichgeschlechtlich orientierte Männer durch Zwangsarbeit für Bauarbeiten, in Steinbrüchen oder beim Bau der V2-Raketen zu Tode geschunden wurden oder als „Rosa-Winkel“-Häftlinge speziellen bestialischen Foltermethoden zum Opfer fielen.

Nach 1945 – Entnazifizierung?

Kampf gegen die Ideologie des Nazismus bedeutete und bedeutet für den Themenkomplex gleichgeschlechtliche Sexualität eine Auseinandersetzung nicht nur mit der Geschichte des § 175, sondern mit der Gesamtgeschichte der Diskriminierung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen und ihrem Stellenwert in der Geschichte der Klassenkämpfe. Das Flugblatt erläutert einige Kerngedanken der reaktionären Demagogie und Verfälschung, die die kommunistischen Kräfte entlarven müssen und erklärt:

„...Insofern es um freiwillige Sexualität und freiwillige Beziehungen geht, handelt es sich um die Privatsache eines jeden Menschen; insofern es sich um unfreiwillige und durch Repression, Not und Geld erzwungene sexuelle Beziehungen handelt, müssen sie bekämpft werden...“

Zu den Schwierigkeiten der Einschätzung der Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen in Deutschland heute

Das Flugblatt nimmt zunächst die Argumente der sogenannten Schönfärber unter die Lupe, die behaupten, es habe doch in den letzten Jahrzehnten in Deutschland große Fortschritte gegeben (wie etwa die Streichung des § 175, öffentliches Gedenken an die homosexuellen Nazi-Opfer, Einführung der eingetragenen Partnerschaften bis hin zu sich offen als Homosexuelle bekannte Bürgermeister oder Politiker der reaktionären Berliner Parteien, ohne daß dies anscheinend der Karriere schadet).

„Ohne Frage wären alle diese Veränderungen in Deutschland der 50er und 60er Jahre unmöglich gewesen ... Auch wenn wir mit sehr guten Gründen die Halbheiten und Unzulänglichkeiten dieser als positiv dargestellten Punkte auf- und ausführen könnten, geht es uns doch im Kern um eine ganz andere Frage.“

Diese teilweisen Fortschritte im Vergleich mit dem Deutschland der 50er Jahre werden begleitet von einer gleichzeitig sich vollziehenden zunehmenden Verschärfung des Klimas, die mehr als nur eine ‚Gegenreaktion‘ gegen diese Veränderungen darstellt. Hier geht es nicht (oder fast nicht) um gesetzliche und staatliche Anordnungen im großen, hier geht es um Medien, Institutionen und die Mobilisierung des sogenannten ‚gesunden Volksempfindens‘. Diese reaktionäre Grundstimmung wird keinesfalls zufällig, sondern systematisch ergänzt durch die Propaganda der Nazi-Bewegung, durch organisierte Nazi-Überfälle oder Überfälle nazistisch orientierter Jugendlicher insbesondere auf gleichgeschlechtlich orientierte Männer bis hin zu Nazi-Morden. So ist insgesamt gesehen die Lage gleichgeschlechtlich orientierter Menschen in Deutschland in vielerlei Hinsicht gefährlicher, bedrohlicher und reaktionärer geworden.“

Abschließend heißt es im Flugblatt:

„Unser Kampf gegen den deutschen Imperialismus, unser Kampf gegen den Kapitalismus und Imperialismus überhaupt schließt ein, daß wir in der

großen Mehrheit der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen einen richtigen Kampf, eine wirkliche Auseinandersetzung mit allen reaktionären Ansichten führen. Das Ziel dieses Kampfes ist klar: Nur wenn die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter, die Mehrheit der Werktätigen die demagogischen Tricks und Schliche der herrschenden Klasse, insbesondere die weiterlebenden nazifaschistischen Lügen und Manöver Punkt für Punkt durchschauen und widerlegen lernt, werden sie siegreich den Kampf gegen das ganze Ausbeuter- und Unterdrückungssystem durchführen können ...

Die bewußte Auseinandersetzung mit dem ‚Alb der reaktionären Traditionen‘ ist unerläßlich und unverzichtbar. Aber nur die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Genossinnen und Genossen können diesen Kampf umfassend, wissenschaftlich begründet und gut organisiert durchführen. Unsere grundlegende Position ist:

„Im engen Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Unterdrückung der Frau und gegen den Herrenstandpunkt steht der Kampf gegen jegliche Hetze und Diskriminierung von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen. Eine Grundlage dieser Hetze und Diskriminierung ist vor allem auch die Ideologie und Politik des „Männlichkeitswahns“, der zur Zeit des Nazi-Faschismus auf der Basis des deutschen Rassismus bis zur Verfolgung, Einlieferung in KZs und Ermordung von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen gesteigert wurde. Reaktionäre Vorurteile gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen sind in Deutschland bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung tief verankert. Gleichgeschlechtlich orientierte Menschen sind heute in Deutschland von staatlicher und alltäglicher Diskriminierung, vom Nazi-Terror bedroht.“

Die kommunistischen Kräfte kämpfen für maximale Entschädigung der Nazi-Opfer und bekämpfen jegliche Hetze und den Nazi-Terror gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen. Sie kämpfen gegen jegliche Diskriminierung und die reaktionäre Ideologie des „Männlichkeitswahns“. (Auszug aus Dokumente der 3. Parteikonferenz von Gegen die Strömung: Prüfsteine, Rot Front Nr. 19, Januar 2005, S. 121)...“

Das 8-seitige Flugblatt enthält darüber hinaus folgen-

Anzeige:

Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt

Geöffnet: Samstags 10.00 - 13.00 Uhr

de zusätzliche Beiträge:

- *Warum wir den Begriff „gleichgeschlechtlich orientiert“ bevorzugen.*
- *Der Kampf der KPD gegen den § 175 während der Weimarer Republik.*
- *Auszug eines Essays von Kurt Tucholsky gegen die von der SPD 1931 initiierten Kampagne zur Demontierung des SA-Chefs Röhm, die geführt wurde nicht, weil er Chef der Nazi-Mordbanden, sondern weil er homosexuell war.*
- *Schlaglichter der mörderischen Bedingungen der „Rosa-Winkel-Häftlinge“ am Beispiel des KZ Sachsenhausen.*
- *Schlaglichter des antinazistischen Widerstands gleichgeschlechtlich orientierter Menschen.*
- *Zum Stand der Erforschung der Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen in der Zeit des Nazi-Faschismus.* Es ist ein ein Zeichen fortgesetzter Mißachtung der homosexuellen Nazi-
- Opfer ist, daß es bis heute keine Forschungsarbeit gibt, die sich die Aufgabe stellt, umfassend für Nazi-Deutschland eine Gesamtübersicht der Verfolgungspraxis zu liefern. Andere Bereiche – wie die Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Frauen, der Widerstand von Homosexuellen oder die Verfolgung in den von Nazis besetzten Ländern – sind weiterhin fast unerforscht.
- *Deutsche Zustände: Schlaglichter von nazistisch motiviertem Terror und Mord gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen heute.* – 2003 sind vier, 2004 sind drei nazistisch-motivierte Morde an Homosexuellen dokumentiert!
- *Kommunistische Positionen gegen Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen.* – Grobe Skizze der von „Gegen die Strömung“ 2007/2008 geplanten umfangreichen Arbeit zum Thema Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen.

☆☆☆

Das Flugblatt von Februar-März 2007 trug den Titel:

Aufruf an die kommunistisch-orientierten Kräfte, die Schriften Lenins „Renegat Kautsky“ und „Kinderkrankheit im Kommunismus“ zu studieren!

Die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter

„In der Geschichte der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse seit 1848 spielt die Frage des Bewußtseinsstandes und der Grad der Organisiertheit der Arbeiterklasse immer eine überragende Rolle: Für welche Ziele kämpft sie wirklich, für welche Ziele müßte sie kämpfen?“

Die unter den Kurztiteln ‚Renegat Kautsky‘ und ‚Kinderkrankheit im Kommunismus‘ bekannten Broschüren behandeln systematisch diese Probleme. Während die Hauptgefahr ist, daß unter dem Vorwand, die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter zu gewinnen, die Ziele der sozialistischen Revolution aufgegeben und durch reformistischen gewerkschaftlichen Kampf ersetzt werden, gibt es auch eine andere Form der Kapitulation vor Schwierigkeiten, indem ein Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution als in Deutschland für aussichtslos erklärt und im Grunde gar nicht mehr geführt wird - garniert mit revolutionären Phrasen.“

Das Flugblatt greift nun im **Teil I.** einige Prüfsteine, einige Besonderheiten der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands heraus, Prüfungen, bei denen sich zeigte, für welche Ziele welche Teile der Arbeiterklasse bereits

gewonnen waren und für welche noch nicht, um die große Aufgabe, die Mehrheit der Arbeiterinnen wirklich für die Ideen des Kommunismus zu gewinnen, bewußt zu machen:

- **Von 1848 bis zum Ersten Weltkrieg: Zunehmen der kommunistischer Einfluß und weitreichender Rückschlag.** Die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter folgte 1914 der „Vaterlandsverteidigung“ und für die kommunistischen Kräfte galt es, noch eine Ebene weit unterhalb des Kampfes für die sozialistische Revolution die Mehrheit der Arbeiterklasse vom imperialistischen Burgfrieden abzubringen.
- **Das Ringen zwischen den revolutionären und den konterrevolutionären Kräften um die Mehrheit des Proletariats bis 1933.** Nach dem revolutionären Aufschwung bis 1923 ging es für die KPD mit der aufkommenden nazistischen Massenbewegung – wieder unterhalb der Ebene des Kampfes für die sozialistische Revolution – darum, die Mehrheit der Arbeiterklasse für einen aktiven militanten Anti-Nazi-Kampf zu gewinnen.
- **Weitgehende Zerschlagung des kommunistischen Einflusses durch den Nazi-Faschismus**

- **Chancen und Ansätze in der SBZ/DDR und der revisionistische „Mehrheits“-Betrug.** Die Anerkennung des realen niedrigen Bewußtseinsstands der Arbeiterklasse nach 1945 wurde nicht als Ausgangspunkt für einen tiefgehenden Kampf gegen die „deutsche Ideologie“ genutzt, sondern endete in nationalistischer Anbiederung. „Die Mehrheit ist für uns, ist für den Sozialismus“ wurde zur Lebenslüge der bald im revisionistischen Sumpf versinkenden SED.

Im **Teil II** wird u.a. die Frage behandelt, welche Schwierigkeiten eine richtige Einschätzung des aktuellen Bewußtseinsstandes der Mehrheit der Arbeiterklasse heute in Deutschland bereitet (imperialistische Meinungsumfragemaschinerie und Propaganda-Programme), und die Aufgabe formuliert:

„Das Bewußtsein, das Selbstbewußtsein einer Mehrheit der Arbeiterklasse, sich selbst politisch zu organisieren, einen eigenen Staat aufzubauen, eigene Formen der sozialistischen Demokratie zu erkämpfen, muß in harten und militanten Kämpfen der Arbeiterklasse durch die Kommunistische Partei durch alle Windungen und Wendungen hindurch geschaffen werden. Dieses Bewußtsein und Selbstbewußtsein ist Voraussetzung, um auch die Schwankenden zu neutralisieren und zu gewinnen, um auf dieser Basis, ausgestattet mit der moralischen Unterstützung der Mehrheit der eigenen Klasse, ja der Mehrheit der Ausgebeuteten und Werktätigen überhaupt, ... standfest und diktatorisch die Konterrevolution zu unterdrücken.“

Im **Teil III** geht das Flugblatt schließlich detailliert auf die beiden Schriften Lenins ein:

„Es wäre absolut oberflächlich, auf die primitive Formel einzusteigen, daß die Schrift ‚Renegat Kautsky‘ sich ‚gegen rechts‘, ... und die Schrift ‚Kinderkrankheit im Kommunismus‘ sich ‚gegen links‘ ... richtet. Beide Schriften haben einen einzigen Hauptfeind, den Rechtsopportunisten, und im Kampf gegen diesen Hauptfeind ein einziges vorrangiges Thema: Wie kann die Mehrheit der Arbeiterklasse gegen alle Illusionen in das kapitalistische System und den bürgerlichen Parlamentarismus wirklich bewußt und selbstbewußt mit hoher Moral und hoher Disziplin die revolutionäre sozialistische Demokratie durchführen und über die Konterrevolution ihre Diktatur ausüben, ohne sich von der Phrase der ‚reinen Demokratie für alle‘ einhüllen zu lassen....“

„In seiner Schrift ‚Renegat Kautsky‘ zeigt Lenin

im Detail: Die Ablehnung jeder prinzipienlosen Art, die Mehrheit der Arbeiterklasse an sich zu binden, bedeutete zugleich, keine Angst davor zu haben, Positionen zu vertreten, die einen zeitweise in der Minderheit belassen. Die Bereitschaft und Fähigkeit, gegen die Strömung anzukämpfen, war Voraussetzung, um dem zeitweilig übermächtig erscheinenden chauvinistischen Druck zur Zeit des Ersten Weltkriegs entgegenzutreten zu können und all den reformistischen Verlockungen des angeblich möglichen ‚friedlichen Hineinwachsens‘ in diese oder jene ‚teil-sozialistische Reform‘ widerstehen zu können.

Das gründliche Studium dieser Schrift ... sollte besonders zwei gewichtige Punkte herausstellen: Erstens ist auf der Basis einer Mehrheit sozialistisch bewußter und organisierter Arbeiterinnen und Arbeiter die Frage der sozialistischen Demokratie ganz handfest die Frage, ob die Mehrheit der Arbeiterklasse bewaffnet und die Bourgeoisie entwaffnet ist. Das ist in gewisser Weise der entscheidende Punkt. Zweitens geht es um das arrogante, deutschchauvinistische Geschwätz von Kautsky, was die Revolution in Rußland angeblich hätte alles feiner, besser gesitteter und ordentlicher machen sollen...“

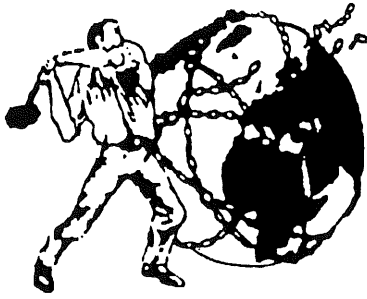
„In einer gewissen Weise ist die Schrift ‚Kinderkrankheit im Kommunismus‘ die wichtigste Schrift für die kommunistische Weltbewegung nach der Oktoberrevolution 1917. Direkt für die Delegierten des II. Weltkongresses der KI 1920 geschrieben, ist dies ein unübertroffener historischer Abriss, wie die notwendige Mehrheit der Arbeiterklasse, ihre Bewußtheit und Organisiertheit, ihre Disziplin nicht durch moralische Appelle und Phrasen geschaffen werden kann, sondern Ergebnis eines langwierigen historischen Kampfprozesses ist ... Die Grundidee dieser Schrift ist von der ersten bis zur letzten Zeile, da die Kommunisten aller Länder nicht einfach nur verstehen, sondern wirklich erlernen müssen, für welche Ziele, auf welchen Wegen und mit welchen Methoden die Mehrheit der Arbeiterklasse aus der Vorherrschaft des Kapitalismus und der reformistischen Demagogen für die sozialistische Demokratie, für die Diktatur des Proletariats über die Konterrevolution gewonnen werden kann.“

Kontakt:

***E-Mail:** info@gegendiestroemung.org

***www:** <http://www.gegendiestroemung.org>

(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)



Bulletin

2/07

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ - Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: April - Juni 2007



Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Spanisch und Türkisch



Das Flugblatt vom April 2007 wird hier ungekürzt veröffentlicht:

Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“ verschleiert die Verstärkung des bürgerlichen Staatsapparats und die verschärfte Faschisierung!

Das Schlagwort vom „Neoliberalismus“

Keiner weiß so genau, wer diesen merkwürdigen Begriff des „Neoliberalismus“ geschaffen hat und seit wann er so richtig in der sich als links verstehenden Bewegung an Boden gewonnen hat. Heute ist er in aller Munde, obwohl niemand genau sagen kann, was damit gemeint ist. Für die Lage in Deutschland geht es grob gesagt um den Abbau vor allem staatlich verankerter sozialer Rechte. Dagegen wird die apologetische Parole „Verteidigt den Sozialstaat“ gesetzt.

International geht es beim „Neoliberalismus“ (oft eng verbunden mit dem Begriff der „Globalisierung“) um die Vorstellung, daß ein „internationaler Kapitalismus“ die Rolle „nationaler Staaten“ angeblich immer mehr zurückdrängt.

Hinter dem Streit um Begriffe steckt mehr als nur Wortklauberei. Es geht um Ideologie, um die Verfälschung der Realität durch Halbwahrheiten, um letztlich sehr alte bürgerliche Theorien - mit neuen Schlagworten garniert. Nachfolgend soll zunächst in einem ersten Teil in Thesen dem Gerede vom „Neoliberalismus“ im Hinblick auf die Lage in Deutschland entgegengetreten werden. Im nächsten Flugblatt werden wir im Hinblick auf internationale Fragen dem Gerede von „Neoliberalismus und Globalisierung“ entgegentreten.

Unstrittig ist, daß aktuell die Kapitalistenklasse in Deutschland zu einer sich verschärfenden Offensive gegen die Arbeiterklasse angetreten ist, sich die Lage der Masse der Werktätigen Stück für Stück verschlechtert. Die Gründe dafür, daß die Kapitalistenklasse zumindest teilweise auf reformistisches Geschwätz vom „Sozialstaat“ verzichten kann, finden sich teilweise in der aktuellen Situation, sind aber tiefer gesehen nur im Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklung des Kapitalismus und der Geschichte der Klassenkämpfe zu verstehen.

I.

1. Seit Beginn des Kapitalismus werden die Verteidiger des kapitalistischen Systems nicht müde, den durch die Französische Revolution populär gewordenen Begriff der Freiheit als das herrlichste Merkmal des Kapitalismus zu verkaufen. Kapitalismus sei eben Liberalismus, so heißt es. Marx stellte gegen diese Formel die Gegenthese auf: Die Losung von Freiheit und Gleichheit ist verlogen, in Wirklichkeit dient diese Losung der Verschleierung der Ausbeutung, der Lohnsklaverei. Die Anfänge des Kapitalismus - seine Entstehung und sein Wachstum waren gekennzeichnet durch die blutige Unterdrückung vor allem der nichteuropäischen Völker, extreme Armut, Kinderarbeit und Elend der arbeitenden Klasse (was Marx die ursprüngliche Akkumulation nannte) - waren alles andere als liberal, versteht man darunter nicht die unbegrenzte Freiheit der Kapitalisten.

Es war der Kampf der Arbeiterklasse, der, ohne zunächst das System als Ganzes in Frage zu stellen, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Staat der Kapitalisten zwang, gesetzlich einige besonders extreme und zugespitzte Formen der Ausbeutung einzuschränken. Das Verbot der Prügelstrafe, das Verbot der Kinderarbeit und der gigantische Kampf um den Achtstundentag waren Meilensteine in diesem Kampf. Der Staat der Kapitalisten mußte teilweise zurückweichen, seine Ideologen erwiesen sich in dieser geschichtlichen Situation als Meister des Betrugs: Ihrem guten Herzen sei es zu verdanken, ihrer Liebe zur Menschheit sei es geschuldet, daß diese oder jene Verbesserung nun vom Staat offiziell versprochen worden sei.

2. Das war eine gigantische Lüge, die bis heute wirkt. Das Märchen vom „Sozialstaat“ dient dazu, um innerhalb der Arbeiterbewegung vor allem die angeblich „gute Moral“ der herrschenden Klasse besser verkaufen zu

können und den Kampf der Arbeiterklasse vom Kampf gegen das Lohnsystem, gegen den Kapitalismus abzulenken, auf Appelle und, fromme Wünsche an die Kapitalistenklasse. Die Behauptung des Liberalismus, auch für die Zeitspanne des Beginns des Kapitalismus, war von Anfang an eine Verschleierung des tiefen Antagonismus zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse, mit dem Ziel, den Kampfwillen der Arbeiterklasse zu brechen und vom Kampf für die Vernichtung des Kapitalismus auf kleine Reformen abzulenken.

3. Das gigantische Anwachsen der Arbeiterbewegung in den gut hundert Jahren, seitdem das „Manifest der Kommunistischen Partei“ geschrieben wurde, das für den Kapitalismus bedrohliche Anwachsen der Kommunistischen Parteien seit dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland 1917 und dem Sieg einer Reihe von Revolutionen unter der Führung Kommunistischer Parteien in vielen Ländern nach 1945 ließ die Alarmsglocken der Kapitalistenklasse schrillen. Die Parole der Verstaatlichung war so verbreitet, die Logik des Kapitalismus so diskreditiert, daß die Kapitalistenklasse, um nicht weggefeht zu werden, nun selbst die Parole der „Verstaatlichung“ ausgab und unter dem Druck des Kampfs der Arbeiterklasse eine ganze Reihe von Schutzbestimmungen für die Arbeiterklasse gesetzlich festschrieb.

Auch hier feierten die Kapitalisten diese Errungenschaften der Arbeiterklasse wieder als Ergebnis ihrer großen Moralität, ihres Verständnisses für die Nöte der arbeitenden Klasse usw. Die verstaatlichten Betriebe aber blieben Betriebe der Kapitalistenklasse, denn es waren kapitalistische Staaten. Die wage Vorstellung, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln historisch überlebt ist und vernichtet werden muß, wurde umgefälscht in die Ideologie, daß nun der „Sozialstaat“ existiere, der gegen einzelne, angeblich unvernünftige Vertreter der Kapitalistenklasse gehegt, gepflegt und verteidigt werden müsse.

4. Bekanntlich gelang den Kapitalistenklassen in den letzten Jahrzehnten, die Kommunistischen Parteien und die sozialistischen Staaten von innen heraus auszuhöheln und in Karikaturen ihres Anspruchs zu verwandeln. Die gewaltigen Niederlagen der internationalen Arbeiterbewegung in den letzten fünfzig Jahren (Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und den meisten osteuropäischen Ländern nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956, der Farbwechsel des sozialistischen Chinas Mitte der 70er Jahre und kurze Zeit später des sozialistischen Albaniens, um nur die wichtigsten Niederlagen kurz zu benennen), der propagandistisch ausgenutzte Zusammenbruch der polizeistaatlichen

und kapitalistisch agierenden Staaten der Sowjetunion und der Länder Osteuropas Anfang der 90er Jahre, die sich Jahrzehnte „sozialistisch“ nannten, schuf tatsächlich in gewisser Weise neue Aspekte, selbst die sozialistischen Hüllen wurden beseitigt.

Die Kapitalistenklassen aller Länder spürten noch weniger den Druck einer sie bedrohenden Arbeiterbewegung und zogen auf allen Gebieten die Schrauben an.

II.

5. So ist in der Tat die Lage heute in Deutschland davon gekennzeichnet, daß gewisse Errungenschaften der Kämpfe der Arbeiterklasse ohne eine wirkliche Bedrohung der Kapitalistenklasse durch eine massiv kämpfende Arbeiterbewegung heute Stück für Stück abgebaut werden. Der größte Einschnitt war vielleicht die Schaffung des Projekts „Hartz I-IV“, weitere Schritte wie die Verlängerung des Arbeitstages, die Aufhebung des Kündigungsschutzes usw. sind real in Angriff genommen worden. Dort, wo es keinen massiven Kampf gegen diese Entwicklung geben wird, werden all diese Pläne zur verschärften Ausbeutung auch realisiert werden. Aber was hat das mit dem Begriff des „Neoliberalismus“ zu tun? Wieso wird diese Politik der verschärften Ausbeutung als „neoliberalistisch“ bezeichnet?

6. Unserer Meinung nach treffen beide Teile des Begriffs „Neoliberalismus“ nicht den Punkt. Was hier geschieht, ist weder „neo“ noch „liberal“. Es ist nichts Neues, daß die Kapitalistenklasse dort, wo sie keinen Widerstand spürt, die Ausbeutung verschärft. Das liegt im System des Kapitalismus begründet, es entspricht seinem Wesen, Profit zu maximieren, und das geht im Innern nur durch die Verschärfung der Ausbeutung. Betrachtet man die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland genauer, dann hat es immer ein Auf und Ab gegeben, je nach dem Stand der Stärke der Arbeiterklasse, wobei das Ausmaß der staatlichen Unterdrückung eine gewichtige Rolle gespielt hat. Der Begriff „neu“ stimmt also einerseits immer (jeder Tag ist neu), andererseits stimmt er überhaupt nicht, weil die ständigen Aktionen zur Verschärfung der Ausbeutung nun wahrlich nichts Neues sind. Gravierender ist jedoch der Unsinn, die heutige Situation mit dem Begriff „liberal“ zu kennzeichnen.

7. Der „Liberalismus“ als ideologisches System benutzt bewußt und planmäßig die Verwischung verschiedener Ebenen. Liberal sein, also freiheitlich, kann auch auf kulturellem Gebiet etwas ganz anderes bedeuten, als auf politischem Gebiet und als auf wirtschaftlichem Gebiet. Der klassische „Liberalismus“ wollte die Rolle des

Staates auf ein Minimum reduzieren, den Staat aus religiösen, kulturellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten heraus halten und auf seine eigentliche Funktion konzentrieren: Armee, Polizei und Justiz.

Was aber geschieht heute, entgegen der idiotischen These vom „Neoliberalismus“? Auf allen Gebieten wird die Rolle des Staates ausgebaut. „Hartz I-IV“ ist ein gewaltiger staatlicher Eingriff, der Abbau sozialer Errungenschaften wird staatlich organisiert und durchgesetzt und auch auf kulturellem Gebiet direkt und indirekt, mal offen, mal versteckt, die zentralstaatliche Lenkung insbesondere von Fernsehen und Presse forciert. Vor allem aber wird die offen unterdrückerische Seite des Staates, der Polizei- und Armeeapparat, die zentralstaatliche Erfassung und Überwachung in gewaltigen Schritten ausgebaut. Es ist wirklich absurd, einen Zustand, der nur als zunehmende Faschisierung des Staates gekennzeichnet werden kann, mit dem Begriff des „Neoliberalismus“ zu charakterisieren.

8. Es ist wahr, wenn die Theoretiker des „Neoliberalismus“ darauf verweisen, daß bestimmte Bereiche des Staates „privatisiert“ werden, seien es Post und Telekommunikation, seien es Verkehrsmittel. Auch Bereiche der Bildung werden im Zuge der Verschärfung der Ausbeutung aus kapitalistischem Kalkül heraus verkauft, um Massenentlassungen und Sozialabbau reibungsloser durchsetzen zu können. Doch was besagt das? Entscheidend ist doch hier, daß erkämpfte Schutzfunktionen beseitigt werden und die lohnabhängig Beschäftigten in den noch existierenden staatlich-kapitalistischen Großbetrieben mit der Androhung der Privatisierung eingeschüchtert werden sollen. Es ist im Grunde der selbe Prozeß, wie den Arbeiterinnen und Arbeitern einzelner Großbetriebe damit gedroht wird, den Betrieb zu schließen und den „Standort“ zu wechseln, wenn sie nicht auf Lohn verzichten und länger arbeiten. Was daran „liberal“ sein soll, bleibt das Geheimnis der Theoretiker des „Neoliberalismus“.

III.

9. Die Theoretiker des „Neoliberalismus“ haben Namen und Adressen. Abgesehen von jenen, die mehr oder minder unbedacht den Begriff des „Neoliberalismus“ übernehmen, weil er eben gerade modern ist, zu linkem Gerede dazu gehört, gibt es organisierte Abteilungen der Kapitalistenklasse, die mit einem ganzen System von Vorstellungen die notwendigen Kämpfe der Arbeiterklasse desorientieren wollen: das sind vor allem die mit der Gewerkschaftsführung verbundenen Teile der Sozialdemokratie, ein Großteil der Funktionäre der Gewerkschaften und nicht zuletzt Parteien, die Linkspartei-PDS, die WASG, die DKP, aber auch Organisa-

tionen wie attac. Beim Kampf gegen diese Kräfte gilt es, präzise und treffend vorzugehen. Es geht nicht um jene Teilbereiche, in denen diese Ideologen diese oder jene Erscheinung der Ausbeutung zurecht anprangern, um Autorität in Kämpfen der von verschärfter Ausbeutung Betroffenen zu erwerben. Der springende Punkt ist das „positive Programm“ dieser Gruppierungen, das zusammengefaßt werden kann unter der Überschrift „Illusionen in den Sozialstaat“, „Illusionen in die Reformierbarkeit des Kapitalismus“.

10. Im Grunde handelt es sich um eine ausgesprochen reaktionäre Verklärung der Rolle des Staates in doppelter Hinsicht. Zum einen im Hinblick auf die Vergangenheit, als wäre der bisherige Staat ein Produkt großer Vernunft der herrschenden Klasse, der nun aus ganz unvernünftigen Gründen verändert werden soll. Zum anderen wird suggeriert, daß dieser oder jener Erfolg gegen den Abbau sozialer Rechte das eigentliche Ziel der Kämpfe sein müsse. Die alte Losung der Arbeiterbewegung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, wird mit Füßen getreten, wird mit Appellen an die Vernunft der herrschenden Klasse und mit der Parole der „Verteidigung des Sozialstaats“ ad absurdum geführt. Die kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter und die kämpfenden Jugendlichen sollen emotional an diesen Staat gebunden werden, sollen an ein System des regulierten Kapitalismus heran geführt, ihrem Kampf soll die Spitze genommen werden. Unter Überschriften der Art „Wie den Neoliberalismus überwinden?“ werden die uralten Rezepte einer angeblichen Zähmung des Kapitalismus durch Ausbau des Staates propagiert. Der „starke Staat“, „Vater Staat“, soll es richten.



Was ganz im Gegensatz zu diesen pro-kapitalistischen Abteilungen nötig ist, kann wie folgt beschrieben werden: die Verteidigung sozialer Rechte, auch wenn sie staatlich festgeschrieben sind, muß als Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung vorangetrieben werden. Vergangene Erfolge und auch gegenwärtige Erfolge in solchen Kämpfen sind Erfolge des Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter und keinesfalls Siege der Vernunft der herrschenden Klasse. Diese Erfolge ändern nichts an der entscheidenden Funktion dieses Staates, das kapitalistische System zu sichern.

In diesen Kämpfen geht es für die am Kommunismus orientierten Kräfte darum, Illusionen in den kapitalistischen Staat und das kapitalistische System zu bekämpfen, die Frage der notwendigen Vernichtung des Kapi-

talismus, die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln als Kampf gegen den politischen Feind, diesen Staat, immer und immer wieder aufzuwerfen. Dabei muß gleichzeitig die Faschisierung dieses Staatsapparates, der Einsatz von Polizei und Justiz bis hin zum geplanten Einsatz der Bundeswehr gegen die kämpfende Arbeiterklasse entlarvt werden, um bis in den letzten Winkel jegliche Illusionen in diesen Staat zu zerschlagen.

Der Kapitalismus kann jedoch nur wirklich vernichtet und eine Welt ohne Ausbeutung, Klassen, Staat und jeglicher Form von Unterdrückung - die Welt des Kommunismus - kann nur aufgebaut werden, wenn die Ar-

beiterklasse und ihre Verbündeten in jedem Land zunächst „ihren“ bürgerlichen Staatsapparat im bewaffneten Kampf von oben bis unten zerschlägt und zunächst ihren eigenen, revolutionären Staat aufbaut, die Diktatur des Proletariats. Die Diktatur des Proletariats unterdrückt die gestürzten Ausbeuter und ihre Lakaien, die mit allen Mitteln versuchen werden ihr verlorenes „Ausbeuterparadies“ wiederzugewinnen und sichert die sozialistische Demokratie, also wirkliche Demokratie, für die breiten Massen der ehemals ausgebeuteten Werktätigen, sie ist also Voraussetzung, um überhaupt den Aufbau des Sozialismus und dann des Kommunismus erkämpfen zu können!



Im Mai 2007 erschien das Flugblatt:

Das Schlagwort von der „Globalisierung“ verschleiert die Existenz und die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus:

Das Geschwätz von der „Globalisierung“

Es gibt Begriffe, die in einem derartigen Umfang und mit einer derartigen Häufigkeit benutzt werden und präsent sind, von allen Seiten ins Feld geführt, gebogen und verbogen werden, daß sie nachher schließlich nichts mehr bzw. alles oder nichts bedeuten. Manager des Kapitals wie Gewerkschaftsfunktionäre, Nazis und sich als „links“ verstehende Organisationen - sie alle reden über die Gefahren der „Globalisierung“ und schlagen ihrer Position entsprechend Maßnahmen dagegen vor.

Der nichtssagende Begriff „Globalisierung“ bedeutet eigentlich zunächst nur „weltweit“, „international“ - also wahrlich nichts Neues. Aber hinter dem mit wichtiger Miene vorgetragenen Begriff der „Globalisierung“ stecken bestimmte grundfalsche Vorstellungen, die im einzelnen schwer zu greifen sind. Bei allen zu behandelnden Unterschieden - von der Benutzung durch die Nazis bis hinein in das Umfeld von attac - ist eins klar: Das Geschwätz von der „Globalisierung“ klammert den deutschen Imperialismus zunächst aus, ja benutzt im Grunde das Gerede vom „Kampf gegen die Globalisierung“, um Stück für Stück die Stärkung des eigenen Staates, die Stärkung der eigenen Armee, eben die Stärkung des deutschen Imperialismus zunächst vor allem ideologisch und politisch zu betreiben, um Stück für Stück nicht nur vom deutschen Imperialismus und seinen Kriegsvorbereitungen abzulenken, sondern selbst daran mitzuarbeiten.

1. Die Nazis werden an diesem 2. Juni in Schwerin „gegen Globalisierung“, ja sogar „gegen den Kapitalismus“ demonstrieren. Es macht keinen Sinn, andere Gegner der „Globalisierung“ wegen der Ähnlichkeit der Parolen mit den Nazis moralisch auf eine Stufe zu stellen. Nichtsdestotrotz sind wir der Meinung, daß die zunehmende Übereinstimmung von Nazi-Parolen mit den Parolen der primitiven Globalisierungsgegner von „links“ kein Zufall ist. Denn die gemeinsame ideologische Basis ist Nationalismus in verschiedenen Ausprägungen. Um in Diskussionen mit den Gegnerinnen und Gegnern des G8-Gipfels fundiert mit Argumenten eingreifen, um den ehrlich über den Weltimperialismus empörten Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Anti-G8-Demonstrationen wenigstens Denkanstöße geben zu können, reicht es nicht aus, nur auf diese Übereinstimmungen mit den Nazis zu verweisen. Hier muß tiefgebender der dahinter stehende Fragenkomplex aufgezeigt werden.

2. Daß der Kapitalismus sich weltweit ausdehnt, ist nun wahrlich keine Neuheit. Die Entstehung des Kapitalismus war wesentlich geprägt durch die gigantische Ausbeutung der Völker der damaligen Kolonien und ihre Niedermetzlung in brutalen Kolonialkriegen. Seit 1848 haben die Kommunistinnen und Kommunisten auch programmatisch festgehalten, daß der Kapitalismus als Wirtschaftssystem mit seinem Überbau und seiner Ideologie die ganze Welt unterwerfen wird. Niemand, auch

nicht der reaktionärste Ökonom oder Politiker kann bestreiten, daß Marx und Engels in dieser Hinsicht völlig Recht hatten: Spätestens seit 1900 und dem Ersten Weltkrieg ist die ganze Welt in Einflußsphären der großen imperialistischen Mächte aufgeteilt. Der kapitalistische Markt, die Großkonzerne, der Imperialismus hat auch auf die entlegensten Teile der Welt, in denen vielleicht noch mit mittelalterlich-feudalen Mitteln produziert wird, seinen Zugriff und Herrschaftsbereich ausgedehnt. „Globalisierung“ wortwörtlich genommen beschreibt insofern nur die zunehmende weltweite Verstärkung des Kapitalismus.

3. Die technischen Neuerungen der letzten Jahrzehnte, die Beschleunigung des Transports, des Verkehrs und der Kommunikation erleichtern und begünstigen das Tempo und die Ausdehnung der Aktionen auf dem kapitalistischen Weltmarkt. All das ist unstrittig. Aber es ist nicht der springende Punkt. Die Frage ist: Was folgt daraus? Ähnlich wie die Verfechter der These vom „Neoliberalismus“ von einer Schwächung des Staatsapparats ausgehen - entgegen der Realität, wie nicht zuletzt die Polizeiaktionen gegen die G8-Gegnerinnen und Gegner in den letzten Wochen gezeigt haben -, behaupten sich theoretisch gebende „globalisierungskritische“ Schwätzer, daß durch die immer größere Macht der Monopole, die über Staatsgrenzen hinweg fusionieren, kaufen und verkaufen, angeblich die Rolle der großen Nationalstaaten immer geringer würde und somit auch, und darauf läuft es ja dann hinaus, angeblich Kriege zwischen den imperialistischen Großmächten unmöglich und hinfällig würden.

4. Wer ist der größte Gegner Deutschlands? Ohne Frage die USA. Diese Sichtweise haben nicht nur die Nazis in Schwerin und anderswo, diese Sichtweise ist Kern der Ideologie des deutschen Imperialismus. Die verschiedenen Abteilungen der Ideologen des deutschen Imperialismus arbeiten auch gekonnt in der linken Szene: Unter der Hand wird „Globalisierung“ mit Ausdehnung des US-Imperialismus gleichgesetzt und damit die ganze Kampagne gegen G8 und „Globalisierung“ Stück für Stück in eine Kampagne des deutschen Imperialismus gegen seinen größten und mächtigsten Konkurrenten, den US-Imperialismus, umgedeutet. Es wird sich zeigen, wie weit es den Agenturen des deutschen Imperialismus gelingt, die massenhaften Proteste mehrerer zehntausend Menschen gegen G8 zunehmend in eine reaktionäre Massenbewegung umzufunktionie-

ren. Wir meinen folgendes Szenario: Figuren wie Oskar Lafontaine an der Spitze, mit DGB-Ordnertruppen werden die demokratisch-revolutionären Kräfte aus der Demonstration geprügelt. Sich pazifistisch gebende attac-Schläger, die „Keine Gewalt!“ brüllen, unterstützen die deutsche Polizei, um jeglichen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und den deutschen Nationalismus zu verhindern. Wer es nicht glaubt, wird es sehen und spüren.

Die Gefahr, daß die vom Grundtenor her berechtigten Proteste gegen die politischen Vertreter der imperialistischen Großmächte umfunktioniert werden in eine Massenbewegung nur gegen den US-Imperialismus, ja letztlich für den deutschen Imperialismus, ist greifbar. Die geballte Erfahrung der Abwiegelei, der Einsatz der üblichen pseudolinken Schlagerstars - all dies dient dazu, Erfahrungen zu sammeln, zu erproben und zu üben, wie eine Massenbewegung in prodeutsch-imperialistische Bahnen gelenkt werden kann.

5. Davon klar zu unterscheiden sind all jene, die mit berechtigter Wut und berechtigtem Hass gegen die politischen Repräsentanten des weltweiten Ausbeutersystems demonstrieren und kämpfen, ohne den deutschen Imperialismus, ohne die Bundeswehr aus der Schußlinie zu nehmen. Aber auch hier wirkt die falsche Vorstellung, daß „Globalisierung“ eine Art Nivellierung zwischen den imperialistischen Großmächten sei. So richtig es ist, alle imperialistischen Großmächte einschließlich des US-Imperialismus, also das ganze imperialistische Welt-system anzugreifen, die Logik des Kapitalismus anzuprangern und seine Vernichtung zu fordern, steht auch hier die Frage: Wird der Kampf in Deutschland gegen den deutschen Imperialismus in den Mittelpunkt gestellt oder nicht?

6. „Globalisierung“ richtig verstanden bedeutet nichts weiter als eine Verschärfung aller imperialistischen Widersprüche in der Welt: Eine Verschärfung der Ausbeutung im „eigenen“ Land mit dem Hinweis auf die imperialistisch Konkurrenz, eine Verschärfung der Ausbeutung der Masse der Werktätigen in den unterdrückten Ländern und vor allem auch eine Verschärfung der Konkurrenz und der Kriegsvorbereitung zwischen den imperialistischen Großmächten und sich neu herausbildenden Kriegskoalitionen. Die nächsten Jahrzehnte stehen nicht so sehr im Zeichen friedlicher „feindlicher Übernahmen“ durch Überweisungen und Kompensationsgeschäfte. Die nächsten Jahrzehnte stehen vor allem im Zeichen der fortgesetzten Verschärfung lokaler Kriege und der Mobilmachung des deutschen Imperialismus für große kriegerische Auseinandersetzungen im globalen Maßstab. Das schließt ein, daß die Nationalstaa-

Anzeige:

Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt

Geöffnet: Samstags 10.00 - 13.00 Uhr

ten aufrüsten, daß der deutsche Imperialismus seine Bundeswehr aufrüstet, in Kampfeinsätzen erprobt und perfektioniert, daß die Massen auf die zu erwartenden kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem US-Imperialismus und seine Koalitionspartnern eingestimmt werden. Unter diesem Gesichtspunkt wird deutlich, wie schädlich und reaktionär Vorstellungen sind, nach denen es bei der „Globalisierung“ lediglich um Massenarbeitslosigkeit und verschärfte Ausbeutung oder gar nur um Fragen der Geldzirkulation geht. Die lächerlichen Gegenkonzeptionen von irgendwelchen Zusatzsteuern für „Spekulationsgewinne“ sind nicht nur in ihrem Reformismus unerträglich, sondern dienen vor allem dazu, die demokratisch-revolutionären Kräfte in Deutschland von der großen politischen Aufgabe abzulenken, den deutschen Imperialismus mit seiner Kriegsvorbereitung zu entlarven und zu bekämpfen.

7. Seit der Kapitalismus sich auf alle Länder ausdehnt, steht als grundlegende Aufgabe, die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ zu verwirklichen. Wer das internationale Kapital, wie es durch den G8-Gipfel repräsentiert wird, bekämpfen will, wird in Richtung dieses internationalen Zusammenschlusses der Ausgebeuteten und Unterdrückten arbeiten und kämpfen müssen. Viele Gegnerinnen und Gegner des Weltimperialismus aus anderen Ländern werden nach Rostock kommen, meist aus europäischen Ländern. Auch hier ist eine Falle aufgestellt, eine Perversion des Internationalismus zur Europäisierung. Die Gefühle und die Ideen des Internationalismus sollen mißbraucht werden, um die europäischen G8-Gegnerinnen und -Gegner mit internationalistischen Phrasen in Wirklichkeit hinter eine Kriegskoalition der europäischen Staaten zu bringen, bei der Deutschland teils schon dominiert, teils dominieren will. Auch hier ist der entscheidende Prüfstein, daß wirklicher Internationalismus sich keinesfalls nur gegen den US-Imperialismus richten kann, sondern einen Zusammenschluß aller Kräfte darstellt, die wissen, daß der Weltimperialismus insgesamt vernichtet werden muß. Bei dieser gemeinsamen Aufgabe müssen die revolutionären Kräfte der imperialistischen Länder vor allem die vom „eigenen“ Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Völker unterstützen, vor allem ihren „eigenen“ Imperialismus, ihren „eigenen“ Staatsapparat, ihre „eigene“ Armee bekämpfen und letztlich zerschlagen.

8. Die größte Schwäche der ehrlichen Initiativen, Aktionen und Publikationen in Deutschland gegen den G8-Gipfel - das läßt sich klar dokumentieren - ist, daß in keinem einzigen Aufruf vom Kampf gegen den deutschen Imperialismus die Rede ist. Es geht uns dabei nicht nur um den Wortlaut. Es geht uns darum, daß das ganze Geschwätz von der „Globalisierung“ in jede Ritze

dringt und eben den doch so deutlich sichtbaren Ausbau des deutschen Kriegs- und Staatsapparates ganz offensichtlich vernebelt. Es soll doch die Sprache gesprochen werden, die jeder spricht, die in der Szene üblich ist, die nicht so auffällt und mehr oder minder bewußt eben die Sache nicht beim Namen nennt. Von „Globalisierung“ schwätzen, das darf jeder, aber wer vom deutschen Imperialismus spricht und ihn angreift... Hier mischt sich der gigantische Erfolg des Antikommunismus mit dem gigantischen Erfolg der PR-Kampagne, was für ein tolles Land Deutschland doch sei. Da passen treffende Begriffe wie „deutscher Imperialismus“ nun einmal ganz und gar nicht und dieser Zensur unterwerfen sich im Grunde alle, die von „Globalisierung“ schwätzen, statt den deutschen Imperialismus anzugreifen.

9. Es ist gut und nicht schlecht, daß zunehmend in Gruppen, die sich antifaschistisch verstehen oder auch direkt gegen den G8-Gipfel agieren, prinzipiell die Position vertreten wird, daß der Kapitalismus abgeschafft und der Kommunismus errichtet werden muß. In diesen Diskussionen gilt es allerdings, auf zwei Punkte hinzuweisen:

Wenn diese Diskussionen allzusehr im Allgemeinen verbleiben, wird auch hier und in diesem Zusammenhang die Frage des deutschen Imperialismus ausgeklammert. Man ist radikal gegen den Kapitalismus, radikal für den Kommunismus, aber nicht so radikal, daß man dem „eigenen“ Imperialismus, dem deutschen Imperialismus den Krieg erklärt.

In diesen Debatten fehlt auffälligerweise auch die Frage, wie der Kapitalismus von wem abgeschafft werden soll, was bitte mit dieser Kleinigkeit Bundeswehr geschehen soll, wie nach einer siegreichen Revolution mit den Zehntausenden von Konterrevolutionären umgegangen werden soll, wie die sozialistische Demokratie für die Masse der Werktätigen von den Kräften der Revolution gesichert und geschützt werden soll. Der Kampf für den Kommunismus setzt voraus und erfordert Klarheit über die Frage der Zerschlagung des alten Staatsapparats, über die Frage einer auf sozialistischer Demokratie beruhenden revolutionären Diktatur des Proletariats, über die Frage der organisierten und planmäßigen Leitung der Kämpfe der Masse der Werktätigen in den nächsten Jahrzehnten. Doch all diese zentralen Fragen werden nicht zufällig ausgeklammert. Es sind die Tabuthemen in einer Atmosphäre, die in dieser Hinsicht noch klar vom Antikommunismus und der Feindschaft und Verfälschung von Marx gekennzeichnet ist.

10. Die Protestbewegung gegen den G8-Gipfel in und um Rostock und Heiligendamm und vor allem die Widerstandshandlungen gegen den staatlichen Repres-

sionsapparat und seinen Hilfstruppen bei DGB und attac werden von allen revolutionären und kommunistischen Kräften unterstützt. Das schließt ein, auf allen Ebenen die Diskussion und die Debatte über Ziele und Wege der sozialistischen Revolution gegen den Kapitalismus auf den deutschen Imperialismus zu konkreti-

sieren, die mit Tabu belegten Themen anzupacken, um langfristig die revolutionären und kommunistischen Kräfte zu bündeln und zu festigen.

Das Flugblatt enthält auch den Beitrag: „Neoliberale Maßnahmen? - Faschisierung!“



Im Juni 2007 hatte das Flugblatt folgendes Thema:

Ein Beitrag zur Debatte über die Vorgänge in Rostock und danach:

Warum die militanten Kämpfe in Rostock vom 2. Juni einiges zur Klärung beitragen

Die militanten Kämpfe in Rostock und die Ereignisse danach haben einiges geklärt:

1. Das bisher größte Polizeiaufgebot (17.000 Polizisten und Spezialeinheiten) in der Geschichte der BRD mit Unterstützung der Bundeswehr (über 2000 Soldaten, Tornados, Schnellboote, Panzerspähwagen usw.) in Rostock1Heiligendamm markiert eine weitere Etappe der Politik der Faschisierung und war eine unübersehbare polizeistaatliche Demonstration der herrschenden Klasse in Deutschland. Die gewaltige Übermacht prügelnder Polizisten, das Heer von filmenden und fotografierenden Agenten des Überwachungsstaates sollte der ganzen Welt und der Protestbewegung in Deutschland zeigen: Der deutsche Staat hat alles im Griff.

Dabei sollte die Protestbewegung gegen den G8-Gipfel selbst, so der Plan, zu einer Massenbewegung für die aktuelle Politik des deutschen Imperialismus gegenüber seinen Konkurrenten, vor allem dem US-Imperialismus, umfunktioniert werden. Die auf vielfältigen Wegen bestochenen und gekauften, vor Eitelkeit platzenden, in den Medien gut platzierten Dicksfiguren von attac, Die Linke und Konsorten hatten in den Wochen vor dem Gipfel Oberwasser, fühlten sich wichtig und „dazugehörig“. Mit der Staatsmacht im Rücken erfüllten sie ihre ganz besondere Aufgabe, um zu verhindern, daß sich radikale Kritik am Imperialismus im allgemeinen und an ihren Herren, den deutschen Imperialisten, im besonderen entwickelt.

2. Soweit der Plan. Und doch gelang es durch gute Vorbereitung und bewundernswerte Einmütigkeit einem mehrere Tausend umfassenden „roten Kern“ der Protestbewegung, diesen Plan zu durchkreuzen. Bei allen

Unklarheiten, Unterschieden und Differenzen war eines klar: Angesichts der Polizeiübermacht, der Bürgerkriegsmanöver und des Terrors der bürgerlichen Medien galt es, zumindest an einem Punkt der Mentalität der Ohnmacht und dem Gejammer „Man kann doch nichts ausrichten, wenn man sich nicht mit Polizei und Medien arrangiert“ klar und deutlich entgegenzutreten.

3. Und dieser Plan hat funktioniert: Genau die Situation ausnutzend, die einen Angriff ermöglichte, wurde das staatsterroristische Polizei-Kordon in Rostock am 2. Juni durchbrochen und offensiv zumindest an einem Punkt Polizeikräfte zurückgeschlagen. Es war der Beweis: Im Kampf gegen den deutschen Imperialismus kann nicht nur Protest, sondern auch Widerstand möglich und erfolgreich sein.

4. Wesentlich war auch folgende Erfahrung: Zehntausende erlebten hautnah die Realität der faschisierten Horden des Staatsapparats und die Lügenmaschinerie der bürgerlichen Medien:

- Repression im Vorfeld, Schikanen, Kontrollen, Mißhandlungen, Prügeleien, weit über 1000 Festnahmen, Inhaftierung in Video-überwachten Käfigen, mehrmonatige Haftstrafen in Schnellgerichtsverfahren usw.,
- bei den bürgerlichen Medien gezielte Falschmeldungen direkt aus der Feder der Polizeileitung übernommen - wie etwa die Meldung von „433 verletzten Polizisten“, die nach dem 2. in der gesamten bürgerlichen Presse lanciert wurde und am Ende stellte sich heraus, daß lediglich zwei im Krankenhaus behandelt wurden, oder die Meldung über angebliche „Säureattacken“ der Clowns Army oder die

Meldung von „mit Rasierklingen gespickten Früchten als Wurfgeschosse“, die von BILD bis FR die Runde machte - bis hin zu offenen Drohungen wie etwa die BILD-Schlagzeile vom 4.6.07 „Wollt ihr Tote, ihr Chaoten?“.

5. Zehntausende erlebten auch, wie die großen und kleinen Fürsten verschiedenster „Protest“- Organisationen ihre Hüllen fallen ließen und nun auf einmal wimmerten und jammerten, daß ihr ganzer schöner Plan nicht funktioniert habe und ihr großer Auftritt verpatzt worden sei.

Wer noch Illusionen in diese Figuren hatte, mußte sich eines Besseren belehren lassen. Die Äußerungen dieser Figuren waren nicht mehr zu unterscheiden von der Polizeieinsatzleitung oder den Hetztiraden der BILD-Zeitung. Sie distanzieren sich nicht nur, sondern beschimpften die militanten Gegner des G8-Gipfels als Nazis, Hooligans, Polizeiprovokateure usw. Ja mehr noch: In ihrem Schrecken vergaßen sie ihre auswendig gelernten Drehbuchpassagen und zeigten, was sie wirklich wollen und was sie wirklich sind: Schläger-Ordnertrupps - nichts mehr war vom Pseudopazifismus übrig geblieben - gegen linke und militante Kräfte, die zukünftig handfest (sozusagen als Vortrupp der Polizei) von Veranstaltungen und Demonstrationen ferngehalten und entfernt werden sollen. Dieser Punkt wurde also klargestellt. Er läßt sich dokumentieren, beweisen und ist einer der wirklichen Erfolge der militanten Aktionen in Rostock.

6. Daß die ganze behäbige, in einem gewissen Einheitsbrei versauernde Atmosphäre „Wir wollen doch eigentlich alle dasselbe“ durchbrochen wurde, zeigt sich vor allem daran, daß nun ernsthafte und umfangreiche wichtige Diskussionen über die Ziele des Kampfes gegen Kapitalismus und Imperialismus begonnen wurden und weitergeführt werden. In den Mittelpunkt dieser Diskussion wurde und wird auch die Palette der in diesem Kampf durch Zerschlagung zu überwindenden Hindernisse (Bundeswehr, Polizei, bürgerliche Massenmedien, gekaufte Pseudolinke) gerückt.

7. Gewiß wäre es falsch, diese positiven Seiten der Ereignisse in Rostock und danach in der Freude über die gelungene Aktion und in dem Gefühl, sich wenigstens für einige Augenblicke aus der eisernen Umklammerung des sich faschisierenden Staatsapparats befreit zu haben, zu überschätzen. Aber geradezu katastrophal wäre es, wenn nicht all die positiven Ansätze dokumentiert und damit festgehalten und weiter zur selbstkritischen Diskussion gestellt würden!

Im weiteren Verlauf des Flugblatts werden Positionen fortschrittlicher G8-Gegner exemplarisch herausgestellt.

Das Flugblatt enthält auch den Beitrag: Wie die großen und kleinen Fürsten verschiedenster „Protest“-Organisationen ihre Hüllen fallen ließen



Kontakt:

*E-Mail: info@gegendiestroemung.org

*www: <http://www.gegendiestroemung.org>

(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)



Bulletin 3/07

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: Juli – August 2007

Erscheint regelmäßig vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Spanisch und Türkisch

Das Flugblatt Juli/August 2007 behandelte angesichts der Diskussionen nach den Auseinandersetzungen von Rostock folgendes Thema:

Eine notwendige Diskussion:

Über die sogenannte „Gewaltfrage“

„Nach dem 2. Juni 2007 in Rostock ist eine heftige Debatte entbrannt, die sich auf die sogenannte „Gewaltfrage“ zu spitzt. Über die militanten demokratischen und revolutionären Kräfte wurde von den bürgerlichen Politikern und Medien sowie von den gekauften Pseudolinken und professionellen Abwiegern allerhand Schmutz – und Dreck ausgeschüttet. Sie alle verfolgen schließlich ein und dasselbe Ziel: eine radikale Kritik am Imperialismus zu verhindern.“

In dieser Debatte finden sich positive Ansatzpunkte, die es weiter zu verfolgen gilt mit dem Ziel einer tieferen und prinzipielleren Klärung der „Gewaltfrage“, um dem imperialistischen Druck standzuhalten und um ideologisch und propagandistisch in die Offensive zu kommen, in die Offensive vor allem für das grundlegende Ziel der Zerschlagung des deutschen Imperialismus auf dem Weg zur Errichtung des Kommunismus.

Die aktuellen Diskussionen über die sogenannten „Gewaltbereiten“ werfen unserer Meinung nach auch ein grundlegendes Problem auf: Die Phrase von den „Gewalttätigen“ zielt ab auf ausgesprochene und unausgesprochene feste Vorstellungen darüber, was Gewalt angeblich sei. Die nachfolgenden Argumente haben den Anspruch, möglichst umfassend dieser reaktionären Ideologie von „Gewalt“ entgegenzutreten.“

Der Begriff der „Gewalt“

In der Alltagssprache verschwimmen Begriffe wie „Macht“, „Gewalt“ und „Zwang“ – Begriffe, die in der Regel eine negative Bedeutung haben. Dagegen werden Begriffe wie „Überzeugung“, „vernünftig sein“ bis hin zur Phrase „Der Klügere gibt nach“ gesetzt. Die geschichtliche und die aktuelle Realität spricht jedoch eine andere Sprache. Es ist das alte Lied: Die Massenmörder fordern „friedliche Unter-

werfung“, ein „vernünftiges SichEinfügen“ als höchstes Ideal.

Die Entlarvung dieser Heuchelei ist die grundlegende Voraussetzung, um sich überhaupt den Scheindiskussionen über „Gewalt“ und „Gewaltlosigkeit“ entziehen und theoretisch und praktisch die wirklich entscheidenden Fragen aufwerfen und beantworten zu können.

In der Alltagssprache versteht man unter „Gewalt“ in erster Linie physische Gewalt. Doch diese Auffassung greift zu kurz und schafft keine Klarheit darüber, auf welchen Ebenen Gewalt tagtäglich im Imperialismus, mal direkt, mal indirekt, mal offener, mal subtiler ausgeübt wird. „Der reiße Strom wird gewalttätig genannt, aber nicht das Flußbett, das ihm einengt“ – damit hat Bertolt Brecht gegen die Alltagsvorstellung von „Gewalt“ polemisiert und auf die Gewalt „des einengenden Flußbetts“ aufmerksam gemacht, also die grundlegenden ökonomischen Gewaltverhältnisse und die politische und ideologische Gewalt der Herrschenden, die diese ökonomischen Gewaltverhältnisse durchsetzen und sichern:

■ In der Ökonomie wirkt – wenn wir die mörderischen Ausbeutungsbedingungen vieler Arbeiterinnen und Arbeiter, die zu Arbeitsunfällen, Krankheit und Tod führen, einmal außen vor lassen – die tagtäglich reproduzierte indirekte Gewalt gegenüber den Ausgebeuteten vor allem in Form des „stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse“, in Form des Zwangs, arbeiten zu müssen, die eigene Arbeitskraft verkaufen zu müssen, um sich Lebensmittel kaufen zu können. Die großartige Freiheit, zwischen Bitburger und Binding-Bier wählen zu können, steht im Zusammenhang mit dem Zwang, eine bestimmte Palette von Konsumgütern kaufen zu können, kaufen zu müssen.

■ Die politische Gewalt zeigt sich in verschiedenen Formen: von Gesetzen und Verordnungen (von Hartz IV,

über den Abschiebeterror bis hin zur Verfolgung revolutionärer Kräfte), die vom Heer der Politiker eingebracht, von den „Staatsbediensteten“ als Schreibtischtäter umgesetzt, von den Richtern und Staatsanwälten verfolgt und von den staatlichen bewaffneten Formationen (Gefängnisse, Polizei, Armee, Geheimdienste) durch physische Gewalt (Polizeiterror, Inhaftierung, Folter) vollzogen wird. Letztendlich kommt die politische Gewalt „aus den Gewehrläufen“.

■ Damit nicht genug gibt es eine Macht, deren gewaltsamer Charakter und deren Zwang unsichtbarer ist, aber um so wirksamer greift: Das volle Programm der Gehirnwäsche, die Dauerbeeinflussung durch die bürgerlichen Medien, durch Fernsehen und Zeitungen, Bekanntmachungen in Betrieben, Einübung von Unterwerfung in Kindergärten und Schulen. Und in diesem Rahmen auch ein umfassendes Programm, in einer gewalttätigen Gesellschaft den Begriff der Gewalt zu entstellen, beliebig zu verdrehen, um „Ruhe und Ordnung“ zu festigen. Gerade weil die bürgerlichen Medien juristisch nicht Teil des Staatsapparats sind, ist Klarheit darüber wichtig, was sie sind: ein fester Bestandteil des reaktionären imperialistischen Systems, dem sie dienen und dessen Ausbeutersystem sie absichern sollen.

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: So massiv die ideologische oder politische Gewalt in bestimmten Phasen im Vordergrund steht, so sehr existiert sie nur auf der Basis der ökonomischen Gewalt. Andererseits ist das, was im Polizeijargon „körperliche Gewaltanwendung“ heißt, bis zur Waffengewalt in der Tat nicht immer sichtbar, aber dennoch immer anwesend. In Zeiten, in denen durch Klassenkämpfe ihr Ausbeutersystem nicht massiv in Frage gestellt wird, ist es für die Bourgeoisie vorteilhafter, in erster Linie auf die ideologische Gewalt, auf die ideologische Manipulation zu setzen. Die physische Gewalt, die Repression wird relativ selektiv angewandt, die juristische Verfolgung individuell. Doch gleichzeitig rüstet sie sich durch Überwachungsinstrumente und Datensammlung auf „härtere Zeiten“. Wenn sich Klassenkämpfe entwickeln, die vielleicht sogar das System in Frage stellen, wenn die Herrschaft der Bourgeoisie allgemein gesprochen unsicher ist, setzt sie mehr und mehr auf massenhaft angewandte physische Gewalt, Verhaftungen bis hin zu Erschießungen und Massakrierungen, also den massiven Einsatz ihres Staatsapparats, den Bürgerkrieg. In einer solchen Situation ist es sogar bis zu einem gewissen Grad gewollt, daß die Einschüchterung generalisiert wird, unberechenbar ist, jeden treffen kann.

● ● ●

Ein Blick auf die Taten jener, die von „Gewaltlosigkeit“ faseln, würde eigentlich schon genügen, um klarzumachen, daß die Herrschenden, die herrschende Gewalt nicht nur über Bundeswehr und Gefängnisse als Gewaltapparat verfügen, den sie täglich anwenden – „eigentlich“. Aber so einfach ist es nicht, denn die Frage steht ja, wie all jene, die sich diesen Gewaltverhältnissen entge-

genstellen und diese Heuchelei entlarven, selbst zur Frage von Macht, Gewalt und Zwang stehen, ohne sich in den Fallstricken der Ideologie der Herrschenden zu verstricken.

Wie die Bourgeoisie „Gewaltlosigkeit“ heuchelt

Um die Autorität der Bourgeoisie zu brechen, ist es durchaus nötig, die Widersprüchlichkeit ihrer eigenen Argumentation zu enthüllen – allerdings ohne jeglichen Appell an die Herrschenden, sie mögen doch diese Widersprüche bitte lösen.

Die herrschende Klasse selbst, so wie sie heute in allen kapitalistischen Ländern, auch in Deutschland, an der Macht ist, hat diese Macht geschichtlich keinesfalls durch Überzeugung und gewaltfreies Vorgehen errungen. Waffengewalt war der Ausgangs- und Endpunkt, um durch Kriege gegen andere Staaten und in Ländern wie in England und Frankreich auch gegen die feudalen Kräfte die Macht zu erobern und zu festigen. Bewaffnete und gewaltsame Niederschlagung der Arbeiterbewegung sind fester Bestandteil der daraus entstandenen heutigen Machtverhältnisse. Es ist nichts als pure Heuchelei, wenn sich diese Leute nun Gewaltlosigkeit auf ihre Fahne schreiben.

Aktuell wird heute bei der Ausübung von Waffengewalt eine besondere Sprachregelung bevorzugt: Das sogenannte „Gewaltmonopol“. Weil sich ja nicht verheimlichen läßt, daß etwa die Bundeswehr in anderen Ländern mit Waffengewalt vorgeht, ergänzt die herrschende Klasse ihre Phrase von der Gewaltlosigkeit mit dem Argument, daß Gewalt doch dann gerechtfertigt sei, wenn sie zur Verteidigung der kapitalistischen „Freiheit“ gegen „Gewalttäter“ nötig sei.

Daß diese beiden von der Bourgeoisie vorgebrachten Gesichtspunkte der angeblichen „Gewaltlosigkeit“ der Bourgeoisie widersprechen, kann und soll aufgezeigt und ausgenutzt werden, um deutlich zu machen, daß die herrschende Klasse selbst keinesfalls auf Gewaltverzicht aus ist. Im Gegenteil: sie hält Gewalt für legitim und praktiziert sie auch heute immer offener.

Insofern ist die prinzipiell aufgeworfene Frage „Gewalt oder keine Gewalt?“ vom Tisch. Es geht ganz offensichtlich – und darauf müssen wir den Akzent legen – um die Frage, wer Gewalt ausübt und mit welchen Zielen.

In Deutschland ganz besonders deutlich kann und wird von unserer Seite darauf verwiesen, daß der gewaltsame Kampf zum Sturz des Nazi-Regimes – sei es durch die westlichen Armeen der Anti-Hitler-Koalition oder aus den Reihen der Generalität der Nazi-Wehrmacht am 20. Juli 1944 (unabhängig von der hier nicht zu diskutierenden Frage, welches Programm hinter diesem Attentatsversuch stand) – von der herrschenden Klasse in Deutschland in ihrer Berechtigung zumindest heute noch nicht ganz offen abgestritten werden kann.

● ● ●

Halten wir fest: Wir erwarten von der herrschenden Klasse nicht, daß sie diese widersprüchliche Argumentation aufhebt. Wir verweisen darauf lediglich,

um zu beweisen, daß ihr Geschwätz von der Gewaltlosigkeit haltlose Heuchelei ist.

Zwei mögliche Einwände

Die am Kommunismus orientierten Kräfte argumentieren mit ihrem Programm: mit dem Programm der Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung, der Abschaffung von Herrschaft von Menschen über Menschen durch die revolutionäre Umwälzung aller Verhältnisse auf allen Ebenen, eine Gesellschaft von Menschen, die sich ohne Staat, ohne Gewalt, ohne Zwang ihrer Lage bewußt sind, die ihr gesamtes Leben durch Einsicht und Überzeugung selbst organisieren, selbst gestalten und genießen. Zwei Einwände liegen auf der Hand: erstens, daß dieses Ziel nie erreicht werden könne, und zweitens, daß die kommunistischen Kräfte auf dem Weg zur Erreichung des Ziels einer gewaltfreien Gesellschaft selbst Gewalt anwenden müssen.

Der erste Einwand, der den Kommunismus zu einer Utopie abstempelt, wird immer bröckeliger dadurch, daß die historisch durch Mangel und Not charakterisierte Gesellschaft sich immer offensichtlicher in eine Gesellschaft verwandelt, die immer noch durch verschärfte Not und Elend charakterisiert wird, obwohl der tausendfache Überfluß an allen materiellen Gütern eine entscheidende Verkürzung der Arbeitszeit, eine umfassende und rasche Kommunikation zwischen allen Menschen, eine allseitige Aufklärung und Bildung für alle immer deutlicher ermöglichen könnte. Es sind die herrschenden Klassenverhältnisse, die mit Macht, Gewalt und Zwang verteidigt werden, die all dies unmöglich machen. Das Problem liegt auf der Hand: Diejenigen, die „oben“ sind, können viel, aber eins nicht: freiwillig oder durch Überzeugung diesen materiellen Überfluß allen zur Verfügung stellen, ihre Privilegien aufgeben und sich friedlich einordnen.

Genau damit sind wir beim zweiten Einwand: Wir sind für die Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung, von Krieg und Gewalt. Das Ziel unseres Kampfes ist der Kommunismus, genauer der Weltkommunismus, in dem es keine Kriege, keine Klassen, kein Staaten mehr gibt. Dabei scheint es auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein, den wir erklären müssen, daß auf dem Weg zu einer kommunistischen Gesellschaft ohne Waffen die Waffen des Klassenfeindes, insbesondere seine Armee und Polizei, im bewaffneten Kampf zerschlagen und vernichtet werden müssen. Daß auf dem Weg zu einer klassen- und staatenlosen Gesellschaft die Macht der Arbeiterinnen und Arbeiter in Form des Staates der Diktatur des Proletariats zur Unterdrückung der Konterrevolution errichtet und durch eine immer breitere Teilnahme der Massen an den Staatsaufgaben die Voraussetzung geschaffen werden dafür, daß dieser Staat dann absterben kann. Das heißt, die Bedingungen, die die kommunistischen Kräfte vorfinden für diesen Kampf und denen sie in ihrem Kampf Rechnung tragen müssen, unterscheiden sich grundlegend von den welthistorischen Zielen und Idealen des Kommunismus. Sie kämpfen dafür,

daß diese Ziele Wirklichkeit werden, dies ist aber nicht unabhängig von den gegebenen Bedingungen.

● ● ●

Die organisierten kommunistischen Kräfte sind ohne Frage eine Minderheit. Ob sie die Massen für eine gewaltsame Revolution gewinnen können oder nicht, hängt davon ab, ob die Mehrheit der Gesellschaft, ob die Mehrheit der Ausgebeuteten und Unterdrückten, durch ihre eigene Erfahrung und die Bewußtmachung der kommunistischen Kräfte erkannt hat, daß das Gelaber über die Gewaltfreiheit Heuchelei ist, daß es in Wirklichkeit eine Frage des eigenen Überlebens, der eigenen Würde darstellt, daß man sich gegen die gewaltsamen Aktionen der herrschenden Klasse und ihrer Helfer effektiv, also auch gewaltsam, zunächst verteidigt.

Diese in der Tat defensive Argumentation einer Verteidigung gegen die staatlichen bewaffneten Formationen, gegen Nazis, gegen Pazifismus heuchelnde DGB- oder attac-Fürsten mit ihren Schlägertrupps enthält aber den Keim der Erkenntnis, sich selbstbewußt von der verqueren Diskussion „Gewalt ja oder nein?“ zu lösen und einzig und allein aufgrund der geschichtlichen und konkreten Möglichkeiten zu entscheiden, was richtig und was falsch ist.

Das bedeutet, daß durch die Kombination aus eigenen Erfahrungen und der bewußten Aufklärung durch die kommunistischen Kräfte die scheinbar moralische Frage, ob Gewalt berechtigt oder unberechtigt sei, der entscheidenden Frage weicht, wie die eigenen Kräfte gestärkt und die Kräfte der Feinde, der herrschenden Klasse geschwächt und wirkungsvoll zerschlagen werden können.

Dafür ist es ebenfalls von Wichtigkeit, praktische Erfahrungen bei der Ausübung revolutionärer Gewalt zu sammeln. Systematisch die gewaltsame Revolution vorzubereiten, erfordert auch, lange Zeit vor dem Aufstand die Unterstützung spontaner gewaltsamer und bewaffneter Auseinandersetzungen. Dabei geht es um die praktische Erziehung zur Bereitschaft, revolutionäre Gewalt auszuüben und den bewaffneten Kampf zu führen.

Die Realität der Klassenkämpfe kennt auch spontane militante Kämpfe, die noch nicht unter Führung der kommunistischen Kräfte erfolgen, aber deshalb von ihnen keinesfalls abgelehnt, sondern maximal unterstützt werden und um deren Leitung sie kämpfen. Es ist ihre Aufgabe, insbesondere in spontane militante Kämpfe das Element des bewußten und organisierten Vorgehens hineinzutragen - nicht im Sinne einer Abwiegelei, sondern im Sinne eines massiveren, sichereren und die involvierten Kräfte noch besser beschützenden Eingreifens.

Die befreiende Rolle der revolutionären Gewalt

Dabei kann und soll nicht verschwiegen werden, daß aus kommunistischer Sicht die Anwendung von Gewalt, sei es organisierte Gewalt, sei es die spontane Gewalt in den Kämpfen der unterdrückten Massen,

in der Tat auch ein Nachdenken, ein Analysieren, ein Überprüfen beinhalten muß.

Es ist unzweifelhaft, daß die Schwäche des scheinbar allmächtigen Imperialismus erst dadurch zum Vorschein kommt, daß die Ausgebeuteten und Unterdrückten ihm die Stirn bieten, seine verwundbaren Stellen bloßlegen. Erst durch die Anwendung revolutionärer Gewalt gegen ihre Unterdrücker werden sich die Arbeiterinnen und Arbeiter die Illusionen, aber auch die Bedientenhaftigkeit, das Abgestumpftsein und die Demütigung „vom Hals schaffen“. Die befreiende Wirkung der Anwendung revolutionärer Gewalt, sich eben nicht alles gefallen zu lassen, sich zu wehren, zunächst vielleicht nur kleine Erfolge, aber immerhin Erfolge zu erringen, wenn man sich wehrt - das ist die wesentliche Seite der Frage.

Der Versuch der herrschenden Klasse, die revolutionären Kräfte zu demoralisieren, die Problematik, daß reaktionäre Ansichten auch im revolutionären Kampf bei der Masse der Ausgebeuteten und Unterdrückten nicht von selbst verschwinden, sich auch in Aktionsformen niederschlagen können, gehört zu der Gesamtproblematik dazu. Dieser zweite Aspekt ist möglicherweise schwieriger zu verstehen, wird oft genug benutzt, um die befreiende Rolle der Gewalt überhaupt zu diffamieren. Das darf die kommunistischen Kräfte jedoch nicht hindern, als Grundmerkmal einer revolutionären Bewegung ein selbstkritisches Überprüfen und Diskutieren bei der Anwendung revolutionärer Gewalt zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen.

Entscheidend ist, den Grundgedanken der revolutionären Gewalt zu propagieren, da eins unverrückbar ist: Ohne revolutionäre Gewalt, ohne bewaffnete Zerschlagung des alten Staatsapparats, getragen von den kommunistischen Zielen, ist kein geschichtlicher Fortschritt möglich. Das kapitalistisch-imperialistische System als ganzes, jeder seiner Staatsapparate als Hauptquelle unterdrückerischer Gewalt, als Machtsystem des Zwangs und der Gehirnwäsche kann nicht reformiert werden. Appelle an die „Gewaltlosigkeit“ dienen der herrschenden Klasse, sind Appelle, sich Macht, Zwang und Gewalt der herrschenden Klasse nicht wirksam entgegenzustellen, sondern zu unterwerfen.

Die Frage revolutionärer Gewalt nach der proletarischen Revolution

Es ist aus der Geschichte aller siegreichen Revolutionen ersichtlich, daß die Frage, wie mit Macht, Gewalt und Zwang aus kommunistischer Sicht umgegangen werden muß, zugespitzt nach dem Sieg der Revolution aufgeworfen wird.

Die Geschichte hat bewiesen, daß die Revolutionäre an der Macht nach dem Aufbau eines neuen, revolutionären Staatsapparates zur gewaltsamen Enteignung des Kapitals, zur gewaltsamen Niederhaltung

der inneren Reaktion und Konterrevolution und zur gewaltsamen Abwehr gegen die internationale Konterrevolution nicht davor geschützt sind, über Jahrzehnte hinweg doch der Macht der Gewohnheit zu erliegen, sich letztlich dem Druck der bürgerlichen Ideologie zu beugen, letztlich das System von Ausbeutung und Unterdrückung zu restaurieren.

Das wurde am deutlichsten am Beispiel der sozialistischen Sowjetunion, die sich nach der Oktoberrevolution 1917 als Diktatur des Proletariats in Form des neu geschaffenen demokratisch-sozialistischen Sowjetstaats organisierte und über Jahrzehnte hinweg sehr erfolgreich nicht nur den Kapitalismus abschaffte, ausländische Interventionen zurückschlug, die Organisation der inneren Konterrevolution zerstörte und deren Reste niederhielt, dem Überfall der nazi-faschistischen Horden standhielt und besiegte, dann aber doch unter diesem gewaltigen Druck einerseits und durch die fehlende Entfaltung der selbstkritischen Klärung der Besonderheiten einer sozialistischen Demokratie in der Praxis andererseits in ihr Gegenteil umschlug. Die Folge war, daß nicht mehr die Mehrheit der ehemals Ausgebeuteten die Konterrevolutionäre unterdrückte, sondern eine neue privilegierte Schicht, eine neue herrschende Klasse entstand, die den ehemals sozialistischen Staatsapparat von innen her eroberte und in ein polizeistaatliches Instrument der Unterdrückung der arbeitenden Massen verwandelte und den Kapitalismus restaurierte.

Das entscheidende Kriterium für die zu entfaltende sozialistische Demokratie ist, ob in immer größerem Umfang die demokratisch organisierten Massen im sozialistischen Staat bewußt und selbstkritisch die notwendige Gewalt gegen die Konterrevolution kontrollieren und zunehmend selbst ausüben, so daß für alle sichtbar der Staatsapparat der Diktatur des Proletariats nicht losgelöst von der Masse der arbeitenden, vom Kapitalismus befreiten Menschen seine Funktion der gewaltsamen Unterdrückung ausübt.

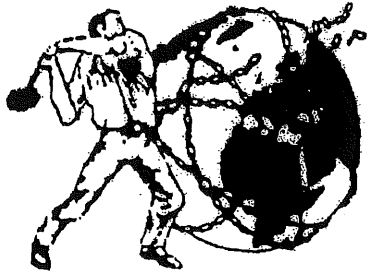
• • •

In diesem Sinne weist uns der Schlußsatz des „Manifests der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels von 1848 noch heute den Weg:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung, Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren, als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletariats aller Länder, vereinigt euch!“

(Marx/Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“. 1847-1848, Marx/Engels Werke Band 4, S. 493)

Das Flugblatt enthält darüber hinaus noch Artikel zu folgenden Themen: Studiert den wissenschaftlichen Kommunismus zur Rolle der Gewalt in der Geschichte • Über die befreiende -Rolle der revolutionären Gewalt • Gewalt allein ist kein Kriterium;



Bulletin 4/07

zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: **Sept. – Dez. 2007**

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Türkisch

Das Flugblatt September/Oktober hat zum Thema:

90 Jahre Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland:

Der siegreiche bewaffnete Aufstand des Proletariats gegen die Bourgeoisie

„Die sozialistische Oktoberrevolution, die am 24. Oktober 1917 in Rußland begann und in ‚zehn Tagen die Welt erschütterte‘, wurde ohne Frage jahre-, ja jahrzehntelang vorbereitet. Die Oktoberrevolution hat gezeigt, daß ein siegreicher bewaffneter Aufstand in einem Land wie Rußland mit seinen 3 Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern und seinen 100 Millionen werktätigen Bäuerinnen und Bauern wirklich erfolgreich sein kann, auch wenn dieser Aufstand nur ein Schritt auf dem langen Weg der sozialistischen Revolution war. Deshalb ist es von großer Bedeutung, die konkreten Bedingungen, das dahinterstehende Programm, die Strategie und Taktik für diese ‚Zehn Tage, die die Welt erschütterten‘ genau unter die Lupe zu nehmen.“

1. Vorbereitung des Oktoberaufstands I:

Im Abschnitt „**Von der Februarrevolution 1917 bis zum August 1917**“ schildert das Flugblatt zunächst, wie der Zarismus im bewaffneten Kampf zwar nicht vollständig, aber in Teilen zerschlagen bzw. funktionsuntüchtig gemacht wurde und welche Rolle das Gemetzel des imperialistischen Ersten Weltkrieges spielte. Die Februarrevolution brachte die Sowjets der Arbeiter und Bauern hervor.

Dort hatten zunächst die bürgerlichen Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Mehrheit gegenüber den revolutionären Bolschewiki. Gleichzeitig errichtete die konterrevolutionäre Bourgeoisie ihre eigene sogenannte „Provisorische Regierung“. Das war der Beginn der sogenannten „Doppelherrschaft“.

Zu dieser Zeit (ab April 1917) nahm die Bolschewistische Partei Kurs auf den Übergang zur proletarischen Revolution. Im Kern standen dabei folgende Ziele im Mittelpunkt:

„Sturz der Bourgeoisie, bewaffnete Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und Errichtung der Diktatur des Proletariats in Form von Sowjets, Enteignung der Banken und Großbetriebe, schrittweiser Aufbau des Sozialismus im ganzen Land. Außerdem mussten nicht gelöste demokratische Aufgaben der durch die Februarrevolution begonnenen bürgerlichen Revolution (wie etwa die Enteignung der Gutsbesitzer, die Nationalisierung des Grund und Bodens und die Beseitigung der nationalen Unterdrückung) vollendet werden. Schließlich war eine entscheidende demokratische Forderung die Beendigung des imperialistischen Krieges, insbesondere auch für die Gewinnung der Bündnispartner.“

Im Mai 1917 gingen Menschewiki und Sozialrevolutionäre in das Lager der konterrevolutionären Bourgeoisie über ...

Die Bolschewistische Partei kämpfte Seite an Seite mit den ausgebeuteten Massen gegen den imperialistischen Krieg, für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg sowie für den Sturz der ‚eigenen‘ herrschenden Klassen. Die Bolschewiki trugen ihre Losungen in diese demokratischen Kämpfe, vereinigten sie zu einem einheitlichen revolutionären Kampf. Sie mobilisierten die Arbeiterklasse für den Kampf für die sozialistische

Revolution, für sozialistische Ziele und machten klar, daß alle diese Ziele, demokratische oder sozialistische, nur durch den Sturz der Bourgeoisie im bewaffneten Aufstand zu erreichen sind.“

Im Juli 1917 war die „Doppelherrschaft“ zu Ende.

2. Vorbereitung des Oktoberaufstands II:

Die direkte Vorbereitung des bewaffneten Aufstands im ganzen Land (Sept. 1917 - Okt. 1917)

a) Lenin zu den Bedingungen für einen erfolgreichen bewaffneten Aufstands des Proletariats

„Im September 1917 ging Lenin davon aus, daß der bewaffnete Aufstand auf der Tagesordnung stand und siegen konnte ... Er erklärte in seinem Brief „Marxismus und Aufstand“ u. a. unter welchen Bedingungen ein bewaffneter Aufstand des Proletariats erfolgreich sein kann:

- **Erstens:** Um erfolgreich zu sein, darf sich der Aufstand nicht auf eine Verschwörung, nicht auf eine Partei, sondern muß sich auf die große Mehrheit der Arbeiterklasse stützen.
- **Zweitens:** Der Aufstand muss sich auf den revolutionären Aufschwung der Ausgebeuteten in Stadt und Land stützen.
- **Drittens:** Der Aufstand muß sich auf einen solchen Wendepunkt in der Geschichte der anwachsenden Revolution stützen, wo die Aktivität der vordersten Reihen der Ausgebeuteten am größten, wo die Schwankungen in den Reihen der Feinde und in den Reihen der Schwachen, halben, unentschlossenen Freunde der Revolution am stärksten sind.“

b) Die Kräfte der Revolution und die Kräfte der Konterrevolution im Oktober 1917

Das Flugblatt behandelt nun die Frage, wie die Bolschewiki die Stärke der eigenen und der konterrevolutionären Kräfte realistisch einzuschätzen hatten. Ein Gradmesser war die Zusammensetzung der Sowjets, aber auch andere Aspekte waren entscheidend:

- „Auf dem Land gingen die werktätigen und ausgebeuteten Bauern von Methoden wie etwa der Verweigerung der Pachtzahlung über zur Aneignung der Gutsbesitzerländereien. ...“
- „Auch die **unterdrückten Völker Rußlands** erhoben sich zum Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie. ...“

- „Die genaue Einschätzung der Lage **innerhalb der Armee** der reaktionären ‚Provisorischen Regierung‘ war von großer Bedeutung. ...“

Im Abschnitt c) „**Lenins Richtlinien und Leitsätze für die Durchführung des bewaffneten Aufstands**“ erläutert das Flugblatt die fünf Hauptregeln der Kunst des Aufstands:

„1. **Nie mit dem Aufstand spielen, hat man ihn aber einmal begonnen, so muss man genau wissen, daß man bis zu Ende gehen muß.**

2. **Am entscheidenden Ort und im entscheidenden Augenblick muß ein großes Übergewicht an Kräften konzentriert werden, denn sonst wird der Feind, der besser ausgebildet und organisiert ist, die Aufständischen vernichten.**

3. **Sobald der Aufstand begonnen hat, gilt es, mit der größten Entschiedenheit zu handeln und unter allen Umständen und unbedingt die Offensive zu ergreifen. Die Defensive ist der Tod der bewaffneten Erhebung.**

4. **Man muß bestrebt sein, den Feind zu überraschen und den Augenblick abzuwarten, wo seine Truppen zerstreut sind.**

5. **Es gilt, täglich (handelt es sich um eine Stadt, so können wir sagen stündlich) wenn auch kleine Erfolge zu erreichen und dadurch um jeden Preis da ‚moralische Übergewicht‘ festzuhalten.**“ (Lenin, „Ratschläge eines Außenstehenden“, Oktober 1917, Werke Band 26, S. 167)

Es folgt der Abschnitt „**Der konkrete Plan für die Durchführung des bewaffneten Aufstands**“.

Im Anschluss an diesen Teil heißt es weiter:

3. Der bewaffnete Aufstand in Petrograd

Folgende drei Punkte werden behandelt:

- **Die Auslösung des Aufstands**
- **Besetzung aller wichtigen Stellen in der Stadt und Zusammenziehung der revolutionären bewaffneten Kräfte**
- **Der Verlauf des bewaffneten Aufstands**

Abschließend ergänzt das Flugblatt:

„Doch die Konterrevolution, die innere wie die äußere, war noch lange nicht endgültig geschlagen.“

Anzeige: Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main
Offen: Jeden zweiten Samstag im Monat
10.00 h – 13.00 h

... Bis 1920 dauerte der Kampf zur Zurückschlagung der ausländischen Intervention und inneren Konterrevolution an. Dieser schwere und verlustreiche, aber siegreiche Kampf der Sowjetmacht sicherte durch die Diktatur des Proletariats die Sowjetdemokratie. So wurden die Voraussetzungen für den weiteren Aufbau des Sozialismus geschaffen. "

Das Flugblatt enthält als Beilage einen gekürzten Auszug aus „Rot Front“ (S. 91 – 131) mit dem Titel **„Die Tricks und Spekulationen der modernen Revisionisten mit einer angeblich möglichen ‘friedlichen Entwicklung’ zum Sozialismus in Rußland 1917“**, in dem es einleitend heißt:

Das Fazit dazu lautet: „*Lenin und Stalin haben für eine bestimmte Zeitspanne in bestimmten historischen Situationen, beispielsweise während der Phase der „Doppelherrschaft“ vom April bis Juli 1917 in Rußland, eine „friedliche“ Weiterentwicklung der Revolution nicht völlig ausgeschlossen. Sie haben jedoch den Begriff „friedlich“ in diesem Zusammenhang keineswegs im Sinn von „gewaltlos“ benutzt. Grund-*

lage dieses Begriffs bei Lenin und Stalin ist, daß es einen gewaltlosen, nicht revolutionären, unbewaffneten Weg zum Sozialismus nicht gab und nicht geben wird, daß die proletarische Revolution unter allen Umständen nur auf dem revolutionären Weg möglich ist, daß der Weg zum Sozialismus also unmöglich ist ohne gewaltsame Zerstörung der bestehenden bürgerlichen Staatsmaschinerie und ohne ihre Ersetzung durch die Macht der bewaffneten Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, die auf der Basis der revolutionären Gewalt der bewaffneten Arbeiterklasse die gestürzten Ausbeuter und sämtliche andere reaktionäre Kräfte niederhält.“

Die Beilage umfasst acht A4 Seiten.

Das Flugblatt umfasst acht A3 Seiten und enthält folgende zusätzliche Beiträge:

- Der bewaffnete Aufstand in Moskau ● West-europäisch-chauvinistische Hetze gegen die Oktoberrevolution ● Grußschreiben Lenins an die Bayerische Räterepublik vom April 1919 ● Dekrete und Maßnahmen der sozialistischen Oktoberrevolution (Okt. 1917 – Jan. 1918)



Das Flugblatt November/Dezember hat zum Thema:

Erfahrungen des Streiks der Lokführer und Lokführerinnen und des anderen Fahrpersonals der Bahn:

Die Tricks und Drecksargumente gegen die berechtigten Kämpfe der Werktätigen bei der Bahn entlarven!

„Am 6. August 2007 beschlossen die Lokführer und Lokführerinnen sowie auch Zug- und Servicebegleiter und -begleiterinnen bei der Deutschen Bahn, die in der Gewerkschaft GDL organisiert sind, den unbefristeten Streik. Ihre Forderungen waren: ein eigener Tarifvertrag, eine Lohnerhöhung von bis zu 31 % und eine Arbeitszeitverringerung von 41 auf 40 Stunden. Anfang August begann daraufhin der bisher längste Streik von Eisenbahnern in Deutschland, der wiederholt und mehrere Tage lang den Personen- und Güterverkehr auf der Schiene großteils lahm legte. Angesichts der massiven Lohn- einbußen in den letzten Jahren und der enorm verschärften Arbeitsbedingungen im Fahrdienst steht die Unterstützung und Solidarität mit diesem berechtigten Kampf der Lokführerinnen und Lokführer und anderen Werktätigen dieses Bereichs gegen verschärfte Ausbeutung außer Zweifel.“

Dennoch ist bei diesem Streik eine schwer zu durchschauende Gemengelage entstanden: Dieser Streik wird nicht von der Teilgewerkschaft des DGB in diesem Bereich, der Transnet (die eher der SPD nahe steht) geführt, sondern von der GDL, einer Gewerkschaft, die Mitglied im CDU-nahen Deutschen Beamtenbund ist. Zugleich hat sich eine riesige Kampagne gegen diesen Streik gebildet. Diese reicht von der Bundesregierung, bürgerlichen Parteien und Medien, den Kapitalistenverbänden bis hin zu den Führungen der Teilgewerkschaften des DGB, Transnet, IG-Metall, Verdi, um nur die wichtigsten zu nennen. Angesichts dieser Lage scheint es uns zentral, die Tricks und Drecksargumente dieser Anti-Streik-Kampagne zu entlarven, um die berechtigten Kämpfe der Werktätigen zu verteidigen, ohne die falschen Freunde aus der Schusslinie zu nehmen. Die mehrfach ausgesprochenen gerichtli-

chen Streikverbote zeigen nicht zuletzt, wie absurd es ist, einen Zustand als „Neoliberalismus“ zu bezeichnen, der durch zunehmende Verschärfung der staatlichen Unterdrückung charakterisiert ist. Die Streikergebnisse einzuschätzen ist momentan schwierig. Noch wichtiger als die konkreten Ergebnisse sind so oder so die in diesem bedeutsamen Streikkampf gemachten Erfahrungen.“

Der Streik ab Juli 2007

Die Führung der Transnet und der GDBA sorgten für einen schnellen und lächerlich geringen Tarifabschluss nach ersten Warnstreiks im Juli 2007.

Im folgenden wird der Streik unter Führung der GDL vom August bis November 2007 beschrieben.

Abschließend wird der Schluss gezogen:

„Fakt ist: Nur durch die Streiks in den letzten Wochen und Monaten konnte die Bahn AG überhaupt zu Zugeständnissen gezwungen werden. Dass es den vergleichsweise wenigen GDL-Streikenden gelungen ist, den riesigen Bahn-Konzern wiederholt und über mehrere Tage hinweg weitgehend lahm zu legen, ist eine überaus wichtige konkrete Erfahrung, die weit über den Bahn-Bereich hinaus bedeutsam ist.“

Im Abschnitt „Solidarität“ wird beschrieben, dass die Streikenden durch ihren entschlossenen Kampf eine relativ breite Sympathie in der Öffentlichkeit für diesen Streik erhielten.

Die Drecksargumente gegen den berechtigten Kampf der Bahn-Beschäftigten bekämpfen!

In diesem Abschnitt wird aufgezeigt, wie von Seiten der Bahn AG aber auch von den Gewerkschaftsführern der DGB-Gewerkschaften versucht wurde, mit gezielten demagogischen Tricks und Manövern die Streikenden zu verwirren und Solidarität im Keim zu ersticken. Drei besonders hervorstechende Hetz-Argumente werden entlarvt:

1. **Drecksargument: „Dieser Streik ist Terror!“**
2. **Drecksargument: „Bei diesem Streik geht es um privilegierte Sonderinteressen!“**
3. **Drecksargument: „Der Streik bedeutet Aufkündigung der Solidarität und schwächt die Gewerkschaften!“**

Zum Abschluss wird in dem Abschnitt „Die Solidarität mit den GDL-Streikenden und die Haltung zur reaktionären GDL-Führung“ dargelegt, dass die GDL-Führung nur eine scheinbar kämpferische Kraft ist, der es gelang, sich in diesem Streik als angeblich bessere Alternative gegenüber der Transnet-Führung zu profilieren. Die GDL-Führung ist nicht fortschrittlich, sie steht fest auf dem Boden dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie unterstützt den Börsengang der Bahn AG und sie hat mit vielen privatisierten Schienenunternehmen Tarifverträge weit unter DB-Niveau abgeschlossen. Für die Arbeiterinnen und Arbeiter bedeutet das:

„Die kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter müssen auch darauf vorbereitet sein, dass die GDL-Führung wie auch die DGB-Führung und die Führung ihrer Teilgewerkschaften bei Kämpfen um bessere Arbeitsbedingungen in bestimmten Situationen in der Lage ist, sich an die Spitze gerechter Kämpfe zu setzen und auch Teilerfolge zu erzielen, um ihren reaktionären Einfluss zu erhöhen und dem Kampf rechtzeitig die Spitze abubrechen.“

In all diesen Fragen in einem jahre- und jahrzehntelangen Kampf unter den Arbeiterinnen und Arbeitern wirkliche revolutionäre Klarheit und Bewusstheit zu schaffen, gehört zu den zentralen Aufgaben der Revolutionären Kommunistischen Partei, deren Aufbau heute die Aufgabe Nr. 1 für die bewussten Kräfte des Proletariats ist.“

Das Flugblatt umfasst vier A3 Seiten und enthält folgende zusätzliche Beiträge:

- Den Nazis die richtige Antwort geben! Antifaschistischer Widerstand gegen antisemitische Provokation in Prag am 10.11.2007
- Deutsche Bahn – ein weltweit expandierender Großkonzern des deutschen Imperialismus
- Streiks und Demonstrationen der Eisenbahner und anderer Werktätiger sowie Studentinnen und Studenten in Frankreich
- Zur Bedeutung des Transport- und Kommunikationssystems für den deutschen Imperialismus
- Beilage: Roter Pressespiegel 3/07 (Mai bis Juni 2007)

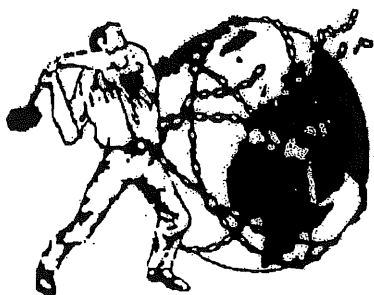


Kontakt:

*E-mail: info@gegendiestroemung.org

*www: <http://www.gegendiestroemung.org>

(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)



Bulletin 1/08

zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands:
Januar – Februar 2008

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Türkisch

Das Flugblatt Januar hat zum Thema:

Klarheit über sozialistische Demokratie erkämpfen!

„Es gibt eine zentrale Frage, über die in der bürgerlichen Demokratie nicht abgestimmt werden darf und kann: Darüber, wem die Banken und Industriekonzerne, wem das eigentliche Zentrum der kapitalistischen Gesellschaft in ökonomischer Hinsicht gehören soll. Wer hat dort das Sagen? Wer bestimmt, wem die Banken und Konzerne gehören? Wer darf darüber entscheiden, darüber abstimmen?“

So wie in der UNO nicht ‚abgestimmt‘ werden kann, dass die Geldmittel des Großkapitals an die Hungernden und Ausgebeuteten verteilt oder die Ausbeutung abgeschafft werden sollen, so kann in Deutschland das bürgerliche Parlament – egal in welcher Parteien-Zusammensetzung – nicht darüber ‚abstimmen‘, dass die ganze ökonomische Macht der herrschenden Klasse durch vorbehaltlose Enteignung gebrochen werden soll. Im Notfall ist da noch die Bundeswehr.

Die sozialistische Demokratie erfordert als Voraussetzung, dass die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln geklärt wurde: Banken, Industrie, Grund und Boden werden als zentrale Maßnahme der sozialistischen Demokratie, also der Mehrheit der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Masse der ausgebeuteten Werktätigen, enteignet und in die Hände des sozialistischen und demokratischen Staates, also in die Hände der Masse der ehemals ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter gelegt.

Wer meint, dass dies von den Ausbeuterklassen einfach hingenommen wird, lügt entweder bewusst oder hat aus der Geschichte nichts gelernt und wird so oder so eines Besseren belehrt werden: Die sozialistische Demokratie setzt, wenn wir uns ihre Entstehung anschauen, zunächst einen ‚despotischen‘ Eingriff in die Eigentumsverhältnisse voraus. Und dieser Eingriff wird unvermeidlich von den enteigneten Ausbeutern, die ihrer Freiheit auszubeuten beraubt werden, als Diktatur und Freiheitsentzug beschimpft – ähnlich wie die Sklavenhalter die Zerschlagung der Sklaverei als Aufhebung ihrer Freiheit, Sklaven zu besitzen, aufgefasst haben.

Eine vernichtende Kritik der Heuchelei der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, so notwendig und unersetzlich sie ist, erklärt und begründet aber noch nicht die Notwendigkeit und die Merkmale der sozialistischen Demokratie.

Im nachfolgenden Teil sollen die unverzichtbaren Hauptmerkmale und die offensichtlichen Hauptprobleme der sozialistischen Demokratie in einem neu aufgebauten sozialistischen Staat behandelt werden. Dieser Staat ist nur dann wirklich kein Polizeistaat wie die DDR oder Sowjetunion in den letzten 35 Jahren ihrer Existenz, wenn die Unterdrückung der Konterrevolution auf der Basis der sozialistischen Demokratie und mit dem Ziel des Schutzes der sozialistischen Demokratie und des Aufbaus des Sozialismus erfolgt.“

I. Drei wesentliche Ausgangspunkte zum Verständnis der sozialistischen Demokratie“

Einleitend stellt das Flugblatt klar, dass es keinen unlösbaren Widerspruch zwischen Demokratie und Diktatur des Proletariats gibt, wie oft behauptet wird.

Gewaltsame und bewaffnete sozialistischen Revolution – Beginn der sozialistischen Demokratie und der Unterdrückung der Konterrevolution

In diesem Abschnitt wird erläutert, warum die proletarische Revolution, die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, entgegen der Hetze der bürgerlichen Ideologen ein zutiefst demokratischer Akt ist.:

„... weil sich diese Revolution auf die breite Masse des Proletariats stützt und von der Sympathie der Mehrheit der ausgebeuteten Massen getragen wird. ...Hinzu kommt, dass das Ziel dieser Revolution, nämlich die Errichtung einer Demokratie für die ausgebeutete Mehrheit über die ausbeutende Minderheit als erster Schritt hin zur Errichtung einer klassen- und staatenlosen kommunistischen Gesellschaft, eben auch ein zutiefst demokratisches Ziel ist.“

Die Enteignung der Banken, Fabriken des Grund und Bodens

Der Abschnitt hebt hervor:

„Von Gleichheit, Freiheit oder Demokratie zu sprechen, ist Betrug, wenn nicht auch die Befreiung vom Kapital mit eingeschlossen wird. Die Enteignung der Banken und Fabriken ist die materielle Grundvoraussetzung für die Abschaffung des Regimes der Ausbeutung und die Abschaffung der Lohnarbeit, für die Organisation eines Lebens ohne Ausbeutung.“

Zur weiteren Unterdrückung der Konterrevolution

Hier wird die Notwendigkeit der Niederhaltung der ehemaligen Ausbeuter nach ihrem Sturz erläutert. Der Abschnitt endet mit dem Absatz:

„Die Pointe ist eben, dass dieses diktatorische Vorgehen, diese gewaltsamen und Zwangsmaßnahmen gegen eine ausbeuterische und antidemokratische Minderheit von der großen Mehr-

heit der Ausgebeuteten und Werktätigen unter Führung der Arbeiterinnen und Arbeiter in einem Land getragen wird als Maßnahme der sozialistischen Demokratie. Das ist eben der zentrale Punkt für ein richtiges Verständnis der von Marx geprägten Formulierung ‚Diktatur des Proletariats‘.“

II. Merkmale und Funktionen der sozialistischen Demokratie

„I. Die in gewisser Hinsicht entscheidenden Fragen für die sozialistische Demokratie, die zunächst ‚diktatorisch‘ in die Eigentumsrechte des Kapitals eingreift und das Kapital in der gewaltsamen sozialistischen Revolution enteignet, kommen nach der Zerschlagung des alten reaktionären Staatsapparates: Was ist demokratisches, was ist undemokratisches Vorgehen? Was unterscheidet die sozialistische Demokratie von der bürgerlichen Demokratie? Welche historisch erprobten Prinzipien der Demokratie als Methode zur Entscheidung grundlegender politischer Fragen muss der sozialistische Staat sozusagen übernehmen? Gegen welche Vorstellungen muss er einen Kampf führen? Ist der neu aufgebaute Apparat des sozialistischen Staates überhaupt wirklich sozialistisch, ist er überhaupt wirklich demokratisch? Wie zeigt sich das, wie beweist sich das und welche grundlegenden Kriterien und Überlegungen stehen hinter den geschichtlichen Formen der sozialistischen Demokratie, von denen wir wissen, dass sie dann doch in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts offensichtlich umschlugen in polizeistaatliche Staatsformen, in antidemokratische Herrschaftsformen einer neuen Bourgeoisie, die ihre Diktatur mit Phrasen über Marx und Sozialismus verhüllte? Diese großen grundlegenden Fragen können hier sicherlich nicht umfassend beantwortet werden, sehr wohl aber können grundlegende Aspekte behandelt werden.“

Die Auseinandersetzung mit den Merkmalen der sozialistischen Demokratie kann nicht dadurch vom Tisch gewischt werden, dass mit der Phrase vom ‚demokratischen Sozialismus für alle‘ vom eigentlichen Problem abgelenkt wird. Mit der Phrase über den ‚Sozialismus mit demokratischem Antlitz‘ soll die Klassenfrage, die Eigentumsfrage, die Frage der Notwendigkeit der Unterdrückung der Konterrevolution verschleiert, an den ‚Humanismus‘ und das ‚Mitleid‘ mit der alten Zarenfamilie, mit dem Kaiser von China, dem ‚armen‘ Krupp etc., also mit

den Reaktionären, mit dem Kapital, appelliert werden.

Für kommunistische Kräfte stellt sich eine ganz andere Frage: Ohne jeden Zweifel ist die Diktatur über die Konterrevolution, ihre gewaltsame Unterdrückung notwendig, unerlässlich und in diesem Sinne die Voraussetzung überhaupt dafür, dass sozialistische Demokratie für die große Masse der Werktätigen erreicht und geschützt werden kann. Aber – und darauf kann nach den Erfahrungen mit den pseudosozialistischen Polizeistaaten in den letzten Jahrzehnten nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden – die sozialistische Demokratie muss nachvollziehbar, beweisbar sein. Sie muss ein anziehendes Beispiel sein für die freie produktive Entfaltung der Fähigkeiten der großen Masse der Werktätigen, die mit Hilfe der Mechanismen der sozialistischen Demokratie dann auch wirklich die Staatsmacht der Mehrheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten real ausübt.

„Diktatur des Proletariats“ ist insofern ein zutiefst demokratischer Begriff, weil nicht allein von Diktatur, sondern eben von der Diktatur der Arbeiterklasse die Rede ist. Die Arbeiterinnen und Arbeiter üben diese Diktatur im Bündnis mit den ehemals ausgebeuteten und werktätigen Massen als Mehrheit über die kleine Minderheit der Konterrevolution und ihre Helfer aus. Je umfassender ihre Beteiligung an dieser unerlässlichen Aufgabe ist, um so besser. Je umfassend demokratischer die Arbeiterklasse organisiert ist, um so schlagkräftiger kann der allseitige Kampf gegen die Ausbeuter und gegen die Konterrevolution vorangetrieben werden. Die Ausübung der Diktatur des Proletariats ist also fest verknüpft mit der Entfaltung der sozialistischen Demokratie, mit der Entfaltung der Eigeninitiative und der demokratisch organisierten Aktivität der Masse der Werktätigen unter Führung der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Diese diktatorische Aufgabe des sozialistischen Staates, die viel Kraft und Energie kostet, betrifft allerdings nur ein Aufgabenfeld, das jedoch unerlässlich ist und nicht eingeschränkt werden darf, auch wenn ein weiteres großes, auf das Ziel des Kommunismus ausgerichtetes Aufgabenfeld gleichzeitig angepackt werden muss: Die Planung, Organisation und der Aufbau eines Lebens ohne Ausbeutung, die Schaffung und der Ausbau von immer durchsichtigeren demokratischen Verhältnissen bei Konflikten und Widersprüchen innerhalb der ehemals Unterdrück-

ten. Diese sozusagen konstruktive Seite des sozialistischen Staates, die Entfaltung der sozialistischen Demokratie und Ökonomie, ist die eigentliche Quelle der Energie und Begeisterung, die auch die Kraft hervorbringt, im notwendigen Kampf gegen die Konterrevolution nicht nachzulassen.

2. Der Einwand, ob etwas richtig oder falsch ist, könne nicht von der Mehrheit entschieden werden, denn, „2 x 2“ sei nun halt mal 4, auch wenn eine Mehrheit beschließt, daß es 5 sein soll – dieser Einwand ist demagogisch und enthält eine Halbwahrheit.

Es ist wahr, dass die Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter, die nach der Revolution die Macht innehaben, ihren Staat aufgebaut haben, auch mit sozialistischer Demokratie zu falschen Entscheidungen, zu falschen Entscheidungen, die von einer großen Mehrheit getragen werden, kommen kann. Allerdings – und darauf kommt es an – können solche falschen Entscheidungen dann demokratisch korrigiert werden.

Wir sehen hier grob gesagt zwei Gründe für solche problematischen Entscheidungen:

■ Die noch aus der alten Gesellschaft überlebten reaktionären Gewohnheiten oder Ansichten sind auch nach der proletarischen Revolution noch nicht auf einen Schlag überwunden. So wurde etwa in der revolutionären Sowjetunion direkt nach 1917 trotz aller Problematiken (u. a. die Verwendung von Getreide nicht als Grundnahrungsmittel, sondern zum Herstellen von Alkohol oder das Problem des Alkoholismus) das Wodka-Brennen nicht verboten. Hier gilt, dass nicht die Ansicht der Kommunistischen Partei und die wissenschaftlich gestützte Argumentation allein ausschlaggebend ist, sondern dass zur sozialistischen Demokratie eben auch gehört, dass man mit falschen Mehrheitsentscheidungen zeitweilig leben und im Rahmen der sozialistischen Demokratie darum kämpfen muss, diese Entscheidungen zu korrigieren.

■ All das gilt auch, wenn die Ursache für eine Fehlentscheidung nicht in der bürgerlichen Ideologie, sondern auf einem ungenügenden Wissensstand beruht.

Anzeige: Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main

Offen: An jedem zweiten Samstag im Monat

10.00 h – 13.00 h

Die bisherigen sozialistischen Demokratien geben uns also nicht nur Beispiele für richtige Entscheidungen, sondern auch für aus der Situation heraus, aus der Tradition und dem jeweiligen Stand des Wissens und der Wissenschaft zu erklärende Fehlentscheidungen, die dennoch der Meinung der Mehrheit der Arbeiterklasse entsprachen. Nicht umsonst erklärte Lenin, dass die Macht der Gewohnheit die fürchterlichste Macht ist und dass die Befreiung davon ein langwieriger Kampf ist.

Der Prozess der Meinungsbildung, der demokratische Prozess der Meinungsentscheidung hängt wesentlich davon ab, ob umfassend die logische Argumentation, das Pro und Contra einerseits, aber auch umfassend das Kräfteverhältnis, die reale Lage ernsthaft und kontrovers analysiert und bewertet wird. Gerade wenn rasche Entscheidungen getroffen werden müssen, die keine erschöpfende Beratung zulassen, wird es nicht selten noch offene Punkte, nicht selten noch nicht 100 % zu klärende Sachverhalte geben und trotzdem muss entschieden werden, und zwar – eine andere Möglichkeit gibt es nicht – demokratisch entschieden werden, d. h. von den für solche Entscheidung demokratisch autorisierten Gremien. Die Rolle der Kommunistischen Partei muss in dieser Hinsicht vorbildlich sein.

3. Über alles urteilen können und alles bewusst tun – diese hohen Anforderungen zur Entfaltung und Ausweitung der sozialistischen Demokratie erfordern nicht nur Transparenz und maximale Vereinfachung der staatlichen Tätigkeiten, was mehr und mehr gesonderte ‚Vollzeit‘-Staatsangestellte überflüssig machen wird, sondern auch, dass das Wissen und die Bildung der breiten Masse der Werktätigen immer qualifizierter wird, sie über alles Bescheid wissen.

Die Entfaltung der sozialistischen Demokratie basiert auf der Hebung der Bewusstheit und Aktivität der Massen, durch die immer größere Teilnahme der breiten Masse der Werktätigen an der Staatsmacht auf immer mehr Gebieten. Ein wichtiges Merkmal der sozialistischen Demokratie ist also, ob dieser kulturevolutionäre Aspekt, die aktive Beteiligung der allseitig gebildeten und wissenden Werktätigen gefördert, ausgebaut wird oder nicht. (Diese Frage ist im übrigen viel entscheidender als die Frage, ob dieser oder jenen Gruppe von Ausbeutern und

Reaktionären zeitweilig das Wahlrecht entzogen wird oder nicht.)

4. Es wäre fatal, bei ‚Bedrohung der sozialistischen Demokratie‘ nur an aktive Konterrevolutionäre zu denken. Die Notwendigkeit, effektive Formen der Organisation aufzubauen, schließt auch ein, dass neue, relativ feste Strukturen entstehen, dass ein Staatsapparat entsteht mit Äußerlichkeiten, die auf den ersten Blick an den bürgerlichen Staat erinnern: Ministerien, Behörden, Justizwesen, Polizei und Militär. So ist in der Vereinfachung der staatlichen Verwaltungstätigkeit, die ja eine Voraussetzung ist für die maximale Beteiligung der Massen an den Staatsaufgaben, in der Organisation größter Effizienz auch die Gefahr enthalten, dass eine negative Routiniertheit entsteht die Sinn und Inhalt einzelner Entscheidungen oder Aufgaben zunehmend in den Hintergrund drängt, nicht mehr in Frage stellt.

Hinzu kommt die kleinbürgerlich-egoistische Tendenz von, ‚Funktionsträgern‘ sich unentbehrlich zumachen und ihre Bedeutung zu erhöhen, in dem sie die Verhältnisse unnötig verkomplizieren, undurchsichtig gestalten und dadurch eine gewisse unkontrollierte Macht anhäufen, kurz: die Tendenz zur Bürokratie, die den sozialistischen Staat in ein sich selbst erhaltendes System verwandelt anstatt sich durch Vereinfachung der Staatsgeschäfte und Beteiligung der Massen immer mehr selbst überflüssig zu machen.

Aufgrund der historischen Erfahrungen der sozialistischen Demokratien wissen wir, dass dieses Problem ein zweifaches ist: Während unmittelbar nach der Revolution sich das Problem der Bürokratie zunächst darauf konzentriert, dass der sozialistische Staat noch in Ermangelung eigener ‚roter‘ Spezialisten aus den Reihen der Werktätigen für bestimmte Tätigkeiten auf bürgerliche Verwaltungsspezialisten zurückgreifen muss, besteht in der Phase des sozialistischen Aufbaus zunehmend das Problem darin, dass sich früher kämpferische Kommunistinnen und Kommunisten, in Produktion und Klassenkampf erprobt, bei der Ausübung staatlicher Verwaltungstätigkeit wichtig machen, kommandieren, kurz: negative Züge annehmen, die eben auch überhand nehmen, wenn sie nicht umfassend bekämpft werden. Bürokratismus, blinde Disziplin, Sinnentleerung – auch das sind die historischen Erfahrungen der sozialistischen

Demokratien – bildeten den Nährboden für kommunistisch lackierte Bürokraten und Karrieristen, die sich in ‚neue Herren‘, in eine neue Bourgeoisie verwandelten und den Kapitalismus restaurierten.

Der kulturrevolutionäre Aspekt, der antibürokratische Aspekt, der Kampf gegen wichtigtuersche und geistlose Bürokraten, der Anspruch, die breite Masse der Werktätigen durch Zugang zur Bildung und Durchsichtigkeit maximal in die Lage zu versetzen, sich zu informieren, Entscheidungen zu beurteilen, sich an der konkreten Leitung des Staates zu beteiligen, die maximale Entfaltung der Kritik und Selbstkritik ‚von unten‘ und der Rechenschaftspflicht – all diese Aspekte sind Gradmesser für die Mobilisierung der Massen, für ihre Teilhabe an der Leitung des Staates, sind Merkmale der sozialistischen Demokratie genau so wie das Fehlen von Angst und Beklemmung gegenüber den Organen des sozialistischen Staates unzweifelhaft zu den Merkmalen sozialistischer Demokratie gehören.

5. Die sozialistische Demokratie entsteht und entfaltet sich also nicht nur im Kampf mit der Konterrevolution, sondern auch immer im Kampf mit dem von ihr selbst geschaffenen Apparat. Dieser Apparat ist notwendig und unerlässlich, muss aber von dem Grundgedanken getragen sein, sich selbst überflüssig zu machen, indem die Arbeitsvorgänge so vereinfacht werden, dass ein ‚Staatsposten‘ kein gesonderter ‚Fulltime-Job‘ mehr ist, sondern die Arbeitenden selbst neben ihrer täglichen Arbeit in der Produktion diese Verwaltungstätigkeit mitübernehmen und erledigen können. Auf dieser Grundlage vollzieht sich das Absterben des Verwaltungsapparates im direkten Verhältnis zur Vereinfachung seiner Funktionen, seiner maximalen Durchsichtigkeit und Beschränkung auf das Wesentliche. So entsteht mit der zunehmenden Aktivität und der Bewusstheit der Massen die Voraussetzung, dass wirklich nach und nach alle ehemals Ausgebeuteten und Unterdrückten an der Verwaltung des Staates teilnehmen können.

6. Im weltweit siegreichen Kommunismus, der keine Klassen, keinen Staatsapparat mehr kennt, wird es die Demokratie als Staatsform logischerweise auch nicht mehr geben. Dennoch werden im Kommunismus und auf dem Weg zum Kommunismus Merkmale sozialistisch-demokratischer Methoden existieren: Es wird Debatten mit demokratisch mehrheitlich gefassten Beschlüssen geben. Die demokratischen Beziehungen der großen Mas-

se der Werktätigen werden das gesamte Alltagsleben, in den Betrieben und Arbeitsstellen sowie die Regelung im Grunde sämtlicher Fragen des menschlichen Zusammenlebens bestimmen. Diese demokratischen Beziehungen werden eine Atmosphäre schaffen, in der Argumente an erster Stelle stehen und im Meinungsstreit ausgetauscht und ausgefochten werden und in der nicht Intrigen und Machtverhältnisse entscheiden. Kurz, es muss die innere Einstellung der Masse der Werktätigen geprägt sein von dieser Mentalität demokratischen Denkens und Handelns, der öffentlichen Debatte, der fairen Auseinandersetzung bis hin zu Abstimmung und Mehrheitsentscheidung: Diese Atmosphäre, diese innere Einstellung wird dann im Kommunismus zur vollen Entfaltung gelangen.

7. Eines der größten Themen im Kampf zwischen Kapitalismus und Kommunismus war und ist das Gebiet der Gewährung bzw. der Einschränkung der klassischen bürgerlich-demokratischen Freiheiten, wie sie nach den bürgerlich-demokratischen Revolutionen in den bürgerlichen Verfassungen festgeschrieben wurden und später auch in den Verfassungen der sozialistischen Sowjetunion, Chinas, Albaniens usw. aus gutem Grund auch ihren Niederschlag fanden. Wir meinen z. B. die freie Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Demonstrationsfreiheit.

Zurecht wird darauf hingewiesen, dass in existierenden bürgerlichen Demokratien diese Freiheiten zwar formal bestehen, doch in der Realität doppelt eingeschränkt sind: zum einen durch die fehlenden materiellen Bedingungen für die Inanspruchnahme dieser Freiheiten für die breiten Massen (besonders deutlich bei der Pressefreiheit bzw. beim privatkapitalistischen Eigentum der Verlage und Zeitungen) und zum anderen durch gesetzliche Hintertürchen und praktische Verletzungen dieser Freiheiten durch Einschüchterungen, Strafverfahren, Streikverbot, Demonstrationsverbot usw.

Indem die kommunistischen Kräfte als Vertreter der sozialistischen Demokratie diese Heuchelei, diese Missstände in der Praxis anprangern, übernehmen sie die Aufgabe, diese demokratischen Grundrechte die, das sei nebenbei bemerkt, im Kern keinesfalls eine Erfindung erst der Bourgeoisie sind – mit in das Programm der sozialistischen Revolution aufzunehmen und zu verwirklichen. Allerdings ohne Heuchelei, ohne Widerspruch zwischen Proklamati-

on und Praxis, zwischen Wort und Tat, ohne falsche Vorstellungen über den angeblich absoluten Charakter der bürgerlichen Rechte und Freiheiten.

Die Kommunisten müssen offen und ehrlich erklären, an welchem Punkt sie diktatorisch und nicht demokratisch vorgehen. Deshalb hat Marx bewusst den Begriff der ‚Diktatur des Proletariats‘ geprägt. Die sozialistische Demokratie enthält den Konterrevolutionären demokratische Rechte vor und spricht dies auch offen aus. Denn in der Realität können ja nur so die demokratischen Rechte für die ehemals Ausgebeuteten verteidigt werden. Dabei muss die sozialistische Demokratie eben klarstellen, dass eine solche Entziehung politischer Rechte, dass solche Freiheitsbeschränkungen nur als Maßnahmen notwendig sind, um den Versuchen der Ausbeuter und Klassenfeinde, ihre Privilegien zu behaupten oder wiederherzustellen, entgegenzutreten.

Es ist rasch einsichtig, dass die militärische und politische Organisation der Konterrevolution unterdrückt werden muss und diese Unterdrückung legitim ist. Die Schwierigkeit beginnt dort, wo es um Meinungsäußerungen, um Kunst, Kultur oder Philosophie geht. Allerdings wissen wir auch, dass nach der Brechung des militärischen und ökonomischen Widerstandes der Ausbeuterklassen, nach der Niederschlagung der offenen Konterrevolution der Kampf zur Brechung des ideologischen Widerstandes der Ausbeuter und Reaktionäre überragende Bedeutung gewinnt. Und dieser Kampf ist schwieriger und langwieriger als die Zerschlagung der Werkzeuge, Mittel und Medien der ideologischen Herrschaft der Bourgeoisie.

Der sozialistische Staat darf deshalb die Verschärfung des Klassenkampfes nicht nur auf das Militärische oder Politische einschränken, sondern muss diesen Klassenkampf immer weiter ausdehnen und verfeinern, um Bourgeoisie und Kapitalismus wirklich in allen Bereichen – gerade auch im ideologischen Bereich – zu vernichten.

Wenn also an dieser oder jener Stelle im Kontext mit politischen und militärischen Operationen der Konterrevolution möglicherweise aus gutem Grund auf ideologischem Gebiet diktatorische Eingriffe erfolgen mussten und müssen, bleibt dennoch das grundsätzliche Problem, dass der reale Klassenkampf des Proletariats

nicht steril, sondern nur in der aktiven Auseinandersetzung mit der Ideologie und der Theorie der Konterrevolution der internationalen Bourgeoisie und ihren theoretischen und philosophischen Vorläufern durchgeführt werden kann.

8. Für die Idee, die unterdrückerische Seite des Staates, also namentlich auch die Armee und Sicherheitsorgane, in der Sowjetunion der 30er Jahre ‚absterben‘ zu lassen, war bei der politischen Analyse der Gesamtsituation schlicht und ergreifend kein Platz. Durch die internationale Zuspitzung des Kampfes zwischen Revolution und Konterrevolution mussten im Gegensatz zu abstrakter Planung ganz konkret Mittel und Kräfte in großem Ausmaß für den Kampf gegen die Konterrevolution bereitgestellt werden: Statt ihn absterben zu lassen, mussten diese Bereiche des sozialistischen Staates nicht nur am Leben erhalten, sondern personell und technisch verstärkt werden. Der Sieg über den Nazi-Faschismus bewies die Richtigkeit dieser Entscheidung.

Gerade für diese unterdrückerischen Aufgaben des sozialistischen Staates muss jedoch – angesichts der abschreckenden polizeistaatlichen Zerrbilder der revisionistischen Staaten – bewusst sein, dass sie zu einer revisionistischen Polizeidiktatur verkommen, wenn sie nicht von der Hebung der Bewusstheit der Soldatinnen und Soldaten und von der immer engeren Verbindung der Armee und der anderen Sicherheitsorgane mit der Masse der Werktätigen begleitet wird.

Es ist also eine zentrale Aufgabe, das Verhältnis zwischen der unterdrückerischen Seite des sozialistischen Staates, also der Abwehr der Konterrevolution, und der konstruktiven Seite des sozialistischen Staates, also dem eigentlichen sozialistischen Aufbau, sehr konkret festzulegen auf der Basis der theoretischen Analyse des jeweiligen Zeitabschnitts und der jeweiligen Situation.

Und das Problem erschöpft sich noch nicht einmal an diesem Punkt. Wenn die Konterrevolution dem siegreichen Proletariat den offenen Krieg erklärt und das Land überfällt, tritt nicht nur die unterdrückerische Seite, der Kampf gegen die Konterrevolution, in den Vordergrund. Unter den Bedingungen eines imperialistischen Überfalls beispielsweise müssen auch die demokratischen Beziehungen zwischen den Werktätigen, muss die sozialistische Demokratie eingeschränkt werden oder genauer: In Zeiten des

Kriege müssen andere, an diese Kriegssituation angepasste Formen sozialistischer Demokratie herausgearbeitet und gefestigt werden.“

III. Formen sozialistischer Demokratie

In diesen Abschnitt werden verschiedene sozialistische Staatsformen beschrieben: Die **Pariser Kommune von 1871**, die sozialistische **Sowjetunion** die **Volksdemokratischen Staaten**. Das Flugblatt erläutert abschließend:

„Aus diesen Beispielen wird ersichtlich, dass an die Frage der Formen der sozialistischen Demokratie nicht abstrakt herangegangen werden darf unabhängig von Zeit und Ort, unabhängig von den geschichtlichen Besonderheiten des jeweiligen Landes, unabhängig davon, ob sich das Land in einem offenen Bürgerkrieg, im Krieg mit imperialistischen Mächten oder in einer Phase des friedlichen Aufbaus des Sozialismus befindet.“

Alles wird darauf ankommen, der Pflege der Praxis der sozialistischen Demokratie egal in welchen Formen, auch unter den schlimmsten Bedingungen des Krieges oder auch unter der Drohung erneuter

Kriege große Aufmerksamkeit zu schenken, damit die durch die Konterrevolution erzwungene Einschränkung der sozialistischen Demokratie nicht den Kern trifft: Dass das bewaffnete Proletariat selbstständig und demokratisch organisiert den doppelten Kampf gegen die Konterrevolution und für den endgültigen Sieg des Kommunismus führt.“

Das Flugblatt umfasst sechs A3 Seiten und enthält folgende zusätzlichen Beiträge:

- Zu den Begriffen „Demokratie“, „Diktatur“ und „Staat“
- Einige Aspekte des Kampfes der KP China und der PAA zur Ausweitung der sozialistischen Demokratie
- Hinweise für das weitere Studium

Das Flugblatt Februar hat zum Thema:

Zu den Protesten gegen die Massenentlassungen bei Nokia:

Gegen Abwiegelei und nationalistische Kampagnen

Den Kampf verschärfen, Betrieb besetzen!

„Am 15. Januar wurde bekannt, dass der finnische Nokia-Konzern sein Werk in Bochum im Laufe des Jahres schließen und alle 2.300 Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße werden will. Weitere 2.000 Kolleginnen und Kollegen von Zulieferern und Leiharbeitsfirmen sind direkt davon betroffen. Mit deren Entlassung ist bereits begonnen worden. Rasch kam es zu ersten Protestaktionen, darunter vor allem die Demonstration am 22. Januar 2008 mit über 15.000 Beteiligten. Auch Solidaritätsbekundungen aus anderen Betrieben liefen umgehend an. Der Protest der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Nokia ist berechtigt, das steht außer Frage.“

Doch von Anfang an wurden die vorhandenen Ansätze des berechtigten Protestes und des Kampfes für den Erhalt der Arbeitsplätze auf mehrfache Weise weitgehend gelähmt und desorganisiert: Da war die unerträgliche Beschwörung der angeblichen ‚Nokia-Familie‘, der man sich gerade jetzt durch vorbildliche Arbeit als ‚würdig‘ erweisen müsse. Da war das verlogene Gerede von ‚Die ganze Politik, alle Parteien stehen Euch bei‘. Dies wurde kombiniert mit ei-

ner deutsch-nationalistischen Propaganda-Kampagne bürgerlicher Politiker, bürgerlicher Medien sowie der Gewerkschafts- und Betriebsführung. Mit ‚Argumentationen‘ gegen gierige und unmenschliche ‚Finnen‘, für ‚Made in Germany‘ contra ‚rumänische Unzuverlässigkeit‘ wurde chauvinistische er ‚Standort Deutschland‘ und die ‚Volksgemeinschaft‘ propagiert. Dies ging einher mit einer medienwirksam aufgebauchten Rückgabeaktion von Nokia-Handys durch bürgerliche Politiker.

Mit alledem soll die Durchführung wirklich wirksamer Kampfmaßnahmen der Kolleginnen und Kollegen von Nokia selbst verhindert werden, sei es Streik oder vor allem auch eine Betriebsbesetzung. Vor allem soll damit auch die Frage nach den wirklichen Gründen der drohenden Nokia-Werkschließung in Bochum vernebelt und verdreht werden, die grundlegend im kapitalistisch-imperialistischen System liegen. Daher ist der entschiedene Kampf gegen dieses ganze Netz der reaktionären Abwiegelei und Desorientierung eine unerlässliche Aufgabe für alle Kolleginnen und Kollegen, die wirklich

kämpfen und vor allen auch Klarheit über die weiteren Perspektiven des Kampfes schaffen wollen.

Keinen Fußbreit dem Nationalismus

Der Abschnitt erläutert, wie die Arbeiterinnen und Arbeiter mit nationalistischen Argumentationen verwirrt und gegeneinander ausgespielt werden sollen.

„Eine Trennung in angeblich soziale und vernünftige Unternehmen – deutsche Konzerne – und gierige und unvernünftige ‚ausländische‘ Konzerne ist nicht nur realitätsfern und schürt Illusionen in eine Reformierbarkeit des Kapitalismus. Vielmehr ist eine solche Trennung letztendlich gerade auch Munition für die nationalistische Propaganda vom ‚Standort Deutschland‘ und einer zusammenführenden ‚Volksgemeinschaft‘ zwischen denen da oben und uns da unten; eine ‚Gemeinschaft‘, in der es in Wirklichkeit keinerlei Gemeinsamkeiten gibt.“

Gegen das nationalistische Herausstellen sogenannter „deutscher Wertarbeit“ gegen angeblich schlechtere rumänische Arbeit wird argumentiert:

„Solange sich die Arbeiterinnen und Arbeiter durch die Kapitalisten je nach Nationalität und „Standort“ gegeneinander aufhetzen und ausspielen lassen, freut sich das Kapital, da es in Ruhe die Ausbeutung erweitern kann. Einen Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter mit Schmeichelei und Lobhudelei nationalistisch-chauvinistisch an sich zu binden und gegen andere Teile der Arbeiterklasse auszuspielen und aufzuhetzen, diese Methode der Spaltung und gegenseitigen Aufhetzung beherrschen alle Kapitalisten, egal aus welchem Land sie stammen. Dies praktizieren VW, BMW, die Deutsche Bahn immer wieder – hier und in anderen Ländern – und das oftmals noch in einem viel größeren Ausmaß wie zur Zeit bei Nokia.“

Herausgestellt wird:

„Als Grundlage für einen erfolgreichen Kampf ist es eine Voraussetzung, sich gegen jegliche Spaltungsversuche zu wenden, gegen eine Spaltung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus Deutschland gegen Kolleginnen und Kollegen in Rumänien, gegen eine Spaltung zwi-

schen Leiharbeiter/innen und Festangestellten usw.“

Abschließend betont das Flugblatt:

„Gestützt auf grundlegende theoretische Arbeit und praktische Erfahrungen des Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter hat Marx Leitlinien über die Notwendigkeit der entschieden geführten Tageskämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter und die Grenzen dieser Kämpfe im Rahmen des Kapitalismus formuliert, die nichts von ihrer Bedeutung verloren haben:

„Würden sie in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen.

Gleichzeitig (...) sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, dass sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; dass sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert (...). Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte (...) auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: «Nieder mit dem Lohnsystem!»“

(Karl Marx, „Lohn, Preis und Profit“, 1865, Marx-Engels-Werke Band 16, 5.151/152)

Es gelten nach wie vor die Schlussworte des ‚Manifests der Kommunistischen Partei‘ von Marx und Engels:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Das Flugblatt umfasst zwei A3 Seiten und enthält folgenden zusätzlichen Beitrag:

- Erfolgreiche Betriebsbesetzung bei Continental in Mexiko



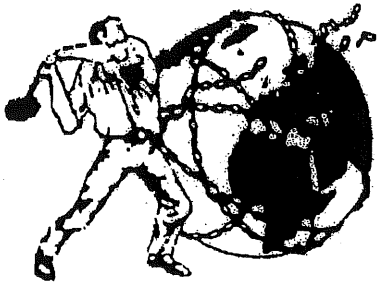
Kontakt:

*E-mail: info@gegendiestroemung.org

*www: <http://www.gegendiestroemung.org>

(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: J. Strütt, Osnabrückner Str. 26, 10589 Berlin



Bulletin 2/08

zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: März – Mai 2008

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Türkisch

Das Flugblatt März hat zum Thema:

„Ein fremdenfeindlicher Hintergrund ist ausgeschlossen“???

Gleichgültigkeit und Resignation gegenüber dem Nazi-Terror bekämpfen!

„Deutsche Zustände 2008: Menschen aus anderen Ländern, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Behinderte, gleichgeschlechtlich orientierte Menschen, Obdachlose, Anti-Nazistinnen und Anti-Nazisten, antifaschistische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen tagtäglich damit rechnen, von Nazis bedroht, verfolgt, zusammengeschlagen oder gar ermordet zu werden. Und ‚tagtäglich‘ ist hier keine Floskel: Selbst offizielle Statistiken müssen einräumen, dass in Deutschland im Durchschnitt jeden Tag mehr als drei Nazi-Überfälle stattfinden – vom Tragen von Nazi-Symbolen, von Nazi-Hetze und Parolen gar nicht zu reden.

Und dieser Nazi-Terror zeigt Wirkung – über die Bedrohung der unmittelbar Betroffenen hinaus –, eine scheinbar paradoxe Wirkung: Viele nehmen ihn kaum mehr wahr, verhalten sich gleichgültig, haben sich an ihn gewöhnt, nehmen ihn hin als ‚Teil der deutschen Zustände‘. Selbst bei vielen sich als fortschrittlich verstehenden Menschen tritt ein gefährlicher Gewöhnungseffekt ein. Doch eines ist klar: Wer sich an den Nazi-Terror ‚gewöhnt‘, sich mit ihm abfindet, nichts dagegen tut im Betrieb, in den Stadtteilen, in den Schulen, an den Universitäten, auf den Straßen, der hat bereits resigniert und sich demoralisieren lassen.“

Deutsche Zustände 2008: Verstärkter Nazi-Terror

In diesem Abschnitt werden in einer knappen Auswahl aktuelle Nazi-Anschläge und -angriffe hervorgehoben. Zum Beispiel in Ludwigshafen:

„Am 3. Februar starben in Ludwigshafen neun Frauen und Kinder türkischer Herkunft starben in den Flammen eines Wohnhauses. 60 weitere Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Die Umstände wiesen auf ein Nazi-Massaker hin. Der deutsche Staat startete umgehend ein Vertuschungsprogramm und zog alle Register, um einen ‚fremdenfeindlichen Hintergrund‘ auszuschließen.“

Systematische Vertuschung und Verharmlosung des Nazi-Terrors und deutschchauvinistische Ablenkungsmanöver der bürgerlichen Presse und Politiker

„Das Problem sind nicht allein die Nazis. ... Aufmärsche und Angriffe der Nazis werden gar nicht mehr, nicht mehr regelmäßig oder nur am Rande erwähnt. ... Und wenn es sich nicht unter den Teppich kehren lässt, dann wird es meistens als bloße ‚Randnotiz‘ vermerkt ...“

Dieses Vorgehen wird im folgenden am Beispiel der Vertuschungsmanöver um den Brandanschlag in Ludwigshafen ausführlich aufgezeigt und im Einzelnen beschrieben.

Abschließend wird hervorgehoben:

„Der entscheidende Punkt ist dabei nicht, ob wir 100prozentig beweisen können, dass der Brandanschlag von Ludwigshafen ein Nazi-Brandanschlag war. Der springende Punkt ist der gigantische Vertuschungsaufwand, der betrieben wurde und wird, nicht zuletzt deshalb, um die Nazi-Gegner in die Defensive zu drängen. Ein Nazi-Verbrechen, so wird gefordert, müsse bis ins kleinste bewiesen werden, damit

es als solches auch bezeichnet werden könne. Und wenn im Einzelfall einmal tatsächlich kein Nazi-Hintergrund vorliegt, dann werden solche Fälle vom deutschen Imperialismus, von seinen Politikern und Medien genüsslich und mit Genugtuung präsentiert und dazu benutzt, den Nazi-Terror generell zu verharmlosen.“

Das Argument, es gäbe doch Wichtigeres als den Kampf gegen die Nazis

„In der Tat ist das Ausmaß der staatlichen Fasisierung in Umfang und Wirkung wesentlich gewichtiger als die Überfälle und die Hetze der Nazi-Banden auf der Straße. ... Und auf lange Sicht gesehen ist es in der Tat wichtiger, dass wir uns ‚um das Ganze kümmern‘, nämlich das kapitalistische System in Deutschland bekämpfen und vernichten, unseren Beitrag zur Vernichtung des Systems des Weltimperialismus leisten. In der Tat besteht *eine* der Funktionen der Nazis für die Herrschenden auch darin, fortschrittliche und revolutionäre Kräfte zu binden.

Dennoch hat dieser Satz, dass der Kampf gegen die Nazis doch nicht das Wichtigste sei, einen gewaltigen Haken. Denn der Kampf gegen die Nazis ist in einer Hinsicht absolut wich-

tig, durch nichts zu relativieren, durch nichts mit hochtrabenden Erklärungen wegzuooperieren: Denn wer gegen diese extremste Form antidemokratischen Handelns nicht voll Wut und Hass, voll Energie und mit kühlem Kopf vorgeht, dagegen nicht ankämpft, sich darüber nicht empört, keine Aktionen dagegen organisiert, der ist – wenn wir genauer darüber nachdenken – in Wirklichkeit für jeden gerechten Kampf verloren.

... Der Kampf gegen die Nazi-Mörder muss verbunden werden mit dem Kampf um die grundlegenden, weiterreichenden Fragen und Ziele. Und über die Aktionen gegen die Nazi-Banden hinaus beinhalten diese Ziele in der Tat, über den untrennbaren Zusammenhang mit der Geschichte dieses Landes, mit der aktuellen Politik dieses Staates, mit den Verbrechen des deutschen Imperialismus und des Weltimperialismus aufzuklären. ...“

Das Flugblatt umfasst vier A3 Seiten und enthält folgende zusätzlichen Beiträge:

- Schlaglichter des Nazi-Terrors im Februar 2008
- Streiflichter von Anti-Nazi-Kämpfen (Januar bis März 2008)
- Beilage: Roter Pressespiegel 4/07 (Juli bis August 2007)

Das Flugblatt April hat zum Thema:

Ausbeutung und Unterdrückung verschärfen sich! – Keine Illusionen in die Gewerkschaftsführung!

1. Mai 2008: Gegen das Kapital und seinen Staat kämpfen!

„Die Lage in Deutschland 2008: Während international der deutsche Imperialismus die Ausplünderung der Werktätigen in der ganzen Welt forciert, während der Einsatz der Bundeswehr auf internationaler Ebene Schritt für Schritt ausgeweitet wird, während innerhalb Deutschlands polizeistaatliche Zustände zunehmen, Abschiebungen von Flüchtlingen auf der Tagesordnung stehen und die Anschläge der Nazis ohne Unterbrechung weitergehen, werden Zug um Zug immer massivere Angriffe auf die soziale Lage der Werktätigen in Deutschland durchgeführt. Durch immens gesteigerte Arbeitshetze, Arbeitszeitverlängerungen und Reallohnsenkungen wird die Ausbeutung in den Betrieben verschärft und werden bei BMW, Siemens, Nokia usw. Tausende Kolleginnen und Kollegen auf die Straße geworfen.

Allerdings, bei zahlreichen Streiks und Demonstrationen haben auch immer wieder Tau-

sende von Arbeiterinnen und Arbeitern sowie anderen Werktätigen gegen verschärfte Ausbeutung und Sozialabbau protestiert, wie zuletzt z. B. beim Lokomotivführerstreik oder bei den Tarifauseinandersetzungen im Einzelhandel. Warum gelingt es den Herrschenden aber trotzdem immer noch und immer wieder, ihre Pläne mehr oder minder reibungslos durchzusetzen?“

Wer gegen das Kapital kämpft, hat den Staat gegen sich und bekommt es mit den Gewerkschaftsfürsten zu tun

Wer den Kampf gegen verschärfte Ausbeutung führt stößt unweigerlich auf drei zusammenhängende Probleme: die Kapitalisten, den bürgerlichen Staatsapparat, die DGB-Führung und ihren Apparat. Das Flugblatt legt den Schwerpunkt auf die Entlarvung der Rolle der Gewerkschaftsführung.

„Immer und immer wieder zeigt sich und wird sich in all den Kämpfen zeigen: der Gewerkschaftsapparat ist fest in der Hand einer gut bezahlten und vollständig gekauften kleinen Schicht von Gewerkschaftsfürsten (Lenin nannte sie ‚Arbeiterbürokratie‘), die sich ihrerseits der Unterstützung einer nicht unerheblichen Schicht der Arbeiterklasse, der so genannten Arbeiteraristokratie, sicher sein kann. Die Spitzen der DGB-Gewerkschaften und ihr Apparat stehen dabei auf verschiedene Weisen in **engster Verbindung, ja Verwachsung mit Kapital und Staat**: So sitzen sie in den Aufsichtsräten und allen möglichen Ausschüssen und sind auch ganz direkt an der Verwaltung des Kapitalismus beteiligt.

Mit dieser absolut negativen Einschätzung der Gewerkschaftsführung und ihres Apparates sagen wir nicht, dass man in den Gewerkschaften nicht arbeiten soll. Feinde muss man auch von innen bekämpfen. Es ist nötig gemeinsam mit den aktivsten Kolleginnen und Kollegen die Gewerkschaftsführung, ihre bürokratischen und undemokratischen Apparat zu bekämpfen, mit dem Ziel der Mobilisierung möglichst großer Teile der Gewerkschaftsmitglieder. Wer noch Illusionen in die Gewerkschaftsführung hat, wird sie in diesem Kampf verlieren. ...

Worum es geht: Egal ob innerhalb oder außerhalb der DGB-Gewerkschaften, nur ohne und gegen die Gewerkschaftsfürsten und ihren Apparat lassen sich konsequente Abwehrkämpfe, Kämpfe für Verbesserungen entwickeln – und dies gilt erst recht für weiter reichende Ziele.

Entscheidend kommt es auf die Kampfkraft der Arbeiterinnen und Arbeiter an, ihre Bereitschaft und Fähigkeit, dem Kapital und seinem Staat wirkliche Schläge zu versetzen, sich von den Gewerkschaftsführungen und ihrem Apparat nicht einschüchtern und abhalten zu lassen, wenn möglich sogar einzelne Strukturen in der Gewerkschaft auszunutzen, ohne sich abhängig zu machen, das ist der erste zentrale Punkt.“

Das Flugblatt Mai hat zum Thema:

Gegen Nazis und Polizeigewalt

Zu den Erfahrungen der militanten Kämpfe am 1. Mai 2008

„Die Aufmärsche und Kämpfe am 1. Mai 2008 zeigten ganz unterschiedliche Bilder: während sich die Polizei beim 1. Mai in Berlin zunächst zurückhält, um angeblich zu ‚deeskalieren‘, prü-

Das Flugblatt endet mit dem Zitat von Marx und Engels aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ (1848):

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. sie haben eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Das Flugblatt umfasst zwei A3 Seiten und enthält folgenden zusätzlichen Beitrag:

• **Keine Illusionen in den Gewerkschaftsapparat!**

Darin heißt es:

„Das ganze Ausmaß der Korruption, der Charakterlosigkeit und des verbrecherischen Potentials der DGB-Führung kann wenigstens in Ansätzen verdeutlicht werden, wenn wir die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland beleuchten.

Ursprünglich gewachsen aus den Kämpfen der Arbeiterklasse selbst endete die Gewerkschaftsführung wie die SPD als Organisation mit klassenkämpferischen Traditionen eindeutig bei der Unterstützung des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg und bei der Niederschlagung der Aufstände der Arbeiterinnen und Arbeiter 1918/1919.

In den Jahren von 1918 bis 1933 säuberte die Gewerkschaftsführung so gut sie konnte angesichts Millionen klassenbewusster Arbeiterinnen und Arbeiter, die noch in den Gewerkschaften organisiert waren, die kämpferischsten Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften. Was 1918/19 begonnen wurde, endete am 1. und 2. Mai 1933 mit der erbärmlichen Unterstützung der Nazi-Faschisten und des von ihnen geschaffenen braunen 1. Mai.“

gelt sie in Wuppertal hemmungslos die antifaschistisch-revolutionäre 1. Mai Demonstration zusammen und versucht in Nürnberg durch massives Aufgebot und Straßenabsperungen ,alles

unter Kontrolle‘ zu haben, um den Nazis die Straße freizuhalten. Insbesondere die militanten Kämpfe in Hamburg zeigen aber, dass der deutsche Imperialismus und seine Unterdrückungskräfte nicht alles unter Kontrolle haben, wenn Abwiegler, wie die DGB-Fürsten, entlarvt und entschlossen Widerstand gegen Nazis und Polizeiapparat geleistet wird.“

Es wird über die Demonstrationen in verschiedenen Städten und das polizeiliche Vorgehen dagegen berichtet.

■ **Berlin – „Deeskalation“?? – 162 Festgenommene**

■ **Brutaler Polizeiterrror in Wuppertal**

■ **Weitere Bürgerkriegsmanöver in Nürnberg**

Betont wird im Flugblatt:

„Diese Demonstrationen und Gegenaktionen waren und sind auch dringend notwendig, da die Nazis – geschützt und ermutigt durch Polizei, Justiz und andere Vertreter des deutschen Staates, vielfach geduldet durch die DGB-Fürsten – immer frecher auftreten und versuchen, sich den 1. Mai zu nutze zu machen. Die Nazis bedienen sich dabei zunehmend scheinbar sozialer und pseudo-anti-kapitalistischer Themen, wie ‚Arbeit und soziale Gerechtigkeit‘ ..., natürlich nur ‚für alle Deutschen!‘. Durch geschickte Propaganda mit Musik und Mode versuchen die Nazis heute verstärkt besonders auch Jugendliche immer mehr und durchaus erfolgreich an sich zu binden.

Die DGB-Verantwortlichen wiegeln ab und versuchen gemeinsam mit der Polizei zu verhindern, dass effektiv gegen die Nazis vorgegangen werden kann.“

Im einem weiteren Abschnitt werden die militanten Kämpfe der Anti-Nazi-Kräfte in Hamburg gegen schwer bewaffnete Polizeieinheiten, die die Nazis beschützten und deren Aufmarsch somit ermöglichten, positiv herausgestellt:

Die Anti-Nazi Kämpfe am 1. Mai 2008 in Hamburg!

„... Von insgesamt ca. 10.000 Teilnehmern der gut organisierten Anti-Nazi-Demonstration in **Hamburg** beteiligten sich ca. 3.000 entschlossene Antifaschistinnen und Antifaschisten an militanten Angriffen auf die Nazis und lieferten sich militante Kämpfe mit der Polizei. ...

Anzeige: *Buchladen Georgi Dimitroff*

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main

*Offen: An jedem zweiten Samstag im Monat
10.00 h – 13.00 h*

Der Nazi-Aufmarsch konnte so zunächst über mehrere Stunden am losmarschieren gehindert werden. ...

* * *

Es ist die bittere Wahrheit, dass auch in diesem Jahr am 1. Mai die zentralen Nazi-Aufmärsche nicht verhindert werden konnten. Aber noch wichtiger ist, dass die militanten Kämpfe insbesondere in Hamburg positiv zeigten, dass Staat, DGB-Führung und Polizei nicht alles im Griff haben und Kämpfe gegen die Nazis und die Polizei möglich sind. Wichtig dabei ist aber, sich gegen den DGB-Apparat und andere Abwiegler zu stellen, sich gemeinsam mit fortschrittlichen Anwohnern gut vorzubereiten, um insbesondere auch zu verhindern, in die Defensive zu geraten. Militanz und verschiedene Taktiken werden auch in den nächsten Jahren weiter erprobt werden, um die Nazi-Aufmärsche verhindern und die Polizeikräfte behindern zu können. Sicher ist, dass die militanten Kämpfe gegen Nazis und Staatsapparat nicht nur vom diesjährigen 1. Mai ausgewertet werden, um aus ihnen für die kommenden Kämpfe zu lernen.“

Das Flugblatt umfasst vier A3 Seiten und enthält folgende zusätzliche Beiträge:

- Militante Kämpfe am 1. Mai 2008 in Istanbul
- Eine Stellungnahme von Antifaschist/innen zum Polizeiterrror am 1. Mai in Wuppertal: Glaubt den Lügen der Polizeipresse nicht!
- Zusammenspiel von Nazis und Polizei – Nazis bringen Regionalzug in ihre Gewalt
- Nazis sind Teil des deutschen Imperialismus: Die Nazis mitten im Staatsapparat
- Beilage: Roter Pressespiegel 5/07 (Sept. bis Okt. 2007)

- Beilage: Hamburg-Altona 1932: Nazis und Polizei werden militant bekämpft – Drei Original-Artikel aus der „Roten Fahne“ der KPD 1932

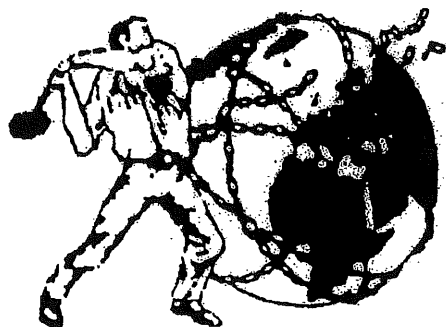


Kontakt:

***E-mail:** info@gegendiestroemung.org

***www:** <http://www.gegendiestroemung.org>

(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)



Bulletin 3/08

zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: Juni – August 2008

Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Türkisch

Das Flugblatt Juni hat zum Thema:

Solidarität mit den vom Imperialismus verfolgten Flüchtlingen!

Den Kampf gegen den mörderischen polizeistaatlichen Terror verstärken!

„Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland im Durchschnitt jeden Tag mehr als drei Nazi-Überfälle stattfinden, ist der Kampf gegen die Nazis von enormer Bedeutung und in gewisser Weise ‚das Wichtigste‘, insofern gilt: Wer nichts gegen den zunehmenden Nazi-Terror tut oder wer aufgehört hat, etwas dagegen zu tun, der kann in der Regel auch nicht für Kämpfe gegen den Staatsapparat, für Kämpfe mit weitergehenden Zielen gewonnen werden. Die zahlreichen Aktionen und Demonstrationen in den letzten Jahren richteten sich zu Recht gegen den enorm gewachsenen Nazi-Terror sowie gegen die staatlich geschützten Nazi-Aufmärsche – und sie müssten natürlich noch stärker sein. Jedoch muss bewusst sein: der Hauptakteur ist der deutsche Staatsapparat mit seinem mörderischen staatlichen Terror gegen die Flüchtlinge.“

Das Programm des mörderischen Polizeiterrors gegen Flüchtlinge

„Vorbereitet und begleitet von einer umfassenden Hetze von Politikern und Medien gegen ‚Asylanten‘ in Verbindung mit Nazi-Massakern und -Pogromen mit dutzenden von Ermordeten wurde 1993 *das Asylrecht in Deutschland weitgehend beseitigt*. ... Mit einem Schlag wurde für Hunderttausende der *Status völliger Rechtlosigkeit* geschaffen.

Vor allem in den letzten 15 Jahren forciert der deutsche Imperialismus zielstrebig, eiskalt und genau geplant, Schritt für Schritt verschärfend, das polizeistaatliche Programm der Liquidie-

rung der ‚Asylfrage‘. Dieses verbrecherische Programm ... besteht gerade in der **Kombination** von drei miteinander zusammenhängenden und aufeinander abgestimmten Maßnahmen des staatlichen Terrors:“

Mit mörderischem Polizeiterror wird verhindert, dass Flüchtlinge die Grenzen überschreiten können

„Mittel dazu sind Visumszwang, vor allem aber polizeiliche Grenzaufrüstung. Mit Tausenden von Bundespolizisten und extra angeworbenen Hilfspolizeikräften ... wird der polizeistaatliche Terror gegen die Flüchtlinge organisiert und vollstreckt.

... Der mörderische Kampf gegen die Flüchtlinge, der unter der Parole ‚Eindämmung der illegalen Migration‘ geführt wird, findet **zunehmend bereits an den EU-Außengrenzen** statt.

... Damit besteht die Gefahr, dass – völlig zu unrecht – die mörderische Rolle des deutschen Imperialismus aus der Schusslinie gerät.

Umso wichtiger ist es zu betonen: Erstens ist der deutsche Imperialismus führend an der Durchsetzung und Umsetzung dieser mörderischen Politik an den EU-Außengrenzen beteiligt. ... Zweitens geht es ... in erster Linie um die Machenschaften und Interessen der imperialistischen Großmächte Europas, und hier vor allem um den deutschen Imperialismus, der – neben Frankreich und Großbritannien – das größte Gewicht in der EU hat.“

Die mörderische Politik des staatlichen Abschiebeterrors

Seit 1992 werden in Deutschland immer mehr Abschiebegefängnisse gebaut. Zur Zeit sind bis zu 3.500 Flüchtlinge in Abschiebehaft.

„Zehntausende Flüchtlinge, deren Asylanträge abgelehnt werden, sowie andere ‚unerwünschte Ausländer‘ werden Jahr für Jahr von den Ausländerbehörden verhaftet und abgeschoben, nicht selten direkt in Folterstaaten wie die Türkei, aus denen die Flüchtlinge geflohen sind. Die infamen ‚Gründe‘ für Verhaftungen und die offiziell zulässige Dauer der Inhaftierung wurden dabei in den letzten Jahren immer weiter ausgedehnt ...

Doch es entspricht der Tradition der in Deutschland herrschenden Klasse, des deutschen Imperialismus ganz bewusst mit mörderischem Terror gegen eine bestimmte Gruppe insgesamt eine Atmosphäre der Einschüchterung und der Verbreitung von Angst zu schüren. ...

Indirekt wird so auch den Menschen mit deutschem Pass signalisiert, welchen Wert dieser doch hat: alle anderen Menschen sind ‚zweiter Klasse‘, kurz: es wird gleichzeitig die Politik der Schürung nationalistischer deutscher Überheblichkeit betrieben.“

Unerträgliche Existenzbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland

„Vor allem den rund 200.000 ‚geduldeten‘ Flüchtlingen, die aus verschiedenen Gründen nicht oder noch nicht sofort abgeschoben werden können, wird das Leben in Deutschland mit einer Politik der völligen Entrechtung, des Aushungerns und der permanenten polizeistaatlichen Schikanen zur Hölle gemacht. ... Das alles geschieht mit der eindeutigen Absicht, die Flüchtlinge fertig zu machen, sie zur angeblich ‚freiwilligen‘ Ausreise zu bewegen. ...

Das Flugblatt Juli – August hat zum Thema:

Zur Antifa-Konferenz „Rechtspopulismus in Europa“ in Köln vom 5. – 7. 9. 2008:

Streit nicht aus dem Weg gehen!

„Es ist ausgesprochen wichtig und erfreulich, dass Gruppen innerhalb der Antifa-Bewegung sich mit folgender Frage auseinandersetzen: Der unbedingt notwendige Kampf gegen reaktionäre Kräfte, die sich ‚islamisch‘ tarnen, wie z. B. Hamas, Hisbollah und Taliban, darf auf keinen Fall

Diese bewusst herbeigeführte ‚Ausweglosigkeit‘ führt immer wieder dazu, dass Flüchtlinge in ihrer Verzweiflung ihrem Leben ein Ende setzen – auch dies ist Teil der mörderischen Flüchtlingspolitik des deutschen Staates.

Extrem ist die Lage der Flüchtlinge, die gezwungen sind, illegal in Deutschland zu leben. ... Diesen Flüchtlingen ‚ohne Papiere‘ werden selbst die letzten Reste von Menschenrechten vorenthalten ... Die Konsequenzen sind auch hier oft mörderisch, z. B. wenn Menschen sterben müssen, weil ihnen medizinische Untersuchungen und Behandlungen verwehrt werden.“

Anschließend wird im Flugblatt festgestellt:

„Es herrscht ein erschreckender ‚Gewöhnungseffekt‘ gegenüber diesen ‚deutschen Zuständen‘ vor, auch bei den sich als demokratisch und revolutionär verstehenden Kräften. Das ist traurige Realität. Das muss sich unbedingt ändern. Dazu muss diskutiert werden, wie es gelingen kann, den Kampf gegen Nazis und gegen den staatlichen Terror gegen Flüchtlinge und gegen die staatliche Faschisierung überhaupt zu einem einheitlichen demokratischen Kampf gegen den deutschen Imperialismus zu verbinden.“

Abschließend wird hervorgehoben:

„Ohne Fortschritte gerade auch in der Solidarität mit den vom Imperialismus verfolgten Flüchtlingen ist an eine wirklich proletarisch-internationalistische revolutionäre Bewegung in breitem Umfang so oder so nicht einmal zu denken.“

Das Flugblatt umfasst zwei A3 Seiten und enthält folgende zusätzlichen Beiträge:

- Auszug aus „Prüfsteine“ – Dokumente der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“, 2004
- „PDS/Die Linke“ macht mit bei der mörderischen Abschiebungspraxis

dazu führen, den verschiedenen Varianten der Nazi-Attacken (sei es durch offene Anhänger Hitlers, oder sich ‚rechtspopulistisch‘ verkleidende Figuren) gegen die islamisch gläubigen Teile der Bevölkerung in Deutschland nicht entgegenzutreten.

Das Nazi-Pack verbreitet gegen Menschen aus der Türkei, dem Iran und den arabischen Ländern ein rassistisch-nationalistisches Gemisch an Vorurteilen und erzeugt mit Mord und Totschlag eine Atmosphäre der Angst, mordet mit Brandanschlägen und Überfällen. Um den Kampf gegen die Nazis richtig zu führen, ist Empörung und Hass ganz gewiss unerlässliche Voraussetzung.

Die in den letzten Jahren stattfindenden Auseinandersetzungen innerhalb der Antifa-Bewegung sind aber dadurch keinesfalls erledigt.“

Zunächst wird klargestellt:

„Es gibt Positionen, die nicht geduldet werden können – so ‚links‘ sich die dahinterstehenden Personen auch geben.

■ Zum einen ist da die unerträgliche Position, unter angeblich anti-deutscher Flagge die Regierung der USA direkt zu unterstützen, die Invasion des US-Imperialismus und die der Bundeswehr in Afghanistan zu begrüßen und lauthals die Invasion im Iran zu fordern.

■ Auf der anderen Seite ist da die unerträgliche Position, faschistische Bewegungen international, die mit der deutschen Nazi-Bewegung eng verbunden sind, und insbesondere das reaktionäre iranische Regime mit seinem Präsidenten zu unterstützen und als fortschrittlich oder antiimperialistisch einzuschätzen.“

Praktische Solidarität mit der islamisch gläubigen Bevölkerung! Kampf vor allem gegen die christlich-deutsche Ideologie!

„Voraussetzung für alle Diskussionen ist unsere Solidarität mit der bedrohten und angegriffenen islamisch gläubigen Bevölkerung in Deutschland.

Das schließt allerdings unserer Meinung nach ein, dass wir all jenen Kräften entgegentreten, die mit primitivsten Vorurteilen die islamisch gläubige Bevölkerung mit Hamas, Hisbollah u. a. sich ‚islamisch‘ tarnenden reaktionären Organisationen gleichsetzen und so gewollt oder nicht gewollt die nationalistisch-rassistische Stimmung in Deutschland unterstützen und fördern.

Anzeige: Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main

Offen: Jeden Donnerstag 17.30 – 19.00 h

Jeden ersten Samstag im Monat 10.00 – 13.00 h

Zu den Binsenweisheiten, die an dieser Stelle wiederholt werden müssen, gehört, dass die notwendige Kritik der Religion sich nicht gegen den Bau von Moscheen, Kirchen oder Synagogen richtet ... Es ist auch richtig, den politischen Missbrauch dieser Religionen in der Geschichte aufzuzeigen ...

Es ist daher schlichtweg unakzeptabel, dass in Aufrufen z. B. gegen Nazi-Demonstrationen gegen Moscheen oder auch gegen Anti-Islam-Kongresse an zentraler Stelle kein Wort zum notwendigen und **vorrangigen Kampf** gegen die christlich-deutsche Ideologie und seine Vertreter steht.“

Den internationalistischen Blick nicht verlieren

Der Abschnitt hebt hervor:

„Es geht eben nicht nur um sich ‚rechtspopulistisch‘ tarnende europäische Nazis – es geht um die internationale Nazi-Bewegung. Konkret: Dass die Rednerinnen und Redner des Faschisten-Kongresses in Köln aus Europa kommen, soll nicht dazu führen, dass die international vernetzten faschistischen und nazistischen Strömungen außerhalb Europas aus dem Blickfeld geraten, um sich den Streit über Hamas und Hisbollah zu ersparen. ...“

Keine Zugeständnisse an die deutsch-nationalistischen Hamas-Unterstützer!

„Die Anti-Nazi-Bewegung in Deutschland kann nicht die Augen davor verschließen, dass der Kampf zum Schutz der islamisch gläubigen Menschen in Deutschland gegen die Nazi-Angriffe von reaktionären, mit den deutschen Nazi-faschisten im Zusammenhang stehenden Kräften aus ... anderen Ländern versucht wird auszunutzen. Diese Kräfte werden versuchen, sich an den Protesten gegen die Nazis zu beteiligen. Konkret: Es kann nicht sein, dass Anhänger des iranischen Präsidenten oder sich ‚islamisch‘ tarnende Kräfte aus der Türkei, Anhänger der Hamas oder der Hisbollah sich an Protesten, Aktionen und Demonstrationen gegen die deutschen Nazis beteiligen ...

Dazu ist eins allerdings Voraussetzung: Es muss auf unwiderlegbare Beweise gestützt die politische Zielsetzung, der antisemitische und antidemokratische Charakter dieser Organisationen aufgedeckt und entlarvt werden. ...“

Scheinbare und tatsächliche Widersprüche innerhalb der Nazi-Bewegung

„Auf den ersten Blick scheint schwer verständlich, dass die Nazis in Deutschland gegen Moscheenbau, gegen Menschen aus der Türkei und aus arabischen Ländern, gegen islamisch gläubige Menschen hetzen, während sie international auch mit sich ‚islamisch‘ tarnenden reaktionären Organisationen aufs Engste Zusammenarbeiten. Doch wer einen Moment darüber nachdenkt, versteht, dass diese Zusammenarbeit eine geschichtliche und aktuelle Logik hat. Die Zusammenarbeit des deutschen Imperialismus in der Nazi-Zeit mit den Vorläufern solcher Organisationen hat eine Traditionslinie geknüpft, die bis heute aufrechterhalten und gepflegt wird. So wie in der Nazi-Zeit vor allem der Kampf gegen den englischen Imperialismus als innerimperialistischer Konkurrenzkampf zur Unterstützung und Zusammenarbeit mit faschistischen Bewegungen in Indien und Palästina geführt hat, so ist heute die weltweite Auseinandersetzung im imperialistischen Konkurrenzkampf vor allem mit dem US-Imperialismus das Motiv, all jene Organisationen zu unterstützen, die sich gegen den US-Imperialismus wenden.

Wer genauer hinschaut, weiß, dass die Kraft und Macht der sich ‚islamisch‘ tarnenden Organisationen daher kam und kommt, sich in die berechtigte Empörung breiter Massen gegen imperialistische Unterdrückung einzuschalten, die demokratischen und revolutionären Kräfte auszuschalten, und so den Kampf der Massen auf den Kampf gegen einen Imperialismus zu konzentrieren und sich dabei als Söldnertruppe für den anderen Imperialismus anzubieten. ...“

Deutscher Imperialismus und Nazis in Deutschland

„So notwendig solche Differenzierungen im einzelnen sind, darf jedoch die große Hauptlinie nicht aus dem Auge verloren werden. Dasselbe Problem existiert auch, wenn Unterschiede und Gemeinsamkeiten der offiziellen deutschen Politik und der Nazi-Organisationen in Deutschland unter die Lupe genommen werden. Die Überbetonung der Widersprüche, die real existieren und sich um Fragen des Ansehens Deutschlands in der Welt oder um die taktische oder nicht-taktische Berufung auf Hitler drehen – die grundlegende Linie des deutschen Imperialismus umfasst eben verschiedene Abteilun-

gen, die verschiedene Teile der Bevölkerung mit unterschiedlichen Argumenten und Methoden auf eine Linie bringen sollen: Stärkung des deutschen Imperialismus, Er kämpfung einer möglichst allseitigen Vormachtstellung in Europa, Unterstützung einer internationalen Politik, die sich aktuell vor allem gegen den US-Imperialismus als Hauptkonkurrenten richtet.“

Prüfstein: Kampf gegen den Antisemitismus

„In diese große grundlegende Linie passt eben auch der Antisemitismus, der keinesfalls nur bei den Nazi-Gruppen existiert, sondern in verschiedenen Abstufungen und Varianten als ein ‚Grundgefühl‘ deutscher Mentalität und eines verbrecherischen irrationalen Nationalgefühls vorhanden ist.

Die Parole ‚Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein‘ ist längst nicht mehr das Monopol von NPD-Aufklebern. Der Antisemitismus in der Variante, dass Juden stören, weil sie die Erinnerung an Auschwitz repräsentieren, was den Ruhm Deutschlands ja nun schmälert, ist trotz aller Gedenktage und formalen Erklärungen die Hauptlinie des offiziellen Deutschland. Das bedeutet keineswegs, dass die keinesfalls nur im Kapitalismus wurzelnden historischen Dimensionen des religiösen Anti-Judaismus, des sogenannten ‚sozialen‘ Antisemitismus gegen ‚Juden als Wucherer‘, kurz das ‚Repertoire der Nazi-Propaganda und der deutschen Reaktion auch vor der Nazi-Zeit, ausgeschlossen sind.“

Das Flugblatt betont:

„Der Kampf gegen den Antisemitismus – mit welchen dümmlichen taktischen Argumenten auch immer – darf nicht ausgesetzt oder zurückgenommen werden, sondern muss als existenzieller unverzichtbarer Prüfstein angesehen werden, auch wenn das oberflächlich gesehen die Masse der unterzeichnenden Organisationen einschränkt.“

Zum heutigen internationalen Nazi-Netzwerk und seinen Säulen

„Historisch war die Macht des deutschen Imperialismus von 1933 – 45 in Europa und weltweit wesentlich durch die ‚5. Kolonnen‘ der Nazis mit vorbereitet worden. Und Heute? Die offizielle Politik des deutschen Imperialismus heute ist aus Prestige Gründen keinesfalls an der offenen Zusammenarbeit mit der internationalen

Nazi-Szene interessiert, arbeitet aber am Vormarsch vor allem gegen den US-Imperialismus keinesfalls nur mit Kapitalexport, Goethe-Institut und der immer mehr zunehmenden Polizeiausbildung. Wichtige Kanäle, Testversuche und reale Beziehungen sind auch die Nazis und die internationalen Kontakte der deutschen Nazis, bis hin zum Iran, Hamas und Hisbollah. Die Kontaktpflege eines deutschen Geheimdienstes, des BND, der praktisch in allen Ländern der Erde seine Stützpunkte hat, was unlängst bei der Vermittlung zwischen Hisbollah und der israelischen Regierung sichtbar wurde, wird international bewundert, der BND übernimmt die Rolle des angeblich ‚ehrlichen Maklers‘. In Wirklichkeit betreibt der BND die verschleierte systematische Koordination der Kontakte des offiziellen Deutschlands in jene Bewegungen, die eng mit den deutschen Nazis zusammenarbeiten.

Auch heute gibt es ohne Zweifel ein internationales Nazi-Netzwerk, das basierend auf den alten Traditionslinien systematisch seit 1945 vor allem von deutschen Nazis bis heute aufgebaut wurde. Aufrechterhalten und verstärkt wird dieses Netzwerk heute vor allem durch die internationalen Holocaust-Leugner-Konferenzen, Musikveranstaltungen, durch internationale Treffen oder aus eine wechselseitige Demonstrationsunterstützung. ...“

Europa/USA

„Das internationale Nazi-Netzwerk hat eine wichtige Säule in Europa und den USA. In den USA ist da die NSDAP/AO sowie Nazi-Kräfte im KuKlux Klan und der ‚National Alliance‘ zu nennen, in Europa z. B. die Nazi-Kräfte im ‚Vlaams Belang‘ in Belgien oder auch die Nazi-Kräfte in der BNP in England. Nazi-Kräfte in Europa und den USA haben heute vor allem auch die Funktion als Rückzugsgebiete für deutsche Nazis zu fungieren, aber auch als Basis, um Holocaust-Leugner-Literatur und andere Nazi-Propaganda unzensuriert und unverhüllt zu produzieren und über Internet und Versand nach Deutschland und in andere Länder zu schaffen. ... Militärische Ausbildung erhielten viele Nazi-Kader vor allem von Ustascha-Faschisten in den 90er Jahren in Kroatien. Nazi-Kader kämpften auf der Seite der Ustascha-Faschisten im Balkan-Krieg.“

Das Flugblatt zeigt die Rolle der NPD aus Deutschland auf, die zur Zeit eine besonders wichtige Rolle im Nazi-Netzwerk einnimmt und

systematisch die internationalen Nazi-Kräfte sammelt und koordiniert. Horst Mahler, führender NPD-Kader und Nazi-Ideologe, ist an so gut wie allen wichtigen Holocaust-Leugner-Konferenzen beteiligt und propagierte nach dem 11. September 2001 offen das Bündnis mit sich „islamisch“ tarnenden Organisationen und pro-nazistischen Kräften. Er benennt Hamas und al-Djihad in antisemitischer Manier als natürliche Verbündete im Kampf gegen die USA und ihre „Befehlsgeber“ in Israel, die angeblich die eigentlichen „geheimen Weltherrscher“ seien.

Naher Osten

„Eine weitere wichtige Säule des Nazi-Netzwerks ist im Nahen Osten zu finden. Da sind vor allem Hamas und auch Hisbollah zu nennen.

Hamas wurde 1987 von der ‚Muslim-Brüderschaft‘, die schon während der 30er Jahre in Ägypten und anderen Ländern mit den Nazi-Faschisten kollaborierte, in den palästinensischen Gebieten gegründet. Die Charta der Hamas von 1988 ist ihr wichtigstes programmatisches Dokument, es hat nach wie vor volle Gültigkeit.“

Das Flugblatt zeigt auf, dass sich die Hamas als „Speerspitze des Kampfes gegen den internationalen Zionismus“ versteht. Die antisemitische Lüge von der angeblich angestrebten „zionistischen Weltherrschaft“ wird ganz offen in der Charta der Hamas, Artikel 32, propagiert und dies mit direktem Verweis auf die sogenannten „Protokolle der Weisen von Zion“.

Über ihren 2006 gegründeten Fernsehsender Al-Aqsa verbreitet Hamas einen eliminatorischen Antisemitismus.

Iran

„In einer Rede in der Stadt Zahedan im Südosten Irans, die der iranische Nachrichtensender Khabar direkt übertrug, sprach der iranische Ministerpräsident am 14.12.2005 vom ‚Märchen vom Massaker an den Juden‘.

Dass sich mit dem iranischen Staatspräsidenten Ahmadinejad ein Staatsoberhaupt selbst zum Sprachrohr offener Nazi-Propaganda macht, ist eine seit 1945 einmalige Tatsache von nicht zu unterschätzendem Gewicht.

In der Internetausgabe der englischsprachigen „Teheran Times“ vom 24/25.12.05 wurden berüchtigte Holocaust-Leugner als Unterstützer

der Nazi-These des iranischen Präsidenten Ahmadinejad zitiert. Unter anderen kamen der deutsche Nazi Horst Mahler und der französische Nazi Robert Faurisson zu Wort.

Geschichtliche Hintergründe und Voraussetzungen der heutigen Nazi-Bewegung

„Der deutsche Imperialismus hatte während der Nazi-Zeit vor allem mit Hilfe der NSDAP/Aufbauorganisation ein internationales Nazi-Netzwerk geschaffen. In vielen Ländern waren die sogenannten ‚Volksdeutschen‘ die Basis dieser ‚5. Kolonnen‘, wie z. B. in den südamerikanischen Ländern oder in osteuropäischen Ländern wie der Tschechoslowakei (Henlein-Bewegung). Es wurden weltweit, entsprechend den Besonderheiten der jeweiligen Länder, bestehende reaktionäre Bewegungen unterstützt, die gegen England, Frankreich oder die USA kämpften, wie z. B. in Indien die anti-englische Bewegung um Bose, oder in Belgien die flämische Bewegung. Oder es wurden eigene Organisationen geschaffen, um prodeutsche Kämpfe und Aufstände in den englischen und französischen Kolonien und auch den imperialistischen Mutterländern England, Frankreich und USA zu entfachen (wie in der englischen Kolonie Irak 1942, als ein prodeutscher Aufstand entfacht wurde, aber scheiterte). So gab es auch in Frankreich, England und den USA jeweils mehr oder weniger starke ‚5. Kolonnen‘ der Nazis, die insbesondere in Frankreich eine große Rolle für den schnellen Nazi-Sieg über den französischen Imperialismus spielten.

Im **Nahen Osten** stützten sich die Nazis insbesondere auch auf sich ‚islamisch‘ tarnende reaktionäre Bewegungen, die gegen den französischen und englischen Imperialismus kämpften. Eine der wichtigsten Bewegungen waren die sogenannten ‚Muslimbrüder‘, die sich von Ägypten aus in den 30er Jahren vor allem auch mit Hilfe der Nazis im ganzen Nahen Osten ausbreiten konnten. ...

Eine zentrale Figur für die ‚5. Kolonne‘ der Nazis in Palästina war der **Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini**. ... Er entfachte in Palästina eine antisemitische-prodeutsche Bewegung gegen England und wirkte auch weltweit

mit, um weitere ‚5. Kolonnen‘ unter der islamisch gläubigen Bevölkerung zu rekrutieren. ...

Nach 1945 war zwar der deutsche Imperialismus geschlagen, aber seine Nazis arbeiteten daran, in möglichst vielen Ländern weltweit ihre Stützpunkte auszubauen und ihre Kader dort in Sicherheit zu bringen. ... Sie bauten Fluchtlinien, die so genannten ‚Rattenlinien‘ auf mit Hilfe des Vatikans, des Roten Kreuzes etc., über die sie viele Nazis erfolgreich in andere Länder brachten, wo sie weiter an ihren alten politischen Zielen arbeiteten. ...

Das **ägyptische Regime unter Nasser** wurde ab 1953 eine der wichtigsten Bastionen der Nazis im Nahen Osten nach 1945. Nasser selbst war offener Antisemit, er propagierte die ‚Protokolle der Weisen von Zion‘ und leugnete den Holocaust. ...“

Das Flugblatt endet mit der Feststellung:

„Es gehört zu den Schwächen der basisorientierten Antifa-Gruppen, der Frage nach den Traditionen, den ungebrochenen Traditionen der Nazis und des deutschen Imperialismus aus dem Weg zu gehen. ... Die grundlegend ungebrochene Tradition des deutschen Imperialismus, der Nazi-Ideologie und der Nazi-Bewegung wird nicht verstanden, nicht herausgearbeitet und nicht bekämpft. Manche Formen, fast alle Personen sind wirklich neu. Aber diese Erscheinungen der ‚Modernisierung‘ dürfen nicht täuschen. Der Kern ist der alte und daher gilt nach wie vor, auch wenn es unmodern klingt:

**„Tod dem Nazismus,
Tod dem deutschen Imperialismus!“**

Das Flugblatt umfasst vier A3 Seiten und enthält folgende ergänzende Beiträge:

- Hisbollah: Antisemitismus als Grundlage
- Hamas: Antisemitismus als Grundlage • Iran: Antisemitische Holocaust-Leugnung



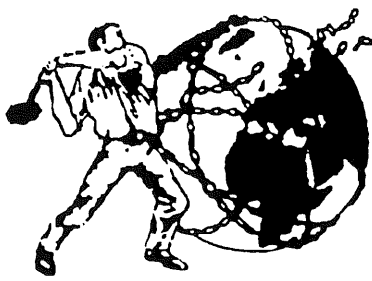
Kontakt:

***E-mail:** info@gegendiestroemung.org

***www:** <http://www.gegendiestroemung.org>

(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: J. Strütt, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin



Bulletin 4/08

zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“ - Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands: Sept. - Dez. 2008



Erscheint vierteljährlich auf Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Türkisch



Das Flugblatt von September-Oktober 2008 von „Gegen die Strömung“ befaßte sich mit dem Thema:

Was wir aus Marx' „Kritik des Gothaer Programms“ im Kampf für den Kommunismus lernen können

Es geht um den ganzen Marx!

Einleitend heißt es im Flugblatt:

„Es gibt momentan eine Reihe von Veranstaltungen, Schulungen und Veröffentlichungen, die sich mit Marx-Schriften auseinandersetzen. Daß es ein Interesse gibt, sich mit Originalschriften des wissenschaftlichen Kommunismus auseinanderzusetzen, ist auf jeden Fall erfreulich. Nicht erfreulich ist aber, daß dieses Interesse um die Auseinandersetzung mit der Theorie von Marx, mit der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus, verhunzt und verfälscht wird von pseudomarxistischen angeblichen ‚Marx-Kennern‘, die diese Veranstaltungen anleiten und diese Literatur publizieren, diese oder jede untergeordnete Feinheit in Marx-Schriften hervorheben, um den zentralen Fragen aus dem Weg zu gehen. Sie rücken ökonomische Spezialfragen in den Mittelpunkt und verfälschen sie nicht selten, Marx wird nur als Ökonom, aber nicht vor allem als Revolutionär dargestellt. Diese akademisch gelehrten ‚Marxologen‘ fürchten sich vor den beeindruckenden Analysen und klaren Schlußfolgerungen von Marx im ‚Manifest der Kommunistischen Partei‘, im ‚Kapital‘ und im ‚Bürgerkrieg in Frankreich‘, wo Marx - beruhend auf seiner grundlegenden Kapitalismuskritik und als zwingende Folgerung daraus - die notwendige gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution und der Diktatur des Proletariats als Übergangsstaat zum Kommunismus begründet und bewiesen hat.

Uns geht es aber um den ganzen Marx. Wir empfehlen daher allen Genossinnen und Genossen das kollektive Studium dieser Schrift, die ebenfalls nicht in das Repertoire der Pseudomarxisten und revistischen Berufsreformisten gehört. Die ‚Kritik

des Gothaer Programms‘ (1875). Wir empfehlen diese Schrift insbesondere denjenigen Genossinnen und Genossen, die sich mit Grundfragen kommunistischer Gesellschaftskritik auseinandersetzen möchten, die Marx in dieser Schrift behandelt: Was muß nach dem Sieg der proletarischen Revolution gemacht werden, um sie gegen die Konterrevolution zu verteidigen? Was sind Merkmale einer sozialistischen Gesellschaft? Was sind Merkmale einer kommunistischen Gesellschaft?“

Das Flugblatt erläutert nun inhaltliche Kernpunkte der „Kritik des Gothaer Programms“ anhand von Textpassagen der Marx-Schrift

Nationalismus oder „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

„Am 4. August 1914 stimmte die SPD im Parlament für die Kriegskredite, für die Unterstützung der ‚eigenen‘, der deutschen Imperialisten im imperialistischen Krieg. Das gleiche taten die sozialdemokratischen Parteien Frankreichs, Englands, Belgiens und anderer Länder mit Ausnahme der Bolschweiki in Rußland...

Wie aber kam es, daß die ehemals revolutionäre SPD, die noch bis wenige Tage vor Kriegsbeginn mit großen Phrasen verkündete, gegen den drohenden Krieg zu sein, zu Beginn des Ersten Weltkriegs endgültig auf die Seite der Bourgeoisie übering und zentrales ideologisches und politisches Instrument des deutschen Imperialismus in der Arbeiterbewegung zur Durchsetzung eines ‚ruhigen Hinterlands‘ wurde? ... Nicht die einzige, aber doch *eine* tiefere Ursache war mit Sicherheit, daß innerhalb der Sozialdemokratie schon massiv nationalistische und chauvinistische Positionen vorhanden waren und

sich zunehmend ausbreiteten, die nicht unversöhnlich und tiefgehend bekämpft und zerschlagen wurden.

Vor diesem Hintergrund ist um so bedeutsamer, daß Marx anhand seiner ‚Kritik des Gothaer Programms‘ von 1875... gerade auch nationalistische Einflüsse und Positionen der damaligen Sozialdemokratie scharf angegriffen hat...”

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (Marx, Kritik des Gothaer Programms, Marx/Engels Werke Band 19, S. 21)

„Marx entwickelte dialektisch-materialistisch die positive Perspektive des Kommunismus - und zwar nicht als utopisch-ausgeklügeltes Konstrukt, sondern wie sie real aus dem ‚Schoß‘ des Kapitalismus hervorgeht...”

Das Flugblatt erläutert nun anhand von Passagen der Marx-Schrift die Voraussetzungen und Unterschiede der ‚höheren‘ und der ‚niederen‘ Phase der kommunistischen Gesellschaft.

Mit „allen gesetzlichen Mitteln“ und mit „Staatshilfe“ zum Kommunismus oder gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats

„Wer sich ‚Für den Kommunismus‘ auf die Fahne geschrieben hat und tatsächlich dafür kämpfen will, muß sich vor allem auch der zentralen Frage stellen: Was soll eigentlich mit dem bestehenden bürgerlichen Staatsapparat, vor allem seinen Hauptkomponenten Armee und Polizei, geschehen?

...Zu dieser entscheidenden Frage, die von den Anfängen der revolutionären Arbeiterbewegung bis heute zentral auf der Tagesordnung steht, hat sich Marx keineswegs irgend etwas Schlaues ausgedacht. Vielmehr hat er seine grundlegende kommunistische Position auf der Grundlage der umfassenden Auswertung der realen Erfahrungen des Klassenkampfes, vor allem der Erfahrungen der Revolutionen von 1848 und der Pariser Commune 1871 entwickelt.

...Marx ging davon aus, daß der gesamte bürgerliche Staatsapparat zerschlagen werden muß. Gerade in seiner Schrift ‚Bürgerkrieg in Frankreich‘ betont Marx nicht nur die Notwendigkeit der Zerschlagung von Polizei und Armee, sondern auch des alten Verwaltungs-, Gerichts- und Beamtenapparats.

Von dieser Grundlage aus kritisierte und verurteilte Marx den Reformismus des Entwurfs des

Gothaer Programms. Darin ist von alledem nämlich so gut wie nichts zu finden...”

Marx kritisierte auch den Untertanengeist des ‚Gothaer Programms‘ als „Demokratentum innerhalb des polizeilich Erlaubten“. Dies war quasi eine Vorform der Propagierung eines angeblich möglichen friedlichen Weges zum Sozialismus, wie ihn später Bernstein und Kautsky und schließlich die modernen Revisionisten Chruschtschow, Breschnew und Co. propagierten.

„Eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats“ (Marx, Kritik des Gothaer Programms, Marx/Engels Werke Band 19, S. 28)

„An dieser Schlußfolgerung von Marx scheiden sich bis heute Marxisten und Opportunisten... Entscheidend ist: Mit der gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats ist das Ziel des Kommunismus noch längst nicht erreicht und schon gar nicht garantiert. Nicht nur die ‚Logik‘ des Klassenkampfes, sondern die geschichtlichen Erfahrungen der Oktoberrevolution und anderer Revolutionen besagen und bezeigen, daß der Widerstand der Ausbeuter nach ihrem Sturz, nach der Zerschlagung ihres Staates, nicht aufhört, sondern weitergeht und sich sogar in vielerlei Hinsicht verschärft...”

Gerade auf der Grundlage der revolutionären Erfahrungen der Pariser Commune konnte Marx auch auf die Frage eingehen, wie denn der neue revolutionäre Staat aussehen muß, um diese Aufgaben wirklich anpacken und löschen zu können.

...Die Ablehnung der revolutionären Diktatur des Proletariats ist gleichbedeutend damit, vor der wirklichen Vernichtung der Bourgeoisie und des Kapitalismus haltzumachen. Das Zurechtstutzen und Verstümmeln des ganzen Marx auf das für die Bourgeoisie letztendlich Annehmbare dreht sich letztlich immer wieder um diesen politisch entscheidenden Punkt, sei es bei den Berufsreformisten von DKP oder Linke/PDS oder allen möglichen ‚Marxologen‘“

Das Flugblatt enthält außerdem den foltenden Beitrag: „Keinen Euro für die Kapitalisten“ - Generalstreik in Griechenland!

Anzeige: Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt

Geöffnet: Donnerstags 17.30 - 19.00

Jeden ersten Samstag im Monat 10.00 - 13.00 Uhr

Krise des Kapitalismus - Staatsgläubigkeit und die üble Rolle der Pseudo-Linken

„Daß alle Welt von einer Krise des Kapitalismus zumindest eine Ahnung bekommen hat, ist nicht ganz ungefährlich für das Kapital. Um so wichtiger werden jene sich als ‚links‘ ausgebende Pausencloowns des Kapitals, die auf den Sesseln der Talkshows ‚Lösungen‘ anbieten, die keine sind. Sie haben nur eine einzige Funktion: Illusionen in diesen Staat zu schüren, Illusionen in die Reformierbarkeit des Kapitalismus zu schüren.

In den letzten Monaten dominiert in der Öffentlichkeit, den Medien ein neues Gespenst: das Gespenst der ‚Finanzkrise‘. In einem absurden Streit über die Frage, welche Rolle das Finanzkapital und welche Rolle der Staat in dieser Krise spielt, werden zwei grundfalsche Positionen vorgestellt: Zum einen die, sei es aus ideologischen, sei es aus dummen Gründen als ‚neoliberal‘ bezeichnete Position, daß der Markt möglichst ohne staatliche Eingriffe schon alle Probleme über kurz oder lang regulieren und lösen werde, zum anderen die staatsgläubige Position, daß doch der Staat ‚unser‘ Staat sei und mit seinen Instrumenten die Krise meistern müsse.

Inzwischen triumphieren weitgehend die Staatsgläubigen: Endlich, endlich greift der Staat ein und hält hunderte Milliarden bereit ...! Das hätten sie schon immer gesagt und gefordert, und jetzt zeige sich, daß sie Recht gehabt hätten!

Der Streit, welche dieser beiden Positionen wirklich übler ist, soll hier nicht geführt werden. Für uns ist klar: Das Kapital muß als Kapital beseitigt, die Kapitalisten enteignet werden. Und dieser Staat ist ein Werkzeug des Kapitals, der je nach Situation mal mehr, mal weniger in die Ökonomie eingreift, wie es gerade angebracht scheint. Dieser Staat ist nicht ‚unser‘ Staat! Er muß als Instrument des Kapitals zerschlagen werden.

Ausschlaggebend auch in der aktuellen Situation sind nicht immanente Argumente und ‚konstruktive Vorschläge‘ an die Adresse von Staat und Kapital. Ausschlaggebend für den Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung, die mit dem Gespenst der Finanzkrise als ‚Keule‘ weiter vorangetrieben wird, ist der massenhafte Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter, aller von Ausbeutung Betroffenen. Eine

wirkliche Lösung unterhalb der Linie der Zerschlagung des kapitalistischen Systems ist nicht möglich. Alles andere ist Lüge und Illusionsmacherei.“

„Vater Staat“ soll es richten

„Zu den übelsten Figuren unter den Staatsgläubigen in Deutschland gehören ‚Die Linke‘ und die DKP. Auf der Titelseite der DKP-Zeitung ‚UZ‘ vom 17. Oktober 2008 wird gefordert: ‚Sicherung der Sparkassen, öffentlichen Banken‘. Die Bundestagsfraktion ‚Die Linke‘ hat eine geniale Idee: Die Lösung der Krise durch einen ‚Finanz-TÜV‘.

...Ohne Widerlegung und Isolierung dieser Apologeten des Kapitalismus und des kapitalistischen Staates wird es logischerweise auch keine revolutionäre Arbeiterbewegung geben. Dazu gehört die Klarstellung, daß Verstaatlichungen innerhalb des Kapitalismus, daß Verstaatlichungen, die dieser Staat vornimmt, dieses System in der Regel stärken und nicht schwächen, aber auf jeden Fall nicht verändern...“

Gespentische Halbwahrheiten und Lügen

„Es soll nicht bestritten werden, daß ganz offensichtlich in den Reihen des Kapitals in dem Prozeß, in dem die Kapitalisten sich gegenseitig totschlagen, sich in den Ruin treiben, eine neue Situation entstanden ist, die durchaus als ‚Krise‘ bezeichnet werden kann. Allen Kaffeesatzlesern, die behaupten angeblich über das Ausmaß der Krise informiert zu sein, ja fast schon eine Hoffnung darauf richten, daß so quasi automatisch die Ideologie des Kapitalismus widerlegt würde, muß widersprochen werden. Die Feststellung, **daß** etwas nicht stimmt, ist keinesfalls eine Erklärung dafür, **warum** etwas nicht stimmt.

Zudem sollte unserer Meinung nach auch im Auge behalten werden, daß mit dem riesigen hysterischen medialen Geschrei über die Krise auch das ‚Gürtel-enger-Schnallen‘-Programm verbunden ist. Angst und Schrecken sollen in unsere Glieder fahren, jeder Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen soll für absurd erklärt werden...“

Über die Grundlagen der aktuellen Krise

„Es ist die alte Frage der Arbeiterbewegung, wel-

che Rolle die Zirkulation und welche Rolle die Produktion spielt. Der Ausgangspunkt jeder wissenschaftlichen Analyse ist der Gesamtprozeß des Kapitalismus – vor allem die Produktion des Mehrwerts, aber auch die Zirkulationssphäre für die Realisierung des Mehrwerts.

...Marx hat in seiner dreibändigen Kritik der politischen Ökonomie, dem ‚Kapital‘, herausgearbeitet, daß es sich bei den mehr oder minder periodisch wiederkehrenden „Krisen“ um ökonomische Überproduktionskrisen handelt, deren Basis und Ursache im ganzen System der kapitalistischen Wirtschaft selbst liegt. Die Grundlage jeder Krise des Kapitalismus ist das unlösbare Problem, daß der ganze Prozeß der kapitalistischen Produktion bestimmt ist vom Streben nach Profit, von der Ausschaltung der Konkurrenten, vom Einsatz immer größerer und technisch perfekterer Produktionsinstrumente bei gleichzeitiger Lohndrückerei und verschärfter Antreiberei und der Schaffung eines Heers von Erwerbslosen...

Daß diese Krise sich zunächst in der Zirkulation zeigt, also zum Beispiel in der Zahlungsunfähigkeit, ist wahr, aber lediglich eine Erscheinungsform der Tatsache, daß in Wirklichkeit in bestimmter Hinsicht Überproduktion herrscht – nicht etwa weil zu viel produziert wurde in Bezug auf die Bedürfnisse der Produzenten, sondern zu viel nur in Bezug auf die ‚am Markt‘ verkaufbaren Waren, d. h. die zahlungsfähige Nachfrage...

Abschließend heißt es:

„...Wir befinden uns im 21. Jahrhundert. Alles Schnee von gestern? Sicherlich ist viel geschehen: sozialistische Revolutionen, dann wieder Restaurationen des Kapitalismus, Aufwärts- und Abwärtsbewegung der kommunistischen Bewegung. Auch ökonomisch hat es in der Tat seit Marx diese und jene Änderung gegeben, die aber das Wesen des Kapitalismus nicht betreffen. Die ursprüngliche Aufwärtsbewegung des Kapitalismus, der noch völlig neue Märkte erobern konnte, endete spätestens zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als die Welt unter den imperialistischen Großmächten aufgeteilt war. Die Schwierigkeiten, Waren abzusetzen, die Grundlage der kapitalistischen Überproduktionskrise, bleibt nicht nur bestehen, sondern verschärft sich noch in der Epoche des Imperialismus.

...Aus Sicht des Kapitals erscheint als „Ausweg“ die vorübergehende Lösung durch Zunahme von

Raubkriegen. Die gewaltsame Hinauszögerung durch lokale und weltweite Kriege ist eine reale, praktische Schlußfolgerung für das Kapital und zeigt, warum Marx nicht einfach eine Analyse der Ökonomie, sondern eine Kritik der politischen Ökonomie geschrieben hat...

Dafür ist für die aktuelle Debatte von prinzipieller Bedeutung, was in dem von Rosa Luxemburg entworfenen Gründungsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1918 festgestellt wird:

„Es ist ein toller Wahn, zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. (...)

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat. (...) sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden. (...)

Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.“

(„Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands“, abgedruckt in: *Rot Front* Nr. 6, „Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen“, S. 35 ff.)

Kontakt:

***E-Mail:** info@gegendiestroemung.org

***www:** <http://www.gegendiestroemung.org>

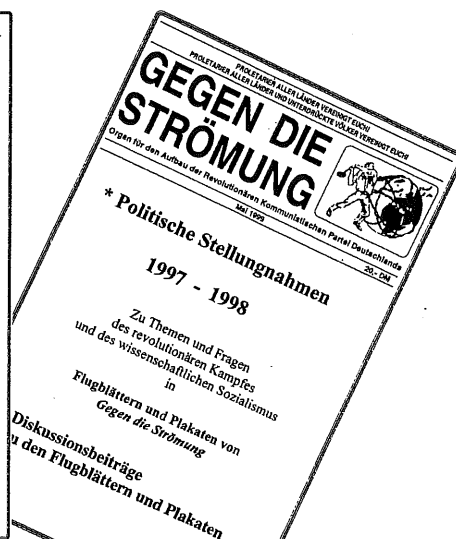
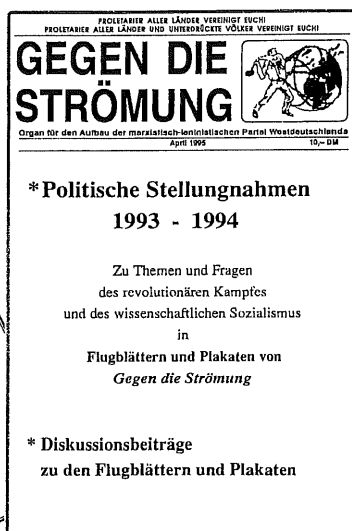
(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)

Politische Stellungnahmen von 1989 bis 2006

Zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des
wissenschaftlichen Kommunismus

von **Gegen die Strömung**

Enthält die monatlichen Flugblätter, die Bulletins, den Roten Pressespiegel,
die Plakate des Buchladen Georgi Dimitroff und Diskussionsbeiträge



1989–1990, 80 Seiten, 4 €
1991–1992, 84 Seiten, 4 €
1993–1994, 118 Seiten, 5 €
1995–1996, 172 Seiten, 8 €
1997–1998, 210 Seiten, 10 €
1999–2000, 192 Seiten, 10 €
2001–2002, 280 Seiten, 10 €
2003–2004, 220 Seiten, 10 €
2005–2006, 270 Seiten, 10 €

Zu beziehen über:

Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327
Frankfurt/Main

Fax: 069 / 73 09 20, E-mail:

Info@buchladengeorgidimitroff.org

Öffnungszeiten:

Jeden Donnerstag: 17.30–19.00 Uhr

Jeden ersten Samstag im Monat: 10.00–13.00 Uhr

Anhang

Inhaltsverzeichnisse der:
**Politischen Stellungnahmen
1989–2006**

von
Gegen die Strömung

Inhaltsverzeichnis

1/1989	März 1989	S. 4
Vor 70 Jahren im März 1919 Gründung der Kommunistischen Internationale Die Erfahrungen und Dokumente der Kommunistischen Internationale sind unsere Waffe im Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus		
2/1989	April 1989	S. 8
Ein neues Kapitel in der Geschichte Westdeutschlands: Nazi-Partei NPD erzielt Durchbruch! Die Nazis sind wieder hoffähig geworden! Zerschlagt die Nazi-Banden!		
3/1989	Mai 1989	S. 10
Es lebe der Rote 1.Mai!		
4/1989	Juni 1989	S. 12
Die kapitalistisch-revisionistischen Machthaber in China zeigen ihre blutige Fratze: Die einzig richtige Antwort: Revolution!		
Plakat	Juni 1989	S. 14
Solidarität mit den kämpfenden Volksmassen in China! Die kapitalistisch-revisionistischen Machthaber in China zeigen ihre blutige Fratze Die einzig richtige Antwort: Revolution!		
5/1989	Juli 1989	S. 16
Entlarven wir die Europa-Pläne des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus		
6/1989	August 1989	S. 18
Die westdeutschen Imperialisten sind die Nutznießer des Terrors des kapitalistisch-revisionistischen Deng- Hsiao-Ping-Regimes!		
7/1989	September 1989	S. 22
50 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen: Die deutschen Imperialisten versuchen, ihre Verantwortung für den 2. Weltkrieg abzuwälzen		
8/1989	Oktober 1989	S. 26
Angesichts der jüngsten Verfolgungen durch den westdeutschen Imperialismus: Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen!		
9/1989	November 1989	S. 28
Die alte Nazi-Parole »Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt« erlebt einen neuen Aufschwung: Der westdeutsche Imperialismus bedroht die Völker der Welt mit einem neuen Krieg!		
Plakat	November 1989	S. 30
Die alte Nazi-Parole »Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt« erlebt einen neuen Aufschwung: Der westdeutsche Imperialismus bedroht die Völker der Welt mit einem neuen Krieg!		
10/1989	Dezember 1989	S. 32
Die Verbrechen der Deutschen Bank sind ein Grund mehr, das ganze imperialistische System zu stürzen!		
1/1990	Januar 1990	S. 34
Die westdeutschen Imperialisten frohlocken über die Pleite der revisionistischen Regimes: Der Bankrott der revisionistischen Länder ist nicht der Bankrott des Kommunismus		

2/1990	<i>Februar 1990</i>	S. 36
	Bekämpfen wir die Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus! Westberlin ist kein Teil der Bundesrepublik!	
3/1990	<i>März 1990</i>	S. 38
	Bekämpfen wir den deutschen Nationalismus! Gegen die Einverleibung der DDR!	
Plakat	<i>April 1990</i>	S. 42
	Volkszählungsprozeß gegen den Redakteur von »Gegen die Strömung« Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz!	
4/1990	<i>Mai 1990</i>	S. 44
	Wer die siegreiche sozialistische Revolution will, braucht die Kommunistische Partei! Trotz Triumphgeheul des Antikommunismus: Eine revolutionäre Kommunistische Partei im Kampf gegen Imperialismus und Opportunismus aufbauen!	
5/1990	<i>Mai 1990</i>	S. 50
	Auszug aus »Gegen die Strömung« Nr. 50, verteilt auf der Demonstration »Nie wieder Deutschland«: Gegen die Einverleibung der DDR! Die »Radikale Linke« und die »Gnade der undeutschen Geburt«: Wie radikal ist die »Radikale Linke« wirklich? Streiflichter zu den »MLPD«-Nationalisten	
6/1990	<i>Juni 1990</i>	S. 56
	Die Arbeiterklasse Südkoreas kämpft!	
7/1990	<i>Juli 1990</i>	S. 58
	Im Kampf für den Kommunismus, die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats und die Schaffung der Kommunistischen Partei Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)	
8/1990	<i>August 1990</i>	S. 60
	Die unerträglichen Zustände in den westdeutschen Gefängnissen, die durch die revoltierenden Gefangenen ans Tageslicht gebracht wurden, sind ein Spiegelbild der wahren Zustände in Westdeutschland! »Wir sind es leid, uns wie Vieh behandeln zu lassen ...«	
9/1990	<i>September 1990</i>	S. 64
	Kriegsschiffe der Bundesmarine im Mittelmeer: Die Kanonenbootpolitik des westdeutschen Imperialismus im Nahen Osten bekämpfen!	
10/1990	<i>Oktober 1990</i>	S. 66
	3. Oktober 1990: Ist die Einverleibung der DDR und Westberlins abgeschlossen? Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen...!	
Plakat	<i>Oktober 1990</i>	S. 69
	Ein gefährliches Eintopfgericht: Ihr sollt alle aus einem Topf essen, denn wir wollen euch alle in einen Topf pressen!	
11/1990	<i>November 1990</i>	S. 70
	Die Doppeltaktik des westdeutschen Imperialismus entlarven! Solidarität mit den gerechten Kämpfen des palästinensischen Volkes!	
12/1990	<i>Dezember 1990</i>	S. 74
	Ein Herz für Rußland? Kriegsvorbereitungen! Die Heuchelei, Verlogenheit und Demagogie des west/deutschen Imperialismus kennt keine Grenzen!	
Anhang		S. 76
	Verzeichnis der 1989/1990 erschienenen Nummern von »Gegen die Strömung«	

Inhaltsverzeichnis

1/1991	10. Januar 1991	S. 4
Der Kampf der Arbeiterklasse in der Türkei - Vorbild für den Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, Vorbild im Kampf gegen imperialistische Kriegspolitik Statt »nationaler Opfer« und Beteiligung an der imperialistischen Kriegstreiberei - Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus		
	17. Januar 1991	S. 8
Stellungnahme von »Gegen die Strömung« Irak von US-amerikanischen und britischen Flugzeugen bombardiert! Stellungnahme gegen die US-Aggression und die Doppeltaktik des west/deutschen Imperialismus im Nahen Osten		
Plakat	Januar 1991	S. 9
Solidarität mit den wirklich fortschrittlichen und revolutionären Kräften in den Ländern des Nahen Ostens Die US-Aggression und die Doppeltaktik des west/deutschen Imperialismus bekämpfen! Tod dem west/deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus		
2/1991	Februar 1991	S. 10
Die reaktionäre Hetze gegen die heutige Antikriegsbewegung bekämpfen!		
3/1991	März 1991	S. 12
Unterstützen wir die berechtigten Kämpfe der Werktätigen in der ehemaligen DDR gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage!		
4/1991	April 1991	S. 14
Keine Appelle an die Imperialisten! Die Arbeiterklasse aller Länder muß den Kampf der kurdischen Werktätigen im Irak unterstützen!		
5/1991	Mai 1991	S. 16
Das imperialistische Weltsystem ist die Ursache der »modernen Völkerwanderung«!		
6/1991	Juni 1991	S. 20
Vor 50 Jahren überfiel der deutsche Imperialismus die damals sozialistische Sowjetunion: Keine Illusionen über den west/deutschen Imperialismus!		
7/1991	Juli 1991	S. 22
Der Henker der Völker Indonesiens zu Gast bei seinen west/deutschen imperialistischen Herren: Suharto: Mörder!		
8/1991	August 1991	S. 25
Das Spektakel der erneuten Beisetzung des preußischen Königs in Potsdam ist Teil der ideologischen Kriegsvorbereitung des west/deutschen Imperialismus! Kriegsverbrecher Friedrich II. als Vorbild?		
9/1991	September 1991	S. 30
Auf lange Sicht werden die Arbeiterinnen und Arbeiter der Sowjetunion durch eine erneute proletarische Revolution dem antikomunistischen und revisionistischen Spuk ein Ende bereiten! Weder Gorbatschow, Jelzin, noch die »Breschnewisten« werden die Sowjetunion aus Fäulnis und Krise herausführen!		
10/1991	Oktober 1991	S. 32
Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem eine Politik der »Abschreckung« verkünden: Pogrome!		
11/1991	November 1991	S. 38
Die Entwicklung der SED - ein Teil der »deutschen Misere«		

12/1991	<i>Dezember 1991</i>	S. 40
»Spontan« setzen sich die bürgerlichen Lügen immer durch: Die Macht der bürgerlichen Medien brechen!		
1/1992	<i>Januar 1992</i>	S. 42
Warum der west/deutsche Imperialismus Kroatien anerkennt!		
2/1992	<i>Februar 1992</i>	S. 44
Zur Wansee-Konferenz 1942: Nichts vergessen!		
3/1992	<i>März 1992</i>	S. 48
Zum Internationalen Frauentag am 8. März: Clara Zetkin - für die Rechte der proletarischen Frauen im Kampf für den Kommunismus		
Plakat	<i>März 1992</i>	S. 50
Clara Zetkin 1857 - 1933		
4/1992	<i>April 1992</i>	S. 52
Ein Nazi-Verbrecher und seine Karriere: Nazi-Offizier - revisionistischer SED-Funktionär - SPD-Spitzenpolitiker Was der »Fall Just« lehren kann!		
5/1992	<i>1. Mai 1992</i>	S. 56
Die Arbeiterklasse in Westdeutschland wird sich nicht mit dem kapitalistischen System abfinden!		
6/1992	<i>Juni 1992</i>	S. 60
Zur Erklärung der RAF vom 10. April 1992: Den Weg in die Resignation bekämpfen!		
7/1992	<i>Juli 1992</i>	S. 64
Die wachsende Arbeiterbewegung mit aller Kraft gegen die Abwiegelei der DGB-Fürsten unterstützen!		
8/1992	<i>August 1992</i>	S. 66
Bundeswehr in der Adria: Nicht Friedensmanöver, sondern Kriegsvorbereitung! Die Bundeswehr - mörderische Kriegsmaschinerie des west/deutschen Imperialismus		
9/1992	<i>September 1992</i>	S. 68
Pogrome in Rostock und anderswo unter der Regie des west/deutschen Imperialismus: Dahinter steckt System!		
10/1992	<i>Oktober 1992</i>	S. 70
Die Raubgeschäfte der Treuhand und die Ausbeuterphrasen der west/deutschen Bourgeoisie		
Plakat	<i>November 1992</i>	S. 72
Nazi-Morde 1991/1992 Nichts vergessen, nichts vergeben!		
Plakat	<i>November 1992</i>	S. 73
Nazi-Morde an Silvio Meier, Yeliz Arslan, Vahide Arslan, Ayse Yilmaz Doppelt und dreifach zurückschlagen!		
11/1992	<i>November 1992</i>	S. 74
8. November 1992: Berechtigte Proteste gegen die Propagandashow des west/deutschen Imperialismus Die Drecksargumente gegen die konsequenten Nazi-Gegner bekämpfen!		
12/1992	<i>Dezember 1992</i>	S. 76
Hunderttausende demonstrieren gegen die Nazi-Mörder Kein Vertrauen in diesen Staat, der die braune Pest hervorbringt!		
Anhang		S. 80
Verzeichnis der 1991/1992 erschienenen Nummern von »Gegen die Strömung«		

INHALT

1993

		Seite
<i>Januar</i> (1)	Vor 60 Jahren, am 30. Januar 1933 legte das deutsche Finanzkapital die politische Vertretung seiner Interessen in die Hände der Nazifaschisten Gegen Verfälschung und Verkürzung: Die wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus verstehen! ✍ Diskussionsbeiträge	1
<i>Februar</i> (2)	Nötiger denn je: Studiert das "Manifest der Kommunistischen Partei" von Marx und Engels! * Gegen die Vertuschung der Morde (Zur Vertuschung der Nazi-Morde durch den west/deutschen Imperialismus und seiner Medien)	9
<i>März</i> (3)	Stalin und Chauvinismus sind unvereinbar!	11
<i>1. Mai</i> (4)	Aus den Betrieben selbst wird sich der Widerstand entwickeln! * Die weitere Expansion der revanchistischen Bundeswehr bekämpfen!	15
<i>Mai</i> (5)	Die Herrschaft des Finanzkapitals und die steigenden "Staatsschulden"	19
<i>Juni</i> (6)	Von Nazis ermordet: Saime Genc, Hülya Genc, Hatice Genc, Gülsüm Ince, Gülistan Öztürk! Doppelt und dreifach zurückschlagen!	21
<i>Plakat</i>	Wehrt Euch, laßt Euch von deutschen Verbrechern nicht abfackeln! ✍ Diskussionsbeitrag	23
<i>Juli</i> (7)	Den proletarischen Internationalismus gegen den modernen Revisionismus erkämpfen! Für die Einheit der kommunistischen Kräfte der ganzen Welt!	26
<i>Plakat</i>	Das wahre Gesicht des west/deutschen Imperialismus: Die Hinrichtung von Wolfgang Grams steht in blutiger Tradition!	30
<i>August</i> (8)	Den Kampf der Kolleginnen und Kollegen in Bischofferode in der EX-DDR unterstützen! * Die Soldaten des west/deutschen Imperialismus in Afrika auf blutigen Spuren! ✍ Diskussionsbeiträge	31

		Seite
<i>Plakat</i>	Deutsche Aggressionstruppen - raus aus Somalia! Den Kampf gegen die Bundeswehr auf der Straße, in den Betrieben und in den Kasernen entfachen!	34
<i>September</i> (9)	Was zeigt das mörderische Massaker der UNO-Truppen in Somalia? <i>✍ Diskussionsbeitrag</i>	43
<i>Oktober</i> (10)	"Der Hamburger Aufstand gehört nicht 'der Geschichte an', sondern er ist eine Probe für die Zukunft" (Ernst Thälmann) Der Hamburger Aufstand 1923	47
<i>November</i> (11)	Der west/deutsche Imperialismus tritt in der Pose des Siegers des Zweiten Weltkrieges auf! * Kampf dem Verbot der kurdischen Organisation!	49
<i>Dezember</i> (12)	"Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt!" (Zum 100 Geburtstag von Mao Tse-tung) * Kohl-Besuch in China: Die west/deutschen Imperialisten auf dem Vormarsch!	51

1994

<i>Januar</i> (1)	Die Zusammenarbeit der demokratischen und revolutionären Organisationen aller Nationalitäten vorantreiben! Den Kampf gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden organisieren!	55
<i>Beilage</i>	Die Erklärung der ERNK zu den Nazi-Morden in Solingen schadet den in West/Deutschland kämpfenden antifaschistischen Kräften <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	58
<i>Plakat</i>	Bekämpft das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen	62
<i>Februar</i> (2)	Spitzel!	67
<i>März</i> (3)	Kambodscha, Somalia, Bosnien... Die west/deutschen Militaristen bei der Arbeit!	69
<i>April</i> (4)	Schluß mit der Hetze gegen unsere kurdischen Genossinnen und Genossen! Die Drecksargumente gegen die kurdische Befreiungsbewegung zerschlagen! * Der Nazi-Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	71

		Seite
<i>Mail/Juni</i> (5/6)	Es lebe die Revolution in Mexiko! * Magdeburg: Zusammenspiel von Polizei und Nazis! ⌘ <i>Diskussionsbeitrag</i> *	75
Plakat	Heute haben wir gesagt Basta! (Erklärung der EZLN)	86
<i>Juli</i> (7)	Warum die Schrift "Über die Grundlagen des Leninismus" studieren ? * Halim Dener, kurdischer Revolutionär, von west/deutschem Polizisten ermordet!	87
<i>Plakat</i>	Mord an Halim Dener!	90
<i>August</i> (8)	Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der ANTIFA (M) in Göttingen! * Kommunistische Positionen zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 ⌘ <i>Diskussionsbeiträge zum 20. Juli 1944</i> *	91
<i>September</i> (9)	"Den Unterdrückten wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver-und zertreten soll." (Karl Marx) Warum der Parlamentarismus ein antidemokratisches System ist	97
<i>Oktober</i> (10)	Entwurf einer Resolution für die 2. Parteikonferenz von GDS 5 Jahre Einverleibung der DDR - 5 Jahre Raub und Betrug des west/deutschen Imperialismus	101
<i>Beilage</i>	3. Oktober 1994: Kampfdemonstration in Bremen gegen den revanchistischen "Nationalfeiertag"!	105
<i>November</i> (11)	Ausgangspunkte und Aspekte im Kampf für die Analyse der internationalen Lage: Gegen das Gift der "rein deutschen" Perspektive! (Auszüge aus dem Entwurf für eine Resolution der 2. Parteikonferenz von GDS)	107
<i>Dezember</i> (12)	In jeder physischen Auseinandersetzung mit Nazi-Kadern geht es um Leben und Tod! Wer das bestreitet, lügt! Der Organisator der Nazi-Morde Kaindl wird nicht der Letzte sein, der auf der Straße liegenbleibt! * Demonstrationen in Essen und Worms am 10. Dezember 1994: Polizeistaat in Aktion	113



* Die Antworten auf die kritischen Leserbriefe sind das Ergebnis der Diskussion in einzelnen Kollektiven und noch keine abschließenden Diskussionsergebnisse.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

1995

Januar (1)	36000 "unerwünschte Ausländer" abgeschoben, 3500 ständig in Abschiebehaft!! Der mörderische Terror der Abschiebehaft und der Abschiebungen! * Solidarität mit dem Antifaschisten Nino!	1
Plakat	Opfer der mörderischen Abschiebepolitik! Kampf dem staatlichen Abschiebeterror!	4
Februar-März (2-3)	50 Jahre Bombardierung Dresdens: Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus! Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden mußte!	5
April (4)	Den Widerstand der 11 Kommunistischen Parteien in Buchenwald vor allem gegen antikommunistische Lügen, aber auch deutsch-chauvinistische SED-Fälschungen verteidigen! 50 Jahre Schwur von Buchenwald: "Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!"	11
Mai (5)	8.Mai 1995 50 Jahre militärischer Sieg über den Nazi-Faschismus! Das Potsdamer Abkommen - eine sehr scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus! ✍ Diskussionsbeitrag	21
Juni (6)	Polizeiüberfall auf vietnamesische Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin! Solidarität mit den vietnamesischen Arbeiterinnen u. Arbeitern im Kampf gegen Medienhetze, Polizei- und Abschiebeterror!	27
Juli (7)	Gegen die Heuchelei der Repräsentanten und Medien des deutschen Imperialismus: Das kapitalistische Profitstreben ist die Ursache für die sogenannte "Umweltverschmutzung"! ✍ Diskussionsbeiträge	29
August (8)	Kurdische Hungerstreikende am 27.7.1995 in Frankfurt/Main von SEK-Trupps auseinandergeprügelt! Polizeiterror gegen Kurdinnen und Kurden! * Erklärung von "Gegen die Strömung": Bekämpft den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien! ✍ Diskussionsbeiträge	37
Plakat	Kämpft für die sofortige Freilassung der kurdischen Genossinnen und Genossen aus den Gefängnissen des deutschen Imperialismus!	41

September- Oktober (9-10)	Am 1. September 1995, dem Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen: Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Bosnien! * Die Nazis verstärken ihren rassistischen Terror! ✎ <i>Diskussionsbeiträge</i>	43
Beilage	5 Jahre Einverleibung der DDR	53
November (11)	Der Kampf innerhalb und außerhalb der Bundeswehr! ✎ <i>Diskussionsbeitrag</i>	57
Dezember (12)	Zum 100. Todestag von F. Engels: Friedrich Engels - revolutionärer Kämpfer für den wissenschaftlichen Kommunismus ✎ <i>Diskussionsbeitrag</i>	61
Plakat	“Klassenkämpfe in Frankreich” Unsere Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich!	70

1996

Januar (1)	Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen in Frankreich! ✎ <i>Diskussionsbeitrag</i>	71
Februar (2)	Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!	77
Plakat	Nazi-Massaker in Lübeck von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien vertuscht!	83
Plakat	Nazi-Massaker durch Brandanschlag von Lübeck! Doppelt und dreifach zurückschlagen!	
März (3)	“Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren!” Zum Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven * Solidarität mit den gegen die deutsche Polizei kämpfenden Kurdinnen und Kurden! * Der Naziterror geht weiter! * Erklärung zur Besetzung der deutschen Botschaft in Mexiko! * “taz” und “junge Welt” vertuschen im wahrsten Sinne des Wortes die Wahrheit!	85
Flugzettel	(Geplanter) Rede Beitrag des Buchladen-Dimitroff auf der Demonstration “Rassistische Ermittlungen durchkreuzen!” am 23.3.96 in Lübeck ✎ <i>Diskussionsbeitrag</i>	91
April/Mai (4-5)	Über die aktuelle Bedeutung von Lenins Schrift “Was tun?”	97
Beilage	Erklärung der Redaktion von “Radikal Brechen” zum Zusammenschluß mit “Gegen die Strömung”	101

Mai (5)	Die Rekrutenvereidigung der Bundeswehr in Berlin bekämpfen! * Solidarität mit dem gerechten Widerstand gegen den Castor-Transport!	107
Plakat	Die Bundeswehr - mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus! Kampf der Bundeswehr auf der Straße, in den Kasernen und im Betrieb!	109
Juni (6)	Ohne und gegen die DGB-Fürsten das Kapital bekämpfen!	111
Juli/August (7-8)	Der 20. Parteitag der KPdSU 1956: Entscheidender ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und zur imperialistischen Konterrevolution ✎ <i>Diskussionsbeitrag</i>	113
Beilagen	Das "Manifest von Aguas Blancas" des Ejército Popular Revolucionario	131
	Thesen der Resolutionen der 2. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung"	135
	* Zur Broschüre - "Der Hungerstreik in den Gefängnissen des reaktionären türkischen Staates vom 20. Mai bis 28. Juli 1996: ✎ <i>Diskussionsbeitrag</i>	143
September (9)	Hannover, Worms, Grevesmühlen... Nazis schützen, Linke verfolgen: Der Polizeistaat bei der Arbeit!	149
Oktober (10)	Die entscheidende Lehre des Metallarbeiterstreiks 1956 in Schleswig-Holstein für die Lohnfortzahlung bei Krankheit: Sich durch die Abwiegelei der DGB-Führung nicht vom Kampf gegen das Kapital abhalten lassen! * Solidarität mit den von Razzien, Abschiebungen und Nazi-Terror bedrohten Bauarbeitern aus anderen Ländern!	153
November (11)	Der Syrer Achmed Bachir von Nazis in Leipzig erstochen - Der Grieche Vassilis nach Festnahme in Handschellen von hinten von der Polizei "auf der Flucht erschossen" - Drei Menschen aus der Türkei durch Brandanschlag in Karlsruhe ermordet! Nazis und Polizei - Mord und Totschlag! ✎ <i>Diskussionsbeitrag</i>	157
Dezember (12)	60 Jahre spanischer Bürgerkrieg: Die Bedeutung des revolutionären bewaffneten Kampfes der Völker Spaniens gegen Faschismus und militärische Intervention	163



✎ *Diskussionsbeitrag:* Die Antworten auf die kritischen Leserbriefe sind das Ergebnis der Diskussion in einzelnen Kollektiven und noch keine abschließenden Diskussionsergebnisse.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

1997

Januar (1)	Für den revolutionären Bürgerkrieg, die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats: Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen! <i>≈ Diskussionsbeiträge</i>	1
Beilage	Thesen der II. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung": "Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus – Teil I und II"	13
Februar(2)	Die Nazis und ihre Verbindungen mit dem Staatsapparat nicht unterschätzen!	19
Beilage	Kampf gegen die braune Pest - Eine Auswahl aus den Publikationen von Gegen die Strömung zum Thema	23
Flugzettel	* Nazi-Mord an Frank Böttcher in Magdeburg am 9.2.1997!	25
März(3)	Erfahrungen aus dem militanten Kampf der Bergarbeiter	27
Beilage und Plakat	Erklärung zur bewaffneten Aggression der Bundeswehr und zum bewaffneten Aufstand in Albanien Bekämpfen wir die militärische Aggression des deutschen Imperialismus gegen Albanien! (Plakat) <i>≈ Diskussionsbeiträge</i>	31
Plakat	Gegen den immer brutaleren Kapitalismus hilft nur der immer militantere und zielklarere Kampf!	37
April-Mai (4-5)	Aus den Erfahrungen der proletarischen Rote Hilfe unter Führung der Komintern für heute lernen: Freiheit für alle revolutionären und demokratischen Gefangenen! * Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig verhindern! <i>≈ Diskussionsbeitrag</i>	39
Flugblatt	Zum Kampf gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Leipzig: Die entscheidende Frage im Kampf gegen die Nazis ist nicht nur "bessere Organisation", sondern vor allem größere Klarheit!	49
Juni (6)	Über die aktuelle Bedeutung von Lenins Schrift "Staat und Revolution": Den Aberglauben an den Staat bekämpfen!	55
Juli (7)	Bekämpft das Zusammenspiel von Staat und Nazis gegen Kirchenasyl für Flüchtlinge! Solidarität	59
Beilage	Thesen der II. Parteikonferenz von "Gegen die Strömung": "Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus – Teil III"	63
Plakat	Solidarität mit dem Hungerstreik der demokratischen und revolutionären Gefangenen des faschistischen Regimes im Iran!	69

August- September (8-9)	Entlarven wir die in blutiger Tradition stehenden Europa Pläne des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus! Die deutsche „Neuordnung Europas“ bekämpfen! * Der „Hochwassereinsatz“ der Bundeswehr an der Oder: Kriegsvorbereitung <i>✂ Diskussionsbeitrag</i>	
Beilage	Drei grundlegende Aspekte des Proletarischen Internationalismus: Für die weltweiten Ziele des Kommunismus, gegen den europäischen und gegen den deutschen Chauvinismus	76
Plakate	- Einverleibung der DDR 1989: ein neues Kapitel in der Verbrecherischen Geschichte des deutschen Imperialismus! - Die deutsche „Neuordnung Europas“ bekämpfen! - Wann darf ein Polizist „Mörder“ genannt werden?	78
Beilage und Plakat	Die Bundeswehr: Eine Armee in der Tradition der Nazi-Wehrmacht und des deutschen Imperialismus Die Bundeswehr – mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus! (Plakat)	81
Oktober- November (10-11)	Vor dreißig Jahren wurde Che Guevara von den Schergen des Imperialismus im Kampf ermordet!	85
Beilage	Kampf um das revolutionäre Erbe Ernesto Che Guevaras! • Ein Dokument der Solidarität mit Vietnam von Che Guevara: Botschaft an die Völker der Welt: "Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!" (April 1967)	101
Dezember (12)	Warum die kritische Analyse der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland nach 1945 notwendig ist: Aus den Erfahrungen der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland für künftige Kämpfe lernen!	113

1998

Januar (1)	Gründe, warum das Studium des Hauptwerks von Karl Marx von grundlegender und aktueller Bedeutung ist Studiert "Das Kapital"!	117
Februar (2)	Aus dem beispielhaften Kampf der Erwerbslosen in Frankreich lernen! Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen!	119
März (3)	Solidarität mit den gerechten Entschädigungsforderungen des Volkes der Herrero in Namibia! Der Völkermord der deutschen Imperialisten an den Herero wird weder vergeben noch vergessen ! * Nazi-Mord an der 14-jährigen Antifaschistin Jana Georgi in Saalfeld am 26.3.1998!	125
Beilage	• Dokument „Die soziale und moralische Verpflichtung der Rückgabe des Eigentums, das das Volk der Herero und Mbanderu während des deutschen Kolonialismus und dem daraus folgenden Krieg verloren hat“	129

April (4)	Mai 1997 bis April 1998 - Schlaglichter zum Vormarsch des deutschen Imperialismus: Die Resignation bekämpfen!	131
Mai (5)	Chronologie der wichtigsten Anti-Nazi-Demonstrationen 1997/1998 Leipzig, 1.Mai 1998: Militanter Kampf - der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!	135
Beilage	☞ <i>Diskussionsbeitrag</i> Kommunistische Positionen zum reaktionären "Völkerschlachtdenkmal"	143
Juni-Juli (6-7)	☞ <i>Diskussionsbeitrag</i> Gegen die 60-Jahre-Jubelfeier des "Musterbetriebes" des deutschen Monopolkapitals VW - in der ungebrochenen Tradition der Verbrechen des Nazi-"Musterbetriebs"	149
August (8)	Vor 60 Jahren erschien eines der bedeutendsten Werke des wissenschaftlichen Kommunismus: Gute Gründe, die "Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang" heute zu studieren	159
September- Oktober (9-10)	☞ <i>Diskussionsbeitrag</i> Gegen den Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Kosova! * Unterstützen wir die beispielhaften militanten Kämpfe der werktätigen in Chile!	163
Plakat	☞ <i>Diskussionsbeitrag</i> Unterstützen wir die „Verdammten dieser Erde“ gegen den deutschen Imperialismus!	173
November- Dezember (11-12)	Der Novemberpogrom 1938: Vor aller Augen!	175
Beilage	● Dokumente und Kritik - Die Erklärung des ZK der KPD "Gegen die Schmach der Judenpogrome!" vom November 1938 - mit kritischer Einschätzung - Die 1893 verabschiedete Resolution der revolutionären deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus - mit kritischer Einschätzung - Kritische Einschätzung der Rede August Bebel's gegen den Antisemitismus von 1893 ☞ <i>Diskussionsbeiträge</i>	187



☞ *Diskussionsbeitrag*: Die Antworten auf die kritischen Leserbriefe sind das Ergebnis der Diskussion in einzelnen Kollektiven und noch keine abschließenden Diskussionsergebnisse.

INHALTSVERZEICHNIS

1999

		Seite
Januar (1)	Angesichts der Verschärfung der Abschiebungen und der Germanisierungspolitik des deutschen Imperialismus - vor allem den proletarischen Internationalismus und den Kommunismus propagieren! Über die Zusammenarbeit der revolutionären Kräfte verschiedener Nationalitäten in Deutschland <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	2
10 Plakate	Zum 80. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht	16
Februar (2)	Der Stein, den die Reaktionäre durch die Verschleppung Öcalans erhoben haben, wird auf ihre eigenen Füße fallen. Der türkische Folterstaat und alle Reaktionäre der Welt werden den Sieg des gerechten kurdischen Befreiungskampfes nicht verhindern können! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i> * Nazi-Mord an dem algerischen Flüchtling Omar Ben Noui am 13.2.1999 in Guben nach organisierter Nazi-Hetzjagd vor den Augen der deutschen Polizei!	18
26. März (3)	Den Angriffskrieg der deutschen Imperialisten gegen Jugoslawien mit allen Mitteln bekämpfen! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	24
Plakat	Den Angriffskrieg der deutschen Imperialisten gegen Jugoslawien mit allen Mitteln bekämpfen!	25
1. Mai (4)	Den imperialistischen Krieg gegen Jugoslawien bekämpfen! Die Demagogie des deutschen Imperialismus von der angeblich „humanitären“ Hilfe entlarven!	30
Mai- Juni (5-6)	Angesichts des imperialistischen Angriffskrieges des deutschen Imperialismus gegen Jugoslawien: Die Lehre Lenins über den Imperialismus ist aktueller denn je! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	36
Juli (7)	Gegen die „Gewöhnung“ an die tagtäglichen Nazi- Verbrechen! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	54
Plakat	Nazi-Morde 1989- 1999 – eine unvollständige Chronik,	58
Plakat	Morde in Deutschland	62
August - September (8-9)	Wladimir Iljitsch Lenin <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	70
Beilage	J.W. Stalin – Über Lenin <i>Rede auf dem Gedenkabend der Kremlkursanten am 28. Januar 1924</i>	82
Beilage	Roter Pressespiegel <i>Überblick zum Pressespiegel 4/99</i>	86
Oktober (10)	Der deutsche Imperialismus – einer der Hauptdrahtzieher und einer der Oberherrn des indonesischen Henkerstaates Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in Indonesien! * Der mutige Widerstand der inhaftierten Revolutionäre in der Türkei zeigt: Der Kampf geht weiter!	90

November - Dezember (11-12) Beilage	Fünf Wochen Betriebsbesetzung bei Alcatel-Berlin! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	96
	Roter Pressespiegel <i>Überblick zum Pressespiegel 5/99</i>	100
2000		
Januar (1) Beilage	Was zeigen die militanten Massenkämpfe in Ecuador? * 60-tägiger Hunger- und Durststreik und internationale Solidaritätsaktionen zwingen Gefängnisbehörden des deutschen Imperialismus zur Aufhebung der Isolationshaft! Roter Pressespiegel <i>Überblick zum Pressespiegel 6/99 (Novemberr-Dezember 1999)</i> <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	104 108
Februar - März (2-3) Beilage	Zum Thema Zwangsarbeit: Die Forderungen der Verfolgten des Nazifaschismus sind berechtigt! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i> Roter Pressespiegel <i>Überblick zum Pressespiegel 1/00 (Januar-Februar 2000)</i>	116 124
April (4)	Rüstungsexport als Wesensmerkmal des deutschen Imperialismus: „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt“ <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	128
Juni (5) Plakat	Gegen das Drecksargument „Keine Gewalt gegen Nazis!“: Wer Gewalt gegen Nazi-Terror ablehnt, macht sich mitschuldig! Von Nazis ermordet! Alberto Adriano	138 139
Juli (6-7) Beilage	Gegen die Verfälschung einer Grundthese des wissenschaftlichen Kommunismus: „Die Arbeiter haben kein Vaterland!“ Roter Pressespiegel <i>Überblick zum Pressespiegel 2/00 (März-April 2000)</i>	140 146
August (8) Plakat	Bombenanschlag in Düsseldorf: Der antisemitische Terror der Nazis hat System! Der deutsche Antisemitismus -	154 156
September - Oktober (9-10) Beilage	legitimer Zwillingsbruder des deutschen Imperialismus 10 Jahre „Deutsche Einheit“: Der Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf Roter Pressespiegel <i>Überblick zum Pressespiegel 3/00 (Mai-Juni 2000)</i>	158 166
November - Dezember (11-12) Plakat als Beilage Flugzettel (22.11.00) Beilage	100 Jahre deutscher Imperialismus: 100 Jahre Raub und Mord! Die Massaker der deutschen Militaristen in China 1900 „100 Jahre deutscher Imperialismus, 100 Jahre Raub und Mord“ „Im Jahre 1900: Deutsche Soldateska raubt und mordet in China!“ Über 800 revolutionäre und demokratische Gefangene in der Türkei seit 20. Oktober im Hungerstreik! Massaker in den Gefängnissen des mörderischen türkischen Staates! Roter Pressespiegel <i>Überblick zum Pressespiegel 4-6/00 (Juli-Dezember 2000)</i>	170 180 181 182

INHALTSVERZEICHNIS

2001

		Seite
Januar (1)	Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen – den Kampf gegen staatlichen Abschiebeterror und staatliche Fasisierung überhaupt verstärken! Gegen den Staatsterror! <i>✎ Diskussionsbeiträge</i>	1
Februar – März (2-3)	Wie der mörderische türkische Staat versucht, den Kampf der Gefangenen in Blut zu ersticken Der Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei geht weiter!	8
April – Mai (4-5)	Die kommunistische Arbeit in den Betrieben langfristig vorantreiben! <i>✎ Diskussionsbeiträge</i>	16
Flugzettel (Juni 2001)	Thesen gegen den kapitulantenhaften Aufruf zum „Antifakongreß“ der Autonomen Antifa (M), der Antifaschistischen Aktion Berlin und des Bündnis gegen Rechts Leipzig im April 2001	24
Juni (6)	1.Mai 2001: Die Erfahrungen der Kämpfe gegen die Nazi-Banden auswerten!	26
Juli – August (7-8)	Ein Beitrag zur Klassenanalyse in Deutschland Revolutionäre Perspektiven auf dem Land?	32
September (9)	Erklärung von „Gegen die Strömung“: Die militanten Kämpfe in Genua gegen die weltweite imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung waren gerecht!	44
Flugzettel, 11.10. 2001	Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans: Gegen den dümmlichen „Anti-Amerikanismus“ der Opportunisten! <i>✎ Diskussionsbeiträge</i>	46
Oktober – November (10-11) Zeitung Beilage Flugblatt	Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans und des Beschlusses des deutschen Bundestags zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in und um Afghanistan: Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus! Einige Fakten zu Afghanistan (Zweiseitiger Auszug aus der Zeitung) <i>✎ Diskussionsbeiträge</i>	50

Dezember (12)	22. Juni 1941 – 8. Mai 1945: Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion 1418 Tage!	78
Beilage	Rundfunkansprache des Genossen Stalin vom 3. Juli 1941: „Die faschistische Hitlerarmee kann und wird geschlagen werden...“ <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	98

2002

Januar (1) Zeitung	Die anhaltenden Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien zeigen den fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt: So wie es ist, bleibt es nicht! Grundlegende Daten und Fakten zu Argentinien – Der deutsche Imperialismus in Argentinien. <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	104
Plakat	Solidarität mit den Kämpfen der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien!	111
Februar (2) Beilage	NPD und Verfassungsschutz: Die Nazis mitten im Staatsapparat! NPD und Verfassungsschutz - Fakten <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	112
März (3)	Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Usbekistan, Kuwait, Somalia... Der deutsche Imperialismus beim dritten militärischen Anlauf für seine Weltherrschaftsziele!	120
Plakat	Militaristische Propaganda auf dem Vormarsch ! Die Schüler Goebbels' bei der Arbeit! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	126
Zum 1. Mai (4)	Die imperialistischen „Herren der Welt“ haben NICHT „alles im Griff“! Die gerechten Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in aller Welt lassen sich nicht aufhalten!	130
Mai (5)	Die erstarkende Feindschaft gegen die Juden in Deutschland bekämpfen! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	134
Juni (6)	Die imperialistischen Großmächte hetzen die Völker gegeneinander, um ihre Expansion zu betreiben: Die Masse der werktätigen Bevölkerung Israels und der palästinensischen Autonomiegebiete wird gemeinsam im Kampf gegen Imperialismus und Chauvinismus eine neue Seite ihrer Geschichte aufschlagen! <i>✍ Diskussionsbeiträge</i>	143

Juli (7)	Das Dilemma der von der Gewerkschaftsführung abhängigen Streikbewegung: Der Bauarbeiterstreik im Juni 2002 <i>≈ Diskussionsbeiträge</i>	153
August (8)	Den Kampf der Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien gegen den mörderischen Abschiebeterror des deutschen Imperialismus unterstützen!	156
September (9)	Aus Dimitroffs Kampf gegen den Nazi-Faschismus lernen! <i>≈ Diskussionsbeiträge</i>	160
Oktober (10)	Die US-imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen den Irak bekämpfen ohne unseren Hauptfeind, den deutschen Imperialismus aus der Schusslinie zu nehmen! Tod dem „deutschen Weg“ des deutschen Imperialismus!	173
November (11)	Überfälle, Mißhandlungen, Anschläge, Mord: Nazi-Terror!	177
inkl. Plakat	Von Nazis ermordet! Marinus Schöberl	
Dezember (12)	Studiert die Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus: Überzeugende Argumente für den Kommunismus	179
Plakate	Studiert den Kommunismus!	187
 Plakatserie	 100 Jahre deutscher Imperialismus 100 Jahre Raub und Mord <i>≈ Diskussionsbeiträge</i>	 189

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel...

Januar – April 2001	211
Mai – Juli 2001	213
<i>≈ Diskussionsbeitrag</i>	
August – Dezember 2001	217
Januar – April 2002 (Nr. 1+2/02)	223
Mai – Juni 2002 (Nr. 3/02)	225
Juli – August 2002 (Nr. 4/02)	227
September – Oktober 2002 (Nr. 5/02)	229
November – Dezember 2002 (Nr. 6/02)	231

Bulletin

zur Information der revolutionären Kräfte aller Länder
Auszüge und Zusammenfassungen aus eigenen Publikationen

Nr. 1/01: Januar – März 2001	233
Nr. 2/01: April – Juni 2001	237
Nr. 3/01: Juli – September 2001	241
Nr. 4/01: Oktober – Dezember 2001	245
Nr. 1/02: Januar – März 2002	253
Nr. 2/02: April – Juni 2002	257
Nr. 3/02: Juli – September 2002	265
Nr. 4/02: Oktober – Dezember 2002	269
Beilage zu den Bulletins am 1. Mai 2001	273

Inhaltverzeichnis

2003

		Seite
Januar (1)	Studiert die Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus: Überzeugende Argumente für den Kommunismus	3
Plakate	Studiert den Kommunismus!	11
Februar (2)	Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt: Der Klassenkampf unter Führung der KPD 1929 bis zum Sieg des Nazi-Faschismus 1933	13
März (3)	20. März 2003: Irak von US-amerikanischen und englischen Flugzeugen bombardiert! Stellungnahme gegen die US-Aggression und die Taktik des deutschen Imperialismus im Nahen Osten	21
Flugzettel 20.03.2003	20. März 2003: Irak von US-amerikanischen und englischen Flugzeugen bombardiert! Stellungnahme gegen die US-Aggression und die Taktik des deutschen Imperialismus im Nahen Osten	23
April (4)	5. März 1953: Vor 50 Jahren starb Genosse Stalin: Stalin in Deutschland verteidigen!	25
Mai (5)	Die Zuspitzung der Rivalität zwischen den imperialistischen Großmächten und der Prüfstein: Kampf gegen die Bundeswehr! Zur internationalen Lage	27
Juni – Juli (6-7)	Mit Polizei, Zwickels und Medien wie "Bild" forciert der deutsche Imperialismus die Faschisierung gegen die Arbeiterbewegung: Die IG-Metall-Führung bricht die eigene Satzung: Streikabbruch ohne Urabstimmung!	31
Beilage	Aus den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter lernen!	35
August – September (8-9)	Im Kampf für den wissenschaftlichen Kommunismus und die proletarische Revolution gegen religiöse Verdummung und Verhetzung Religion: Vor allem die christlich-deutsche Ideologie bekämpfen!	37
Oktober (10)	Solidarität mit den Kämpfen der werktätigen und ausgebeuteten Massen Boliviens!	49
November – Dezember (11-12)	Der Erste Weltkrieg - ein von allen Seiten ungerechter Krieg, dennoch gilt damals wie heute: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg und die Lage heute	55
Plakat	Lehren aus dem Ersten Weltkrieg 1914-1918 für heute	69

2004

Januar – Februar (1-2)	Die mörderische deutsche Herrenmenschen-Ideologie bekämpfen: Gegen Nazi-Terror und Diskriminierung von Menschen mit dunkler Hautfarbe in Deutschland!	71
Flugzettel	Im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen und Kriegspolitik aller Imperialisten gilt: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!	79
März (3)	Gegen die Illusionsmacherei über eine angeblich mögliche Reform des Kapitalismus: Die Verschärfung der Ausbeutung und der Verelendung mit revolutionärer Perspektive bekämpfen!	83
Flugzettel	Gegen die Illusionsmacherei über eine angeblich mögliche Reform des Kapitalismus: Die Verschärfung der Ausbeutung und der Verelendung mit revolutionärer Perspektive bekämpfen!	85
April (4)	"EU-Osterweiterung": Kampf dem Vormarsch des deutschen Imperialismus! Kampf dem deutschen Chauvinismus!	89
Mai (5)	Die Heuchelei des deutschen Imperialismus angesichts der Verbrechen seines imperialistischen Rivalen: Die Folter ist ein Meister aus Deutschland	91
Juni (6)	Der Kampf gegen den deutschen Revanchismus ist unverzichtbar! Was bedeutet deutscher Revanchismus?	97
Juli (7)	20 Jahre nach dem Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche verschärft das deutsche Monopolkapital die Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der gesamten Arbeiterklasse: Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter von DaimlerChrysler im Juli 2004	99
Aug. – September (8-9)	Kampf gegen den Antiziganismus: Solidarität mit den Sinti und Roma!	105
Beilage	Kommunistische Positionen zum Warschauer Aufstand 1944	117
Oktober (10)	Zum Streik und Streikabbruch bei Opel: Zweierlei Lehren	121
November – Dezember (11-12)	Die Nazi-Ideologie vom „lebensunwerten Leben“: Von der Diskriminierung zum Massenmord	123
Flugzettel	Die Nazi-Ideologie vom „lebensunwerten Leben“: Von der Diskriminierung zum Massenmord	133
Grußadresse	Grußadresse anlässlich der 3. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“: An die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt	137

Roter Pressespiegel Überblick zum Pressespiegel ...

2003

1/03	Januar – Februar 2003	141
2/03	März – April 2003	143
3/03	Mai – Juni 2003	145
4/03	Juli – August 2003	147
5/03	September – Oktober 2003	149
6/03	November – Dezember 2003	151

2004

1/04	Januar – Februar 2004	153
2/04	März – April 2004	155
3/04	Mai – Juni 2004	157
4/04	Juli – August 2004	159
5/04	September – Oktober 2004	161
6/04	November – Dezember 2004	163

Diskussionsbeiträge

Diskussionsbeiträge zu den Flugblättern und Plakaten	165
--	-----

Bulletins

zur Information der revolutionären,
marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

2003

1/03	Februar – März 2003	177
2/03	April – Mai 2003	181
3/03	Juni – September 2003	185
4/03	Oktober – Dezember 2003	189

2004

1/04	Januar – März 2004	199
2/04	April – Juni 2004	203
3/04	Juli – September 2004	211
4/04	Oktober – Dezember 2004	215

Inhaltsverzeichnis

2005

		Seite
Januar (1)	Der moderne Revisionismus ist und bleibt die Hauptgefahr	3
Beilage	Stellungnahmen und Dokumente zum Kampf gegen den Opportunismus und Revisionismus	5
Februar (2)	60 Jahre Bombardierung Dresdens: ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus! Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden musste!	7
März (3)	Solidarität mit dem bewaffneten Befreiungskampf in Nepal!	9
Beilage	Allgemeine Einschätzung der Lehren und des Werkes Mao Tse-tungs (Thesen zur Diskussion)	13
April (4)	Nazi-Aufmärsche unter Polizeischutz wie am 13.2.2005 in Dresden, NPD-Wahlerfolge unter dem Schutz des deutschen Staats und geplante Nazi-Aktionen am 8. Mai in Berlin: Kampf gegen die erstarkende Nazi-Bewegung! Kampf dem staatlichen Terror!	19
Beilage	Nachruf	23
Mai–Juni (5–6)	8. Mai 1945: Sieg über den Nazi-Faschismus 8. Mai 2005: Der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus wieder auf dem Vormarsch Argumente gegen den Geschichtsrevisionismus	24
Beilage	Zur Einschätzung des Aufrufs des ZK der KPD vom 11.6.1945	34
Flugzettel	Argumente gegen den Geschichtsrevisionismus	58
Juli–August (7–8)	Die Zukunftspläne des deutschen Militärs: KRIEG	62
September– Oktober (9–10)	„Die Belegschaft hat mehrheitlich den Streik beschlossen. Wenn jemand mit demokratischen Entscheidungen nicht umgehen kann, muss er halt mit den Konsequenzen leben.“ Streik bei Infineon München: Ein Lehrstück über die Notwendigkeit des Kampfs gegen Streikbrecher	70
November (11)	Die Stärke der erfolgreichen Aktion gegen den NPD-Aufmarsch in Göttingen am 29.10.2005 Militanter Kampf gegen Nazis und Polizei mit Unterstützung durch ein Bündnis antinazistischer Kräfte	74
Dezember– Januar (12–1)	„Manifest der Kommunistischen Partei“ von Karl Marx und Friedrich Engels	78

2006

Februar (2)	AEG, Häfen, Gate Gourmet: Die Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützen!	88
März (3)	Gegen die Leugnung des Nazi-Völkermords an den europäischen Juden durch den iranischen Staatspräsidenten, gegen die Aggression des US-Imperialismus und vor allem gegen den deutschen Imperialismus: Unterstützen wir die revolutionären Kräfte im Iran!	92
April (4)	Gegen deutsch-chauvinistische Überheblichkeit: Die Spaltung unter den Arbeiterinnen und Arbeitern ist das „Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse“ (Marx)	96
Mai–Juni (5–6)	Unterstützen wir die massenhaften und zum Teil bewaffnet geführten Klassenkämpfe der werktätigen und ausgebeuteten Massen in Indien!	102
Juli–August (7–8)	Aktuelle Aspekte von Lenins Schrift „Materialismus und Empirio-kritizismus“, gegen die Philosophie der Lügner „Es gibt keine Wahrheit“: Wissen statt Glauben	110
Beilage	Grundlegende Aufgaben der theoretischen Arbeit (Auszug aus „Rot Front“ Nr. 4, Seite 10–90 sowie den Prüfsteinen in „Rot Front“ Nr. 19, Seite 174–177)	116
September– Oktober (9–10)	Von der Unterstützung pro-imperialistischer reaktionärer bewaffneter Milizen zur direkten militärischen Intervention: Der deutsche Imperialismus schickt seine Bundeswehr-Soldaten in kolonialistischer Manier in den Kongo	148
November– Dezember (11–12)	60 Jahre „Urteil von Nürnberg“ Die weltgeschichtliche Bedeutung des Nürnberger Prozesses verteidigen!	154

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel

2005

1/05	Januar–Februar 2005	163
2/05	März–April 2005	165
3/05	Mai–Juni 2005	167
4/05	Juli–August 2005	169
5/05	September–Oktober 2005	171
6/05	November–Dezember 2005	173

2006

1/06	Januar–Februar 2006	175
2/06	März–April 2006	177
3/06	Mai–Juni 2006	179
4/06	Juli–August 2006	181
5/06	September–Oktober 2006	183
6/06	November–Dezember 2006	185

Bulletins
zur Information der revolutionären,
marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

2005

1/05	Januar–März 2005	189
2/05	April–Juni 2005	199
3/05	Juli–Oktober 2005	203
4/05	November 2005–Januar 2006	207

2006

1/06	Februar–März 2006	211
2/06	April–Juni 2006	215
3/06	Juli–September 2006	219
4/06	November–Dezember 2006	223

Anhang:

Diskussionsbeiträge zu den Flugblättern und Plakaten	227
Inhaltsverzeichnisse der: Politischen Stellungnahmen 1989 – 2004 von <i>Gegen die Strömung</i>	237
Bisher erschienene Ausgaben von „ Rot Front “ Theoretisches Organ von <i>Gegen die Strömung</i>	261

Bisher erschienene Ausgaben von

„Rot Front“

Theoretisches Organ von
Gegen die Strömung

Nr. 1, Januar 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 1:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Resolution 2:

Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution

Resolution 3:

**Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus
(Teil I)**

Zur Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus

Die Einverleibung der DDR – Raub und Betrug des west/deutschen Imperialismus

Karl Marx:

Krieg den deutschen Zuständen

Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie

156 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 2, Juli 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 3:

**Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus
(Teil II)**

Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus,
gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung

Resolution 4:

Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

I. Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution

II. Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus

III. Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen
des bewaffneten Kampfes und des bewaffneten Aufstands

W. I. Lenin:

Die Lehren des Moskauer Aufstands

324 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 3, Januar 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:

**Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus
(Teil I und II)**

I. Hauptmerkmale der Kommunistischen Partei

II. Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau der Kommunistischen Partei:
Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus und Kritik/Selbstkritik

J. W. Stalin:

Dem Genossen G. Telija zum Gedenken

266 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 4, Juli 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:

Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus (Teil III)

III. Theorie – Kader – Organisation – die drei grundlegenden Bestandteile des Aufbaus der Kommunistischen Partei

W. I. Lenin:

Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben

318 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 5, Januar 1998

Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949–1974

Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951 • Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952

Kampf auf der Howaldt-Werft 1955 • Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter 1956/1957

Septemberstreiks 1969 • Pierburg 1973 • Ford 1973 – ohne und gegen die Gewerkschaftsführung

W. I. Lenin:

Über Streiks

Diskussionsbeiträge zu den Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

217 Seiten, 7,70 €

Nr. 6, Juli 1998

Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen

Zum Programm der KPD • Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 31. Dezember 1918

Den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen

Diskussionsbeiträge zu einigen Fragen der Einschätzung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

203 Seiten, Preis 7,50 €

Nr. 7, Januar 1999 (Sondernummer)

Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997

Zehn Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland 1984–1997

Chronologischer Überblick von Kämpfen der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen in West/Deutschland seit 1947

Anhang

Fünf Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern

238 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 8–10, Juli 2000

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–46)

Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazifaschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED

Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945

Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein

Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus

Anhang

15 Artikel zur besseren Einschätzung und zum kritischen Verständnis inhaltlicher Positionen sowie der Politik der KPD/SED vor und nach dem Vereinigungsparteitag

708 Seiten, Preis 25,- €

Nr. 11–14, Juli 2002

Zur „Polemik“ – Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Die Bedeutung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus

Das Schema vom „friedlichen und nichtfriedlichen Weg“ widerspricht dem wissenschaftlichen Kommunismus

Über die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution

Zu den Aufgaben und Zielen der Revolution in abhängigen, in kapitalistisch entwickelten und in sozialistischen Ländern

Zur Geschichte und zur Methode des Kampfes gegen den modernen Revisionismus

Dokument

KP China: Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

628 Seiten, Preis 23,- €

Nr. 15, Juli 2003

Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

I. Überzeugende Argumente für den Kommunismus

II. Lenin über die höhere Phase der Kommunistischen Gesellschaft

III. Grundlegende Merkmale der Kommunistischen Gesellschaft
Texte von Marx, Engels, Lenin und Stalin

96 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 16–17, Januar 2004**J. W. Stalin**

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

- A. Stalins Entwicklung zum führenden Kader der Kommunistischen Partei
- B. Stalins herausragende Rolle an der Spitze der KPdSU(B) im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung (1924–1939)
- C. Stalins Leistungen in den Jahren 1939–1953

Nach dem Tod Stalins

410 Seiten, Preis 12,50 €

Nr. 18, Oktober 2004**Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg**

Lehren aus dem Ersten Weltkrieg für heute

Wie durch lokale Kriege, imperialistische Diplomatie und nationalistisch-chauvinistische Hetze der Weltkrieg vorbereitet wird

Die Auslösung des Ersten Weltkriegs im August 1914 und die Explosion des deutschen Chauvinismus

Der Erste Weltkrieg als imperialistisches Weltgemetzel und die besonders brutalen Verbrechen des deutschen Imperialismus

Nationaler Befreiungskampf in den Kolonien contra Entfachtung von reaktionären Massenbewegungen

Zum Kampf gegen den Ersten Weltkrieg in Deutschland, zur Novemberrevolution und zum Versailler Vertrag

Die Gründung der Kommunistischen Internationale im Kampf gegen die Opportunisten und Sozialchauvinisten

Anhang: Auszug aus der Geschichte der KPdSU(B)

152 Seiten, Preis 6,- €

Nr. 19, Januar 2005**Dokumente der 3. Parteikonferenz von Gegen die Strömung (2004)**

Programmatische Grundsatzerklärung:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Programmatische Dokumente (Thesen):

- I. Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution
- II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!
- III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland
- IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus
- V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Grußadresse an die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt

200 Seiten, Preis 7,50 €

Nr. 20, Juli 2005

Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

- I. Enver Hoxha im Kielwasser der modernen Revisionisten: ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution
- II. Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus
- III. Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus
- IV. Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution

264 Seiten, Preis 12,50 €

Nr. 21, Januar 2006

Die revisionistischen Angriffe gegen den dialektischen Materialismus zurückschlagen

Zu einigen wesentlichen Angriffen der modernen Revisionisten gegen Stalins Werk „Über dialektischen und historischen Materialismus“

Die kommunistischen Ansichten Mao Tse-tungs über den dialektischen Materialismus gegen den modernen Revisionismus prinzipienfest auswerten

98 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 22, Juli 2006

Der Krieg des deutschen Nazi-Faschismus gegen die sozialistische Sowjetunion (Juni 1941–Mai 1945)

- A. Der Überfall des imperialistischen Nazi-Deutschland auf die damals sozialistische Sowjetunion am 22. Juni 1941
- B. Das Scheitern der „Blitzkriegsstrategie“: „Vor Moskau muss die Zerschlagung der faschistischen deutschen Eindringlinge beginnen!“ (Juni 1941–November 1942)
- C. Der Beginn der Zerschlagung der Nazi-Armee: „Es ist an der Zeit, mit dem Rückzug Schluss zu machen. Keinen Schritt zurück!“ (1942/43)
- D. Nazi-Verbrechen in der Sowjetunion 1941–1944
- E. Die „Zehn Schläge“ der Roten Armee zusammen mit den Partisaninnen und Partisanen zur Befreiung der Völker der Sowjetunion und Osteuropas von den Nazi-Mördern (1944)
- F. Die Zerschlagung der nazi-faschistischen Machtzentren im Kampf um Berlin: „Ein rasender Hund ist auch noch im Verenden gefährlich!“ (1945)
- G. Faktoren für den Sieg der Diktatur des Proletariats unter Führung Stalins

155 Seiten, Preis 8,- €

Nr. 23–25, 2007/2008

Mao Tse-tung – seine Verdienste – seine Fehler

- Teil 1 Grundlegende Positionen zu Fragen der proletarischen Weltrevolution und der internationalen Lage
- Teil 2 Grundlegende Positionen zu Fragen der chinesischen Revolution
- Teil 3 Über einige Positionen Mao Tse-tungs zur Kommunistischen Partei und zum innerparteilichen Kampf

Teil 4 Der Klassenkampf für die Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats
und der ideologische Kampf innerhalb und außerhalb der KP Chinas 1949–1965.
Die Schriften Mao Tse-tungs 1950–1976 und der sogenannte „Band V“

608 Seiten, Preis 25,- €

Dokumente von GEGEN DIE STRÖMUNG

1974–2003

**Anhang: Dokumente des
Buchladens Georgi Dimitroff**

3 CD-ROMs, 15,- € + Porto

Die 3 CD-ROMs enthalten sämtliche Publikationen von GEGEN DIE STRÖMUNG aus den Jahren 1974 bis 2003 im PDF-Format. Enthalten sind u. a.:

Flugblätter, GDS-Nummern, „Rot Front“ (theoretisches Organ), Publikationsverzeichnisse, Materialien-Nummern, die Reihe „Probleme des Kampfes“, die Reihe „Internationale Informationen“, Dokumente zur Debatte mit der TKP/ML(B), Publikationen der Organisation „Westberliner Kommunist“, die Reihe „Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus“, „Marxistisch-Leninistische Schriftenreihe“, die Zeitschrift „Radikal Brechen“.



Rote Hefte

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

1 Euro

- Nr. 1: Marx / Engels: **MANIFEST** der Kommunistischen Partei
- Nr. 2: Warum die revisionistische Theorie vom **friedlichen Weg** zum Sozialismus grundfalsch ist
- Nr. 3: Über den bewaffneten Aufstand gegen die nazi-faschistischen Besatzer: **Neapel**, September 1943
- Nr. 4: Über den bewaffneten Aufstand gegen die nazi-faschistischen Besatzer: **Prag**, Mai 1945
- Nr. 5: Über den bewaffneten Aufstand gegen die nazi-faschistischen Besatzer: **Paris**, August 1944
- Nr. 6: Der revisionistische **XX. Parteitag** der KPdSU 1956 - Entscheidender ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und zur imperialistischen Konterrevolution
- Nr. 7: Grundlegende Merkmale der **kommunistischen Gesellschaft**
- Nr. 8: **Marx**: Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie / **Lenin**: Die Lehren des Moskauer Aufstandes
- Nr. 9: Rosa **Luxemburg**, Karl **Lieb knecht** und die revolutionäre KPD (1918)
- Nr. 10: Der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945
- Nr. 11: 50 Jahre **Bundeswehr** – Die Zukunftspläne des deutschen Militärs: Krieg
- Nr. 12: **Religion** – Opium des Volkes, Opium für das Volk
- Nr. 13: Kampf um das revolutionäre Erbe Ernesto **Che Guevaras**
- Nr. 14: 70 Jahre **Spanischer Bürgerkrieg** – Die Bedeutung des bewaffneten Kampfes der Völker Spaniens gegen Faschismus und militärische Intervention
- Nr. 15: Die **Bombardierung Dresdens** – Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus
- Nr. 16: Allgemeine Einschätzung der Lehren und des Werks **Mao Tse-tungs** (Thesen zur Diskussion)
- Nr. 17: Die Verbrechen der Nazis und der **Nürnberger Prozess** (1946)
- Nr. 18: Zur Linie der KPD von 1929 bis 1933
- Nr. 19: Die Nazi-Ideologie vom „**lebensunwerten Leben**“ – Von der Diskriminierung bis zum Massenmord
- Nr. 20: Kommunistische Positionen gegen die Diskriminierung und Verfolgung Homosexueller
- Nr. 21: Zum Kampf gegen den **Antiziganismus** – Der Nazi-Völkermord an den Sinti und Roma im besetzten Europa und der Antiziganismus in Deutschland heute
- Nr. 22: Zum Kampf gegen den **Antisemitismus** (Teil I)
– Vor aller Augen: Das **Novemberpogrom 1938**
- Nr. 23: Der deutsche Imperialismus und die Niederschlagung des Boxeraufstands in China 1900
- Nr. 24: Zum Kampf gegen den **Antisemitismus** (Teil II)
– Der **Nazi-Völkermord** an der jüdischen Bevölkerung in Europa
- Nr. 25: Der UN-Teilungsplan für **Palästina** und die Gründung des Staates **Israel** (1947/48)
- Nr. 26: 1917 - Sozialistische **Oktoberrevolution** in Russland
Der siegreiche Aufstand des Proletariats gegen die Bourgeoisie
- Nr. 27: Die weltweiten Verbrechen der Konterrevolution 1918 bis 1935
Bericht der Internationalen **Roten Hilfe** aus dem Jahr 1935
- Nr. 28: Diskriminierung von Menschen mit dunkler Hautfarbe in Deutschland

Zu beziehen über:

Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main

Fax: 069 / 73 09 20, E-mail: Info@buchladengeorgidimitroff.org

Öffnungszeiten: Jeden Donnerstag: 17.30–19.00 Uhr

Jeden ersten Samstag im Monat: 10.00–13.00 Uhr

Buchladen ★ Georgi ★ Dimitroff

- ☞ **Schriften von Marx, Engels, Lenin, Stalin und der Kommunistischen Internationale in verschiedenen Sprachen**
- ☞ **Proletarisch-revolutionäre und antifaschistische Romane**
- ☞ **Antifaschistische und antiimperialistische Literatur**
- ☞ **Literatur zum Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, deutschen Chauvinismus und Nationalismus**
- ☞ **Literatur zur revolutionären Bewegung in anderen Ländern**
- ☞ **Literatur zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland und zum deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus**
- ☞ **die monatlichen Flugblätter von „Gegen die Strömung“ zu Themen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Kommunismus**
- ☞ **die „Bulletins – zur Information der revolutionären und am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte aller Länder“; erscheinen auf Türkisch, Französisch, Englisch, Spanisch und Italienisch**
- ☞ **„Rot Front“, das Theoretische Organ von „Gegen die Strömung“, Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus**
- ☞ **sämtliche Veröffentlichungen des Verlags Olga Benario und Herbert Baum**
- ☞ **die zweimonatlich erscheinenden Pressespiegel des Buchladens Georgi Dimitroff**
- ☞ **Plakate und Aufkleber**
- ☞ **Gelegenheit zu diskutieren**

Öffnungszeiten:

Jeden Donnerstag: 17.30–19.00 Uhr

Jeden ersten Samstag im Monat: 10.00–13.00 Uhr

Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main

Fax: 069 / 73 09 20

E-mail: Info@buchladengeorgidimitroff.org